Zu 670 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

ANLAGE

zum Bericht des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien

Wortprotokolle über die Zeugeneinvernahmen

(einschließlich des Berichtes des Präsidenten des Rechnungshofes und des Lokalaugenscheines)

Band 7

Seite 1937 b bis Seite 2221 a

Inhaltsverzeichnis siehe Band 1

2 von 286Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 7 (Seite 1937b bis 2221a) (gescanntes Original)

31. Sitzung: 16. März 1981

Beginn: 9 Uhr 40 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung.

Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Hans Vogl

Obmann Dr. **Steger** unterrichtet den Zeugen über den Themenkreis seiner Befragung und die zur Anwendung gelangenden Bestimmungen der Strafprozeßordnung. Insbesondere weist er den Zeugen darauf hin, die an ihn gerichteten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Ebenso macht er auf das Entschlagungsrecht des Zeugen gemäß § 153 StPO aufmerksam.

Der Obmann ersucht sodann um die Bekanntgabe der Generalien.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Mein Name ist Hans Vogl, geboren 4. 4. 1922 in Erl, Tirol, wohnhaft Wien 13, Himmelhofgasse 30, Beruf Vorstandsmitglied der Siemens AG Österreich.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, würden Sie in kurzen Worten Ihre berufliche Stellung bei der Firma Siemens skizzieren.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Meine derzeitige Stellung bei der Firma Siemens ist Vorstandsmitglied, zuständig für den Geschäftsbereich 2. Dieser Geschäftsbereich 2 umfaßt die Bereiche Energietechnik und Installationstechnik und umfaßt auch die Generalvertretung für die Kraftwerksunion und für die Trafounion.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Ich nehme an, die Herren Schweitzer und Mück sind Ihnen persönlich bekannt.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Beide sind mir persönlich bekannt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie in Ihrem Aufgabenbereich mit den Herren Schweitzer und Mück Kontakt als Vorgesetzter?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Jawohl. Herr Mück war mein direkter Mitarbeiter, und Herr Schweitzer war der Mitarbeiter wieder des Herrn Mück.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Was wissen Sie über die Überweisungen der Firma Siemens oder um die Geschäfte, die es mit der Firma Plantech und später mit Geproma angeblich gegeben hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Soweit ich mich jetzt noch genau an das Datum erinnern kann, bekam ich 1979 Kenntnis davon — übrigens im Zuge des „profil"-Artikels —, daß hier an eine Firma Plantech Aufträge vergeben worden wären. Wir

www.parlament.gv.at

haben damals eine Revision eingeleitet, um festzustellen, ob diese Aufträge in Ordnung gewesen sind. Die Revision — und zwar war sie, glaube ich, im April 1979 — hat dann unserer Meinung nach ergeben, daß die Aufträge an Plantech ordnungsgemäße Aufträge gewesen wären.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Können Sie eine Erklärung dafür abgeben, daß Ihnen erst im Jahre 1979 diese Vorgänge zur Kenntnis gekommen sind?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nun, erstens möchte ich sagen, zur Zeit der Auftragserteilung war ich noch nicht für den Bereich Installationstechnik zuständig. Ich bin erst 1973 als Zentraldirektor neben meiner Tätigkeit als Leiter des Vertriebes Energietechnik für den Bereich Installationstechnik zuständig geworden. Ich bin auch erst im Oktober 1974 im Vorstand für diesen Bereich verantwortlich gewesen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber, Herr Zeuge, nach meinem Wissensstand wurden ja die Aufträge mit der Firma Plantech nicht in einem abgewickelt, sondern es wurden wiederholt Aufträge erteilt beziehungsweise wiederholt Zahlungen für Aufträge geleistet, die auch in den Zeitraum hineinreichen, in dem Sie bereits im Vorstand der Firma Siemens waren.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nachdem hier erstens einmal ein Rahmenauftrag schon 1972 gegeben wurde — der Rahmenauftrag war also wohl das Entscheidende —, ist es bei der Organisation in unserem Hause nicht mehr notwendig, daß der Vorstand bei Aufträgen dieser Größenordnung eine Unterschrift leisten muß und auch darüber informiert wird, da diese Aufträge ja im Prinzip eine Sache betrafen, die mehr oder weniger den Bereich Installationstechnik und insoweit wieder den Bereich Installationsanlagen allein berührt hat. Es war also nicht etwas über den Bereich weiter Hinausgehendes.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut. War im Jahre 1972 bei der Erteilung des Rahmenauftrages die Zustimmung eines Vorstandsmitgliedes erforderlich?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Da war auch nicht die Zustimmung eines Vorstandsmitgliedes notwendig, weil hier der Betrag von, glaube ich, 5 Millionen Schilling nicht überschritten worden wäre, nach dem nach unserer Unterschriftsregelung eine Unterschrift des zuständigen Vorstandes notwendig gewesen wäre.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, kennen Sie Herrn Ing. Winter persönlich, und haben Sie dienstliche Kontakte mit ihm gehabt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich kenne natürlich den Winter persönlich. Ich habe mit ihm auch dienstliche Kontakte gehabt, vor allen Dingen in den Jahren 1976, als es darum ging, die erste Organisation der APAK auf die Beine zu stellen, nachdem ja an uns ebenso das Ansinnen gerichtet wurde, wir sollten ähnlich wie bei der IAKW auch bei der APAK einen Teil der Arbeiten übernehmen, was wir aber damals abgelehnt hatten.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, haben Sie erfahren oder wann haben Sie erfahren, daß zwischen den Herren Schweitzer, Mück auf der einen Seite und Herrn Dipl.-Ing. Winter auf der anderen Seite, soweit die Erhebungen hier reichen, ein besonderes Verhältnis, ein besonderes persönliches Verhältnis bestanden hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nun, daß Herr Winter und Herr Schweitzer insbesondere, ich möchte nicht sagen, befreundet waren, aber gut bekannt waren, das wußte ich natürlich, da ich ja informiert war, vielleicht auch über Gerüchte, daß die beiden am TGM zusammen studiert hatten oder zusammen waren.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie auch privaten Kontakt mit Herrn Dipl.-Ing. Winter gehabt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich habe mit Ing. Winter keinen privaten Kontakt gehabt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Es erübrigt sich also die Frage, ob Sie in Griechenland bei ihm waren oder ob Sie mit ihm geflogen sind oder gejagt haben.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich war weder in Griechenland noch irgendwo anders mit ihm.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut. — Zu einem anderen Fragenkomplex: Gehört die Auftragserteilung an die Firma Knoblich, die hier in diesem Ausschuß eine Rolle spielt, auch in Ihren Aufgabenbereich?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Die Auftragserteilung gehört in meinen Aufgabenbereich; ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wie ist es aus Ihrer Sicht zustande gekommen, daß die Firma Siemens einen Auftrag, den sie ja schon „an Land gezogen hatte", dann an die Firma Knoblich abgetreten hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nun, aus meiner Erinnerung — das war, glaube ich, im Jahre 1978 — stellt sich das so dar, daß ich — und ich muß sagen, es war sogar ich persönlich — mehrfach von Herrn Winter angesprochen wurde, daß wir den Auftrag, der ja, ich glaube, bereits 1975 an die Firma, an unser eigenes Werk in Traunreuth vergeben wurde, daß wir diesen Auftrag nach Österreich zurücktransferieren. Das war

4 von 286Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 7 (Seite 1937b bis 2221a) (gescanntes Original)

meiner Meinung nach durchaus im Sinne des damaligen Wunsches, mehr Aufträge oder Aufträge, die man in Österreich abwickeln kann, auch nach Österreich zu vergeben.

Wir haben uns dann — und ich muß sagen, ich habe das sogar persönlich auch gemacht — sehr bemüht, unser Stammhaus zu überreden, daß dieser Auftrag, der ja bereits, wie gesagt, drei Jahre praktisch im Stammhaus deponiert war, daß dieser Auftrag nach Österreich zurückkam.

Ich habe zwar nicht direkt, das muß ich sagen, also persönlich mit Herrn Winter gesprochen, sondern in einigen Telefongesprächen wurden wir gebeten, diesen Auftrag nach Möglichkeit wieder nach Österreich zurückzutransferieren. Es ist uns auch in einigen Gesprächen, die nicht so ganz freundlich verlaufen sind — auch das möchte ich sagen — mit dem Stammhaus, wieder gelungen, diesen Auftrag dann nach Österreich zurückzugeben, wobei es so sein sollte, daß Teile, die hohe Werkskosteneinsätze verlangt haben, draußen in Traunreuth noch gemacht werden sollten und die arbeitsintensiven Dinge von Knoblich durchgeführt werden sollten.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie haben davon gesprochen, daß man dafür eingetreten ist, daß Aufträge in Österreich verbleiben sollten. Darf ich das „man" so verstehen, daß man bei Ihnen, bei der Firma Siemens, und vielleicht auch bei Ihnen persönlich politisch interveniert hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein. Ich würde sagen, eine politische Intervention konnte man das eigentlich in dieser Form nicht nennen. Eher möchte ich sagen, es war damals wohl die Zeit — und ich habe einige Fälle erlebt —, daß man wieder „Kauft österreichische Waren" besonders in den Vordergrund stellen wollte, und im Zuge dieser Aktion ist meines Erachtens nach der Auftrag wieder nach Österreich zurückgegeben worden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, es liegen dem Ausschuß schriftliche Unterlagen vor, wonach sich, um nur einige zu nennen, der Herr Bundeskanzler, der Herr Stadtrat Mayr, auch die Bundeshandelskammer dafür eingesetzt haben. Haben Sie von diesem Schriftverkehr und von diesen Interventionen keine Kenntnis?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich habe sicherlich damals davon gewußt. Es war ja, soviel ich weiß, damals ein Betriebsbesuch des Herrn Bundeskanzlers auch bei der Firma Knoblich. Soviel ich weiß, hat sich Herr Sefcsik damals auch bemüht, Herrn Bundeskanzler dazu zu bringen, daß er sich dafür einsetzt, daß diese Aufträge wieder nach Österreich zurückkommen. Dazu muß man sagen, Knoblich hatte ja bereits Aufträge in ziemlicher Höhe von uns erhalten; die ganzen normalen Leuchten waren ja bereits bei der Firma Knoblich bestellt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, wissen Sie davon, daß von vornherein klar war, daß die Firma Knoblich den Auftrag, den sie da bekommen hat, nicht in vollem Umfange erfüllen konnte, sondern daß Teile der Fertigung trotzdem auch via Knoblich in Traunreuth vor sich gehen sollten?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das wußte ich, das wußte ich.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und der Grund war?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Der Grund war, daß man die arbeitsintensiven Teile in Österreich machen sollte, um für eine zusätzliche Beschäftigung bei der Firma Knoblich zu sorgen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Der Herr Sefcsik hat ausgesagt, daß hier von der Firma Siemens in Traunreuth angeblich Werkzeuge für die Erledigung dieses Auftrages hergestellt wurden, deren Herstellung in Österreich mit unwirtschaftlichen Kosten verbunden gewesen wäre. Das war seiner Meinung nach angeblich der Grund, daß ein Teil des Auftrages in Traunreuth geblieben ist.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das war sicherlich ein Grund. Es wäre bei diesen relativ geringen Stückzahlen sicher unwirtschaftlich gewesen, für diese Leuchte zusätzliche Werkzeuge noch bei der Firma Knoblich selbst zu machen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und war Ihnen dieser Sachverhalt im Zeitpunkt der Verhandlungen bekannt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Mir war dieser Sachverhalt bekannt, und wir haben natürlich auch damit bei unseren Partnern in der Bundesrepublik operiert.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Einen letzten Fragenkomplex: Sind Ihnen die Namen Gobauer und Friedrich bekannt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wissen Sie davon, daß die Firma Siemens über Empfehlung oder Anraten des Herrn Dipl.-Ing. Winter bei einer Frau Gobauer oder für eine Frau Friedrich Installationsarbeiten geleistet hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Müßte das in Ihren Aufgabenbereich fallen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Es wäre sicher in meinem Auftragsbereich, aber bei derartigen Dingen werde ich normalerweise nicht angesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Direktor! Dr. Kapaun hat bereits gesagt, daß Plantech Aufträge in der Höhe von 4,5 Millionen Schilling erhalten hat, Geproma 6,3 Millionen Schilling. Sie werden wahrscheinlich in der Zwischenzeit geprüft haben, ob diese Beträge stimmen. Sie haben nun gesagt, daß 1979 eine Revision ergeben hat, daß alles in Ordnung ist.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nur Plantech ist damals, 1979, geprüft worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben dann im Laufe des letzten Jahres neuerliche Prüfungen durchgeführt. Und bei diesen Prüfungen, soweit es uns bekannt geworden ist, wurde festgestellt, daß die Dinge nicht in Ordnung sind. Können Sie uns das Ergebnis dieser Prüfungen im Jahre 1980 mitteilen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Wie Sie sicher wissen, haben wir auf Grund der Vorwürfe, die, glaube ich, im April 1980 waren, eine aktienrechtliche Sonderprüfung veranlaßt. Diese aktienrechtliche Sonderprüfung, die meiner Erinnerung nach etwa drei Monate oder etwas mehr als drei Monate gelaufen ist, hat dann ergeben, daß bei den Leistungen dieser Aufträge, die damals honoriert wurden, wohl nicht voll und nicht ordnungsgemäß eine Abwicklung dieser Aufträge festzustellen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Konnten Sie bei dieser Prüfung überhaupt feststellen, daß Plantech oder Geproma ganz konkrete Leistungen für die Firma Siemens Österreich erbracht haben?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Wir müssen uns hier darauf verlassen, was die Prüfer sagen. Die Prüfer zweifeln an, daß diese Leistungen, die hier getätigt wurden, den hier von uns bezahlten Beträgen entsprechend sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine konkrete Frage noch einmal: Hatten Sie feststellen können, konnten die Prüfer feststellen, ob irgendwelche konkrete Leistungen von der Firma Geproma oder von der Firma Plantech für die Firma Siemens Österreich erbracht worden sind?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Wenn ich mir den aktienrechtlichen Sonderbericht zurückrufe, haben also die Prüfer nicht festgestellt, daß gar keine Leistungen erbracht worden sind, sondern sie haben festgestellt, daß die Leistungen, die erbracht worden sind, höher honoriert worden sind, als sie tatsächlich hier von uns bezahlt wurden. Es ist meiner Erinnerung nach noch angezweifelt worden, ob diese Flugplatz ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf das komme ich noch zu sprechen, das müssen Sie nicht jetzt beantworten.

Sie können also aussagen, daß Leistungen von der Firma Geproma, von der Firma Plantech erbracht worden sind für die Firma Siemens. Können Sie mir jetzt angeben, welche konkreten Leistungen — es gibt 33 Honorarnoten von der Firma Geproma, es gibt 53 Honorarnoten von der Firma Plantech — von diesen beiden Firmen erbracht wurden? Haben Sie hier konkrete Ergebnisse?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, ich kann mich ja nur darauf verlassen, nachdem ich die Unterlagen nicht gesehen habe, die hier GEPROMA geliefert hat, daß diese Unterlagen von unserer ersten Revision geprüft wurden beziehungsweise von der aktienrechtlichen Sonderprüfung geprüft wurden. Ich muß daher annehmen, daß Unterlagen tatsächlich dazusein scheinen. Ob diese Unterlagen von der Firma GEPROMA geliefert wurden, das möchte ich hier nicht feststellen. Ja, es sind Unterlagen jedenfalls da, aber nach Angaben der Prüfer sind diese Unterlagen — auf deutsch gesagt — überbezahlt worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann es sein, daß diese Unterlagen, von denen Sie jetzt sprechen, von anderen Firmen, die zum Teil der Firma Siemens Österreich oder Siemens Deutschland gehörten, unter einem bestimmten Naheverhältnis zu diesen beiden Firmen standen, erarbeitet worden sind. Ich denke ganz konkret an die Wiener Metall- und Kabelwerke.

Dipl.-Ing. **Vogl:** An diese Firma würde ich also auf keinen Fall denken, zum Beispiel hier in diesem Fall.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können ausschließen, daß Unterlagen, die von der Firma PLANTECH geliefert worden sind, ursprünglich von der Firma Wiener Kabel- und Metallwerke erarbeitet worden sind.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das würde ich völlig ausschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie es ausschließen? Haben Sie es geprüft?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Geprüft haben wir das nicht, aber ich kann das nur als Interner sagen; die Firma Kabel- und Metallwerke hätte sicherlich keine Personen, die solche Dinge machen könnten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und daß die Unterlagen auf Umwegen über diese Firma damals gelaufen sind?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Auch das würde ich ausschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und daß von der Firma Siemens Traunreuth Unterlagen über

6 von 286Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 7 (Seite 1937b bis 2221a) (gescanntes Original)

die Firma GEPROMA, PLANTECH gelaufen sind?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das könnte ich eher meinen, daß das so wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das könnte sein.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie das geprüft, daß die Wiener ...

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, geprüft haben wir das nicht, nur nachdem das Unterlagen sind, die im Prinzip in den Bereich von Traunreuth fallen, könnte das wohl auch sein, daß diese Unterlagen daher kommen werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie noch einmal: Können Sie uns ganz konkret angeben, welche Unterlagen ausschließlich von der Firma GEPROMA, PLANTECH erarbeitet worden sind? Können Sie uns ganz konkret sagen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich kann Ihnen das leider nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können es nicht sagen.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann das jemand von der Firma Siemens Österreich sein?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich denke, wenn das jemand sagen könnte, müßten das die Herren sagen, die uns darüber informiert haben, daß diese Unterlagen herkommen. Das sind die Herren Schweitzer und Swoboda.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen, daß diese Herren die Aussagen verweigern. Wir haben also keine Möglichkeit, diese Herren so zu befragen.

Können uns das die Prüfer der Firma Siemens, die diese aktienrechtliche Sonderprüfung durchgeführt haben, mitteilen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich glaube, auch nicht, weil auch diese Herren ja keinen Zugriff auf diese vier Herren hatten. Diese vier Herren waren ja damals, soviel ich weiß, in Untersuchungshaft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie werden Sie sich verhalten? Sie haben jetzt 10,7 Millionen, 10,8 Millionen Schilling an diese beiden Liechtensteiner Firmen bezahlt. Leistungen sind praktisch keine erbracht worden — vielleicht ganz minimal, sagen Sie jetzt, aber man kann es nicht feststellen. In welchem Umfang betrachten Sie das als eine Forderung der Firma Siemens gegen die Firma PLANTECH und GEPROMA. Oder haben Sie diese Forderung abgeschrieben? Wie verbucht die Firma Siemens diese Leistungen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Verbucht haben wir diese Leistung im Prinzip schon längst, weil es ja im Prinzip alles Gemeinkostenleistungen waren, und Gemeinkostenleistungen muß man ja praktisch in dem Jahr, in dem man sie verbraucht, zu Buche schreiben. Wir haben sie verbucht, wir können sie nicht mehr neu aktivieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie glauben also nicht, daß Sie hier Forderungen gegenüber Dritten erheben können, weil hier honoriert worden ist, ohne daß Leistungen erbracht worden sind, wie die aktienrechtliche Prüfung festgestellt hat.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Forderungen gegenüber Dritten, das wird sich ergeben, wie der Prozeß dann ausgeht natürlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Strengen Sie einen Prozeß an?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das werden wir sehen, wie der Prozeß gegenüber den Mitarbeitern angeht, die derzeit Beschuldigte sind.

Ich glaube, es ist rein theoretisch, gegen die Firma GEPROMA und PLANTECH derzeit Forderungen zu erheben, ich glaube, diese Firmen sind ja schon gelöscht, wenn ich richtig informiert bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es sind ja die Personen bekannt, die über die Konten dieser Firmen verfügt haben.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja, ein zweites Thema, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber das ist ein ganz konkretes Thema.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja, aber das können wir erst tun, wenn diese Personen verurteilt werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe hier in unseren Gerichtsakten eine Notiz bekommen vom 30. 4., Auftragsvergabe an die Firma Siemens AG an die Firma GEPROMA Liechtenstein. Hier wird abgehandelt, wie sich die Firma Siemens verhalten soll. Kennen Sie diese Notiz?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein, kenne ich nicht. Ich müßte sie lesen, damit ich sehe, ob ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie Ihnen zeigen? Ich wollte Sie nur fragen, welche Bewandtnis es mit dieser Notiz hat.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich kenne diese Notiz im Prinzip nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber können Sie sich erinnern, daß eine solche Notiz einmal in Ihrer Firma angelegt worden ist als Argumentationshilfe.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Es sind natürlich vielleicht einige Notizen geschrieben worden, um uns zu unterrichten, denn der Vorstand war ja zu diesem Zeitpunkt auch nicht über die Geschäfte GEPROMA und PLANTECH informiert. — Dieses Notizheft kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe hier eine andere Notiz. Da steht, Gedanken zur Bestellung von Normtexten bei der Firma PLANTECH. Leider ist sie nicht datiert.

Hier wird ausgeführt, „Was wollten wir".

Haben Sie versucht, zunächst die ganze Sache PLANTECH GEPROMA vom Tisch zu fegen von der Firma Siemens Österreich aus? Warum haben Sie versucht — diesen Eindruck hatten wir sehr stark, daß das bei der Firma Siemens versucht worden ist —, ganz massiv diese ganze Sache, GEPROMA PLANTECH in ganz ordnungsgemäße Geschäftsbeziehungen umzuwandeln?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Es waren ja im Prinzip nach der Darstellung, wie sie uns gegeben wurden, ordnungsgemäße Geschäftsbeziehungen. Es waren ja, wenn Sie das sehen zu dem Zeitpunkt, wo wir Kenntnis erhalten haben, ganz ordnungsgemäße Geschäftsbeziehungen: Es ist ein Auftrag gegeben worden, es war eine Auftragsbestätigung gegeben, und es sind dann anscheinend oder direkt Lieferungen gekommen. Es waren im Prinzip aus unserer Sicht damals ordnungsgemäße Geschäftsbeziehungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Mai 1980, als die ganzen Dinge in der Presse waren, im „profil" vor allem, mußten Sie als Vorstandsdirektor wissen, daß hier bestimmte Dinge nicht in Ordnung waren. Auch zu diesem Zeitpunkt hat sich die Firma Siemens Österreich massiv bemüht, das als ordnungsgemäße Geschäftsbeziehung darzustellen. — Warum? Hier mußten Sie doch bereits Bedenken haben, daß manches nicht in Ordnung war?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Im Mai 1980 ist die aktienrechtliche Sonderprüfung gerade angelaufen, und für uns waren das noch immer ordnungsgemäße Geschäftsbeziehungen. Nach dem, was uns unsere Mitarbeiter erzählt hatten, waren das ordnungsgemäße Geschäftsbeziehungen. Es sind erst nach der aktienrechtlichen Sonderprüfung Bedenken aufgetaucht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie einen K. J. Marley aus Baden in der Schweiz?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein, den kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie den Namen einmal gehört: Marley?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich kenne den Marley nicht, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie nichts dazu sagen?

Wer hat die Beziehungen hergestellt zu diesem sogenannten Flughafenprojekt Irak? Sie haben dieses Projekt bereits angezogen.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja, soviel ich weiß, hat das Herr Schweitzer hergestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und dieser Name Alkassur? Würde der auf Schweitzer hindeuten?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein, das würde sicherlich nicht auf Schweitzer hindeuten. Das würde wohl eher auf einen Iraker hindeuten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie überprüft, wer dieser Iraker sein kann?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich habe das nicht geprüft. Ich habe von dieser Flugplatzgeschichte auch erst so im April Kenntnis erhalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber, Herr Direktor Vogl, wenn man Vorstandsdirektor dieser Firma ist, muß man sich doch kümmern, wenn hier 270 000 Schweizer Franken auf ein Konto der Geproma von der Firma Siemens Österreich überwiesen worden sind für dieses Projekt, und Sie wollen mir jetzt sagen, Sie haben sich hier nicht weiter erkundigt, was dahintersteckt.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich glaube, man überschätzt die Möglichkeiten eines Vorstandsdirektors in einer Firma. Sie müssen immerhin bedenken, Herr Abgeordneter, daß allein der Bereich I ein Geschäftsvolumen von über 1 Milliarde Schilling hatte. Das ist ein Volumen, bei dem ich Ihnen in Österreich aus dem Stegreif mindestens zehn Firmen nennen kann, die für dieses volumen drei oder vier Vorstandsmitglieder und x Prokuristen haben. Ich habe für dieses Volumen einen Zentraldirektor und drei Prokuristen. Mein ganzer Bereich sind weit über 4 Milliarden Schilling. Also wenn ich mich um jeden einzelnen Fall kümmern müßte, da würde ich wahrscheinlich zu keiner vernünftigen Arbeit mehr kommen. Man muß einmal die Dimensionen sehen, die das hat. Und etwas, was auf Grund der Delegation, die wir in unserer Firma haben, delegierbar ist, das wird delegiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber, Herr Direktor, es geht jetzt um die Prüfung im nachhinein. Es ist Ihnen bekannt geworden, daß hier 270 000 Schweizer Franken bezahlt worden sind, ohne daß dafür eine korrekte Abrechnung gelegt werden kann. Es sind also sogenannte —

8 von 286Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 7 (Seite 1937b bis 2221a) (gescanntes Original)

ich weiß nicht, ob Sie das auch so bezeichnen — Provisionen an ungenannt oder unbenannt.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Provisionen an „unbenannt" das kann man hier nicht sagen, sondern in dem Fall ist aus unserer Sicht heraus ein Auftrag gegeben worden für Projektierungsunterlagen für einen Flugplatz. Es sollen Projektierungsunterlagen geliefert worden sein, und dafür ist eine normale Rechnung bezahlt worden. Es ist — wenn Sie das so darstellen —, es ist ein völlig normaler Auftrag, das ist keine Provision unbenannt. Es sind aus unserer Sicht ..... uns dargestellt hat. Es ist ein Auftrag gegeben worden an eine Firma, rein juridisch, da gibt es einen Auftrag, eine Bestellung, da gibt es eine Auftragsbestätigung, und da sollen Unterlagen geliefert worden sein. Das ist ein ganz normaler Auftrag, wie er abgewickelt werden soll. Und da kann ein Herr, wie der Herr Schweitzer oder der Herr Mück, diesen Auftrag unterschreiben, und der wird über die ganz normale Buchhaltung abgewickelt. Hier gibt es über die Nationalbank eine Möglichkeit, Devisen zu überweisen, und das ist ja alles ganz ordnungsgemäß gewesen. Das ist ja keine Provision an ungenannt aus unserer Sicht heraus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber im nachhinein, Herr Direktor, stellt sich heraus, daß hier keine Gegenleistung erbracht worden ist für diese 270 000. Und nun erhebt sich die Frage — das wissen Sie nach meinen Informationen mindestens seit Juni 1980 —, daß hier eine Zahlung von 270 000 Schweizer Franken geleistet worden ist; das ist mehr als 1 Million Schilling, das sind beinahe 2 Millionen Schilling. Die Frage ist also: Haben Sie im nachheinein geprüft, was hier bei diesem Geschäft Flughafenprojekt Irak geschehen ist?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein. Dafür haben wir die aktienrechtlichen Sonderprüfer eingesetzt, und die haben das geprüft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und zu welchem Ergebnis sind sie gekommen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nun, wenn ich mich entsinne, wird das angezweifelt von den aktienrechtlichen Sonderprüfern, daß hier eine Gegenleistung erfolgt ist, zumindest daß diese Gegenleistung auf Grund der vorhandenen Unterlagen, die damals der Geproma übergeben worden sein sollen, durchgeführt worden ist. Das ist ja das Ergebnis der aktienrechtlichen Sonderprüfer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist auch unser Wissen im Untersuchungsausschuß. — Die Schlußfolgerungen daraus?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Die Schlußfolgerungen daraus sind, daß hier wahrscheinlich von dem einen oder anderen Mitarbeiter nicht ordnungsgemäß gearbeitet wurde. Das ist die Schlußfolgerung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann es sich darum handeln, daß hier dieses Irak-Geschäft vorgetäuscht worden ist und es sich tatsächlich um ein AKH-Geschäft gehandelt hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, ich möchte das nicht in dieser Form sagen, das kann ich nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber wer kann das aus Ihrer Firma beurteilen? Es muß doch jemanden geben außer den Herren Schweitzer, Mück, Swoboda, die uns keine Informationen dazu geben. Es muß doch jemanden geben, der uns sagen kann: Sind diese 270 000 Schweizer Franken für ein AKH-Geschäft erfolgt, oder gibt es eine konkrete Grundlage für ein Irak-Geschäft? Sie sagen uns jetzt: Es gibt keine Grundlage für ein Irak-Geschäft.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Es gibt keine, ich kann es nicht sagen. Der aktienrechtliche Sonderprüfer sagt, daß das angezweifelt wird. Es sind ja Unterlagen da. Es sind ja Regierungsunterlagen da, sie sind ja geliefert worden. Die Frage ist nur, ob die Bezahlung dieser Unterlagen im Verhältnis der Leistung entsprechend ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann ist es wieder richtig, wenn unser Verdacht dahin gehend lautet, daß es sich dabei auch um ein AKH-Geschäft handelt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das kann ich nicht beurteilen. Das ist mir unmöglich zu beurteilen. Ich weiß nicht, was mit dem Geld, das an die Konten von Geproma und Plantech dahingeflossen ist, geschehen ist, das weiß ich ja nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das frage ich Sie ja auch gar nicht. Ich frage Sie nur, warum Sie bezahlt haben, aus welchem Titel? Und wenn Sie uns jetzt nicht angeben können, daß es sich um ein Irak-Geschäft handelt, ist die zweite Frage: Handelt es sich um ein AKH-Geschäft?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das kann ich nicht sagen. Das kann ich wirklich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer kann das bei Ihnen sagen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das können nur die Leute sagen, die es veranlaßt haben. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Ich habe jedenfalls keinerlei Informationen, daß das für ein AKH-Geschäft verwendet worden ist. Das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen, daß eine Besprechungsnotiz zwischen der Firma Siemens und dem Finanzamt — wir haben ja

diesen Akt auch bekommen über die Betriebsprüfung im Jahre 1979 — nach Liechtenstein gelangt ist. In den Unterlagen, die dort beschlagnahmt worden sind in Liechtenstein, fand sich auch diese Besprechungsnotiz vom 7. 5. 1979 zwischen der Firma Siemens Österreich und dem Finanzamt. Wie kam diese Notiz nach Liechtenstein?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das weiß ich nicht. Ich weiß gar nicht, ob ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist wahr, das ist aktenkundig.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja, das weiß ich nicht, das kann ich Ihnen nicht sagen, das höre ich zum ersten Mal. Das weiß ich nicht. Was soll das für eine Notiz gewesen sein?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen, bei der ersten Prüfung 1979 — ich habe jetzt den Akt leider nicht mit heraufgenommen — spielten diese Provisionszahlungen bereits eine Rolle; Plantech und Geproma, und sie wurden damals noch anerkannt bei den Betriebsprüfungen. Das muß Ihnen bekannt sein, 1979; und darüber gibt es eine Besprechungsnotiz, und diese Besprechungsnotiz ist bei den Plantech-Unterlagen in Vaduz gefunden worden.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das wußte ich gar nicht, daß diese Notiz gefunden wurde. Das weiß ich nicht, wie die hinkam.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was wissen Sie überhaupt dann über die Geschäftsbeziehung Geproma, Plantech, Siemens. Ich möchte Sie nicht fragen über die Gelder, wo sie weitergeflossen sind. Daß Sie da nichts wissen, das kann ich mir vorstellen, und daß Sie da nichts sagen. Aber Sie müssen doch etwas sagen können über die Gegenleistungen. Sie haben mir bisher keine einzige Gegenleistung nennen können, die auf Grund dieser großen Zahlungen von der Firma Geproma, Plantech geleistet worden ist.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, ich kann Ihnen nur folgendes sagen: 1979 im April erfuhr ich zum ersten Mal, daß hier diese Geschäfte mit Liechtenstein abgewickelt wurden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, im Zuge der Betriebsprüfung?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein, vorher, vorher. Damals gab es ja diesen Artikel im „profil" — wenn Sie sich vielleicht noch erinnern können —, und auf Grund dieses Artikels im „profil" haben wir natürlich einmal eine Revision beauftragt, und ich habe, was selbstverständlich ist, meine Mitarbeiter befragt, was da gewesen wäre. Daraufhin erhielt ich die Auskunft, es wären diese berühmten Normtexte, von denen immer die Rede ist, und daß diese Normtexte im Zuge des Auftrages von Plantech erstellt worden wären. Ich muß Ihnen sagen, ich habe mich nicht sehr darum gekümmert, ob diese Normtexte nun verwendet wurden, weil ich zu dem Zeitpunkt bereits wußte, daß wir dieses Projekt mit dieser mit dem Rechnerschreibautomaten begraben hatten; wir waren damals bereits auf ein anderes System, auf das Siemens-Schreibautomatensystem, übergestiegen.

Ich habe mich also nicht ernsthaft damit befaßt, ob hier nun eine Leistung geliefert worden ist oder nicht. Wenn diese Plantech-Leistung geliefert worden ist, so wußte ich, daß sie zu dem Zeitpunkt nicht mehr allzuviel wert sein konnte, weil wir auf unsere Schreibautomaten übergestiegen waren. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt: GEPROMA. Davon habe ich allerdings erst so im März, April erfahren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1979?

Dipl.-Ing. **Vogl:** 1980! 1980, denn in der ersten Phase kam nur die Frage PLANTECH zur Diskussion.

Bei GEPROMA hatten wir dann auch mit unseren Mitarbeitern Gespräche. Ich hatte Gespräche und habe dann festgestellt, daß hier auch eine Verbindung PLANTECH—GEPROMA bestanden hat, und zwar insofern, daß nach Aussagen unserer Mitarbeiter die gleichen Leute, die damals PLANTECH sozusagen injiziert hätten in Liechtenstein, auch die GEPROMA injiziert haben.

Erst als ich das erfahren habe, was mich natürlich etwas in Erstaunen versetzte, habe ich dann ... informiert. Das war der Zeitpunkt, wo ich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wen haben Sie informiert?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich habe ... informiert zu diesem Zeitpunkt, wobei ich nur sagen kann, was wir bis dahin gewußt haben: Unterlagen PLANTECH und GEPROMA. Dabei hat GEPROMA ein völlig anderes Gebiet betroffen. Das waren Dinge, die wir unseren Mitarbeitern einfach abnehmen mußten, denn die bringen einem einen Pack Papier her und sagen: das ist geliefert worden. Das können sie nun glauben oder das können sie nun nicht glauben. Papier war jedenfalls da, das geliefert wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und das Papier stammte vermutlich von anderen Siemens-Firmen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Also das ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Diese Vermutung ist auf jeden Fall nicht aus den . . .

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, diese Möglichkeit wäre gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist das auch geprüft worden, daß bestimmte Ausarbeitungen bei Siemens-Firmen gemacht worden sind; hier sind nämlich gewisse gleichlautende Formulierungen gefunden worden. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich habe die aktienrechtliche Überprüfung . . . (??)

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich darf Sie noch einmal zum Abschluß dieses Fragenkomplexes fragen: Die Firma Siemens wird hier keine Rückforderungen an Dritte stellen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das wird sich sicherlich dann ergeben, wenn die Strafprozesse gegenüber unserer Mitarbeiter gelaufen sind. Das wird davon abhängig sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen: Die Firma Siemens war ja zunächst Mitglied einer ARGE-Starkstrom, . . .

Dipl.-Ing. **Vogl:** Eine Projektierungs-, eine Planungs-ARGE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): . . . die sich beim AKH um alle Starkstromaufträge bewerben sollte.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich möchte das nicht so sagen, sondern in der ersten Phase ist eigentlich eine Planungs-ARGE gemacht worden. Die Planungs-ARGE bestand aus Siemens, Elin und BBC. Angeboten wurde dann von den einzelnen Firmen getrennt. Also es war keine ARGE im Angebotsstadium, sondern im Projektierungsstadium. Der Planungsauftrag war damals so groß, daß ihn eine einzige Firma rein kapazitätsmäßig nicht hätte abwickeln können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Firma Siemens hat dann den gesamten Auftrag erhalten in Höhe von damals zwei Milliarden Schilling?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Mit Mehrwertsteuer etwa, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, wie es dazu gekommen ist? Ist es ein großer Auftrag? Sie haben gesagt, um kleine Dinge könnten Sie sich nicht kümmern. Wie kam es dazu, daß die Firma Siemens diesen Auftrag in der gesamten Höhe bekommen hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Es war in der ersten Phase wohl so, daß für die Angebotsausarbeitung ja ein relativ kurzer Termin vorgesehen war. Es war, glaube ich, 1973, als ich im Prinzip für diesen Bereich noch nicht zuständig war, da kam die Ausschreibung etwa im August heraus. Es war eine sehr, sehr umfangreiche Arbeit. Ich möchte nur daran erinnern, daß man etwa 16 000 Positionen hier miteinander zu vermengen hatte. Infolge des Ausschreibungsmodus ist es auch eine relativ komplizierte Geschichte, den Preis für die Einzelpositionen festzulegen.

Nun im November, wenn ich mich richtig erinnere, war die Angebotsabgabe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im November 1973?

Dipl.-Ing. **Vogl:** 1973 war die Angebotsabgabe, also vom August bis November, das sind etwa drei Monate Ausschreibungszeit. Es ist also ziemlich klar, daß in Österreich kaum eine Firma in der Lage ist, bei einem so kurzen Termin ein Angebot abzugeben, und eigentlich haben nur die drei großen Firmen Elin, BBC und Siemens, die alle drei mit Planungsarbeiten beauftragt waren, komplette Angebote abgegeben. Die anderen Firmen haben meiner Erinnerung nach nur Teilangebote abgegeben.

Im Zuge bei der Angebotseröffnung stellte sich heraus — ich selbst war nicht dabei, es gibt aber, glaube ich, ein Protokoll über diese Angebotseröffnung, von uns war ein Mitarbeiter dort, und zwar war das, soweit ich mich erinnere, Herr Gagl, der zum damaligen Zeitpunkt für das AKH als Projektleiter mehr oder weniger zuständig war —, daß wir nicht die Bestbieter, die Billigstbieter waren, sondern die BBC an erster Stelle gelegen ist.

Im Zuge der Angebotsprüfung, die dann vom Auslober ja durchgeführt werden muß, stellte sich heraus, daß es neben einer Unmenge kleiner Rechenfehler, die einfach darauf zurückzuführen sind, daß man bei dem Druck, dem man ausgesetzt ist, kaum Kontrollen machen kann, auch bei einer Zusammenzählung von drei Positionen einen Additionsfehler gegeben hat, und daraufhin über diesen Additionsfehler ist dann Siemens der Bestbieter geworden.

Ich kann mich zwar nicht mehr ganz genau erinnern, aber ich möchte zur Illustration sagen: Die Unterschrift eines Vorstandsmitgliedes kommt infolge des gedrängten Termins etwa so zustande, daß zwei Stunden, bevor man das Angebot abgibt, einmal jemand zu einem herkommt und sagt: Bitte unterschreiben Sie jetzt das Angebot, Sie müssen jetzt laut der Unterschriftsregelung unterschreiben; dann sollen Sie halt in zwei Stunden einen Auftrag in dieser Größenordnung unterschreiben. Ich habe meiner Erinnerung nach, ich glaube, es war dieses Angebot, sogar unterschrieben, ich könnte es nicht mehr genau sagen, aber es könnte ohneweiters so sein. Und das Angebot ist dann geprüft worden. Es sind dann auch einige technische Gespräche geführt worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat sie geführt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Technische Gespräche hat im wesentlichen der Herr Gagl geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und mit wem?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich nehme an, daß die wohl zum Teil mit den Mitarbeitern der damaligen Bauleitung des Allgemeinen Krankenhauses geführt wurden. Es hat dann Herr Mück wohl Gespräche im Bundesministerium für Bauten geführt. Wer der Partner war, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Es ist dann Ende 1974 wohl an die Bauleitung des Allgemeinen Krankenhauses der Auftrag erteilt worden, mit Siemens sozusagen die Endgespräche zu führen. Bei diesen Endgesprächen sind neben der Veränderung einiger Kapitel einige Teile aus den einzelnen Kapiteln herausgenommen worden, und es sind auch bestimmte Preisanpassungen und Preisänderungen gemacht worden. Kurz und gut, ich glaube, Ende 1974 oder Anfang 1975 — ich weiß es nicht mehr genau — war ich dann soweit, daß das Angebot Spezifikation und die Preise klar waren, und dann ist ein Auftrag an uns erteilt worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben sich Politiker zu irgendeinem Zeitpunkt mit diesem Auftrag an die Firma Siemens befaßt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich kann von meiner Seite nur sagen: Ich persönlich bin sicherlich nicht damit involviert worden. Ich habe aber auch den Eindruck gehabt, daß sich Politiker zu diesem Zeitpunkt hier überhaupt nicht interessiert haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sich gar nicht interessiert haben für das AKH?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Also nicht für das AKH, sondern für diesen Auftrag nicht interessiert haben. Ich weiß nicht, daß irgend jemand bei uns oder an irgendeiner Stelle interveniert hätte. Es ist auch so, daß die Verhandlungen im wesentlichen der zuständige Fachbereichsleiter, Herr Mück, geführt hat. Ich kann mir daher nicht vorstellen, daß sich bei der Auftragsvergabe irgendein Politiker eingeschaltet hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Reaktionen gab es von der BBC?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Es ist natürlich, daß weder die BBC noch die ELIN sehr erfreut waren, daß der Auftrag an uns ging. Wir hatten aber, wie Sie vielleicht wissen, in der Bestellung die Auflage, 26 Prozent des Auftrages an potente Unterlieferanten zu vergeben, wobei ich vielleicht hier doch klarstellen wollte, daß das Aufträge sind, die wir selbst hätten bearbeiten können. Ich meine, wir müssen natürlich einen Großteil des Volumens sowieso vergeben: denken Sie an alle die Kabel, die wir nicht selbst bei Siemens fertigen; denken Sie an Kabelpritschen und viele andere Dinge. Alle diese 26 Prozent waren dem Sinne des Vertrages nach so gedacht, daß dieses Volumen durch die Siemens AG Österreich, welches sie selbst fertigen oder durchführen hätte können, an andere vergeben wird. Und im Zuge dieser Auftragsforderung haben wir natürlich an BBC und auch ELIN und an einige andere Firmen bestimmte Auftragszusagen gemacht, wobei das davon abhängig war, daß die AKPE ihre Zustimmung dazu gibt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben dann einen Auftrag im Jahre 1979 an die BBC weitergegeben in der Größenordnung von 140 Millionen Schilling.

Warum erst im Jahre 1979, und welche Interventionen hat es gegeben, daß es zu dieser Weitergabe gekommen ist?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Es war eigentlich nie die Frage gestellt, daß wir diese Aufträge weitergeben, sondern die Schwierigkeit bestand ab 1979, muß ich dazusagen, noch darin, daß es sehr schwierig war, konkrete Aufträge zu vergeben. Ich habe eigentlich erst jetzt im Jahr 1980, also ich weiß nicht mehr, wann das war, diesen Auftrag an BBC konkretisieren können, denn wir können den Auftrag erst dann an eine Firma echt vergeben, wenn tatsächlich der Leistungsumfang völlig klar ist. Und der ist es eigentlich erst jetzt, weil die Planungen soweit abgeschlossen sind, daß wir tatsächlich Unteraufträge vergeben können, können wir jetzt eigentlich erst konkrete Aufträge vergeben. Ähnliches gilt für die Elin übrigens auch, die auch erst vor einem halben Jahr den ersten konkreten Auftrag von uns erhalten hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und, Herr Direktor, Sie schließen aus, daß es hier irgendwelche Interventionen gegeben hat bei der BBC.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich schließe das nicht aus, sondern ich kann Ihnen ganz offen sagen, daß ich damals von der BBC, vom Herrn Mosbeck, mehrfach angesprochen worden bin, wann bekommen wir endlich unseren konkreten Auftrag, und ich immer wieder sagen mußte, und zwar meiner Meinung nach völlig zu Recht, daß wir noch keinen konkreten Auftrag vergeben können, weil unser Leistungsumfang oder der Leistungsumfang noch nicht klargestellt werden kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem wurde die Firma Siemens noch angesprochen im Hinblick auf diesen BBC-Auftrag.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Auf diesen BBC-Auftrag eigentlich von niemandem.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von niemandem.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie es ausschließen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das kann ich ausschließen, das kann ich ausschließen. Also meiner Erinnerung nach ist da eine Intervention aus irgendeiner Stelle nicht erfolgt. Es war ja im Prinzip völlig klar, daß die BBC und auch die Elin und auch die AEG, das muß ich auch dazu sagen, das ist ja bereits 1975 sehr bald nach unserem Auftragserhalt haben wir letter of intents, also Rahmenaufträge gegeben; daß diese Aufträge gegeben werden, war eigentlich völlig klar.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat dann beim AEG-Auftrag der Herr Sefcsik so eine Rolle gespielt? Wenn es so klar war, daß die AEG den Auftrag bekommen soll.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das kam eigentlich erst zu einem späteren Zeitpunkt, möchte ich dazu sagen. Die AEG hatte von uns und auch mit meinem Wissen, das muß ich auch noch dazusagen, erst in der ersten Phase einen Auftrag von 45 Millionen Schilling bekommen, diesen Auftrag, den kenne ich noch, der ist also im Zuge dieser allgemeinen Auftrags-letter-of-intents-Verteilung gewesen. Andere Firmen haben sich eigentlich geweigert, einen Rahmenauftrag in dieser Form anzunehmen. Dazu gehört die Elin, weil uns hiermit ein anderes Verhältnis verbindet durch den Kooperationsvertrag. Die AEG hat eigentlich erst, und das habe ich eigentlich auch erst später erfahren, erst später versucht, den Auftrag zu erhöhen, zuerst wohl um 100 Millionen Schilling und dann später ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf 145 Millionen. Und es ist uns erzählt worden, daß ...

Dipl.-Ing. **Vogl:** ... zurückgekommen auf 100 Millionen Schilling. Darüber, muß ich sagen, bin ich eigentlich erst relativ spät informiert worden, das ist also eine Operation gewesen, die sich wohl im wesentlichen zwischen Schweitzer und ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber 100 Millionen Schilling übersteigt die Kompetenz des Herrn Schweitzer.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Die Kompetenz des Herrn Schweitzers übersteigt das, das ist also ganz klar.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie kann dann der Herr Sefcsik Provisionen aus diesem Auftrag kassieren?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich weiß nicht, ob er Provisionen bekommen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, das wissen wir, das ist aktenkundig.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Aber das ist hier sicherlich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch von ihm zugegeben hier im Untersuchungsausschuß.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das ist ein Trick, kann ich sagen. Wenn wir das gewußt hätten, ich muß sagen, wenn ich das gewußt hätte, hätte ich das auf jeden Fall verhindert, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie sind verantwortlich für diese Auftragserteilung an AEG.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja verantwortlich, natürlich bin ich verantwortlich, aber davon habe ich als Vorstand gewußt.

Ich meine, wir können jetzt nur sagen, wir werden diesen Auftrag in dieser Form nicht erfüllen, das kann ich hier ganz klar erklären.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das heißt, wer nicht erfüllen. Die AEG wird ihn nicht erfüllen.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Wir werden den Auftrag nicht mehr an die AEG geben. Die AEG hat von uns, also in dieser Form, die AEG hat von uns einen Auftrag, der nichts wert ist, wenn Sie das ganz genau nehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns das etwas klarer ausdrücken.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, ein Auftrag ist nur dann ein Auftrag, wenn in einem Auftrag Preise, Leistungsumfang und alle Bedingungen konkretisiert sind, dann können Sie auch einen mündlichen Auftrag geben. In dieser Form ist der Auftrag meiner Meinung nach so ähnlich wie ein letter of intent, eine Goodwill-Erklärung. Mehr ist er nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In dem Schreiben, das Sie uns, nein, das Sie an die AKPE am 11. 2. 1980 gerichtet haben, ja. 11. 2. oder 2. 11., das kann ich jetzt nicht sagen, wird ausgeführt ...

Dipl.-Ing. **Vogl:** 19..?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1980. 11. 2. muß es sein.

Dipl.-Ing. **Vogl:** 11. 2. müßte es sein, ja, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist dieser Auftrag noch voll angeführt in voller Höhe.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja. Die 145 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die 100 Millionen.

Dipl.-Ing. **Vogl:** 100 Millionen. Schauen Sie, die Männer, die das gemacht haben, haben ja jedesmal von der AKPE die Zusicherung erhalten müssen, daß sie Aufträge in dieser Höhe an einen Sublieferanten vergeben können.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Feurstein! Darf ich zwischendurch fragen, wie lange schätzen Sie, daß Sie zirka noch brauchen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 20 Minuten.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es dann jemanden anderen noch in Ihrer Fraktion? — Nicht. Gibt es bei der SPÖ-Fraktion noch jemanden? — Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie uns das erklären noch mit dem AEG-Auftrag.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Sie meinen jetzt mit dem AEG-Auftrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Dieser Auftrag ist sicherlich gegen den Willen der Geschäftsleitung gemacht worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Geschäftsleitung Firma Siemens.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Firma Siemens, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von Ihnen unterschrieben aber.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Von mir nicht unterschrieben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat ihn unterschrieben?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich glaube, ich kann das jetzt nicht genau sagen, ich weiß jetzt nicht, ich habe mir sogar einmal die Aufstellung machen lassen, wer das unterschrieben hat, weil das ja immer eine Frage ist. Ich habe da hier mir einmal diese Aufträge herausschreiben lassen. Aber es muß irgendwo hervorgehen, weil wir haben das damals dann geprüft, wer diese Aufträge unterschrieben hat. Ich kann nur sagen, der Auftrag ist ... das steht hier leider nicht drinnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist auch nicht wichtig. Darf ich Sie jetzt fragen, gibt es Anzahlungen für diesen Auftrag?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Für diesen Auftrag gibt es keine Anzahlungen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß Anzahlungen gefordert wurden, wir haben dieses dann geprüft und haben die Anzahlungen von der Geschäftsleitung abgelehnt, dann.

Natürlich ist es so, es gibt also hier einen Auftrag, den Mitarbeiter unterschrieben haben, die nach dem Handelsrecht unterschriftsberechtigt dafür sind. Es haben zwei Prokuristen unterschrieben. Wir haben die Angabe von einer Anzahlung abgelehnt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es andere Aufträge, Subaufträge, an die Sie sich nicht mehr gebunden fühlen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Wir werden diese Aufträge, soweit es möglich und notwendig ist, im Rahmen unserer Abwicklung des Auftrages AKH werden wir diese Firmen beschäftigen. Im Prinzip war ja die Sache eigentlich so gedacht, daß es uns nicht möglich sein wird — der Siemens meine ich jetzt —, in der Spitze 400, 500 Monteure auf die Baustelle zu bringen. Da sind wir natürlich genötigt, gewisse Unterstützung von anderen Firmen zu haben, und diese Unterstützung wollten wir uns natürlich auch sichern, daß wir Arbeitskräfte bekommen.

Es gibt Aufträge, wo ich also auch meine, daß sie nicht, ich möchte sagen, im Rahmen der üblichen Abwicklung gegeben worden sind, das ist der Auftrag an die Firma Schrack.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum nicht? Auch 100 Millionen.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja. Dieser Auftrag an die Firma Schrack ist eigentlich auch gegeben worden, ohne daß die Geschäftsleitung darüber informiert worden war. Also ich war sehr gut informiert über den Auftrag Elin, über den geplanten Auftrag Elin. Hier haben wir also einige Gespräche mit der Elin geführt. Ich war sehr gut informiert über den Auftrag an die BBC, weil wir hier auch mit den beiden Partnern Verpflichtungen eingegangen sind im Zuge der Planung.

Ich war aber nicht informiert über den Auftrag, der in der Höhe von 100 Millionen Schilling an die Firma Schrack gegeben wurde, das war also gegen die Intentionen der Geschäftsleitung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Geschäftsleitung heißt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Geschäftsleitung heißt von mir, möchte ich sagen, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was sagen Sie — ich habe das jetzt nicht wortwörtlich hier — zur Aussage Sefcsik, inhaltlich, als er meinte, Großfirmen, Großkonzerne geben Aufträge weiter, damit diese kleineren Firmen dann die Provisionen an Unbenannt bezahlen können.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Also das würde ich für völlig sinnlos halten, von unserer Warte aus ist das völlig sinnlos. Also das würden wir niemals aus

diesem Grunde tun, sondern wir geben Aufträge an kleinere Firmen aus vielen Gründen weiter, wobei natürlich der Auftrag an die Firma Knoblich im Prinzip ein Mußauftrag war. Ein Mußauftrag meine ich insofern, daß wir die Leuchten, natürlich soweit es möglich gewesen wäre, nach Österreich vergeben wollten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Mußauftrag war der Klimaleuchtenauftrag?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein, das war kein Mußauftrag. Das war in der ersten Phase ein Auftrag, den wir nach Traunreuth gegeben haben, weil meines Wissens damals zu dem Zeitpunkt Knoblich gar nicht in der Lage gewesen wäre, Klimaleuchten herzustellen; Klimaleuchten waren zu diesem Zeitpunkt ein neues Gebiet. Die Klimaleuchten sind erst im Zuge der modernen Büros interessant geworden, und die Firma Knoblich hatte damals ja gar kein Klimaleuchtenmodell in dieser Form.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sagen, es war kein Mußauftrag, Sie haben das freiwillig an Knoblich weitergegeben, den Klimaleuchtenauftrag?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, daß es so ganz freiwillig war, möchte ich nicht sagen, weil es war nicht sehr angenehm, ich habe das schon vorhin gesagt, an unsere Mutter heranzutreten und zu sagen, annulliert einen Auftrag, den wir vor drei Jahren an euch gegeben haben. Das ist natürlich nicht sehr angenehm, das möchte ich schon sagen.

Wir haben das damals, und ich möchte immer wieder sagen, wenn es möglich ist, das zu machen, geben wir natürlich Dinge sehr gerne an österreichische Firmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie dann die Anzahlung geleistet von 40 Millionen Schilling für den Auftrag?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, die Anzahlung, ob die jetzt die Klimaleuchten betroffen hat, möchte ich nicht sagen, das weiß ich nicht. Da müßte ich sagen ... Daß die Anzahlung schon für den Klimaleuchtenauftrag war, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Wir haben nur, und das, glaube ich, kann man schon sagen, wir haben Anzahlungen von der AKPE erhalten mit der Auflage, sie an die Firma Knoblich weiterzugeben. Wir haben uns allerdings bei der „Z" abgesichert mit einer Bürgschaft. Das ist dazu zu sagen.

Also wir haben einige Anzahlungen von der AKPE erhalten mit der Auflage, sie weiterzugeben an die Firma Knoblich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben vorhin von einem Mußauftrag geredet. Was war das?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Unter Mußaufträge verstehe ich die Aufträge, also alle die Aufträge, die man im Zuge der Abwicklung eines solchen Geschäftes aus Österreich einfach bestellen muß, weil diese Teile in Österreich greifbar sind.

Wenn wir in Österreich einen Auftrag erhalten in dieser Höhe, werden wir natürlich alle die Dinge, die wir in Österreich zu vernünftigen Preisen kaufen können, auch das muß man dazu sagen, in Österreich plazieren. Und dazu gehören die Leuchten. Es wäre nicht sehr sinnvoll, normale Leuchten in der Bundesrepublik zu bestellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber, Herr Direktor, Sie wissen genau, daß es andere Firmen in Österreich außer der Firma Knoblich gegeben hätte, die diesen Klimaleuchtenauftrag sehr wohl ausführen konnten und sich auch darum beworben haben um den Auftrag.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Da haben Sie völlig recht. Hier natürlich ist die Frage des Preises einmal eine Bedingung, und zweitens war natürlich gerade der Klimaleuchtenauftrag etwa doch von Knoblich initiiert. Man muß also, glaube ich, doch sagen, daß da verschiedene Interventionen von Knoblich aus erfolgt sind, daß dieser Auftrag nach Österreich zurückkommt. Also Knoblich hat wohl ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wäre schon vorher gewesen, bevor Sie den Auftrag weitergegeben haben nach Traunreuth, gab es Bewerber in Österreich, die sich um den Klimaleuchtenauftrag beworben haben.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, ich würde sagen, 1975, glaube ich, war diese Situation noch nicht so stark gegeben wie 1978. Und eines muß man natürlich auch sagen, wir hatten damals in Traunreuth ein ganz neues Leuchtenwerk, das also gerade sozusagen die ersten Schritte zu gehen begann. Daß natürlich dieses Leuchtenwerk sehr daran interessiert ist, so einen großen Auftrag, es sind ja, glaube ich, über 60 000 Klimaleuchten, zu bekommen, ist natürlich auch selbstverständlich, daß uns die bei den Preisen entsprechend entgegengekommen sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Direktor, ich könnte Ihnen jetzt nachweisen, daß es sehr wohl Firmen gegeben hat, allerdings ohne Politiker, die sich sehr stark um diesen Auftrag beworben haben, aber vermutlich war 1977 der politische Druck so stark, daß Sie nachgeben mußten.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das würde ich also nicht in dieser Form sagen. 1975 war das?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1975 gab es sehr

viele Firmen oder gab es Firmen, die sich sehr intensiv um diesen Auftrag beworben haben, ohne Politiker allerdings.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich würde sagen, ein politischer Druck ist eigentlich bei den Leuchten 1975 ... Wir haben erst 1978 Rahmenaufträge. Ich weiß nicht, ob es ein politischer Druck in dieser Form war. Eines ist klar, daß sich die Firma Knoblich sehr bemüht hat um den Leuchtenauftrag, den Klimaleuchtenauftrag; die anderen Leuchtenaufträge hatte ja die Firma Knoblich schon, das muß man dazu sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie den Auftrag Krankenbettensets an die Firma Knoblich weitergegeben?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das ist ein relativ kompliziertes Ding. Ich meine, auch auf Grund von gewissen Lizenzvergaben hatte sich damals Knoblich um diese Krankensets sehr bemüht. Diese Krankensets sind ja etwas, ich möchte sagen, sehr spezifisch Zugeschnittenes. Und damals gab es wohl bestimmte Lizenzfragen, die bedingten, daß wir diesen Auftrag an Knoblich weitergeben mußten, weitergegeben haben.

Aber von einem politischen Druck, ich muß sagen, von den Klimaleuchten habe ich erst in den letzten Phasen irgend etwas gehört, und ich muß Ihnen sagen, die Intensivklimaleuchten im AKH sind erst eigentlich in den letzten Wochen geklärt worden. Es geht ja hier um die Normalsets, die zur Diskussion stehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Obwohl immerhin 40 Millionen Schilling Anzahlung bezahlt worden sind. Das ist inzwischen auch eindeutig festgestellt.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Für die Sets?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, für die Klimaleuchten. 40 Millionen Schilling, ohne daß etwas geliefert worden ist.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Die Klimaleuchten sind schon geliefert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel? Einige Millionen Schilling?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Also ich war neulich beim AKH draußen, und ich habe gehört, bisher liegen 6 000 Leuchten oder so etwas ähnliches dort.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und der Wert? Einige Millionen Schilling?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben das auch festgestellt, 6,7 Millionen Schilling? Und dem stehen 40 Millionen Schilling gegenüber, und es gibt Zinsen von 40 Millionen Schilling. Wieviel gibt es Zinsen von 40 Millionen Schilling pro Jahr.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Noja einiges.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Einige Millionen.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Einige Millionen, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Einige Millionen, die der Firma Knoblich zugute gekommen sind.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Möglich, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und auf die die Firma Siemens verzichtet hat.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Möglich. Da möchte ich sagen, das kann ich Ihnen nicht sagen, da habe ich mich nicht so genau informiert, ob die nicht Zinsen zurückbezahlen müssen. Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber an die Firma Siemens müssen Sie nichts zurückzahlen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich weiß es nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind Direktor, Vorstandsdirektor, und wissen nicht, ob 40 Millionen Schilling weitergegeben worden sind.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Doch, ich weiß nicht, ob das über die ... das ist eine Anzahlung, für eine Anzahlung zahlt man ja normalerweise keine Zinsen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber wenn ich 40 Millionen Schilling als Anzahlung bekomme und dafür erst im Jahr 1981 oder 1982 vielleicht leisten muß, kann ich mit diesem Geld arbeiten.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen. Es sind insgesamt 65 Millionen Schilling Anzahlung gekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 65 Millionen Schilling?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Insgesamt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wieviel sind an die Firma Knoblich weitergegangen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja, an Knoblich, 65 Millionen Schilling Anzahlung sind an die Firma Knoblich geleistet worden. Das betrifft aber nicht die Klimaleuchten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns das jetzt sagen, das ist für mich neu, wieviel sind insgesamt ... Können Sie uns die Aufstellung geben?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Die Aufstellung liegt bei der Wirtschaftspolizei, ich habe nichts, das geheim

ist. Das sind die Anzahlungen. Das ist alles hier.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann jetzt fragen: Dieser Krankenbettensetauftrag hat ein Volumen von 44 Millionen Schilling, ist das richtig?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ob da nicht die Intensivsets schon dabei sind?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns das aus Ihrer Aufstellung heraus sagen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja, schauen Sie, diese Aufstellung dürften Sie eigentlich nicht mehr nehmen. Weil es ist so: In der Zwischenzeit sind faktisch die ganzen Stückzahlen geändert worden. Es stimmen weder bei den Klimaleuchten die Stückzahlen, das kann man eigentlich nicht nehmen.

Wenn es Sie interessiert, ich kann Ihnen die heutigen Werte nennen. Das hat hier damit gar nichts zu tun. Das darf man eigentlich nicht nehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würde das Datum 7. 3. 1979 stimmen? Für die Krankenbettensetinstallation.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das könnte sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da haben wir ein Auftragsvolumen, das sich in der gleichen Größe bewegt.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ja, aber auch das stimmt heute nicht. In der Zwischenzeit hat sich doch die Zahl der Sets geändert, da müßte ich Ihnen eine genaue Aufstellung nach dem heutigen Stand bringen. Das kann man nicht in eine Relation, wie es da drinnensteht, bringen. Der Auftrag Sets ist ja jetzt erst in der letzten Woche oder den letzten 14 Tagen eigentlich realisiert worden, indem wir die Bestätigung der AKPE bekommen haben, daß wir diese Sets in dieser Form bestellen und liefern können, und der macht meiner Erinnerung nach einen Wert von 33 Millionen Schilling aus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und weitergegeben haben Sie an die Firma Knoblich?

Dipl.-Ing. **Vogl:** 24 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 24 Millionen Schilling.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Da sind aber noch irgendwelche Leisten dabei, die wir dazuliefern. Aber Sie können die Zahlen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wer liefert diesen Auftrag?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Diesen Auftrag liefert jetzt die Firma Knoblich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Knoblich liefert ihn nicht, hat uns Herr Sefcsik erklärt.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das war so. Es ist jetzt umgestellt worden, auf Grund der neuen Technik wird die Firma Knoblich diesen Auftrag liefern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat die Firma Zumtobel einen Subauftrag bekommen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Die Firma Zumtobel hatte einen Subauftrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat ihn storniert?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Mit der Umänderung der gesamten Leuchte ist es nicht mehr notwendig geworden, den Subauftrag an Zumtobel zu geben. Es wird jetzt hier von Knoblich selbst gemacht. Also das hat sich im Zusammenhang mit den zusätzlichen Wünschen, die beim AKH jetzt aufgetreten sind, geändert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können ausschließen, daß die Firma Zumtobel einen Subauftrag über die Firma Knoblich erhalten hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Nein, ich kann das nicht ausschließen. Sie hatte einen Auftrag erhalten, die Firma Zumtobel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und sie hat ihn freiwillig zurückgegeben?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ob sie ihn freiwillig zurückgegeben hat, das weiß ich nicht. Jedenfalls war es im Zuge der jetzigen Klimaleuchten-Technik nicht mehr möglich, daß die Firma Zumtobel diesen Auftrag macht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer macht ihn dann?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Knoblich macht ihn.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie erfolgte die Stornierung dieses Auftrages bei der Firma Zumtobel?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich habe die Stornierung selber nicht unterschrieben, ich mußte es ihnen sagen. Aber ich weiß es nicht, er muß storniert sein, ja. Ich glaube, das ging auch im Zusammenhang mit der Lizenz an Trilux. Das Ganze ist ja wieder eine Lizenz von Trilux, diese Leuchten, und es ist gar nicht so einfach, hier das dann ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie behaupten jetzt also, daß dieser Auftrag Krankenbetten-Sets als Lizenz von Trilux durch die Firma Knoblich ausgeführt wird?

Dipl.-Ing. **Vogl:** So ist es, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat die Firma Knoblich der Firma Siemens-Österreich mitgeteilt, daß sie den Auftrag an die Firma Zumtobel weitergegeben hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Leider zu dem Zeitpunkt nicht. Ich muß aber sagen, wir haben in unserem Auftragsschreiben an die Firma Knoblich ausgeschlossen, daß dieser Auftrag an einen Dritten weitergegeben werden darf.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe das hier.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Wir haben dann eigentlich erst relativ spät erfahren, im Zuge der Durchsicht, daß dieser Auftrag dann zu einem Teil an Zumtobel weitergegeben wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann haben Sie das erfahren?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Da muß ich mich zurückerinnern, das ist jetzt vielleicht drei bis vier Monate her.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit wem haben Sie von der Firma Zumtobel verhandelt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich habe nicht mit Zumtobel verhandelt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat dann verhandelt?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Verhandelt? Ich nehme an, daß es die Knoblich-Leute waren, ich glaube, der Herr Zinner hat mit Zumtobel verhandelt, der jetzige Geschäftsführer von Zumtobel, der kommissarische Geschäftsführer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Aufträge sind noch an Drittunternehmen weitergegangen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** An Dritte? Der Löwenanteil sind eigentlich letter of intents, Absichtserklärungen, nur in irgendeiner anderen Form, und Rahmenaufträge. Wir haben einige Aufträge vergeben. Schon konkret vergeben haben wir Aufträge an die Elin, die arbeiten schon daran. Elin macht die Niederspannungsanlage. Wir haben konkret Rahmenaufträge und auch Abrufanträge vergeben an Klug. Wir haben Aufträge vergeben auch an Aurat, glaube ich, aber das sind Rahmenaufträge, die zum Teil ausgeführt sind, zum anderen Teil noch nicht. Und wir haben Aufträge vergeben — ich meine die Aufträge, die jetzt interessant sind — an die BBC. Natürlich sind unzählige andere Aufträge an andere österreichische Firmen vergeben worden, also zum Beispiel die ganzen Kabel bei der WKM, Kabelpritschen und so weiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie groß ist die Spanne für die Aufträge, bevor Sie sie weitergeben, wieviel Spanne rechnen Sie bei der Firma Siemens?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Wir rechnen mit Elin und auch BBC — wir können das ganz klar sagen —, da können wir einen Aufschlag von 17 Prozent für unsere Projektierungskosten und Gemeinkostenabdeckung machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Firma Knoblich hat 22 Prozent?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Bei dem Lampenauftrag?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das weiß ich nicht, das könnte sein. Sie rechnen jetzt von den 22 oder 21 Millionen Schilling auf 18, glaube ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. — Sie kennen den Auftrag 18 Millionen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich kenne den Auftrag. Ich habe gesagt, vor drei Monaten habe ich davon erfahren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Firma Zumtobel ist ohne Pönale, ohne irgendwelche Forderungen von diesem Auftrag zurückgestanden?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das weiß ich nicht, da müßte man die Geschäftsführung der Firma Knoblich fragen. Das ist ein Auftrag, den die Firma Knoblich de jure an Zumtobel weitergegeben hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Um 18 Millionen? Also der Auftrag von 33 Millionen wurde 22 Millionen und dann 18 Millionen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Herr Doktor, ich glaube, so kann man das nicht sagen. Da sind schon andere Inhalte drinnen, müssen Sie denken.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was machen Sie dann bei einem Krankenbettset-Auftrag? Was sind Ihre Leistungen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Wenn Sie sich vorstellen — ich bin gerne bereit, Ihnen das einmal zu zeigen —, wie viele Modelle da angefertigt werden, wie viele Zeichnungen da gemacht werden. Es wird die ganze Projektierung der Befestigung dieser Leuchten gemacht, es ist ein sehr komplexes Gebilde. Diese Leuchten müssen ja entweder von unten oder von oben Anschlüsse bekommen, das muß ja alles projektiert werden, das ist ein relativ großer Aufwand. Wir haben also hier — ich kann es nur zufällig sagen, weil ich vorige Woche beim AKH draußen war und mir die Zeichnungen vorlegen ließ —, es ist schon eine sehr komplexe Angelegenheit, die auch dauernden Änderungen unterworfen ist. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen: die eine Leuchte ist ja schwarz. Das ist nicht unsere Schuld, daß sie schwarz ist.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Wenn Sie nicht eine Schlußrunde machen können, würde ich unterbrechen. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die letzte Frage: Im Jahre 1975 hat die Firma Siemens bereits einen Auftrag an die Firma Knoblich weitergegeben, die sogenannten Normleuchten, in der Größenordnung von 35 Millionen Schilling. Was war die Ursache für diese Weitergabe des Auftrages in der Größenordnung von 35 Millionen Schilling, und was wurde von diesem Auftrag aus dem Jahre 1975 bisher geleistet?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Da müßte ich Ihnen die Zahlen sagen. Es ist ein Großteil der normalen Leuchten und auch die ganzen Leuchten in den Technikräumen schon geliefert worden. Das sind also die ganz normalen Leuchten, die Beleuchtung, die Notbeleuchtung; wieviel der Wert des Gelieferten ist, kann ich Ihnen nicht sagen, da müßte ich noch einmal ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum wurde dieser Auftrag an die Firma Knoblich weitergegeben?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, wahrscheinlich war sie die preisgünstigste. Und daß wir mit der Firma Knoblich, weil sie hier am Wiener Platz die Fertigung hatte, natürlich eine besondere Verbindung hatten, war auch klar.

Eines ist natürlich klar. Wenn ein Wiener Auftrag vergeben wird, ist natürlich das Interesse, daß Lieferungen aus dem Wiener Raum vergeben werden, besonders groß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was sagen Sie zu der Feststellung, daß man es sich mit dem Sefcsik richten mußte, um die Siemensaufträge zu bekommen? Wer hat den großen Einfluß bei Ihnen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich würde sagen: Das ist eine sehr, sehr übertriebene Geschichte. Ich kann mich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber sie ist nicht falsch!

Dipl.-Ing. **Vogl:** Schauen Sie, falsch ist es insofern, daß es das in der Natur eigentlich nicht geben kann. Wie kann Sefcsik ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich bin da nicht Ihrer Meinung.

Dipl.-Ing. **Vogl:** ... das eigentlich einrichten, daß Siemens Aufträge gegeben hat. Ich würde sagen, das können höchstens persönliche Interessen irgendwelcher Mitarbeiter ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß es das Duo Schweitzer—Sefcsik war, das die Aufträge von der Firma Siemens verteilt hat?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Sie sprechen jetzt von den Aufträgen AKH?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sicher!

Dipl.-Ing. **Vogl:** Das wage ich nicht zu sagen. Ich war nie darüber informiert, daß hier der Herr Sefcsik Interventionen bei unseren Mitarbeitern gemacht hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie würden das nicht ausschließen?

Dipl.-Ing. **Vogl:** Ich würde das, nach dem, was ich jetzt weiß, nicht mehr ganz ausschließen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich danke Ihnen. Ihre Einvernahme ist beendet. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Bürgermeister Franz Hillinger

Obmann Dr. **Steger:** Herr Bürgermeister, ich begrüße Sie als Zeugen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Ich darf Sie bitten, dort Platz zu nehmen vor den Mikrophonen.

Ich bitte um Entschuldigung, daß sich der Beginn Ihrer Einvernahme etwas verzögert hat. Wir sind davon informiert, daß Sie zu einem bestimmten Zeitpunkt, ich glaube, es hat 12 Uhr geheißen, wegmüssen. Sie müssen uns dann sagen, wenn es soweit ist, ob Sie allenfalls noch ein paar Minuten bleiben können oder nicht. Wir müßten dann sehen, wie wir zu einer Verlängerung zu einem anderen Zeitpunkt kommen können.

Sie wissen sicher aus den Medien, daß dieser Untersuchungsausschuß zu drei Untersuchungspunkten vom Plenum des Nationalrates auf Grund eines einstimmigen Beschlusses eingesetzt ist, und zwar:

1. Zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

2. zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch bestimmte Firmen und

3. — das ist der Punkt, für den Sie vor allem als Zeuge geführt wurden — zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragerteilungen. Selbstverständlich all das im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien.

Wir haben nach der Geschäftsordnung des Nationalrates vorzugehen. Darin ist enthalten, daß die Strafprozeßordnung bei einer Einvernahme eines Zeugen sinngemäß anzuwenden ist. Auf Grund dieser Strafprozeßordnung hat

ein Zeuge alle an ihn gerichteten Fragen wahrheitsgemäß und offen zu beantworten. Ein allfälliges Entschlagungsrecht ist nur im § 153 StPO enthalten, wo es heißt — ein für Sie in Frage kommendes Entschlagungsrecht —: Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteil mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist. Das heißt, wenn einer dieser drei Punkte gegeben ist und Sie verweigern die Aussage, dann müßte entschieden werden, ob die Beantwortung nicht doch so wichtig ist, daß Sie aussagen müssen.

Ich bitte Sie, deutlich in die Mikrophone zu sprechen, damit nicht etwas verstümmelt protokolliert wird und dann — womöglich gegen Ihr eigenes Interesse — etwas anderes daraus geschlossen werden kann, als Sie eigentlich hier gesagt haben.

Ich darf Sie am Beginn bitten, Ihre Generalien bekanntzugeben. Das ist Vor-, Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Hillinger: Ich heiße Franz Hillinger, bin am 24. 10. 1921 in Linz geboren, bin von Beruf Magistratsbeamter, wohlbestallter Oberamtsrat im 43. Dienstjahr und bin nunmehr seit 28 Jahren Mitglied des Linzer Gemeinderates, seit 25 Jahren Mitglied des Stadtsenates und seit 12 Jahren Bürgermeister von Linz.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Ich glaube, Sie haben uns die Anschrift nicht gesagt.

Hillinger: 4020 Linz, Schwayerstraße 3.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Herr Abgeordneter. Ing. Hobl, bitte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hoher Ausschuß! Meine Fraktion hat ja den Herrn Bürgermeister Hillinger nicht als Zeugen beantragt, wir haben wohl zugestimmt, daß er als Zeuge vor dem Ausschuß gehört wird, weil wir der Meinung waren, es soll durchaus das Mitglied des Parteivorstandes der SPÖ, das die Funktion des Kassiers hat, wenn es der Wunsch ist, hier aussagen.

Wir werden keine Fragen an den Herrn Zeugen richten, außer Zusatzfragen, damit die anderen Fraktionen Gelegenheit haben, ihn ausführlich zu befragen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, bitte!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, entschuldigen Sie, draußen waren wir noch „Herr Bürgermeister", aber es ist hier üblich, daß die Herren und Damen, die hier sitzen, mit „Zeuge" angesprochen werden.

Herr Zeuge, seit wann sind Sie denn der Kassier der SPÖ, oder wie ist der offizielle Titel dieser Funktion?

Hillinger: Der offizielle Titel der Funktion heißt „Bundeskassier", und das bin ich seit zehn Jahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie müssen daher auch Kenntnis über die Dinge haben, die in den letzten zehn Jahren im Hinblick auf Parteifirmen und Finanzierung von Parteifirmen eine Rolle gespielt haben.

Hillinger: Nicht unbedingt auf Parteifirmen, weil das Gesellschaften sind, die mehr oder weniger entsprechende Organe haben, also Vorstände und Aufsichtsräte haben, und daher nicht unbedingt mit dem Parteikassier etwas zu tun haben müssen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber im Parteivorstand werden diese Dinge ja gelegentlich besprochen?

Hillinger: Wenn es notwendig ist und Zuständigkeiten dafür gegeben sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie uns etwas sagen, wie die Defizitabdeckung beim Vorwärtsverlag in diesen letzten zehn Jahren erfolgt ist?

Hillinger: Ich darf Ihnen sagen, daß das eben eine Frage ist, die bei mir Verwunderung ausgelöst hat, daß man sich der Meinung hingibt, daß der Vorwärtsverlag der Sozialistischen Partei etwas Geld gegeben hat, sondern ich kann Ihnen sagen, daß das umgekehrt ist, und das werden wahrscheinlich alle Abgeordneten, die mit einer Partei etwas zu tun haben, selbst wissen, daß man hier die Abgänge eben alljährlich zu decken hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie uns sagen, welchen Umfang die Abgänge jeweils auf das Jahr in diesem Zeitraum gehabt haben?

Hillinger: Nein, das kann ich auswendig nicht sagen.

Aber ich darf Ihnen sagen, daß wir natürlich diese Abgänge abdecken.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Stimmen meine Informationen, daß es bis zum Jahre 1972/73 Abgänge in der Höhe von rund 20 Millionen Schilling gegeben hat? Daß dann durch den Verkauf der Grundstücke und das Projekt „Pilgramzentrum" man eine Sanierung versucht hat und daß seither etwa jährlich 3,4 Millionen Schilling abzudecken sind?

Hillinger: Über diese Dinge bin ich im Detail nicht so informiert und daher kann ich Ihnen, wenn ich es auch wollte, bei bestem Willen nichts Näheres sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie müssen doch bei der Erstellung des Finanzplanes in etwa berücksichtigen das Geld, das Sie jährlich routinemäßig fast schon in den Vorwärtsverlag geben müssen?

Hillinger: Ja sicher spielt das für den Haushaltsvoranschlag, den die Partei zu erstellen hat, eine gewisse Rolle. Aber aus welchen Komponenten sich das zusammensetzt, nicht wahr, das entschlägt sich meiner Kenntnis.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal, Herr Zeuge: Es ist für mich schwer zu verstehen, daß der Bundeskassier nicht weiß, wie groß in etwa die jährliche Lücke ist, die die Vorwärts-AG reißt.

Hillinger: Hier muß ich sagen, nicht so sehr die Vorwärts-AG, sondern die „Arbeiter-Zeitung", das ist ja ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist ja schon ein Detail!

Hillinger: Ja eben, aber ich sage Ihnen noch einmal, da können Sie über mich denken, wie Sie wollen, ich bin der Bundeskassier und habe mich über die Bundesbetriebe also nur insoweit zu kümmern, insoweit ich eine Zuständigkeit habe, und ich habe Ihnen schon vorher gesagt, daß es dort Vorstände gibt und Aufsichtsräte gibt und daher ich in diese Kompetenzen nicht eingreifen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bin — wenn ich das nur einschieben darf, auch wenn Sie es nicht gerne haben — an sich ein Hillingerfan vom Habitus her, daher will ich Ihnen gar nichts ...

„Fan's", hat einmal der Herr Abgeordnete Graf gesagt, kann man sich nicht aussuchen. *(Heiterkeit.)* Ich hafte nicht dafür.

Daß Sie sagen, daß Sie für die Bundesbetriebe nicht zuständig sind, das machen die Organe, okay. Aber ich sage noch einmal: Einem Bundeskassier muß jede Lücke, jeder Bereich, der ihm ein Defizit verursacht, ein unangenehmer Bereich sein. Noch dazu einer, der ihm das auch noch jährlich beschert, wenn das auch mit einem etwas Auf und Ab passiert, aber in etwa, wenn Sie Ihren Finanzplan machen, mit welcher Größenordnung rechnen Sie, daß Ihnen der „Vorwärts", denn die Zeitung, das ist schon ein Detail, da würde ich sagen, das geht die Organe etwas an, daß der „Vorwärts" Ihnen ein Loch ins Budget reißt, 4 Millionen, 3 Millionen.

Hillinger: Ich kann Ihnen die genaue Summe wirklich nicht sagen, Herr Abgeordneter, es tut mir sehr leid, und Sie können mich da zeihen, daß ich ein schlechter Bundeskassier bin, aber diese Dinge sind bei mir sicher im Vorschlag vorgesehen, dort werden sie außerordentlich gering angesetzt, weil sie nicht verleiten sollen, sich auf der anderen Seite wenig Gedanken darüber zu machen, und wenn es dann anfällt, dann wird der entsprechende Beschluß gefaßt, und dann müssen die Mittel aufgebracht werden. Aber ich kann Ihnen die Summe beim besten Willen jetzt nicht sagen, was wir im Jahr 1980 haben, weil der Abschluß noch nicht fertig ist, wir haben ja erst im Mai den entsprechenden Bundesparteitag, wo ich dann Bericht zu erstatten habe, und dort steht auch genau drinnen, was wir an Zuschüssen zu leisten haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wieviel im Budget 1981 voraussichtlich geplant ist?

Hillinger: Ungefähr 3 bis 4 Millionen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das sage ich ja. Als Sie Finanzreferent geworden sind im Jahre 1970, war nach anderen Aussagen das Defizit um vieles höher, Defizit oder Verlustvortrag, wie immer man es jetzt bezeichnen will, so genau weiß ich es nicht, und es ist die Rede gewesen von etwa 20 Millionen Schilling. Jetzt nehme ich an, daß Sie bemüht waren, dieses Defizit abzubauen, und daß es daher auch mit Ihrem Wissen zu der Gründung der Pilgram-Errichtungsgesellschaft gekommen ist. Was können Sie uns darüber sagen?

Hillinger: Ich habe davon berichtsmäßig erfahren, war aber in keinster Weise daran beteiligt, kenne die Verträge nicht und kann Ihnen daher auf diesem Sektor nichts berichten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie können mir auch nicht berichten, was dieses Projekt eigentlich war.

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat nie einen Parteivorstandsbericht gegeben, in dem unterbreitet worden ist, daß hier ein großes Druckerei- und Kommunikationszentrum errichtet werden sollte.

Hillinger: In diesem Umfang zumindest in keiner Sitzung, an der ich teilgenommen habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In welchem Umfang denn?

Hillinger: Wie Sie annehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also in einem bescheideneren Umfang?

Hillinger: Auch nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist auch dort nie die Rede davon gewesen, daß man zur Durchführung dieses Projektes nur mehr ein Eckhaus kaufen muß?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht, daß dieses Eckhaus der BAWAG gehört und daß die nicht hergibt?

Hillinger: Nein, habe ich alles aus den Zeitungen erfahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben im nachhinein keine Vorstellung, warum ausgerechnet die BAWAG zur Arrondierung des Projektes „Pilgramzentrum" nicht bereit ist, ein Grundstück herzugeben?

Hillinger: Ich habe keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Gründung des „Pilgramzentrums" sozusagen mit direkter SPÖ-Beteiligung über die Infra-Bau wurde niemals in Ihrer Gegenwart besprochen.

Hillinger: Nein, weil in meinen Augen das keine Direktbeteiligung ist, wenn ich über Gesellschaften beteiligt werde. Die Partei hat sich an keiner wie immer gearteten Einrichtung beteiligt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wurden in Ihrer Gegenwart die Gründungen der Töchter des „Vorwärts-Verlages" besprochen?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Überhaupt nie?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die ganze Problematik der „Vorwärts-AG" ist mit Ihnen als Bundeskassier nie besprochen worden.

Hillinger: Nicht abgesprochen worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieweit sind Sie denn informiert über die Beziehungen der „Vorwärts" und ihrer Töchter mit der „Neuen Heimat" in Hamburg?

Hillinger: Überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es in Linz eine Infra-Bau?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es so etwas Ähnliches wie die „Neue Heimstätte Innsbruck" in Linz?

Hillinger: Ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ihre Partei in Linz und in Oberösterreich ist nicht beteiligt an einer der Infra-Bau ähnlichen Baufirma und Organisation.

Hillinger: Nein, nicht, daß ich etwas wüßte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es gibt also keine SPÖ-Beteiligung im Rahmen von Firmen, die mit Bauvorhaben, Grundstückkäufen et cetera zu tun haben.

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieweit waren Sie denn mit Dingen befaßt, die den Professor Seitz betreffen? Sagt Ihnen der Name Paul Seitz etwas?

Hillinger: Überhaupt nichts. Ich kenne den nicht, ich weiß nicht, was er sein soll.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Albert Vietor etwas?

Hillinger: Den kenne ich nur aus Besuchen, die ich seinerzeit in Hamburg durchgeführt habe. Das liegt aber zum Teil schon mindestens 25 Jahre zurück, und zuallerletzt war das ein Besuch, der, glaube ich, vor drei Jahren stattgefunden hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In welchem Zusammenhang?

Hillinger: Im Zusammenhang mit einer Städtedelegation, weil wir als Stadt Linz ein Allgemeines Krankenhaus umzubauen und zu errichten haben und wir uns hier Projekte angesehen haben. Unter anderem auch eben eines, das durch die Gesellschaft in Hamburg errichtet worden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie da auch mit der Mediplan in Hamburg Kontakt gehabt?

Hillinger: Auch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und hat die Mediplan Hamburg ...

Hillinger: Kontakt ist übertrieben, ich meine, wir haben von denen die Vorträge gehört und die Berichte gehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und hat sich die Mediplan Hamburg am AKH-Projekt in Linz beteiligt?

Hillinger: Sie hat angeboten, die Mediplan Österreich hat angeboten, ist aber nicht zum Zug gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt bitten, das sehr präzise, wenn Sie sich erinnern können, ...

Hillinger: Ja, ich sage ausdrücklich, es han-

delt sich um die Planung des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Linz ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bürgermeister, sind Sie nicht gereizt, eine harmlose Frage.

Hillinger: Ich bin nicht gereizt, ich sage Ihnen ja das, Firmen beworben, und unter diesen Firmen war auch Mediplan Österreich dabei, und es ist aber, wie Sie sicher aus der Zeitung wissen, das Unternehmen Sutter & Sutter zum Zuge gekommen, und die führen die Planung durch, und daher ist Mediplan nicht zum Zuge gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich war noch gar nicht soweit, ich wollte nur noch einmal Sie bitten, zu überlegen, ob es Mediplan Wien war oder Mediplan Hamburg.

Hillinger: Wien.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wann war die Vergabe dieses Auftrages? Schätzungsweise, voriges Jahr?

Hillinger: Wenn ich jetzt überlege, die Planung an Sutter dürfte Ende 1979, Anfang 1980 vergeben worden sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es kann also nicht sein, daß die Mediplan Wien oder die Mediplan Hamburg nicht zum Zuge gekommen ist, weil sie in den Wiener AKH-Skandal schon verwikkelt war.

Hillinger: Das glaube ich auf gar keinen Fall, weil wir hier sehr strenge, sagen wir, Regeln anwenden. Bei uns kommt der Bestbieter zum Zug.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei Ihren Besuchen in Hamburg, haben Sie da auch mit dem Herrn Carsten Becker zu tun gehabt?

Hillinger: Das ist möglich, ich habe mir nur die Namen der einzelnen Herren nicht so gemerkt, aber ich glaube, es gibt einen Architekten Becker, der auch, glaube ich, hier in der Mediplan Wien der Vertreter ist, und mit dem haben wir selbstverständlich Gespräche geführt, beziehungsweise der hat die Delegation in Hamburg geführt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat jemals der Bundeskanzler mit Ihnen über den Professor Seitz oder über die Einschaltung der Mediplan Hamburg geredet?

Hillinger: Überhaupt nicht, und ich kenne den Herrn Seitz gar nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Seitz, Vietor oder Mediplan Hamburg.

Hillinger: Vietor kenne ich, mit dem habe ich zu tun gehabt, aber Seitz kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Professor Riethmüller zu tun gehabt?

Hillinger: Nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht im Zusammenhang mit dem AKH in Linz?

Hillinger: Nie, nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie den Herrn Willy Seibl?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von der Infra-Bau beziehungsweise der zweite, der österreichische Geschäftsführer der Mediplan Wien.

Hillinger: Wenn Sie mir jetzt den Namen sagen, ich weiß nur, es war in der Richtung einmal ein Vertreter bei uns in Linz, aber gar nicht im Zusammenhang mit Krankenhausbau, sondern mit Verbauung Brückenkopf Urfahr-Ost, und es ist durchaus möglich, daß dieser Herr so geheißen hat. Aber ich könnte mich nicht erinnern an den Namen, und mit der Infra-Bau habe ich überhaupt nie ein Gespräch über das Krankenhaus in Wien geführt, sondern wenn, dann um die Verwertung des Brükkenkopfes Linz-Urfahr-Ost.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich noch einmal festhalten. Herr Zeuge, Sie wären durchaus in der Lage, uns die Defizite der Vorwärts AG der letzten zehn Jahre dann hierher nachzuliefern?

Hillinger: Jawohl, auf Grund der Abschlüsse, die aber immerhin in aller Öffentlichkeit nachzulesen sind, weil die Partei am Parteitag ihre Kassenberichte veröffentlicht, und auf Grund dieser Berichte kann ich sie Ihnen liefern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie befaßt mit der Gründung der Firma Merkur?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen, was die Firma Merkur ist?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die Gründung der Firma Tractus?

Hillinger: Auch nicht. Ich kenne das alles aus der Zeitung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen den Herrn Wuchterl?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Name Kurt Wuchterl sagt Ihnen nichts.

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie als Bundeskassier relativ wenig Eindruck von der Gesamtgebarung der Bundes-SPÖ haben, dann ist es darauf zurückzuführen, daß Sie in Wien einen haben, der in Ihrem Auftrag handelt, das ist der Abgeordnete Marsch.

Hillinger: Ich darf nicht sagen, im Auftrag, sondern ich kann Ihnen sagen, wie das bei uns geschieht. Bei uns wird ein Voranschlag für das Haushaltsjahr erstellt, der wird dann in den dafür zuständigen Parteigremien beschlossen und dann wird innerhalb dieses Voranschlages die Gebarung abgewickelt. Und da ist es durchaus möglich, daß man bei einer Haushaltsstelle ganz einfach nicht das Auslangen findet, dann ist also hier der Bundeskassier einzuschalten, weil er dann dafür zu sorgen hat, daß das möglich ist und so weiter, aber sonst geschieht das innerhalb dieses Haushaltsvoranschlages, und am Jahresende wird dann ein entsprechender Kassenbericht abgefaßt, der wieder an die zuständigen Organe geht, weil er von dort zu genehmigen und zur Kenntnis zu nehmen ist. Das ist das, in das ich Einblick habe und für das ich zuständig bin.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann man also sagen, solange eine Budgetpost nicht überschritten wird, vollzieht die Abwicklung, die finanzielle Abwicklung, der Abgeordnete Marsch.

Hillinger: Nicht allein, bei uns ist es so, daß es keinen Alleinzeichnungsberechtigten gibt, sondern es wird im Kollektiv gezeichnet mit mindestens zwei, und das sind innerhalb der Bundespartei sechs Persönlichkeiten, die unterschriftsberechtigt sind, soviel mir noch in Erinnerung ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, man will Ihnen ersparen, daß Sie da alles selber mitzeichnen müssen, weil Sie in Linz sind.

Hillinger: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie befaßt mit dieser Inseratenserie „G'schichten von Dr. Kreisky", die angeblich von einer parteifernen oder parteinahen Gruppe mit Bundes-SPÖ-Unterstützung finanziert wurde?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren nie damit befaßt, daß im Zuge des Wahlkampfes 1979 seitens der Bundes-SPÖ etwa 1 Million Schilling ausgegeben worden ist?

Hillinger: Nein. Ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht, wer die Gruppe war, die diese Million übernommen hat, die das durchgeführt hat?

Hillinger: Nein. Ich höre das von Ihnen das erste Mal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie ein Mitglied des „Club 45"?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie vor unserer heutigen Sitzung mit der Fraktion der SPÖ eine Besprechung gehabt?

Hillinger: Da wäre ich ein schlechter Parteifreund, wenn ich mich nicht doch vorher über die Vorgangsweise hier erkundigt hätte. Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben eine Besprechung gehabt. Wieweit sind Sie denn mit der Aufbringung der Mittel für die SPÖ befaßt?

Hillinger: Grundsätzlich, möchte ich sagen, und ausschließlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind der einzige, der die Mittel aufbringt?

Hillinger: Nein, sicher nicht. Aber nur, ich meine, ich weiß, woher ich sie bekommen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und können Sie uns das ein bisserl erzählen, woher Sie sie bekommen?

Hillinger: Freilich, da kann ich Ihnen gar kein Geheimnis kundtun. Wir haben Parteibeiträge, die genau aufgeteilt sind zwischen der Ortsorganisation, zwischen der Bezirksorganisation, der Landesorganisation und der Bundesorganisation. Darüber hinaus bekommen wir dann, weil das Hohe Parlament das beschlossen hat, vom Staat für die Öffentlichkeitsarbeit die entsprechende Vergütung, für die wir ja dann auch entsprechend Rechnung zu legen haben. Darüber hinaus haben wir natürlich auch innerhalb der Partei Aktionen.

Wenn ich zum Beispiel sage, daß wir eine Wahlfondsspendenaktion haben, weil wir hier unseren Organisationen entsprechende Kopfquoten vorschreiben, die sie mindestens aufzubringen haben, damit eben die Bundespartei dann einen Wahlkampf bestreiten kann, darüber hinaus gibt es aber Einzelaktionen, wie zum Beispiel Sammelaktionen für den Pressefonds. Wenn ich nur beispielhaft das sagen darf. Das ist die Aufbringung der Mittel, wie wir sie innerhalb unserer Partei betreiben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun, wenn eine Million Schilling ohne Abrechnung aus Ihrer Kasse herausgegeben wird, da erfahren Sie nie etwas davon?

Hillinger: Ja selbstverständlich, die gehen ja dann ab in der Kasse.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und diese eine Million, die ohne Abrechnung für die Inseratenaktion „G'schichten von Dr. Kreisky" verwendet worden ist, die fehlt heute nicht?

Hillinger: Nein, sicher nicht, weil dort, sagen wir, ein Globalbetrag zur Verfügung steht, der für Öffentlichkeitsarbeit verwendet wird beziehungsweise für Wahlpropaganda verwendet wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja aber die Herstellung von Inseraten durch eine parteiferne Gruppe ist nicht Information, ist nicht Öffentlichkeit.

Hillinger: Ja aber Wahlwerbung ist es.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und da gibt es eine Vereinigung, die gar nicht direkt mit der Partei zu tun hat. Wenn aber die gar nicht veranlaßt wird, eine Rechnung zu legen, eine Abrechnung vorzunehmen, ist das nicht eigenartig?

Hillinger: Dann kann sie durch die Partei keinen Beitrag bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie hat ihn aber bekommen.

Hillinger: Das ist mir unbekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Abgeordnete Marsch hat hier vor dem Ausschuß ausgesagt, daß die Million der Gruppe zugewiesen worden ist und daß man dann darauf verzichtet hat, eine genaue Abrechnung zu erstellen.

Hillinger: Vielleicht eine genau Detaillierte, aber ein Beleg muß da sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er wird dann so einen Beleg haben, wie er gerade bei dem 100-Millionen-Ding der ARGE-Kostenrechnung ...

Hillinger: So etwas kommt sicher bei uns nicht vor, das kann ich Ihnen sagen. Darum meine ich, ein Beleg muß hier sein, weil ja das in der Buchhaltung entsprechend zu verbuchen ist und auch einem Konto zugewiesen werden muß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eine Übernahmebestätigung haben Sie sicher, aber es gibt keine detaillierte Arbrechnung darüber. Warum eigentlich nicht?

Hillinger: Da fragen Sie mich zuviel. Ich bin nicht der zuständige Werbemann, sondern ich bin nur der für die Kassagebarung Zuständige.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der zuständige Werbemann hat ja das auch nicht gemacht, sondern das wurde von einer anderen Gruppe durchgeführt.

Hillinger: Da bin ich nicht informiert, da kann ich Ihnen keine Auskünfte geben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es im Zusammenhang mit der Aufdeckung des AKH-Skandals in Ihrer Gegenwart Gespräche darüber gegeben, die Firmenpyramide beim Vorwärts umzustrukturieren, umzuorganisieren?

Hillinger: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind diese Maßnahmen alle ohne Ihre Kenntnisse erfolgt?

Hillinger: Jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist überhaupt in Ihrer Gegenwart nie davon die Rede gewesen, daß sozusagen das Ansehen der Partei durch diese Firmenschachtelungen nicht gerade in einem günstigen Licht steht.

Hillinger: Ich muß Ihnen sagen, ich habe diese Verschachtelungen bisher nicht gewußt, und daher konnte auch in meiner Anwesenheit darüber nicht gesprochen worden sein, weil ich mich sonst erkundigt hätte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Erst jetzt in den letzten Monaten, wo es offensichtlich eine Gruppe in Ihrer Partei gibt, die gerne diese Firmendinge beseitigen möchte.

Hillinger: Ich kenne die Gruppe nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe einstweilen keine Frage mehr an den Zeugen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke. Möchte sonst noch einer der Herren fragen? Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, es war hier vor diesem Ausschuß, wie Sie ja sicher wissen, es hat einen Auftritt gehabt, der sich natürlich von Ihrem unterscheidet, der Herr Winter, seines Zeichens AKPE-Direktor. Und ich habe ihn gefragt, was er an die SPÖ für Zahlungen geleistet hat. Nun kann ich mir vorstellen, daß der Bundeskassier nicht über jedes Mitglied Bescheid weiß, aber ...

Hillinger: Das ist für mich nicht verwunderlich, weil wir an und für sich zu einem bestimmten Teil innerhalb unserer Landesorganisationen soweit sind, daß unsere Mitglieder den Beitrag selbst in ihrer Höhe festsetzen, nur muß er über dem Mindestbeitrag liegen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie hoch ist der Mindestbeitrag?

Hillinger: Der Mindestbeitrag ist jetzt 25 S monatlich.

Abg. **Dr. Kohlmaier** (ÖVP): Das hieße, daß Herr Winter praktisch nur den Mindestbeitrag

gezahlt hat, wenn er eine Größenordnung von 200 bis 300 S pro Jahr bezahlt hat.

Hillinger: Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich habe im Laufe meiner jetzt doch schon einige Jahre zurückreichenden politischen Tätigkeit oft Gespräche mit sozialistischen Funktionären, Managern gehabt, die mir berichtet haben, daß es in Ihrer Partei eine Einrichtung gibt, die es in dieser Form bei der ÖVP nicht gibt, die sogenannte Parteisteuer. Ist das richtig?

Hillinger: Das ist eine freiwillige Leistung. Ich habe Ihnen gesagt, daß wir hier die Möglichkeit haben, daß Parteimitglieder, die ein höheres Einkommen haben, nunmehr sagen: ich gebe der Partei nicht den Mindestbeitrag, sondern ich gebe mehr.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es haben mir aber — und glauben Sie mir das bitte — hochrangige Funktionäre Ihrer Partei erzählt, daß sie nicht ohne Erfolg diese Parteisteuer beim Finanzamt als Werbungskosten geltend gemacht haben, und, ich glaube, soweit ist Ihnen ja das Einkommensteuergesetz bekannt, daß man nur absetzen kann, was man aufwenden muß, um ein bestimmtes Einkommen zu erhalten oder zu erwerben.

Wenn das eine rein freiwillige Leistung ist, kann ich mir doch nicht vorstellen, daß ein Finanzamt das als Werbungskosten anerkennt.

Hillinger: Schauen Sie, ich darf Ihnen nur sagen, daß wir Bestätigungen, wenn es notwendig ist, ausstellen, daß man an uns für das Jahr soundso viel Beiträge geleistet hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und ist es üblich, jemanden wie den Herrn Winter hier völlig ungeschoren zu lassen — verzeihen Sie den Ausdruck —, wenn er doch immerhin mit Hilfe und Unterstützung der Sozialistischen Partei zu einem doch so lukrativen Posten gekommen ist?

Hillinger: Ich weiß nicht, ob Sie da jetzt von der Volkspartei jetzt Ihre Anfrage aus an mich stellen. Wie es bei Ihnen ist, weiß ich nicht, ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nein, das tue ich nicht.

Hillinger: ... bei uns ist das — das sage ich Ihnen noch einmal — eine freiwillige Leistung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie über die freiwilligen Leistungen, die die Consultatio der SPÖ gegeben hat, zufällig informiert?

Hillinger: Ich muß Ihnen sagen, bisher nichts, weil das würde im Budget der Partei aufscheinen, und ich habe so etwas noch nicht feststellen können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es war der Bundesfinanzreferent der ÖVP hier Zeuge und wurde in manchen Richtungen befragt von den sozialistischen Kollegen, die jetzt umgekehrt mein Interesse angeregt haben: Welche Firmen besitzt die Sozialistische Partei?

Hillinger: Ich darf Ihnen von mir aus oder kann Ihnen von mir aus leider nur eine nennen, das ist also die „Vorwärts", und von mehr weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gibt es nicht Firmen, wie zum Beispiel die Progress, wo ein gewisses wirtschaftliches Naheverhältnis vorhanden ist?

Hillinger: Das sind keine Betriebe, die — ich muß das noch einmal sagen — der Bundes-SPÖ gehören, weil sonst müßte ich es wissen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber gibt es nicht — ich präzisiere noch einmal meine Frage — ein von Ihnen jetzt näher zu beschreibendes Naheverhältnis etwa zur Progress-Werbung?

Hillinger: Ich kann ein solches Naheverhältnis nicht feststellen, weil es mir bisher nicht bekannt geworden ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Sie kennen kein Naheverhältnis — ich halte das jetzt fest, weil das ist sicher bemerkenswert — etwa von der Progress-Werbung zur SPÖ?

Hillinger: Zur SPÖ-Österreich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zur SPÖ-Österreich.

Hillinger: Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber zur SPÖ-Wien?

Hillinger: Das weiß ich nicht. Dafür bin ich nicht zuständig. Ich kann dazu nichts sagen. Ich bin ja der Bundeskassier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Im Zuge der Erhebungen dieses Ausschusses kam zur Sprache, daß die Gewerkschaft der Eisenbahner Gewerkschaftsmittel im Wege eines Darlehens zur Verfügung gestellt hat, um bestimmte Firmengründungen durchführen zu können, die letzten Endes im wirtschaftlichen Interesse des Vorwärts-Verlages lagen. Das ist bitte Zeugenaussage, das ist Wissensstand.

Kommt so etwas öfters vor, daß Gewerkschaftsgelder für SPÖ-Firmengründungen in irgendeiner Weise herangezogen werden?

Hillinger: Ich muß Ihnen sagen, mir ist nichts bekannt, mir war auch das nicht bekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Spielen SPÖ-

Gewerkschaftsfraktionsgelder bei der Finanzierung der SPÖ eine Rolle?

Hillinger: Für mich als Bundeskassier kann ich sagen: nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie können es für sich als Bundeskassier ausschließen, aber sonst können Sie es nicht?

Hillinger: Schauen Sie, was Landesorganisationen und so weiter machen, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bei der Wahlkampffinanzierung, wenn Sie hier von solchen Aktionen gesprochen haben, sind hier etwa Fraktionsaktivitäten auch zu verzeichnen gewesen?

Hillinger: In meinem Budget spielen sie keine Rolle.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie geben sehr diplomatische Antworten, die recht interessant sind. Gibt es keine Einnahmenpostspenden?

Hillinger: Ja, sicher. Das habe ich ja gesagt. Wenn einer heute freiwillig mehr Beitrag zahlt, dann ist das eine Spende.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nehmen Sie Spenden nur von Ihren Mitgliedern entgegen?

Hillinger: Wir geben das an unsere Organisationen. Da gibt es Wahlfondsmarken. Wie die das dann vertreiben oder an den Mann bringen, ob sie da nur ausschließlich an Mitglieder unserer Partei gehen oder ob sie vielleicht auch zu Sympathisanten oder zu Bekannten gehen, das kann ich nicht bestreiten. Jedenfalls nehmen wir sicherlich Wahlfondsspenden von unseren Mitgliedern und durch unsere Mitglieder entgegen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gibt es im Rahmen der Finanzordnung oder irgendeiner ähnlichen Vorschrift der SPÖ eine Bestimmung, wonach Parteispenden von Nichtmitgliedern nur dann entgegengenommen werden dürfen, wenn ihre bedenkenlose Herkunft — ihre Versteuerung und so weiter — nachgewiesen ist?

Hillinger: Solche Richtlinien kenne ich nicht, aber ich glaube, das hängt mit der Moral zusammen; ich habe bisher keine derartigen Dinge gehört. Ich habe allerdings von anderen Parteien schon entsprechende Schreiben zu Gesicht bekommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Entsprechende was?

Hillinger: Solche Schreiben, in denen darauf hingewiesen worden ist, daß man Aufträge bekommen hat und man soll sich bei Spenden hier befleißigen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich habe das nicht ganz verstanden, aber das ist nicht so wesentlich jetzt. — Sind Sie in der Lage, uns zu sagen, wie groß der Anteil der Bundesfinanzierung der SPÖ aus Mitgliedsbeiträgen ist?

Hillinger: Ja, freilich. Der Beitrag aus Mitgliedsbeiträgen ist ja bei uns ein wesentlicher Bestandteil; wenn ich das jetzt ganz auf den letzten Stand hier bringen kann, dann sind das im letzten Jahr rund um die 30 Millionen *).

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die Mitgliedsbeiträge?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, bitte zurück zum Untersuchungsthema, ich kriege nämlich sonst wieder von Ihrem Parteiobmann Dr. Mock wie heute in der Zeitung den Vorwurf, daß wir uns am Rande der „sauren Wiesen" und nicht im Rahmen des Untersuchungsauftrages bewegen.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist eine falschverstandene Darstellung. Die kann ich Ihnen aufklären, wenn Sie in einer Pause Zeit haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich versuche mich in die Nähe des AKH zu begeben, zumindest in die Nähe, in der die SPÖ-Abgeordneten bei der Befragung unserer Funktionäre waren.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Wir haben ja nachher die Vereinbarung getroffen, daß wir uns jetzt stärker im Rahmen des Untersuchungsauftrages bewegen.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte, das ist dann vorläufig hinfällig.

Obmann Dr. **Steger:** Wünscht jemand eine Zusatzfrage?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Bei der Firmenkonstruktion — Sie sagen, es gibt Ihres Wissens nur eine Firma, die der SPÖ gehört, wobei ich annehme, daß es nur eine Firma ist, die der SPÖ zu 100 Prozent gehört —, was wissen Sie denn über die Beteiligungen der SPÖ an Firmen?

Hillinger: Ich muß Ihnen sagen, mir ist nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): An direkten Beteiligungen der Bundes-SPÖ?

Hillinger: Ja, ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn nun die „Vor-

*) Laut einem Brief des Zeugen vom 16. 3. 1981 soll der an dieser Stelle genannte Betrag richtig „70 Millionen Schilling" lauten.

wärts" — das ist ja mittlerweile außer Streit — ein Defizit hat, dann muß das die SPÖ abdekken. Wenn nun eine der Töchter des „Vorwärts" ein Defizit baut, ist das ja auch etwas, was Sie als Bundeskassier belasten muß, denn dann müssen Sie ja indirekt über den „Vorwärts" auch diese Defizite abdecken. Sehe ich das richtig?

Hillinger: Mir ist davon nichts bekannt, muß ich Ihnen sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber von der Struktur her ist es richtig?

Hillinger: Ja, ich weiß nicht, inwieweit sich so etwas durchschlägt auf die Mutterfirma.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Angenommen das ganze Projekt Pilgram-Zentrum bringt ein hohes Defizit nach seinem Scheitern. Nun wissen wir, daß die „Neue Heimat" Millionenbeträge aufgewendet hat, um das abzudecken. Wenn das die „Neue Heimat" nicht gemacht hätte, dann hätte das voll auf die „Vorwärts AG" durchgeschlagen.

Hillinger: Ich darf Ihnen dazu sagen, daß mir bekannt ist, daß ein Buchprüfer, ein Steuerprüfer hier mit einer Prüfung beauftragt ist, das ist der Herr Dkfm. Dr. Maier(?), der sicher nicht unserer Partei angehört, und ich weiß, daß man da also prüft, und ich erhoffe mir entsprechende Berichte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der prüft was?

Hillinger: Der prüft, inwieweit Zusammenhänge zwischen der Sozialistischen Partei und diesem von Ihnen genannten Pilgram-Zentrum, „Neue Heimat" und so weiter bestehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das kann man in allen Unterlagen offiziell nachlesen, wie diese Zusammenhänge bestehen, und es wurde auch hier schon bestätigt. Mir geht es jetzt nur darum ...

Hillinger: Mir geht es darum, Ihnen auch zu sagen, daß aus diesen Verbindungen, die hier bestehen, nie Mittel an uns gekommen sind. Ich darf Ihnen hier nur ein Schreiben verlesen, das Herr Dozent Dr. Leopold Maier an die Sozialistische Partei gerichtet hat, und da schreibt er eben, daß Behauptungen im Zusammenhang mit Aufträgen für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien, wonach finanzielle Zuwendungen an die Sozialistische Partei erfolgt seien, nicht der Wahrheit entsprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Um das geht es nur im konkreten Fall überhaupt nicht, denn es wurden ja so viele Defizite gebaut, daß eine direkte Zuwendung an die SPÖ gar nicht möglich ist. Die Frage ist ja nur: Wenn der „gute Onkel" aus Hamburg, die „Neue Heimat", nicht zwischen 50 und 100 Millionen nach Österreich hereingepumpt hätte, dann hätte die SPÖ mehrstellige Millionenbeträge aufbringen müssen, um Defizite der Tochterfirmen des „Vorwärts" abzudecken.

Hillinger: Darüber ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es wäre so gewesen.

Hillinger: Darüber ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie kennen doch die Konstruktion der Tochtergesellschaften des „Vorwärts-Verlages"?

Hillinger: Ich muß Ihnen sagen: nein, das habe ich Ihnen schon einmal gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Bürgermeister! Wenn zwei eine Firma gründen und einer zahlt zur Gänze das Defizit und verliert plötzlich die Lust, dieses Defizit zur Gänze zu zahlen, dann muß es doch logischerweise der andere zumindest zur Hälfte mitbezahlen. Würden Sie mir auf diesem Weg folgen?

Hillinger: Ich kann Ihnen nur folgen, wenn ich der Mitbesitzer bin als Partei und so weiter. Aber das bin ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die „Vorwärts" ist es.

Hillinger: Nicht die Partei.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber alles was sich bei der „Vorwärts" gewinnschmälernd oder verlustträchtig auswirkt, dafür trägt das Risiko die SPÖ.

Hillinger: Das Unternehmen, würde ich sagen, nicht? Und das Unternehmen muß dann schauen, daß das Geld wo abgedeckt wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und sie schaut, daß es bei der SPÖ abgedeckt wird.

Hillinger: Das muß nicht unbedingt beim Eigentümer sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es geschah sehr häufig?

Hillinger: Ja sicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Kommerzialrat Friedrich Franz Eder

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kommerzialrat Eder! Ich begrüße Sie als Zeuge im parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Vorwürfe sollen untersucht werden im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in

Wien betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen. Ich habe Ihnen die beiden anderen Punkte jetzt nicht vorgelesen, weil ich annehme, daß zu diesen beiden Punkten Ihre Befragung nicht stattfinden wird. *(Nach Vorhalt des § 153 StPO.)* Darf ich um Ihre Generalien bitten.

Eder: Friedrich Franz Eder, Wien I, Hegelgasse 8, geboren am 6. 11. 1912 in Wien, Beruf: beeideter Buchprüfer und Steuerberater.

Obmann Dr. **Steger:** Die erste Fragerunde leitet Herr Abgeordneter Hobl ein. Bitte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Wann haben Sie erfahren, daß die „Mediplan-Hamburg" einen Auftrag im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Krankenhaus in Wien bekommen hat?

Eder: Aus den Zeitungen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Können Sie uns, Herr Zeuge, etwas erzählen, wie es zur Gründung der „Mediplan Wien" gekommen ist?

Eder: Das war ein Auftrag, den der Vorsitzende des Aufsichtsrates dem Aufsichtsrat übermittelt hat mit dem Wunsch, diesem zuzustimmen. Aber es war ein Wille der „Neuen Heimat", daß in Wien so eine Firma gegründet wird; meines Wissens aber hat sie keine Geschäfte getätigt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und auch bei der Gelegenheit, Herr Zeuge, haben Sie nichts von der AKH-Auftragserteilung an die „Mediplan-Hamburg" erfahren?

Eder: Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter, ich habe schon erwähnt, daß ich aus den Zeitungen heraus von der deutschen „Mediplan"-Gesellschaft gehört habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Haben Sie in Ihrer Eigenschaft seinerzeit als Vorsitzender des Vorstandes der „Vorwärts AG" beziehungsweise in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrates der „Infrabau" Wahrnehmungen gemacht, daß irgendein Zusammenhang mit Aufträgen für das Allgemeine Krankenhaus in Wien besteht?

Eder: Ich kann hier nur mit „nein" antworten und bin auch bereit, dies zu beeiden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge, können Sie uns irgend etwas über Motive sagen, warum die Firma Tractus gegründet wurde?

Eder: Dazu eine kurze Bemerkung, da es ja immerhin acht Jahre her ist, seit die „Tractus" gegründet worden ist. Die „Tractus" wurde deshalb gegründet, weil in diesem Jahr, ich glaube, es war 1973 oder 1974 — erwarten Sie von mir keine genauen Daten, weil ich ja nur aus der Erinnerung erzählen kann —, die BAWAG, die damals ja noch als Trägergesellschafter bei der Infrabau beteiligt war, ausschied und man an uns herangetreten ist, um nicht das Unternehmen liquidieren zu müssen, daß auch weiterhin österreichische Teilnehmer daran beteiligt sind. Ich habe diesbezüglich damals mit dem Herrn Generaldirektor Vietor *(phonetisch)* gesprochen, und wir kamen zur Auffassung, eine Gesellschaft zu gründen, der wir den Namen Tractus gegeben haben und die dann in Verhandlungen mit der Infrabau eingetreten ist; die Tractus hat sich dann beteiligt an der Infrabau.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Warum, Herr Zeuge, hat sich die Vorwärts AG nicht direkt an der Infrabau beteiligt?

Eder: Weil meine Vorgänger durch Jahrzehnte hindurch für jede Gründung, die von der „Vorwärts AG" gemacht worden ist, eigene Gesellschaften gegründet haben, um eine bessere Übersicht der Geschäftsgebarung zu haben, Sie brauchen ja nur den Mantel, der in den verschiedenen Zeitungen angegeben ist, sehen, an was Vorwärts alles beteiligt war.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Warum hat sich die Vorwärts AG am Pilgram-Zentrum, an dieser GesmbH beteiligt?

Eder: Sie fragen auf einmal sehr viel, Herr Zeuge ... *(Heiterkeit.)*

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das wurde gut ausgemacht! Ich habe mit den Herren nicht gesprochen, daher kann auch nichts ausgemacht worden sein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also warum hat sich die Vorwärts AG an der Pilgram-Zentrum GesmbH beteiligt?

Eder: Bitte da muß ich zurückgehen in das Jahr 1972 und kann meiner Erinnerung nach folgendes sagen:

Ich wurde anfangs 1972 als Generaldirektor des Vorwärts berufen und mußte, um das Unternehmen führen zu können, sehen, daß ich ein Darlehen bekomme, damit ich aus den großen Schuldverpflichtungen, die bei der Vorwärts bestanden, es mir erleichtern kann. Seinerzeit habe ich ein Haus verkauft in der Magdalenenstraße, und später, nachdem ich mit dem Geld nicht ausgekommen bin, mußte ich daran denken, andere Häuser zu verkaufen. Und hier trat dann die Infrabau als Partner auf, hat mir Geld zur Verfügung gestellt, und hier kommt wieder etwas, daß im Wesen des Vorwärts lag, wir haben dann ein Pilgram-Zentrum geschaffen, und das Pilgram-Zentrum hat sich dann mit verschiedenen Problematiken

beschäftigt, die sich mit unseren Plänen, was damals zu geschehen hatte, beschäftigt hat.

Aber als Vorwärts wollten wir nicht unbedingt auftreten, weil auch das wieder im Interesse unseres Gedankengutes war, Zwischenfirmen zu schaffen, die sich mit dem Problem der Aussiedlung und so weiter zu beschäftigen hatten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Danke! Ich möchte dem Herrn Kollegen da von der Opposition Gelegenheit geben, den Herrn Zeugen ausführlich zu fragen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Wenn der Herr Abgeordnete Hobl schon das Stichwort weitergibt, darf ich es gleich aufgreifen. Um dieses Pilgram-Zentrum dreht sich manches und vielerlei. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie als erster Zeuge uns einmal schildern könnten, was die Philosophie dieses Pilgram-Zentrums war.

Eder: Die Philosophie, wie Sie das so nett nennen, war meiner Erinnerung nach deshalb so, weil der Vorwärts zwecks Sanierung seines Unternehmens verschiedene Pläne hatte, und zwar den Plan, die umliegenden Häuser, soweit sie im Besitz des Vorwärts waren, sowie ein Eckgebäude, das in den Händen der BAWAG war, aufzukaufen und ein neues Zentrum zu bilden. Wir sprachen von der Überbauung des Wientalkanals, um Autoplätze zu schaffen. Wir sprachen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Um was zu schaffen? — Entschuldigung.

Eder: Um Autoplätze zu schaffen. — Es war vielleicht ein sehr großes Phantasiegebäude von mir, aber das ja dann nicht durchgeführt wurde, weil es wirtschaftliche und devisenrechtliche Verschlechterungen im Jahre 1973 und 1974 gab.

Wir wollten dort ein Hochhaus bauen; die Vorwärts unterbringen in ebenerdigen Räumen, weil deren Gebäude leider Gottes sehr veraltert war und wir ein vierstöckiges Haus hatten, das ja sehr mannigfach kostete. Da wurde daran gedacht, Wohnung und Büroräume zu schaffen und eventuell im Oberstock ein Hotel, weil wir der Meinung waren, daß das ein erstes Hotel wäre, das in der Einfahrtstraße von Westen her liegt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hätte dort auch die Parteizentrale hin übersiedeln sollen?

Eder: Nein! Das glaube ich nicht. Es ist auch nie darüber sehr ernstlich gesprochen worden, erwogen ist es einmal worden, aber es wurden dann auch die Pläne fallengelassen, weil das ja keine zentrale Stelle für eine Parteistelle wäre.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wieweit waren denn da die Vorstellungen, auch ein Kommunikationszentrum dort zu errichten?

Eder: Was verstehen Sie darunter? Das ist ein modernes Schlagwort, was verstehen Sie, Herr Direktor, besonders darunter?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Besonders darunter verstehe ich, daß es dort Versammlungsräume, Klubzimmer, Klubräume für bestimmte Organisationen und ähnliches gibt.

Eder: Ja, das habe ich Ihnen ja gesagt: Im Rahmen des Hotelbaues wäre das alles vorgesehen gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ein theaterähnlicher Saal.

Eder: Ja. Bitte, aber all diese Fragen haben ja mit dem AKH-Skandal nichts zu tun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ob es damit etwas zu tun hat, das wird sich schon noch herausstellen.

Die Frage ist einmal: Wie groß war vom Umfang her dieses Projekt? Was hätte das zum damaligen Zeitpunkt, ich glaube, es war 1972, 1973, zum damaligen Zeitpunkt gekostet?

Eder: Bitte, da kann ich mich heute nicht mehr erinnern, weil mir ja die Unterlagen nicht mehr vorliegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 200 Millionen Schilling?

Eder: Also das weiß ich nicht. Ich glaube nicht. Denn damals waren andere Kostenrechnungen da als heute.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es haben ja schon die Grundstücke 57 Millionen gekostet.

Eder: Ja. Und das andere, bitte, hätte ja dann ... Es sind Pläne ausgearbeitet worden, und all diese Pläne kamen dann nicht mehr zum Durchzug. Aber hinsichtlich der Preisgestaltung wurde dann auch nicht mehr sehr viel gesprochen, weil ja sehr effektiv auf Grund der Vorlagen, die wir gehabt haben, dann nicht mehr zum Bau kommt. Daher kann ich Ihnen auch nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es richtig — mir stellt sich die Geschichte jetzt so dar —: Als Sie Generaldirektor des „Vorwärts" geworden sind, hat der „Vorwärts" etwa ein Defizit von 20 Millionen Schilling zu bewältigen gehabt. Ist das in der Größenordnung richtig?

Eder: Nein, zu nieder angesetzt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie hoch war das Defizit?

Eder: Ich weiß es auch heute nicht mehr, weil mir die Bilanzen von damals nicht zur Verfügung stehen. Sie können mir nicht zumuten, daß ich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich frage Sie ja nur. Wenn Sie sagen, Sie wissen es nicht, dann kann ich eh nichts machen.

Eder: Nein, ich kann Ihnen jetzt nicht genau Antwort sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie wissen, daß 20 zu nieder ist.

Eder: 20 wäre zu nieder.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und 40 ist zu hoch?

Eder: In dieser Mittellage ist es gewesen, soweit ich mich erinnern kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): So um 30 herum.

Eder: 30 und 40, bitte, aber erwarten Sie nicht von mir jetzt eine genaue Ziffer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind also darangegangen, das zu beseitigen, und haben damit begonnen, Grundstücke oder Häuser zu verkaufen.

Eder: Jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die Initiative zum Pilgram-Zentrum ist von Ihnen ausgegangen?

Eder: Ja, ist eigentlich von mir ausgegangen, aber unterstützt vom Generaldirektor Vietor aus Hamburg.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieweit war denn damals schon der Zentralsekretär Marsch mit dieser Planung befaßt?

Eder: Er hat die Zustimmung gegeben, wie alles, was über den Rahmen der gewöhnlichen Geschäftsführung hinausging, mit ihm als Vorsitzendem des Aufsichtsrates abgesprochen werden mußte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es damals Konflikte zwischen Ihnen und dem Abgeordneten Marsch gegeben?

Eder: Es hat noch nie Konflikte zwischen dem Abgeordneten Marsch und mir gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Abgeordnete Marsch hat Ihnen nie Vorwürfe gemacht, daß Sie beim Pilgram-Zentrum zu großzügig vorgegangen sind?

Eder: Beim Pilgram-Zentrum bin ich nicht zu großzügig vorgegangen, sondern der Geschäftsführer des Pilgram-Zentrums ist zu großzügig vorgegangen und mußte einigemale von mir gebremst werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und es hat da nie eine Meinungsverschiedenheit mit dem Zentralsekretär Marsch gegeben in der Frage?

Eder: Schauen Sie, daß es bei geschäftlichen Dingen vorkommt, daß man manches abbespricht und nicht immer gleich die Zustimmung kommt, das hat sich immer wieder ergeben und wird sich auch heute bei vielen Unternehmungen zwischen Aufsichtsratsvorsitzenden und Geschäftsführer geben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun gut, jetzt haben Sie also entschlossen das Pilgram-Zentrum gegründet.

Eder: Ja, gemeinsam mit der Infrabau.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und diese Infrabau und dieses Pilgram-Zentrum haben jetzt was als ersten Schritt durchgeführt? Die Grundstücke gekauft?

Eder: Die Grundstücke gekauft, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche?

Eder: Die alle, warten Sie, ich habe mir es ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine Liste, haben Sie irgendeine Darstellung dieses Projektes schriftlich bei der Hand?

Eder: Nein, nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Grundstücke und wie groß das Areal war, das sich um den Vorwärts herum rankt?

Eder: Ja, das kann ich Ihnen sagen aus der Erinnerung heraus.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Eder: Das Haus Vorwärts, das Haus Ecke Sonnenhofgasse und Rechte Wienzeile, dann in der Sonnenhofgasse ein Haus, dann in der, ich glaube, Pilgramstraße heißt die Verlängerung noch vom 6. Bezirk herüber und in der Schönbrunnerstraße.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie sich denn das vorgestellt, daß Sie über die Straße gehen?

Eder: Bitte, auch das war eine Grundlage der Verhandlungen, daß sie das dann von den zuständigen Stellen der Gemeinde Wien erwarten können, denn ohne diese Zustimmung wäre es ja nicht gegeben, ist ja auch der gesamte Plan dann gescheitert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber ehe noch die

Pläne eingereicht waren und ehe noch diese Widerstände da waren, hat es die Übertragung der Grundstücke an das Pilgram-Zentrum gegeben.

Eder: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie da ein Datum, wann das war?

Eder: Das muß bitte Ende 1974 gewesen sein. Ich kann mich auch nicht mehr so genau erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): März 1973 ist nicht möglich?

Eder: Im März 1973 oder 1974 bitte wurden diese Verhandlungen geführt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und jetzt wurde also die Übertragung der Grundstücke an das Pilgram-Zentrum in welcher Form vorgenommen?

Eder: In Form eines ordentlichen Kaufvertrages mit einer harten Bestimmung seitens der Infrabau, daß der Kaufvertrag nur dann zustande kommt, wenn gewisse Bedingungen, die an den Kaufvertrag gebunden waren, erfüllt waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Bedingungen waren das?

Eder: Abbruchbewilligung. Bitte wann das genau war, 1973 oder 1974, weiß ich auch nicht. Eine Baufluchtlinie, dann die Bewilligung und Errichtung eines Gebäudekomplexes — bitte sehen Sie jetzt, ich habe mir das aufgeschrieben — mit Geschoßwerken von fünf bis sieben Stockwerken. Auch hier kann ich mich nicht genau erinnern, aber auch hier wurde rechtsgültig nicht zugestimmt von den zuständigen Behörden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun ist der Kaufvertrag erstellt worden, und hat dieser Kaufvertrag auch eine Bürgschaftsklausel enthalten?

Eder: Kann ich mich heute nicht erinnern. Sie werden den Kaufvertrag ja sicher schon gesehen haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Leider nicht, weil uns den der Abgeordnete Marsch zwar versprochen hat, wenn ich richtig informiert bin, aber bis zur Stunde noch nicht zugestellt hat.

Wie ist das dann vor sich gegangen? Der Kaufvertrag wurde abgeschlossen, und sofort kam Geld in die Kassen des Vorwärts?

Eder: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und zwar in zwei Tranchen.

Eder: Nein, nur in einer Tranche. Die andere wurde schon im Jahr 1972 gegeben. Ich kann mich nur erinnern, daß ich damals ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da hätten wir einmal 20 Millionen.

Eder: 20 Millionen wurden im Jahr 1972 gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 20 Millionen aus dem Jahr 1972, und da hat man schon gewußt, daß man das als Grundstückskauf deklarieren kann?

Eder: Nein, damals nicht, sondern das kam dann später, die Absicherung der 20 Millionen und die Pläne, die also auch von mir erarbeitet wurden und mit der „Neuen Heimat" übertragen wurden. Aber dann kamen, glaube ich, noch 35 Millionen, ich kann mich nicht genau erinnern, aber ich glaube schon, daß es 35 Millionen waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Generaldirektor! In welcher Form und von wem kamen die?

Eder: Von der Zentralsparkasse, wurden sofort überwiesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Zentralsparkasse hat dem Vorwärts einen Kredit eingeräumt?

Eder: Ja, öfters, nicht nur einmal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das verstehe ich schon, aber im Jahr 1972 haben Sie einen Kredit aufgenommen.

Eder: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wieso ist der dann in das Pilgram-Zentrum überführt worden als Bezahlung von Grundstücken? Das verstehe ich nicht ganz.

Eder: Bitte, darf ich mir erlauben zu sagen, nur wieder aus der Erinnerung heraus, nicht wahr: Für die 20 Millionen Kredit ist dann meiner Erinnerung nach die Infrabau gutgestanden, und diese 20 Millionen mußten wir dann beim Verkauf der Infrabau zugestehen. Dann kam statt 55, 45 oder 54 Millionen, die damals die Liegenschaften wert waren, ein Zusatzkredit von 35 Millionen, sodaß wir insgesamt dann an die Infrabau den Kaufpreis von 55 Millionen schuldeten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich das noch einmal präzise haben, weil es hier einige Unklarheiten bei den einzelnen Zeugen schon gegeben hat.

Eder: Ich darf ja nicht fragen, welche Unklarheiten, sonst könnte ich ja darauf antworten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war eben nie ganz

klar, woher ist das gekommen, und wer hat es wirklich bezahlt.

Noch einmal: Sie werden Generaldirektor, der Vorwärts kriegt einen 20-Millionen-Kredit von der „Z".

Eder: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist in der ersten Phase einmal noch nicht zu sehen im Zusammenhang mit dem Pilgram-Zentrum.

Eder: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann kommt es zur Gründung des Pilgram-Zentrums.

Eder: Ja, aber erst bitte als unsere Pläne gereift sind und wir geglaubt haben, daß es wirklich zum Bau kommt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann kommt es zur Gründung des Pilgram-Zentrums, und dieses Pilgram-Zentrum übernimmt nun zu einem vereinbarten Preis von 57 Millionen Schilling ...

Eder: Nein, ich glaube, entschuldigen Sie, nur 54 oder 55.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, 54 haben Sie dann gekriegt, aber der offizielle Preis war 57 minus 3 Millionen wegen irgendwelcher Zinsen oder Kreditabdeckung oder sonst etwas. Aber einigen wir uns auf die Zahlen 54, 57, daß die ...

Eder: 57 Millionen bitte war der Rückzahlungsbetrag. Da wurden uns die Zinsen vom Jahr 1972 und Jahr 1973 hinzugerechnet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also gut. 54 Millionen ...

Eder: Es war ein schlechtes Geschäft für den Vorwärts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat sich herausgestellt, ja. 54 Millionen muß jetzt das Pilgram-Zentrum ...

Eder: Bitte, darf ich jetzt, wenn ich sage 35 und 20 Millionen, bitte korrigieren wir den Betrag auf 75. Zuerst 20 und dann 35, haben Sie selber gesagt, sind 55 Millionen. Und zurückgezahlt mußten dann zwischen 57 und 58 Millionen werden, weil vom Jahr 1972 an die Zinsen verrechnet wurden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das sind die 3,5 Millionen. Aber noch einmal, um es zu präzisieren. Der Vorwärts will für seine Grundstücke 54 Millionen vom Pilgram-Zentrum. Also streiten wir um eine nicht. 54, 55.

Eder: Ich streit um die eine, weil es aus meiner Erinnerung genau 75 waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich will Sie da aber nicht fangen.

Eder: Ich erwarte, Herr Direktor, von Ihnen so viel Korrektheit, daß ich an ein Fangen nicht glaube.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, sondern wenn Sie sagen ...

Eder: Ich bin politisch nicht tätig, daher brauchen Sie mich nicht zu fangen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie sagen 55, werden Sie wahrscheinlich der sein, der es am genauesten weiß. Dann nehme ich 55, und wenn Sie sagen 54 bis 55, dann 54 bis 55.

Eder: 54 bis 55 Millionen, da bin ich schon zufrieden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die will der Vorwärts vom Pilgram-Zentrum.

Eder: Jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun geht das Pilgram-Zentrum, das ja kein Geld hat, ...

Eder: Das Pilgram-Zentrum ist wieder eine Tochter der Infrabau daher hat sie jede Kreditmöglichkeit, die es gibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Moment, lassen Sie mich jetzt einmal fragen, Herr Generaldirektor, dann kommen wir wahrscheinlich schneller zu Rande.

Die Briefkastenfirma Pilgram-Zentrum ...

Eder: Entschuldigen Sie, daß ich widerspreche, auch keine Briefkastenfirma.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Pilgram-Zentrum muß jetzt 54, 55 Millionen Schilling an den „Vorwärts" zahlen. Es zahlt aber nicht 54, 55 direkt an den „Vorwärts" — verstehe ich das richtig? —, sondern zahlt einmal 20 an die „Z".

Eder: Verzeihen Sie, 20 haben wir im Jahr 1972 bekommen und jetzt übernommen mit den 35 den gesamten Kaufpreis 55.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das frage ich ja gerade. Heißt das, daß das Pilgram-Zentrum den Kredit bei der „Z" zurückzahlt, zurückgezahlt hat?

Eder: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder daß die Absicht bestand, sozusagen den Kredit bei der „Z" zu tilgen, dann hätten noch 34, 35 Millionen direkt in Ihre Kassen einfließen können. So sehe ich das einmal.

Eder: Jawohl. Die 35 Millionen sind auch eingeflossen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich will nur wissen, wer diesen Kredit des „Vorwärts" bei der „Z" beglichen hat.

Den hat das Pilgram-Zentrum beglichen. Und das Pilgram-Zentrum hat seine Mittel aus der Mutter Infrabau bezogen. Und die Infrabau — und das frage ich Sie jetzt — hat ihre Mittel woher gehabt?

Eder: Zum Teil durch Kredite und zum Teil durch die Beteiligung der Neuen Heimat an der Infrabau.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, es waren im wesentlichen Kapitalzufuhren bei der Infrabau notwendig, die von der Neuen Heimat waren.

Eder: Bitte, das weiß ich nicht, weil ich damals nicht in der Infrabau tätig war, und ich kann Ihnen auch nicht genau sagen — Sie wollen von mir eine präzise Antwort ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war es später, als Sie dort tätig waren?

Eder: Inwiefern später?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie finden heute die Kapitalzufuhren zur Infrabau statt?

Eder: Das kann ich auch nicht sagen, weil ich nicht in der Geschäftsführung tätig bin.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie sind im Aufsichtsrat.

Eder: Gut, Sie wissen, was der Aufsichtsrat erfährt, ist immer nur das, was die Geschäftsführung, der Vorsitzende des Aufsichtsrates will.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber, Herr Generaldirektor, ich weiß schon, daß sie Ihren Aufsichtsrat auch so behandelt haben als Generaldirektor und daß das jeder Geschäftsführer, ich würde fast sagen, jeder ordentliche Geschäftsführer so handhabt. Aber ein bisserl was, Sie sind ja routiniert in diesen Dingen. Und zumindest bei den Jahresabschlüssen muß ja die Rede davon gewesen sein, wer nun, da die Infrabau ja nicht gerade von Gewinnen gesegnet war, die Abgänge der Infrabau bezahlt hat.

Eder: Soweit ich weiß, wurden sie immer wieder durch eine Sicherstellungserklärung von der Neuen Heimat abgeschirmt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und durch eine Mittelzuführung der Neuen Heimat?

Eder: Eine direkte Mittelzufuhr hat es da nicht mehr gegeben. Es ist ja die Infrabau auch vom Finanzamt überprüft worden, und da werden Sie in Kürze einen genauen Überblick haben, den ich nicht habe, weil ich ja nicht so in die Bücher einschaue.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber sicher ist, weil Sie ja bei der Tractus mehr Einblick haben als bei der Infrabau, daß die Tractus keine Kapitalmittel zugeführt hat der Infrabau?

Eder: Da kann ich Ihnen nur sagen, was Sie ja sicher wissen, ich habe mir das mitgenommen, diese herrliche Mitteilung, ich weiß nicht, wieso es dazu gekommen ist, daß eine Zeitung eine Bilanz einer Firma veröffentlichen konnte. Das werden Sie ja sicher kennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, das habe ich sogar mit.

Eder: Wenn nicht, ich kann es Ihnen zur Verfügung stellen. Da sehen Sie genau — und das ist jetzt bei einer Betriebsprüfung der Merkur bestätigt worden —, daß das Gesellschafterdarlehen des Vereines Eisenbahnerheim 10 Millionen Schilling betrug. Und unser Gesellschafterdarlehen von 2,5 Millionen, darf ich Ihnen das noch einmal bestätigen lassen durch einen Betriebsprüfungsbericht, der jetzt, Sie haben es ja erwirkt. Bitte, ich darf ja nicht polemisch sein ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bin es ja auch bis jetzt nicht gewesen.

Eder: Ja, aber ich war überrascht, daß plötzlich eine Betriebsprüfung angesetzt worden ist. Denn als Steuerberater weiß ich, daß man eigentlich nicht so unmittelbar Einschau halten kann, auch wenn es vom Parlament ist. Aber ich habe wieder gelernt, und das kann noch öfter kommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das haben Sie dem Klubobmann Fischer zu verdanken.

Eder: Ich bin froh, daß eine ordnungsgemäße Betriebsprüfung war, da der Eid eines österreichischen Bundesbeamten wahrscheinlich mehr gilt, als wenn ich hier etwas aussage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also bis jetzt habe ich Sie noch in keinem Satz bezweifelt.

Eder: Danke schön. Bitte darf ich Ihnen etwas sagen aus dem Betriebsprüfbericht, es wird Sie sicher interessieren.

Die Finanzierung der Beteiligung Tractus an Infrabau mit 25 Millionen Schilling war wie folgt einzubringen:

12,5 Millionen Österreichische Verkehrskredit -AG. verzinsbar, 10 Millionen Schilling Verein Eisenbahnerheim, unverzinst, und 2,5 Millionen Schilling von „Vorwärts", wo ich einen Sonderkredit bei der Zentralsparkasse aufgenommen habe, der mir zur Verfügung gestellt worden ist, hat dann die Merkur als Gesellschafterdarlehen der Traktus gegeben, und zwar unverzinst, bis zum heutigen Tag, soweit ich weiß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer zahlt denn die Zinsen?

Eder: Die Zinsen zahlt der „Vorwärts".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe aber geglaubt, der Kredit ist im Jahr 1977 schon getilgt worden.

Eder: Sie fragen mich zuviel, weil ich das nicht weiß.

Das muß ein Jahr später gewesen sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei dieser Darstellung, die Sie zur Verfügung haben, ist da die Rede davon, daß es sich um eine Bankgarantie oder eine Garantie bei den Beträgen 10 und 12,5 der ...

Eder: Herr Direktor! Das wird Ihnen wieder der Betriebsprüfungsbericht der Tractus sagen, die jetzt in diesen Tagen stattfindet und ein objektives Urteil geben wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage momentan Sie, Sie wissen es ja auch.

Eder: Ich will nicht den Bericht eines Beamten vorwegnehmen, weil ich mich nicht so genau erinnern kann, wie die Bilanzen der Tractus ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie brauchen ja nur zu erzählen, was Sie wissen, und alles, was Sie nicht wissen, können Sie immer einschränkend hier darlegen.

Eder: Vom Darlehen weiß ich, das waren 2,5 Millionen Schilling unverzinst, das habe ich wieder von der Zentralsparkasse bekommen, zwecks Zurverfügungstellung in der Tracuts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie haben von der „Z" ein Darlehen ...

Eder: Einen Sonderkredit von 2,5 Millionen bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ohne Zinsen?

Eder: Die „Z" verlangt ihre Zinsen, nur wir haben es unverzinst gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben es der Tractus unverzinst gegeben?

Eder: Ja, der Tractus unverzinst gegeben, bitte, darauf lege ich Wert. Die „Z" verlangt normal die Zinsen, die zustehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie viele Angestellte hat die Firma Tractus?

Eder: Es kommt heute Nachmittag der Geschäftsführer, der wird es Ihnen genau sagen können, ich weiß es nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie einen Angestellten außer dem Geschäftsführer der Firma Tractus?

Eder: Das weiß ich im Augenblick nicht. Damals, als wir sie gegründet haben, waren wir zwei Geschäftsführer. Er mit einer Beteiligung von 80 und ich mit 20 Prozent.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo ist denn der Sitz der Firma Tractus?

Eder: Soweit ich weiß auf der Margarethenstraße.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat die ein Büro?

Eder: Hat auch ein Büro.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie jemals im Büro der Firma Tractus?

Eder: Ja natürlich, weil da gibt es einen eigenen Büroraum, wo der Wuchterl sitzt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Wuchterl sitzt ja dort nicht als Geschäftsführer der Firma Tractus.

Eder: Der sitzt wahrscheinlich in einer anderen Eigenschaft auch noch. Aber wissen Sie, man braucht nicht große Büroräume, um ein Unternehmen zu führen. Das kann ein sehr kleines Zimmer sein mit einem Schreibtisch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie meinen, eine Firma, die keine Angestellten hat und deren Beteiligung aufgebracht wird, ohne daß sie es jemals zurückzahlen muß, und die auch keine Zinsen oder sonst etwas begleichen muß.

Eder: Jetzt muß man genau aufpassen. Sie versuchen so ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma Tractus besitzt keinen Knopf?

Eder: Die Firma Tractus besitzt schon die Zusicherungen, die sie abgeschlossen hat. Vor allem glaube ich, daß die Neue Heimat für diese Beträge garantiert; wenn das Unternehmen schiefgehen würde, aber das geht ja nicht schief.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn das Unternehmen schiefgeht, was würde das den „Vorwärts" kosten?

Eder: 2,5 Millionen Schilling. Soweit ich es weiß, bitte. Ich bin ja schon drei Jahre weg.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 2,5 Millionen Schilling, die er dort hineingesteckt hat?

Eder: Die er dort hineingesteckt hat. Das Gesellschafterdarlehen wäre ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mehr Risiko trägt der „Vorwärts" nicht?

Eder: Nicht mehr Risiko ist vorgesehen zu tragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das gesamte Risiko trägt die „Neue Heimat".

Eder: Trägt die Infrabau, die ja eine gemischte Gesellschaft ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn von einer gemischten Gesellschaft ein Partner, Herr Generaldirektor, ...

Eder: Herr Direktor! Verzeihen Sie, man tut sich jetzt so schwer. Sie haben gesagt, daß der Herr Klubobmann Fischer zugestimmt hat, daß da Betriebsprüfungen sind. All die Auskünfte, die Sie von mir hören wollen, bekommen Sie eindeutig von dem Betriebsprüfer, der jetzt in die Infrabau Einschau gehalten hat, nachgewiesen oder ausgesagt. Ich könnte nur aus der Erinnerung sprechen. Aber ich glaube, zur Wahrheitsfindung dient der Betriebsprüfungsbericht besser, als wenn ich aus den Erinnerungen etwas sage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich kann Ihnen nicht helfen, Herr Generaldirektor, erstens weiß ich nicht, was in dem Bericht drinnensteht, zweitens kann ich Sie nachher nicht mehr fragen, und drittens gibt es eine ganze Reihe von Dingen, nämlich die Motivationen, die sicher in einem Betriebsprüfungsbericht nicht drinnenstehen. Und mich interessiert die Motivation, warum die „Neue Heimat" sich in Österreich engagiert, 25 Millionen in die Infrabau als Beteiligung steckt und als Partner jemanden hat, der über keinen Knopf verfügt. Denn die 12,5 Millionen Schilling gehören der Verkehrskreditbank, die 10 Millionen sind das Darlehen, das über die Eisenbahner gekommen ist, und die 2,5 gehören der SPÖ ...

Eder: Dem „Vorwärts".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der gehört ja der SPÖ, wie mir bisher mitgeteilt worden ist.

Eder: Ja, wenn Sie es so auffassen, aber es ist eine eigene Aktiengesellschaft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jetzt trägt aber der Partner Tractus kein Risiko, sondern die Zinsen für die 2,5 der SPÖ trägt die SPÖ selber, und für den Rest der 22,5 Millionen trägt wieder die „Neue Heimat", die auch noch der Partner ist, die Zinsen. Und wenn alles schiefgeht, muß alle Anteile die „Neue Heimat" übernehmen, damit auch noch die Kredite bei der Verkehrskredit und beim Eisenbahnerheim? Ist das so richtig?

Eder: Verehrter Herr Direktor! Wenn ich Ihnen widersprechen darf: Das Vermögen der Infrabau beträgt ein Vielfaches von dem, was heute das Geld ausmacht, denn sie hat in den letzten 10 Jahren sehr viel gebaut. Wenn man die Bauten, die die Infrabau hat, schätzt, so entsteht kein Risiko, weil so viel gebaut worden ist. Also man darf Geldeswert nicht verwechseln mit dem Kapitalwert, der an den Häusern vorhanden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gehen wir es von einer anderen Seite an: Bisher hat ja die Infrabau noch keinen Groschen Gewinn gemacht, sondern sie baut jedes Jahr regelmäßig Defizite.

Eder: Herr Direktor! Ich bin nicht berechtigt, über die Gewinne der Infrabau zu sprechen, aber Sie werden selber schon gehört haben, daß die Infrabau schon Gewinne getragen hat, ob es Ihnen recht ist oder nicht, die Infrabau hat schon Gewinne getragen. Das war ja auch die Voraussetzung dessen, daß wir seinerzeit in die Firma eingetreten sind, daß eine Reorganisation seitens der Infrabau durchgeführt wird bzw. von der „Neuen Heimat", daß sie die Fehler, die die frühere Geschäftsführung durch unglückliche Ankäufe von Grundbesitz usw. gemacht hat, wegräumt. Und in dem Augenblick, wo die Infrabau jetzt unter neuer Leitung steht und gewisse Schuldbelastungen ..., wird sie sicher auch in Zukunft gewinnträchtig arbeiten können.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Die Infrabau hat an die 40 Millionen Schilling Verluste im Laufe der Jahre gehabt, die durch Kapitalzufuhren der „Neuen Heimat" abgedeckt worden sind. Dann hat die Infrabau 7,6 Millionen Schilling aus dem Pilgram-Zentrum übernommen und geschluckt, was auch von der „Neuen Heimat" bezahlt worden ist. Dann hat die „Neue Heimat" 25 Millionen Schilling als ihren Kapitalanteil eingebracht, und dann hat die „Neue Heimat" — wahrscheinlich ist es jetzt auch schon etwas mehr — zwischen 8 und 9 Millionen Schilling an Zinsen bezahlt für die Beteiligung der zwei Tractus-Partner Eisenbahnerheim und Verkehrskredit, macht also noch einmal 9 Millionen aus. Das sind nach grober Schätzung zwischen 70 und 90 Millionen Schilling, die seitens der „Neuen Heimat" nach Österreich geflossen sind. Sind das Ihres Wissens alle Mittel, die von der „Neuen Heimat" nach Österreich gekommen sind, oder hat die „Neue Heimat" noch andere Bereiche im Zuge dieses ganzen Areals, im Zuge dieser Infrabau abgedeckt?

Eder: Meines bescheidenen Wissens nach hat sich die Infrabau, gestärkt durch die „Neue Heimat", immer nur um Bauten und dergleichen gekümmert, teils auf gewerblichem Sektor und vor allem auf dem privatrechtlichen Sektor durch den Bau von Häusern. Und Sie werden aus der Bilanz — bitte mich daher nicht so zu quälen, weil ich es Ihnen ja nicht sagen kann — den wirklichen Wert, den Ein-

heitswert der Firma, der dem Finanzamt sicher vorliegen wird, ersehen. Er wird ein Vielfaches an Wert ausmachen, als am Kapitalkonto wertmäßig steht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt aber, Herr Generaldirektor, und jetzt schließt sich der Kreis, daß die Infrabau und damit aller Voraussicht nach die „Neue Heimat" jene 54 oder 55 Millionen, mit denen sie Ihnen die Grundstücke ...

Eder: Ja, die mußte ich wieder zurückzahlen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Moment, das ist der nächste Schritt.... abgekauft hat, daß die aller Voraussicht nach und zu dem damaligen Zeitpunkt auf Grund des negativen Standes auch der Infrabau von der „Neuen Heimat" abgesichert, finanziert oder sonst was war, die Mittel, die da eingesetzt worden sind.

Eder: Welche Mittel, entschuldigen Sie bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die 54, 55 Millionen.

Eder: Die sind ja dann wieder zurückbezahlt worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das haben Sie ja zu dem Zeitpunkt — hoffe ich jedenfalls — nicht gewußt, daß Sie sie wieder zurückkriegen.

Eder: Nein, nein. Ich war fest — verzeihen sie, wenn mir meine Phantasie damals durchgegangen ist —, aber wir wollten dort etwas Neues hinstellen, und wir haben einen ordentlichen Rechtsvertrag, den werden Sie sicher auch haben, wenn nicht, könnten Sie ja nachschauen, bei den Eintragungen, daß das wirklich ein ernstzunehmender Vertrag war, der natürlich, wie jeder — erlauben Sie mir bitte, die „neue Heimat" geht genauso von geschäftlichen Grundsätzen aus wie wir oder ich vom „Vorwärts", weil ich ja eigentlich doppelt verpflichtet war bei der Führung der Geschäfte des „Vorwärts", denn ich mußte auch daran denken, daß ich nie den Eid der Kammer der Wirtschaftstreuhänder übertrete.

Es waren im 1972 und 1973 von mir ernst geführte Besprechungen, dort etwas Neues hinzustellen. Es kam aber dann — Sie werden es ja als gewiegter Wirtschaftspolitiker wissen — im Jahre 1973 und 1974 zur ersten Rezession, und es sind in Österreich harte Devisenbestimmungen geschaffen worden, genauso wie in Deutschland, wo es schwer möglich war, dann Kapital für Bauten hereinzubekommen, und vor allem auch die Gemeinde Wien unseren Plänen nicht zugestimmt hat, das heißt, die Beauftragten — die Beamten — der Gemeinde Wien.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal, um das im Zeitablauf zu haben: Sie haben verkauft, Sie haben das Pilgram-Zentrum gegründet, Sie haben verkauft ...

Eder: Mitbegründet bitte, ich allein habe es nicht gegründet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren der Initiator der Gründung des Pilgram-Zentrums, Sie haben als „Vorwärts"-Generaldirektor die Grundstücke verkauft, 20 Millionen Abdeckung der Kredite bei der „Z", 34, 35 Millionen direkt an den „Vorwärts". Von dort weg haben Sie sich bemüht, das Projekt bei den öffentlichen Stellen durchzubringen. Ist das immer noch richtig?

Eder: Jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und dann hat sich herausgestellt, daß die Gemeinde Wien offensichtlich zwei Dinge nicht einbringen kann oder will, nämlich daß man die Bauhöhe überschreitet und daß man den Wienfluß überdacht.

Eder: Jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als dritte Schwierigkeit hat sich dazugeschlagen, daß Sie das eine Eckhaus nicht bekommen haben.

Eder: Jawohl, Sie sind genau informiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dieses eine Eckhaus hat der BAWAG gehört.

Eder: Es hat einstens dem „Vorwärts" gehört, und für Kredite, die die BAWAG dem „Vorwärts" gegeben hat — vor mir, das weiß ich nicht genau —, hat sie dieses Eckhaus erworben. Auch hier harter Geschäftsmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und in dem Augenblick, wo sichtbar war, daß die Baubewilligungen nicht funktionieren und daß das Viertel nicht arrondiert werden kann, sind die harten Vertragsbestimmungen Infrabau — Pilgram-Zentrum eingetreten, die dazu geführt haben, daß der Vertrag aufgelöst worden ist.

Eder: Jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und was ist jetzt bei der Auflösung dieses Vertrages passiert?

Eder: Mußte ich wieder schauen, daß ich einen Kredit bekomme, auch von der Zentralsparkasse — ich glaube schon, oder von ... Bitte nehmen Sie mich nicht so beim Wort, ich weiß nur, daß ich ein Geld aufnehmen mußte und dieses Geld zurückzahlen mußte, und zwar für eine Zinsenbelastung für das seinerzeit gewährte Darlehen, das übernommen worden ist aus dem 1972/73er Jahr.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie mich noch ein, zwei, drei Fragen beantworten lassen, damit ich den einen Komplex fertig habe.

Das Zinsendarlehen von 1972 hat Pilgram übernommen plus Zinsen, das heißt, es waren mehr als 22 Millionen. Sehe ich das jetzt richtig?

Eder: Herr Bergmann, Sie wollen im Kreis mich in irgendeiner Art und Weise ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich will es nur endlich klarstellen. Ich habe schon so viele Leute gefragt ...

Eder: Ich bin für eine ordentliche Zeugeneinvernahme, aber Sie kehren immer wieder zu einem Punkt zurück und glauben, ich werde mich versprechen. Ich kann so wahrheitsgemäß berichten, daß es ein Versprechen nicht gibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Generaldirektor ...

Eder: Wir haben 57 Millionen und etliche Schilling zurückzahlen müssen an die ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Meine Frage ist jetzt nur, ich will Sie gar nirgends hineinlegen, ich will es nur endlich sehr klar sehen und frage immer, ob ich mich dabei irre, damit Sie es mir bestätigen oder widerlegen können.

Eder: Sie haben die Akten so gut im Kopf, daß Sie sich absolut nicht irren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, denn bei den 20 Millionen kenne ich mich nämlich nicht aus. Sie haben diese im Jahre 1972 aufgenommen?

Eder: 1972.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 1974, 1975 hat das Pilgram-Zentrum diesen Kredit beglichen.

Eder: Nein, nicht beglichen, sondern sie haben dafür die Verantwortung übernommen. ob sie es beglichen haben, das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben die Zinsenlast übernommen, die sie Ihnen bei der Rückzahlung wieder aufgerechnet haben?

Eder: Ja, wieder aufgerechnet haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, es waren mehr als 20 Millionen. Darauf wollte ich hinaus. Nur damit ich endlich weiß, wo die 3 Millionen hingehören.

Eder: Das sage ich Ihnen ja, die gehören zum Pilgram-Zentrum.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gehören zum Pilgram-Zentrum und zum „Z"-Kredit.

Eder: Jawohl, weil sie für das Jahr 1972 ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war die Klarstellung. Ich wollte Sie gar nicht ...

Eder: Ich habe es ohnedies schon einmal gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, vielleicht habe ich es nicht verstanden, das ist schon möglich. Wenn Sie mir das auch zugestehen.

Eder: Herr Direktor, ja. Ich glaube nur, daß das richtig ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die restlichen 34, 35 Millionen wurden dann von Ihnen wie an ...

Eder: Wieder durch einen Kredit überwiesen an die Infrabau.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie haben um 57 Millionen Schilling einen Kredit aufgenommen?

Eder: Haben Sie selber gesagt, daß darinnen die Zinsen gelegen sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, ja 57 Millionen Schilling.

Eder: Bei 78 Millionen, genau kann ich das nicht sagen. Ich glaube 57 900 000. Es ging nahezu an 78 Millionen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): An 58.

Eder: An 58. Entschuldigen Sie, ich bin im Jahre 1978.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dieses Geld ist an das Pilgram-Zentrum ...

Eder: Via Infrabau ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... zurückgeflossen, und von dem Augenblick an hat das Pilgram-Zentrum jede Funktion verloren?

Eder: Jede Funktion verloren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zu diesem Kreis eine vorläufig letzte Frage: Nach meinen Informationen ist die BAWAG aus der Ehe mit der Neuen Heimat, Austrobau ausgeschieden. Sie ist warum ausgeschieden?

Eder: Das kann ich Ihnen klar sagen. Weil auf der anderen Seite ein sehr geschickter Geschäftsführer bei der BAWAG war, der gesagt hat, ich will nicht Bauträger sei, sondern als Bauträger riskiere ich nur etwas, ich gewähre dieser Firma lieber Zinsen, und mein Erträgnis in der BAWAG schaut dann ein bisserl besser aus, wenn ich von diesen vielen Millionen, die die BAWAG zur Verfügung gestellt hat, Zinsen bekomme.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun ist genau die BAWAG eine Schlüsselstelle zur Verwirklichung des Pilgram-Zentrums. Sie ist genau die Stelle, die das eine Eckhaus noch zur Verfü-

38 von 282 Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 7 (Seite 1937b bis 2221a) (gescanntes Original)

gung stellen könnte, damit sie in Zukunft nicht als Bauträger, sondern als Kreditgeber bei einem großen Projekt auftreten kann. Jetzt frage ich Sie: Warum haben die dieses Haus nicht verkauft, das obendrein ohnehin schon einmal dem „Vorwärts" gehört hat.

Eder: Verzeihen Sie, in das Denkvermögen des Generaldirektors der BAWAG kann ich mich nicht hineinfühlen. Er wird sicher ein großes Interesse gehabt haben, daß dieses Haus bestehen bleibt, weil ich weiß, daß die Filiale, die in diesem Haus ist, eine der trächtigsten Filialen der BAWAG in Wien ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die hätte in dem Pilgram-Zentrum keinen Platz gehabt?

Eder: Schauen Sie, ich sage Ihnen, Sie fragen hier umsonst, weil ich Ihnen keine Antwort geben kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es kann ja sein ...

Es muß ja intensivste Bemühungen gegeben haben, wenn ich Ihre Aussage ernst bewerte, das Pilgram-Zentrum zu verwirklichen.

Eder: Ja, sicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da läßt man sich ja als starke Partei mit freundschaftlicher Beziehung zu der BAWAG nicht ganz so leicht davon abbringen, daß man ein Eckhaus, das einem obendrein schon einmal gehört hat und wo wahrscheinlich im ganzen Zentrum Pilgram es möglich gewesen wäre, eine Bankfiliale unterzubringen, da doch nicht so ohne weiteres dieses Projekt „abspritzen", das einem dann noch viele Millionen Rückzahlung mit ...

Eder: Verehrter Direktor! Man soll als Zeuge nicht polemisch werden, aber ich darf das schon sagen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie behandeln mich so ungerecht.

Eder: Ja, richtig, weil Sie genau wissen, daß Sie ebensogute Beziehungen wie wir angeblich zur BAWAG hätten, Sie zur Genossenschaftlichen Zentralbank haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja. War ja auch nicht bös gemeint.

Eder: Wie ich den Herrn Generaldirektor Klauhs kenne, wird er manchesmal auch bei gewissen Vorhaben, die die ÖVP hat, nein sagen, und so kam es auch zu dem Nein der BAWAG. Denn die BAWAG ist ein harter Geschäftspartner in jeder Beziehung, und der Generaldirektor fühlt sich verantwortlich dem Gewerkschaftsbund zur Führung des Unternehmens und nicht direkt der Partei.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das verstehe ich schon. Nur, ich möchte gerne die sachlichen Gründe hören, die den Generaldirektor veranlaßt haben zu sagen, dieses Zentrum, das womöglich noch die Chance bietet, daß ich es mitkreditmäßig finanzieren kann, dieses Zentrum darf nicht gebaut werden, weil ich das eine Haus nicht verkaufe.

Eder: Es war ein Teil, es war nicht die Hauptdurchsage, vielleicht hätten wir, wenn die Devisengenehmigungen erfolgen hätten können, dann in der letzten Endphase doch auch dieses Haus erwerben können. Aber leider Gottes waren die Devisenbestimmungen damals in beiden Ländern so stark, daß es dadurch nicht zur Realisierung kommen konnte. Wäre es eventuell zur Realisierung gekommen, dann würde ich annehmen, daß auch die BAWAG wahrscheinlich zu einem Preis, den sie für berechtigt gehalten hätte, inklusive durch Verluste, die, wenn das zwei oder drei Jahre gedauert hätte, irgendwie einkalkuliert, mit uns verhandelt hätte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Letzte Frage vor der Mittagspause. Wie groß wäre die Summe gewesen, die die Neue Heimat im Zusammenhang mit dem Pilgram-Zentrum ...

Eder: Ich passe genau auf, das haben Sie mich schon ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, bitte nicht direkt hier hineinreden. Ich habe schon einmal deswegen unterbrochen. Wir können das nicht protokollieren. Lassen Sie bitte den Satz fertigsprechen, und protestieren Sie allenfalls dann.

Eder: Entschuldigen Sie.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Um Ihren Protest vorwegzunehmen: Ich habe Sie vorhin gefragt, wieviel das Gesamtprojekt gekostet hat. Ich entnehme Ihrem Zwischenruf jetzt, daß das Gesamtprojekt von der Neuen Heimat hätte finanziert werden sollen.

Eder: Jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Als ganz letzte Frage, leichte Frage vor dem Mittagessen: Wozu — an den Generaldirektor des „Vorwärts" ist diese Frage gerichtet — hat der Vorwärts diese Firmenkette errichtet? Was war der wirtschaftliche Sinn?

Eder: Der wirtschaftliche Sinn war, Sie werden das hier ja auch gelesen haben „Brisante Bekenntnisse", das hängt vielleicht auch damit zusammen, daß ich versucht habe, immer wie-

der etwas Neues zu gründen und daraus eines Tages Geschäfte tätigen zu können, die dem „Vorwärts" dann in irgendeiner Form dann zugeflossen wäre.

Obmann Dr. **Steger:** Danke, Herr Zeuge, wir benötigen Sie um 14 Uhr wieder. Sie können im Haus essen oder allenfalls auch zwischendurch weggehen.

Ihre Einvernahme wird voraussichtlich von 14 bis 15.30 Uhr dauern.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 40 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 5 Minuten fortgesetzt.

Obmann Dr. **Steger:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort. Ich bitte, den Zeugen hereinzuholen.

Fortsetzung der Zeugeneinvernahme von Friedrich Franz Eder

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, bitte wieder Platz zu nehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Der letzte Stand war, daß wir das Hin und Her — Verkauf Pilgram-Zentrum, „Vorwärts"-Rückkauf, „Vorwärts" — Pilgram-Zentrum — Auflösung dieses Projektes — besprochen haben. Nun ist nach meinen Unterlagen immer noch ein Betrag offengeblieben an Forderungen des Pilgram-Zentrums an den „Vorwärts".

Eder: Ja. Ich glaube Zinsen, die nicht bezahlt worden sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine Ahnung, in welchem Ausmaß?

Eder: Heute kann ich es nicht mehr sagen, weil ja etliche Jahre dazwischen sind. Aber ich glaube, das könnte zwischen 5 und 7 Millionen sein. Aber genau kann ich Ihnen das nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das waren offene Forderungen — jetzt gleichgültig, ob es 3, 5 oder 7 Millionen Schilling des Pilgram-Zentrums an den „Vorwärts" waren?

Eder: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wegen Zinsen?

Eder: Wegen Zinsenbeträgen, die seinerzeit entstanden sind und nicht mitbezahlt werden konnten, und auch Spesenersatz haben sie verlangt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die wurden vom „Vorwärts" warum nicht bezahlt?

Eder: Weil ich zuwenig Geld gehabt habe, um Forderungen zu bezahlen, wo man geglaubt hat, daß man es bei Freunden eventuell schuldig bleiben kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das ist man heute noch schuldig?

Eder: Das weiß ich nicht, weil ich seit eineinhalb Jahren nicht mehr darin tätig bin.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer könnte uns denn Ihrer Meinung nach über das Schicksal dieser 5 bis 7 Millionen Schilling Bescheid sagen?

Eder: Der Betriebsprüfer bei der Infrabau, der jetzt dort ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der jetzige Generaldirektor, Ihr Nachfolger?

Eder: Nein. Ich glaube, ganz genau können Sie das ersehen aus der jetzt von Ihnen angeordneten Betriebsüberprüfung der Infrabau. Da muß genau drinnenstehen, wer wem was schuldig ist, wohin man schuldig ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als die Grundstücke übertragen worden sind: Ist das grundbücherlich vollzogen worden?

Eder: Nein, sondern man brauchte es infolge der Spanne von zwei Jahren grundbücherlich nicht einzutragen. Erst nach zwei Jahren auf Grund der bestehenden Gesetzgebung hätte man das eintragen müssen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wem gehören die Grundstücke jetzt?

Eder: Jetzt wieder dem „Vorwärts".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wurde vom „Vorwärts" nicht mehr verkauft oder belehnt?

Eder: Belehnung? — Die Zentralsparkasse hat ja ihre Darlehen, die sie dem „Vorwärts" gegeben hat, als Sicherstellung gegeben auf die Häuser und die Grundstücke des „Vorwärts".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind ganz sicher, daß auch heute noch die Grundstücke im Eigentum des „Vorwärts" sich befinden?

Eder: Ja, wenn sie in der letzten Zeit nicht verkauft worden sind. Als ich ausgeschieden bin aus dem „Vorwärts", waren sie noch Eigentum des „Vorwärts", und sind auch, glaube ich, noch Eigentum des „Vorwärts".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Machten Sie zu Ihrer Zeit mit der Österreichischen Beamtenversicherungsgesellschaft irgendeine Grundstückstransaktion?

Eder: Nein, damit habe ich persönlich nichts zu tun gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der „Vorwärts"?

Eder: Moment, entschuldigen Sie. Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, aber ich glaube, daß das erste Haus von dort gekauft worden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das erste Haus, das Sie gesagt haben: In der Magdalenenstraße.

Eder: Ja. — Aber bitte, sich die Verträge anzuschauen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß das Areal, das dann unter dem Projekt „Pilgram-Zentrum" gelaufen ist, auch der Beamtenversicherung verkauft worden ist, glauben Sie nicht.

Eder: Nein, absolut nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zu dem zweiten Themenkreis, zur Firma „Tractus". Die Firma „Tractus" wurde im Jahre 1976 gegründet.

Eder: Am 9. 6., glaube ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn ich mich nicht irre, wurde sie am 9. 6. oder am 11. 6. im Jahre 1976 gegründet. Von wem ging denn da die Initiative aus?

Eder: Verzeihen Sie: Auch wieder von mir. Ich war der Erfinder des Namens „Tractus".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie denn gewußt, daß die BAWAG aus der Infrabau herausgeht?

Eder: Indem mir das mitgeteilt worden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was wäre eigentlich passiert, wenn die Firma Tractus nicht gegründet worden wäre? Was hätte da die „Neue Heimat" gemacht?

Eder: Da hätte sie versuchen müssen, andere Käufer zu finden. Aber das ist ja schwer möglich, weil die „Neue Heimat" doch dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahesteht, nicht wahr; und da es auch schwer möglich ist, und da es auch kaum einen Partner auf privatwirtschaftlichem Sektor gegeben hätte, der sich darum gekümmert hätte oder der bereit gewesen wäre einzusteigen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das versucht worden um 90 Millionen Schilling?

Eder: Um 90 Millionen Schilling?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Soviel hat die „Neue Heimat" mittlerweile nach Österreich gepumpt. Um das hätte sich ja bald wer gefunden.

Eder: Das weiß ich nicht, da sind Sie besser informiert als ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was wissen Sie nicht?

Eder: Von den 90 Millionen Schilling.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wir haben sie ja vorhin einmal zusammengezählt.

Eder: Ich weiß nur von 55 Millionen Schilling.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und 25 Millionen Schilling Beteiligung.

Eder: Ich glaube, da haben sie nur eine Haftung. Ich weiß nicht, ob sie das Geld hereingepumpt haben. Ich verweise bitte wieder auf die Einsicht der Betriebsprüfer. Die werden es Ihnen genau sagen. Wenn Sie mir heute vorweg Fragen stellen, die ich nicht genau beantworten kann, dient das nicht der Wahrheit, auch nicht der Wahrheitssuche.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War es nicht so, Herr Generaldirektor, daß der „Vorwärts" sein Riesendefizit hat abbauen müssen mit dem Pilgram-Zentrum, eine Art Zwischenfinanzierung gemacht hat . . .

Eder: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): . . ., dann wieder vor derselben Situation gestanden ist wie ein paar Jahre vorher — nur teurer —, und daß letztlich der ständige Aushelfende immer die „Neue Heimat" war.

Eder: Nein. Die „Neue Heimat" hat nie ausgeholfen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die „Neue Heimat" hat immerhin die Infrabau erhalten.

Eder: Die Infrabau?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber die Infrabau, die letztlich dann das Pilgram-Zentrum abgesichert hat, hat ja nur von der „Neuen Heimat" gelebt. Also insofern ist auf indirekten Wegen natürlich die ganze Transaktion nur mit Hilfe der „Neuen Heimat" möglich gewesen.

Eder: Nicht ganz, verehrter Herr Direktor, wenn ich Ihnen widerspreche. Die „Neue Heimat" hat Interesse gehabt, hier Partner zu finden. Die Partner waren seitens des Eisenbahnerheimes und von uns gegeben, und so blieb dieser Teil in österreichischen Händen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er blieb formell in österreichischen Händen. Das Geld ist von allen Seiten gesichert, Zinsen bezahlt und ähnliches, alles von der „Neuen Heimat".

Eder: Bis auf den „Vorwärts", der mit 2,5 Millionen Schilling echtes Darlehen gegeben hat. Und bitte: Bei so großen Geschäften, habe ich mir sagen lassen, ist es schon öfters vorgekommen — und das werden Sie auch wissen —, daß der Partner, der Interesse gehabt hat am österreichischen Markt tätig zu sein, dann durch Bankgarantien diese Tätigkeiten garantiert hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja. Aber es heißt

letztlich, daß die ganze Tractus-Konstruktion — Sie haben vorhin „Briefkasten" abgelehnt — dann halt irgendeine Strohmann-Funktion gehabt hat, um nicht eine hundertprozentig deutsche Firma sichtbar zu machen.

Eder: Erstens, bitte, darf ich Ihnen widersprechen: Hören wir mit der „Briefkastenfirma" auf. Auch die Tractus hat eine genaue Adresse. — Das ist die erste Angelegenheit.

Die zweite Angelegenheit, bitte: Das wird Ihnen wahrscheinlich viel besser als ich der Geschäftsführer der Tractus sagen können, den Sie ja auch vorgeladen haben, denn ich war Minderheitsbeteiligter und habe mich nicht indirekt um diese Geschäfte gekümmert. Und er wird Ihnen auch vielleicht sagen können, warum die Absicherungen für die von der „Neuen Heimat" aufgenommenen Darlehen gegeben sind. Mich überfragen Sie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bisher hat uns überhaupt noch niemand — darum wäre ich Ihnen so dankbar —, eine Motivation für das Engagement der „Neuen Heimat" in Österreich gegeben, außer der Tatsache, daß die „Neue Heimat" über acht bis neun Jahre bereit war, horrende Defizite abzudecken.

Eder: Nein. Bitte: Die horrenden Defizite, soweit ich sie kenne, sind wieder nur schillingmäßig zum Ausdruck gekommen, denn es sind mannigfache Bauten hier gewesen, die die garantierte Schillingkraft gegeben haben. Wenn sie Verluste übernommmen hat, so waren es Verluste, die meiner Meinung nach in einer Wertanschaffung von einem Baugrund in Innsbruck gelegen sind, wo es aus dem politischen Zwischenspiel der ÖVP-Mehrheit nicht zu der Baugenehmigung kam, die unbedingt die Infrabau brauchte, um dort gemeinnützige Wohnungsbauten herzustellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber, Herr Generaldirektor. Das in Innsbruck war ja eine Bodenspekulation. Da wurde ein nicht gewidmeter Boden gekauft und darauf spekuliert, daß es eine Baugenehmigung geben wird.

Eder: Das weiß ich nicht, weil ich zur damaligen Zeit weder von der Geschäftsführung noch von der Infrabau mehr oder weniger wußte. Ich weiß nur, daß sie faktisch dann ... Bitte: Der Grund ist keine Bodenspekulation gewesen, sondern man war der Meinung, man könnte dort schnell bauen. Und das kam halt nicht zustande.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist diese Infrabau-Innsbruck eine Infrabau-Tochter?

Eder: Auch das weiß ich nicht genau. Ich sage Ihnen ja: Ich habe mich um die indirekte Geschäftsführung nicht gekümmert. Ich weiß nur, daß Gründe gekauft worden sind von der Infrabau.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was ist die „Alpenländische Heimstätte" in Innsbruck?

Eder: Das ist eine Tochter, glaube ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eine Tochter der Infrabau mit der SPÖ-Tirol zusammen.

Eder: „SPÖ-Tirol" höre ich zum erstenmal. Da wissen Sie wieder mehr als ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Über eine ähnlich geschaltete Firma ist zu 6 Prozent die SPÖ-Tirol beteiligt an der „Alpenländischen Heimstätte".

Eder: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es eine ähnliche Konstruktion in anderen Bundesländern auch gegeben?

Eder: Soweit mir bekannt ist nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Infrabau hat nur eine Tochter außerhalb von Wien in Tirol gehabt?

Eder: Bitte, Herr Direktor, ich muß Ihnen wieder sagen: Aus meiner Erinnerung möchte ich nichts sagen, was nicht effektiv ist. Ich verweise immer wieder zur Klarstellung der Verhältnisse auf die Bucheinsicht der Finanzbehörde. Und da werden Sie beziehungsweise der Ausschuß in Kürze die richtigen Unterlagen bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Es steht mir zu, auch Sie zu fragen.

Eder: Ich möchte Ihnen nicht Dinge sagen, die ich aus meiner Erinnerung nicht hundertprozentig genau sagen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich darf das zum fünftenmal wiederholen: Ich verlange auch nicht, daß Sie mir etwas sagen, was Sie nicht wissen. Es genügt, wenn Sie dazu sagen: „Das weiß ich nicht!", oder: „Das weiß ich!", und wir brauchen nicht immer darüber streiten, ob Sie es wissen müßten. Wenn Sie als Generaldirektor des Vorwärts mir eine Frage nicht beantworten, dann wird es mir komisch vorkommen, wenn Sie es nicht wissen. Wenn es über den Kompetenzbereich hinausgeht, interessieren mich Ihre Wahrnehmungen in diesem Zusammenhang.

Sie waren bis 1978 oder bis 1977 Generaldirektor?

Eder: Ich bin ausgeschieden aus der effektiven Geschäftsführung im Februar 1978.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und da waren die 3,5 Millionen — oder 5 bis 7 Millionen, wie Sie gesagt haben — Pilgram-Zentrum noch offen.

Eder: Waren wir dem Pilgram-Zentrum noch schuldig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als Streitfall oder eher als offene Schuld unter Freunden?

Eder: Nein, in Wirklichkeit auch als Streitfall, weil wir gewisse Spesen nicht anerkennen wollten oder nicht anerkannt haben, die damals uns aufgerechnet worden sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Absiedelungen, von denen Sie geredet haben, haben Schwierigkeiten gemacht, weil es sich um Absiedelungen von Privatwohnungen gehandelt hat.

Eder: Es waren nur Privatwohnungen in diesem Haus, das abgesiedelt hätte werden sollen, eben um wieder zum Bauen zur Verfügung zu stehen, und das war auch einer der wesentlichen Gründe, daß da die Infrabau aufgetreten ist und nicht der Vorwärts. Da sind natürlich Verhandlungen gewesen, die sich auch über ein Jahr hingezogen haben. Viele haben mit Begeisterung zugestimmt, abgesiedelt zu werden, andere wieder wollten sich — wie das in Wien ist — nicht von ihrem Zimmer-Kuchl-Kabinett trennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann, Herr Zeuge: Der Ausschuß sucht seit vielen Wochen eine Haftungsgarantie im Zusammenhang mit dem Vertrag Infrabau — Pilgram-Zentrum, die, glaube ich, in der Richtung läuft: Wenn das Projekt nicht zustande kommt, dann muß die Infrabau bestimmte Zahlungen leisten. — Können Sie uns dazu etwas sagen?

Eder: Welche Garantieerklärungen? Für den gesamten Kauf des Hauses oder für einen bestimmten Betrag?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube, eher für ein Darlehen oder für einen Kredit oder für so etwas Ähnliches.

Eder: Da müssen Sie bei Tractus fragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Ihnen 18 Millionen etwas in diesem Zusammenhang.

Eder: Nein, gar nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von einer Konstruktion, die so lautet, daß man sagt: Ich schließe mit dir einen Vertrag ab als Baufirma, baue ein Haus, falls du dir es überlegst, zahle ich alle deine Schulden.

Eder: Nein, so etwas gibt es nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): So eine ähnliche Bestimmung kann in dem Vertrag Pilgram-Zentrum — Infrabau nicht drinnengewesen sein?

Eder: Pilgram-Zentrum — Infrabau? — Ist mir nicht bekannt. Da bin ich überfragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß irgendwelche Schulden, Kredite oder ähnliches des Vorwärts dann bezahlt werden müssen?

Eder: Nein. Bitte, so wie ich es Ihnen vormittags geschildert habe. Hier Kaufvertrag, hier Rückkauf. Da war kein Absiedlungsbetrag, den wir zu bekommen hätten, oder kein Vergütungsbetrag inkludiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die Rückzahlung dieser 54 Millionen — oder 57 Millionen oder fast 58 Millionen — sind noch im Jahre 1975 erfolgt?

Eder: Ob 1975 oder 1976 — da bin ich bitte jetzt auch hinsichtlich des Datums überfragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber jedenfalls unmittelbar nachher.

Eder: Unmittelbar nachher, natürlich. Wir mußten ja Kredite aufnehmen, um zurückzuzahlen. Ich glaube, das war Ende 1975 oder Anfang 1976. Genau kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie glauben nicht, daß diese ganze Pilgram-Zentrum-Konstruktion unter Umständen auch dazu gedient hat, eine relativ billige Zwischenfinanzierung des Vorwärts-Verlages zu erreichen, obwohl man eh nie daran gedacht hat, das Pilgram-Zentrum zu errichten?

Eder: Nein, bitte. Ich muß widersprechen: Wir haben wirklich daran gedacht in den Jahren 1973 und 1974 — ich habe Dutzende Verhandlungen darüber geführt mit verschiedenen Stellen —, tatsächlich dieses Gebäude zu errichten, weil darin die Garantie des Weiterfortlebens der Vorwärts AG möglich gemacht worden wäre. Ich hätte kein Geld gehabt, um irgendwie auswärts von Wien zu bauen. Ansonst ist ja der Vorwärts — leider Gottes auf Grund der heutigen betriebswirtschaftlichen Erkenntnis; das habe ich auch schon am Vormittag erwähnt — ein schwer zu finanzierendes Unternehmen mit drei oder vier Stockwerken mit zusätzlichen Mietern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gestatten Sie jetzt, daß ich wirklich von Zweifeln, die ich den ganzen Vormittag schon habe, rede. Was mir so unwahrscheinlich vorkommt ist folgendes: Daß Sie diese Pilgram-Zentrum-Geschichte abschließen, die wird auch durchfinanziert, und dann scheitert es an den simpelsten Dingen, an denen ein Bauvorhaben scheitern kann: An der Bauhöhe — die ist bekannt —, an der Frage, ob man einen Fluß überdecken darf — daß das sehr schwierig ist —, ist bekannt; erkundigt

man sich vorher —, und einer der besseren Freunde ist obendrein nicht bereit, ein Haus zu verkaufen.

Eder: Erstens weiß ich nicht, was Sie unter „besseren Freunden" verstehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die BAWAG würde ich als besseren Freund der Vorwärts AG bezeichnen; durchaus zulässig; Sie haben vormittag gesagt, uns steht sicherlich die Genossenschaftliche Zentralbank auch nahe. „Besseres Verhältnis" ist, wenn man sich um die Lösung bemüht, auch im Rahmen sachlicher Konditionen. Und daran scheitert es auf einmal, und das ist das Unwahrscheinliche!

Eder: Verehrter Herr Direktor! Sie haben etwas übersehen, was ich Vormittag schon gesagt habe und was entscheidend war: Ich weiß nicht, ob Sie damals schon aktiv in der Politik waren und im wirtschaftlichen Geschehen. In den Jahren 1973 und 1974 kam es zu verschärften Devisenbestimmungen. Das war eigentlich der Grund. Wir hätten vielleicht über all die Nebenpunkte, die heute erwähnt wurden, hinwegkommen können, wenn nicht die Devisenbestimmungen so hart gewesen wären — auf beiden Seiten —, daß man einen Transfer von 100 oder 150 oder 200 Millionen nicht bekommen hätte im Laufe der Zeit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Aber das hieße ja, daß unter diesem Aspekt die SPÖ als eine österreichische politische Bewegung, die unter der Devise „Kauft Österreichische Waren" sicher eine österreichische Priorität hat, ein ureigenes Projekt ausschließlich über das Ausland hat abwickeln wollen. Daß das in Österreich nicht finanzierbar oder zwischenfinanzierbar ist, ist doch eher unwahrscheinlich.

Eder: Eine Zwischenfinanzierung war meiner bescheidenen Meinung damals nicht möglich, weil es eine angespannte finanzielle Lage in Österreich gab und weil sich unser Finanzminister, obwohl er der Regierungspartei angehört hat, streng an die Devisengesetze gehalten hat. Jeder Versuch, das zu umgehen, wäre an seiner Haltung gescheitert. Das haben wir gar nicht versucht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In den Jahren 1973 und 1974 haben ja in Österreich auch Großprojekte stattgefunden, ohne daß sie eine ausländische Finanzierung mit devisenrechtlichen Genehmigungen gehabt haben. Da hätte man sich eben am österreichischen Markt eine Finanzierung gesucht dafür.

Eder: Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen da widerspreche: Österreichische Baufirmen sind nichtsozialistisch und hätten sich wahrscheinlich aus diesem Grund auch nicht daran beteiligt, denn es war auch damals die Lage der österreichischen Baufirmen sehr angespannt. Die haben sich lieber nach Ostasien gewendet, als versucht, hier ihre Unternehmungen in den Bauhandel einzubringen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich komme jetzt allmählich näher: Das mußte aus irgendeinem Grund ein „Neue Heimat"-Geschäft sein.

Eder: Nein, gar nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die 54 Millionen haben ja letztlich auch von der Neuen Heimat gestammt, die die Grundstücke gekauft hat. Natürlich haben die dann Interesse gehabt, das Projekt abzuwickeln.

Eder: Ja, das ist ja kein Verbrechen gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist kein Verbrechen. Ich will es nur klargestellt haben.

Eder: Die Klarstellung war, daß ja dann auf Grund von Vereinbarungen und dann auf Grund der Verträge der Vorwärts ja wieder in diese Gebäude eingezogen wäre, nur auf einer allgemeinen Ebene, noch nicht in drei Stockwerken. Wir hätten ja in irgendeiner Form dann bei Abwicklung der Verträge mitgestimmt oder mitgerechnet oder neue Verträge geschaffen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja natürlich. Sie wollten ein neues Druckerei-Zentrum haben, wollten die Druckerei modernisieren, und, und, und.

Eder: Nein. Entschuldigen Sie bitte das Durchgehen meiner Fantasie. Ich wollte auch im fünften Bezirk dadurch einen neuen Markstein setzen für die Auffrischung des Bezirkes, wenn das zustande gekommen wäre.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das glaube ich Ihnen auch. Das schließt nur nicht aus, daß ein so durchaus bedeutendes Projekt meiner Meinung nach, wenn nicht die Abhängigkeit von der Neuen Heimat via der Firmenverschachtelung schon stattgefunden hätte, am österreichischen Kreditmarkt finanzierbar gewesen wäre. Offensichtlich hat die BAWAG gemerkt, daß sie hier nicht ins Geschäft kommen kann, weil Infrabau und Pilgram-Zentrum längst mit der Neuen Heimat so weit verbandelt ist, daß die Finanzierung aus der Bundesrepublik kommen muß.

Eder: Nein. Die Finanzierung? — Vielleicht hätten einige Banken der Bundesrepublik dafür die Haftung übernommen. Sie dürfen ja nicht vergessen, daß die Neue Heimat, soweit es mir bekannt ist, eines der größten Weltunternehmen auf dem Bausektor ist, und hinter der Neuen Heimat stehen ja gewaltige Banken,

44 von 285 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 7 (Seite 1937b bis 2221a) (gescanntes Original)

Unternehmungen draußen. Das Pendant zu uns: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mir lichtet sich das alles ohnehin allmählich. Das heißt, das Engagement der Neuen Heimat zugunsten dieser SPÖ-Umgebung — Vorwärts AG, Pilgram-Zentrum, Infrabau und wie immer man die Schachteln alle nennt — war so groß, daß man auch aus Dankbarkeit — und wahrscheinlich haben die von der Neuen Heimat auch damit gerechnet — darangehen mußte, Ihnen auch auf dem anderen Weg Geschäfte zukommen zu lassen, sprich also, daß es höchstes Interesse war, daß die Infrabau aus den roten Zahlen heraus ...

Eder: Sicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ..., kommt, damit die Neue Heimat auch etwas davon hat.

Eder: Sicher. Sie hat jetzt schon etwas davon durch die Übernahme der alten Schuldverpflichtungen, die da waren. Ich glaube auch: Wenn die Geschäftsführung sehr tüchtig ist, so kann sie aus dem gegenwärtigen Status leichte Gewinne erzielen, wenn sie in der Struktur des Geschäftes liegen. Sie wissen, wie schwer es heute am Bausektor ist, gewinnbringend zu arbeiten. Jetzt ist ja eine andere Geschäftsführung; diese rechnet mit anderen Maßstäben als die vergangene.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was muß denn Ihrer Meinung nach alles geschehen, damit die Neue Heimat ihre 70 bis 90 Millionen, die sie in die SPÖ-Umgebung investiert hat, wieder zurückkriegt?

Eder: Verzeihen Sie: Ich weiß nicht, wo Sie den Betrag von 70 bis 90 Millionen hernehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wir haben ihn heute schon mitsammen gerechnet.

Eder: Wir haben ja davon 55 Millionen zurückgezahlt; oder 57 Millionen. Daher wäre das Verhältnis nur mehr 40 Millionen dann auf Grund Ihrer Rechnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Damit wir da — jetzt weiß ich, warum Sie mich immer fragen — zwei Dinge auseinanderhalten.

Ich habe einmal diese 50 Millionen noch gar nicht eingerechnet, die einmal aufgebracht werden mußten für Sie. Da können Sie ja immer sagen: Die haben Sie zurückgekriegt.

Ungefähr 40 Millionen hat die Neue Heimat nach Österreich gezahlt, allein an Verlustabdeckungen und Kapitalzufuhren bei der Infrabau. Dann gibt es das Defizit von 7,6 beim Pilgram-Zentrum, dann ihre eigene Beteiligung und dann die Zinsenzuschüsse bei der Tractus. Das ergibt nach einer groben Schätzung zwischen 70 und 90 Millionen Schilling, und da spielt das Pilgram-Zentrum-Engagement, sprich Kauf der Vorwärts-Liegenschaften und Verkauf der Vorwärts-Liegenschaften, noch gar keine Rolle. Aber das Engagement der Neuen Heimat war neun oder zehn Jahre lang ungeheuerlich groß. Und dann hat man offensichtlich ein System gefunden, die Neue Heimat wieder so ins Geschäft kommen zu lassen, daß sie diese Gelder zurückbekommt.

Eder: Nein. Eine der härtesten Bedingungen, die wir via Tractus gestellt haben, war, daß faktisch die Bilanzen saniert werden mußten von der Neuen Heimat, bevor wir mit der Tractus das abschließen. Denn wir waren ja nicht bereit — soweit sind wir auch schon Kaufleute —, eine Schuldverpflichtung einer verfehlten Geschäftspolitik auf uns zu nehmen. Und das hat sich im Laufe der Zeit auch erfüllt, denn das war eine Grundbedingung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Anerkennung vom Geschäftlichen her ist ja durchaus gegeben. Wenn Sie sich als Tractus ohne eigenes Geld heute an einer Firma zur Hälfte beteiligen, die ein Stammkapital von 50 Millionen Schilling hat, kein Risiko tragen, weil sowohl die Zinsen Ihrer Kapitalbeteiligung als auch die Verluste ...

Eder: Entschuldigung, darf ich unterbrechen: nicht die von Vorwärts ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... gestehe ich zu: Nicht die von Vorwärts, aber die Tractus hat keine Zinsen zahlen müssen, auch nicht die 2,5 Millionen für Vorwärts, sondern die hat der Vorwärts selber bezahlt, wenn Sie also keine Zinsen zahlen müssen, dann überhaupt kein Risiko haben, weil die Verluste zu 100 Prozent — zu 100 Prozent! — von der Neuen Heimat getragen werden, aber bei Gewinn dürfen Sie mit 50 Prozent mitschneiden, so finde ich, daß das von Ihrer Warte gesehen ohnedies ein kaufmännisch sehr vifer Vertrag war. Ich frage mich nur immer, warum die Neue Heimat das gemacht hat.

Eder: Weil sie nicht liquidieren konnte, weil sie soviel Grundbesitz hier gehabt hat, den ihr niemand abgekauft hätte, und sie ansonst hätte abschreiben müssen. Aber, bitte, wenn Sie auf diesen hohen Betrag kommen, den ich nicht überprüfen kann, so müssen Sie verstehen, daß da drinnen der Grundbesitz Kitzbühel liegt, der auch von der vorherigen Geschäftsführung unglückseligerweise gekauft worden ist und den die Neue Heimat dann übernommen hat. Das sind ja allein, glaube ich, über 20 Millionen Schilling gewesen, was der Hirzinger Hof *(phonetisch)* wert war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das gehört jetzt alles zur Hälte der Tractus.

Eder: Das weiß ich nicht; das glaube ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, wenn es der Infrabau gehört hat. Oder gehört das nur der Neuen Heimat?

Eder: Nein, das hat die Neue Heimat übernommen, herausgenommen aus ihrer Schuldverpflichtung und hat dafür den Hirzinger Hof übernommen; ich weiß nicht, ob sie ihn selber führt oder ob ihn ein Pächter führt. Aber die Verluste der Neuen Heimat waren nicht so groß, wie Sie es sehen. Denn der Hierzinger Hof allein hat, glaube ich, einen buchmäßigen Wert von 20 Millionen Schilling. Dann dürfen Sie nicht vergessen, daß in Klosterneuburg — ich glaube, das ist Klosterneuburg — damals ein Fehlbau entstanden ist; bis die letzte Wohnung verkauft worden ist von diesem Klosterneuburger Wohnbau, ist das Jahr 1979 gekommen. Da war der letzte Wohnungsverkauf erst möglich, weil es für die Wiener nicht so attraktiv gewesen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der hat aber 12 Millionen Defizit gebracht, einen Verlust in Höhe von 12 Millionen.

Eder: Ja, ziffernmäßig 12 Millionen. Jetzt steht das Haus dort und wird sicher ein 60 bis 80 Millionen-Kauf, weil jetzt ist es bewohnt. Aber damals! — Da sehen Sie: diese 12 Millionen haben sie auch übernommen. Wenn wir nämlich 12 Millionen Schilling Zinsen hätten zahlen müssen, wäre das laufend durchschnittlich im Jahr 1,2 Millionen Schilling gewesen, und dazu waren wir nicht bereit. Aber jetzt ist Klosterneuburg verkauft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber die Tractus kann ja immer noch nicht die Zinsen für ihr Stammkapital zahlen.

Eder: Bitte, da fragen Sie den Geschäftsführer der Tractus. Das hat sich wirklich mir entzogen, und ich war auch wirklich nicht sehr interessiert, mich an der Geschäftsführungspraxis der Tractus zu beteiligen.

Obmann Dr. **Steger:** Zunächst möchte ich Sie bitten, daß Sie mir noch einmal systematisch erklären, welche — im weitesten Sinn aufgefaßt — politischen und beruflichen sowie wirtschaftlichen Funktionen im In- und Ausland Sie persönlich seit 1971 ausgeübt haben oder noch immer ausüben.

Eder: Ich bin seit 1943 selbständiger beeideter Buchprüfer und Steuerberater. Ich wurde auf Grund des Vertrauensaktes der SPÖ, als es um den Vorwärts sehr schlecht gestanden ist, gefragt, ob ich Glauben an das Haus habe. Und ich habe geantwortet, weil ich in meiner Jugend schon mit diesem Haus durch Otto Bauer verbunden war, man kann dieses Haus aus der Krise herausführen und kann es bestehen lassen. Daher wurde ich Generaldirektor.

Weitere politische Funktionen habe ich in diesem Ausmaß nicht gehabt, außer Vizepräsident der Urania. Weil ich mich von Jugend auf mit Volksbildungsfragen beschäftigt habe und die Urania das einzige überparteiliche Volksbildungshaus ist, das noch an die alten Zeiten von Österreich erinnert, wo ein gemeinsames Gespräch zwischen den drei Parteien möglich ist, wurde ich Vizepräsident, übe weiterhin diese überparteiliche Funktion aus, und es gibt kaum einen Streit.

An kleinere Funktionen, die ich gehabt habe, kann ich mich heute gar nicht mehr so erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie gleichzeitig irgendwo Geschäftsführer, Vorstandsmitglied, Aufsichtsrat?

Eder: Derzeit bin ich Geschäftsführer der Merkur.

Obmann Dr. **Steger:** Wo waren Sie seit 1971 sonst Aufsichtsrat?

Eder: Ich war vorher im Aufsichtsrat des Vorwärts und wurde vom Aufsichtsrat beauftragt — das ist ja im Gesetz als möglich vorgesehen —, auf ein Jahr die Geschäftsführung des Vorwärts zu übernehmen, ich wurde dabei vom Aufsichtsrat beurlaubt. Da anscheinend die Geschäftsführung nicht so schlecht war, wurde ich dann definitiv Generaldirektor des Vorwärts. Es ist mir auch gelungen, in den Jahren meiner Tätigkeit unter größter Anstrengung von Verlustziffern des Vorwärts zu Gewinnziffern zu kommen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Und in welchen sonstigen Gesellschaften sind Sie in dem Zeitraum seit 1971 Aufsichtsrat gewesen oder sind es noch immer?

Eder: Ich war nur Aufsichtsrat, dann nicht mehr im Aufsichtsrat, als ich Generaldirektor wurde, und späterhin dann Aufsichtsrat der Infrabau und Aufsichtsrat der Progress.

Obmann Dr. **Steger:** Von wann bis wann?

Eder: Bei Progress bin ich es heute noch.

Obmann Dr. **Steger:** Seit?

Eder: Ich glaube, seit 1972. Aber bitte, das ist nicht eine so übergeordnete Stelle.

Obmann Dr. **Steger:** Ungefähr!

Eder: Nun, seit dem Jahre 1973 Aufsichtsrat der Progress.

Obmann Dr. **Steger:** Und Infrabau: Von wann bis wann?

46 von 285 zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 7 (Seite 1937b bis 2221a) (gescanntes Original)

Eder: Infrabau: Nach Erwerb der Grundstücke usw., ich glaube, ab 1975.

Obmann Dr. **Steger:** Und Tractus?

Eder: Bei Tractus war ich kurze Zeit Geschäftsführer, Minderheitsgeschäftsführer.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie sonst bei irgendeiner juristischen Person oder bei einer Personengesellschaft als Gesellschafter aufgetreten?

Eder: Nur bei meiner eigenen Firma, wenn Sie das wissen wollen.

Obmann Dr. **Steger:** Ja.

Eder: Ich habe eine GesmbH für Wirtschaftstreuhänder gegründet, um meine Gattin abzusichern, wenn ich frühzeitig sterben sollte, weil wir Männer ja immer früher als die Frauen sterben.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie über Treuhandschaften irgendwelche sonstigen Beteiligungen?

Eder: Nein, nicht daß ich wüßte.

Obmann Dr. **Steger:** Was wurde Ihnen mitgeteilt über die Gründung der Firma Infrabau?

Eder: Das habe ich dem Herrn Direktor Bergmann jetzt genau gesagt. Verlangen Sie, daß ich noch einmal dasselbe sage? Ich glaube nicht. Denn aus dem Protokoll können Sie es lesen, und widersprechen werde ich mich sicher nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Und über die MEDIPLAN?

Eder: Was ist das?

Obmann Dr. **Steger:** Über die Firma MEDIPLAN, was haben Sie darüber gehört?

Eder: Welchen Medienplan meinen Sie?

Obmann Dr. **Steger:** Die Firma MEDIPLAN Wien.

Eder: Habe ich auch schon Vormittag erklärt. Bei MEDIPLAN Wien kam eines Tages der Stellvertretende Vorsitzende Städter und hat in einer Aufsichtsratssitzung gesagt: Gründen wir eine MEDIPLAN Wien. Er hat mir zugestimmt und war der Meinung, eines Tages kann man sie vielleicht irgendwie einsetzen, wenn es für jemandem auf diesem Sektor etwas zu arbeiten gibt. Es kam aber nie zu einer Geschäftsausübung oder nur in kleinem Betrag.

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Funktion ist Ihnen das mitgeteilt worden?

Eder: In der Aufsichtsratssitzung, bitte, ich kann nicht sagen, wann. Sicher hat Ihnen der Herr Sajbl mehr davon erzählt, als ich gesagt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Hat da irgend jemand im Aufsichtsrat gefragt, welche Gründungskosten dadurch entstehen?

Eder: Nein, das hat er uns einfach mitgeteilt, und wir haben nicht gefragt, weil ja schließlich und endlich das von untergeordneter Bedeutung ist, was so eine Mediplan-Tochtergesellschaft kosten kann.

Obmann Dr. **Steger:** Das hängt zum Beispiel davon ab, wieviel Beschäftigte sie hat.

Eder: Ich weiß es nicht. Sie werden als Rechtsanwalt besser Bescheid wissen als ich, was man für so eine Gründung verlangt, und aus den Büchern der Infrabau wird das genau zu ersehen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Hat irgendein Aufsichtsrat — nicht Sie, sondern einer im Aufsichtsrat — gefragt, wieviel Beschäftigte der Verein haben wird?

Eder: Nein, schauen Sie, der Aufsichtsrat hat sich auch aus Arbeitnehmern oder Mitarbeitern zusammengesetzt, und sie waren darüber froh, daß etwas Neues auftaucht, wo man vielleicht eines Tages Geschäfte machen kann. Aber der Aufsichtsrat ist ja nicht so groß.

Obmann Dr. **Steger:** Ist zum Zeitpunkt der Gründung der Mediplan Wien dem Aufsichtsrat der Infrabau die Eigentümerschaft der Mediplan Hamburg bekanntgewesen?

Eder: Nein. Ist kein Wort gesprochen worden.

Obmann Dr. **Steger:** Also auch nicht über die Eigentumsanteile?

Eder: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie irgendwann, bevor das in der Öffentlichkeit diskutiert wurde — das sage ich immer dazu, damit nicht als Antwort kommt: erst aus den Zeitungen —, über die Geschäfte der Mediplan Hamburg und Mediplan Wien oder über Bemühungen dieser Firmen, in Österreich ins Geschäft zu kommen, Informationen erhalten?

Eder: Nein. Ich glaube, zum ersten Mal, als es mitgeteilt worden ist, war das — bitte Sie werden es besser wissen als ich, daher bitte mich zu erinnern. Aber es ist nie darüber gesprochen worden, weil es ja mit uns nicht zusammengehangen ist, und sollte einmal einer davon gesprochen haben, haben sie gesagt, verweisen wir auf Hamburg, die könnten genau Auskunft geben.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist mir eigentlich

noch nicht hinlänglich klar: Warum übernahm der Vorwärts-Verlag zur Jahreswende 1979/80 von der Merkur die Anteile an der Tractus?

Eder: Das ist Ihnen nicht klar?

Obmann Dr. **Steger:** Nein, das ist mir nicht hinlänglich klar.

Eder: Das kann ich bitte in Ergänzung sagen: In der Folge der Übernahme der Geschäfte der Merkur durch mich war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Vorwärts das übernimmt. Sie untersteht dem neuen Generaldirektor. Das sind rein menschlich verständliche Gründe. Und ich wollte auch nicht diese Belastung als neuer Geschäftsführer der Merkur, ebenso hart wie bei anderen Geschäften, mit übernehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Ist dabei die Frage aufgetaucht, welche Einnahmen die Firma Tractus hat?

Eder: Bitte?

Obmann Dr. **Steger:** Ist dabei die Frage aufgetaucht, welche Einnahmen die Firma Tractus hat?

Eder: Geht mich nichts an. Ich habe darüber gar nicht gefragt.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte warten Sie wieder mit der Antwort. Nur wegen des Protokolls ist es schwierig, wenn wir gleichzeitig reden. Die Frage hat geheißen: Ist dabei die Frage aufgetaucht, welche Einnahmen die Firma Tractus hat?

Eder: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich hätte nur zwei Fragen. Die erste Frage: Sie sind Aufsichtsrat der Progress-Werbung.

Eder: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer ist Gesellschafter der Progress-Werbung?

Eder: Wenn Sie mich jetzt fragen, bin ich überfragt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Sie als Aufsichtsrat entsendet?

Eder: Als Aufsichtsrat wurde ich von der SPÖ entsendet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat die SPÖ Anteile an der Progress-Werbung?

Eder: Sie fragen mich bitte ein bißchen viel, weil ich darauf nicht vorbereitet war und auch nicht die Akten studiert habe. Es kann ein Treuhänder sein oder nicht. Ich weiß es nicht genau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie müssen doch wissen, für wen Sie die Funktion des Aufsichtsrates übernommen haben!

Eder: Hab ich Ihnen gesagt: Von der SPÖ.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann hat die SPÖ Gesellschafteranteile oder ist Treuhänder an der Progress-Werbung, hat einen Treuhandvertrag.

Eder: Bitte ich bin im Augenblick überfragt, weil ich nur die Interessen der SPÖ zu wahren habe. Vor allem bin ich deshalb hineingerufen worden, weil ich als Generaldirektor sehr großes Interesse gehabt habe, mit der Progress in irgendeiner Form eventuell zusammenarbeiten zu können.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Welche Interessen haben Sie dort vertreten?

Eder: Vor allem die Vorwärts-Interessen hatte ich zu vertreten gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat der Vorwärts-Verlag auch Anteile an der Progress?

Eder: Nein, an der Progress nicht.

Verstehen Sie: Im Zusammenwirken der Zeitungsgeschäfte und der Progress, infolge der Aufnahme von Inseraten und so weiter, so haben wir Interesse gehabt, dort zu sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mich würde jetzt vor allem interessieren, wie sich dieses Grundstücksgeschäft in den Bilanzen des Vorwärts niedergeschlagen hat.

Eder: Es wird sich erst niedergeschlagen haben in dem Jahr, als der Kaufschilling wieder hat zurückübermittelt werden müssen, zwischendurch ja nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und das war 1975/76?

Eder: Ich glaube, ja. Die Bilanzen sind ja genau veröffentlicht in der „Wiener Zeitung".

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da müßte 1975 oder 1976 ein Zugang im Anlagevermögen des Vorwärts gewesen sein.

Eder: Wenn kein Abgang vorhanden war, muß auch kein Zugang drin sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das würde bedeuten, daß in den Bilanzen dieses Rechtsgeschäft mit dem Pilgram-Zentrum gar nicht Berücksichtigung gefunden hat.

Eder: Nein, ich müßte Sie bitten, den zuständigen Wirtschaftsprüfer zu fragen, beziehungsweise aus den Bilanzen des „Vorwärts" ist das genau zu ersehen. Ich bin im Augenblick überfragt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich gebe Ihnen

gerne die beiden Bilanzen 1975 und 1976. Vielleicht können Sie mir daraus erklären, wo der Rückkauf der Grundstücke verbucht worden ist. *(Der Zeuge nimmt Einsicht in die Unterlagen.)*

Eder: Nachdem das alles, die alten Bauwerke, auf einen Schilling abgeschrieben ist, so kann ich daraus keine — ich sehe auch keine Schuldverpflichtung darin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es müßte aber außerordentliche Erträge gegeben haben.

Eder: Welche außerordentlichen Erträge?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn etwas auf Null abgeschrieben ist.

Eder: Verehrter Herr Doktor! Es ist in der Verkaufssumme dann drinnen, und wir hätten eventuell, wäre es zustande gekommen, dann die erforderlichen Steuern zahlen müssen, wenn wir nicht große Verlustabschreibungen gehabt hätten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber, Herr Generaldirektor, das ist jetzt wirklich eine entscheidende Frage. Ich hab nämlich das genau studiert, ich kann auch Bilanzen lesen, und ich finde das eigentlich nicht berücksichtigt in den Bilanzen. Es ist für mich überraschend, daß es in den Bilanzen keinen Niederschlag gefunden hat, einerseits der Verkauf dieses großen Projektes 54, 55 Millionen Schilling, andererseits den Rückkauf. Auch von den ganzen Darlehensaufnahmen an der Jahreswende 1975/76, von denen Sie jetzt gesprochen haben, sieht man nichts aus den Bilanzen. Und nun ist die Frage, ob das überhaupt nur ein Geschäft gewesen ist, das man irgendwo in einem anderen Bereich abgeschlossen hat, das man jetzt gar nicht effektuiert hat.

Eder: Verehrter Herr Doktor! Ich glaube, hier müßte es ein Gutachten des Wirtschaftsprüfers geben, wann sind die Bilanzen fertiggestellt worden, und wann sind die Geschäfte durchgeführt worden. Die Bilanzen werden entweder später oder früher fertig. Ich weiß es heute nicht mehr genau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich kann Ihnen die Verlautbarungsdaten 1975 und 1976 genau sagen: das eine war 1. Oktober 1977, das andere 31. 1. 1978.

Eder: Die Verlautbarung in der „Wiener Zeitung" ist nicht identisch mit dem Ablauf der Bilanz. Es kann Monate dauern, bis eine Bilanz in der „Wiener Zeitung" veröffentlicht wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Stadler hat den Vermerk: 20. November 1976 für die Bilanz 1975, 20. Oktober 1977 für die Bilanz 1976. Zu diesem Zeitpunkt waren die Geschäfte abgewickelt.

Eder: Verzeihen Sie, das ist das Datum der Veröffentlichung in der „Wiener Zeitung".

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, das ist das Datum der Wirtschaftsprüfung.

Eder: Darf ich noch einmal sehen, bitte. *(Der Zeuge nimmt neuerlich in die Bilanzen Einsicht.)*

Ich darf nur daraus vorlesen: Die Buchführung und die Jahresabschlüsse der mit der Gesellschaft ... verbundenen Tochtergeschäfte wurden in meine Prüfung nicht einbezogen. — Es könnte sich daher auch auf irgendeinen anderen Sektor der Gesellschaften bezogen haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe auch gelesen, daß er das nicht einbezogen hat. Würde das nun bedeuten, daß es also ein Prüfungsvorbehalt des Wirtschaftsprüfers ist?

Eder: Nein. Das bestimmt nicht. Das ist ja die Sammelbilanz der Vorwärts AG, wo alle ihre Töchter und so weiter dann zusammengefaßt werden und in dieser Bilanz veröffentlicht werden.

Ich glaube, da könnte Ihnen der Wirtschaftsprüfer Stadler genau Auskunft geben. Ich weiß nur, daß die aktienrechtliche Pflichtprüfung genau durchgeführt worden ist und auch eine Betriebsprüfung der Finanzbehörde diese Geschäfte schon akzeptiert hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind ja auch Wirtschaftsprüfer, und Sie wissen, daß das ein typischer Prüfungsvorbehalt ist.

Eder: Eigentlich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eigentlich schon!

Eder: Nein Herr Doktor, ich möchte über allen diesen Prüfungsvermerken, die in Österreich herumgehen, diesen Vermerk drauf haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können uns auf jeden Fall nicht erklären, wo dieses Geschäft in dieser Bilanz 1975/1976 aufscheint.

Eder: Nein. Ich weiß nur, daß es immer wieder mit Terminschwierigkeiten verbunden war — das kann ich Ihnen sagen —, weil eine Bilanz immer später gemacht oder früher gemacht wurde, als wir ihm dann die Unterlagen gebracht haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, wo das in der Bilanz 1977 aufscheint?

Eder: Bitte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da müssen sie in der Bilanz 1977 aufscheinen.

Eder: Ja, aber da werden die Grundstücke mit demselben Wert drinnensein. Wenn Sie die Entwicklung von 1975 bis daher verfolgen, werden Sie sie nur in den Abschreibungen sehen. Die Gründe waren drinnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Gründe werden ja nicht abgeschrieben.

Eder: Nein, aber bei uns ist Gebäude und Grund in einem. Bei der aktienrechtlichen Firma gibt es keinen Unterschied zwischen Grund und Gebäude, sondern der volle Wert wird hier hineingenommen. Und die Dinge sind ja jetzt nach dem Einheitswertgesetz wahrscheinlich so billig und so niedrig angesetzt, daß ein 50- oder 70jähriger Besitz nicht mehr rechtlich hier zum Ausdruck kommt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber da müßte die Rückzahlung des Betrages von 55 Millionen Schilling irgendwo Niederschlag gefunden haben?

Eder: Ja. Das glaube ich schon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das müßte dann unter außerordentlichen Aufwendungen aufscheinen.

Eder: Müßte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das scheint aber auch nicht auf.

Eder: Ich sage Ihnen noch einmal, verehrter Herr Doktor: Man müßte jetzt ins Grundbuch gehen und genau schauen, wer Besitzer der Grundstücke war, ob es einzig und allein die Vorwärts AG oder ob es eventuell der Soz-Verlag oder irgend jemand anderer war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das hat Sie Herr Bergmann bereits gefragt, und Sie haben Herrn Bergmann geantwortet, daß Eigentümer der Vorwärts-Verlag ist.

Eder: Ja. Ich sage Ihnen ja, wenn Sie jetzt dezidiert fragen, ich glaube, mich genau erinnern zu können, daß es deswegen ja auch der Vorwärts gewesen wäre. Der Sozialistische Verlag ist eine Tochtergesellschaft von Vorwärts. Nur ist in dieser Schlußbilanz aktienrechtlich dann alles zusammengezogen. Sie werden hier kaum die Unterlagen der Bilanzen sehen, die die anderen Firmen haben, nur die Abschlußbilanz einer AG mit so vielen Töchtern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und in der Bilanz der Vorwärts AG ist es nicht drinnen?

Eder: Ich weiß es jetzt nicht genau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das konnten Sie mir ja nicht nacherklären.

Eder: Nein, ich kann es Ihnen nicht, ich glaube nur ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Ihnen die Bilanz gezeigt, und Sie konnten mir das nicht erklären.

Eder: Ja, ich kann es ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt frage ich Sie: Gibt es andere Töchter, die dieses Geschäft abgewickelt haben?

Eder: Ich glaube nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren ja Generaldirektor zu dieser Zeit.

Eder: Ich glaube nicht, ich bin nur überfragt, ich kann Ihnen jetzt nicht genau Auskunft geben. Da müßte man den Wirtschaftsprüfer Stadler fragen, was ihn dazu bewegt hat, daß das nicht drinnen war, daß sich das nicht abgespielt hat. Dazu ist nur der Herr Professor Stadler imstande, der die aktienrechtliche Schlußprüfung hat, Ihnen Auskunft zu geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Stadler hat diesen Vorbehalt bei der Bilanz 1976 dazugeschrieben. Bei den übrigen Bilanzen fehlt nämlich dieser Vorbehalt. Er ist nur bei der Bilanz 1976 beigefügt. Und das würde bedeuten, daß die Bilanz 1976 ...

Eder: ... noch nicht termingemäß fertig war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Bilanz 1975?

Eder: Nicht gleichzeitig fertig gewesen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß die Bilanz 1975 frisiert ist.

Eder: Nein, es gibt keine frisierten Bilanzen. Dagegen muß ich mich wehren. Das hätte große Schwierigkeiten bei meinem Beruf bewirkt. Und wozu hätten wir sie frisieren sollen? Wir haben ja keinen Grund gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie können nicht erklären ...

Eder: Wir haben damals ja nicht gewußt, daß zehn Jahre später eine Parteifinanzierung auf die Tagesordnung kommt. Wir haben vom ersten Augenblick bis zum letzten gewußt, daß wir keine fremden Gelder gehabt haben und daß wir von niemanden — Sie von der ÖVP sagen: von irgend jemandem — saniert werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Ich habe Sie zwei Fragen gefragt. Auf beide Fragen können Sie mir keine befriedigende Antwort geben.

Ich habe Sie gefragt nach dem Aufsichtsrat in der Progess-Werbung. Sie sagen, Sie waren Vertreter der SPÖ. Sie wissen aber nicht, in welchem Ausmaß die SPÖ beteiligt ist.

Ich habe Sie gefragt nach der Verbuchung dieser Transaktion oder Berücksichtigung in der Bilanz. Auch darauf können Sie mir keine befriedigende Antwort geben.

Ich nehme das einfach zur Kenntnis und stelle fest, daß es so ist.

Eder: Ich hätte mir die Progress-Bilanz mitgenommen. Wenn ich etwas nicht genau weiß, so gebe ich Ihnen darauf auch keine genaue Antwort, denn das wäre unfair.

Ich kann nur aus meiner Erinnerung sagen: Ich wurde als Generaldirektor des Vorwärts — noch einmal wiederholend — in die Progress gerufen und habe dort vor allem die Interessen der Sozialistischen Partei vertreten. Als wir vom Vorwärts gesprochen haben, hat ja der Herr Direktor Bergmann auch gesagt: Es ist die Partei.

Und die zweite Frage hinsichtlich der Bilanz 1975. Ich habe immer die Gewohnheit gehabt, wenn der Wirtschaftsprüfer mir die Bilanzen vorgelegt hat, habe ich sie als richtig anerkannt und unterschrieben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Danke.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieso war denn bei der Tractus-Gründung eigentlich der Verein Eisenbahnerheim dabei?

Eder: Bitte, das weiß ich nicht genau. Diese Tatsachen wurden mir als vollendete Tatsachen bekanntgegeben. Ich bitte daher, die Vertreter des Eisenbahnervereins zu sprechen. Ich kann mir vorstellen, daß die zur Neuen Heimat ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie haben ja in der Tractus eine führende Funktion.

Eder: Nein, in der Tractus habe ich keine führende Funktion gehabt; nur mit 20 Prozent beteiligt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie waren Geschäftsführer eine Zeitlang, oder irre ich mich jetzt?

Eder: Wenn meine achtzigprozentige Geschäftsführung beim Eisenbahnerverein liegt, also da kümmert man sich bei 20 Prozent nicht darum.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja aber den normalen Einblick, warum der mein Partner ist, den habe ich ja wenigstens.

Eder: Ja, aber der muß mir nicht die Auskunft geben, warum, wieso, weshalb.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren aber mit dem Herrn Wuchterl eigentlich recht gut. Nicht?

Eder: Meine Aufgabe im Leben heißt, mit niemandem sehr bös zu sein. Auch nicht mit einem politischen Gegner. Denn diese Vernunft, mit meinem politischen Gegner auch zu ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es hat keinen Grund gegeben, daß der Herr Wuchterl Ihnen das nicht sagt.

Eder: Ich habe ihn nicht gefragt, und er hat es mir nicht erzählt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch nicht mit dem Kollegen Prechtl darüber geredet?

Eder: Der Kollege Prechtl ist kein Kollege zu mir, sondern Nationalrat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Genosse Prechtl — für Sie.

Eder: Genosse, bitte. Es ist ein Unterschied zwischen Genossen und Kollegen.

Wir haben zusammengearbeitet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ein Generaldirektor und ein Gesellschafter können keine Kollegen sein.

Eder: Sie werden aus dem politischen Leben genauso wissen wie ich: Man fragt nicht, wenn man nicht gefragt werden muß. Man nimmt gewisse Tatsachen als gegeben hin, wenn sie im Interesse des Unternehmens liegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie können mit ruhigem Gewissen folgende Frage mit Nein beantworten: Haben Sie gewußt, daß der Teilnahme des Vereins Eisenbahnerheim die Satzung entgegensteht, wonach er ein gemeinnütziger Verein ist?

Eder: Da muß ich mit Nein antworten, mit überzeugendem Nein. Das sagen Sie mir heute zum ersten Mal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage Sie das ja auch nur. Welche Töchter hat denn die Vorwärts AG gehabt?

Eder: Wenn Sie die „Wochenpresse" lesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich will nicht die „Wochenpresse" lesen, ich hätte es gerne von Ihnen gehört.

Eder: Ich weiß es genau. Aber wenn Sie das in der „Wochenpresse" lesen, die Unterlagen werden Sie sicher haben. Ich wundere mich, daß Sie das nicht hätten, bei Ihrer Genauigkeit und bei Ihrem Studium der Akten. Aber in der „Wochenpresse" steht es. Dort hat der jetzige

Direktor das so eindeutig bekanntgegeben, daß ich selber überrascht war. Ich habe manches Mal von einer Firma gar nicht gewußt, daß sie noch existiert. Aber dem Spiegel aus der „Wochenpresse" das zu entnehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der stimmt auf den Beistrich.

Eder: Ich nehme an, ich habe ihn jetzt auch nicht hier, aber ich nehme an. Denn er ist am neuesten Stand. Dieser Spiegel ist schon nach meinem Ausscheiden entstanden, und da kann eine oder andere Firma dabeisein, die zu meiner Zeit noch nicht war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, welche Töchter oder Beteiligungen die Infrabau hat? Oder: Zählen Sie mir nur die auf, von denen Sie Kenntnis haben.

Eder: Nein, ich weiß darüber überhaupt nichts. Ich habe das unlängst auch in einer Zeitung ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Alpenländische Heimstätte, darüber haben Sie einmal ein bissel gewußt.

Eder: Die Linzer Heimstätte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie ist denn die Beteiligung in Linz?

Eder: Das weiß ich nicht, bin ich auch überfragt, habe mich auch nie darum gekümmert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Die zwei Schritte, Finanzierung, also Verkauf Pilgram-Zentrum, Rückkauf haben letztlich dazu geführt, daß der Vorwärts-Verlag um ein paar Millionen Schilling weniger Geld hatte als vorher.

Eder: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hatte er einen Kredit von 20 Millionen bei der „Z", und etwa 32 Millionen war das Defizit zu dem Zeitpunkt, 30 Millionen ungefähr waren die Verluste des Vorwärts, sodaß Sie wahrscheinlich mit den 54 Millionen den „Z"-Kredit — darüber haben wir schon geredet — und die Verluste, die da waren, abgedeckt haben.

Eder: Verehrter Herr Direktor! Mit den 20 Millionen, die ich anfangs Mai, glaube ich, bekommen habe, habe ich sofort eine Reorganisationsmaßnahme im Vorwärts durchgeführt und die modernsten Maschinen, die damals am Markt waren ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem „Z"-Kredit.

Eder: Mit dem „Z"-Kredit, ja. Sonst wäre ich ja nicht in der Lage gewesen, den Vorwärts hinwegzubringen, denn der Maschinenpark, den ich übernommen habe, war total veraltet. Und da habe ich also moderne Maschinen in Heidelberg gekauft um dieses Geld. Ich habe auch nicht alle 20 Millionen aufgebraucht, sondern ich glaube, ich habe nur 17 Millionen von diesem Kredit aufgebraucht. Das andere Geld habe ich natürlich auch für den weiteren Ausbau des Vorwärts benützt, nicht um direkt Schulden zurückzuzahlen, sondern das wurde mir gewährt, denn jede neue Maschine, verehrter Herr Direktor, war die Garantie dafür, daß ich aus den Verlusten des Vorwärts herauskomme.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun, der „Z"-Kredit, wenn Sie den gleich zu Investitionen verwendet haben, den haben Sie ja zu einem Zeitpunkt bekommen, wo der Vorwärts ungefähr 30 Millionen Verlust gehabt hat. Mit was war denn der Kredit besichert?

Eder: Durch das Hauseigentum und durch die Maschinen. Die Vorwärts mußte ja jeden Maschinenkauf der „Z" sagen und ist auch der Eigentumsvorbehalt dann drauf gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und als das Pilgram-Zentrum geplatzt ist, waren da die 54 Millionen, die Sie da insgesamt bekommen haben, schon investiert?

Eder: Zum Hauptteil.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also es ist nichts auf der Kante gelegen, daß man sofort ...

Eder: Nein, im Vorwärts war verhältnismäßig immer wenig auf der Kante, weil ja eine Zeitung zu unterhalten war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und als es dann plötzlich darum ging, das Geld zurückzuzahlen, woher haben Sie das dann genommen?

Eder: Wieder aus dem „Z"-Kredit, habe ich Ihnen heute schon gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das nur ein „Z"-Kredit?

Eder: Nur ein „Z"-Kredit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 57, 58 Millionen.

Eder: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und besichert?

Eder: Durch den Grundbesitz.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Durch den Grundbesitz und ...

Eder: Der Grundbesitz ist ja heute noch mehr wert als damals 54 Millionen Schilling.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und damals hat es keine Garantieerklärung oder etwas Ähnliches bei der „Neuen Heimat" gegeben.

Eder: Nein, überhaupt nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder daß die Infrabau für irgend etwas ...

Eder: Nein, überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es muß ja eine Riesensumme Zinsen dann aufgelaufen sein.

Eder: Sicher, die Zinsenbelastung, die der Vorwärts zu tragen hat, ist eine der schwersten Belastungen, die auf dem Haus liegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie hoch ist die in Prozentsätzen?

Eder: In welcher Hinsicht meinen Sie?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der 57, 58 Millionen-Kredit, zu welchen Prozentsätzen ist der verzinst?

Eder: Das ist unterschiedlich gewesen, je nach Anpassung der Kreditzinsen, die in der Öffentlichkeit maßgebend gegeben waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da waren keine Sonderkredite dabei?

Eder: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Versicherungen auch nicht.

Eder: Nein, leider nicht. Soweit ist mir auch die Zentralsparkasse nicht entgegengekommen, obwohl sie eine befreundete Bank sind, weil man immer wieder in das Kuratorium gehen hat müssen und daher hätte man sich im Kuratorium nicht irgendwelche Dinge erlaubt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und sehe ich das dann richtig, daß das ganze Pilgram-Abenteuer ein Riesendefizit war?

Eder: Jawohl, leider.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ungefähr 3 Millionen draufgezahlt.

Eder: Jawohl und weiterhin dann die Zinsen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und dann sind noch 5 bis 7 strittig.

Eder: Jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann mußte das Pilgram-Zentrum selber von der „Neuen Heimat" eine Abdeckung von 7,6 Millionen kriegen.

Eder: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die Infrabau hat auch noch einen Brocken von 8 Millionen in etwa gehabt.

Eder: Das weiß ich nicht. Im Vorwärts aber auf keinen Fall von 18 Millionen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jetzt nehmen wir das im billigsten Fall, daß es nur der strittige Betrag und die 7,6 Millionen sind, dann sind das 14 bis 15 Millionen Schilling.

Nun ist das 1973 gegründet worden, die Pilgram-Zentrum-Sache, und 1975 aufgelöst. Wo kommen denn da diese horrenden Verluste her?

Eder: Zinsen. Zinsenbelastungen, mit denen die Infrabau das Pilgram-Zentrum belastet hat. Immer wieder Zinsen, Zinses- und Zinseszinsen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja auf was, auf welche Tätigkeit haben die Zinsen verlangt?

Eder: Die haben auf ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zuerst mußte die Infrabau ja offensichtlich die 54 Millionen aufbringen.

Eder: Ja, ich glaube schon, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, es waren „Neue Heimat"-Gelder aller Voraussicht nach.

Eder: Nein; die Infrabau hat mit Dutzenden Banken ihre Geschäfte getätigt. Von welcher Bank sie dazu das Geld genommen haben, das weiß ich nicht. Es kann ja auch sein, daß es drei, vier Banken waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Pilgram-Zentrum hat ja kein Geld gehabt.

Eder: Nein, aber die Infrabau.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Infrabau.

Eder: Die Infrabau. Sie sprachen, verehrter Herr Direktor, von der Infrabau.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, ja. Was sagt Ihnen denn der Name Professor Seitz?

Eder: Nichts. Das heißt, aus den Zeitungen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Entschuldigen, da hat einer eine Zwischenfrage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe eine Zwischenfrage. Herr Generaldirektor! Sie haben also einen Kredit Ende 1975, Anfang 1976 aufgenommen bei der „Z" in der Größenordnung von 55 Millionen Schilling, um diese Schulden zurückzubezahlen für das Pilgram-Zentrum.

Eder: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Um den Rückkauf zu tätigen.

Eder: Um den Kauf nicht durchzuführen. Um weder Kauf noch Verkauf durchzuführen; denn in dem Augenblick ist der Verkauf storniert

worden. Und ist außerbücherlich dann — das ist ja möglich — retourgegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber da gibt es jetzt Fristen.

Eder: Ja, Zweijahresfristen, die sind genau als Steuerberater von mir eingehalten worden. Das können Sie mir glauben. Da gibt es nichts, da fährt die Lokomotive von Vorarlberg bis Linz drüber.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie bei anderen Banken auch versucht, Kredite aufzunehmen? Bei der BAWAG zum Beispiel.

Eder: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gar nicht versucht?

Eder: Nein, weil ... nein. Das hat ja damit nichts zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja sicher, mit der Finanzierung dieses Projektes hat es zu tun, mit dem Pilgram-Zentrum.

Eder: Nein. Schauen Sie, wenn man jemand aussiedeln will, ist er einem nicht freundlich gesinnt, nicht wahr, nicht so freundschaftlich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Versucht haben Sie es?

Eder: Ich habe es nicht einmal versucht, weil ich gewußt hätte, ich hätte in diesem Augenblick, wo ich an ihn herangetreten wäre, ein Nein erlebt. Wenn mir die ganzen Durchführungsdinge wirklich gelungen wären, dann hätte ich wahrscheinlich von dem strengen Generaldirektor der BAWAG sicher auch das abkaufen können, aber mit einem Betrag vielleicht, der bedeutend höher gewesen wäre als er seinerzeit von Vorwärts angekauft wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und bei der Länderbank haben Sie es auch versucht.

Eder: Ja, ja, habe ich schon, ja. Mit der Länderbank habe ich auch verhandelt. Bitte, aber ich glaube, unter meiner Leitung nicht, das war dann später oder war das Ende 1977, das weiß ich jetzt nicht mehr genau. Ich will nicht nein und will nicht ja sagen im Augenblick.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Größenordnung haben sich die Kredite bei der Länderbank bewegt?

Eder: Das weiß ich nicht. Ich glaube, sehr geringfügig im Verhältnis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War diese Geschichte mit der BAWAG, daß die BAWAG ausgesiedelt werden sollte, mit ein Grund für die Gründung der Tractus?

Eder: Nein, hat gar nichts damit zu tun gehabt. Tractus ist ja ... Sie versuchen — bitte verzeihen Sie, wenn ich polemisieren darf, ich tu das nicht gern —, Sie versuchen irgend etwas zu sehen, was es nicht zu sehen gibt. Glauben Sie mir.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Weil es ist so schwer zu verstehen, das solche Geschäfte gemacht werden können. Wenn man auch so tüchtig ist, wie Sie tüchtig sein mögen.

Eder: Danke schön.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es ist einfach unglaubwürdig, daß man auf diese Art und Weise Geschäfte macht und dann noch von einem Wirtschaftsprüfer ein Testat bekommt, wo er dann hineinschreibt, und zwar nur die Jahre, die Sie Generaldirektor sind, daß diese Töchter, mit denen ein Ergebnisausschließungsvertrag besteht — das ist also Pilgram-Zentrum — offensichtlich daß Verluste beim Pilgram-Zentrum den „Vorwärts" nicht belastet hätten. Gibt es noch andere Ergebnisausschließungsverträge, die der Vorwärts abgeschlossen hat, außer mit dem Pilgram-Zentrum?

Eder: Meines Wissens nach nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit der Mercur?

Eder: Ja, bei der Merkur war man zuerst der Meinung, daß sie eine Tochter ist, es sind aber dann steuerrechtliche Bedenken aufgetreten, und man hat erklärt, daß es keine Tochter ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sondern?

Eder: Eine selbständige Gründung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie noch einmal, ich weiß es nicht. Welche anderen Firmen gibt es, mit denen Sie Ergebnisausschließungsverträge gehabt haben? Außer Pilgram?

Eder: Bitte, ich bin im Augenblick auch überfragt, weil da müßte ich ja die ganze Literatur des Vorwärts mithaben, die ich leider nicht habe. Aber meines Wissens weiß ich nichts weiteres.

Sie suchen vergeblich, verehrter Herr Doktor, Sie werden nichts heraushören können und das sage ich direkt unter Eid, das irgendeine Verbindung herstellt von irgendeiner Firma, wo Sie glauben, daß der Vorwärts daran verdient hat. Nein!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben Kredite aufgenommen in der Größenordnung von 55 Millionen Schilling. Die scheinen nirgends in der Bilanz auf. Das muß also eine Tochter aufgenommen haben, diesen Kredit, mit der ein Ergebnisausschließungsvertrag besteht.

Eder: Die 20 Millionen sind schon in den Büchern drinnen gewesen aus dem Jahr 1972.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die sind 1973 übernommen worden vom Pilgram-Zentrum beziehungsweise von der Infrabau.

Eder: Nein bitte, Sie verwechseln jetzt die Jahre, erst in 1975, 1976 glaube ich, nicht im Jahr 1973.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1973 ist die Gründung vom Pilgram-Zentrum. Von dem Zeitpunkt übernimmt die Infrabau die 20 Millionen von der „Z".

Eder: Wenn ich die Verträge da hätte, könnte ich Ihnen genaue Auskunft geben. Ich habe die Verträge nicht hier. Es ist für Sie ein Leichtes, bei den zuständigen Gerichten die Verträge zu bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein:** Das ist nicht leicht.

Eder: Wieso, Sie brauchen ja nur hineingehen und im Grundbuch liegen ja alle Verträge über Käufe auf.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Gesellschaftervertrag von der Infrabau — Pilgram-Zentrum liegt nicht auf.

Eder: Liegt auch auf. Sie müssen ihn doch schon bekommen haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, den hat uns der Herr Abgeordnete Marsch zwar versprochen, aber er hat ihn uns noch nicht zugesendet.

Eder: Bitte, dann erwarten Sie nicht von mir, daß ich Ihnen die Verträge bringe, wenn es Ihnen der Herr Zentralsekretär Marsch zugesagt hat. Da wird das wahrscheinlich im richtigen Augenblick ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich möchte Sie noch einmal fragen, ob es eine andere Tochter gegeben hat, mit der Sie einen Ergebnisausschließungsvertrag hatten, die diese Finanzierung der Rückfinanzierung der Übernahme der Pilgram-Grundstücke in den Vorwärts-Verlag übernommen hat?

Eder: Sie müssen etwas Bestimmtes wissen, was Sie mich fragen wollen. Daher würde ich Sie bitten, sagen Sie mir doch, was Sie wissen und ich sage Ihnen meine Meinung dazu. Entschuldigen Sie, Sie gehen wie die Katze um den Brei herum, und daher würde ich Sie bitten, sagen Sie mir den Brei oder die Katze. Ich bin bereit, Ihnen die Wahrheit zu sagen, soweit ich es weiß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Brei sind die Bilanzen des Vorwärts-Verlages. Und aus den Bilanzen des Vorwärts-Verlages kann ich mit bestem Willen nicht herausnehmen, Sie auch nicht, wie die Finanzierung erfolgt ist von 55 Millionen Schilling. Weil 55 Millionen Schilling schlagen sich in einer solchen Bilanz nieder, wenn 55 Millionen Schilling finanziert werden müssen. Sie haben gesagt, das ist ein neuer Kredit, den Sie bei der „Z" aufgenommen haben. Und diese 55 Millionen Schilling scheinen in den Verbindlichkeiten des Vorwärts in dem Zeitraum 1975/1976 nirgends auf.

Eder: Aber später müssen sie aufscheinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1978 auch nicht.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Feurstein, wenn ich nur sagen darf, wir haben doch da einen Brief des Abgeordneten Marsch erhalten mit einem Gutachten von Prof. Stadler, wo ziemlich genau drinnensteht ... Kennen Sie das nicht?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kenne ich schon. Da steht doch nichts drinnen.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Ich wollte Ihnen nur sagen, da steht drinnen, warum das nicht in den Bilanzen ist. Aber bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das steht hier auch drinnen. Das ist eben eine Frage.

Eder: Ich kenne den Brief von Marsch nicht. Ich wäre froh, wenn ich ihn kennen würde, dann könnte ich Ihnen Auskunft darüber geben. Schreiben Sie an den Stadler, der muß das genau wissen. Ich glaube, das ist auch nicht so ausschlaggebend. Wir haben nicht — schauen Sie, ich sage das mit Leidenschaft jetzt — einen krummen Weg getan, der mit nichts zusammenzuführen ist. Und wenn Sie mich bis morgen früh quälen, kann ich Ihnen immer nur dasselbe sagen: Wir wurden von niemandem bevorzugt und wir haben von niemandem Gelder bekommen!

Ich glaube, Sie vermuten immer wieder, deshalb haben Sie es zusammengelegt mit dem AKH. Wir haben vom AKH keinen Schilling bekommen, Herr Direktor Bergmann, so wie wahrscheinlich, ich habe es gelesen, auch die Volkspartei keinen Schilling aus dem AKH bezogen hat. Glauben Sie doch endlich, daß das richtig ist.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Feurstein, fragen Sie noch weiter? Herr Kollege Bergmann!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weil Sie mich vorhin so als informierten „Wochenpresse"-Leser apostrophiert haben ...

Eder: Nicht nur „Wochenpresse", sondern aller Zeitungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, auch „AZ" übrigens. *(Eder: Hoffentlich auch die „Presse"!)*

Es hat vor vielen Wochen und Monaten, 26. November, einmal ein Interview mit Ihnen gegeben, das auch von der Aussagekraft her durchaus ein journalistisch-technisches Kabinettstück war, weil es angenehm zu lesen war. Das ist ein Kompliment an Sie.

Da ist drinnen die Rede von diesen 300 000 S — auf diese Frage sind Sie sicher hervorragend vorbereitet —, daß in einer vertraulichen Infrabau-Sitzung einmal auch eine direkte Taschengeldzuwendung von 300 000 S an die SPÖ ausgehandelt worden war, worüber sich der selbsternannte Saubermann Fritz Marsch weihnachtlich freute; schäumt Infrabau-Aufsichtsrat Eder über, „welcher Schweinskerl hat Ihnen das verraten?", und das wurde bisher nicht dementiert.

Eder: Wissen Sie, dementieren einer Zeitung heißt, die Journalisten neuerlich auf sich lenken zu lassen. Daher haben wir nicht dementiert. Ich habe lange mit mir gekämpft, ob ich gewisse Richtigstellungen ...

Entschuldigen Sie, es gibt einiges unter dieser Überschrift „Brisante Bekenntnisse", das nicht der Wahrheit entspricht. Aber ich habe deshalb nicht dementiert, weil ich mir nicht die Fehde der Presse einheimsen wollte, weil ich genau weiß, auf Gegenantwort erfolgt Gegenantwort und ich will mit der Presse keinen Krieg beginnen.

Die 300 000 S scheinen ein Mißverständnis gewesen zu sein. Das war für eine Beratung, die der Vorwärts ausgeübt hat, durch meine Person, die dem Vorwärts auch zugegangen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also was heißt das? Sie haben als Vorwärts-General sich an die Infrabau als Konsulent oder als Begutachter, der Vorwärts hat Sie verkauft? Unter Anführungszeichen verkauft. Also gegen Honorar?

Eder: Nein, bitte die 300 000 S scheinen in den Büchern als Beratungshonorar des Vorwärts auf.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, das meine ich ja. Der Vorwärts hat sozusagen dem Generaldirektor gesagt, gehe zur Infrabau, und das Sitzungsgeld dort ist sozusagen das Beratungshonorar und das kassiert der Vorwärts. *(Eder: Das kassiert der Vorwärts, ja!)* Für die normale Tätigkeit, die Sie im Rahmen der Infrabau ... War das jährlich?

Eder: Nein, das war eine einmalige Post im Jahr 1975 oder 1976, glaube ich, wo man verschiedene Sachen, die wir durchgeführt haben, dann in Rechnung gestellt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... Ich habe Sie jetzt kennengelernt als einen sehr emotionellen Antwortgeber ... *(Der Zeuge ersucht den Vorsitzenden um Kaffee.)*

Das ist, ich glaube, eine durchaus berechtigte Premiere in diesem Ausschuß, daß auch der Zeuge — ich bin sehr froh — einmal serviert bekommt. Ich finde das auch sehr gut, weil er ist einer der wirklich auskunftsfreudigsten Zeugen, die wir hier hatten.

Ich bin sehr angetan und werde in den Fragestellungen ein bisserl zögern, daß Sie das auch genießen können.

Sie haben in dem Überschwang der Antwortgebung vom Schweinskerl geredet. Das heißt, es muß Sie die Fragestellung doch ein bißchen wenigstens erregt oder emotioniert haben. Wenn das nur so ein Beratungsding war, warum haben Sie da so scharf reagiert?

Eder: Ersparen Sie mir die Antwort, sie hat wirklich keinerlei Zusammenhang ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): O. k., ja, erspare ich Ihnen. — Wie oft ist denn so etwas sonst noch vorgekommen, daß „Vorwärts"-Leute oder daß der „Vorwärts" Beratungstätigkeit für eine seiner Töchter oder für Gesellschaften gemacht hat, die beteiligt waren?

Eder: Niemals mehr. Das war ein einmaliges, vereinbartes Honorar und ist unter der Bezeichnung „Honorar" an den „Vorwärts" geflossen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat hier einen Zeugen gegeben, der hat im Zusammenhang mit dem Scheitern des Projektes Pilgram-Zentrum eine Andeutung gemacht, die ich gestern beim Lesen nicht verstanden habe, weil sie so ein bisserl nach Herzmanovsky geklungen hat. Mir wird jetzt einiges klarer: sie hat geheißen, das Pilgram-Zentrum ist an menschlichen und an finanziellen Schwierigkeiten gescheitert. Darf ich diese Bemerkung jetzt in den Bereich einordnen, daß es zwischen der BAWAG und Ihnen halt in gewissen Dingen nicht gegangen ist und daß das sonstige Entgegenkommen, das es gegeben hätte, in dem Fall nicht gegeben war? Ich brauche keine detaillierte Antwort, nur wenn Sie mir in der Richtung bestätigen, daß ich recht habe.

Eder: Was soll ich Ihnen in diesem Augenblick sagen? Ich war den Freunden der „Z" mehr zugetan als in diesen Augen der BAWAG, weil die Übernahme der Geschäfte verhältnismäßig sehr schwierig war und ich auch die Direktoren der „Z" — wie soll ich Ihnen das sagen? — von der menschlichen Seite her besser gekannt habe als den Generaldirektor Flöttl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren nun bei der Gründung der Mediplan dabei?

Eder: In der Aufsichtsratssitzung, wo das vorgeschlagen worden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren einer der ...

Eder: Zustimmenden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... der Zustimmenden. Die Mediplan hat sich um einen Riesenauftrag beworben.

Eder: Ja, das habe ich auch aus einer Zeitung gelesen. Wurde uns aber nicht mitgeteilt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Zweck der Gründung war damals schon klar, warum die Mediplan ...

Eder: Aber nicht wegen AKH, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, aber es war klar, daß sie sich im Spitalswesen um Aufträge bemühen wird?

Eder: Ja, einen neuen Zweig ihrer Geschäftstätigkeit zu errichten, wenn sie hier die richtigen Fachleute bekommen hätte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie hätten es damals auch — was ich bitte auch verstehe — nicht als ehrenrührig empfunden, wenn Sie sich darunter auch das AKH vorgestellt hätten, das ist ja keine Schande.

Eder: Nein, weil ich im AKH kein Verbrechenunternehmen gesehen habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist ja keine Schande, sich um einen Auftrag beim AKH zu bewerben; da müßten ja alle Gauner sein, die bisher daran gearbeitet haben, es ist also keine Schande!

Nun ist es zu diesem Auftrag an die Mediplan nicht gekommen, weil die ABO, die Gruppe ÖKODATA diesen Auftrag bekommen hat. Die Consultatio und Bauer haben in ihrem unmittelbaren Arbeitsbereich, glaube ich, mit dem „Vorwärts"-Verlag weniger zu tun gehabt, aber im Infrabaubereich.

Eder: Die Consultatio war der Steuerberater der Infrabau und wie ich jetzt gehört habe, auch der Tractus.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Mediplan? Haben Sie keine Ahnung?

Eder: Bitte vielleicht waren sie auch bei allen Töchtern der Infrabau Steuerberater.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber im Bannkreis des „Vorwärts"-Verlages haben Sie es selber gemacht oder wurde wer anderer ...

Eder: ... Ich habe den Herrn Professor Stadler als Berater übernommen, vom Steuerrechtlichen hatte ich auch eine Ahnung, also war es daher nicht notwendig — und ich hätte es auch nicht getan —, die Consultatio einzubeziehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es also möglich, daß die Gruppe um den Dr. Franz Bauer und die Gruppe um Sie — sprich: also bis zur Mediplan hin — im Zuge der AKH-Geschichte ABO, Betriebsorganisations-Planungsauftrag — sich da plötzlich in einer scharfen Konkurrenz befunden haben?

Eder: Auf Grund Ihrer heutigen Ausführungen wird mir erst klar, daß die MEDIPLAN Wien kein Geschäft bekommen könnte, weil derselbe Bauer steuerlicher Berater der Infrabau war, also bei der ÖKODATA beschäftigt war. Also daher kann ich mit jetzt auf Grund Ihrer Ausführungen vorstellen, daß die MEDIPLAN nie zum Zug gekommen wäre, weil jeder Zug war ja dem Bauer bekannt und der hat in der ÖKODATA geschaut, daß dort die Geschäfte abgewickelt werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie haben erst heute oder schon frühzeitig den Eindruck gehabt, daß Sie die ÖKODATA-Gruppe ums Bein gehaut hat?

Eder: Nein, bitte ich wußte es gar nicht, Sie haben es mir jetzt gesagt, ÖKODATA, daher ist mir das klar, daß die MEDIPLAN Wien nie zum Zug gekommen wäre.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die ABO ist ÖKODATA, also ist wesentlich ÖKODATA.

Eder: Schauen Sie, da gibt es so viele Zwischenbezeichnungen bei dieser AKH-Geschichte, daß man nicht mehr weiß, wie und was.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe vorhin nach dem Professor Seitz gefragt, Sie haben gesagt, Sie haben ihn nie gekannt.

Eder: Nicht gesehen. Ich habe nur dann später gelesen, daß das ein anerkannter deutscher Spitalfachmann sein soll.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Herrn Vitor kennen Sie aber doch sehr gut?

Eder: Den kenne ich deshalb sehr gut — Entschuldigung, wenn Sie jetzt mit Intimfragen kommen —, weil meine Frau eine Kasselanerin ist, sie ist übrig geblieben vom Dritten Reich, weil ich sie damals noch geheiratet habe, wie das Dritte Reich war. Und Herr Adalbert Vietor ist ein guter Bekannter meines Schwiegervaters gewesen, der Generaldirektor von Henschel in Kassel war, und daher habe ich schon vor dieser Geschichte den Herrn Adalbert Vietor gekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie etwas

damit zu tun gehabt, daß er bei der Infrabau so stark engagiert war?

Eder: Nein, das wußte ich gar nicht, weil ich mich vorher gar nicht darum gekümmert habe. Die Infrabau ist mir erst existent geworden, als die BAWAG ausgeschieden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat denn der Arbeitsausschuß der Infrabau für eine Funktion gehabt?

Eder: Das Präsidium, mehr oder weniger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War der nicht ein gewisses Zügelinstrument für den Vorstand?

Eder: Nein, überhaupt nicht. Der Vorstand läßt sich nicht zügeln und wenn er sich zügeln läßt, läßt er sich vom Aufsichtsratsvorsitzenden-Stellvertreter zügeln.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist denn der Zügellose in dem Vorstand? Der Sajbl oder der Teufel *(phonetisch!)*?

Eder: Der Teufel ist, glaube ich, der Mann für das Rechnungswesen und als Kontrollmann der „Neuen Heimat", daß nichts mehr passiert. Für die unmittelbare Geschäftsführung ist, glaube ich, der Sajbl zuständig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die hören auf diesen Arbeitsausschuß nicht mehr?

Eder: Sie hören auf den Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Manches Projekt ist schon auf meinen Widerstand gestoßen und mußte zurückgestellt werden. Aber nur darum, weil in den Arbeitsausschuß nur Bauten von einer gewissen Höhe kamen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß es einen ähnlichen Arbeitsausschuß auch bei der „Neuen Heimat" und bei der MEDIPLAN gegeben hat, haben Sie das gewußt?

Eder: Bei der „Neuen Heimat" in Hamburg?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Eder: Weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei der MEDIPLAN in Hamburg?

Eder: Kenne ich bitte überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie nie in Hamburg?

Eder: Ich war öfter in Hamburg, aber die MEDIPLAN wurde mir nie vorgestellt, weil sie für mich nicht von Bedeutung war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht als Partner, sozusagen als Durchführer für die Briefkastenfirma MEDIPLAN Wien, weil das war auf jeden Fall eine Briefkastenfirma. Bei der Tractus bin ich bereit, mit Ihnen zu streiten, aber die MEDIPLAN ist sicher eine ...

Eder: Die hat ihre Adresse bei Infrabau gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Kennzeichen eines Briefkastens ist ja, daß man etwas hinschicken kann, also muß es eine Adresse geben.

Eder: Sicher, in der Josefstädterstraße. Es war keine Briefkastenfirma. Wir haben nirgends eine Briefkastenfirma gehabt, weil wir immer eine ordentliche Adresse hatten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja aber auch der Briefkasten hat eine ordentliche Adresse. Aber es gibt kein Kapital, es gibt keine Aufträge, es gibt keine Angestellten ...

Eder: Bei der Tractus?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei der MEDIPLAN.

Eder: Ich habe erst unlängst zufällig überraschend gesehen, welche Firmen ... Ich muß mich dagegen wehren, daß es eine Briefkastenfirma war, sondern die Briefkastenfirma hat es nicht gegeben, sondern sie hat ihre ordentliche Adresse bei der Infrabau gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber die MEDIPLAN — einigen wir uns zumindest einmal auf das — hätte keine der Tätigkeiten, um die sie sich beworben hat — sprich: ABO-Auftrag, also B- und O-Auftrag —, durchführen können, sondern das hätte selbstverständlich die MEDIPLAN Hamburg gemacht, und die MEDIPLAN Wien war sozusagen eine österreichische Firma — unter Anführungszeichen.

Eder: MEDIPLAN Deutschland hat existiert, und ich könnte mir vorstellen — aber ich weiß es nicht, ich kann nicht mit den Gehirnnerven der anderen denken, so sehe ich es jetzt aus der Geschichte der Vergangenheit —, hätte die MEDIPLAN Deutschland kein Geschäft bekommen, so hätte man es über MEDIPLAN Wien versucht, und die MEDIPLAN Wien wäre an der ÖKODATA gescheitert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die ist gescheitert. So war es ja: Sie ist gescheitert an der ÖKODATA.

Was haben Sie denn für einen Eindruck gehabt in diesen Jahren, was der Dr. Franz Bauer für eine Rolle spielt in diesem ganzen Bereich?

Eder: Sie, ich kenne den Dr. Franz Bauer wirklich nicht näher, weil es ja ein gewisses Spannungsverhältnis immer wieder gegeben hat vom Beruflichen her. Ich weiß nur, daß er ein ausgezeichneter Wirtschaftsprüfer ist. Mehr kann ich über ihn nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie auch Mitglied des „Club 45"?

Eder: Ja selbstverständlich. Ich gehöre zu den Gründern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gestattet mir der Vorsitzende eine Frage, bei der man sicher sagen kann, sie hat mit dem AKH nichts zu tun, aber es interessiert mich.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Bergmann! Die meisten Ihrer Fragen haben mit dem AKH nichts zu tun, aber Sie dürfen auch diese Frage stellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie Mitglied beim „Club 45"?

Eder: Ja, ich gehöre zu den Gründern des „Club 45".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zahlen Sie 3 000 S Mitgliedsbeitrag? Zumindest war das die Jahresrate 1978 oder 1979.

Eder: Nein, jetzt erst, 1981.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Glauben Sie, daß man diesen Mitgliedsbeitrag beim „Club 45" steuerlich absetzen kann?

Eder: Nein, leider nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was würden Sie von einem Wirtschaftsprüfer, von der Qualifikation eines Wirtschaftsprüfers halten, der das versucht?

Eder: Ich meine, versucht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren so spontan in der Antwort.

Eder: Versucht — was soll ich Ihnen sagen. Das ist jedem Menschen seine Eigenart selber. Wenn man vergißt, 2 Millionen anzugeben, kann man auch eventuell den „Club 45" eintragen in die anderen Spesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben denselben erraten: Der zuerst vergißt, anzugeben, und dann den „Club 45" dazunimmt.

Wenn Sie jetzt zurückschauen auf diese ganzen Firmengründungen und diese ganzen Verschachtelungen, die da entstanden sind mit Projekten, die funktioniert haben oder nicht: Würden Sie Ihre Geschäftstätigkeit beim „Vorwärts" letztlich als eine erfolgreiche bezeichnen?

Eder: Bitte, das sollen andere Herren beantworten, das werde ich nicht beantworten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine es jetzt nicht emotionell, sondern nur von den Bilanzsummen her.

Eder: Schauen Sie, ich war froh, daß es mir gelungen ist, den „Vorwärts" so zu führen, daß ab dem Jahre 1973 bis 1977 die Verluste der „AZ" durch den „Vorwärts" getilgt worden sind und daß es zu keinen Verlustbilanzen gekommen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die Verluste, die jetzt noch da sind, wer deckt denn die?

Eder: Bitte, da müssen Sie den neuen Generaldirektor fragen, der wird es Ihnen genau sagen. Auch der Vorsitzende Marsch wird es Ihnen ja schon gesagt haben, nicht wahr.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie die SPÖ, die Mutter des „Vorwärts", nie zur Kassa gebeten?

Eder: Selbst wenn ich sie zur Kassa gebeten hätte, hätte ich von ihr nichts bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also es hat nie eine direkte Defizitabdeckung gegeben?

Eder: Hätte ich nie bekommen, sondern das sind ja die Fehler der Vergangenheit gewesen, daß man die Defizite nicht abverlangt hat. Aber auch schon deshalb — das werden Sie genausogut wissen wie ich —: Solange die Parteienfinanzierung nicht war, haben sich beide oder alle drei Parteien sehr schlecht getan mit ihren Finanzen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jetzt zahlt aber die Partei?

Eder: Ich weiß es nicht, bitte. Ich bin seit dem Februar 1978 nicht mehr im „Vorwärts".

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Überhaupt nicht mehr?

Eder: Nein, bin auch nicht Aufsichtsratsmitglied.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In keiner Kontrollfunktion oder sonst irgend etwas?

Eder: Nein, keine.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Feurstein zu einer Zwischenfrage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur eine kurze Zwischenfrage. Wer war denn eigentlich der Projektplaner für das Pilgram-Zentrum, für diese Verbauung?

Eder: Ich habe Ihnen schon heute vormittag und nachmittag gesagt, daß es zum Teil meiner Phantasie entsprungen ist. Wie wir den Besuch des Herrn Generaldirektors Vietor gehabt haben mit seinen Mitarbeitern und wir oben im 3. Stock auf den Zinnen des „Vorwärts" gestanden sind, hat diese Idee phantastisch eingeschlagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber jemand muß ja die Pläne gezeichnet haben?

Eder: Nein, diese Pläne — auch das habe ich schon gesagt: Alle Arbeiten, die unbedingt notwendig waren, wurden von der „Neue Heimat" Hamburg ausgeführt, weil die faktisch die Fachleute haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aus Deutschland? Also Planer aus Deutschland haben die Pläne gezeichnet?

Eder: Ja, natürlich. Denn schauen Sie: Wenn wir es in Österreich gemacht hätten, hätten wir uns wieder einen Architekten finden müssen. Ich weiß es nicht, wer das war, denn die haben draußen ein eigenes Architektenbüro. Vielleicht kommen Sie einmal nach Hamburg, und dann schauen Sie sich das Verwaltungsgebäude der „Neuen Heimat" an.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da komme ich wahrscheinlich nicht hinein.

Eder: Aber ja. Ein Brief von mir öffnet Ihnen die Tore jederzeit. Und ich glaube auch so: Wenn Sie hinkommen und sagen, ein Wiener, kommen Sie hinein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich bin kein Wiener.

Eder: Ein Vorarlberger, noch näher der deutschen Grenze wie ich hier in Wien. Also dann wird man noch mehr Verständnis haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber wer hat die Pläne gezeichnet?

Eder: Sie, die Pläne wurden im Architektenbüro gezeichnet, in Hamburg. Schauen Sie: Der Ideenträger war gleichzeitig identisch, auch der Herr Generaldirektor Vietor und der Iden *(phonetisch)* und wer immer da war. Bitte, der Iden hat gebremst als Financier und hat gesagt: Nur nicht, meine Herren, so schäumend. Aber wie wir wirklich auf den Zinnen des „Vorwärts" gestanden sind und uns geistig ausgebreitet haben über die Idee, waren wir natürlich begeistert. Ein alter Bezirk — ich wiederhole es noch einmal —, da soll etwas ganz Neues entstehen. Das muß jeden Architekten begeistern und hat uns alle begeistert. Aber mit der direkten Durchführung dieser Idee hatte ich dann nichts mehr zu tun, als hie und da bei einer Besprechung: Wie stellst du dir das vor?, und so weiter. Es hätte ein Turmbau werden sollen, wissen Sie, der ein Signal gewesen wäre für die westlichen Bezirke, und das erste große Eingangshotel vom Westen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte Herr Kollege Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Einreichpläne waren aber soweit fertig, daß sie den Behörden vorgelegt werden konnten?

Eder: Daß sie im richtigen Augenblick den Behörden vorgelegt werden können.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, ist dieses Modell damals nicht präsentiert worden öffentlich?

Eder: Nein, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich kann mich nämlich an dieses Projekt nicht erinnern.

Eder: Sie waren ja nicht Direktor des „Vorwärts"-Verlages.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, aber als Konsument.

Eder: Nein, solche Pläne legt man nicht vor.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich war immer Journalist, eine große Druckerei hätte mich interessiert.

Eder: Schauen Sie, das wäre sehr unvorsichtig gewesen, nicht wahr, wenn man das voreilig gezeigt hätte, denn bei dieser „objektiven" Presseberichterstattung, die es in Österreich gibt, wäre sicher kein objektiver Bericht zustande gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben immerhin die Töchterliste des „Vorwärts" bestätigt, daß die in der „Wochenpresse" richtig ist.

Eder: Ja, aber bitte, das hat der neue Generaldirektor getan. Ich wäre nicht so menschenfreundlich gewesen wie der neue Generaldirektor. Ich habe gesagt: Gehen Sie zum Handelsgericht und schauen Sie bei den Gerichtsbehörden nach, da bekommen Sie es.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Professor Riethmüller ist Ihnen ein Begriff?

Eder: Nein, kein Begriff. Habe ich auch leider nur aus der Zeitung gelesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Dr. Iden?

Eder: Dr. Iden ist der Finanzreferent der „Neuen Heimat", den kenne ich persönlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und mit dem sind diese Geschäfte besprochen worden?

Eder: Ja. Er war auch einer der ersten, der eben wegen der devisenrechtlichen Bestimmungen die ersten Bedenken gehabt hat. Und wir sind ja auch leider in die erste Wirtschaftsrezession hineingetreten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit für den „Vorwärts" oder für die Infrabau je mit dem Dipl.-Ing. Winter zu tun gehabt?

Eder: Überhaupt nicht. Den kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht mit dem Dipl.-Ing. Schwaiger oder dem Herrn Parzer?

Eder: Nein, die kenne ich alle nicht. Das sind die Technokraten, und mit denen habe ich wenig zu tun gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie überhaupt nie befaßt mit irgendwelchen Fragen?

Eder: Ich war überrascht, daß die überhaupt Mitglieder des „Club 45" waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das waren auch alle.

Eder: Die müssen in einer Sitzung genehmigt worden sein, wo ich nicht dabei war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben — das wurden Sie heute schon einmal gefragt — die ganze Firmenkonstruktion als etwas bezeichnet, das geschaffen wurde, damit der „Vorwärts" verdienen kann, was immer und wann immer es etwas zu verdienen gab.

Eder: Das ist ein bißchen ausgelegt aus der Pressenachricht. In dieser Form wurde es nicht gesagt.

Wie ich gefragt wurde: Was haben Generaldirektoren eigentlich zu tun?, habe ich gesagt: Sie haben Geschäfte zu machen und zu suchen, daß sie für die Unternehmen, für die sie berufen werden, gewinnbringend arbeiten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wieso sind Sie da so direkt in die Arme der „Neuen Heimat" Hamburg geraten?

Eder: Verzeihen Sie, ich habe es schon erzählt. Mir kommen immer wieder dieselben Fragen. Erstens kenne ich den Vietor, und zweitens, wie die Verhandlungen mit der Infrabau zustande gekommen sind, war ich Verhandlungspartner vom „Vorwärts" aus, also beauftragt, die Verhandlungen zu führen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat ursprünglich offensichtlich ein Konzept gegeben, wo der „Vorwärts" eher nicht aufscheint in der ganzen Infrabau-Konstruktion, und dann hat man sich doch mit einem kleinen Teil daran beteiligt. Was war da die Umstiegsphilosophie?

Eder: Die Umstiegsphilosophie war, daß es ein halb deutsches, halb österreichisches Unternehmen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber da muß ja nicht die SPÖ gleich darin aufscheinen. Auch ohne SPÖ wäre es ein österreichisches Unternehmen gewesen.

Eder: Ja, aber damals, bitte, war es halt so, daß man den „Vorwärts" namhaft gemacht hat, einzutreten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Dr. Feurstein, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe in der Zwischenzeit den Grundbuchsauszug bekommen. Da scheint allerdings erst im Jänner 1978 ein Kredit der Zentralsparkasse auf mit 31,2 Millionen Schilling. Darf ich es Ihnen zeigen?

Eder: Ja, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die letzten beiden Eintragungen: Zunächst ein Kredit der Zentralsparkasse und dann ein Kredit der Länderbank. Ich habe Sie deshalb auch gefragt nach Krediten der Länderbank. *(Überreicht dem Zeugen den Grundbuchsauszug.)*

Eder: Ja, aber da oben steht, bitte entschuldigen: 25. Jänner 1977, da wurde es angemerkt. Daher ist es im Jahr 1976 ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für ein Jahr.

Eder: Das ist aber automatisch verlängert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, das wird nicht automatisch verlängert. Sie kennen das Grundbuchsrecht.

Eder: Wahrscheinlich ist es dann ein dauerndes Darlehen geworden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Besicherung hatten Sie dann nachher?

Eder: Bitte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Besicherung haben Sie der Zentralsparkasse angeboten ab diesem einen Jahr?

Eder: Das ist der Vertrauensfaktor gewesen, den die Zentralsparkasse zu uns gehabt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann hat Ihnen also die Zentralsparkasse dieses Darlehen in der Größenordnung von 57 Millionen Schilling ab dem Jahre 1977 ohne Besicherung gegeben.

Eder: Nein, ich glaube, die Besicherung wurde von der „Neuen Heimat" beziehungsweise von Infrabau dann gegeben. Sie sehen ja hier — bitte entschuldigen Sie —: 25. Jänner 1977, Rangordnung, Kredithöchstbetrag 57 600 000 S bis 26. Jänner 1978, und dann geht es weiter. Ich glaube aber, bitte, das sind jetzt so juridische Spitzfindigkeiten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, Herr Generaldirektor, Sie haben jetzt etwas sehr Wichtiges gesagt. Sie haben gesagt, daß vermutlich später die Besicherung durch die „Neue Heimat" oder durch die Infrabau gegeben worden ist. Das haben Sie vorhin gesagt.

Eder: Wahrscheinlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wahrscheinlich. Wer kann uns das sagen, ob die „Neue Heimat" oder die Infrabau die Besicherung dieses Darlehens gegeben hat?

Eder: Der Betriebsprüfungsbericht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Betriebsprüfungsbericht prüft nicht die Besicherung von Darlehen.

Eder: Aber er wird nachschauen und wird sehen, ob die irgendwie abgeschirmt sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein. Entschuldigen Sie, Herr Generaldirektor: In keinem Betriebsprüfungsbericht haben wir drinnen, wer die Besicherung eines Darlehens gibt.

Eder: Sie wissen nicht, was jetzt die Betriebsprüfer auf Grund einer genauen Anweisung des Finanzministeriums fragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir haben eine ganze Reihe von Betriebsprüfungsberichten. In keinem Betriebsprüfungsbericht steht drinnen, wie Darlehen besichert sind.

Eder: Ja, bitte. Aber ich kann es Ihnen jetzt wirklich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt: Vermutlich die „Neue Heimat" oder die Infrabau.

Eder: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das kann der Lehbrunner wissen?

Eder: Nein. Der hat damals nichts zu tun gehabt damit. Der ist im Februar 1978 gekommen. Also der weiß von den ganzen Transaktionen der Vergangenheit nichts. Er kann ja dann nur auf Grund der Bücher etwas sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber er müßte wissen, wie das jetzt weiterläuft, ob die „Neue Heimat" noch immer garantiert ...

Eder: Wann ist die letzte Eintragung im Grundbuchauszug?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die letzte Eintragung ist aus dem Jahre 1978, 27. Oktober.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das müßte er eigentlich schon wissen, nicht?

Eder: Ja, das steht da drinnen, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Anmerkung dauert immer ein Jahr, und dann muß es ein Pfandrecht werden, oder die Anmerkung erlischt.

Eder: Ich glaube, es ist jetzt ein Pfandrecht, denn es ist alles, soweit ich es weiß, ist die Städtische Versicherung ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würde uns jemand vom „Vorwärts"-Verlag bei der Zentralsparkasse die Vollmacht erteilen, daß uns die Zentralsparkasse darüber informieren kann, wie dieses Darlehen von 57,6 Millionen Schilling besichert ist?

Eder: Da bin ich aber jetzt nicht zuständig, Ihnen diese Erklärung abzugeben. Ich kann Ihnen nur sagen: Bitte glauben Sie doch einmal endlich, daß wir absolut nicht von irgend jemand etwas geschenkt bekommen haben oder daß wir am AKH-Skandal beteiligt sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein. Es geht auch gar nicht darum. Mir genügt es, wenn Sie mir die Vermutung bestätigen, daß es „Neue Heimat" oder Infrabau sein kann.

Eder: Ich vermute es, bitte. Nicht daß es so war, nicht wahr? Leider habe ich mich nicht vorbereiten können, weil ich mit niemand zu tun haben wollte, damit mir nicht jemand einen Vorwurf machen kann: Du hast dich beraten, du hast in Bücher Einsicht genommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich bitte, daß man dann versucht, in späterer Folge zu klären, wer die Besicherung für die 57,6 Millionen Schilling übernommen hat.

Eder: Ich kann nur sagen: Ich weiß es nicht im Augenblick.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Generaldirektor, Sie haben jetzt in diesem Zwischenspiel „Neue Heimat" — Infrabau auch die Wiener Städtische in einer Nebenbemerkung genannt.

Eder: Nein, nicht die Wiener Städtische. Entschuldigen: Die Zentralsparkasse. Bitte, das war ein Irrtum meiner Ausdrucksweise. Die Zentralsparkassa. Das hat mit der Städtischen Versicherung überhaupt nichts zu tun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Außer der Zentralsparkasse hat niemand mit diesem 57-Millionen-Kredit etwas zu tun gehabt?

Eder: Niemand. Teils die Länderbank, wie ich gesehen habe, aber ich bitte, da bin ich in der letzten Abwicklung überfragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber wieweit diese Garantieverpflichtung der „Neuen Heimat" oder der Infrabau noch aufrecht ist, das könnte uns nur Ihr Nachfolger sagen?

Eder: Das kann Ihnen mein Nachfolger sagen, beziehungsweise vielleicht hat er es schon gesagt. Er war ja schon bei der Einver-

nahme. — Der Sajbl war noch nicht? — O ja. Der Sajbl schon. Das habe ich in der Schweiz gelesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, sondern Ihr Nachfolger als „Vorwärts-General".

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Meine Herren Abgeordneten, wünscht noch jemand eine Frage an den Herrn Zeugen zu stellen? — Wenn es nicht der Fall ist, Herr Kommerzialrat, ist Ihre Zeugeneinvernahme beendet. Danke vielmals.

Eder: Ich danke auch. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich bitte, den nächsten Zeugen, Herrn Kurt Wuchterl, in den Saal zu rufen.

Zeugeneinvernahme von Kurt Wuchterl

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich begrüße Sie, Herr Zeuge.

Herr Wuchterl, Sie sind als Zeuge geladen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der auf Grund des Beschlusses des Plenums drei Fragen zu prüfen hat:

Erstens einmal, wie die Vergabe des Betriebsorganisationsauftrages an die Arbeitsgemeinschaft ABO stattgefunden hat.

Zweitens, ob es gesetzwidrige Zuwendungen der Firma Siemens oder anderer Firmen und Subunternehmer im Zusammenhang mit Aufträgen beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses gegeben hat.

Der dritte Punkt ist, ob im Zusammenhang mit Auftragserteilungen beim Allgemeinen Krankenhaus Parteienfinanzierung stattgefunden hat.

Wir haben auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, wo insbesondere im § 153 für die Zeugen folgende Bestimmung steht:

„Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteiles mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn es wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist."

Ich darf Sie jetzt bitten, uns Ihre Generalien bekanntzugeben: Name, Geburtsdatum, Beruf, Adresse.

Wuchterl: Kurt Wuchterl, 16. 8. 1929, Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes bei der Gewerkschaft der Eisenbahner, Wien 13, Braunschweiggasse 9/4.

Herr Vorsitzender, ich habe von Herrn Sajbl etwas mitbekommen für den Herrn Vorsitzenden Steger, das er bei der letzten Einvernahme verlangt hat.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Das werden die Herren der Parlamentsdirektion übernehmen, Herr Zeuge!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das könnte das Papier sein, das wir mit Sehnsucht erwarten, der Vertrag Pilgram-Zentrum — Infrabau.

Wuchterl: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann man das bitte gleich vervielfältigen?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Also wenn ich bitten dürfte, zu veranlassen, daß es rasch vervielfältigt und den Ausschußmitgliedern noch in der Sitzung zur Verfügung gestellt wird.

Herr Zeuge, ich möchte Ihnen gleich eingangs ein paar Fragen stellen. Ich muß noch betonen, daß Sie bitte verhalten sind, uns die Wahrheit zu sagen über die Dinge, die Sie wissen.

Können Sie uns sagen, wann die Tractus gegründet wurde?

Wuchterl: Die Tractus wurde im Mai 1976 gegründet. Ich glaube, Ende Mai wurde Sie im Handelsregister eingetragen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wer sind die Gesellschafter der Tractus?

Wuchterl: Im Jahre 1976 war der Gesellschafter Verein Eisenbahnerheim und die Merkur, und seit dem Jahre 1980, glaube ich, sind die Anteile der Merkur von der Vorwärts AG abgelöst worden, sodaß zum gegenwärtigen Zeitpunkt Gesellschafter sind: Verein Eisenbahnerheim und die Vorwärts AG.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** In welchem Verhältnis, Herr Zeuge?

Wuchterl: Verein Eisenbahnerheim 80 Prozent des Stammkapitals, Vorwärts AG 20 Prozent des Stammkapitals.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wer waren bei der Gründung die Geschäftsführer der Tractus, wer sind sie jetzt?

Wuchterl: Nach der Gründung der Tractus wurde ich zum Geschäftsführer von seiten des Vereins Eisenbahnerheim bestellt, und Herr Kommerzialrat, damaliges Vorstandsmitglied der Vorwärts AG, und nach dem Ausscheiden des Kommerzialrates Eder, ich glaube 1978,

wurde der derzeitige Generaldirektor der Vorwärts AG Franz Josef Lehbrunner bestellt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge, wo hat die Tractus ihren Sitz?

Wuchterl: In Wien 5, Margaretenstraße 166, im Hause der Gewerkschaft der Eisenbahner.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und wer hat das Gesellschaftskapital aufgebracht, wie groß ist es, und wer hat die 80 : 20-Quote aufgebracht?

Wuchterl: Das Gesellschaftskapital hat der Verein Eisenbahnerheim mit 80 000 S aufgebracht, die Merkur mit 20 000 S, und das wurde dann im Jahre 1980 durch die Vorwärts AG abgelöst.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Von wem hat die Tractus die Anteile bei der Infrabau erworben, Herr Zeuge?

Wuchterl: Die Anteile bei der Infrabau hat die Tractus erworben von der Bank für Arbeit und Gemeinwirtschaft.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sie meinen Arbeit und Wirtschaft?

Wuchterl: Bank für Arbeit und Wirtschaft, ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und in welcher Höhe, und waren damit Auflagen verbunden?

Wuchterl: Die Höhe der Anteile betrug nur 25 Millionen Schilling, und es gab keine wie immer gearteten Auflagen beim Erwerb dieses fünfzigprozentigen Stammkapitals der Infrabau.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und wie hoch war dieses fünfzigprozentige Stammkapital für die Infrabau?

Wuchterl: Das gesamte Stammkapital der Infrabau ist 50 Millionen Schilling, 25 Prozent hält die „Neue Heimat Städtebau" in Hamburg und 50 Prozent zurzeit die Tractus, also je 25 Millionen Schilling.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und stimmt es, daß der Verein Eisenbahnerheim 10 Millionen Schilling aufgebracht hat?

Wuchterl: Nach meiner Bestellung zum Geschäftsführer im Mai war man bemüht, diese 25 Millionen Schilling aufzubringen. Zurzeit ist es so, daß der Verein Eisenbahnerheim 10 Millionen Schilling aufgebracht hat, die Vorwärts AG 2,5 Millionen Schilling, und 12,5 Millionen Schilling hat die Tractus in Form eines Kredites bei der Österreichischen Verkehrskreditbank aufgenommen und das Gesamte in der Höhe von 25 Millionen Schilling bei der Infrabau einbezahlt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Können Sie uns die Beweggründe mitteilen, warum sich der Verein Eisenbahnerheim an der Tractus beteiligt hat?

Wuchterl: Persönlich bin ich nicht Funktionär des Vereins Eisenbahnerheim, das möchte ich vorausschicken, ich bin Dienstnehmer des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, aber bin schon seit dem Jahre 1948 in der Gewerkschaft der Eisenbahner tätig und weiß, daß sich die Gewerkschaft der Eisenbahner schon lange Gedanken gemacht hat über das Grundstück, das neben dem jetzigen Kongreßhaus liegt, das die Gewerkschaft der Eisenbahner im Jahre 1961 errichtet hat. Damals, 1961, wollte man gemeinsam mit diesem Kongreßhaus ein Hotel errichten, das also aus irgendwelchen Überlegungen, ich glaube aus rein wirtschaftlichen, nicht zustande kam. Es wurde dann eine Konstruktion gefunden, daß gemeinsam mit einer Baugenossenschaft dieses Kongreßzentrum und ein Wohnhaus errichtet wurde. Man machte sich immer wieder Gedanken, ob nicht in Verbindung mit dem Restaurant, für das der Verein Eisenbahnerheim eine Konzession hat und das er führt, auch in irgendeiner Form ein Hotel errichtet werden kann. Man hat schon damals erste Kontakte genommen wegen des Erwerbs dieser Liegenschaft Kralikgasse. Damals war eine Autoreparaturwerkstätte dort. Ich glaube, im Jahre 1970 oder 1971 gab es dann Gespräche mit der damaligen Eigentümerin wegen des Erwerbes. Diese Liegenschaft wurde dann von einer der Töchter der Infrabau erworben, und man dachte daran, ein Hotel zu errichten, wobei man sich vorgestellt hat, daß der Verein Eisenbahnerheim oder der Pächter des Vereins Eisenbahnerheim der Betreiber sein sollte. Es ging um die Finanzierung. Es wurden damals Pläne erstellt, auch eine Baubewilligung für ein Hotel gegeben. Der Verein Eisenbahnerheim oder besser gesagt die Gewerkschaft der Eisenbahner war also sehr daran interessiert, dort einen Hotelbau zu errichten. Aus welchen Gründen es dann zu dieser Errichtung nicht gekommen ist, weiß ich nicht, aber ich glaube, daß einer der Beweggründe, sich an der Infrabau zu beteiligen, sicherlich dieser geplante Hotelneubau gewesen ist, weil man glaubte, hier gemeinsam mit oder durch die Infrabau oder irgendeiner ihrer Gesellschaften einen Bauträger zu finden, der dieses Hotel errichtet. Das war eine der Überlegungen, glaube ich, daß man sich hier beteiligt hat. Die zweite Überlegung, die ich nach meiner Bestellung als Geschäftsführer aufgrund meiner Gespräche mit den deutschen Kollegen erfahren konnte, war, daß also die „Neue Heimat Städtebau" daran interessiert war, wieder

einen Partner aus der Gewerkschaftsbewegung zu finden, um nach dem Ausscheiden der BAWAG hier tätig sein zu können.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge, hat die Tractus in irgendeiner Form der Sozialistischen Partei Österreichs finanzielle Zuwendungen zukommen lassen?

Wuchterl: Nein!

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sie haben schon gesagt, daß von den, glaube ich, 25 Millionen, was der Gesellschaftsanteil der Halb-Halb-Partner jeweils bei der Infrabau ist, 12,5 Millionen aufgebracht wurden durch 10 Millionen Verein Eisenbahner und 2,5 Millionen Vorwärts AG und daß die restlichen 12,5 Millionen ein Kredit bei der Verkehrskreditbank sind. Können Sie uns sagen, warum die „Neue Heimat" bereit war, die Zinsen für diesen Kredit bei der Österreichischen Verkehrskreditbank aufzunehmen?

Wuchterl: Als ich zum Geschäftsführer bestellt worden bin und es hieß, diese 25 Millionen sollen in Form von Stammkapital aufgebracht werden, war natürlich die Frage: Von wo kommt das Geld? Die deutschen Kollegen stellten sich vor, daß das größtenteils aus der österreichischen Gewerkschaftsbewegung kommen sollte. Es waren aber nicht mehr als diese 12,5 Millionen Schilling aufzutreiben. Die Gewerkschaft — ich möchte jetzt sagen, der Verein Eisenbahnerheim, der die Hauptlast der 12,5 Millionen Schilling zu tragen hat — war auch nicht bereit, mehr aufzubringen. Nachdem die „Neue Heimat Städtebau" sehr daran interessiert war, raschest einen Partner zu finden, schlugen wir damals vor, einen Kredit aufzunehmen, wobei wir aber erklärten, keinerlei wie immer geartete Belastungen auf uns nehmen zu können.

Es wurde damals, 1976, mündlich vereinbart, daß die „Neue Heimat Städtebau" die Zinsen übernimmt, und im Jahre 1977 dann schriftlich.

Soweit mein Wissensstand ist, glaube ich, daß maßgebend dafür war, daß man einen gemeinsamen Partner findet, der aus der Gewerkschaftsbewegung kommt und der gleichzeitig auch bereit ist, einen Kredit in der Höhe aufzunehmen. Daher wurden die Zinsen übernommen und bis zum heutigen Tag auch jeweils am 31. 12. eines Jahres bezahlt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Hat die „Neue Heimat" Hamburg auch gewisse Zinsen für den Verein Eisenbahnerheim bezahlt oder übernommen?

Wuchterl: Die „Neue Heimat" bezahlt dem Verein Eisenbahnerheim für das Darlehen, das es bei der Gewerkschaft der Eisenbahner aufgenommen hat, bis jetzt jährlich Zinsen in der Höhe von 8 Prozent.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und wie hoch sind die Zinsen für den Kredit an die Verkehrskreditbank, die die „Neue Heimat" zahlt?

Wuchterl: Der hängt von der jeweiligen Kapitalmarktlage ab. Ich glaube, im Jahre 1976, als wir begonnen haben, war er $9^1/_4$ oder $9^3/_4$, ich glaube, zurzeit sind wir bei $11^1/_2$ oder $11^3/_4$. Das hängt jeweils davon ab, wie die Verkehrskreditbank uns diese Zinsen vorschreibt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Ist es wahr, daß Sie Mitglied des Aufsichtsrates der Infrabau sind?

Wuchterl: Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Seit wann sind Sie das?

Wuchterl: Seit Juni 1976.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und wurde im Aufsichtsrat der Infrabau über die MEDIPLAN Wien berichtet, daß sie gegründet werden soll und welche Aktivitäten diese neugegründete Firma dann entfallen soll?

Wuchterl: In einer der ersten Aufsichtsratssitzungen der Infrabau, an der ich teilnahm, hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates und Vorsitzende des Vorstandes der „Neuen Heimat", Herr Vietor, angeregt, eine MEDIPLAN Wien zu gründen und zu schaffen. Dem hat der Aufsichtsrat zugestimmt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und über Aktivitäten der MEDIPLAN Wien, wissen Sie da etwas in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrates der Infrabau?

Wuchterl: Es wurde in den Aufsichtsratssitzungen über die Tätigkeit der MEDIPLAN berichtet, und ich weiß nur, daß die MEDIPLAN praktisch in Österreich bis zum heutigen Zeitpunkt keine Aufträge erhalten hat.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Was wissen Sie über die Pilgram-Zentrum-GesmbH, und wenn Sie etwas wissen: Was waren die Motive, daß das gegründet wurde, und haben Sie dort irgendeine Funktion?

Wuchterl: Die Pilgram-Zentrum-GesmbH ist eine Tochter der Infrabau. Über die Beweggründe der Gründung dieser Gesellschaft weiß ich nichts. Ich glaube, sie wurde 1972 oder 1973 gegründet. Ich bin kein Funktionär in dieser Gesellschaft und weiß sonst eigentlich über die Tätigkeit der Pilgram-Zentrum-GesmbH nichts Wesentliches, außer was ich jetzt aus den Zeitungen entnommen habe und daß hier eine Reihe von Behauptungen aufgestellt werden.

Aber ich war nie Funktionär in der Pilgram-Zentrum-GesmbH.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ist im Aufsichtsrat der Infrabau über diese Pilgram-Zentrum-GesmbH berichtet worden?

Wuchterl: Im Aufsichtsrat der Infrabau direkt nicht, aber bei den Gesellschafterversammlungen, wo ich die Tractus zu vertreten habe, wurden die Bilanzen der Pilgram-Zentrum-GesmbH vorgelegt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Bei der Einvernahme des Magisters Sajbl, Geschäftsführer der Infrabau, wurde die Frage der Kapitalzuführung der „Neuen Heimat" in den Jahren 1977, 1978 und 1979 aufgeworfen. Können Sie uns darüber etwas sagen?

Wuchterl: Soweit meine Wahrnehmungen sind, hat die „Neue Heimat Städtebau" keine Kapitalzuführungen in diesen Jahren getätigt. Ich weiß aber, daß wir, als ich 1976 zum Geschäftsführer bestellt wurde, Gespräche geführt haben über die wirtschaftliche Situation der Infrabau und daß wir beim Studium der Prüfungsberichte feststellen konnten — oder ich feststellen konnte —, daß es gewisse Problemobjekte bei der Infrabau gab. Ich habe damals im Auftrag des Vereins Eisenbahnerheim erklärt, daß wir nicht bereit seien, irgendwelche Verluste, die sich aus der Vorzeit ergeben haben, zu übernehmen. Von seiten der „Neuen Heimat" wurde mündlich — ich glaube, es muß auch ein Schriftwechsel vorhanden sein, nicht mit der Tractus, aber ich glaube, mit der Infrabau — die Zusage gegeben, daß die „Neue Heimat" das — ich glaube — Verwertungsrisiko für solche Problemobjekte übernimmt. Die Verluste, die daraus entstehen, waren 1976 nicht abzuschätzen. Aber wir haben damals ausdrücklich gebeten, daß in irgendeiner Form festgehalten wird — ich glaube, bei der Infrabau müßten solche Unterlagen sein, ich habe sie nicht als Geschäftsführer der Tractus —, daß das Verwertungsrisiko übernommen wird, das heißt, daß Verluste, wenn sie entstehen, und die sind dann entstanden, durch die „Neue Heimat" zu tragen sind.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Standen also diese Kapitalzuführungen im Zusammenhang mit Verlustübernahmen in irgendeinem Zusammenhang mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses? Haben Sie da gehört: Wir werden uns da bewerben, und wenn wir da etwas bekommen, dann werden wir Kapital zuführen und die Verlusttragung übernehmen. Ist Ihnen da irgend etwas aus den Sitzungen des Infrabauaufsichtsrates oder in Ihrer Eigenschaft als Geschäftsführer der Firma Tractus bekannt geworden?

Wuchterl: Im Jahre 1976 war mir über das AKH nichts bekannt. Wir haben damals aus rein wirtschaftlichen Überlegungen gehandelt, weil wir gegenüber den deutschen Kollegen erklärt haben, wir wollen helfen, daß diese Verluste nicht mehr entstehen, stabilisiert werden. Aber in irgendeinem Zusammenhang mit dem AKH kann das nicht gestanden sein oder auch nicht stehen, weil diese Erklärung der „Neuen Heimat" ich glaube bereits im August 1976 erfolgt ist. Mir gegenüber schon etwas früher mündlich, aber ich glaube, schriftlich im August 1976.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Kennen Sie den Gesellschaftsvertrag der Infrabau?

Wuchterl: Ja, den kenne ich.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und können Sie uns sagen, ob in diesem Gesellschaftsvertrag irgendwelche Bestimmungen über eine verpflichtende Verlustübernahme durch Gesellschafter enthalten sind?

Wuchterl: Nein, es ist sicherlich nichts enthalten, wenn ich das so sagen darf. Eine ähnliche Frage wurde ich vom Steuerprüfer oder von der Steuerprüfung, die im Zuge dieses Verfahrens gestellt wurde, auch schon gefragt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja, danke.

Meine Herren Abgeordneten! Wer möchte als nächster den Zeugen befragen? — Herr Kollege Bergmann. Bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Wieweit sind Sie denn über den Bereich Pilgram-Zentrum informiert?

Wuchterl: Eigentlich überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren doch immerhin zu 50 Prozent Vater dieser Gesellschaft.

Wuchterl: Ich bin Geschäftsführer der Tractus, bin Vertreter im Aufsichtsrat und kenne die Bilanzen der Pilgram-Zentrum-GesmbH, weil sie bei den Gesellschafterversammlungen vorgelegt werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hat das Pilgram-Zentrum der Infrabau ja eine Menge Sorgen bereitet. Ich nehme also nicht an, daß Sie über diese Sorgen nur von den Bilanzen her Bescheid wissen.

Wuchterl: Ich darf dazu sagen, daß die Frage Pilgram-Zentrum nicht von mir behandelt worden ist. Wir haben uns in der Geschäftsführung damals geteilt. Fragen des Pilgram-Zentrums wurden von Kommerzialrat Eder behandelt. Ich habe auch in der Frage Pilgram-Zentrum nie Gespräche mit den deutschen Kollegen

geführt, sondern ich habe mich bei der Gründung und nachher auch auf die Fragen konzentriert, die uns als Verein Eisenbahnerheim betreffen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, aus Ihrer Kenntnis der Abwicklung der Geschäfte im Rahmen der Infrabau: Wieviel Geld ist eigentlich von der „Neuen Heimat" in die Infrabau-Verlustabdeckung, Defizitbeseitigung, Pilgramfinanzierung, Flops in Klosterneuburg oder sonstwo bezahlt worden?

Wuchterl: Aus dem Gedächtnis möchte ich sagen, daß hier ungefähr an die 35 bis 38 Millionen Schilling von den deutschen Kollegen geflossen sind, nach 1976, hauptsächlich Abdekkung Klosterneuburg und Innsbruck-Höhenstraße und kleinere Beträge, glaube ich, auch für das Pilgram-Zentrum.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist in diesen rund 40 Millionen das Pilgram-Zentrum drinnen?

Wuchterl: Das könnte ich jetzt persönlich nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder hat es dann später noch einmal eine Abdeckung der „Neuen Heimat" direkt beim Pilgram-Zentrum gegeben?

Wuchterl: Nein, ich glaube, eine direkte Abdeckung hat es nicht mehr gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 7,6 Millionen.

Wuchterl: Diese 7,6 Millionen, Herr Abgeordneter, waren, glaube ich, vor meinem Eintritt. Ich habe sie auch gelesen und habe auch nachgesehen. Ich glaube, die waren im Jahr 1975.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hat das Pilgram-Zentrum immer noch eine gepflegte Forderung an den „Vorwärts". Ist die offen, oder trägt diese Schuld die Infrabau inzwischen?

Wuchterl: Soweit ich es weiß, aus der Bilanzierung, nachdem das Pilgram-Zentrum bei der Infrabau bilanziert wird, gibt es oder hat es zumindest zum 31. 12. 1979 eine Forderung gegeben in der Höhe von, glaube ich, 3,7 Millionen Schilling. Ich kenne noch nicht die Bilanzziffern 1980.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist aber eine Forderung, die sich auch seit 1975/76 herüberschleppt?

Wuchterl: Teilweise herüberschleppt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum zahlt denn der Herr Lehbrunner jetzt nicht?

Wuchterl: Ich bin nicht Geschäftsführer in der Infrabau. Ich weiß nur, daß es, wenn man das so sagen darf, immer wieder Auffassungsschwierigkeiten darüber gibt: Wer zahlt die Zinsen, wer ist denn der tatsächliche Schuldner. Und hier werden ständig Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung geführt. Ich persönlich bin in diese Verhandlungen nicht eingeschaltet worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn über das Projekt Pilgram-Zentrum so mitgekriegt?

Wuchterl: Relativ wenig. Aber das stimmt, daß also sicherlich auf beiden Seiten Verluste entstanden sind. Aber was im Jahr 1972/73 war — damals war ich noch nicht ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen nicht, wie groß die Verlustquote für die „Neue Heimat" war?

Wuchterl: Im Pilgram-Zentrum — ich würde keine falschen Ziffern sagen, aber ich weiß es tatsächlich nicht. Aber es war sicherlich für beide Teile, Herr Abgeordneter, kein gutes Geschäft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es einen Kredit der Infrabau, der nicht von der „Neuen Heimat" garantiert worden ist?

Wuchterl: Da würde ich jetzt überfragt sein. Aber es sind nicht alle Kredite, soweit ich die Kreditaufstellung kenne, von der „Neuen Heimat" garantiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von wem noch?

Wuchterl: Es haben auch deutsche Banken garantiert, soviel ich weiß. Ich glaube, von der Dresdner Bank gibt es so Bankgarantien. Es gibt auch Bankgarantien von der Bank für Arbeit und Wirtschaft. Aber es sind nicht alle ausdrücklich von der „Neuen Heimat" garantiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als es zur Gründung der Tractus kam: Die BAWAG scheidet aus der Infrabau aus. Warum?

Wuchterl: Ich persönlich habe darüber nicht verhandelt. Aber ich habe mir natürlich meine Gedanken gemacht und mit den deutschen Kollegen gesprochen. Ich glaube, einerseits wollte die BAWAG eine gewisse Bereinigung ihrer Beteiligung haben. Zweitens war die BAWAG, glaube ich, bis zum Jahre 1976 von österreichischer Seite einer der größten Kreditgewährer für die Infrabau. Ich glaube, das waren die Überlegungen, daß sie dieses Paket abstoßen wollte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie kommt es jetzt zur Gründung der Firma Tractus? Da sitzt also ein potenter deutscher Partner, der hat 25 Millionen frei, und jetzt kommt einer, der hat kein Geld und kriegt die 25 Millionen.

Wuchterl: Daß der zweite Partner, der österreichische Partner, kein Geld hat, Herr Abgeordneter, glaube ich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Tractus hat kein Geld gehabt.

Wuchterl: Die Tractus hat ein Stammkapital von 100 000 S. Das stimmt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Stolz.

Wuchterl: Wir haben aber als Gesellschafter Verein Eisenbahnerheim und Vorwärts AG gemeinsam dann diese Tractus gegründet oder die Merkur, besser gesagt, zu diesem Zeitpunkt! Wir haben die Merkur gegründet, und in diesen vier Wochen — das weiß ich heute noch, weil die BAWAG stellte ein Anbot, befristet mit 4 Wochen — mußten diese 25 Millionen oder sollten diese 25 Millionen Schilling in Österreich aufgetrieben werden. Und einer der Gesprächspartner war ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn der Initiator der Gründung der Tractus?

Wuchterl: Ich habe mir schon des öfteren darüber Gedanken gemacht. Ich bin zum Geschäftsführer bestellt worden, wahrscheinlich weil ich in der Gewerkschaft der Eisenbahner als Sekretär tätig gewesen bin. Aber die Initiatoren ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das der Eder?

Wuchterl: Der Eder — ich würde nicht etwas sagen, ich weiß es nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie sich denn versprochen von dieser Beteiligung?

Wuchterl: Ich habe mir gar nichts versprochen. Ich habe einen Auftrag als Sekretär bekommen. Ich bin Dienstnehmer, und mir wurde mitgeteilt ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na ja, so ist es mit den Gewerkschaftssekretären auch nicht, daß sie auf Hopp-tropp sich nichts denken dabei.

Wuchterl: Herr Abgeordneter! Ich bin mir schon bewußt meiner Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär. Aber in irgendeiner Form, wenn Sie als Sekretär bei einer Gewerkschaft tätig sind ... Ich bin Dienstnehmer des ÖGB, und wenn der Vorsitzende der Gewerkschaft sagt: „Bitte übernimm diese Funktion", und ich sage „ja", dann habe ich diese Funktion übernommen und habe mich ab diesem Zeitpunkt um die Tractus gekümmert und weiß daher darüber Bescheid.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie alltäglich waren denn solche Firmengründungen durch die Gewerkschaft der Eisenbahner?

Wuchterl: Das war eigentlich die einzige Gründung durch den Verein Eisenbahnerheim, und die war sicherlich bedingt — soweit ich das weiß —, weil man sich wegen des Hotels ernstliche Gedanken gemacht hat. Und vielleicht bin ich auch deswegen für diesen Geschäftsführerposten auserwählt worden, weil ich mit dieser Tätigkeit des Kongreßhauses zu tun hatte. Auch bei der Planung. Ich habe schon im Jahr 1972, glaube ich, ein- oder zweimal mit zwei der Geschäftsführer der Infrabau Kontakt gehabt. Einer war der Architekt Schindler, das war der Zeichner dieser Pläne des Hotels, und der zweite war ein gewisser Diplomkaufmann Grüberle, der zuständig war für den Gewerbebetrieb. Und so ist dieses Projekt entstanden. Ich glaube, das waren die Überlegungen in der Gewerkschaft, daß sie zu mir gesagt haben: Also du gehst jetzt dorthin als Geschäftsführer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum Sie als Geschäftsführer hingegangen sind, das verstehe ich schon. Nun, wenn ich mir aber vorstelle: Die Gewerkschaft, die offensichtlich nicht über genügend Geld verfügt hat, um dieses doch bedeutende Projekt zu realisieren, die treibt jetzt Geld auf, aber nicht, um das Hotel zu bauen, denn das laß ich mir noch einreden, sondern sie treibt Geld auf, um sich an einer anderen Firma zu beteiligen, und hat am Schluß kein Geld für ihr eigenes Hotel. Was war der Sinn davon, daß plötzlich die Gewerkschaft nicht hergeht und bei der Infrabau ein Hotel bestellt, zumal, wenn ich richtig bin, der Infrabau dieses Nebengrundstück ja gehört hat?

Wuchterl: Der Investment oder irgendeiner Tochter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Einer Tochter jedenfalls.

Wuchterl: Irgendeiner Tochter hat es gehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also bauen wir dort das Hotel. Aber nein, sie geht her und nimmt das Geld, das sie gerade noch offensichtlich zusammenkratzen kann, um sich an der Infrabau zu beteiligen. Was ist der Sinn dieser Konstruktion?

Wuchterl: Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen eigentlich nur antworten: Ich bin nicht verantwortlicher Funktionär der Gewerkschaft der Eisenbahner. Ich bin auch in keines der Gremien gewählt, habe also keinerlei Entscheidungsrecht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es geht nicht um die Entscheidung. Ich mache Ihnen auch keinen Vorwurf daraus. Aber es könnte sein, daß Sie es wissen, und wenn Sie es wissen, hätte ich gerne gehabt, daß Sie es uns sagen.

Wuchterl: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es kann ja auch den einzigen Grund gehabt haben, daß der „Vorwärts" im Huckepack in die Infrabau hineingetragen worden ist, halt grad im Rahmen dessen, was möglich war.

Wuchterl: Ich habe Ihnen schon geantwortet, Herr Abgeordneter: Ich glaube, einerseits war es das Hotel, und der andere Beweggrund, den ich mir vorstellen könnte, daß man gerade wegen des Hotelbaues Kontakt dorthin von seiten der BAWAG empfohlen hat den Deutschen: Schaut euch einmal bei den Eisenbahnern um. Aber ich bin nicht Funktionär dort.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also die Infrabau hätte ja von dem Hotel nicht leben können, sondern das wäre eher ein kleines Projekt gewesen.

Wuchterl: Die Konstruktion 1971/72 war die beim Hotelbau, soweit ich diese Erinnerung noch immer habe, einen Bauträger zu finden, der das hinstellt. Der hat die Finanzierung aufzutreiben. Wobei wir uns an der Finanzierung — jetzt sprich Gewerkschaft oder Verein Eisenbahnerheim — beteiligen, und der Verein Eisenbahnerheim als zuständiger Konzessionsträger darf dann dieses Hotel führen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und warum machen Sie das eigentlich nicht öfter? Es müßte ja eine Lustbarkeit sein, sich in Österreich an allen möglichen Firmen zu beteiligen mit relativ hohen Beträgen, und man hat eigentlich selber kein Geld. Die „Neue Heimat" garantiert eh die Zinsen, und die Verluste und das Risiko übernimmt sie auch noch.

Wuchterl: Die erste Frage kann ich Ihnen leider nicht beantworten, weil ich nicht Funktionär bin. Aber die zweite Frage kann ich beantworten. Wie ich als Geschäftsführer bestellt wurde, war es natürlich meine Aufgabe, zu trachten, daß wir nicht irgendwie Verluste übernehmen. Und wenn ich das heute so feststellen darf, ich habe das im Zuge der Betriebsprüfung festgestellt: Seit dem Jahre 1976 gibt es keine Verluste mehr bei der Infrabau. Bis zum Jahre 1976, bis zum Eintritt durch uns, gab es Verluste.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es gibt immer nur einen gepflegten Verlustvortrag.

Wuchterl: Den Verlustvortrag konnte die Infrabau abbauen, und in der Bilanz 1979 ist ein Verlustvortrag, glaube ich, von 4,8 Millionen Schilling enthalten. Als wir eingetreten sind als Gesellschafter war dieser Verlustvortrag immerhin an die 17,6 oder 17,7 Millionen Schilling.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es war ja für Sie völlig risikolos, diese Beteiligung zu machen.

Wuchterl: Das haben wir angestrebt, diese risikolose Beteiligung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben keine Zinsen zahlen müssen?

Wuchterl: Richtig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind an möglichen Verlusten nicht beteiligt gewesen. Interessanterweise auch der „Vorwärts" nicht.

Wuchterl: An Verlusten aus der Vorzeit, würde ich einschränken, Herr Abgeordneter, waren wir nicht beteiligt. Aber mit dem Einstieg 1976 waren wir sicherlich am Risiko beteiligt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die „Neue Heimat" Hamburg war ja bereit, jede Form des Risikos zu übernehmen, und hat ja auch 40 Millionen Schilling ...

Wuchterl: Bis zum Eintritt der neuen Gesellschafter. Verluste, die aus Geschäften nachher entstanden sind ... Es sind keine Verluste entstanden, aber es würde jetzt eine Risikobeteiligung geben, wenn bei der Infrabau irgendein Verlust stehen würde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, wo ist denn die Infrabau in den Bundesländern noch beteiligt?

Wuchterl: Momentan, glaube ich, gar nirgends, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, in Innsbruck einmal.

Wuchterl: Ja, in Innsbruck, bei dieser Wohnbaugenossenschaft war sie beteiligt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und in Linz?

Wuchterl: In Linz hat sie Beteiligung gehabt in der ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist denn in Linz ihr Partner?

Wuchterl: In Linz ist, glaube ich, die Girozentrale der Partner.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht irgendein ASKÖ-Sportverein oder so etwas?

Wuchterl: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie heißt denn die in Linz? Die Neue Heimstätte?

Wuchterl: Neue Heimat Oberösterreich. Die Girozentrale. Ich glaube nur, ich weiß es jetzt nicht mehr genau. Aber ich glaube, in Innsbruck war nicht der Verein Eisenbahnerheim.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein. Irgendein Sportverein, der der SPÖ gehört.

Wuchterl: Nein, es gibt dort einen Verein, oder heißt der Verein Arbeiterheim. Der ist, mir scheint, zu 6 Prozent beteiligt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der gehört der SPÖ. Das hat der Minister Salcher da ausgesagt.

Wuchterl: Weil der zuständige Vertreter der Herr Minister Salcher gewesen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jetzt komme ich immer noch nicht dahinter — Sie sind jetzt der x-te Zeuge —, warum eine Weltfirma wie die „Neue Heimat" soviel Geld in Österreich hineinsteckt in ein offensichtliches Unternehmen, das von allen Konstruktionen her ihr einmal zehn Jahre lang nur schadet. Sie hat nichts davon. Warum tun die das? Wenn sich die mit einem Minimum dieses Betrages mit einer halbwegs vernünftigen österreichischen Baufirma zusammengetan hätten, wären sie ja nie in die Situation gekommen, in der sie sich bis heute noch befinden.

Wuchterl: Was ich jetzt sage, das ist wieder nur aus Gesprächen mit den Kollegen aus der „Neuen Heimat": Es gibt einen Grundsatzbeschluß, daß sich die „Neue Heimat" in irgendeiner Form mit Baufirmen bei Tochtergesellschaften zusammenschließt und daß sie bei Tochtergesellschaften im Ausland immer größten Wert darauf legt, daß sie nach Möglichkeit aus der Gewerkschaftsbewegung kommen. Ich glaube, die Erfahrungen, die sie bis 1976 gemacht haben, haben dazu geführt, sich einen Partner zu suchen, der behilflich ist, das zuerst einmal zu stabilisieren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber die erste Gründung stimmt ja nicht, mit der BAWAG.

Wuchterl: Nun, die BAWAG ist doch auch die Bank des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zu 75 Prozent. Sie hat sicherlich auch einen Konnex zur Gewerkschaftsbewegung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist richtig. Aber so wie Sie es definieren, im Gewerkschaftsbereich, ist es also ...

Wuchterl: Ob jetzt da die Bank oder eine Fachgewerkschaft, sie suchen die Kontakte in solchen Organisationen, Vereinigungen, Institutionen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie stark ist jetzt eigentlich das Verhältnis der Tractus zur Sozialistischen Partei?

Wuchterl: Ich weiß jetzt nicht, wie ich das beantworten soll. Die Tractus ist bei der Infrabau beteiligt. Ich bin dort Geschäftsführer.

Aber sonst gibt es kein direktes Verhältnis.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der „Vorwärts" ist dabei, nicht?

Wuchterl: Der „Vorwärts" ist dabei mit 20 Prozent bei der Tractus, mit 2,5 Millionen Schilling, aber irgendwelche Kontakte oder Verbindungen zur Sozialistischen Partei habe ich als Geschäftsführer der Tractus bisher nicht gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na ja, sicher, weil Ihr zweiter Partner war ja schon einmal der Kommerzialrat Eder, und die „Vorwärts" ist ja im hundertprozentigen Besitz der SPÖ.

Wuchterl: Ja, aber sonst haben wir als Tractus keinerlei wie immer gearteten Kontakte zur SPÖ.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat denn die Infrabau an Krediten für den „Vorwärts" garantiert?

Wuchterl: Da weiß ich nichts, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie nie damit zu tun gehabt, daß Kreditbesicherungen seitens der Infrabau waren? Hat das nur die „Neue Heimat" gemacht?

Wuchterl: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich hätte die Bitte, daß man den Ausschuß auf fünf oder zehn Minuten unterbricht. Ich hätte mir gerne den Vertrag, der jetzt vorgelegt worden ist, kurz angeschaut. Sonst müssen wir nämlich den Zeugen vielleicht noch einmal beantragen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich kann aber gleich eine Zusatzfrage stellen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Also ich bin sofort bereit, wenn dann der Herr Kollege Dr. Kohlmaier die Zusatzfrage gestellt hat, den Ausschuß auf 15 Minuten zu unterbrechen. Ich bitte Sie, Herr Zeuge, in der Nähe des Verhandlungslokals zu bleiben.

Und jetzt die Zusatzfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, Sie haben also bereits gesprochen von Ihrer Tätigkeit als Geschäftsführer der Tractus. Wie sehr hat Sie denn das zeitlich in Anspruch genommen?

Wuchterl: Nicht sehr.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nicht sehr?

Wuchterl: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie einen Bezug von der Tractus bekommen?

Wuchterl: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie für diese ganze Tätigkeit keine wie immer geartete Entschädigung bekommen?

Wuchterl: Keine wie immer geartete Entschädigung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie das während des Tages abgewickelt, wenn etwas angefallen ist?

Wuchterl: Soweit es diese Tätigkeit erfordert in Bürohinsicht, habe ich das während des Tages abgewickelt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also verstehe ich Sie richtig: Sie haben eine Zeit, für die Sie als Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft einen Bezug gehabt haben, für diese Dinge verwendet?

Wuchterl: Zum Teil ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich unterbreche den Ausschuß bis 16.40 Uhr.

(Die Verhandlungen werden um 16 Uhr 30 Minuten unterbrochen und um 16 Uhr 40 Minuten wiederaufgenommen.)

Fortsetzung der Zeugeneinvernahme von Kurt Wuchterl

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Zeuge, wieder Platz zu nehmen. Herr Abgeordneter Bergmann wird Ihnen weitere Fragen stellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Das, was Sie uns hier überreicht haben, ist exakt das, was uns nicht interessiert, nämlich die rein formellen Verträge. Was uns interessiert hätte, wäre die Vereinbarung Pilgram-Zentrum — Infrabau beziehungsweise Pilgram-Zentrum oder Infrabau mit dem „Vorwärts" über die Abwicklung und über die Durchführung des Projekts Pilgram-Zentrum, wo Grundstücksverkauf und alle diese Dinge und wieder Rückkauf eine Rolle gespielt haben.

Ich muß Sie daher weiter befragen, wie das nun tatsächlich war, als im Jahr 1973, glaube ich, auf Anregung von Eder das Pilgram-Zentrum gegründet worden ist. Welche Motivation hat es bei der Infrabau gegeben, dieses Pilgram-Zentrum zuerst gemeinsam mit dem „Vorwärts" zu gründen?

Wuchterl: Herr Abgeordneter, zuerst möchte ich mich entschuldigen. Ich habe die Unterlagen vom Herrn Magister Sajbl bekommen, sie hier abzugeben. Ich wußte nicht, welche Unterlagen er aufgetragen bekommen hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war kein Vorwurf an Sie. Sagen Sie dem Herrn Sajbl einen schönen Gruß, wir werden ihn wahrscheinlich wieder beantragen müssen.

Wuchterl: Ich habe diese Unterlagen mitgenommen. Ich möchte mich entschuldigen, ich habe das auftragsgemäß durchgeführt. Und die zweite Frage darf ich beantworten: Im Jahre 1973 war ich nicht bei der Infrabau und hatte keinerlei wie immer geartete Verbindung. Ich kenne diese Beweggründe nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben aber zum Beispiel über die „Neue Heimat" sehr gut Bescheid gewußt, daß Sie im Zuge der Tractus-Gründung und der Tractus-Beteiligung dann durchaus in der Lage waren, die Defizite der Infrabau zu decken.

Wuchterl: Im Jahr 1976 habe ich mich mit den Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers befaßt, habe das festgestellt, und ich habe hauptsächlich Höhenstraße-Klosterneuburg gesehen. Das waren die Ursachen, daß ich mit den deutschen Kollegen gesprochen habe. Über das Pilgram-Zentrum — ich habe das schon vorhin gesagt — habe ich nie zu sprechen gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber sowohl das Pilgram-Zentrum als auch die Infrabau haben ja jahrelang Belastungen aus diesem Projekt mitgeschleppt.

Wuchterl: Ja, das stimmt, das weiß ich aus den Bilanzen, aber die Gespräche, die Verhandlungen habe nicht ich geführt, das war immer Sache des Herrn Kommerzialrates Eder.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie das Pilgram-Zentrum als Briefkastenfirma betrachten?

Wuchterl: Würde ich nicht betrachten, glaube ich, als Briefkastenfirma, weil es bilanziert hat, Geschäfte, soweit sie jetzt bekannt sind, hinsichtlich dieses geplanten Baues, was ich nicht kenne, abgewickelt hat. Ob das als Briefkastenfirma zu bezeichnen ist, kann ich nicht beurteilen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, warum der Vorwärts-Verlag dann aus dem Pilgram-Zentrum ausgeschieden ist?

Wuchterl: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie die Tractus als eine Briefkastenfirma bezeichnen?

Wuchterl: Diese würde ich nicht als Briefkastenfirma bezeichnen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie oft waren Sie denn in Hamburg?

Wuchterl: In Hamburg war ich, glaube ich, drei- oder viermal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Herrn Vietor näheren Kontakt?

Wuchterl: Mit dem Herrn Vietor nicht. Mein Gesprächspartner bei den deutschen Kollegen ist Herr Städter, Vorstandsmitglied der „Neuen Heimat" Hamburg, der für Österreich zuständig ist. Ich kenne den Herrn Vietor.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Herrn Vietor nie darüber geredet, was die Ursache seines Engagements in Österreich ist?

Wuchterl: Also ich würde mich jetzt nicht zu klein machen, aber für den Herrn Vietor gibt es sicherlich andere Gesprächspartner. Der ist immerhin Vorsitzender des Vorstandes. Meine Gespräche habe ich mit dem Kollegen Städter geführt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der hat Ihnen nie erzählt, warum sie das alles eigentlich betreiben?

Wuchterl: Der Kollege Städter ist meines Wissens auch erst im Jahre 1974 oder gar 1975 mit dieser Aufgabe betraut worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In all den Jahren hat niemand den Eindruck gehabt, daß die „Neue Heimat" sich einmal zurückziehen will, weil in Österreich nichts zu erben ist?

Wuchterl: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es irgendwelche aussichtsreiche Geschäfte für die „Neue Heimat" gegeben?

Wuchterl: Ich bin nicht in der „Neuen Heimat" tätig, das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn mit der Mediplan Wien zu tun gehabt?

Wuchterl: Außer daß ich weiß, daß sie gegründet war, nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum ist sie gegründet worden? Das war jetzt dann schon zu Ihrer Zeit.

Wuchterl: Über Antrag des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, des Herrn Vietor, kam dieser Vorschlag, und dem hat der Aufsichtsrat zugestimmt. Geschäftsführer dieser Mediplan wurde Herr Mag. Sajbl und der Herr Karsten Becker aus Hamburg.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Herrn Karsten Becker einen näheren Kontakt gehabt?

Wuchterl: Näheren Kontakt nicht, aber ich kenne den Herrn Karsten Becker.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat sich der Herr Karsten Becker einmal beschwert, daß man in Österreich in Konkurrenz zu Firmen oder Firmengemeinschaften, bei denen die Ökodata dabei ist, keine Aufträge ergattern kann?

Wuchterl: Bei mir nicht, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine Ahnung, warum die Mediplan den BO-Auftrag beim AKH nicht bekommen hat?

Wuchterl: Nein, das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Abgeordnete Prechtl hat hier im Ausschuß ... Oder die Frage anders gestellt: Die Gemeinnützigkeitsklausel beim Verein Eisenbahnerheim hat Sie nie zum Nachdenken veranlaßt, daß das eigentlich eine vom Statut her illegale Beteiligung ist?

Wuchterl: Ich habe schon erklärt, ich bin nicht Funktionär des Vereins Eisenbahnerheim. Aber über diese Gemeinnützigkeitsfrage weiß ich, daß es bereits 1976 Gespräche gegeben hat. Hier sollte, glaube ich, eine Statuten- oder Satzungsänderung des Vereins Eisenbahnerheim gemacht werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gespräche zwischen wem?

Wuchterl: Ich glaube, mit der Vereinsbehörde oder innerhalb der Gewerkschaft. Es hat Gespräche gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Statutenänderung ist aber noch nicht erfolgt?

Wuchterl: Soweit ich es weiß, noch nicht. Aber ich glaube, es ist eine vorgesehen. Aber ich bin dort nicht Funktionär. Ich kenne die Statuten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie sind immerhin 80-Prozent-Geschäftsführer bei einer Firma, die unter Umständen rechtlich völlig in der Luft hängt.

Wuchterl: Ich kenne die Statuten des Vereines Eisenbahnerheim. Ich glaube, rechtlich hängt er nicht in der Luft. Es ist ein Verein, Herr Abgeordneter. Die Frage der Gemeinnützigkeit — das weiß ich — ist erstmalig 1976 zur Diskussion gestanden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Heißt das, daß Sie unter dem Aspekt, es werden eh nur Defizite gemacht, die Gemeinnützigkeitsklausel als erfüllt betrachten?

Wuchterl: Nein, das glaube ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war schon eine gepflegte Gewinnabsicht bei der Tractus dabei?

Wuchterl: Ob eine gepflegte Gewinnabsicht bei der Tractus dabei war ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber eine Gewinnabsicht, keine Verlustabsicht.

Wuchterl: Die Bemühung war jedenfalls so, daß keine Verluste mehr entstehen sollten, nachdem die Tractus in die Infrabau eingetreten ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn es dann irgendwann auf Grund der vielen Spenden der Firma „Neue Heimat" und des Einsatzes des Herrn Sajbl einmal zu einem Geschäft kommt im Rahmen der Infrabau und zu Gewinnen oder Dividenden, wer kriegt denn dann diesen Gewinn?

Wuchterl: Wenn eine Dividende ausgeschüttet wird, hat sie die Tractus zu bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie verteilt sich das dort?

Wuchterl: Wenn es zu einer Gewinnverteilung kommen sollte, würden sicherlich 80 Prozent auf den Verein Eisenbahnerheim und 20 Prozent auf die Vorwärts AG fallen, wenn es zu einer Gewinnausschüttung, zu einer Dividendenzahlung kommt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe keine Fragen mehr.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Hat noch jemand von den Damen und Herren Abgeordneten Fragen an den Zeugen? — Wenn das nicht der Fall ist, Herr Zeuge, dann ist Ihre Einvernahme beendet. Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind. *(Zeuge Wuchterl verläßt den Saal.)*

Schluß der Sitzung: 17 Uhr

32. Sitzung: 17. März 1981

Beginn: 9 Uhr 5 Minuten

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** eröffnet die Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Zeugeneinvernahme von DDr. Pius Michael Prutscher

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich begrüße Sie, Herr Stadtrat außer Dienst DDr. Prutscher, im Untersuchungsausschuß des Nationalrates.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß das Plenum des Nationalrates dem Untersuchungsausschuß drei Untersuchungsthemen genannt hat. Das erste Thema ist die Vergabe des Betriebsorganisationsauftrages für das Allgemeine Krankenhaus an die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation und die Abwicklung von Subaufträgen in diesem Zusammenhang. Zweitens die Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind. Drittens die Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung.

Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates der Untersuchungsausschuß verhalten ist, die Strafprozeßordnung anzuwenden, und hier ist für die Zeugen insbesondere der § 153 der Strafprozeßordnung von Bedeutung. *(Der Wortlaut dieser gesetzlichen Bestimmung wird verlesen.)*

Ich habe Sie jetzt, Herr Zeuge, um Ihre Generalien zu bitten: Name, Geburtsdatum, Beruf, Anschrift.

DDr. **Prutscher:** Geboren 1913, wohnhaft im 13. Bezirk, Erzbischofgasse. Ich habe 1931 maturiert, Jusstudium, 1936 promoviert; ich bin dann in die Firma eingetreten. Mein Name ist Pius Michael Prutscher.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie sagten, Sie sind seit 1936 in die Firma eingetreten. In welche Firma?

DDr. **Putscher:** In die Firma Johann Prutscher.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und Sie sind heute noch in der Firma Prutscher?

DDr. **Prutscher:** Ich bin heute noch Gesellschafter.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Gesellschafter mit welchem Beteiligungsverhältnis?

DDr. **Prutscher:** 55 Prozent.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Funktion führen Sie in der Firma aus?

DDr. **Prutscher:** Ich habe mich in den sechziger Jahren von der Führung der Geschäfte an sich zurückgezogen und bin Seniorpartner, die Führung der Geschäfte liegt bei meinem Sohn.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, seit 1960 sind Sie nicht mehr Geschäftsführer?

DDr. **Prutscher:** Sagen wir Mitte der sechziger Jahre, das war in der Mitte der Stadtratzeit.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie andere Beteiligungen noch an anderen Firmen?

DDr. **Prutscher:** Ja. Ich bin an der Firma meiner verstorbenen Schwester beteiligt, und andere Beteiligungen sind bei Dr. Prutscher — Ges. m. b. H., das ist eine Grundstücksverwaltung, da bin ich unbedeutend beteiligt. Es ist möglich, daß ich irgend etwas auslasse, aber jedenfalls nichts Wesentliches.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Beteiligungen bei ausländischen Firmen, Herr Zeuge, haben Sie solche?

DDr. **Prutscher:** Bei ausländischen Firmen ist die Firma Johann Prutscher beteiligt, aber nicht ich direkt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie persönlich nicht, sondern die Firma Prutscher.

DDr. **Prutscher:** Die Firma Johann Prutscher.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, Sie standen und Sie stehen noch im Betrieb und sind also tätig?

DDr. **Prutscher:** Nein. Ich bin im Betrieb, wenn ich das so sagen darf auf Grund der Familienerfahrungen, nicht tätig.

Wenn ich kurz dazu sagen darf: 1921 verließ mein Bruder die Firma, weil er sich mit meinem Vater nicht verstand, meine Schwester Ende der zwanziger Jahre. Ich habe mir dann gesagt, also es muß gehen, und habe es von 1936 bis 1958, das war mit kurzen Unterbrechungen, 20 Jahre gemacht. Aber nach Ablauf dieser Zeit und beim Eintritt meines Sohnes sagte ich mir, das, was ich dabei ohne bösen Willen beiderseits mitgemacht habe, muß ich meinem Sohn nicht unbedingt antun, und habe mich zur ehestmöglichen Frist von der Führung der Geschäfte zurückgezogen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und was wissen Sie über die Geschäfte der Firma jetzt?

DDr. **Prutscher:** Über die Geschäfte der Firma bin ich an sich durch die Bilanzen informiert, über die hier im Ausschuß zur Debatte stehenden Geschäfte nachträglich durch die Eingaben, die jeweils, wenn etwas in den Zeitungen stand, an die Behörden erfolgten, beziehungsweise durch den Kontrollamtsbericht in bezug auf die MED-CONSULT.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, Herr Zeuge, Sie haben überhaupt keine Einwirkung mehr gehabt auf die geschäftliche Gebarung des Unternehmens seit 1960 ungefähr?

DDr. **Prutscher:** Nein. Ich bin 1964 Stadtrat geworden und habe da angefangen abzubauen, und so ungefähr Mitte der Stadtratstätigkeit hat das dann mein Sohn allein gemacht. Das wurde dann 1969/70 auch vertraglich festgelegt. Der Vertrag muß beim Finanzamt liegen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Firma Ihrer verstorbenen Schwester, wie heißt die?

DDr. **Prutscher:** Die Firma meiner verstorbenen Schwester heißt G.M. Prutscher.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Dort sind Sie auch nicht mehr tätig?

DDr. **Prutscher:** Nein. Aber diese Firma hat mich seit 1970 sehr viel Arbeit gekostet, weil mir meine Schwester knapp vor ihrem Ableben ein mündliches Testament mitgeteilt hat, aber dann nicht mehr dazu kam, das schriftlich niederzulegen. Es war dann Haupterbin eine Person, die geistig nicht mehr ganz zurechnungsfähig war. Sie ist dann später auch in Umnachtung und entmündigt gestorben. Es war eine unerhört aufreibende und weitgehende Arbeit, dem Willen meiner Schwester dann nachträglich durch Verträge, Käufe und so weiter Rechnung zu tragen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Nun noch eine Frage: Wissen Sie um die Aufträge der Firma Prutscher bezüglich des AKH-Baues?

DDr. **Prutscher:** Im wesentlichen durch die Eingaben, die jetzt im Anschluß an die Presseveröffentlichungen an die Behörden gegeben wurden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Bevor ich mit der eigentlichen Befragung

beginne, muß ich einige Erläuterungen geben, die meine Fragestellung wahrscheinlich erst verständlich machen für Sie, aber auch für die anderen Mitglieder des Ausschusses.

Es ist so, daß Sie, Herr Zeuge, wie hier jedermann bekannt ist, aktiver ÖVP-Politiker in Wien waren. Ihr Name ist mit der ÖVP verbunden, positiv verbunden, und das hat dazu geführt, daß von verschiedenen Seiten durch das Auftreten des Namens Prutscher eine ÖVP-Dimension der AKH-Affäre hergestellt wurde, wozu insbesondere der Abgeordnete Bauer, glaube ich, einiges beigetragen hat.

Herr Zeuge, können Sie bestätigen dem Ausschuß und insbesondere dem Herrn Vorsitzenden, daß Sie mit keinem, der hier an diesem Ausschuß mitwirkt, vorher über Ihre Einvernahme gesprochen haben. Also Abgeordneter Steinbauer, Bergmann, meine Wenigkeit und Feurstein?

DDr. **Prutscher:** Durchaus.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gab es also keine vorherige Absprache? Sind Ihre Antworten also spontan und unabgesprochen?

DDr. **Prutscher:** Ich habe mit niemandem, der sich hier im Saale befindet, über meine Einvernahme gesprochen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gibt es, Herr Zeuge, irgendwelche Beziehungen, die über Ihre persönliche ÖVP-Nähe hinausgehen, zwischen der Firma Johann Prutscher, heißt sie genau, und der Österreichischen Volkspartei?

DDr. **Prutscher:** Meines Wissens nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gibt es eine Einschaltung irgendeiner Art der Firma im Sinne der Volkspartei, daß irgendwelche Arbeiten geleistet werden, irgendwelche Gefälligkeiten geschehen, irgendwelche Hilfestellungen oder etwas geboten werden?

DDr. **Prutscher:** Zum Fasching kommt jemand wegen Ballkarten und so weiter, aber nichts darüber hinaus.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also sie meinen, nichts über das hinaus, was gegenüber Firmen allgemein geschieht?

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Ihres Wissens, obwohl sie an der Geschäftsführung nicht beteiligt sind, die Firma finanzielle Zuwendungen an die ÖVP geleistet in irgendeinem bemerkenswerten Umfange?

DDr. **Prutscher:** Nichts über das, was über den Rahmen normaler Spenden geht, aber auch davon weiß ich an sich nichts.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich meine nicht Ihre persönlichen, sondern die Firma. Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen, daß Ihr Sohn, der die Geschäfte der Firma führt, in einem besonderen Naheverhältnis, Zusammenarbeits- oder Kontaktverhältnis zur Österreichischen Volkspartei oder zu Spitzenpolitikern der ÖVP ist?

DDr. **Prutscher:** Dazu kann ich eine Erfahrung sagen. Mein Sohn stammt aus einer Familie, wo der Vater selten am Abend daheim war in seiner politischen Zeit, seltener noch zum Wochenende; wenn er daheim war, noch telefoniert hat oder etwas gelesen hat. Wie er dann in den Betrieb gekommen ist, sah er, daß verschiedenes, was andere Firmen inzwischen getan haben, hier nicht geschehen ist; daraus ergibt sich bei ihm eo ipso eine grundsätzliche Ferne zur Politik und Konzentration auf den Betrieb.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben also den Eindruck, daß Ihr Sohn sich vom politischen Geschehen aus geschäftlichen Gründen eher zurückhält.

DDr. **Prutscher:** Auf Grund des Gegenbeispiels des Vaters, der zu viel Politik und vielleicht zu wenig Familie und zu wenig Betrieb gemacht hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nun wäre folgendes naheliegend, Herr Zeuge. Sie kennen sicher auf Grund Ihrer politischen Tätigkeit in der ÖVP ÖVP-Politiker. Hat Ihr Sohn sich je an Sie gewendet, daß sie auf Grund Ihrer Beziehungen oder Bekanntschaften Interventionen im Zusammenhang mit dem AKH-Bau oder in der Nähe des AKH-Baues liegende Dinge unternehmen?

DDr. **Prutscher:** Bestimmt nicht im Zusammenhang mit dem AKH-Bau. Es könnte in der Zeit, Ende 1960, Anfang 1970 gewesen sein, daß er gesagt hat, bitte, ich suche dort ein Entree, bitte kann ich bei dem vorsprechen, daß ich also angerufen habe, damit er vorsprechen kann, aber nicht mehr. Aber an das erinnere ich mich nicht, aber ich will es nicht ausschließen der Vollständigkeit halber.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jedenfalls waren Sie im Zusammenhang mit Auftragserteilungen, Beschäftigung AKH als ehemaliger ÖVP-Politiker nicht eingeschaltet?

DDr. **Prutscher:** In keiner Weise.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und haben auch nicht Türen geöffnet, Brücken gebaut für Interventionen Ihres Sohnes?

Hat Ihr Sohn hier selbständig agiert?

DDr. **Prutscher:** Völlig selbständig. Es waren

ja auch die Brücken, die ich seinerzeit vielleicht gehabt hätte, alle gar nicht mehr da.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es tut mir leid, wenn ich hier, ich habe es am Beginn begründet, ein bißchen in die familiäre Situation eindringen muß, aber es ist gerade für meine Partei sehr wichtig *(DDr. Prutscher: Nein, nein, nein!)*, weil ich Ihnen den Eindruck geschildert habe: Prutscher ist ÖVP.

Haben Sie mit Ihrem Sohn Gespräche darüber geführt, wie man zu AKH-Aufträgen kommen kann, wen man einschalten könnte, ob man durch Spenden, durch irgendwelche ähnliche Dinge hier einen Geschäftsvorteil herbeiführen könnte?

DDr. **Prutscher:** Nein, nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist dieser Bereich im Gespräch Vater — Sohn ausgeklammert gewesen?

DDr. **Prutscher:** Er hat mir gelegentlich von irgend etwas erzählt, daß wir einen Auftrag bekommen haben, wie zum Beispiel der Dekkenauftrag, als wir Bestbieter gewesen sind, das hat er mir erzählt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Ihr Sohn dabei je anklingen lassen, daß er zu solchen Aufträgen gekommen ist, weil er Ihr Sohn ist, weil er Freunde, Bekannte, Parteifreunde von Ihnen oder so etwas dadurch für sich gewinnen konnte?

DDr. **Prutscher:** Ich wüßte nicht, warum. Wir waren bei dem Auftrag Bestbieter, die anderen waren um Dutzende von Millionen höher, das hätte bestimmt damit nichts zu tun gehabt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich muß Sie jetzt sehr allgemein fragen *(DDr. Prutscher: Bitte!)* und bitte, hier wirklich nachzudenken: Gibt es irgend etwas, was die Auffassung unterstützen könnte, die Firma Prutscher ist bei ihrer AKH-Aktivität von der Partei, deren Stadtrat Sie waren, in irgendeiner Weise gefördert, begünstigt, unterstützt worden?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat man sich darum in irgendeiner Weise für Sie wahrnehmbar bemüht, eingesetzt?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie das wirklich . . .

DDr. **Prutscher:** Ich wüßte gar nicht, wer sich eingesetzt haben soll.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich muß jetzt noch einen Punkt berühren, der auch nicht sehr — glaube ich — positiv ist. Ich möchte es aber nicht ganz unterlassen.

Ist es richtig, daß es sogar einmal eine Störung Ihrer Beziehung zur ÖVP gab, bei der Ihr Sohn eine gewisse Rolle gespielt hat?

DDr. **Prutscher:** Bitte, inwiefern?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In der Zeit, wo sie als Stadtrat ausgeschieden sind. Ich habe es sehr allgemein formuliert.

DDr. **Prutscher:** Das könnte mein Ausscheiden beschleunigt haben, verursacht hat es es bestimmt nicht.

Aber darf ich ganz kurz zu den wesentlichen Gründen meines Ausscheidens kommen.

Im Jahr 1970 ist meine Schwester gestorben, und ich habe hier die Aufgaben übernehmen müssen, die ich kurz vorher geschildert habe.

Zum anderen war ich zu der Zeit 25 Jahre in der Politik. Um diese Zeit muß man entweder trachten, höher hinaufzukommen, oder der nachfolgenden Generation das überlassen. Da ich persönlich nicht ehrgeizig bin, habe ich den anderen Weg vorgezogen und habe auch bereits ein Jahr vorher mein Gemeinderatsmandat zurückgelegt.

Und dann war noch etwas, was mit meiner Firma zusammenhing. Die Gemeinde Wien war ein sehr wesentlicher Markt für die Firma. Während meiner Stadtratszeit war meine Firma einmal Bestbieter, daraufhin habe ich mich schriftlich an den Magistratsdirektor gewandt und habe ihn ersucht, mir mitzuteilen, was in diesem Fall zu tun ist. Daraufhin hat er mir eine Rechtsbelehrung gegeben, was ich in einem solchen Falle nicht tun darf und daß die Firma im Gemeinderatsausschuß 2, das ist im Finanzausschuß, anzusuchen hat, ob sie sich trotz dieser Sache an Ausschreibungen beteiligen kann. Diese Erlaubnis wurde erteilt. Es wurden in der Folge auch eine Reihe von Aufträgen mit der Firma Gemeinde abgewickelt.

Nur war das an sich nicht sehr lustig für mich, denn wenn ein Auftrag an mich in dem Ausschuß, dem ich als Stadtrat angehörte, verhandelt wurde, mußte ich das Lokal verlassen, und in der Firma haben sie mir gelegentlich gesagt, diesen Auftrag haben wir nicht bekommen wegen deiner Nase, und im Rathaus hat mir jemand entgegnet: Diesen Auftrag hast du nur deswegen bekommen.

Es war also alles vollkommen korrekt und im Einklang mit den Bestimmungen. Aber für jemanden, der Politik machen will, nicht sehr angenehm.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich habe dafür volles Verständnis. Ihrer Aussage, daß sie sich

von der Geschäftsführung zurückgezogen haben, kann ich wohl auch entnehmen, daß Sie über die Hintergründe und die Details der Gründung der Firma Med-Consult auch nicht informiert sind.

DDr. **Prutscher:** Ich bin jetzt durch den Bericht des Kontrollamtes informiert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber als das geschehen ist, waren Sie nicht in irgendeiner Weise einbezogen?

DDr. **Prutscher:** Als das geschehen ist, habe ich, sagen wir, an sich davon gehört und habe es als eine Zusammenarbeit, wie sie ja in der Gemeinde öfter passiert, zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Firmen gesehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wurde Ihnen ein besonderer Grund für diese Zusammenarbeit mitgeteilt, irgendein Motiv, das man vielleicht auch als politisches Motiv sehen könnte?

DDr. **Prutscher:** Wir haben, meines Wissens, wiederholt mit der Firma ODELGA bei Exportversuchen und bei anderem zusammengearbeitet. Es hat das gelegentlich geklappt, gelegentlich ist es zu Differenzen gekommen. Man hat gehofft, daß es durch eine solche Konstruktion etwa besser funktioniert, weil sich ja die Produktionsprogramme der beiden Firmen weitgehend ergänzen. Das wäre also ein weitgehend sachlicher Grund.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber irgendwelche politische Motivationen sind Ihnen hier nicht bekanntgeworden oder mitgeteilt worden?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Über die Aufträge Leibschüsselspülmaschinen, Sanitärcontainer, Trennwände ist Ihnen im Detail nichts bekanntgeworden?

DDr. **Prutscher:** Ist mir aus den Antworten an die Behörden bekannt. Bei den Steckschüsseln habe ich aus dieser Antwort entnommen, daß wir entweder direkt oder die MED-CONSULT, das weiß ich nicht genau, ein Produkt angeboten haben, das um ein Drittel billiger gewesen ist als die anderen Produkte. Das war laut einem Gutachten eines Institutes, eines Herrn Flamm, oder wie er geheißen hat *(Abg. Dr. Kohlmaier: Flamm, ja!)*, als ungeeignet befunden, obwohl es in Provinzkrankenhäusern angewendet wird. Dann hat man sich eben um den Auftrag, den die Firma ODELGA bekommen hat, bemüht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge! Teilen Sie die von Herrn Dr. Drennig hier gemachte Feststellung, daß die Firmengruppe Prutscher eine ÖVP-nahe sei?

DDr. **Prutscher:** Wenn Sie mich fragen, ich bin ÖVP-Mitglied.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ein Vorhalt aus Protokollen muß wörtlich sein. Mir ist keine Äußerung des Dr. Drennig in Erinnerung, wo er dezidiert diesen Ausdruck „ÖVP-nahe" genannt hat.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Da bitte ich, das Protokoll der Aussage des Herrn Dr. Drennig zur Verfügung zu stellen, damit man das klären kann.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge! Darf ich Sie bitten, das Ausscheiden aus der Firma Prutscher zu erzählen; aus der Geschäftsführung.

DDr. **Prutscher:** Als ich mein Amt als Amtsführender Stadtrat übernahm, habe ich aus den Gründen, die ich eingangs geschildert habe, daß ich also durch 20 Jahre mit meinem um Jahrzehnte älteren Vater im Geschäft war und daß das gewisse Schwierigkeiten mit sich gebracht hat, getrachtet, daß mein Sohn die Sache so rasch als möglich übernimmt. Das war mir insbesondere auch deshalb angenehm, weil ich ja nicht zugleich eine politische Ganztagsbeschäftigung und das Geschäft nebeneinander führen wollte.

Abg. **Peter** (FPÖ): Zu welchem Zeitpunkt haben Sie die Geschäftsführung zurückgelegt, bitte? Wenn Sie mir das zeitlich präzisieren.

DDr. **Prutscher:** Formal ist das Ende 1960 geschehen, 1969 oder 1970 ist es auch in den Gesellschaftsvertrag hineingekommen. Das ist so ein gleitender Übergang gewesen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Hat die Firma Prutscher unter Ihrer Geschäftsführung AKH-Aufträge erhalten?

DDr. **Prutscher:** Sie meinen jetzt von der AKPE?

Abg. **Peter** (FPÖ): AKH-Aufträge.

DDr. **Prutscher:** Ja das könnte Aufträge betreffen, die 12, 14 Jahre zurückliegen, nicht?

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich frage konkret, ob die Firma AKH-Aufträge unter Ihrer Geschäftsführung erhalten hat?

DDr. **Prutscher:** Bitte, das muß sich in der Korrespondenz befinden, die ich mit dem Magistratsdirektor geführt habe. Denn ich habe dem Magistratsdirektor damals wegen eines Auftrages geschrieben, wo die Firma Bestbieter war, und habe ihn gefragt, was hier Rechtens ist. Ob das ein AKH-Auftrag war oder ein anderer, das vermag ich im Augenblick nicht zu sagen. Das muß aber im Rathaus aktenkundig sein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Hat die Firma Prutscher

am 13. Juli 1966 einen AKH-Auftrag über medizinisch-technische Einrichtungen bekommen? Das war doch noch unter Ihrer Geschäftsführung.

DDr. **Prutscher:** Das ist möglich, aber ich kann ... Wenn es das war, ist es in der Korrespondenz mit dem Magistratsdirektor enthalten.

Abg. **Peter** (FPÖ): Hat die Firma Prutscher am 14. März 1967 ebenfalls einen AKH-Auftrag unter Ihrer Geschäftsführung bekommen?

DDr. **Prutscher:** Ich vermag das ebensowenig zu beantworten wie das andere. Aber wenn es ist, so ist das in der Stadt Wien in den Akten, die sich in der Magistratsdirektion befinden, und in der Korrespondenz darüber ... Wie waren die beiden Daten?

Abg. **Peter** (FPÖ): 13. Juli 1966, 14. März 1967. Und hat die Firma Prutscher unter Ihrer Geschäftsführung am 21. Juni 1967 einen weiteren AKH-Auftrag bekommen?

DDr. **Prutscher:** Das ist durchaus möglich. Aber das war dann nicht mehr meine Geschäftsführung, weil ich in dem Augenblick, wo es sich um Dinge handelt, wo ich, sagen wir, politisch verfangen war, die Geschäftsführung schon wie begonnen meinem Sohn übergeben habe. Er ist ja Anfang der sechziger Jahre in die Firma eingetreten und war damals schon ziemlich fit, und ich bin 1964 Stadtrat geworden und habe damals weitgehend alles übergeben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Waren Sie 1967 noch Stadtrat?

DDr. **Prutscher:** Sicher.

Abg. **Peter** (FPÖ): Waren Sie 1968 noch Stadtrat?

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Waren Sie 1967 noch Geschäftsführer?

DDr. **Prutscher:** De facto hat in diesen Dingen die Geschäftsführung mein Sohn gehabt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Waren Sie de iure Geschäftsführer?

DDr. **Prutscher:** De iure ist das möglich.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wielang waren Sie de iure Geschäftsführer?

DDr. **Prutscher:** Viel länger, als ich es de facto war.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und daran kann man sich nicht mehr erinnern?

DDr. **Prutscher:** Bitte ich weiß, daß in einem Gesellschaftsvertrag 1969 oder 1970 hier die Geschäftsführung an meinen Sohn vertraglich festgelegt wurde. Aber das war ein Zustand, der ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Die von mir gestellten Fragen bezüglich dieser AKH-Aufträge an die Firma Prutscher, und zwar direkt an die Firma Prutscher, beziehen sich auf den Bericht des Wiener Kontrollamts und sind hier auch ziffernmäßig ausgewiesen und sind daher noch unter Ihrer Geschäftsführung erfolgt.

Nun, Herr Zeuge, darf ich Sie bitten, uns bei der Erarbeitung eines Über- und Einblickes in die Firmengruppe Prutscher zu helfen, soweit Sie dazu in der Lage sind, uns dabei zu helfen. Wie setzt sich die Johann Prutscher OHG Wien zusammen?

DDr. **Prutscher:** Aus meinem Sohn und mir.

Abg. **Peter** (FPÖ): Welchen Anteil hat Ihr Sohn, und welchen Anteil haben Sie?

DDr. **Prutscher:** 55 zu 45.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und sonst ist niemand mehr an dieser Firma beteiligt?

DDr. **Prutscher:** Eine stille Beteiligung dürfte es sein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Eine inländische oder eine ausländische?

DDr. **Prutscher:** Es war einmal eine ausländische, die jetzt in eine inländische umgewandelt wurde.

Abg. **Peter** (FPÖ): Die Labor-Investment AG, Zug (Schweiz) ist nicht mehr beteiligt?

DDr. **Prutscher:** Ist nicht mehr beteiligt, nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wer ist der inländische Beteiligte?

DDr. **Prutscher:** Die Rinter Hausverwaltungs Ges. m. b. H.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte seien Sie so freundlich und geben Sie mir weiter Auskunft über die G.M. Prutscher Ges. m. b. H und Co KG.

DDr. **Prutscher:** Das ist die Firma meiner verstorbenen Schwester.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie an der noch beteiligt?

DDr. **Prutscher:** An der bin ich noch beteiligt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Zu wieviel Prozent?

DDr. **Prutscher:** Derzeit mit, glaube ich, 14 oder 15 Prozent.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wer ist außer Ihnen an dieser Firma noch beteiligt?

DDr. **Prutscher:** Mein Sohn Wolfgang.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sonst noch jemand?

DDr. **Prutscher:** Es war ein Deutscher beteiligt. Der ist vor kurzer Zeit ausgeschieden, und dann ist noch der frühere Anwalt meiner Schwester daran beteiligt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte wer ist die Benzekker- und Prutscher G. m. b. H?

DDr. **Prutscher:** Die wurde zu Lebzeiten meiner Schwester gegründet, als Kunststoffliefe-ranten von ihr ausgefallen sind, und sie hatte die Aufgabe, verschiedene Kunststofferzeugnisse, die sowohl im Geschäft meiner Schwester und zum Teil auch bei uns in der Laborsache waren, zu erzeugen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wer sind die Beteiligten, und wie sind die Beteiligungsverhältnisse?

DDr. **Prutscher:** Derzeit dürfte die Firma überwiegend im Besitz meines Sohnes Wolfgang Prutscher sein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wie groß ist Ihr Anteil?

DDr. **Prutscher:** Ich glaube, ich habe ihn abgegeben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Kann es stimmen, daß Ihr Sohn Johann mit zwei Dritteln beteiligt ist?

DDr. **Prutscher:** Sie meinen Hans-Christoph?

Abg. **Peter** (FPÖ): Ja.

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Schließen Sie aus, daß Sie an dieser Firma mit einem Drittel beteiligt sind?

DDr. **Prutscher:** Nein, ich war bestimmt mit einem Drittel beteiligt, das ich von meiner Schwester geerbt habe, und dann ist die Firma Johann Prutscher mit einem Drittel beteiligt gewesen. Das ist aber meines Wissens alles an meinen Sohn Wolfgang gegangen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wie setzt sich die DDr. Pius M. Prutscher GesmbH. zusammen?

DDr. **Prutscher:** Aus meinem Sohn Wolfgang und mir.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wie ist hier die Beteiligung zwischen den beiden Herren aufgeteilt?

DDr. **Prutscher:** Überwiegend mein Sohn Wolfgang, und einen kleinen Teil habe ich.

Abg. **Peter** (FPÖ): Danke. Was wissen Sie, Herr Zeuge, über die Rinter-GesmbH. Schweiz?

DDr. **Prutscher:** An der Rinter Handels GesmbH sind wir als Firma Johann Prutscher mit 20 oder 25 Prozent beteiligt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sie selbst haben an dieser Firma eine oder keine Beteiligung?

DDr. **Prutscher:** Nein, die Firma!

Abg. **Peter** (FPÖ): Und die Rinter Lizenz AG in Zug?

DDr. **Prutscher:** Die ist uns völlig fremd!

Abg. **Peter** (FPÖ): An der ist die Firmengruppe Prutscher in keiner wie immer gearteten Weise beteiligt?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und die Prutscher GmbH, die Handel mit allen Waren betreibt, das ist für mich das uneinschätzbarste Gebilde, auf Grund dessen, was bisher in der Öffentlichkeit dargelegt wurde, können Sie uns dazu etwas sagen?

DDr. **Prutscher:** Moment, die Firma G.M. Prutscher ist eine GesmbH & Co KG, und die GesmbH dürfte die Führungs-GesmbH sein. Ich nehme das an.

Abg. **Peter** (FPÖ): Gibt es eine Johann Prutscher KG, oder ist das eine Fiktion?

DDr. **Prutscher:** Das war einmal!

Abg. **Peter** (FPÖ): Dankeschön! Und die Hans Prutscher GmbH?

DDr. **Prutscher:** Bei der Hans Prutscher GesmbH war ich eine Zeitlang Geschäftsführer, aber die wurde jetzt als eine Johann Prutscher GmbH und erzeugt ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Ist das die Tischlerei?

DDr. **Prutscher:** Die Labor, ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Danke!

Und die Johann Prutscher GesmbH, die Elektroinstallationen betreibt, gibt es die?

DDr. **Prutscher:** Das wird die gleiche Firma sein, die braucht mehrere Gewerbescheine, um das alles zu machen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was, Herr Zeuge, wissen Sie über die Aumed?

DDr. **Prutscher:** Weiß ich nichts.

Abg. **Peter** (FPÖ): Erzeugungs- und VertriebsgesmbH?

DDr. **Prutscher:** Ist mir unbekannt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Dr. Herbert Schaller sagt Ihnen in diesem Zusammenhang nichts?

DDr. **Prutscher:** Ich glaube, es ist einmal im

„profil" gewesen, aber die hat mit uns keinen Zusammenhang.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und nun bitte die Med-Consult und Ihre Beziehungen dazu?

DDr. **Prutscher:** Die Beziehungen der Firma zur Med-Consult? Die Med-Consult hat, glaube ich, zu 50 Prozent Johann Prutscher gehört oder gehört ihm noch.

Abg. **Peter** (FPÖ): Logo Möbel GesmbH?

DDr. **Prutscher:** Ja, das ist eine GesmbH, die fast keine Tätigkeit ausübt, die ein Patent auswerten sollte.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie an der persönlich beteiligt?

DDr. **Prutscher:** Die Firma Johann Prutscher ist daran beteiligt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Welche Anteile haben Sie?

DDr. **Prutscher:** Ich glaube, das hat Johann Prutscher zu 100 Prozent.

Abg. **Peter** (FPÖ): Besitzen sie nicht 33 Prozent?

DDr. **Prutscher:** Kann ich mir nicht vorstellen, nein!

Abg. **Peter** (FPÖ): Dort sind dann vermutlich Ihre beiden anderen Söhne mitbeteiligt.

DDr. **Prutscher:** Nein, das gehört meines Wissens nur der Firma, bitte ich habe mich damit nicht befaßt, weil die Firma seit Jahren keine Tätigkeit ausübt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und die Rinter Haus- und Liegenschafts-VerwaltungsgesmbH?

DDr. **Prutscher:** Die gehört der Renggli-Gruppe in der Schweiz.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und eine Prutscher-Beteiligung gibt es dort nicht?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und die Rinter-Rohstoff-Rückgewinnungs AG?

DDr. **Prutscher:** Ist im Besitz der Firma Johann Prutscher.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wie erklären Sie sich bitte die Namensgleichheit in diesem Zusammenhang?

DDr. **Prutscher:** Das könnte darauf zurückzuführen sein, daß mein Sohn hier diesbezüglich technische Anregungen von der Rinter-Gruppe in der Schweiz bekommen hat, daß er den Namen dann gewählt hat.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und was sagt Ihnen die Rinter Lizenz AG?

DDr. **Prutscher:** Gehört nicht uns!

Abg. **Peter** (FPÖ): Keine wie immer geartete Beteiligung?

DDr. **Prutscher:** Keine Beteiligung!

Abg. **Peter** (FPÖ): Wissen Sie, wem Sie gehört und wer beteiligt ist?

DDr. **Prutscher:** Wird der Renggli-Gruppe gehören.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und die Labor-Invest AG, Herr Zeuge, was wissen Sie von der?

DDr. **Prutscher:** Wird ebenfalls der Renggli-Gruppe gehören.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wer ist an dieser Gruppe unter anderem beteiligt?

DDr. **Prutscher:** An und für sich existiert eine Renggli-Fabrik, die Laborsachen erzeugt, und Renggli selbst hat wahrscheinlich noch eine Reihe von anderen potenten Kompagnons, aber darüber bin ich nicht informiert.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und die Labor-Bau-GesmbH? Die sitzt in Bad Tölz, haben Sie irgendwelche Kontakte dorthin, sind Sie daran irgendwie beteiligt?

DDr. **Prutscher:** Ja, das ist eine längere Geschichte. Im Jahre 1974 oder 1975, bitte ich weiß jetzt das Jahr nicht genau, ist eine sehr große deutsche Laborerzeugung in Konkurs gegangen, die auch mit Renggli und teilweise mit uns zusammengearbeitet hat. Und damals hat die Renggli-Gruppe aus der Konkursmasse um einen sehr hohen Betrag eine Fabrik draußen gekauft in Stuttgart, und damit verbunden war auch die Labor-Bau-GesmbH, die Träger von Aufträgen gewesen ist. Die hat ein Portefeuille von ungefähr 7 oder 8 Millionen DM an Aufträgen gehabt.

Da damals der österreichische Markt sehr schwach war, hat uns die Renggli-Gruppe angeboten, diese Aufträge zu übernehmen — bitte, ich weiß jetzt nicht, ob ich das alles ganz genau sage, genau wird es mein Sohn wissen, aber nur ins Unreine gesprochen —, und zwar sollte es so sein, daß sie sagten, die Labor-Bau-GesmbH darf keinen Verlust, braucht auch keinen Erfolg haben, übernehmt die Führung, führt die Aufträge durch, wir sind nur an der Lizenz für diese Aufträge interessiert. Auch diese deutsche Firma war Lizenznehmer, glaube ich, von Renggli.

Das war damals bei der Schwäche des österreichischen Marktes in der Mitte der siebziger Jahre etwas sehr Günstiges, weil wir auf Grund

dieser Sache sehr stark exportieren konnten. Trotzdem war schon eine Johann Prutscher GesmbH auch draußen gegründet worden, mit der ist es nicht so recht weitergegangen. Aber erst seit wir diese Aufträge übernommen haben, haben wir auch draußen richtig Fuß gefaßt. Das hat zwei, drei Jahre gedauert, dann haben wir der Renggli-Gruppe diese Firma wieder, nachdem die Aufträge abgewickelt waren, die nächsten Aufträge haben wir dann schon für die Johann Prutscher GesmbH geholt, zurückgegeben. Ich habe mir diese Sache damals genauer angesehen, weil mein Sohn neben seiner Tätigkeit hier noch eine Funktion draußen übernehmen mußte.

Abg. **Peter** (FPÖ): Kennen Sie die Firma AWIGA?

DDr. **Prutscher:** Mit der haben wir in letzter Zeit — das heißt haben wir Geschäfte gemacht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Ihnen die Eigentumsverhältnisse der Firma AWIGA bekannt?

DDr. **Prutscher:** An sich nicht. Ich vermute, daß es auch Richtung Renggli-Gruppe gehen wird.

Abg. **Peter:** (FPÖ): Ist die Firma Prutscher an der AWIGA beteiligt?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie persönlich an dieser Firma beteiligt?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was wissen Sie über die Firma Fleuryval?

DDr. **Prutscher:** Ja die ist, glaube ich, in der Zeitung als Besitzerin der AWIGA ... Vielleicht ist das eine Firma, mit der das ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Und was wissen Sie über die Faserplastik Kunststoffe GmbH. & Co KG?

DDr. **Prutscher:** Nichts, außer daß sie vor einigen Wochen in der Zeitung gestanden ist.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich komme jetzt noch einmal zurück zu den AKH-Aufträgen, die Ihre Firma unter Ihrer Geschäftsführung in den Jahren 1967 und 1968 laut Bericht des Wiener Kontrollamtes bekommen hat. Haben Sie diese Aufträge deswegen bekommen, sind Sie deswegen zum Zug gekommen, weil Sie damals das Stadtratsmandat noch bekleidet haben?

DDr. **Prutscher:** Ich darf auf das hinweisen, was ich vorhin ausgeführt habe, daß die Firma an einer Ausschreibung beteiligt war, Bestbieter gewesen ist. Als sie Bestbieter war, habe ich sofort den Sachverhalt dem Magistratsdirektor dargestellt und ihn gefragt, was Rechtens ist. Daraufhin bekam ich vom Magistratsdirektor eine Rechtsbelehrung mit dem Hinweis auf die Gemeinderatsbeschlüsse, die in diesem Fall anzuwenden wären, und vor allem auch mit dem Hinweis darauf, daß beim Gemeinderatsausschuß II, also dem Gemeinderatsausschuß für Finanzwesen, anzusuchen wäre um die Erlaubnis, trotz meiner politischen Funktion sich hier um Aufträge zu bewerben. Die Alternative wäre gewesen, daß unsere Produkte durch eine dritte Firma angeboten würden. Und auf Grund dieser Darstellung hat der Gemeinderatsausschuß II diese Genehmigung gegeben. Aber ich wiederhole, was ich auch eingangs gesagt habe, daß ich mich von dem Moment an, wo sich die Firmenleitung, also mein Sohn, für Aufträge der Gemeinde interessiert hat, von der tatsächlichen Führung der Geschäfte zurückgezogen habe.

Abg. **Peter** (FPÖ): Als Sie seinerzeit als Stadtrat ausgeschieden sind, Herr Zeuge, hat es Zeitungsmeldungen gegeben, daß der Grund für Ihr Ausscheiden in geschäftlichen Verfehlungen Ihres Sohnes Hans Christoph gelegen wäre. Warum haben Sie diese Meldungen undementiert gelassen?

DDr. **Prutscher:** Ich habe überhaupt kaum in Zeitungen je etwas berichtigt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie dafür einen besonderen Grund gehabt?

DDr. **Prutscher:** Meine Lebenserfahrung.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und Sie sind nicht der Meinung, daß die Firma Prutscher eine ÖVP-nahe Firma ist?

DDr. **Prutscher:** Bitte würden Sie definieren, was Sie unter einer ÖVP-nahen oder überhaupt einer politiknahen Firma verstehen! Ich bin nach wie vor Mitglied der Volkspartei, was die politischen Dinge meines Sohnes betrifft, so habe ich das dargelegt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte, ich zitiere jetzt aus dem Protokoll vom 2. März 1981:

„Obmann-Stellvertreter Mühlbacher: Ich darf mit der Befragung beginnen. Herr Zeuge! Sowohl Aussagen aus dem Bereich des Vorstandes der AKPE als auch Notizen Direktor Winters ist zu entnehmen, daß eine Einbindung sogenannter ÖVP-naher Firmen in die BO-Planung zur Diskussion stand. Was wissen Sie darüber? Was können Sie uns dazu sagen?

Dr. Drennig: Es kann sich wohl im konkreten Fall nur um die Firma Prutscher handeln, auf die Sie anspielen, sonst wüßte ich nicht, wer gemeint sein sollte."

Ich glaube hier keine Fehlinterpretation zu

begehen, wenn ich daraus die ÖVP-Nähe der Firma Prutscher ablese. — Danke, Herr Vorsitzender.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Mühlbacher mit weiteren Fragen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Ich darf noch einmal zurückkommen auf die Zeit, als Sie Stadtrat waren und gleichzeitig Geschäftsführer der Firma Prutscher. In dieser Zeit, in dem Zeitraum 1966 bis 1970 hat die Firma Prutscher insgesamt Aufträge von 6 Millionen erhalten. Meine Frage nun: Mit wem haben Sie verhandelt vom Vorstand des AKH?

DDr. **Prutscher:** Bitte, ad 1 darf ich hier wiederholen, daß ich mich in dem Augenblick, wo wir bei einer öffentlichen Ausschreibung, glaube ich, der Stadt Wien, bei einer Ausschreibung der Stadt Wien Bestbieter gewesen sind, an den Magistratsdirektor gewandt und gefragt habe, wie ich mich zu verhalten habe. Seine Antwort war, daß ich mich jeder ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Entschuldigung, das hörten wir schon. Meine Frage war: Haben Sie verhandelt mit Vorstandsmitgliedern vom AKH?

DDr. **Prutscher:** Die hat es ja damals noch gar nicht gegeben.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): ARGE?

DDr. **Prutscher:** Nein. Ich habe mich sowohl im Geschäft als auch in der Stadt jeder Tätigkeit in dieser Angelegenheit enthalten.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Meine ersten Fragen haben mich hingeführt, daß Sie sich wirklich von der Geschäftsführung zurückgezogen haben. Nun konnte ich aber Ihren Antworten entnehmen, daß Sie doch sehr informiert sind, was mir auch plausibel erscheint, denn auch wenn ich nicht de facto die Geschäftsführung habe, aber mit 55 Prozent beteiligt bin, bin ich ja immer noch der Mächtige in einer Gesellschaft, und ich werde sicherlich mit einer 55prozentigen Beteilung mit einwirken auf den Geschäftsgang. Und das nehme ich auch an, daß es war. Und daher meine Frage hinsichtlich der 6 Millionen Aufträge in dem Zeitraum 1966 bis 1970. Da waren Sie sogar noch Geschäftsführer, und daher glaube ich, daß Sie ja selbst eingewirtkt haben, zu diesen Aufträgen auch zu kommen.

DDr. **Prutscher:** Bitte, zur Richtigstellung: 1966 bis 1970 bin ich sogar formell Alleininhaber der Firma gewesen, aber nicht Geschäftsführer, wie etwa jemand Geschäftsführer einer GmbH. ist. Die Geschäftsführung hatte tatsächlich mein Sohn völlig inne. Das war das eine. Und in all den laufenden Geschäften habe ich mich weder damals noch nachher beteiligt. Warum ich mich in der Sache, die jetzt hier mit dem ABO-Bau zusammenhing, damals besonders informiert habe, war, weil mein Sohn damit eine Tätigkeit auch außerhalb der Landesgrenzen gemacht hat und ich befürchtet habe, es bleibt zuwenig an Kapazität für das Inland.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Welche rechtliche Form hatte zu dieser Zeit Ihre Firma? Sie sagten: Alleininhaber. War es eine Einzelhandelsfirma?

DDr. **Prutscher:** Bitte schön, vermutlich war ich Komplementär und mein Sohn stiller Gesellschafter, aber es muß nicht stimmen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Zurzeit haben wir eine offene Handelsgesellschaft?

DDr. **Prutscher:** Zurzeit ist es eine offene Handelsgesellschaft.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und damals, sagten Sie, war es eine Kommanditgesellschaft?

DDr. **Prutscher:** Es war — ich kann nicht genau sagen, wann was zu welcher Zeit war — jedenfalls so: Zuerst war mein Sohn nur Angestellter der Firma, dann habe ich ihn als Kommanditist in die Firma genommen und habe dann später die KG in eine OHG umgewandelt, bei der er berechtigter Gesellschaftsinhaber ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Nehmen wir jetzt einmal alle drei rechtlichen Formen an: Bei der Einzelhandelsfirma sind Sie für die Geschäfte voll verantwortlich, bei der Kommanditgesellschaft, wo Sie Komplementär und andere Kommanditisten sind, sind Sie voll verantwortlicher Geschäftsführer und bei der OHG sind Sie es ebenfalls.

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Also daher waren Sie immer für alles verantwortlich, was in der rechtlichen Form einer solchen Firma da war. Daher verstehe ich nicht, wenn Sie sagen, Sie haben davon nichts gewußt, oder Sie haben nicht damit auf die Geschäfte eingewirkt.

DDr. **Prutscher:** Ich habe das aus der Familiengeschichte erzählt, weil ich gesehen habe, was das in den 20 Jahren, die ich mit meinem Vater zusammen im Geschäft verbracht habe, an Schwierigkeiten für beide gebracht hat. Zum Beispiel: Ich hatte meinen Vater über einen Auftrag komplett informiert, es haben sich dann verschiedene Dinge geändert, ich mußte etwas ändern, und er sagte mir später eines Tages: Das ist ja ganz anders, als du mir gesagt hast, weil sich in der Zeit etwas geändert hat. Oder in einem anderen Fall waren bei irgendeinem Auftrag Schwierigkeiten, und ich

bin dann von ihm täglich gefragt worden, ob diese Schwierigkeiten schon behoben sind. Und diese Situation habe ich mir von Anfang an erspart und habe meinem Sohn die Geschäftsführung anvertraut und habe mich aus den Bilanzen informiert, daß die Firma nicht in die roten Zahlen gekommen ist.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Es stimmt also mit der rechtlichen Form überhaupt nicht überein. Sie wußten aber, daß Sie voll verantwortlich sowohl nach außen als auch nach innen bei dieser rechtlichen Form waren?

DDr. **Prutscher:** Es setzt ein gewisses Vertrauen in denjenigen, dem man die tatsächliche Geschäftsführung überträgt, voraus.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und es war Ihnen gleichgültig, wie die Firma geführt wurde, ob durch Ihren Sohn als Angestellten oder als Proforma-Geschäftsführung, die Sie ihm da gegeben haben? Haben Sie sich nicht über Aufträge erkundigt? Waren Sie nicht selbst dahinter, daß das Unternehmen einen Umsatz erzielt?

DDr. **Prutscher:** Das ist sein Geschäft gewesen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ja es war nicht sein Geschäft, es war Ihr Geschäft.

DDr. **Prutscher:** Nein, nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): ... Komplementär, offene Handelsgesellschaft, immer voll verantwortlicher Gesellschaftsanteil.

DDr. **Prutscher:** Das ist seine Aufgabe gewesen. Und ich habe ihm auch schrittweise mehr Einfluß gegeben, und wäre das nicht gewesen, so hätte ich mich meinem Alter entsprechend schon auch auf den Kommanditisten zurückgezogen, was ich nicht getan habe, weil es sonst hieße ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge, bitte Sie sind heute noch mit 55 Prozent beteiligt.

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ihre Firma hatte eine Betriebsprüfung?

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Von der wissen Sie?

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie den Betriebsprüfungsbericht gelesen?

DDr. **Prutscher:** Na ja, in den Zeitungen. Nicht? Denn das, was der Betriebsprüfer hier zu sagen hatte, ist meistens bereits, bevor wir es erfahren haben, in den Zeitungen gestanden.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie sind mit 55 Prozent beteiligt, und dieser Betriebsprüfungsbericht hat Sie doch beschäftigt.

DDr. **Prutscher:** Ja, ich habe ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Er muß Sie beschäftigt haben. Und Sie wollen sagen, Sie hätten ihn überhaupt nicht gelesen *(DDr. Prutscher: Nein, nein!)* und hätten sich nicht informieren lassen an der Schlußbesprechung?

DDr. **Prutscher:** Moment! Schlußbesprechung ist noch gar keine. Es liegt auch kein Betriebsprüfungsbericht vor. Es gab gewisse Vorhaltungen. Diese Vorhaltungen wurden uns, wie gesagt, in vielen Fällen erst gemacht, nachdem sie publiziert waren. Was ich sehr genau gelesen habe, sind die Antworten unseres Wirtschaftsprüfers auf die verschiedenen Vorhaltungen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Was ist Ihnen da aufgefallen bei diesen Vorhaltungen, die von der Finanzverwaltung gekommen sind, als 55-Prozent-Beteiligter?

DDr. **Prutscher:** Vor allem ist mir aufgefallen, daß man die Beweisanträge, die wir gestellt haben, nicht zulassen wollte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und daß Provisionen in der Höhe von 51 Millionen nicht anerkannt wurden? Haben Sie das festgestellt aus dem ...? Wissen Sie davon?

DDr. **Prutscher:** Das ist mir bekannt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie da Ihren Sohn befragt, um welche Beträge es da geht?

DDr. **Prutscher:** Ich habe der Antwort, die den Behörden gegeben wurde, entnommen, daß wir während dieser Zeit auch diesen Provisionen entsprechende Auslandsaufträge gemacht haben.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Was wissen Sie über diese Auslandsaufträge?

DDr. **Prutscher:** Davon weiß ich im Detail sehr wenig.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie werden doch bestimmt Ihren Sohn gefragt haben, wie es zu diesen 51 Millionen Provision gekommen ist?

DDr. **Prutscher:** Er hat mir global die Ziffern der Auslandsumsätze gesagt, die durchaus im Verhältnis zu diesen Provisionen stehen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Was wissen Sie bitte, Herr Zeuge, von der Firma Lauda-Hongkong?

DDr. **Prutscher:** Hier besteht seit Jahren ein ... Da war eine Überweisung an die Lauda-GesmbH, glaube ich, in Hongkong, und seit Jahren läuft ein Offert für Manila. Diesbezüglich war auch zeitweise ein eigener Ingenieur eingestellt. Es kam dann auch, ich glaube, vor etwa zwei Jahren in der Zentralsparkasse gelegentlich des Besuches der Frau Marcos zur Unterzeichnung einer Absichtserklärung für einen Kreditvertrag für einen Auftrag in Milliardenhöhe, an dem unsere Firma sehr wesentlich beteiligt sein sollte. Die Offerte und die Ausarbeitungen, die für diesen Auftrag gemacht wurden, sind eine Bibliothek.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welchen Betrag hat die Firma Lauda bekommen?

DDr. **Prutscher:** Ich habe gelesen, daß es 5 Millionen sein sollen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Aus Ihrer Bilanz gelesen?

DDr. **Prutscher:** Es ist in der letzten Zeit so oft erwähnt worden, daß ich jetzt nicht sagen kann, wo ich das als erstes gesehen habe.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und für welche Leistung hat man das effektiv bezahlt?

DDr. **Prutscher:** Da bitte ich Sie, im Detail meinen Sohn zu fragen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Dann nur noch eine Frage, das heißt, zu verschiedenen Firmen: Kennen Sie die Firma Sunion-Stiftung?

DDr. **Prutscher:** Wie bitte?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sunion-Stiftung.

DDr. **Prutscher:** Nein. Was soll das sein?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ob Sie sie kennen?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Tresofa Aktiengesellschaft?

DDr. **Prutscher:** Wie bitte?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Tresofa.

DDr. **Prutscher:** Tresofa? — Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Vebipro Aktiengesellschaft?

DDr. **Prutscher:** Vebipro?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ja.

DDr. **Prutscher:** Nein. Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und die Aktiengesellschaft La Porte?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Danke schön.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge! Wer hat seitens Ihrer Firma mit Herrn Lauda am 16. November 1977 in der Schweiz einen Werksvertrag abgeschlossen?

DDr. **Prutscher:** Weiß ich nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ist Ihnen davon überhaupt nichts bekannt?

DDr. **Prutscher:** Ich erinnere mich nicht. Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Es ist interessant, daß Sie sich hinsichtlich des Manila-Geschäftes sehr genau erinnern, wenn es aber um Lauda geht, läßt das Erinnerungsvermögen nach. Ist Ihnen von dem Vertrag überhaupt nichts bekannt?

DDr. **Prutscher:** Es ist durchaus möglich, daß ich ihn einmal gesehen habe, aber ich erinnere mich nicht daran.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ist Ihnen der Name Wilfling bekannt?

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Kennen Sie den Herrn Wilfling persönlich?

DDr. **Prutscher:** Ich habe ihn einmal bei einem Essen bei Vizebürgermeister Slavik kennengelernt, als eine russische Einkaufsdelegation da war.

Abg. **Peter** (FPÖ): Über geschäftliche Probleme haben Sie mit Herrn Wilfling gesprochen?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Kennen Sie Herrn Winter?

DDr. **Prutscher:** Bitte?

Abg. **Peter** (FPÖ): Kennen Sie Herrn Winter?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Persönlich überhaupt nicht?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Auch nicht den Herrn Schwaiger?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Auch nicht den Herrn Bauer?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und auch nicht den Herrn Rumpold?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sie, Herr Zeuge, haben erst auf eine Frage des Herrn Mühlbacher gesagt, daß Sie von 1966 bis 1970 Alleininhaber des Geschäftes gewesen seien. Daher wird Ihnen sicher bekannt sein, wie groß der Umsatz zu dem Zeitpunkt war, als Sie das Unternehmen an Ihren Sohn übergeben haben.

DDr. **Prutscher:** Die genaue Größe weiß ich nicht, aber jedenfalls ein Bruchteil dessen, was er dann später war.

Abg. **Peter** (FPÖ): Kann man das nicht anders als mit dem Ausdruck „Bruchteil" angeben?

DDr. **Prutscher:** Ich weiß es nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Eine Million, hundert Millionen?

DDr. **Prutscher:** Eher zu einer Million als zu hundert.

Abg. **Peter** (FPÖ): Zum Zeitpunkt, da Sie 1970 ...

DDr. **Prutscher:** Nein. 1970 ist es sicher schon. 1970, da war mein Sohn schon längere Zeit tätig. Aber ich kann es nicht sagen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wie hoch schätzen Sie heute den Umsatz der Firmengruppe ein?

DDr. **Prutscher:** Ja über 200 Millionen zirka.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wie hoch ist der Umsatz jener Teile der Firmengruppe, an denen Sie persönlich beteiligt sind?

DDr. **Prutscher:** Ja warum ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich wollte nur wissen, ob Sie darüber überhaupt keine Vorstellung haben.

DDr. **Prutscher:** Woran soll ich nicht beteiligt sein? Ich bin bei der Johann Prutscher beteiligt und ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Ja Sie haben ja erst dargelegt, wo Sie beteiligt sind, und haben uns freundlicherweise einen Überblick verschafft, wo Ihre persönlichen Beteiligungen liegen. Wie hoch schätzen Sie daher den Umsatz der Firmenteile ein, an denen Sie persönlich beteiligt sind?

DDr. **Prutscher:** Ja bitte schön, was dieses Kalendergeschäft von meinem Sohn macht, wüßte ich im Augenblick nicht zu sagen — von meinem jüngeren —, und das andere schätze ich auf ungefähr im ganzen über 200 Millionen. Aber bitte, Genaueres kann Ihnen sicher eine halbe Stunde später mein Sohn sagen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich bin kein Wirtschaftsfachmann, Herr Zeuge. Sie sprachen von einem geschätzten Umsatz von 200 Millionen, und da steht eine Ziffer zu Buch von 51 nicht anerkannten Provisionsmillionen. Glauben Sie, daß sich an Hand dieser Provisionsmillionen die Umsatzschätzung als richtig erweist, die Sie gegeben haben?

DDr. **Prutscher:** Bitte schön, es ist durchaus möglich, daß meine Umsatzschätzung nicht richtig ist. Ich habe mich nach dieser Richtung hin nicht ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte können Sie uns noch Auskunft geben über Kontakte Ihrer Firma und jener Teile Ihrer Firma, wo Sie persönlich beteiligt sind, mit dem Rechtsanwalt Dr. Batliner in Vaduz?

DDr. **Prutscher:** Wer bitte?

Abg. **Peter** (FPÖ): Mit Rechtsanwalt Dr. Batliner in Vaduz. Ist Ihnen überhaupt nichts bekannt von Kontakten dieser Art?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Danke vielmals.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Ich hätte nur zwei Fragen noch an Sie. Nachdem Sie Mehrheitseigentümer der Stammfirma sind, mußte da nicht Ihr Sohn, wenn er weitere Firmen gegründet hat, wo sich die Johann Prutscher beteiligt hat, immer mit Ihnen Kontakt aufnehmen?

DDr. **Prutscher:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja. Und dann noch die Frage: Sie haben gesagt, daß Sie von der Gründung der Firma MED-CONSULT aus dem Kontrollamtsbericht erfahren haben.

DDr. **Prutscher:** Nein, bitte. Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, da habe ich Sie mißverstanden.

DDr. **Prutscher:** Nein. Von der Gründung habe ich erfahren, über die Gestion und Geschäftsführung der MED-CONSULT, das habe ich dem Kontrollamtsbericht entnommen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und darf ich fragen, wie Sie zum Kontrollamtsbericht gekommen sind?

DDr. **Prutscher:** Der ist ja allgemein an die Presse verteilt worden. Außerdem, bitte, die MED-CONSULT hat ja den Kontrollamtsbericht bekommen, weil sie sich dazu *(Obmann-Stellvertreter Ing. Hobl: Und dort haben Sie ...)* äußern mußte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie sagten, den Herrn Winter kennen Sie nicht?

DDr. **Prutscher:** Bitte schön, es kann sein,

daß ich zu meiner Stadtratszeit irgendwo einmal mit ihm zu tun hatte. Nicht? Er ist ja Magistratsbeamter gewesen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): In seinen Aufzeichnungen haben wir eine Notiz gefunden: Zwei Prozent Prutscher. Was sagt Ihnen das?

DDr. **Prutscher:** Diese zwei Prozent Prutscher waren, sagen wir, eine meiner größten Enttäuschungen, denn an diesem Tag hat der Herr Vorsitzende — nicht der heutige Vorsitzende, sondern der andere Vorsitzende — gesagt, wenn er irgendwie erkennt, daß etwas nicht stimmt, so wird er nicht zögern, das auch der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Diese zwei Prozent Prutscher wurden im Zusammenhang mit einer Aufzeichnung — zwei Zeilen weiter — Landesparteiobmann Dr. Bauer gebracht. In Wirklichkeit war es so, wie ich dann der Eingabe an das Gericht entnommen habe, daß ein Planungsvertrag mit der Firma Siemens, bei dem wir zwei Prozent von der Vergabesumme der Dinge, die wir geplant haben, bekommen sollten, hier der AKPE zur Genehmigung vorgelegt werden mußte. Das bedeuteten die zwei Prozent. Wir sind mit diesen zwei Prozent und Parteienfinanzierung ungefähr vier-, fünfmal durch das Fernsehen und durch alle Zeitungen gekommen. Wir haben die Behörden informiert, aber eine Richtigstellung ist nicht erfolgt. Es war sogar so, daß es bei irgendeiner Auftragserteilung in einer Stadt geheißen hat: Der „Zwei-Prozent-Firma" kann man den Auftrag nicht geben. Wir waren Bestbieter.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie Zahlungen an die Österreichische Volkspartei geleistet?

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Persönlich?

DDr. **Prutscher:** Bitte?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Persönlich?

DDr. **Prutscher:** Ja ich zahle meinen Beitrag, und wenn ich um eine Spende ersucht werde, gebe ich eine.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): In welcher Höhe?

DDr. **Prutscher:** Jedenfalls sind es schon einige tausend.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Hundert?

DDr. **Prutscher:** Nein. Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Firma ist ja Mitglied des Wirtschaftsbundes?

DDr. **Prutscher:** Ich bin Mitglied des Wirtschaftsbundes.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie sind Mitglied des Wirtschaftsbundes. Die Firma auch?

DDr. **Prutscher:** Die Firma meines Wissens nicht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Zahlt die Firma Beiträge, Spenden?

DDr. **Prutscher:** Ich habe schon eingangs gesagt: Wenn Bezirke zu den verschiedenen kommen, und es kommen sehr viele und von verschiedenen, so kriegen die etwas.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich bin als langjähriger Bürger dieser Stadt Wien und politisch interessierter Mensch darüber informiert, daß sowohl die SPÖ als auch die ÖVP Geschäftsleute abklappern, um für bestimmte Zwecke Spenden — das soll auch gelegentlich bei der Freiheitlichen Partei vorkommen. Können Sie das bestätigen aus der Sicht eines Geschäftsmannes?

DDr. **Prutscher:** Sicherlich. Und man redet sich dabei auch ganz gut mit Leuten, mit denen man politisch nicht der gleichen Meinung ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wenn Sie von Parteispenden gesprochen haben, haben Sie diesen Fragenkomplex angezogen?

DDr. **Prutscher:** Jawohl. Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Habe ich Sie richtig verstanden?

DDr. **Prutscher:** Jawohl. Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber es ist, wenn ich Sie richtig verstanden habe, nichts an die ÖVP gegangen, was irgendeinen unmittelbaren Bezug aus diesen Geschäftsvorgängen ...

DDr. **Prutscher:** Weder einen unmittelbaren noch einen mittelbaren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte?

DDr. **Prutscher:** Weder einen mittelbaren noch einen unmittelbaren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Auch an die SPÖ nicht?

DDr. **Prutscher:** ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Auch an die FPÖ nicht?

DDr. **Prutscher:** ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ich glaube, Ihrer Fragebeantwortung entnommen zu haben, daß Sie nur Spenden an die Österreichische Volkspartei gegeben haben.

DDr. **Prutscher:** Bitte?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bin ich da richtig in

meiner Annahme, daß Sie nur Spenden an die Österreichische Volkspartei gegeben haben und an keine andere Partei?

DDr. **Prutscher:** Sie unterschätzen die Tüchtigkeit Ihrer Bezirksvorsteher. *(Heiterkeit.)*

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Dr. Prutscher, wir wollen doch die Tüchtigkeit der Bezirksvorsteher etwas näher quantifizieren gegenüber der Tüchtigkeit anderer Spendeneinsammler. Können Sie ungefähr eine Relation angeben, in welcher Relation sind die Spenden ÖVP zu den Spenden SPÖ zu sehen?

DDr. **Prutscher:** Das kann ich nicht sagen. Aber ...

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Irgendwo im Gefühl: Ist es sehr viel mehr, was die ÖVP bekommt, als die SPÖ, ist es gleich? In welcher Relation ungefähr?

DDr. **Prutscher:** Ich könnte sagen: Sie haben mehr Bezirksvorsteher.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Na gut. Geben Sie nur an Bezirksvorsteher? *(Heiterkeit.)* Bitte, darf ich fragen — es ist ja alles ganz lustig, aber wenn wir jetzt wieder zum Ernst der Sache zurückkehren können —: Geben Sie nur an Bezirksvorsteher oder geben Sie auch an andere?

DDr. **Prutscher:** Ja es werden Bälle abgehalten und ...

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ja ungefähr? Ich meine, Sie sind ein Mann der Wirtschaft, sicherlich haben Sie auch ein Gefühl für das Geld. Ungefähr eine Relation sozusagen, in welcher Relation belaufen sich die Spenden?

DDr. **Prutscher:** Das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Na wenn Sie es ...

DDr. **Prutscher:** Aber beides nicht aufregend.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das nehme ich an, vielleicht. Aber es ist die Frage der Relation. Das heißt, es sind jetzt nicht die absoluten Höhen, sondern ungefähr, zumindest in dem Sinne, ob die eine Seite mehr als die andere. Das könnten Sie vielleicht ungefähr sagen.

DDr. **Prutscher:** Habe ich mir nie angeschaut, wenn gerade jemand bei mir war. Er ist ja nicht nur zu mir gekommen, und ich habe es mir nicht nachher im Konto angeschaut.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Nein. Aber wenn man etwas gibt, weiß man ungefähr — ich meine, Sie sind ein wohlhabender Mann, aber immerhin, trotzdem, so wird Ihnen doch das Gefühl für das Geld sicherlich nicht abhanden gekommen sein, daß Sie nicht wissen, ob Sie dieser Seite sehr viel mehr geben als einer anderen.

DDr. **Prutscher:** Bin ich außerstande, das zu beantworten.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Sind Sie nicht bereit, das zu sagen.

DDr. **Prutscher:** Ich bin nicht imstande, ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Imstande würde ich schon annehmen, daß das eigentlich jeder Mensch sein müßte — es ist eine Frage, ob man bereit ist dazu.

DDr. **Prutscher:** Nein, da müßte ich nachschauen, wo es steht.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ich habe ja keine exakten Zahlen verlangt.

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Okay, bitte, dann muß ich passen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Peter.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge! Sie stellten eben eine Tatsache fest, daß in der Bundeshauptstadt Wien die Sozialistische Partei mehr Bezirksvorsteher als die ÖVP habe. Heißt das, daß Ihre Firma der Sozialistischen Partei mehr Spenden gegeben hat als der Österreichischen Volkspartei?

DDr. **Prutscher:** Ich muß Ihnen die gleiche Antwort geben wie Herrn Professor Dr. Nowotny, ich weiß es nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Dann bitte ich Sie, Ihre Formulierung, die Sozialistische Partei hat mehr Bezirksvorsteher als die Österreichische Volkspartei, deswegen zu präzisieren, weil Sie diese Feststellung im Zusammenhang mit der Parteispendenfrage gemacht haben. Herr Zeuge, das muß präzisiert werden.

DDr. **Prutscher:** Ich habe diese Äußerung in dem Zusammenhang gemacht, daß alle, die in Wien sind, ob es jetzt ein Sportverein ist oder sonstwie, um irgend etwas kommen. Nach dem Bevölkerungsschlüssel der Stadt kommen die einen und die anderen, und diejenigen, die mehr sind, kommen öfter.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte, ist das wieder dahin gehend zu verstehen, daß die, die mehr sind — da kann man hineininterpretieren, das sind die Sozialisten —, öfter gekommen sind und öfter kommen als die, die weniger sind und die, die sich in der Minderheit befinden, das wäre die Österreichische Volkspartei.

DDr. **Prutscher:** Ich habe vielleicht hier eine

Äußerung aus parlamentarischen Gewohnheiten als Zwischenruf gemacht, die ich nicht genügend bedacht habe.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und gehe ich richtig in der Annahme, daß alle Antworten, die Sie jetzt auf die Fragen des Herrn Dr. Mühlbacher gegeben haben, sich auf jene Zeit beziehen, in der Sie die Geschäftsführung innehatten, oder darüber hinaus.

DDr. **Prutscher:** Um Spenden kommen auch jetzt noch Leute zu mir.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich frage bitte noch einmal, ob all die Antworten, die Sie dem Dr. Mühlbacher gegeben haben, sich auf die Zeit beziehen, in der Sie die Geschäftführung innehatten.

DDr. **Prutscher:** Zu 95 Prozent. Es kommt jetzt noch gelegentlich jemand zu mir.

Abg. **Peter** (FPÖ): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Ich selbst war von 1964 bis 1970 Bezirksvorsteher von Wien-Ottakring, einer der erfolgreichsten Bezirke Wiens, ich möchte sagen, ich war als Bezirksvorsteher nie bei Ihnen oder bei einer Ihrer Firmen um eine Spende.

Und ich möchte Sie folgendes fragen: Sie hatten doch Ihren Firmensitz im 4. Bezirk.

DDr. **Prutscher:** Bitte?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Hatten Sie Ihren Firmensitz im 4. Bezirk oder im 5.?

DDr. **Prutscher:** Im 15. Bezirk.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** In der Ziegelofengasse.

DDr. **Prutscher:** Nein, im 15. Bezirk.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Aber waren Sie nicht einmal ...

DDr. **Prutscher:** Da bin ich Innungsmeister der Tischler gewesen in der Ziegelofengasse.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja. Seit wann hat die Firma Johann Prutscher ihren Sitz im 15. Bezirk?

DDr. **Prutscher:** Seit 1916.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und vorher?

DDr. **Prutscher:** In der Windmühlgasse im 6. Bezirk, und vorher in der Capistrangasse.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke. Möchte noch einer der Herren Abgeordneten? — Herr Kollege Dr. Kohlmaier, bitte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Obwohl es ein parlamentarischer Zwischenruf war, Herr Zeuge, aber Sie wissen gar nicht, was für Kleinigkeiten hier für große Wirkungen auslösen können. Daher muß ich auch noch ein bißchen versuchen, in die Präzisierung zu gehen.

Verstehe ich Sie richtig, und bitte, jetzt immer zu sagen ja oder nein — Sie haben auch die Erfahrung gemacht, die viele Wiener Geschäftsleute machen, daß Vertreter aller Parteien anklopfen bei Firmen um gewisse Spenden, wobei ich hier durchaus jetzt ein bescheidenes Ausmaß wie Bälle und so weiter annehme. Haben Sie diese Erfahrung gemacht?

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie je die Vertreter einer Partei abgewiesen, weil sie sozusagen mit denen nichts zu tun haben wollen. Also haben Sie konkret zum Beispiel, wenn Sozialisten gekommen sind, gesagt, mit euch will ich nichts zu tun haben, euch gebe ich nichts.

DDr. **Prutscher:** Nein.

Abg Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das haben Sie nicht getan, sondern Sie haben eher eine gewisse Gleichbehandlung vorgenommen. Habe ich es richtig verstanden?

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und waren auch freiheitliche Spendenansuchen dabei nach Ihrer Erinnerung?

DDr. **Prutscher:** Ich erinnere mich ... — eigentlich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schauen Sie, was ich dem Herrn Peter für eine Freude jetzt mache.

Ist Ihnen je die Formel bekannt geworden oder sind Sie je mit der konfrontiert worden oder haben Sie sie praktiziert, daß Sie im Verhältnis 2 : 1 spenden, denn Sie sind vielleicht der Kronzeuge des Dr. Steger, der leider heute nicht anwesend ist, für seine Behauptung, man gibt der SPÖ doppelt so viel wie der ÖVP.

DDr. **Prutscher:** Nein, ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben also eher versucht, nach Anlaß und nach Angegangenwerden mit einer gewissen Gleichmäßigkeit zu geben.

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Mühlbacher mit einer weiteren Frage.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ich habe Ihren Ant-

worten entnommen, daß Sie bei der Beantwortung nach Parteispenden alles in einen Topf geworfen haben, nämlich Ballkarten, Spenden für Sportvereine und so weiter. Das heißt, sie selbst haben also dann vorgenommen zu sagen, wenn also ein Ball war, das ist einer von der Sozialistischen Partei oder der Sportverein steht der ÖVP nahe und so weiter. Ich will das nur vorweg einmal sagen, weil meine Frage jetzt dezidiert kommt.

Wenn Sie ausscheiden diese Vereine wie Sportvereine, Ballkarten und so weiter, wohin gab es direkte Spenden an eine Partei, das heißt bei Ihnen heißt es der Wirtschaftsbund, oder an die Sozialistische Partei? Und wenn Sie nur darauf mir jetzt sagen bitte: Haben Sie dem Wirtschaftsbund gespendet?

DDr. **Prutscher:** Als Firma von mir weder noch.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie sagten aber vorhin, daß Sie also der Österreichischen Volkspartei Spenden gegeben haben nebst dem Mitgliedsbeitrage.

DDr. **Prutscher:** Nein, nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Spenden und Mitgliedsbeiträge, das haben wir festgehalten.

DDr. **Prutscher:** Wenn, so ist das privat gewesen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Von Ihrer Person, ja, Sie selbst als Person haben Spenden an die Österreichische Volkspartei gegeben. Die Firma sagten Sie. Das heißt, in Ihren Geschäftsbüchern wird sie nicht aufscheinen.

DDr. **Prutscher:** Das müssen Sie meinen Sohn fragen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie waren ja jener Alleininhaber, das heißt, es gab also in dieser Firma nur ein Kapitalkonto und ein Privatkonto. Diese Spende, würde ich ja annehmen, steht auf dem Privatkonto.

DDr. **Prutscher:** Weiß ich nicht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie wissen aber nur, daß Sie also Spenden gegeben haben an die Österreichische Volkspartei.

DDr. **Prutscher:** In der Form, wie ich es hier gesagt habe.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): In der Höhe von Tausendern, wie Sie vorhin gesagt haben. Haben Sie eine direkte Spende an die Sozialistische Partei Österreichs gegeben?

DDr. **Prutscher:** Habe ich nicht gegeben.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Gibt es noch Fragen an den Herrn Zeugen? — Bitte, Herr Abgeordneter Peter.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge! Stimmt es, daß im Dezember 1980 auf die Diefenbachgasse ein Höchsthypothekarkredit in der Größenordnung von 150 Millionen Schilling aufgenommen wurde?

DDr. **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bei welchem Kreditinstitut?

DDr. **Prutscher:** Bei der ÖVAG.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie gehört, daß es Vermutungen geben soll oder mehr als Vermutungen auf Grund der Betriebsprüfung, daß die mutmaßliche Steuerschuld der Firmengruppe 150 Millionen Schilling betragen sollte. Wie erklären Sie sich die Zufälligkeit dieser beiden Beträge?

DDr. **Prutscher:** Dazu kann ich nichts sagen. Ich glaube nicht, daß das in irgendeinem Zusammenhang steht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Gibt es noch Fragen an den Herrn Zeugen? — Wenn nicht, dann, Herr Zeuge, danke, daß sie uns zu Auskünften zur Verfügung gestanden sind. Auf Wiedersehn!

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich bitte also, den nächsten Zeugen in den Saal zu bitten.

Zeugeneinvernahme von Hans Christoph Prutscher

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Zeuge, hier Platz zu nehmen.

Ich begrüße Sie, Herr Zeuge, im parlamentarischen Untersuchungsausschuß, den das Plenum des Nationalrates eingesetzt hat zur Untersuchung von drei Problemkreisen, und zwar erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung, zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen beim Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses in Wien.

Auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates ist der Untersuchungsausschuß verhalten, die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, und hier sind vor allem die Bestimmungen des § 153 für Sie als Zeugen von Bedeutung. *(Der Wortlaut dieser gesetzlichen Bestimmung wird verlesen.)*

Herr Zeuge! Ich habe Sie nunmehr noch daran zu erinnern, daß sie ebenfalls nach der Strafprozeßordnung auf die Fragen wahrheitsgemäß antworten sollen und nun habe ich Sie um Ihre Generalien zu bitten: Name, Geburtsdatum, Beruf und Wohnadresse.

Hans Christoph **Prutscher:** Hans Christoph Prutscher, Angestellter, 1130 Wien, Erzbischofgasse 8, Geburtsdatum 9. 1. 1942.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Welcher der Herren Abgeordneten möchte die ersten Fragen stellen? — Herr Abgeordneter Mühlbacher, bitte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie geben als Beruf an Angestellter. Bei welcher Firma sind Sie angestellt?

Hans Christoph **Prutscher:** Firma Prutscher. Dort bin ich Komplementär.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Rechtsform dieser Firma, bitte.

Hans Christoph **Prutscher:** Eine OHG.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sind Sie auch beteiligt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Mit wieviel Prozent, bitte.

Hans Christoph **Prutscher:** 45.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bei einer offenen Handelsgesellschaft mit 45 Prozent Beteiligung haben Sie ein Angestelltenverhältnis?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich bin dabei Gesellschafter.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Verzeihen, Herr Zeuge, Angestellter heißt, in einem Lohnverhältnis zu sein, ein Gehalt zu beziehen, monatlich die Lohnsteuer einbehalten zu bekommen und so weiter. Haben Sie so ein Verhältnis bei der Firma Prutscher OHG?

Hans Christoph **Prutscher:** Bei der Firma Prutscher OHG nicht, allerdings bei der Firma Bensegger & Prutscher, und daher habe ich diese Berufsbezeichnung gewählt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bei der Firma Prutscher OHG, wo Sie 45 Prozent Beteiligung haben — welche Funktion üben Sie dort aus?

Hans Christoph **Prutscher:** Dort bin ich Gesellschafter und führe die Geschäfte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie sind der Geschäftsführer der Firma Prutscher OHG?

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, wie die richtige rechtliche Bezeichnung ist ... Ich führe voll verantwortlich die Geschäfte der Firma Prutscher OHG und bin mit 45 Prozent beteiligt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wer ist noch beteiligt, bitte?

Hans Christoph **Prutscher:** Mein Vater.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Mit 55 Prozent.

Hans Christoph **Prutscher:** Mit 55 Prozent.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Er ist also der stärkere Gesellschafter mit 55 Prozent. Wie weit greift er in das Geschäft ein?

Hans Christoph **Prutscher:** Gar nicht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie führen also allein die Geschäfte, obwohl Sie den minderen Anteil haben?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge, bitte stellen Sie uns Ihre sonstigen Vermögensverhältnisse dar. Die 45prozentige Beteiligung bei Prutscher OHG haben wir bereits gehört.

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist eigentlich die wesentlichste Vermögensposition, wobei die weiteren Vermögensverhältnisse eigentlich sich daraus ergeben und in meinen Vermögensteuererklärungen immer restlos enthalten sind.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Über die Beteiligung, welche Vermögenschaften haben Sie noch?

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte das kann ich Ihnen hier nicht so aus dem Stegreif restlos aufzählen, sie wollen ja hier eine genaue Aussage. Ich habe in meiner Vermögensteuererklärung alles angegeben, und es gibt nichts, was ich besitze, was nicht in der Vermögensteuererklärung enthalten ist.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge, das nehme ich an, aber ich glaube, daß man auch, wenn man über sehr viel Vermögen verfügt, zumindestens weiß, welche Beteiligung man noch hat und welche Liegenschaften man besitzt. Könnten Sie uns die anführen bitte.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja. Die Liegenschaften sind ein Anteil an der Liegenschaft Diefenbachgasse 35, ein Anteil an der Liegenschaft Erzbischofgasse 8, ein Anteil an der Lie-

genschaft Grinzinger Straße, das ist ein Miethaus, Nummer weiß ich nicht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): In- und ausländische Beteiligungen?

Hans Christoph **Prutscher:** Eine Eigentumswohnung in Wien XIII, Mariensteig, einen VW Käfer.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge, ich habe Sie um die Liegenschaften und die Beteiligungen gefragt.

Hans Christoph **Prutscher:** Sonstige Beteiligungen, die nicht über die Firma Prutscher OHG gehen, besitze ich ... doch, ja. Eine Aktie an der Winter Rohstoffrückgewinnung Aktiengesellschaft.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bei ausländischen Firmen sind Sie auch beteiligt?

Hans Christoph **Prutscher:** Bin ich nur über die Firma Prutscher OHG beteiligt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Direkt nicht, persönlich nicht?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Firma Bensegger — habe ich das richtig gesagt?

Hans Christoph **Prutscher:** & Prutscher, ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): & Prutscher, sind Sie nur Angestellter oder Beteiligter?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja, über die Firma Prutscher OHG.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie selbst?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, glaube ich nicht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das Angestelltenverhältnis ist mit welcher Tätigkeit verbunden?

Hans Christoph **Prutscher:** Mit der Geschäftsführung.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Also Geschäftsführer der Firma Bensegger & Prutscher — eine Ges. m. b. H.?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): & Co. KG oder nur Ges. m. b. H.?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, nur Ges. m. b. H.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wie hoch ist ... Sie haben keinen Anteil.

Herr Zeuge, bitte, stellen Sie die geschäftlichen Verbindungen. Machen wir das zuerst: Geschäftliche Verbindungen zu dem AKH-Bau, bitte, von der Firma Prutscher, von der gesamten Gruppe.

Hans Christoph **Prutscher:** In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht auch eine generelle Aussage machen, nachdem die Firma Prutscher und meine Person jetzt über ein Jahr so durch die Medien geschleppt wurden, immer im negativen Sinn: Weder die Firma Prutscher noch ich selbst bin in irgendeinen AKH-Skandal verwickelt. Wir haben, auch weder die Firma noch ich selbst, weder direkt noch indirekt, irgendein Schmiergeld an irgendwen bezahlt und auch keine Parteienfinanzierung durchgeführt und überhaupt alle Geschäfte korrektest und ordentlichst ausgeführt, wobei ich gar nicht anstehe, vor dem Hohen Ausschuß hier zu sagen, mit einer einzigen Ausnahme: Das war ein Geschäftsfall, der 11 Jahre zurückgelegen ist, der zu einer Privatanklage geführt hat, zu dem ich aber heute auf Grund der langen Zeit, die dieser Geschäftsfall her ist, auch gar nicht mehr Stellung nehmen möchte. Das ist sicher ein teures Lehrgeld gewesen, aber das ist die einzige Angelegenheit, die ich in diesem Rahmen ausschließen möchte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge, seit wann führen Sie die Geschäfte der Firma Prutscher?

Hans Christoph **Prutscher:** Seit dem Jahre 1962. Allerdings anfänglich die ersten zwei, drei Jahre gemeinsam mit meinem Vater, anschließend allein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Rechtsform hatte damals die Firma?

Hans Christoph **Prutscher:** Eine KG.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und Sie waren?

Hans Christoph **Prutscher:** Kommanditist.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Kommanditist, und Ihr Herr Vater war?

Hans Christoph **Prutscher:** Komplementär.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Komplementär. Wann wurde die Kommanditgesellschaft umgewandelt in eine offene Handelsgesellschaft?

Hans Christoph **Prutscher:** Das könnte ich jetzt nicht genau sagen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wann haben Sie die Geschäftsführung — Sie sagen seit 1962 die Geschäftsführung, obwohl das ja rechtlich fast nicht möglich war, weil Ihr Vater der Komplementär war und Sie der Kommanditist.

Hans Christoph **Prutscher:** Ich sage Ihnen, wie der faktische Zustand war.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und die Aufträge, die Sie im Zusammenhang mit dem AKH erhalten haben, was können Sie uns dazu sagen? Ausmaß?

Hans Christoph **Prutscher:** Es gibt da auch eine generelle Aussage, die dazu zu treffen ist. Wir sind immer als Fakturenschreiber, als Zwischenhändler bezeichnet worden. In dem Zusammenhang ist es nur dann richtig, wenn der anscheinend vorhandene Neidkomplex jemanden, der Best- und Billigstbieter ist und sicher dem Steuerzahler Millionen durch das Einschreiten der Firma Prutscher erspart hat, weil wir haben immer nur Aufträge bekommen, wenn wir Best- und Billigstbieter waren, speziell im Zusammenhang mit dem AKH, wenn man so jemanden als Zwischenhändler oder als Fakturenschreiber bezeichnet. Und alle Aufträge, die wir vom AKH haben, haben wir auf Grund von Ausschreibungen, bei denen wir Best- und Billigstbieter waren. Mit Millionenabständen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): In den Aufzeichnungen des Herrn Winter wurde ein Vermerk gefunden, 2 Prozent Prutscher. Was sagen Sie zu diesem Vermerk?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist eine Anschuldigung, die ich über die Medien gehört habe, und zwar vom Vorsitzenden dieses Hohen Ausschusses, Herrn Dr. Steger, wobei ich sehr positiv vermerken muß, daß er den Anstand hat, heute nicht da zu sein, weil er unzweifelhaft im Zusammenhang mit der Firma Prutscher und meiner Person sich für befangen erklären müßte, denn diese Anschuldigung wurde in aller Öffentlichkeit erhoben, und zwar ungeprüft erhoben, und wurde auch sofort innerhalb von Stunden von uns richtiggestellt. Und obwohl es damals geheißen hat, man stehe nicht an, wenn sich herausstellt, daß diese Behauptung falsch ist, diese auch wieder öffentlich zu widerrufen, ist bis heute kein öffentlicher Widerruf dieses Vorwurfes gemacht worden.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge, wir haben die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, wie ich Ihnen gesagt habe, und ich würde also bitten, wenn Sie auf die Fragen antworten. Vorwürfe, die Sie da an die Adresse des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses richten, sind in diesem Zusammenhang nicht am Platze. Das müssen Sie sich wo anders ausmachen. Und ich darf Ihnen mitteilen, Herr Abgeordneter Dr. Steger ist nicht heute abwesend, weil Ihre Zeugeneinvernahme ist, sondern weil er mit hohem Fieber bettlägerig ist. Ich mußte als stellvertretender Vorsitzender schon gestern ihn hier vertreten und tue das heute auch. Herr Abgeordneter Mühlbacher, wenn Sie weitere Fragen haben?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge, zu Detailaufträgen, die Ihre Firmengruppe übernommen hat in Sache AKH.

Sie haben einen Auftrag über die Lieferung von sanitären Containern für das AKH erhalten, obwohl Sie wesentlich teurer waren als ein Konkurrent. Was waren Ihrer Meinung nach die Gründe hiefür?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben von der AKPE keinen Auftrag für die Lieferung von Sanitärcontainern erhalten, sondern wir haben von einem Unterlieferanten der AKPE den Auftrag erhalten, und wir bedauern jedesmal, wenn keine öffentliche Ausschreibung der Leistungen, die das AKH benötigt, erfolgt. Der Beweis dafür ist ja durch eine spätere öffentliche Ausschreibung, eines Zusatzes, erbracht worden. Dort haben die Konkurrenten, die den Auftrag des ersten Teiles bekommen haben, um -zig Millionen mehr verlangt für die gleiche weitere Leistung als die Firma Prutscher. Das heißt, wenn wir die Möglichkeit haben, direkt an das AKH zu offerieren im Rahmen eines freien Wettkampfes, dann sind wir in sehr vielen Fällen auch Best- und Billigstbieter. In diesem Falle hatten wir die Möglichkeit nicht. Denn es gab keine öffentliche Ausschreibung für die Sanitärcontainer, sondern die waren bereits bevor wir den Zuschlag eines AKH-Lieferanten bekommen haben, an diesen Lieferanten vergeben.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge, von wem haben Sie den Auftrag für die Sanitärcontainer bekommen?

Hans Christoph **Prutscher:** Von der ARGE Sanitär.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Container wurden durch Ihre Firma produziert?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. Eine Bedingung, daß wir den Auftrag von der ARGE Sanitär bekommen, war, daß wir die Blechteile bei einer bestimmten Firma beziehen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Firma war denn das?

Hans Christoph **Prutscher:** Die VOEST.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wer hat denn noch an den Containern gearbeitet? Sie haben sie ja nicht gefertigt.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. Wir haben verschiedene Sublieferanten für die einzelnen Leistungen dieser Container herangezogen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wer hat die Verfliesung gemacht?

Hans Christoph **Prutscher:** Die Firma Bad 2 000.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wie kamen Sie auf die Firma Bad 2 000 in Vorarlberg, wer hat sie Ihnen empfohlen?

Hans Christoph **Prutscher:** Das AKH hat eine ganz bestimmte Fliesentype und Qualität, es war eine ausländische Fliesentype vorgeschrieben, deren Generalvertretung die Firma Bad 2 000 hatte. Und obwohl wir sehr gerne, weil wir eine eigene Verflieserei für unsere Labormöbelproduktion haben, die Verfliesung gerne selbst durchgeführt hätten, wäre es auf Grund der Preisgestaltung von der Firma Bad 2 000 völlig unwirtschaftlich gewesen, zu einem teuren Preis die Fliesen allein zu kaufen, wo wir die Verfliesungsarbeiten mit den Fliesen viel günstiger von der Firma Bad 2 000 bekommen haben.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge, Ihre Firma hat ja viele Aufträge beim AKH. Ist es auch vorgekommen, daß Sie mit Angeboten sozusagen durchgefallen sind als Billigstbieter?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bei welchen Aufträgen war denn das?

Hans Christoph **Prutscher:** Zum Beispiel bei den Zwischenwänden.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Warum glauben Sie, haben Sie diesen Auftrag nicht erhalten? Sind Ihnen Gründe bekannt geworden?

Hans Christoph **Prutscher:** Weil ein wesentlicher Partner unserer Firma hinter unserem Rücken andere Vereinbarungen geschlossen hat.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): In welcher Art, wissen Sie diese?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist mir erst durch die Zeitungen und durch Veröffentlichungen aus diesem Ausschuß bekannt geworden, und ich habe also daher nur eine Meinung oder ein Wissen über Dritte, wobei bei uns die Überlegung ist, ob das noch gerichtliche Nachspiele haben wird.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche größeren Aufträge haben Sie noch bekommen?

Hans Christoph **Prutscher:** Was verstehen Sie unter „größer"?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Na ja, Sie wissen, von Millionenhöhe — vom AKH, bitte.

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben, und darauf bezogen sich diese Notiz bei Herrn Dipl.-Ing. Winter, die Zustimmung des AKH erhalten, als Subunternehmer für die Firma Siemens die Medizintechnikplanung für die Bereiche Labor durchzuführen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie früher schon so etwas gemacht?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja, laufend.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wer war denn bei all diesen Aufträgen Ihr Verhandlungspartner bei der AKPE?

Hans Christoph **Prutscher:** Im wesentlichen die drei Vorstandsdirektoren.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Alle drei, oder mit wem haben Sie ...

Hans Christoph **Prutscher:** Schwergewicht Direktor Parzer.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Parzer. — Herr Zeuge, Sie haben eine Betriebsprüfung?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie versucht, in den Gang der Betriebsprüfung einzugreifen?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wurde interveniert?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Es wurde bei diesem Betriebsprüfungsbericht öfter Bericht erstattet an den Präsidenten der Finanzlandesdirektion. Das ist sicherlich ein Vorgang, wo anzunehmen ist, daß irgendwer interveniert hätte.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, in keinster Weise. Ich habe mich sogar in Kontakt mit den Prüfern besonders zurückgehalten, die ja nunmehr seit 11 Monaten bei uns ständig die Prüfung durchführen. Wobei ich hier sagen kann, daß es entgegen anderslautenden Berichten in den Zeitungen nicht einen einzigen Schilling gibt, der nicht in unserer Buchhaltung belegt wäre. Wir haben sicher durch die Indiskretionen und durch den Amtsmißbrauch, der im Zusammenhang mit der Prüfung vorgekommen ist, enormen Schaden erlitten, aber unsere Buchhaltung und unsere Gebarung sind sicher zu hundert Prozent in Ordnung.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, die Vorhalte des Finanzamtes, die Ihnen gestellt wurden, wie zum Beispiel die Nichtabzugsfähigkeit von 51 Millionen Schilling Provisionen, finden Sie nicht richtig?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist völlig falsch! Selbstverständlich! Denn wir haben unsere Provisionen im Zusammenhang mit Auslandsgeschäften immer, was auch schon

zweimal betriebsgeprüft ist, unserer Buchhaltung, und wir haben die Finanz immer als einen Hort der Vertraulichkeit angesehen, offen dargelegt mit Name, Anschrift der Empfänger. Es ist darunter auch keine einzige Briefkastenfirma. Wir haben die Bestätigungen für jeden einzelnen Provisionsschilling, wer für welche Kommission was erhalten hat, und, Sie können sich vorstellen, daß, wenn solche Dinge, die bei Auslandsgeschäften — und zwar bei allen Firmen, die in diese Destinationen exportieren — selbstverständlich sind, in die Öffentlichkeit kommen, daß das bis zur persönlichen Gefährdung unserer Monteure, die im Ausland arbeiten, führen kann.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Auslandsgeschäfte waren das, Herr Zeuge?

Hans Christoph **Prutscher:** Das sind alle unsere Auslandsgeschäfte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche waren am provisionsintensivsten?

Hans Christoph **Prutscher:** Es gibt gewisse Länder, wo die Provisionen höher sind, und es gibt Länder, wo die Provisionen niedriger sind. Das wird sich bei allen in diese Länder exportierenden Firmen relativ gleich darstellen. Wenn die Finanz vergleicht — sie hat ja den wesentlich besseren Überblick —, dann wird sie sehen, daß das durchaus ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Darf ich meine Frage wiederholen: Welches war Ihr provisionsintensivstes Auslandsgeschäft? Das ist eine Frage hier vom Untersuchungsausschuß.

Hans Christoph **Prutscher:** Es gibt ein Geschäft — meinen Sie jetzt vom Prozentsatz, vom Betrag her oder von welchen ...?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Vom Betrag her.

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben ein sehr großes Exportgeschäft nach Persien durchgeführt und hohe Provisionen dafür bezahlt. Wir haben nach Nigerien geliefert, wir haben nach Saudi-Arabien und in alle möglichen ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, es muß bei diesen Provisionszahlungen die Ordnungsmäßigkeit nicht vorhanden gewesen sein, sonst hätte das Finanzamt das sicherlich anerkannt.

Bezüglich Ihrer Aussage von vorhin, wo Sie sagten, Ihre Buchhaltung sei ordnungsgemäß und es wäre immer Name, Adresse und Empfänger angegeben worden, darf ich Ihnen vorhalten: Beim Werbeaufwand mit repräsentativer Mitveranlassung, wie zum Beispiel Gästebewirtung, Hotelrechnung, Nachtlokalbesuche, Hostessenbetreuung, Air-Charter und Weihnachtsgeschenken fehlten Angaben über die betriebliche Veranlassung und die beteiligten Personen auf den Belegen. Teilweise wurden nicht ordnungsgemäße Handbelege gebucht. Nur zur Buchhaltung, weil Sie das vorhin so hervorgehoben haben.

Hans Christoph **Prutscher:** Ich darf trotzdem wiederholen, daß sie völlig ordnungsgemäß ist. Denn der Stand der Betriebsprüfung ist derzeit so, daß die Prüfer gewisse Vorhalte gemacht haben, unsere Stellungnahmen noch nicht einmal restlos aufgearbeitet haben. Wir haben allein im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung 300 000 Fotokopien von anderen Unterlagen, die ja nicht nur in der Buchhaltung, sondern in den einzelnen Akten sind, angefertigt, und es gibt zu allen Ausgaben auch die Erklärung, zu allen Reisekosten, zu allen Nachtlokalbesuchen — wenn Sie so sagen wollen, wobei ich dazu sagen möchte, ich war sicher bei keinem einzigen Nachtlokalbesuch dabei, sondern das machen unsere Herren mit ihren ausländischen Besuchern —, und es sind auch die Provisionen völlig in Ordnung. Deswegen, weil auf Grund der Größenordnung die Betriebsprüfer sagen, das wäre aufklärungsbedürftig, das ist ihr gutes Recht, und wir stehen auch gar nicht an, das restlos aufzuklären.

Ich darf hier noch dazu sagen, wir haben kein einziges Auslandsgeschäft gemacht, bei dem wir Provision bezahlt haben und wir nicht selbst mindestens so viel verdient haben, wie die Provision ausmacht, und wir machen nach wie vor Geschäfte im Ausland, bei denen Provisionszahlungen mit Angabe, Name, Adresse des Empfängers durchgeführt werden.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wie erfolgt die Überweisung der Provisionen ins Ausland?

Hans Christoph **Prutscher:** Bankmäßig.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Bankverbindungen haben Sie denn da in Anspruch genommen?

Hans Christoph **Prutscher:** Das könnte ich nicht sagen, welche ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bei einem größeren Betrag werden Sie es sicherlich noch wissen. Nach dem Iran?

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht auswendig.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Zu Ihrer Verbindung zur Lauda-Firma Hongkong. Was können Sie uns dazu sagen?

Hans Christoph **Prutscher:** Durch ein Gespräch mit dem damaligen persischen Botschafter bin ich auf die geplante Reise des Herrn Lauda nach Persien aufmerksam

gemacht worden, wobei mir der damalige Botschafter sein Leid geklagt und gesagt hat: Stellen Sie sich vor, jetzt habe ich den Besuch des Herrn Lauda beim Schah organisiert, und der Herr Lauda fliegt nur, wenn ich ihm einen gewissen Betrag zahle. Jeder andere würde doch was zahlen, wenn er überhaupt hinfahren könnte und einen Kontakt mit dem Schah bekäme.

Daraufhin habe ich den Herrn Lauda angerufen und habe ihn gefragt, ob er wahnsinnig ist, so eine Gelegenheit läßt man doch nicht aus, und so kam das Gespräch darauf. Wir haben einen Vertrag abgeschlossen über die Herstellung von Kontakten mit einem fixierten Betrag. Das deshalb, weil der Herr Lauda auf dem Standpunkt stand, es kann ihm jeden Tag etwas passieren, er läßt sich nicht auf Provisionszahlungen für abgeschlossene Geschäfte ein, das macht er nicht. Außerdem ist er vertraglich an die Firma Lauda Hongkong-Limited gebunden, daher wickelt er alle seine Sponsortätigkeiten nur über diese Firma ab. Wir haben uns bereit erklärt, einen fixen Betrag zu bezahlen in der Höhe von 5 Millionen Schilling, und wir haben das in der Form abgewickelt. Auch dieses Geschäft, das die Finanz bei uns selbstverständlich mit allen Unterlagen in der Buchhaltung einsehen konnte, war am nächsten Tag sofort in der Zeitung. Es kann sich jeder vorstellen, daß bei diesen Verhältnissen, die jetzt dort herrschen, für uns das Persiengeschäft damit verunmöglicht wurde.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Was war Ihr Auftrag an die Firma Lauda-Hongkong?

Hans Christoph **Prutscher:** Die Gespräche wurden immer nur mit Herrn Lauda geführt und der Vertrag mit der Firma Lauda Hongkong-Limited wurde auf Grund seiner internen vertraglichen Bindung mit dieser Firma abgeschlossen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Was hat die Firma Lauda Ihrer Firma zu bringen gehabt?

Hans Christoph **Prutscher:** Den Herrn Lauda.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wozu?

Hans Christoph **Prutscher:** Damit er eben seine internationalen Kontakte uns zur Verfügung stellt für Exportgeschäfte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wie kamen Sie zu der Annahme seiner fachlichen Qualifikation?

Hans Christoph **Prutscher:** Das hat mit der fachlichen Qualifikation nichts zu tun, denn wenn einer beim Schah eingeladen ist und die Möglichkeit hat, mit einem dorthin zu fahren, braucht es keine fachliche Qualifikation. Das ist sein internationales Renommée, das er hatte und hat.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Auch die Betriebsprüfung hat keinen Leistungsnachweis erkennen können?

Hans Christoph **Prutscher:** Na ja, bitte, das war einmal eine erste Behauptung, und ich darf nochmals wiederholen: Die Betriebsprüfung ist nach wie vor im Gange. Es gibt nicht einmal einen Abschlußbericht, geschweige denn auch noch eine Entscheidung in irgendeiner Form, und da gibt es vielleicht zwischen dem Prüfer und uns Meinungsverschiedenheiten. Aber selbstverständlich gibt es umfangreichste ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie sagten, Sie hätten mit Lauda einen Vertrag oder eine Vereinbarung geschlossen. In welcher Form?

Hans Christoph **Prutscher:** Schriftlich.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Schriftlich. Dieser liegt vor?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Hat ihn die Betriebsprüfung auch gesehen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und die Leistung wurde nicht erbracht?

Hans Christoph **Prutscher:** Selbstverständlich wurde die Leistung erbracht!

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Nur durch die Kontaktnahme des Schah von Persien oder ...?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, die ist gar nicht erfolgt, weil inzwischen der Umsturz war. Aber der Herr Lauda hat uns von seiner Seite zum Beispiel auch in Saudi-Arabien andere Kontakte, die er auf Grund seiner internationalen Tätigkeit hat, verschafft.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bei diesen geschäftlichen Abwicklungen — hat Sie da auch Ihr Herr Vater beraten?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wußte er von der Vereinbarung mit der Lauda-Firma?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich kann nicht ausschließen, daß ich ihm das gesprächsweise erzählt habe. Aber ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie ihm auch das vom Iran erzählt?

Hans Christoph **Prutscher:** Das könnte ich Ihnen nicht sagen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Er sagt nämlich ganz was anderes.

Hans Christoph **Prutscher:** Ich weiß nicht, ob ich ihm das erzählt habe. Sicher sitzen wir ab und zu zusammen, und wenn ich etwas als interessant finde ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wieweit hat denn Ihr Herr Vater eingegriffen in den geschäftlichen Betrieb?

Hans Christoph **Prutscher:** Überhaupt nicht! In keinster Weise!

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie haben ja mit Ihrem Herrn Vater gesprochen, bevor Sie heute hierher gegangen sind? Wegen der Einvernahme hier.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Es war fast gleich bei einer Frage. Aber über die Firma Lauda haben Sie sicherlich nicht gesprochen?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben überhaupt nicht gesprochen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie haben nicht gesprochen vor der Einvernahme hier?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wie sind denn Ihre geschäftlichen Beziehungen zu Frau Marcos?

Hans Christoph **Prutscher:** Durch die Verleumdungskampagne des letzten Jahres stillgelegt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und was hatten Sie für geschäftliche Beziehungen?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir waren knapp vor Abschluß eines Milliardenauftrages, der sicherlich Österreich sehr gutgetan hätte im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen, mit der Errichtung von Spitälern. Wir haben dort Projekte und Modelle präsentiert. Wir haben aufwendigste Ausarbeitungen gemacht, und es kam sogar zu einem Vorvertrag in bezug auf die Finanzierung dieser Kredite. Es ist ein Vertrag zwischen einer Wiener Bank und der Frau Präsidentin Marcos abgeschlossen worden.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welches Schreiben von Frau Marcos an den Wiener Bürgermeister haben Sie der Betriebsprüfung vorgelegt, und was war dessen Inhalt?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben im Rahmen dieser Kreditverhandlungen auch von der Zentralsparkasse eine Kopie des Schreibens der Frau Marcos an den Bürgermeister betreffend diese Kreditvereinbarung. Wie der Inhalt jetzt ist, weiß ich nicht auswendig.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Hat in diesem Zusammenhang die Firma Lauda einen Auftrag Ihrerseits gehabt?

Hans Christoph **Prutscher:** Der Herr Lauda war auch im Zusammenhang mit den Philippinen tätig.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): In Ihrem Auftrag?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Wer ist Eigentümer der Firma AWIGA!

Hans Christoph **Prutscher:** Bei der Firma AWIGA war ein ziemlich reger Eigentümerwechsel. Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie der derzeitige Eigentümerstand ist. Aber meines Wissens nach Klienten des Herrn Dr. Schaller.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie selbst?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Prutscher-Firma?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! Hält für Sie jemand Treuhandschaften?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. Auch das ist zum Beispiel eine unrichtige Äußerung, daß der Herr Dr. Schaller für zahlreiche Firmen Treuhänder wäre. Er ist bei überhaupt keiner Firma oder Firmenbeteiligung von Prutscher Treuhänder mit Ausnahme einer Wohnungsangelegenheit.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und wer ist Eigentümer der Firma Fleurival *(phonetisch.)* Fleurival heißt sie.

Hans Christoph **Prutscher:** Klienten des Herrn Dr. Schaller.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie nicht?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ihre Firma nicht?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wieso hat dann die Firma Prutscher OHG und die Firma AWIGA den gleichen Steuerberater? Und den gleichen Rechtsvertreter?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja, wir haben auch den gleichen Anwalt, und wir haben sogar mit einigen Firmen, die der Herr Dr. Schaller vertritt, regen geschäftlichen Kontakt. Ich würde sagen, das ist sogar ein Grund, warum wir Kontakt mit diesen Firmen haben. Auch unser derzeit größtes Bauvorhaben wird von

einer Baufirma, die durch den Herrn Dr. Schaller vertreten wird, ausgeführt. Ich habe mich bei keiner dieser Firmen erkundigt, wer die Eigentümer sind. Dafür bürgt mir schon der Herr Dr. Schaller, daß das in Ordnung geht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Betriebsadresse der Firma Prutscher OHG ist ...

Hans Christoph **Prutscher:** Die ist 1150, Diefenbachgasse 35.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und der Firma AWIGA?

Hans Christoph **Prutscher:** Dieselbe. Es sind viele Firmen in der Diefenbachgasse 35.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Also kein Zusammenhang?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Trotzdem nicht! Herr Zeuge! Stellen Sie die Beteiligung an der Firma Faserplastik Ges.m.b.H. & Co. KG. und an der Firma Faserplastik Kunststoff Ges. m. b. H. dar?

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, ich habe von der Firma Faserplastik überhaupt erst durch ein Gespräch bei Herrn Dr. Schaller gehört. Ich kenne die Firma Faserplastik nicht, kenne auch keinen Gesellschafter der Firma Faserplastik. Sie selbst ...

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie selbst und auch die Firma ist nicht beteiligt an diesen beiden von mir genannten Firmen?

Hans Christoph **Prutscher:** Weder direkt noch indirekt — in keinster Weise.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie geschäftliche Beziehungen zu Herrn Drennig?

Hans Christoph **Prutscher:** Außer den Kontakten, die ich über die Holding mit Herrn Dr. Drennig habe, nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und in welchem Zusammenhang waren die?

Hans Christoph **Prutscher:** Im Zusammenhang mit der MED-CONSULT.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Mit der MED-CONSULT. — Und zu Herrn Wilfling?

Hans Christoph **Prutscher:** Im Zusammenhang mit der Firma ODELGA.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Waren Sie persönlich bekannt mit Herrn Wilfling?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Befreundet?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie nannten also die MED-CONSULT: Was können Sie sagen, wie es zu der Gründung der MED-CONSULT gekommen ist?

Hans Christoph **Prutscher:** Auf Grund meiner Vorsprache bei der Holding. Da bis zu diesem Zeitpunkt ständig diese Reibereien zwischen der Firma ODELGA und der Firma Prutscher vorkamen, habe ich gesagt, ob das nicht aus der Welt zu schaffen wäre, indem man eine gewisse Zusammenarbeit der beiden Firmen herbeiführt, denn sie haben Produkte, die aneinander nicht konkurrenzieren, sondern sinnvoll ergänzen. Die Idee war, daß die Firma Prutscher, die ja eine sehr gute Exportorganisation hat, ODELGA-Produkte im Ausland mit verkauft, und so kam es nach Vorsprachen bei allen drei damaligen Vorstandsdirektoren der Wiener Holding zur Gründung der MED-CONSULT.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und so wie die MED-CONSULT gegründet und ausgeführt wurde — das ist genau nach Ihren Vorstellungen geschehen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Als Briefkasten-Firma?

Hans Christoph **Prutscher:** Die MED-CONSULT war nie eine Briefkasten-Firma.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Was hat die MED-CONSULT — wie war also der Ablauf der geschäftlichen Beziehungen?

Hans Christoph **Prutscher:** Die MED-CONSULT war eben als Bindeglied zwischen der Firma ODELGA und der Firma Prutscher gedacht. Es gab einen Syndikatsvertrag zwischen der Firma ODELGA und der Firma Prutscher, daß beide Firmen ihre Planungsaufträge in die MED-CONSULT einbringen. Bei dieser Gelegenheit hat die ODELGA den Planungsauftrag betreffend Betriebsorganisation, der der Firma ODELGA schon auf Grund der terminlichen Situation auf den Nägeln gebrannt hat, eingebracht, und die Firma Prutscher hat den viel größeren Planungsauftrag über die Medizintechnik-Planung in die MED-CONSULT eingebracht, an dem die MED-CONSULT ja derzeit noch immer arbeitet.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Eine letzte Frage noch, Herr Zeuge, bitte. Sie haben schon gesagt, Ihre Firma hat keine Parteienfinanzierung vorgenommen, das heißt, es erscheint in der Buchhaltung weder unter Betriebsausgaben noch unter Privatentnahme eine Ausgabe auf, die als Parteispende an eine Partei gegangen sein könnte?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich selber habe nie irgendeinen Schilling an irgendeine Partei bezahlt, bin auch nie angesprochen worden darauf. Ich kann nicht ausschließen, daß im Zuge eines Wahlkampfes oder irgendeiner Bezirksveranstaltung von der Firma Spenden gegeben wurden in unbedeutender Größenordnung, was dann aber sicher in unserer Buchhaltung aufscheint. Aber ich könnte nicht sagen, was und welcher Größe.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sind Sie Mitglied einer Partei?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Gehören Sie dem Wirtschaftsbund an?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein! Bin auch nicht Mitglied eines Vereines oder eines Klubs oder sonst irgendeiner anderen Organisation.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke! — Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier ist der nächste fragende Abgeordnete an Sie, Herr Zeuge!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich möchte unmittelbar dort anschließen, wo der Abgeordnete Mühlbacher geendet hat.

Es gibt eine sehr heftige Behauptung der Freiheitlichen Partei Österreichs, die hier auch vertreten ist — und ich nehme an, der Abgeordnete Peter wird Sie auch befragen —, daß die Firma Prutscher eine sogenannte ÖVP-nahe Firma ist. Können Sie dazu etwas sagen?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich meine, ein Nein ist eine klare Antwort. Würden Sie damit sagen, daß das nicht der Fall ist, diese Feststellung?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich wüßte nicht, was die Definition einer ÖVP-nahen Firma ist. Was ist eine ÖVP-nahe Firma?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das müßte Ihnen an sich der Abgeordnete Peter erklären, er wird es wahrscheinlich tun, aber ich möchte hier zur Präzisierung sagen. Also, daß Ihr Vater in einer Beziehung zur ÖVP stand und nach wie vor steht, ist bekannt, kam heute schon eingehend zur Sprache und bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Es geht aber jetzt um die Firma, und es geht jetzt um Sie.

Sie haben es bereits gesagt. Aber sind finanzielle Zuwendungen in einem über Kleinaufmerksamkeiten, wie Veranstaltungen usw. hinausgehenden Maß an die ÖVP geleistet worden?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): An Funktionäre oder Angestellte der ÖVP?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie sich bei Abwicklung Ihrer Geschäfte, insbesondere in Sachen AKH, des Rates oder der Hilfe oder der Unterstützung von Funktionären oder Mandataren der Österreichischen Volkspartei bedient?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. Nie!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie überhaupt über die rein gesellschaftlichen, flüchtigen Kontakte hinausgehende nähere Beziehungen zu ÖVP-Politikern außer zu ihrem Vater?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein! Auch nicht einmal gesellschaftlich flüchtige Kontakte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Kann ich Ihren Worten entnehmen, daß Sie sogar eine gewisse Skepsis gegenüber politischen Parteien oder politischer Tätigkeit haben?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist es eher ein Verhältnis der Gleichgültigkeit oder der Ablehnung oder ...

Hans Christoph **Prutscher:** Auch das nicht! Ich finde, heute, wo man mit siebzig noch politische Karrieren starten kann, muß man sich noch nicht so früh entscheiden. *(Allgemeine Heiterkeit.)*

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer hat denn mit siebzig eine politische Karriere gestartet?

Hans Christoph **Prutscher:** Der amerikanische Präsident zum Beispiel.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der war schon lange in der Politik. Aber ich will ja daraus nicht schließen, daß Sie sich selbst als Schauspieler ...

Herr Zeuge, es gibt also für Sie persönlich bis zur Stunde kein politisches Engagement?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wenn man so wie Sie bei einem öffentlichen Bauvorhaben, wo letzten Endes politische Instanzen entscheiden, so stark oder relativ stark zum Zug kommt, muß doch die Vermutung entstehen, daß Sie auch zu politischen Instanzen gute Kontakte haben.

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist völlig unrichtig. Es ist sogar das relativ stark unrichtig, denn im Verhältnis zum AKH sind unsere Aufträge, die wir dort bekommen haben, ja

geradezu unbedeutend. Und unsere Stärke ist eigentlich immer der Kampf im Rahmen einer Ausschreibung, und darum ist mir eine öffentliche Ausschreibung immer das Allerliebste, weil man dort ganz klar und offen um das Resultat kämpfen kann. Das ist unsere Stärke!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In welchem Anteil bewegt sich Ihr AKH-Geschäft zum sonstigen in den letzten Jahren. Bitte nur eine ungefähre Größenordnung. Ich möchte Sie nicht auf 5 oder 3 Prozent festlegen.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja, höchstens in so einer Größenordnung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Ihr sonstiges Geschäft macht etwa 90 Prozent aus?

Hans Christoph **Prutscher:** Wesentlich mehr als 90 Prozent!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also, das AKH-Geschäft ist für Sie ...

Hans Christoph **Prutscher:** Nicht einmal 10 Prozent!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nicht einmal 10 Prozent Ihres Geschäftes. Wer sind denn sonst Ihre hauptsächlichen Geschäftspartner?

Hans Christoph **Prutscher:** Ausland ist der größte Anteil. Das schwankt allerdings von Jahr zu Jahr, wenn eben einzelne große Auslandsgeschäfte da sind, dann geht es bis zu 80, 90 Prozent, sonst Industrien, öffentliche Stellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Inland und Ausland?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber immerhin haben Sie doch gesagt, die AKPE-Direktoren, die ja nicht selbst Politiker sind, hier gab es natürlich schon intensivere Kontakte?

Hans Christoph **Prutscher:** Na, intensiv, ich meine, vielleicht mit jedem drei-, viermal gesprochen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Herr Winter hat, ohne daß ich einem gerichtlichen Urteil vorgreifen möchte, nach unserem Eindruck eher doch zu nicht ganz koscheren Geschäftsmethoden geneigt. Sind Sie damit in irgendeiner Weise konfrontiert worden?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, wir haben auch keinen einzigen Auftrag, der in den Geschäftsbereich des Herrn Dipl.-Ing. Winter gefallen ist, bekommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben schon vorher gesagt, das waren hauptsächlich partielle Gesprächspartner. Also Winter war für Sie nicht sosehr eine Kontaktperson?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Habe ich Sie richtig verstanden: Sie sind seit etwa 1964 ...

Hans Christoph **Prutscher:** 1962.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Etwa nach zwei Jahren haben Sie gesagt, war das dann abgeschlossen, mit der Geschäftsführung betraut.

Vielleicht noch ein Rückgriff auf das vorher Gesagte: War nicht beim Container-Geschäft und bei dem Leibschüssel-Spülmaschinen-Auftrag der Winter Ihr Gesprächspartner, weil Sie gesagt haben, Sie haben mit Winter nichts ...

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, das haben wir beide — das heißt, beide von Subunternehmen des AKH: den einen Auftrag von der ARGE Sanitär und den zweiten Auftrag nicht einmal von der ARGE Sanitär, sondern von einem weiteren Sub-Sub-Unternehmen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie nicht Winter-Kontakte gehabt in dieser Frage?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, das waren keine direkten AKH-Aufträge.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt möchte mich interessieren: Sie haben gesagt, die AKH-Geschäfte waren immer nur einige Prozente Ihres Umsatzes. Können Sie überschlagsmäßig sagen: Wie hoch ist das aufsummierte AKH-Geschäftsvolumen Ihrer Firma?

Hans Christoph **Prutscher:** Der Deckenauftrag ist eine Größenordnung von 170 Millionen, der Planungsauftrag für — allerdings ist das auch kein direkter AKH-Auftrag, sondern auch wieder als Subauftrag der Firma Siemens, nämlich 30 Millionen. Erstreckt sich aber alles immer über Jahre, sodaß es nicht Niederschlag in einem Jahr findet, sondern über viele Jahre verteilt ausgeführt wird.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was macht es insgesamt etwa aus?

Hans Christoph **Prutscher:** Zusammen 200 Millionen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Etwa 200 Millionen.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie sagen, wieviel Sie davon wieder weitergegeben haben an andere Firmen?

Hans Christoph **Prutscher:** Beim Deckenauftrag, der zum Beispiel der prägnanteste ist, ist der Hauptsublieferant die Firma Austria

Email, wobei wir diesen Auftrag anläßlich einer öffentlichen Ausschreibung als Best- und Billigstbieter mit einem Abstand von nahezu 20 Millionen zu dem Nächstbieter erstanden haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Subaufträge haben Sie aber auch bekommen, haben Sie bereits erwähnt. *(Hans Christoph Prutscher: Ja.)* Welche sind denn da zu erwähnen?

Hans Christoph **Prutscher:** Sanitärcontainer, Leibschüsselspüler.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Welche Geschäftsbeziehungen haben Sie — bedeutende Geschäftsbeziehungen — zu in der Schweiz etablierten Unternehmungen, insbesondere in Zug? Können Sie uns da etwas sagen?

Hans Christoph **Prutscher:** Unsere Beziehung ist hauptsächlich zu einer Schweizer Familie, die in der gleichen Branche tätig ist wie wir und eben noch viele andere Firmen besitzt; das ist unser Hauptkontakt in die Schweiz.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie die Firma nennen, die Familie nennen? Das wird ja kein Geheimnis sein oder?

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, das ist an sich kein Geheimnis, das ist die Familie Rengli *(phonetisch)*, die eine Labormöbelfabrik besitzt und deren Lizenznehmer wir seit dem Jahre 1965 sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sonstige Schweizer Geschäftsbeziehungen regelmäßiger oder größerer Art?

Hans Christoph **Prutscher:** Regelmäßig nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mich interessiert auch noch einmal dieser Vertrag mit der Niki Lauda-Limited. Ist Ihnen bekannt, daß der Herr Niki Lauda gesagt hat, er weiß nicht, wer hinter dieser Hongkonger Firma steht?

Hans Christoph **Prutscher:** Das habe ich in den Zeitungen gelesen, habe mit ihm persönlich darüber nicht gesprochen, und ich bin bei Zeitungsmeldungen, nachdem ich das weiß, was über uns drinnensteht, immer sehr skeptisch.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nun ist das tatsächlich der Fall gewesen. Wie erklären Sie sich das, daß der Herr Lauda einerseits nicht weiß, wer hier seinen Namen verwendet, den er offenbar auch verkauft hat hier, und andererseits darauf besteht, daß Provisionen von Ihnen dorthin gezahlt werden? Oder daß ein Honorar oder wie immer Sie es nennen wollen dorthin gezahlt wird?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben — das heißt, ich habe die Gespräche nur mit Herrn Lauda geführt. Wie seine vertraglichen Bindungen zu dieser Firma oder zu anderen Firmen sind, habe ich keine Ahnung und hat mir auch gar keine Rolle gespielt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schauen Sie, Ihr Vertragspartner war die Niki Lauda-Limited. *(Hans Christoph Prutscher: Ja.)* Die sitzt in Hongkong. Wir haben mit Hongkong kein Rechtshilfeabkommen, gar nichts. Hongkong ist ein anderer Stern. Was hätten Sie gemacht, wenn die das Geld kassiert hätten, und niemand hätte für Sie etwas getan mehr? Wenn Sie das à fonds perdu gezahlt hätten?

Hans Christoph **Prutscher:** Wenn ich die Gespräche nicht selbst mit dem Herrn Lauda geführt hätte, hätte ich so etwas sicher nicht gemacht. Er hat mir halt diese Firma als seine vertragliche Bindung genannt. Warum sollte ich zweifeln, daß er über diese Firma auch seinen Verpflichtungen nachkommt?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie nicht hier mit jemandem anderen noch verhandelt? Oder hat hier der Herr Lauda die Niki Lauda-Limited Hongkong selbst vertreten?

Hans Christoph **Prutscher:** Wie meinen Sie das?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich meine, wenn Sie hier mit der Niki Lauda Hongkong in Geschäftsbeziehung treten — und das sind Sie ja —: ...

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen der Herr Lauda als Vertreter dieser Firma, wo er angeblich nicht einmal weiß, wem die gehört, aufgetreten, oder sind vielleicht der Herr Ronald Wan Hai Wong *(phonetisch)* oder der Herr Dr. Franz Schmidt aus Zug oder der Hans Jörger Dürrer *(phonetisch)* aufgetreten?

Hans Christoph **Prutscher:** Die Namen sagen mir überhaupt nichts.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie kennen diese Herren nicht?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und sind Sie in dieser Frage mit dem Herrn Udo Proksch alias Serge Kirchhofer in Verbindung getreten?

Hans Christoph **Prutscher:** Der hat mit einer Vollmacht der Firma Lauda Hongkong-Limited diesen Vertrag unterschrieben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wieso vertritt der Herr Serge Kirchhofer *(Zwischenruf)*, der Spezialist für Demel und so weiter, eine Hongkonger Firma? Ist Ihnen das nicht irgendwie auf ...?

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Na, wie hat er sich ausgewiesen? Als ...

Hans Christoph **Prutscher:** Mit einer Vollmacht, die er — das hat der Herr Doktor Schaller geprüft, ob diese Vollmacht in Ordnung ist von dieser Firma, und damit hat er es unterschrieben. Ist auch beim Akt, ist auch dem Finanzamt bekannt, aber er hat eine Vollmacht dazu vorgelegt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eine Vollmacht der Firma Niki Lauda-Limited Hongkong.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und der Herr Niki Lauda wußte, daß der Herr Udo Proksch hier als Vertreter auftrat?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat er Ihnen gegenüber sein Einverständnis oder sein Wissen darüber bekundet?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es gibt eine Auffassung, daß diese Mittel für andere Zwecke verwendet wurden. Daher wäre ich außerordentlich daran interessiert, von Ihnen präzis zu wissen: Welche tatsächlichen Leistungen im Gegenwert von 5 Millionen Schilling hat der Herr Lauda für Sie erbracht? Sie haben zwar schon gesagt: Arabiengeschäft. — Oder wie kann man das, bitte, präzis wissen?

Hans Christoph **Prutscher:** Er hat Kontakte zu potentiellen Abnehmern hergestellt. Damit hat er seine vertragliche Verpflichtung erfüllt. Ich habe keinerlei Ahnung, was die Firma Lauda Hongkong-Limited mit dem Betrag gemacht hat. Ich schließe aber völlig aus, daß irgendein Betrag direkt oder indirekt an die Firma Prutscher oder an mich persönlich zurückgeflossen ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das vermute ich gar nicht. Aber ich würde Sie bitten, hier doch noch präziser zu werden.

Welches Geschäft in welchem Umfang kam durch die Vermittlung des Herrn Lauda zustande? Denn 5 Millionen Schilling sind ja kein Lercherl.

Hans Christoph **Prutscher:** Es sind Kontakte zu potentiellen Abnehmern zustande gekommen, die ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Na können Sie sagen — bitte!

Hans Christoph **Prutscher:** Das betrachte ich eigentlich als Geschäftsgeheimnis. Wenn dann noch mehr auf der Straße liegt, dann brauche ich überhaupt keine Geschäfte mehr zu machen, weil das läßt sich halt nicht in der Öffentlichkeit durchführen. Aber das war seine Leistung. Das Durchführen oder das Abschließen der Geschäfte wäre ja unsere Sache gewesen. Wir haben im Zusammenhang mit diesen Kontakten, die Herr Lauda hergestellt hat, auch viel umfangreichere Aufwendungen in der Ausarbeitung von Projekten erstellt, die ohne diese Skandalisierung bestimmt zu Aufträgen geführt hätten, wobei durch die Skandalisierung keine konkrete Realisierung bis heute erfolgt ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Können wir einige Minuten die Vernehmung unterbrechen, daß wir uns intern beraten können? — Ich bitte um Entschuldigung.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich unterbreche auf Grund des Antrages des Abgeordneten Kohlmaier für ganz kurze Zeit Ihre Einvernahme. Herr Zeuge, ich würde bitten, wenn Sie sich nebenan begeben. *(Hans Christoph Prutscher verläßt den Saal.)*

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich mich ganz kurz mit meinen Kollegen beraten und dann ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja, ist in Ordnung.

Ich unterbreche kurzfristig die Sitzung des Untersuchungsausschusses. *(Sie Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)*

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wieder auf und bitte, den Zeugen wieder in den Saal zu bitten.

Bitte, Herr Zeuge *(nachdem Hans Christoph Prutscher wieder in den Saal gerufen wurde)*, wenn Sie wieder den Platz einnehmen.

Wir setzen Ihre Zeugeneinvernahme fort, am Wort ist Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Zeuge: Sie würden bei der Bekanntgabe der Geschäfte, die der Herr Lauda vermittelt hat, ein Geschäftsgeheimnis verraten oder preisgeben?

Hans Christoph **Prutscher:** Er hat keine Geschäfte vermittelt, sondern Kontakte zu potentiellen Abnehmern.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben diese Kontakte dann auch zu Geschäftsfällen geführt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich habe vorhin schon erwähnt: Bis heute noch zu keinem konkreten Abschluß. Aber seine Leistung war ja die Kontaktherstellung und nicht das Abschließen von Geschäften und war auch nicht daran gebunden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gibt es einen Zusammenhang zwischen diesem Bereich und Besuchen, die Sie auf den Philippinen und in Saudi-Arabien gehabt haben?

Hans Christoph **Prutscher:** Herr Lauda war auch im Zusammenhang mit dem Philippinen-Projekt und Saudi-Arabien tätig in bezug auf Herstellung von Kontakten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Handelt es sich bei diesem Philippinen-Geschäft um den Auftrag, von dem Sie sagten, daß er Milliardenhöhe erreicht hätte, wenn er zustande gekommen wäre?

Hans Christoph **Prutscher:** Hätte am Rande sicher auch damit zu tun gehabt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es gibt aber jedenfalls einen Auftrag, der Ihnen einmal in Aussicht gestellt war, mit einer Auftragssumme von 1,8 Milliarden Schilling.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich komme jetzt zu einem anderen Bereich.

Ist es richtig, daß Sie bei Verhandlungen mit der Holding vor Gründung der MED-CONSULT auch darauf hingewiesen haben, daß Ihnen dieser Auftrag unter Umständen ins Haus steht, was auch für die MED-CONSULT interessant wäre?

Hans Christoph **Prutscher:** Dieser konkrete Auftrag, glaube ich eher nicht, aber Auslandsaufträge, die dann auch zu Zulieferungen der ODELGA führen könnte. Aber das hat speziell mit dem Philippinen-Auftrag nichts zu tun.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie haben ins Treffen geführt, daß Sie Auslandsaufträge *(Hans Christoph Prutscher: Ja!)* in die MED-CONSULT sozusagen einbringen können. Verstehe ich das richtig?

Hans Christoph **Prutscher:** Daß wir im Rahmen unserer Auslandsaufträge die Firma ODELGA als Zulieferant ihrer eigenen Produkte heranziehen können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist also ein Motiv, vielleicht sogar ein Hauptmotiv — ich bitte, sich darüber zu äußern — der Gründung der MED-CONSULT gewesen das Zusammentreffen Ihrer Auslandsbeziehungen, Auslandskontakte, Ihrer Auslandspotenz, wenn ich so sagen darf, und der ODELGA als Lieferfirma oder Produktenhersteller?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben vorhin gesagt, die MED-CONSULT war keine Briefkastenfirma. Wir haben aber bei bisherigen Zeugeneinvernahmen doch den Eindruck gehabt, daß es hier keine Substanz bei dieser Firma gab, weder gewerberechtlich noch Personal noch Ausstattung und so weiter.

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist völlig unrichtig. In allen diesen von Ihnen angeführten Beziehungen gab es selbstverständlich Substanz. In der Frage Gewerbeberechtigung gab es vielleicht eine Verzögerung, was bei einer neu gegründeten Firma durchaus nichts Unübliches ist. In bezug auf das Personal war der Personalstand bis zu 10 Personen, Angestellte der MED-CONSULT — sind sogar heute in leitender Position beim AKH tätig —; bei einer Briefkastenfirma, glaube ich, wäre das nicht möglich gewesen. Und auch sonst hat die MED-CONSULT Leistungen in einer ordentlichen und preiswerten Form durchgeführt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Auch den Spiwag-Auftrag?

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, das ist ein Teil ihres Leistungsumfanges gewesen, den sie eben weitergegeben hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist die Weitergabe nicht zu einem wesentlich geringeren Preis erfolgt, als die AKPE bezahlt hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist immer so, wenn etwas weitergegeben wird. Die MED-CONSULT muß ja auch für ihre Verwaltung und für ihre Tätigkeit eine gewisse Spanne haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen in Erinnerung, wie hoch die Spanne in diesem besonderen Fall war?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber ich kann es Ihnen sagen: Sie war genauso hoch wie die Auftragssumme. Deswegen wundert mich etwas, daß Sie am Beginn gesagt haben, daß Sie nie Geschäfte durchgeführt haben, wo es zu einem unangemessen hohen Ertrag gekommen ist.

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, dazu stehe ich auch nach wie vor.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber etwas anderes: Sie sind hier nicht Angeklagter, Sie sind Zeuge; ich sehe Sie hier zumindest nicht als Angeklagten.

Herr Zeuge, bitte: Können Sie die Gespräche, die Sie mit dem Herrn Dr. Drennig geführt haben über die Gründung der MED-CONSULT, hier noch einmal wiedergeben: in groben Zügen? Wie hat sich das abgespielt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich bin bei der Holding vorstellig geworden, bei Herrn Generaldirektor Dr. Machtl, Herrn Dr. Drennig, auch bei Herrn Dr. Kraus.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren die gemeinsam Ihre Gesprächspartner, oder hintereinander?

Hans Christoph **Prutscher:** War sowohl einzeln als auch in gemeinsamen Gesprächen und habe die dauernden schwierigen geschäftlichen Verbindungen mit der Firma ODELGA dargestellt und habe gesagt: Es wäre doch günstig, wenn man einen Konsens findet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich eine kurze Zwischenfrage stellen: Bedeutet das, daß der Anstoß sozusagen von Ihnen ausgegangen ist, der erste? Die erste Initiative?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also können Sie — das ist sehr wichtig jetzt; ich bitte, sich hier genau zu erinnern — dezidiert sagen, daß der Anstoß zur Gründung der Firma MED-CONSULT nicht von der Holding, sondern von Ihnen ausgegangen ist?

Hans Christoph **Prutscher:** Der erste Kontakt über mögliche Zusammenarbeit mit der ODELGA ging eindeutig von mir aus.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wie ging es dann weiter?

Hans Christoph **Prutscher:** Und dann hat sich eben die Form einer gemeinsamen Tochterfirma in den Gesprächen mit der Holding herauskristallisiert. Es wurden die Vertragskonzepte erstellt und die MED-CONSULT gegründet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist das Aktivwerden des Herrn Dr. Drennig in dieser Frage etwas gewesen, was sich für Sie als eine Art Alleingang dargeboten hat, oder haben Sie umgekehrt eher den Eindruck gehabt, daß er etwas vollzieht, was Wille der gesamten Holding ist?

Hans Christoph **Prutscher:** War eindeutig Wille der Gesamtholding. Ist auch von allen immer so betont worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Dr. Drennig in dieser Frage ein Verhalten an den Tag gelegt, daß er sozusagen politisch motiviert oder als ÖVP-Vertreter oder als ÖVP-Angehöriger in der Holding hier anders agiert, als es der Mehrheit dafür entsprochen hätte?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck gehabt, daß eine volle Übereinstimmung in dieser Vorgangsweise im Bereich aller Holdingverantwortlichen existiert hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und Sie haben ja die Verhandlungen nicht nur mit Herrn Dr. Drennig geführt?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie hier keine wesentlichen Meinungsunterschiede festgestellt?

Hans Christoph **Prutscher:** Überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat man Ihnen je zu verstehen gegeben, Dr. Drennig auch, daß Sie hier sozusagen den privatwirtschaftlichen Flügel abdecken sollen?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Als Motiv.

Hans Christoph **Prutscher:** Na, die Motive waren für mich immer das zu verbessernde Ergebnis bei der Firma ODELGA. Das waren für mich augenscheinlich die Motive der Holding, der Zusammenarbeit mit uns.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie —bitte, sich diese Antwort auch genau zu überlegen —, haben Sie den Eindruck gehabt oder vielleicht sogar das Wissen oder den deutlichen Eindruck, daß die Gründung der MED-CONSULT erfolgte, um der gemeindeeigenen Firma ODELGA zusätzliche Aufträge und Erträge zu verschaffen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War das eindeutig so, oder ...

Hans Christoph **Prutscher:** Ja. Ist auch so besprochen worden. Hätte so sein sollen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie mit dem Herrn Dr. Drennig — ich erinnere Sie jetzt an Ihre Wahrheitspflicht — außer der Abwicklung dieses Holding-Geschäftes irgendwelche geschäftliche Beziehungen?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie gemeinsame wichtige Geschäftspartner, von denen Sie heute wissen?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie ist das mit der Firma AWIGA? Es ist Ihnen bekannt, daß die Firma AWIGA an einer Firma beteiligt ist, an der auch Dr. Drennig beteiligt ist. Hat das Ganze irgendeinen Bezug zu Ihnen?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. Überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wußten Sie davon?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich bin einmal in ein Gespräch zwischen Herrn Dr. Schaller und Herrn Dr. Drennig hineingeplatzt, wo ich irgendwelche Gesprächsfetzen mitbekommen habe, aber nicht im Detail.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wann war das ungefähr?

Hans Christoph **Prutscher:** Das könnte ich nicht sagen. Vielleicht vor einem halben Jahr oder ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wußten Sie, daß der Dr. Schaller die AWIGA vertritt gegenüber dem Dr. Drennig?

Hans Christoph **Prutscher:** Gegenüber dem Herrn Dr. Drennig nicht. Daß er die AWIGA ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie wußten aber, daß er die AWIGA vertritt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie den Dr. Schaller mit dem Dr. Drennig bekannt gemacht?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben sich die beiden unabhängig von Ihnen gekannt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es wurde vermutet, daß Sie unter Umständen durch Treuhänder oder auch direkt beteiligt sind an der AWIGA. Sie wurden schon gefragt, aber ...

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): ... ich möchte von Ihnen noch einmal die dezidierte Auskunft. Ist das nicht der Fall?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Sie der Dr. Drennig gefragt, ob Sie unter Umständen hinter der AWIGA stehen?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Auch nicht, nachdem jetzt diese ganzen öffentlichen Berichte waren?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich bin vom Herrn Dr. Schaller informiert worden, daß er ihn gefragt hat, aber nicht direkt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also daß Drennig Schaller gefragt hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja. Es gab keine direkten Gespräche.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Drennig hat Schaller gefragt nach Ihrer Erfahrung: Ist der Prutscher da beteiligt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wissen Sie die Antwort des Schaller?

Hans Christoph **Prutscher:** Na, nein natürlich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Drennig hat sich bei Schaller vergewissert.

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, so sagt mir der Herr Schaller.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schaller. *(H. Ch. Prutscher: Ja!)* Also nach Mitteilung Schaller an Prutscher *(H. Ch. Prutscher: Ja!)* hat sich Drennig bei Schaller erkundigt, ob Prutscher beteiligt ist an AWIGA?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und das Ergebnis kann Ihrer Auffassung nach nur ein negatives gewesen sein?

Hans Christoph **Prutscher:** Selbstverständlich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schauen Sie! Mir ist das so ungeheuer wichtig, weil der Eindruck entstanden ist, die MED-CONSULT-Gründung geht nicht zurück auf Ihren Vorschlag und das Holding-Interesse, sondern noch auf irgendeine Verbandelung geschäftlicher, privater oder sonstiger Art Prutscher — Drennig.

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist völlig abwegig.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie können das als völlig abwegig bezeichnen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja. Das schließe ich aus.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und noch etwas — damit bin ich vorläufig fertig; es ist meine letzte Frage —:

Der Herr Dr. Steger hat — und ich bitte jetzt, Ihre Animosität, die Sie zum Ausdruck gebracht haben, beiseite zu rücken, es geht um eine wichtige, auch für mich sehr wichtige

Frage —, der Herr Dr. Steger hat öffentlich verlauten lassen, es sind ihm wichtige Mitteilungen bekannt geworden — er hat sich hier auf Zeugen berufen —, daß es bei AKH-Aufträgen und überhaupt bei Aufträgen im Bereich der Gemeinde Wien — und auch solche haben Sie ja bekommen — üblich, gängig, gang und gäbe, oder wie immer man es will, wäre, daß die ÖVP und die SPÖ Wien im Verhältnis von zwei SPÖ, eins ÖVP beteiligt werden, und beim Drängen nach der Präzisierung dieser Angabe gab es auch gewisse Andeutungen, daß Ihre Einvernahme hier eine gewisse Rolle spielen wird.

Ich frage Sie daher: Sind Ihnen je Mitteilungen zugegangen, daß bei AKH-Aufträgen im Verhältnis 2 : 1 Parteispenden oder Sonstiges gegeben werden sollen oder üblich sind oder gegeben wurden?

Hans Christoph **Prutscher:** In keinster Weise.

Und ich darf aber da hier vielleicht dazusagen: Es gibt keine Animosität meinerseits gegen Herrn Dr. Steger. Ich wollte da eigentlich nur eine wertfreie Aussage machen. Ich kenne Herrn Dr. Steger persönlich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie mit Menschen in Kontakt oder ins Gespräch gekommen, die Ihnen eine solche Mitteilung gemacht haben, daß das üblich ist, im Gespräch ist oder sonst etwas?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. Etwas Derartiges habe ich zum ersten Mal aus der Zeitung als Aussage des Herrn Dr. Steger gehört.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich danke, Herr Vorsitzender.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich hätte zwei kurze Zusatzfragen zu dem Komplex, den jetzt Herr Dr. Kohlmaier Sie befragt hat.

Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Zeuge, daß Sie sich bei Holding-Vorstandsmitgliedern über die ODELGA beschwert haben, daß es also schwierig ist, mit ihr zusammenzuarbeiten?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Können Sie sich erinnern, waren Sie da zuerst beim Vorsitzenden des Aufsichtsrates der ODELGA, der gleichzeitig Vorstandsmitglied der Holding war, Dr. Drennig, oder können Sie uns da ein bisserl eine Reihenfolge der Beschwerdevorbringen bei den Vorstandsmitgliedern der Holding sagen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich wußte gar nicht, daß der Dr. Drennig Vorsitzender des Aufsichtsrates ist bei der ODELGA.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Worin war die Beschwerde?

Hans Christoph **Prutscher:** Daß es keine sinnvolle, reibungslose Zusammenarbeit mit der ODELGA gibt, die sich doch eigentlich aus der Natur der Sache, aus der Art des Produktionsprogramms anbieten würde.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und wer waren da die Personen, die insbesondere schwierig waren eher, zu vernünftigen Geschäftsbeziehungen, wie Sie sie gesehen hätten, zu kommen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja die Schwierigkeiten resultieren eigentlich seit dem Beginn des Eintrittes von Herrn Dr. Wilfling in die ODELGA. Wir haben ja schon viel länger mit der ODELGA zu tun gehabt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wann, Herr Zeuge, ist die ABO-Beteiligung der neu gegründeten Firma MED-CONSULT zur Sprache gebracht worden? Bei der Gründung oder bei der Äußerung der Gründungsabsicht? Was können Sie uns dazu sagen?

Hans Christoph **Prutscher:** Das könnte ich Ihnen nicht genau sagen, denn die einzelnen Planungsaufträge, die jeder einzubringen hat, sind überhaupt nicht diskutiert worden, sondern es gab den Vertrag, daß jeder alle Planungsaufträge, die er jeweils gerade im Haus hat, in die MED-CONSULT einzubringen hat.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wann ist davon geredet worden, daß nun die MED-CONSULT in der Arbeitgemeinschaft Betriebsorganisation an die Stelle der Firma ODELGA tritt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich könnte Ihnen nicht genau das Datum, wann diese Phase eingetreten ist, sagen. Jedenfalls war es so, daß die ODELGA bereits schwer im Verzug war mit der Abwicklung dieses Planungsauftrages und daß die MED-CONSULT gedrängt hat, möglichst schnell mit der Durchführung der Arbeiten zu beginnen; und sogar die Subunternehmen, die dann die MED-CONSULT beauftragt hat, waren ja Vorschläge der Firma ODELGA, um ein möglichst schnelles Starten dieses Planungsauftrages zu erreichen.

Obmann-Stellverteter Ing. **Hobl:** War die Firma Prutscher jener Teil der MED-CONSULT, der gesagt hat: Könnten wir nicht in der ABO eine Tätigkeit ausführen? Oder war die ODELGA, also die andere Hälfte der MED-CONSULT, der Ideenbringer, daß sich diese Firma am ABO-Auftrag beteiligen soll?

Hans Christoph **Prutscher:** Die Firma Prutscher hat nie gesagt: Könnten wir uns nicht an

dem ABO-Planungsauftrag beteiligen?, sondern es gab einen Vertrag zwischen ODELGA und Prutscher, daß jeder alle Planungsaufträge in die MED-CONSULT einzubringen hat. Damit war automatisch dieser halt gerade zufällig bei der ODELGA vorhandene Planungsauftrag mit ein Teil dieser Vereinbarung. Aber es gab nie ein spezielles Gespräch, daß man jetzt womöglich gar die MED-CONSULT gründet wegen des ABO-Auftrages. Das wäre völlig abwegig gewesen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Aber es ist schon von der ODELGA, die ja da Teilhaber der ABO war, der Wunsch an MED-CONSULT herangetragen worden, daß MED-CONSULT an die Stelle der ODELGA tritt.

Hans Christoph **Prutscher:** Das war gar nicht der Wunsch, das war eine Exekution der bestehenden Verträge.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge! Würden Sie uns bitte schildern, wie, warum und unter welchen Voraussetzungen es zu Ihrem Anbot an die ARGE Sanitär bezüglich der Sanitärcontainer gekommen ist.

Hans Christoph **Prutscher:** Weil wir gehört haben, daß so etwas im AKH benötigt wird. Wir sind zuerst an das AKH herangetreten und haben gesagt, wir hätten gern Sanitärcontainer geliefert. — Wir haben uns mit dieser Sparte ja befaßt. — Zuerst hat es geheißen, es werden Kunststoffcontainer gemacht. Das hätte uns nicht interessiert. Erst als dann der Wechsel zu Blechcontainern kam, haben wir gesagt: Das interessiert uns, wir wollen auch anbieten. Wir wurden vom AKH an die ARGE Sanitär verwiesen. Wir sind dann bei der ARGE Sanitär vorstellig geworden und haben gesagt: Wir wollen da mittun.

Abg. **Peter** (FPÖ): Von wem aus dem Bereich des AKH haben Sie erfahren, daß Sanitärcontainer benötigt werden?

Hans Christoph **Prutscher:** Daß sie benötigt werden, wissen wir auf Grund des laufenden Kontaktes mit dem AKH.

Abg. **Peter** (FPÖ): Mit wem bitte?

Hans Christoph **Prutscher:** Das könnte ich nicht sagen, das bearbeiten ja mehrere. Unsere Herren sind ja ständig dort.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und daß die Kontakte über Herrn Winter gelaufen sind: Ist das möglich?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wer das wem gesagt hat. Mir sicher nicht. Mir ist halt in der Firma gesagt worden: Dort sind jetzt die Sanitärcontainer aktuell, und wir haben uns beworben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie selbst in dieser gegenständlichen Geschäftsangelegenheit jemals Herrn Winter kontaktiert?

Hans Christoph **Prutscher:** Kontaktiert nicht, aber es gab ein Gespräch im Zusammenhang mit einer geforderten Preisprüfung bei der ARGE Sanitär, wo man uns aufgefordert hat, unsere Subanbote vorzulegen, was wir auch getan haben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das heißt, Sie haben persönliche Gespräche mit Herrn Winter in dieser Geschäftsangelegenheit geführt.

Hans Christoph **Prutscher:** Im Beisein der ARGE Sanitär, ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Damit widerlegen Sie jenen Eindruck, den Sie bei mir erweckt haben, als Sie dem Herrn Mühlbacher geantwortet haben, daß Sie nur flüchtige Kontakte in Richtung des Herrn Winter hätten.

Hans Christoph **Prutscher:** Ich betrachte sie als flüchtige Kontakte.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich darf Sie bitten, mir zu sagen, ob folgende Sachverhaltsdarstellung des Besprechungsberichtes der AKPE richtig ist:

„Die tatsächliche Abwicklung des Auftrages durch Zwischenschaltung der Firma" — durch Zwischenschaltung der Firma! — „Prutscher ist wie folgt gegeben:

Erzeugung der Stahlrohlinge in der Hütte Krems durch die Firma VOEST,

Herstellung der Sanitärinstallationen durch ARGE Sanitär in der Hütte Krems,

Übergabe der unverfliesten Container von VOEST an die Firma Prutscher,

Übernahme durch BAD 2 000 von der Firma Prutscher,

Transport der Container von Krems nach Bludenz" zur Firma BAD 2 000,

„Verfliesung der Container durch BAD 2 000,

Anlieferung durch BAD 2 000 auf die Baustelle AKH,

Abnahme durch die Firma Prutscher,

Übergabe zur Aufstellung von Firma Prutscher an Firma VOEST,

Überprüffung der aufgestellten Container durch Firma Prutscher mit gleichzeitiger Übergabe an Firma ARGE Sanitär, Herstellung der Anschlußverbindungen für Zu- und Ablaufleitungen durch ARGE Sanitär,

Übergabe an APAK-Bauleitung."

Stimmt dieser Sachverhalt?

Hans Christoph **Prutscher:** Das könnte ich Ihnen im Detail nicht sagen, weil das unsere

Herren in der Firma abwickeln. Damit habe ich persönlich nichts zu tun.

Abg. **Peter** (FPÖ): Es ist doch bitte üblich zu wissen, wer Geschäfte dieser Art abwickelt, weil damit die Frage verbunden ist, was man selbst an Leistung im Rahmen dieses Geschäftes erbringt.

Ich darf bitten mir zu sagen, mir dazulegen, worin Sie Ihre technische oder sonstige produzierende Leistung in diesem Zusammenhang sehen.

Hans Christoph **Prutscher:** Das wickeln bei uns unsere Prokuristen ab; das reine Geschäft. Ich darf hier nochmals betonen: Wenn die Firma Prutscher die Gelegenheit hat, direkt ohne Vorschreibung von Sublieferanten anzubieten, dann ist sie in den meisten Fällen auch Best- und Billigstbieter. Wenn das nicht der Fall ist, wenn man uns vorschreibt, einen „Kurier" vom Schutzhaus am Sonnblick zu holen, dann wird der mehr kosten als bei einem Kolporteur auf der Straße. Und in diesem Sinne ist das auch zu verstehen.

Daher betone ich nochmals: Wir haben nie einen Auftrag, auch wenn es ein Handelsauftrag war, wozu ich stehe, bekommen, wenn wir nicht Best- und Billigstbieter waren.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Ich möchte einmal für das Protokoll festhalten, daß ich unter dem Eindruck stehe, der Zeuge weicht der konkreten Beantwortung meiner Fragen aus. Das möchte ich nur dem Protokoll fürs erste überantworten.

Wußten Sie zum Zeitpunkt Ihrer Anbotstellung, daß bereits andere Firmen vor Ihnen Anbote gelegt haben?

Hans Christoph **Prutscher:** Die ARGE Sanitär, ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wußten Sie vom Anbot der VOEST an die ARGE Sanitär?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das war Ihnen nicht bekannt.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was mag es denn für Gründe gegeben haben, daß Winter und Schwaiger am 20. 12. 1978 die ARGE veranlaßt haben, Ihnen diesen Auftrag zu erteilen?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist mir neu.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das ist Ihnen neu?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie nie etwas davon gehört?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ist Ihnen wirklich nichts bekannt?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge! Wollen Sie nicht eine Denkpause einschalten, um meine Fragen präziser zu beantworten, als das bisher der Fall war?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Am 14. 12. 1979 fand um 9 Uhr laut ARGE Sanitär — siehe Besprechungsbericht vom 23. 9. 1980, Punkt 8 — bei AKPE zwischen den Direktoren Winter und Schwaiger und den Geschäftsführern Offner und Minarik eine Besprechung statt, an der auch Herr Johann Prutscher teilnahm. Der Vorstand der AKPE gab den mündlichen Auftrag zur Lieferung und Montage von je 360 Sanitärcontainern, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Container von der Firma Prutscher bezogen werden.

Waren Sie bei diesem Gespräch dabei? Wußten Sie von diesem Tatbestand und von diesem Sachverhalt, oder nicht?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist völlig unrichtig. Richtig ist lediglich, daß wir Sublieferant für die ARGE Sanitär waren. In welcher Form sich die ARGE Sanitär die Zustimmung dazu geholt hat . . .

Abg. **Peter** (FPÖ): Damit bitte, halte ich fest, daß diese Ihre Aussage in eklatantem Widerspruch zu allen Aussagen der anderen Beteiligten an diesem Gespräch steht. Nur der Ordnung halber sei dies festgehalten.

Was hat dazu geführt, daß Sie dann den Auftrag für die Erzeugung der Stahlrohlinge an die Hütte Krems weitergegeben haben?

Hans Christoph **Prutscher:** Die Bedingung der ARGE Sanitär. Wir haben den Auftrag von der ARGE Sanitär nur deshalb bekommen, weil wir uns verpflichtet haben, diese Teile bei der VOEST zu bestellen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Peter! Ich möchte nur kurz den Zeugen noch einmal an die Wahrheitspflicht erinnern, denn es könnte Ihnen unter Umständen — also eher ja oder nein; ich weiß es nicht — als falsche Zeugenaussage das eine oder andere ausgelegt werden. Ich möchte jetzt Ihre Aussagen gar nicht bewerten. Aber ich möchte Sie noch einmal unter diesem Geichtspunkt daran erinnern.

Bitte, Herr Abgeordneter Peter.

Abg. **Peter** (FPÖ): Es ist Ihnen als Fachmann von hohem Rang in der Geschäftswelt sicher

bekannt und geläufig, daß die Firma BAD 2 000 das Know-how von Austria Email hat. Warum haben Sie zum Beispiel diesen Auftrag nicht an Austria Email vergeben?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist mir völlig unbekannt. Das höre ich heute zum ersten Mal. Ich kenne auch die Firma BAD 2 000 selbst überhaupt nicht und kenne auch niemanden von der Firma BAD 2 000.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und Sie sind von keiner wie immer gearteten Seite darauf aufmerksam gemacht worden?

Hans Christoph **Prutscher:** Das habe ich vorhin schon gesagt: Die Vorschreibung der Fliesenqualität und -art war derart, daß es nur von der Firma BAD 2 000 bezogen werden konnte.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie der Meinung, daß das ARGE Sanitär-Geschäft ein solches des funktionslosen Zwischenhandels ist?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich möchte mich hüten, etwas über Definitionen des funktionslosen Zwischenhandels zu sagen, da wir selbst im negativen Sinn immer damit bedacht werden, Äußerungen zu machen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wie erklären Sie sich, daß Ihnen die Bedingung auferlegt wurde, daß Sie den Stahlrohlingsauftrag an die VOEST erteilen müssen?

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Hat es Ihrerseits Überlegungen gegeben, ob nicht andere Möglichkeiten gegeben gewesen wären?

Hans Christoph **Prutscher:** Sicher wären andere Möglichkeiten für uns gewesen. Das haben wir ja auch bewiesen bei der später stattfindenden öffentlichen Ausschreibung für die Erweiterung dieses Auftrags, wo das Ergebnis gelautet hat: ARGE Sanitär ungefähr 45 Millionen, VOEST ungefähr 43 Millionen, Firma Prutscher etwas über 33 Millionen. Also ein gigantischer Preisunterschied. Da haben wir nicht mehr mit der VOEST als Sublieferant angeboten.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und ein Geschäftsmann von Ihrer Erfahrung hat überhaupt nicht daran gedacht, die AKPE-Vertreter zu fragen, warum dieser Subauftrag an die VOEST erteilt werden müsse?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, keinesfalls.

Abg. **Peter** (FPÖ): Solche Überlegungen anzustellen ist im Geschäftsleben nicht üblich Ihrer Meinung nach?

Hans Christoph **Prutscher:** In diesem Fall war es sicher nicht opportun.

Abg. **Peter** (FPÖ): Warum war es in diesem Fall nicht opportun?

Hans Christoph **Prutscher:** Weil wir den Auftrag von der ARGE Sanitär bekommen haben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Nun darf ich Ihnen bitte aus dem Kontrollamtsbericht folgendes vorlesen:

Wie die AKPE nachweisen konnte, hat sie bereits mit Schreiben vom 29. Juni 1980 an die APAK unter Hinweis auf die unterbliebene Einholung der Stellungnahme der städtischen Finanzverwaltung den Differenzbetrag in der Höhe von 2 680 681 S zurückgefordert. Umgerechnet auf die Preisbasis der Lieferzeit im Jahre 1980 ergibt dies einen Betrag von rund 4 Millionen Schilling.

Wenn das Kontrollamt zu einem derartigen Ergebnis kommt, wären meines Erachtens Rückfragen, wie ich sie jetzt urgiert habe, eigentlich vom geschäftlichen Standpunkt nicht nur gerechtfertigt, sondern unerläßlich notwendig gewesen.

Hans Christoph **Prutscher:** Das, was Sie mir hier vorgelesen haben, höre ich jetzt zum ersten Mal. Davon weiß ich überhaupt nichts.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie Mitglied eines Vereines?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie Mitglied einer politischen Partei?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie Mitglied einer Vorfeldorganisation einer politischen Partei?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie Mitglied eines Klubs?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie Mitglied des „Club 45"?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. Und ich war auch nie Mitglied bei irgendeiner dieser angeführten Organisationen, Parteien oder sonstigen Vereinigungen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Können Sie mir bitte schildern, wie sich Ihre persönliche Bekanntschaft zu Herrn Wilfling ergeben hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Durch seinen Eintritt bei der Firma ODELGA.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und zu Herrn Winter?

Hans Christoph **Prutscher:** Durch seine Tätigkeit beim AKH.

Abg. **Peter** (FPÖ): Zu Herrn Schwaiger?

Hans Christoph **Prutscher:** Ebenfalls.

Abg. **Peter** (FPÖ): Seit wann und aus welcher Entwicklung heraus kennen Sie Herrn Proksch?

Hans Christoph **Prutscher:** Den habe ich in einer privaten Gesellschaft vor mehreren Jahren kennengelernt und bin seither bekannt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie auf irgendeiner Ebene mit Herrn Proksch Geschäfte abgewikkelt?

Hans Christoph **Prutscher:** Außer, daß ich bei Demel etwas einkaufe, nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wie locker und wie intensiv gestalteten sich Ihre Kontakte zu den Herren Wilfling und Winter?

Hans Christoph **Prutscher:** Mit Winter habe ich überhaupt keinen — außer eben einige Gespräche beim AKH — gehabt. Mit Herrn Dr. Wilfling im Zusammenhang mit Geschäften mit der Firma ODELGA einen häufigeren, und auch in der Zeit, nachdem er schon in der MA 17 gesessen ist, auf Grund seines Interesses für die Firma ODELGA in diesem Zusammenhang.

Abg. **Peter** (FPÖ): Mehrere Zeugen haben im Verlauf der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses zum Ausdruck gebracht, daß Sie hervorragende Kontakte nach allen Bereichen des politischen und des wirtschaftlichen Lebens hätten. Wie haben Sie die entwickelt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich habe keine hervorragenden Kontakte zum politischen Leben. Zum wirtschaftlichen — ich weiß nicht, was man da als „hervorragende Kontakte" bezeichnet.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sie fühlen Ihre Firma nicht der ÖVP nahestehend?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. Wenn Sie mir definieren, was Sie als „ÖVP-nahestehend" verstehen, dann kann ich Ihnen das vielleicht sagen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge! Die Problematik Firma Prutscher — ÖVP-nahestehend ist ja im Untersuchungsausschuß nicht erst am 2. März durch die Aussage des Herrn Dr. Drennig zutage getreten, sondern geht schon in die Anfangsentwicklung des Untersuchungsausschusses zurück, und hier liegen in diesem Zusammenhang sehr wohl Meinungsäußerungen vor, die den Schluß der ÖVP-Nähe der Firma Prutscher zulassen. Unter anderem deswegen, weil einfach verschiedene Zeugen den ODELGA-Bereich der einen politischen Seite und den MED-CONSULT-Bereich der anderen politischen Seite zugeordnet haben.

Da man aber hier nur auf Grund von Protokollen zitieren soll und darf, halte ich mich an die Geschäftsordnung und tue dies. Ich beziehe mich auf das Protokoll vom 27. und 28. August 1980. Hier entnehme ich der Aussage des Herrn Dipl.-Ing. Rumpold folgendes Zitat:

Nachdem ich aber auch Überlegungen gehört habe, man sollte die ganze Sache doch ein bißchen koalitionär gestalten und Prutscher eher der ÖVP, die ODELGA der SPÖ zugerechnet wird, war das auch ein Element, das man überlegen kann.

Und bitte: Es handelt sich nicht um eine einzige, sondern um mehrere solcher Aussagen, um hier auch anhand der Protokolle zum Ausdruck zu bringen, daß das, was der Abgeordnete Bauer der FPÖ in diesem Zusammenhang gesagt hat, nicht aus der Luft gegriffen ist.

Herr Enerwitschläger — einer Ihrer Angestellten soll das sein; ich kenne die Situation zu wenig — bestätigte am 17. Februar 1981 — ich nehme an, im Untersuchungsausschuß — sehr wohl, daß der Herr Prutscher den Ruf hat, die besten Kontakte zu haben. Dies bitte, Herr Zeuge, bestätigte in diesem Zusammenhang einer Ihrer Angestellten, wenn ich richtig informiert bin. Wenn nicht, bitte ich, nur zu sagen, daß der genannte Herr nicht Angestellter Ihrer Firma ist.

Hans Christoph **Prutscher:** Nach den vorgenannten Punkten darf ich sagen: Herrn Rumpold kenne ich nicht, habe nie irgendein Gespräch mit ihm geführt. Ich weiß auch nicht, was Dritte über uns reden. Wenn das so ein Gewicht hat wie der Inhalt der diversen Zeitungsmeldungen, dann messe ich dem überhaupt keine Bedeutung bei und kann nur sagen: Ich weiß auch nicht, was Sie unter „Beziehungen" verstehen. Wenn es auf Grund dieses erstmaligen persönlichen Zusammentreffens zum Beispiel hier heißt, ich hätte eine persönliche Beziehung zu irgendeinem der Herren dieses Hohen Ausschusses, dann habe ich eine Beziehung zu vielen Personen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sie deuteten erst an beziehungsweise präzisierten klar, daß Sie nur einen lockeren Kontakt zu Herrn Proksch hätten und ihn sozusagen nur von Demel-Begegnungen kennen würden. Ich darf fragen, ob unten im Lokal oder oben im „Club 45", oder sowohl als auch.

Hans Christoph **Prutscher:** Sowohl im Lokal als auch in seinen privaten Räumlichkeiten, die er in diesem Hause hat.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ist Ihnen bekannt, daß Herr Proksch den Vertrag zwischen der Firma Prutscher und Lauda Limited Hongkong abgeschlossen hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Jawohl.

Abg. **Peter** (FPÖ): Dann wundere ich mich über Ihre „lockeren" Kontakte zu Herrn Proksch. Verträge läßt man in der Regel nur von Vertrauenspersonen abschließen.

Hans Christoph **Prutscher:** Ich habe erstens nie gesagt, daß es „lockere" Kontakte sind, sondern ich habe gesagt, ich bin seither mit ihm bekannt. Und zweitens: Verträge schließt man mit Leuten ab, die auf der anderen Seite stehen. Das müssen keine vertrauten Personen sein, sondern das sind eben diejenigen, die bevollmächtigt sind, diese Verträge abzuschließen. Das können auch völlig Unbekannte sein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ist das jener Vertrag, der am 16. November 1977 abgeschlossen wurde?

Hans Christoph **Prutscher:** Das genaue Datum kann ich nicht sagen. Wir haben nur einen Vertrag abgeschlossen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wurde der in Österreich oder in der Schweiz abgeschlossen?

Hans Christoph **Prutscher:** In der Schweiz.

Abg. **Peter** (FPÖ): Gibt es diesen Vertrag schriftlich?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bei wem, bitte, wurde er in der Schweiz abgeschlossen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich weiß nicht, ob der am Notariat abgeschlossen wurde. Das könnte ich nicht sagen. Ich wüßte nicht wo.

Abg. **Peter** (FPÖ): Kennen Sie Rechtsanwalt Dr. Batliner in Liechtenstein?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie nie Gespräche mit Herrn Dr. Batliner gehabt?

Hans Christoph **Prutscher:** Nie, nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich darf nun bitten, mir zu präzisieren, zu wem Herr Lauda die Geschäftskontakte herstellen sollte.

Hans Christoph **Prutscher:** Zu ihm persönlich bekannten Personen, die für uns von geschäftlichem Nutzen sein konnten, und zwar alles im Ausland.

Abg. **Peter** (FPÖ): Würden Sie bitte Namen dieser Personen nennen.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, das betrachte ich als Geschäftsgeheimnis.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich werde mich sehr strikte an die Geschäftsordnung halten und das Geschäftsgeheimnis natürlich wahren, bitte aber um Verständnis dafür, daß zumindest für mich, Herr Zeuge, Ihre Aussagen durch die Verschanzung hinter das Geschäftsgeheimnis nicht glaubwürdiger werden.

Können Sie mir wenigstens sagen, zu wieviel Personen Herr Lauda Kontakte hergestellt hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Zu vielleicht vier bis fünf Personen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und das waren so gewichtige Geschäftspartner, daß dies eine Provision von 5 Millionen Schilling gerechtfertigt hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Jawohl.

Abg. **Peter** (FPÖ): Welchen Umfang von Geschäften versprachen Sie sich für diese Provision von 5 Millionen Schilling?

Hans Christoph **Prutscher:** Mindestens in einigen Hundert Millionen Größenordnung.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und aus diesen Kontakten haben sich geschäftliche Kontakte ergeben?

Hans Christoph **Prutscher:** Die zu keinen konkreten Abschlüssen auf Grund der Kampagne, die nun seit mehr als einem Jahr geführt wird, geführt haben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Da Sie das bereits zum Ausdruck gebracht haben, Herr Zeuge, darf ich Sie bitten, vielleicht in die Richtung zu präzisieren, daß Sie mir sagen, wieviele Gespräche Sie aus den Lauda-Kontakten heraus persönlich geführt haben. Ich glaube nicht, daß das in das Geschäftsgeheimnis eindringt.

Hans Christoph **Prutscher:** Mehrere.

Abg. **Peter** (FPÖ): Zwei, fünf?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja, vielleicht auch so in der Größenordnung.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie diese Gespräche mit Österreichern und mit ausländischen Persönlichkeiten geführt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ausschließlich mit Ausländern.

Abg. **Peter** (FPÖ): Können Sie uns die Länder sagen, in denen Sie Gespräche mit diesen Persönlichkeiten geführt haben?

Hans Christoph **Prutscher:** Das betrachte ich auch als Geschäftsgeheimnis.

Abg. **Peter** (FPÖ): Können Sie uns sagen, in

welche Richtung diese Geschäfte gegangen wären, wenn sie zustande gekommen wären?

Hans Christoph **Prutscher:** Hauptsächlich Spitals-, Gesundheitswesen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sie haben bei der Beantwortung der Fragen des Abgeordneten Mühlbacher erst gesagt, daß Provisionen grundsätzlich nur bankenmäßig abgewickelt worden sind.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Eine andere Abwicklung von Provisionen hat es nie gegeben?

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte: Ich habe kaum eine Provision persönlich abgewickelt, sondern das ist immer durch Angestellte der Firma geschehen. Ich kann also nicht sagen, ob irgendein Angestellter von uns einmal irgend einem — aber auch gegen Bestätigung — etwas persönlich überbracht oder mit Scheck bezahlt hat. Das könnte ich nicht sagen. Aber in der Regel ist alles bankenmäßig erfolgt.

Abg. **Peter** (FPÖ): In der Regel.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ist durch Sie persönlich irgend einmal ein Provisionsbetrag übergeben worden?

Hans Christoph **Prutscher:** Nicht daß ich wüßte.

Abg. **Peter** (FPÖ): Können Sie es ausschließen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich erinnere mich an keinen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ist der Betrag von 5 Millionen Schilling Provision eine hohe Größenordnung?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja, eher ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Schließen Sie daher aus, daß Sie Provisionen von niedrigerer Größenordnung — 10 000 S, 50 000 S, 80 000 S — nie in bar oder mit Scheck übergeben haben?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich kann es mir nicht vorstellen. Wenn so etwas gewesen sein sollte — wobei ich nicht wüßte, an wen oder für welches Projekt, weil ich die wenigsten Provisionsvereinbarungen persönlich gemacht habe —, dann ist es sicher in unserer Buchhaltung belegt enthalten. Ich schließe völlig aus, daß es irgend eine Provisionszahlung gegeben hat, die nicht in unserer Buchhaltung enthalten ist.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sie schließen aus, daß es eine Provision ohne Empfangsbestätigung gegeben hat.

Hans Christoph **Prutscher:** Jawohl.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich zitiere aus dem Zwischenbericht:

Die Überweisung der Beträge erfolgte in den überwiegenden Fällen auf Schweizer Bankkonten — das bestätigt Ihre Aussage —, gelegentlich kam es auch zur persönlichen Übergabe von Barschecks und Bargeld. Aus den in der Buchhaltung befindlichen Belegen hinsichtlich der Bargeldübergaben ist zumeist keine Anschrift des Empfängers ersichtlich und es fehlt auch — Herr Zeuge — die Empfangsbestätigung.

Ist dieser Bericht wahr, oder ist er unwahr?

Hans Christoph **Prutscher:** Das kann ich nicht sagen. Denn entweder haben die Prüfer diese Belege noch nicht bekommen oder es konnte von unseren Leuten so etwas noch nicht beigebracht werden. Das kann ich nicht sagen. Daß so etwas von mir aus geschehen wäre, das schließe ich aus.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und was machen Sie mit einem Angestellten, der Ihr Geld ohne Empfangsbestätigung übergibt?

Hans Christoph **Prutscher:** Das kann ich nicht sagen. Das kommt von Fall zu Fall darauf an. Wenn er sagt, an wen es bezahlt wurde ... Es ist nicht üblich bei uns. Es kann sich auch nur um ganz unwesentliche Dinge handeln. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein 5-Millionen-Betrag von einem Angestellten ohne Bestätigung, ohne Namensnennung übergeben worden ist. Das kann ich mir nicht vorstellen. Das schließe ich sogar aus.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das ließe unter Umständen den Schluß zu, Herr Zeuge, daß Angestellte Ihrer Betriebe eigenmächtig ohne Ihr Wissen und ohne Ihre Zustimmung handeln, wenn Sie das nicht wissen.

Hans Christoph **Prutscher:** So etwas kann es theoretisch immer geben. Ich glaube: Bei uns nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Es ist Ihnen also nicht bekannt, daß jemals Bargeld oder Schecks Ihrer Firma ohne Empfangsbestätigung übergeben worden sind.

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist mir nicht bekannt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich unterbreche die Sitzung des Untersuchungsausschusses und Ihre Zeugeneinvernahme, Herr Zeuge. Es ist beabsichtigt, um 14 Uhr die Sitzung wiederaufzunehmen, um Ihre Zeugeneinvernahme fortzusetzen. Ich darf Sie also bitten, um 14 Uhr wieder hier zu sein.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 30 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 7 Minuten wiederaufgenommen.)

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf bitten, den Zeugen hereinzuholen.

Bitte, wenn Sie in der Mitte wieder Platz nehmen.

Ich darf den Herrn Klubobmann Peter bitten.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge, haben Sie in den letzten Jahren Reisen nach Manila gemacht?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Waren das Privat- oder Geschäftsreisen?

Hans Christoph **Prutscher:** Das war geschäftlich.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie diese Reisen allein oder in Begleitung gemacht?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich habe Gelegenheit gehabt, diese Reisen mehrmals durchzuführen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie auch im Jahre 1979 eine Reise nach den Philippinen unternommen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind Sie bei dieser Reise mit dem Herrn Proksch gereist oder haben Sie ihn zufällig in Manila getroffen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich bin auch mit dem Herrn Proksch in Manila gewesen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie gemeinsame Wege nach Manila geführt?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben diese Reise gemeinsam durchgeführt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Hatte diese Reise gemeinsame geschäftliche Ziele?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Der Herr Proksch hat in diesem Zusammenhang mit Ihnen und Ihren Geschäften in Manila nichts zu tun gehabt?

Hans Christoph **Prutscher:** Er hat sicher auch gemeinsame Besuche in Manila mit mir gemacht, aber mit unserem Geschäft in dem Sinn direkt nichts zu tun gehabt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind diesen Reisen Kontakte vorangegangen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wer hat diese Kontakte gepflogen?

Hans Christoph **Prutscher:** Lokale Leute auf den Philippinen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Worin bestanden denn unter anderem die Gemeinsamkeiten zwischen Herrn Proksch und Ihnen bei diesen Reisen?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir sind gemeinsam gereist und haben sicher auch über die geschäftlichen Möglichkeiten auf den Philippinen gesprochen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ist der Herr Lauda bei diesen Kontakten eingeschaltet gewesen?

Hans Christoph **Prutscher:** Am Rande ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was verstehen Sie bitte unter „am Rande."

Hans Christoph **Prutscher:** Teilweise.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was verstehen Sie unter „teilweise?"

Hans Christoph **Prutscher:** Daß er manche Kontakte mit herzustellen geholfen hat.

Abg. **Peter:** (FPÖ): Wie viele etwa?

Hans Christoph **Prutscher:** Einen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Einen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Um jetzt wiederum nicht in die Bereiche des Geschäftsgeheimnisses einzudringen, darf ich fragen, welcher Art denn diese Geschäfte waren, die Sie in Manila im Auge hatten.

Hans Christoph **Prutscher:** Das wären Spitalsprojekte geworden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und woran ist das dann gescheitert?

Hans Christoph **Prutscher:** An der Skandalisierung der letzten Zeit.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich nehme an, das war im Jahr 1979, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, das hat begonnen damals, war aber sonst im wesentlichen im Jahr 1980.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sind in Richtung dieser Geschäfte von Ihnen Anbahnungsgeschenke eingesetzt worden?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Welcher Art waren diese Anbahnungsgeschenke?

Hans Christoph **Prutscher:** Übliche Geschenke, die man im Rahmen solcher Reisen mitbringt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was verstehen Sie bitte unter „üblichen Geschenken" in diesem Zusammenhang?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist in unserer Buchhaltung genau angeführt, und das betrachte ich eigentlich als Geschäftsgeheimnis.

Abg. **Peter** (FPÖ): Nachdem das in Ihrer Buchhaltung festgehalten ist, nehme ich an, daß Sie konkret wissen, worum es sich handelt. Können Sie mir einige Beispiele nennen?

Hans Christoph **Prutscher:** Bilder zum Beispiel.

Abg. **Peter** (FPÖ): Entscheidet die Buchhaltung oder ein Angestellter über die Art der Anbahnungsgeschenke oder treffen Sie selbst diese Entscheidung?

Hans Christoph **Prutscher:** Was sich gerade anbietet oder wenn wir zufällig erfahren, daß irgendeiner eine spezielle Neigung hat, dann wird das davon abhängen. In dem Fall waren es die lokalen Leute, die diese Reise vorbereitet haben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Würden Sie bitte einem Laien sagen, welchen Wert man einem Anbahnungsgeschenk aus geschäftlicher Sicht zuordnet.

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist von Fall zu Fall und von Person zu Person völlig unterschiedlich.

Abg. **Peter** (FPÖ): Können Sie ein Beispiel nennen?

Hans Christoph **Prutscher:** Kein konkretes.

Abg. **Peter** (FPÖ): Man gibt also ins Blaue hinein?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Mit einer konkreten Absicht?

Hans Christoph **Prutscher:** Als ein Geschenk. Ich weiß nicht, nach welchen Kriterien bei irgendwelchen Staatsbesuchen Geschenke ausgetauscht werden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was soll das Geschenk bewirken?

Hans Christoph **Prutscher:** Wohlwollen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und was soll aus dem Wohlwollen entstehen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ein Geschäft.

Abg. **Peter** (FPÖ): Also dient das Anbahnungsgeschenk der Herstellung des Geschäftsabschlusses?

Hans Christoph **Prutscher:** Indirekt möglicherweise, ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Kann das auch einmal direkt möglich sein?

Hans Christoph **Prutscher:** Kann auch.

Abg. **Peter** (FPÖ): Danke. Nun darf ich Sie bitten, uns zu sagen, einige Beispiele natürlich nur, wofür die Anbahnungsgeschenke in der Zeit zwischen 1976 bis 1978 im Wert von 2¼ Millionen Schilling bestanden haben.

Hans Christoph **Prutscher:** Das müssen Sie hauptsächlich unsere Auslandsverkäufer fragen, die ja diese Anbahnungsgeschenke in der Regel übergeben. Die Philippinen waren in dem Zusammenhang die einzige Ausnahme, wo ich solche Geschenke mitgebracht habe, weil ich diese Reise selbst gemacht habe. In allen anderen Fällen werden diese Geschenke von unseren Angestellten übergeben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wer entscheidet über den Einsatz eines Anbahnungsgeschenkes in Ihrer Firma?

Hans Christoph **Prutscher:** Die Verkäufer in erster Instanz und dann die Prokuristen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte, was ist in Ihrer Firma ein Verkäufer?

Hans Christoph **Prutscher:** Ein Angestellter, der ein Land bereist und dort Geschäfte abzuschließen hat.

Abg. **Peter** (FPÖ): In welcher Größenordnung laufen etwa diese Geschäfte?

Hans Christoph **Prutscher:** Von 1 Million bis 100 Millionen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wann setzt man zum Beispiel ein Ölgemälde ein? So was schenken Sie ja auch.

Hans Christian **Prutscher:** Das kommt erstens darauf an, was für einen Wert das Gemälde hat, und dann in was für einem Fall. Wie gesagt, das kann man nicht über einen Leisten ziehen, das ist ganz verschieden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bis zu welcher Preislage haben Sie denn Ölbilder als Anbahnungsgeschenke gewährt?

Hans Christian **Prutscher:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wissen Sie in diesem Zusammenhang überhaupt nicht, wann man dieses Anbahnungsgeschenk mit Ihrer Entscheidung einsetzt? Bleibt das grundsätzlich nur den „Verkäufern" — unter Anführungszeichen — überlassen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Also zum Beispiel Spenden, Photoausrüstung, Dukaten, Silbergeschirr, Sitzgarnitur, Jagdaufwand, Motorrad, Küchenmöbel, Gewehre, Ölgemälde, Videorecorder, Barzuwendungen, Radierungen, werden alle ohne Entscheidung des Chefs in Ihrer Firma eingesetzt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ausnahmslos.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ausnahmslos?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Sie haben über kein einziges dieser Anbahnungsgeschenke selbst entschieden?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das heißt, es entscheidet Ihr Verkäufer auch über sehr aufwendige und sehr teure Anbahnungsgeschenke?

Hans Christoph **Prutscher:** In Zusammenarbeit mit seinem jeweiligen Chef.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wer ist dieser jeweilige Chef?

Hans Christoph **Prutscher:** Ein Prokurist.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bis zu welchem Betrag, bitte?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist nicht festgelegt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Also Obergrenze keine?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Würden Sie jetzt bitte Namen dieser Chefs in Ihrer Firma nennen, Direktoren und Prokuristen sind ja kein Geheimnis in seriösen Firmen.

Hans Christoph **Prutscher:** Der Chef des Auslandsverkaufs zum Beispiel ist der Herr Magister Haiden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Der einzige? Ich möchte jetzt den Kreis der Chefs in Ihrer Firmengruppe des Protokolls wegen präzisiert haben. Darf ich Sie bitten, die Namen Ihrer Chefs zu Protokoll zu geben.

Hans Christoph **Prutscher:** Der Herr Magister Haiden und der Herr Gröger, das sind die zwei Herren bei uns in der Firma, die über diese Dinge allein entscheiden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und die Weisungen über Anbahnungsgeschenke erfolgen ausschließlich durch wen?

Hans Christoph **Prutscher:** Es gibt keine Weisungen, sondern es kommt halt der Auslandsverkäufer und sagt, ich bräuchte für den oder den das oder das. Dann wird das intern zwischen den Herren besprochen und dann kommen sie zu irgendeinem Entschluß, ob das gemacht wird oder nicht gemacht wird.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das heißt also, die sogenannten Chefs entscheiden eigenständig, ohne Berichterstattung an Sie?

Hans Christoph **Prutscher:** Jawohl.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das heißt, Sie wissen überhaupt nicht, was mit Anbahnungsgeschenken in der Höhe von 2¼ Millionen Schilling in Ihrem Firmenbereich geschehen ist?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, solang das im Rahmen des Budgets ist und so eine Post . . .

Abg. **Peter** (FPÖ): Und Sie hatten nie das geringste Bedürfnis, darüber irgendeine Information von Ihren Chefs zu erhalten?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das scheint mir aber im Geschäftsbereich nach meinen Erfahrungen sehr unüblich zu sein. Wenn zum Beispiel in einem privatwirtschaftlichen Betrieb oder in einer verstaatlichten Unternehmung Anbahnungsgeschenke dieser Art — ich habe sie ja charakterisiert — einen bestimmten Preis haben, gewährt werden, dann entscheidet nicht selten der Firmenvorstand, bitte. Aber ich nehme zur Kenntnis, daß das eben in Ihrer Firma nicht üblich ist und die Chefs nach eigenem Ermessen entscheiden.

Hans Christoph **Prutscher:** Jawohl.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich kehre jetzt zurück zur ARGE Sanitär, einfach deswegen, Herr Zeuge, weil Sie meiner Bitte und meinem Ersuchen, eine Sachverhaltsdarstellung zu geben beziehungsweise zu bestätigen, einfach ausgewichen sind. Ich habe Ihnen die Sachverhaltsdarstellung am Vormittag aus dem Besprechungsbericht der AKPE vorgelesen. Ich frage Sie daher noch einmal: Stimmt diese Sachverhaltsdarstellung?

Hans Christoph **Prutscher:** Die, die Sie mir vorgelesen haben, speziell unter dem Hinweis, daß in meiner Gegenwart der Herr Dipl.-Ing. Winter den Auftrag an die ARGE Sanitär nur

gegeben hätte, wenn wir den Subauftrag bekommen, ist unrichtig.

Abg. **Peter** (FPÖ): Vier an diesem Gespräch Beteiligte, Herr Zeuge, behaupten das Gegenteil von dem, was Sie jetzt gesagt haben. Was nehmen Sie dazu für eine Stellungnahme ein?

Hans Christoph **Prutscher:** Daß ich trotzdem hier nichts anderes als die Wahrheit sagen kann, auch wenn vier etwas anderes gesagt haben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das heißt, Sie unterstellen den Vieren, daß die sich geirrt haben, um es höflich auszudrücken?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich sage Ihnen hier das, was ich selbst aus eigenen Wahrnehmungen miterlebt habe. Etwas anderes kann ich Ihnen hier nicht sagen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Nachdem Sie das so genau wissen, dann sagen Sie mir bitte, wann dieses Gespräch stattgefunden hat.

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wenn Sie das eine aber so genau wissen, bis aufs letzte Wort, und nicht mehr wissen, daß dieses Gespräch am 14. 2. 1979 stattgefunden hat, dann ist es eben einer jener vielen Widersprüche, mit denen Sie heute den Untersuchungsausschuß konfrontiert haben und vielleicht auch noch konfrontieren werden.

Hans Christoph **Prutscher:** Den Wortlaut haben Sie mir vor 2 Stunden vorgelesen, daher kann ich Ihnen den nicht noch einmal zitieren, selbstverständlich wäre mir eine derartige Vorgangsweise im Gedächtnis haften geblieben. Darum kann ich es ausschließen. Wann das Gespräch stattgefunden hat, kann ich Ihnen aber sicher nicht sagen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Nun, Herr Zeuge, was glauben Sie, daß die vier anderen Gesprächsteilnehmer denn für einen Grund gehabt haben könnten, bei dieser gegenteiligen und entgegengesetzten Darstellung zu bleiben?

Hans Christoph **Prutscher:** Da könnte ich nur Mutmaßungen äußern!

Abg. **Peter** (FPÖ): Können Sie sich entschließen, diese Mutmaßungen zu äußern?

Hans Christoph **Prutscher:** Es wird so viel gemutmaßt, daß ich mich da enthalten will.

Abg. **Peter** (FPÖ): Waren Sie, als Sie das Anbot Ihrer Firma stellten, in Kenntnis jener Container-Preise, die die VOEST offeriert hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich darf jetzt um die Darstellung bitten. Darin heißt es wieder: „Wenn die Firma Prutscher eine Kenntnis der Anbotpreise der VOEST an die ARGE Sanitär bestreitet, erweckt dies berechtigte Zweifel." Darstellung und Gegendarstellung reihen sich hier wie ein lückenloses Glied an das andere und bilden die Kette.

Nun wirft Ihnen bitte der Kontrollamtsbericht vor, daß genau aus dem zitierten Geschäft keinerlei Wertschöpfung zu schöpfen war und daß Sie im Rahmen dieses Geschäftes keinerlei produktive Leistung als Firma Prutscher erbracht haben. Was sagen Sie zu dieser Kritik des Kontrollamtsberichtes? Er ist auf Seite 851 enthalten.

Hans Christoph **Prutscher:** Ich kenne das natürlicherweise nicht und kann so etwas nur schärfstens zurückweisen, denn unsere Geschäfte, die wir abgewickelt haben, waren immer völlig korrekt und auch dieses Geschäft ist von unserer Warte völlig korrekt abgewikkelt worden.

Wenn solche Dinge über diverseste Subunternehmer laufen und nicht öffentlich ausgeschrieben werden, haben das sicher nicht wir zu verantworten. Daß es anders geht, haben wir bei der einzigen öffentlichen Ausschreibung im Zusammenhang mit den Sanitär-Containern ja bewiesen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wollen Sie damit behaupten, daß das Kontrollamt der Gemeinde Wien diesen Kontrollamtsbericht unkorrekt abgefaßt hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich würde sagen, ohne Kenntnis der gesamten Sachlage. Ich kenne den Kontrollamtsbericht nicht, kann daher auch nicht Stellung nehmen dazu. Aber wir haben uns selbstverständlich immer bereit erklärt, zu all diesen Dingen auch dem Kontrollamt gegenüber alle unsere Unterlagen auf den Tisch zu legen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Damit, Herr Zeuge, sprechen Sie dem Wiener Kontrollamt umfassende Sachkenntnis ab. Ist Ihnen das bewußt?

Hans Christoph **Prutscher:** Was Sie für Konsequenzen aus dieser meiner Aussage ableiten, ist nicht meine Angelegenheit.

Abg. **Peter** (FPÖ): Den Auftrag der ARGE Sanitär haben Sie vor allem deswegen erhalten, weil Ihnen als Wiener Firma ein überhöhtes Angebot bis zu fünf Prozent zugebilligt wurde. Auf Grund des Umstandes, daß keinerlei Wertschöpfung erfolgte und keinerlei produktive Leistung bei diesem Geschäft durch diese Firma erbracht wurde, ist das Kontrollamt zu dem Schluß gelangt, daß diese Auftrags-

erteilung an Ihre Firma völlig zu Unrecht erfolgt sei.

Hans Christoph **Prutscher:** Es war mir völlig unbekannt, daß wir den Auftrag von der ARGE Sanitär deshalb bekommen, weil wir eine Wiener Firma sind, zweitens weise ich entschieden zurück, daß wir überhaupt keine Leistung damit erbracht haben, denn auch das Abwikkeln eines Auftrages, auch wenn es nur Abnahmen bei den einzelnen Lieferanten sind, und das Organisieren eines Auftrages ist eine Leistung. Daher kann ich das in der Form keinesfalls anerkennen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Da Sie keinerlei Wertschöpfung gewährleisteten und nach Meinung des Kontrollamtes der Gemeinde Wien auch keinerlei produktive Leistung bei diesem Gespräch erbracht haben, werden Sie nunmehr mit einer Rückforderung des Wiener Kontrollamtes in der Höhe von 2 680 000 S konfrontiert, das ist genau der Betrag, über den wir Vormittag schon geredet haben und von dem Sie keine Ahnung hatten.

Hans Christoph **Prutscher:** Von dieser angeblichen Rückforderung höre ich jetzt zum erstenmal und möchte auch klarstellen — ich weiß nicht, was Sie unter Wertschöpfung oder produktiver Leistung verstehen. Erst wenn man diese Begriffe dementsprechend ausdiskutiert hat, kann man überhaupt beurteilen, in welcher Form unsere Firma tätig war.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge, ich habe nie Wirtschaftswissenschaften oder Welthandel studiert, aber als Laie ist mir gesagt worden, daß es sich hier um einen eindeutigen Begriff der Wirtschaft handelt, der definierbar ist und der auch definierbar sein müßte für einen Geschäftsmann Ihrer Größenordnung.

Hans Christoph **Prutscher:** Nur trifft es dann sicher nicht für uns zu. Oder Sie würden jeden Trafikanten, jeden Lebensmittelhändler Unkorrektheit in der Ausübung seines Geschäftes vorwerfen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Auch dem Fragenden sind im Untersuchungsausschuß Grenzen gesetzt.

Nun komme ich zu einem anderen Thema: Das Leibschüssel-Spülmaschinen-Problem, leider muß man es anschneiden im Untersuchungsausschuß, ist ja ein weiterer Hinweis und Beweis dafür, wie wenig Ihre Firma den Erwartungen entsprochen hat, die man in sie gesetzt hat. Der an Ihre Firma in einer Größenordnung von 55 Millionen Schilling in diesem Zusammenhang erteilte Auftrag wurde durch das Kontrollamt storniert.

Dem Storno des Kontrollamtes der Gemeinde Wien verdankt der österreichische Steuerzahler, daß durch Entzug dieses Auftrages gegenüber der Firma Prutscher 30 Millionen Schilling Steuergelder eingespart werden konnten, wie Ihnen sicher nicht unbekannt ist.

Hier hat also das Kontrollamt der Gemeinde Wien sehr wohl zum Ausdruck gebracht, daß man im Interesse des Steuerzahlers anders und rationeller hätte arbeiten können, als es die Firma Prutscher getan hat.

Wieso sind Sie, nachdem dieser Auftrag nunmehr in gleicher Qualität mit 25 Millionen Schilling ausgeführt werden konnte, zu den 55 Millionen Schilling gekommen? Ich bitte nicht ungehalten zu sein, wenn ich bei einer derartigen Differenz der Meinung bin, daß ein Verdacht nach Schmiergeldern, ein Verdacht nach Parteienfinanzierung, meines Erachtens gerechtfertigt erscheint, und von Ihnen nicht so mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt werden kann, wie Sie dies am Vormittag getan haben, obwohl ich persönlich diesen Verdacht nicht erhoben habe. Darf ich Sie bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Hans Christoph **Prutscher:** Würde das stimmen, was Sie jetzt vorgebracht haben, könnte ich Ihnen Ihre Meinung, daß hier Schmiergelder oder Parteienfinanzierung im Spiel sein müssen, gar nicht verdenken. Nur ist dieser Vorwurf völlig unrichtig, beginnend bei den Ziffern.

Wir haben einen Auftrag über 17 Millionen im Zusammenhang mit den Leibschüssel-Spülgeräten erhalten, haben jedoch von Anfang an, und zwar direkt bei der AKPE, bei allen drei Vorstandsdirektoren, und zwar über die MED-CONSULT, immer ein österreichisches, rein österreichisches Leibschüssel-Spülgerät offeriert, nämlich das der Firma Austromat, und haben gesagt: Wir halten das für das Geeignetste. Die MED-CONSULT hatte die Generalvertretung für dieses Gerät, das positiv in St. Pölten eingesetzt ist, das dort arbeitet. Während der ganzen Zeit dieser Verhandlungen zwischen MED-CONSULT und AKH über dieses rein österreichische Produkt hat laufend die Schweizer Firma mich bestürmt, doch die Generalvertretung Ihrer Firma zu übernehmen. Ich habe immer nur an die MED-CONSULT verwiesen und habe nicht einmal Gespräche geführt.

Erst zu einem Zeitpunkt, als mir bekannt wurde, daß vom Hygieneinstitut über ein deutsches und dieses österreichische Produkt ein niederschmetterndes Gutachten da ist und nur das Schweizer Produkt bestens beurteilt wurde, habe ich ein Gespräch mit dem Schweizer geführt und die Generalvertretung nur für dieses eine Projekt, nämlich das AKH, von diesem Schweizer Produkt übernommen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Zeuge, daß es nicht so sein konnte, wie Sie eben darlegten, geht meines Erachtens aus der Tatsache hervor, daß auf Grund dieses Auftrages, der Ihnen dann entzogen wurde, der Ausschluß der Firma Prutscher aus allen weiteren AKH-Aufträgen verfügt wurde. Ein Geschäftsmann, der sich einer solchen Protektion erfreut wie Sie, Herr Zeuge, der so protegiert wurde von Direktor Winter und anderen maßgeblichen Leuten wie Sie, wird nicht aller Aufträge, die noch ins Haus stehen könnten, für verlustig erklärt, wenn es so wäre, wie Sie es darlegten. Wie und worin, glauben Sie, ist begründet, daß Ihnen alle kommenden AKH-Aufträge entzogen worden sind?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist mir neu, daß uns alle kommenden AKH-Aufträge entzogen worden sind, denn wir haben auch Aufträge bekommen vom AKH nach diesem Leibschüsselspülgeräteauftrag, den wir übrigens gar nicht vom AKH, sondern vom einem Subsubauftragnehmer des AKH erhalten haben. Das hat also mit dem AKH direkt überhaupt nichts zu tun, überhaupt nichts! Und wir haben immer, und zwar über die MED-CONSULT, darauf hingewiesen, daß wir das rein österreichische Gerät der Austromat für das beste halten. Das sind die Tatsachen. Alles andere ist völlig aus der Luft gegriffen und unwahr, und wir können diese Tatsachen auch belegen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Der Seite 862 des Kontrollamtsberichtes der Gemeinde Wien entnehme ich, daß gegen die Firma Prutscher genau aus den jetzt diskutierten Gründen Anzeige beim Straflandesgericht erstattet wurde. Betrachten Sie das als einen ausgesprochenen Akt von Jux und Tollerei, einen Akt der Bösartigkeit, oder glauben Sie, daß eine Anzeige beim Straflandesgericht gegen die Firma Prutscher auch mindestens einer sachlichen Rechtfertigung bedarf?

Hans Christoph **Prutscher:** In diesem Fall entbehrt es jeder sachlichen Rechtfertigung. Ich kenne auch diese Seiten nicht, genausowenig wie mir bekannt ist, daß ich mich höchster Protektionen erfreuen kann. Das höre ich auch von Ihnen zum ersten Mal. Ich wußte nicht einmal, daß der Herr Direktor Winter uns protegiert hätte. Daher kann ich dazu nur sagen: Die Tatsachen liegen völlig anders, und der Beweis ist ja dadurch erbracht worden, daß, nachdem, und zwar nicht das AKH, sondern die ODELGA, die der zweite Subsubunternehmer war, der diesen Auftrag bekommen hat, bei uns diesen 17-Millionen-Auftrag storniert hatte, was übrigens sicher ein gerichtliches Nachspiel haben wird, weil das wird von uns nicht so ohneweiters hingenommen, nachdem das passiert ist, das AKH es wieder trotz begleitender Kontrolle nicht der Mühe wert gefunden hat, nunmehr öffentlich auszuschreiben, sondern wieder über die ARGE Sanitär beschränkt ausgeschrieben hat. Und das Ergebnis hat so gelautet, daß das rein österreichische Produkt, das wir immer protegiert haben, um Millionen billiger war als das deutsche Produkt, das nunmehr den Zuschlag erhalten hat, obwohl ich nach wie vor der Meinung bin, daß bei einem Gerät, das noch lange nicht benötigt wird in dem AKH, einer österreichischen Firma, die um so viele Millionen besser ist, die dieses Gerät bereits bestens in Österreich eingesetzt hat, durchaus der Auftrag hätte gegeben werden müssen, noch dazu, wo es sicher kein zweites AKH geben wird, wo man die Gelegenheit hat, eine derartige Produktenentwicklung auch durchzuführen. Das ist meine Meinung zu diesem Fall Leibschüsselspüler und das ist auch mit ein Beweis für die völlig korrekte Vorgangsweise unsererseits. Wenn hier jemand etwas zu vertreten hat, dann sind es ganz bestimmt nicht wir.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das wird die weitere Entwicklung dann sicher umfassender zu beantworten vermögen, als wir es in unserem Dialog tun können.

Herr Zeuge! Sagt Ihnen der Begriff „abgehängtes Bandrasterdeckenverfahren" etwas?

Hans Christoph **Prutscher:** Jawohl. Das ist der einzige Auftrag, den wir direkt vom AKH im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Können Sie mir bitte sagen, wie sich dieses Geschäft, wie sich dieser Auftrag entwickelt hat und wie er dann auch abgeschlossen wurde?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben durch die Zeitungen von der öffentlichen Ausschreibung dieses Projekts erfahren, haben uns beworben um diesen Auftrag und sind bei der öffentlichen Anbotseröffnung als Best- und Billigstbieter hervorgegangen, und zwar mit einem gewaltigen Abstand. Ich glaube, wir hätten trotzdem diesen Auftrag nicht bekommen, wenn wir nicht auch die einzigen gewesen wären, die ein dementsprechendes Referenzobjekt in Deutschland hätten vorweisen können. Es ist daraufhin ein Vorstand mit seiner Begleitung nach Deutschland gefahren, hat Erkundigungen eingezogen und hat uns daraufhin den Zuschlag für diese Bandrasterdecken gegeben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Können Sie mir bitte sagen, wann und wieso es zu jener Bestbietergemeinschaft Prutscher-ODELGA gekommen ist?

Hans Christoph **Prutscher:** Das waren Vorge-

spräche, die wir mit ODELGA geführt haben, weil wir gesagt haben, es wäre eine ideale Symbiose, wenn ODELGA Blechteile fertigt, wovon sie sich dann später zurückgezogen hat, weil sie das gemeinsame Risiko dieser Arbeitsgemeinschaft nicht tragen wollte. Das war der Grund für die gemeinsame Vorgangsweise bei diesem Projekt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Mit wem bitte haben Sie bei ODELGA gesprochen?

Hans Christoph **Prutscher:** Mit Herrn Dr. Seidler.

Abg. **Peter** (FPÖ): Dem Herrn Wilfling sind Sie in diesem Zusammenhang nie begegnet?

Hans Christoph **Prutscher:** Es ist durchaus möglich, daß darüber auch mit Herrn Dr. Wilfling Gespräche geführt wurden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte jetzt wäre zu konkretisieren: Mit Seidler oder Wilfling oder mit beiden?

Hans Christoph **Prutscher:** Wahrscheinlich mit beiden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Danke. — Welche technische Leistungsfähigkeit und welche Referenzen hatten die beiden Firmen zu diesem Zeitpunkt vorzuweisen?

Hans Christoph **Prutscher:** Die Firma Prutscher hatte ein Großprojekt ähnlicher Größenordnung in Deutschland vorzuweisen, das wir zur vollsten Zufriedenheit des Kunden durchgeführt haben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bedurfte die Firma Prutscher dazu einer Gewerbeberechtigung?

Hans Christoph **Prutscher:** Jawohl.

Abg. **Peter** (FPÖ): Hat sie diese Gewerbeberechtigung gehabt?

Hans Christoph **Prutscher:** Jawohl.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wo war diese Produktionsstätte angesiedelt?

Hans Christoph **Prutscher:** Am Ort der Firma Prutscher Wien und Kottingbrunn.

Abg. **Peter** (FPÖ): In Kottingbrunn. Nun können Sie mir bitte vielleicht noch sagen, in welcher Größenordnung Sie damals als Bestbieter aufgetreten sind.

Hans Christoph **Prutscher:** Mit einem Betrag von annähernd 170 Millionen Schilling.

Abg. **Peter** (FPÖ): Zu welchem Zeitpunkt war das ungefähr?

Hans Christoph **Prutscher:** Das kann ich Ihnen auf Grund des Datums ganz genau sagen. Es war der 23. Dezember 1978, glaube ich.

Abg. **Peter** (FPÖ): 1977.

Hans Christoph **Prutscher:** 1977, ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich stelle fest, daß wir fast einmal übereinstimmen.

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich deshalb, weil ich am 23. Dezember noch nie eine Anbotseröffnung mitgemacht habe.

Abg. **Peter** (FPÖ): Warum schied dann die ODELGA aus?

Hans Christoph **Prutscher:** Sie hätte für die Ausführungen auch der Firma Prutscher mithaften müssen, und das hat sich der Herr Direktor Seidler nicht getraut.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was mich in diesem Zusammenhang eigentlich außerordentlich überrascht, ist, daß Sie am 23. Dezember 1977 in der von Ihnen zitierten Größenordnung von rund 170 Millionen Schilling als Bestbieter aufgetreten sind, während zum gleichen Thema bereits im Jahre 1974 — also drei Jahre vorher — die Firma Hofman & Maculan mit sage und schreibe 87 Millionen Schilling zum damaligen Zeitpunkt als Bestbieter aufgetreten ist. Können Sie mir eine Antwort darauf geben, was nicht unbedingt sein muß, wie es eine solche Entwicklung geben kann? Das bleibt drei Jahre liegen, und nach drei Jahren ist der, der nicht 87 Millionen Schilling anbietet, sondern mit 170 Millionen offeriert, der Bestbieter — wahrscheinlich weil keiner mehr geboten hat zu dem Zeitpunkt.

Hans Christoph **Prutscher:** Weil gleiche Behauptungen in gleicher unhaltbarer Weise auch in den Zeitungen erschienen sind, kann ich Ihnen das ganz genau sagen, wobei dafür sicher auch wieder nicht ich die Verantwortung zu tragen habe. Jahre vorher — Sie haben das Jahr 1974 genannt — hat die Firma Hofman & Maculan die Decken offeriert oder anläßlich einer Ausschreibung ein Angebot gemacht. Das war damals eben diese Größenordnung von rund 80 Millionen Schilling. Und dann wurde jahrelang an diesen Decken gearbeitet. Vor der öffentlichen Ausschreibung im Dezember 1977 hat sich dieses Angebot der Firma Hofman & Maculan inzwischen zu einem Preis von 220 Millionen Schilling gemausert. Und der Vorstand der AKPE hatte die Absicht, ohne Ausschreibung diesen Auftrag um 220 Millionen Schilling an die Firma Hofman & Maculan zu vergeben. Er hat den Vergabevorschlag über 220 Millionen Schilling auch im Aufsichtsrat eingebracht, und der Aufsichtsrat hat selbstverständlich, wie sich das für einen ordentlichen Aufsichtsrat gehört, ein derartiges Ansin-

nen zurückgewiesen und gesagt: Das muß öffentlich ausgeschrieben werden. Und nur durch unser Einschreiten und unser Anbieten sind dem Steuerzahler immerhin 50 Millionen Schilling erspart worden, dank des Einschreitens eines Fakturenschreibers und Zwischenhändlers.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wann könnte das ungefähr gewesen sein?

Hans Christoph **Prutscher:** Vor dem 23. Dezember 1977.

Abg. **Peter** (FPÖ): Mehr im Jahr 1977 oder geht es zurück ins Jahr ...

Hans Christoph **Prutscher:** Im Jahr 1977.

Abg. **Peter** (FPÖ): Im Jahr 1977. War die Firma Prutscher der Berechnung, der Kalkulation und der Durchführung dieses Auftrages gewachsen?

Hans Christoph **Prutscher:** Selbstverständlich.

Abg. **Peter** (FPÖ): Darf ich dann fragen, warum die Firma Prutscher die Firma Fritz Mogle mit der Kalkulation beauftragt hat und warum sie dann diese Kalkulation nicht selbst durchgeführt hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Daß wir verschiedenste Anfragen bei den verschiedensten Firmen einholen — selbst wenn wir in Deutschland oder in sonstigen Ländern Leistungen ausführen, holen wir ja Angebote bei anderen Firmen ein, wo wir es dann auch ausführen lassen —, ist ja eine Frage unserer Geschäftspolitik, auch wenn wir Leistungen nicht ausführen. Da frage ich eben: Was ist schlecht daran, wenn wir als Firma Prutscher dem Steuerzahler Millionen ersparen und es eben an andere Firmen, an Mittelbetriebe oder Betriebe, die anscheinend nicht in der Lage sind, selber die Organisation und die technische Durchführung zu managen, vergeben?

Abg. **Peter** (FPÖ): Aber Sie sagten doch vorerst, daß Sie mit Ihrem Betrieb in Kottingbrunn diesen Auftrag selbst hätten durchführen können.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. Nein, das habe ich nicht gesagt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das steht aber bitte in eklatantem Widerspruch zu dem, was Sie mir vor einigen Minuten gesagt haben.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, dann haben Sie mich mißverstanden. Sie haben mich gefragt, wo die Produktionsstätte im Zusammenhang mit der Gewerbeberechtigung ist, und da habe ich gesagt, der Sitz der Firma ist in der Diefenbachgasse und in Kottingbrunn. Es war auch schon auf Grund des Zusammengehens mit der ODELGA nie gedacht, daß die Blechteile bei uns gefertigt werden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Das heißt, die Gewerbeberechtigung war da, aber Sie hätten den Auftrag aus eigener Firmenkapazität nicht bewältigen können?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben ihn bewältigt. Aus eigener Produktion nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Aus eigener Produktion nicht. Sie hätten ihn aus eigener Produktion nicht bewältigen können?

Hans Christoph **Prutscher:** Richtig.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ja warum haben Sie dann bitte angeboten?

Hans Christoph **Prutscher:** Weil wir neben unserer Eigenproduktion immer Handelswaren führen. Das hat sich einfach durch unsere Auslandstätigkeit ergeben. Und unsere Stärke liegt darin, besser einzukaufen und billiger einzukaufen als alle anderen Firmen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Wer war der oder wer waren die Subunternehmer?

Hans Christoph **Prutscher:** Wofür?

Abg. **Peter** (FPÖ): Für diesen Auftrag.

Hans Christoph **Prutscher:** In diesem Fall zum Beispiel die Austria-Email.

Abg. **Peter** (FPÖ): In welcher Größenordnung?

Hans Christoph **Prutscher:** In der Größenordnung von ...

Abg. **Peter** (FPÖ): 125 Millionen Schilling?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja, etwas mehr.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und die Differenz? Wer hat die dann bekommen?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben im Rahmen dieser internen Arbeitsgemeinschaft, die wir mit der Austria-Email abgeschlossen haben, einen ganzen Katalog von Leistungen zu erbringen gehabt und erbringen ihn noch, der bei uns bereits Räume von Dokumentationen füllt. Diese Behauptungen, daß wir immer ein völlig funktionsloser Zwischenhandel sind, entbehren schon allein auf Grund der vorigen Darstellung, daß wir um 50 Millionen Schilling billiger offeriert haben als der Vergabevorschlag des Vorstandes an den Aufsichtsrat, jeglicher Grundlage. Wenn das keine Funktion ist, tüchtiger einzukaufen und billiger einzukaufen und dem Steuerzahler 50 Millionen Schilling nur durch unser Einschreiten und das Ein-

schreiten des Aufsichtsrates, denn hätte der das nicht zurückgewiesen, wäre es wahrscheinlich um 220 Millionen Schilling vergeben worden, zu ersparen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie vorgekehrt, daß der Subunternehmer Austria-Email nicht weitergibt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich kann Ihnen jetzt den Vertrag mit der Austria-Email nicht restlos zitieren, das weiß ich nicht, das ist ein umfangreiches Vertragswerk. Aber eines kann ich dazu sagen: Wir haben zum Unterschied von anderen immer darauf geschaut, daß österreichische Unternehmen den Auftrag bekommen, nicht so wie zum Beispiel bei den Leibschüsselspülern, wo man um Millionen teurer ein ausländisches Produkt nimmt, oder bei Primitivprodukten wie Waschbecken, wo man die Spezifikationen derart macht, daß man nur ausländische Fabrikate einkaufen kann.

Abg **Peter** (FPÖ): Sie weichen meinen konkreten Fragen gekonnt aus, erzählen mir recht interessante Geschichten, Herr Zeuge, beantworteten mir aber bisher die Frage noch nicht konkret, ob Austria-Email an Subunternehmer weitergegeben hat oder nicht.

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Solche Vorkehrungen trifft man nicht, Überlegungen dieser Art stellt man nicht an?

Hans Christoph **Prutscher:** Der Vertrag hat mehrere hundert Seiten, ich kenne den Vertrag nicht auswendig. Wenn Sie das interessiert, werde ich gerne Auftrag geben, bei uns nachzuschauen, dann kann ich Ihnen sagen, ob in dem Vertrag eine derartige Klausel enthalten ist oder nicht. Auswendig weiß ich es nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Glauben Sie, daß es ein unbilliges und unberechtigtes Verlangen ist, einen Geschäftsmann bei einem Geschäft dieser Größenordnung von 170 Millionen Schilling zu fragen, wer was gemacht hat? — Also die Firma Prutscher produktionsmäßig nichts, sie hat weitergegeben an Subunternehmer. Schwerpunkt der Subunternehmer war Austria-Email, 125 oder etwas mehr Millionen Schilling. Ja ich muß es halt höchst unbefriedigend empfinden, wenn man so unzulängliche Antworten auf höflich gestellte konkrete Fragen bekommt. Und mich erfüllt halt nicht mit Befriedigung, wenn man auf die Frage, ob Austria-Email weitergegeben hat und an wen Austria-Email weitergegeben hat, sagt, das weiß man nicht. Stimmt es, daß die Firma Prutscher bei diesem Auftrag eine Verdienstspanne von 35 Millionen Schilling gehabt hat?

Hans Christoph **Prutscher:** Das kann ich Ihnen nicht auswendig sagen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Stellen Sie es in Zweifel oder halten Sie es für möglich?

Hans Christoph **Prutscher:** Das kommt wieder darauf an, was Sie unter Verdienstspanne verstehen. Wenn bei einem Lebensmittelhändler die Spanne zwischen seinem Einkauf und seinem Verkauf eine Verdienstspanne ist ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Streichen wir Verdienst und sagen wir Spanne.

Hans Christoph **Prutscher:** 35 Prozent halte ich für ausgeschlossen, aber ich könnte Ihnen gar nicht genau sagen in welcher Größenordnung.

Abg. **Peter** (FPÖ): 35 Millionen, 20 Prozent?

Hans Christoph **Prutscher:** Wenn 125 stimmen würde; das stimmt aber nicht, sondern es waren sogar über 130 Millionen. Aber, wie gesagt, genau die Ziffern habe ich nicht im Kopf.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und würden Sie bitte noch so freundlich sein und uns jetzt die Problematik mit den Olympus-Geräten für die Krebsliga schildern.

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist zwar kein Fall, der weder direkt noch indirekt irgend etwas mit dem AKH zu tun hätte, trotzdem stehe ich natürlich nicht an, Ihnen dazu auch Auskunft zu geben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Na ja bitte, das geht halt in den Bereich hinein, der sehr schwer zu fassen ist, aber wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß die Firma ODELGA am 28. 12. 1977 ihr Anbot an die Krebsliga erstellt und einen Rabatt von 10 Prozent angeboten hat, dann ist das eine erwägenswerte Ausgangsposition. Aber kaum wurde das Anbot erstellt, ging man am 27. Jänner 1978 um 10 Prozent hinauf. Warum bitte?

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht. Das ist Sache der ODELGA.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und nun drängt sich hier halt — auf Umwegen natürlich — die Frage auf: Nimm zuerst 10 Prozent weg und gib es dann dazu, dann sind die 10 Prozent ja nicht mehr da, sie fließen dann in irgendwelche Kanäle, die man schwer fassen kann. Haben Sie bitte in diesem Zusammenhang Gespräche geführt?

Hans Christoph **Prutscher:** Mit wem?

Abg. **Peter** (FPÖ): Ja das möchte ich wissen.

Hans Christoph **Prutscher:** Mit der ODELGA, ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und mit wem in der ODELGA?

Hans Christoph **Prutscher:** Mit dem Herrn Prokuristen Urbanek.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und mit dem Herrn Wilfling?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Nicht?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Können Sie ausschließen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Gut. — Warum bot dann die ODELGA am 6. 2. 1978 der Johann Prutscher OHG 10 Prozent Provision an, und wofür bitte bot sie die Provision in diesem Zusammenhang an?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben uns in diesem Fall, als wir gehört haben, die Krebsliga schreibt Geräte aus — auch da gab es ja immer wieder Falschmeldungen gröbster Art —, bei der Krebsliga beworben und eine Liste von Geräten bekommen. Diese Geräte, nachdem die ODELGA die Generalvertretung hat, haben wir im Ausland angefragt und haben sie der Krebsliga billiger, als die ODELGA das als Generalvertreter an die Krebsliga getan hat, angeboten. Das können wir dokumentieren mit allen Unterlagen. Wir haben also durch unser Eingreifen dazu beigetragen, daß die Krebsliga eher noch günstiger eingekauft hat, als sie es ohne unser Eingreifen getan hätte. Wir haben allerdings aus dem Verhalten der Krebsliga gemerkt, daß man dem Generalvertreter, sei es aus Gründen des Services oder weil es eben der Generalvertreter ist, den Auftrag geben möchte, und sind, nachdem die ODELGA dann wieder den Nachlaß gegeben hat — aber erst auf Grund unseres Eingreifens, das ist ganz wesentlich —, an die ODELGA herangetreten und haben gesagt: Paßt auf, wir können uns jetzt weiter bekriegen, wir machen euch unmöglich als Generalvertreter, wir kriegen es irgendwo im Ausland. Wir haben gemerkt, daß die Krebsliga es zwar bei euch direkt kaufen kann, wir wollen etwas daran verdienen, und ihr zahlt uns einen bestimmten Betrag. Daraufhin kam es zu dieser Vereinbarung, weil es der ODELGA den Betrag wert war, nicht durch einen Außenseiter wie uns in ihrem eigenen Feld als Generalvertreter blamiert zu werden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Es klingt halt dann manches eigenartig, wenn man in den Protokollen nachliest und etwa auf folgende Sachverhaltsdarstellung kommt, die Dipl.-Ing. Dr. Seidler am 10. Februar 1981 hier im Untersuchungsausschuß abgegeben hat:

„Im Jahr 1977 hat unser Endoskopie-Vertreter die verschiedenen Spitäler bearbeitet in bezug auf die endoskopischen Geräte und hat Aufträge erhalten, also Bestellungen erhalten. Dann kam die Krebsliga, und da wurde dann von der Krebsliga vereinbart, daß diese Vorsorgeuntersuchungsgeräte in den Krankenhäusern von der Krebsliga angeschafft werden sollen.

Am 27. 1. 1978 wurde dann geschrieben, daß eine Preiserhöhung erfolgt ist und die Preise wieder auf 100 angehoben werden sollen." — Also zuerst 10 Prozent herunter und dann 10 Prozent wieder hinauf.

„Es hat dazwischen ein Gespräch gegeben Prutscher — der Zwischengeschäftsführer war Dr. Wilfling, ich weiß nicht, ob er es geführt hat oder ob es Prokurist Urbanek, der Vertriebsleiter, geführt hat, es gibt da auch eine interne Aktennotiz, wo der Vorgang genau geschildert ist —, und da wurde vereinbart, war dann von zwei Prokuristen unterschrieben, daß dem Prutscher 10 Prozent vom Ursprungs-Level, also vom Hunderter-Level, an Provision zustünden bei Zustandekommen des Geschäftes. Das ist eine Vereinbarung vom 6. Februar 1978."

Herunter! Hinauf! Dann weiß man nicht, wo das hingeht. Einer redet sich auf den anderen aus, und es drängt sich — bitte nicht ungehalten zu sein — halt der dringende Verdacht auf, daß Gelder in dunkle Kanäle versickert sind.

Dürfen wir Sie jetzt, Herr Zeuge, bitten, uns bei der Aufhellung und Erläuterung Ihrer Firmengruppe behilflich zu sein und uns in diesem Zusammenhang noch verschiedene Fragen zu beantworten? Würden Sie uns bitte die Zusammensetzung der Johann Prutscher OHG Wien ganz kurz schildern. Die Eigentumsverhältnisse.

Hans Christoph **Prutscher:** 55 Prozent mein Vater, 45 Prozent ich.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und die Betriebsrichtung?

Hans Christoph **Prutscher:** Ist Laboreinrichtungen und verschiedene Gewerbeberechtigungen von ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Und welche Gruppen, Herr Zeuge, führen Sie noch gemeinsam mit Ihrem Vater? Das heißt: An welchen Firmen ist Ihr Vater mit Ihnen oder umgekehrt beteiligt?

Hand Christoph **Prutscher:** Ja das geht alles über die OHG. Mein Vater ist an dem Kalenderverlag beteiligt, an dem ich selbst nicht beteiligt bin. Aber, wie gesagt, das könnte mein Vater genau sagen, weil da weiß nicht einmal ich, wie jetzt die prozentuelle Verteilung ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Da ist also das, was uns Ihr

Herr Vater am Vormittag gesagt hat, kompetenter als das, was Sie uns sagen können.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Danke.

Bitte, wer ist Eigentümer der Laboratoriums-Invest AG?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist eine Schweizer Gruppe.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und warum ist diese Schweizer Gruppe stiller Gesellschafter geworden?

Hans Christoph **Prutscher:** Weil sie am Aufbau oder am Wachstum der Firma Prutscher interessiert war.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wer ist diese Schweizer Gruppe?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich nenne zwar sehr ungern Namen, aber es ist eben die Familie Renggle im wesentlichen, wobei ich nicht sagen kann, wie dort wieder die internen Besitzaufteilungen sind.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und wie hoch ist der Wert der Einlage dieser stillen Gesellschafter?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich glaube, derzeit so rund zehn Millionen Schilling.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte zur Thematik Rinter. Sind Sie in der Rinter GesmbH oder an der Rinter GesmbH Schweiz beteiligt?

Hans Christoph **Prutscher:** Da muß man unterscheiden. Wir sind an der Rinter Handels AG in der Schweiz beteiligt zu 25 Prozent, nicht jedoch an irgendeiner anderen Schweizer Rinter Gesellschaft.

Abg. **Peter** (FPÖ): An der GesmbH nicht? Es gibt eine Rinter Lizenz AG Schweiz in Zug.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, sind wir nicht beteiligt.

Abg. **Peter** (FPÖ): Nicht? Sondern an der anderen?

Hans Christoph **Prutscher:** Der Rinter Handels AG.

Abg. **Peter** (FPÖ): Gibt es Verbindungen zwischen der Johann Prutscher OHG Wien und der AWIGA?

Hans Christoph **Prutscher:** Was verstehen Sie unter Verbindungen?

Abg. **Peter** (FPÖ): Geschäftsverbindungen natürlich.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. **Peter** (FPÖ): Dann werden Sie uns sicher sagen können, wie die Zusammensetzung der Fleuryval AG in Zug ist.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein, das kann ich nicht.

Abg. **Peter** (FPÖ): Haben Sie da überhaupt nie Zugang zu Kenntnissen dieser Art durch Ihre bisherigen Geschäftsbeziehungen gehabt?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein. In keinster Weise.

Abg. **Peter** (FPÖ): Welche Geschäfte bitte hat die Johann Prutscher OHG Wien mit der AWIGA gemacht?

Hans Christoph **Prutscher:** Die Firma Prutscher hat von der AWIGA Aufträge erhalten, die die Firma Prutscher durchgeführt hat.

Abg. **Peter** (FPÖ): Welche Art von Aufträgen?

Hans Christoph **Prutscher:** Hauptsächlich Abwicklung von Aufträgen von einzelnen ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte, kann man das nicht irgendwie konkretisieren?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir hatten Aufträge — ich kann Ihnen jetzt nicht im Detail sagen, was für welche —, die haben wir ausgeführt für die AWIGA und haben dafür bezahlt bekommen, was ausgemacht war, so wie es halt mit ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Nachdem sich über die AWIGA so wenig sagen läßt, können Sie uns vielleicht, Herr Zeuge, über Tassis King Faisal und über das Libyen-Projekt mehr sagen.

Hans Christoph **Prutscher:** Wobei alle drei mit dem AKH sicher überhaupt nichts zu tun haben, was ich ganz dezidiert hier festhalten möchte.

Abg. **Peter** (FPÖ): Nur: In diesem Zusammenhang handelt es sich immerhin um nicht anerkannte Provisionen in einer beträchtlichen Größenordnung, die in diesem Fall zutage getreten sind, und vielleicht ist es Ihnen doch möglich, zu sagen, warum es dazu gekommen ist.

Hans Christoph **Prutscher:** Sie nehmen etwas vorweg, was noch gar nicht den Tatsachen entspricht, weil die Betriebsprüfung nach wie vor im Gange ist und alle in dem Zusammenhang gezahlten Provisionen belegt und in Ordnung sind. Ob auf Grund der Höhe die Finanz sagt, sie möchte es vielleicht nicht anerkennen, ist eine Sache. Aber die Betriebsprüfung ist noch nicht einmal im Bereich einer Schlußbesprechung und überhaupt nicht abgeschlossen. Daher ist das noch völlig offen. Und ich habe schon vorhin auf Grund einer Frage

gesagt: Es gibt kein Geschäft, bei dem wir nicht mindestens so viel auch verdient haben, als Spanne verdient haben, wie die Provisionen ausgemacht haben.

Abg. **Peter** (FPÖ): Ich möchte Sie in dem Zusammenhang mit der Betriebsprüfung nicht überfordern und stelle daher keine weiteren Fragen mehr.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Darf ich nur vorher noch einmal zurückkommen auf Ihre Verbindung mit AWIGA und in diesem Zusammenhang mit dem Geschäft, das Prutscher, die Firma Prutscher mit AWIGA gemacht hat. Was war das für ein Geschäft?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben Exporte für AWIGA abgewickelt. Ich kann hier nicht im Detail sagen, was gemacht wurde, ich selber war damit in keinster Weise befaßt, das haben unsere Herren gemacht.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Es war immerhin ein Geschäft in der Höhe von 3 Millionen Schilling. Und ich kann mir kaum vorstellen, daß Sie hier nicht Bescheid wissen sollten.

Hans Christoph **Prutscher:** 3 Millionen ist bei uns kein besonders großes Geschäft. Ich weiß über größere nicht Bescheid.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Haben Sie der Firma AWIGA Personal zur Verfügung gestellt?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist durchaus möglich, daß das in Form einer Dienstleistung abgewickelt wurde, ja.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Genaueres darüber können Sie nicht sagen.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Haben Sie Finanzierungshilfen gegeben der Firma AWIGA?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich weiß nicht, was Sie unter Finanzierungshilfe verstehen.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ich weiß, was ich darunter verstehe, und ich glaube, das ist ein Ausdruck, den man allgemein verwendet. Also ich müßte das auch von Ihnen als Geschäftsmann annehmen.

Hans Christoph **Prutscher:** Wenn Sie zum Beispiel darunter verstehen, daß wir länger auf die Bezahlung der Rechnung gewartet haben als ausgemacht war, dann möglicherweise ja, das kommt vor.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Und als eine Finanzierungshilfe in der Form, daß Sie also Beträge zur Verfügung gestellt hätten?

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich selber nicht.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ist Ihnen nicht bekannt. Danke.

Als nächsten darf ich bitten Herrn Abgeordneten Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben vorhin erklärt, daß Sie mit dem Herrn Kirchhofer in Manila waren. Was waren die Geschäftsinteressen des Herrn Kirchhofer?

Hans Christoph **Prutscher:** Ob ich berechtigt bin, über die Geschäftsinteressen Dritter zu sprechen, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchen Bereichen ist Herr Kirchhofer tätig gewesen?

Hans Christopfh **Prutscher:** Bitte, ich glaube, ich kann ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt: Geht es um Bereiche, die mit dem AKH zusammenhängen, Krankenhausplanung, Krankenhauseinrichtung, Sanitärbereich?

Hans Christoph **Prutscher:** Überhaupt nicht! — Ich kann es auch sagen; er hat ein Buch gedruckt für die Philippinen oder drucken lassen. Ich glaube, das ist kein Vertrauensbruch, wenn ich so etwas sage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, es hilft uns, weil sonst gibt es ja Vermutungen auf unserer Seite.

Sie haben auf dieser Reise auch Bundeskanzler Kreisky getroffen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Sie mit Bundeskanzler Kreisky zusammengeführt? Kannten Sie Bundeskanzler Kreisky schon früher?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat ihn dann mit Ihnen zusammengeführt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich habe ersucht, anläßlich dieser Reise auch dort anwesend sein zu dürfen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie sind nicht mit Bundeskanzler Kreisky gereist.

Hans Christoph **Prutscher:** Nicht nach Manila.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wohin sind Sie mit Bundeskanzler Kreisky gereist?

Hans Christoph **Prutscher:** Dann die Strecke von Saudi-Arabien nach Wien.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war es für ein Anlaß, der Sie zusammengeführt hat in Manila mit Bundeskanzler Kreisky?

Hans Christoph **Prutscher:** Die gleiche Reise. — Zusammengeführt ist vielleicht übertrieben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Getroffen.

Hans Christoph **Prutscher:** Ich habe ihn auch nicht direkt getroffen, es war eine ganze Wirtschaftsdelegation mit dort, und im Rahmen dieser Delegation war eben eine gemeinsame Veranstaltung. Aber das war jetzt kein Treffen des Herrn Bundeskanzlers persönlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war es für eine Veranstaltung?

Hans Christoph **Prutscher:** Eine Einladung im Zusammenhang mit dieser Reise mit irgendeinem der Minister.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von den Philippinen.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja, von seiten der Philippinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und in Saudi-Arabien?

Hans Christoph **Prutscher:** Dort haben wir unser Interesse bekundet, daß wir dort Geschäftsinteressen haben, und ich habe ersucht, eben dort im Rahmen der Wirtschaftsdelegation — da waren ja mehrere Herren dabei —, mit dabei sein zu dürfen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie auf Grund dessen Aufträge in Saudi-Arabien bekommen?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir hätten sicher Aufträge bekommen, wäre nicht diese ganze Kampagne des letzten Jahres entstanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war jetzt entscheidend, der Bundeskanzler Kreisky oder Niki Lauda, für die Aufträge aus Saudi-Arabien, wenn sie zustande gekommen wären?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich bin sicher, daß ab einer gewissen Größe ein derartiger Besuch eines in den arabischen Ländern derart anerkannten Mannes wie des Bundeskanzlers mit eine gewisse Wirkung auf die Kunden hat. Und in diesen Ländern ist es sicher eine Hilfe, wenn allein wie durch Osmose eine gewisse Darstellung vorhanden ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie Dr. Witschek? *(phonetisch)*

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der war mit in Manila.

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Woher kennen Sie Dr. Witschek?

Hans Christoph **Prutscher:** Wir haben einen Mann gesucht, der die Philippinen betreuen sollte und wollten Herrn Dr. Witschek für die Philippinen beschäftigen. Er hat auch ein oder zwei Reisen gemacht, aber wie wir gesehen haben, daß diese Kampagne, die hier läuft, sich auch bis auf die Philippinen auswirkt, haben wir das wieder beendet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat Dr. Witschek für die MED-CONSULT Reisen unternommen?

Hans Christoph **Prutscher:** Weil geplant war, daß speziell dieses Philippinen-Geschäft auch der ODELGA zugute kommen sollte und daher diese weiteren Aufwendungen von der MED-CONSULT getragen wurden, die allerdings nach Zerschlagen des Geschäftes anteilig von den Gesellschaftern der MED-CONSULT refundiert worden sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind sie refundiert worden, diese Reisekosten?

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, ob sie schon refundiert wurden durch Überweisung, sie sind von der MED-CONSULT, meines Wissens, fakturiert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und sie werden von der Firma Prutscher anerkannt?

Hans Christoph **Prutscher:** Jawohl.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Kosten dieser Reise.

Dann habe ich noch eine andere Frage. Wie ist es mit diesem medizinisch-technischen Beratungsauftrag, den Sie von der Firma Siemens erhalten haben?

Hans Christoph **Prutscher:** Was hätten Sie dazu gern gewußt?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist es dazu gekommen? Warum sind Sie von der Firma Siemens mit diesem Beratungsauftrag betraut worden?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist wieder ein weiteres Beispiel, daß wir dem Steuerzahler viel Geld erspart haben durch unser Einschreiten. Die Firma ODELGA hatte diesen Auftrag, ich weiß nicht, zu welchem Prozentsatz, und hat, weil sie das Personal nicht hatte oder aus anderen Gründen, den Auftrag zurückgelegt und hat gesagt, ich will jetzt 4 oder 6 Prozent Planungshonorar haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war ein Sub-

auftrag. Entschuldigen Sie, Herr Prutscher, so können Sie das jetzt nicht erklären, weil es nicht richtig ist. Es war ein Subauftrag, den Sie von der Firma Siemens erhalten haben. Die AKPE hat einen Vertrag vom Jahre 1976 mit der Firma Siemens. Es könnte also höchstens um die Gelder der Firma Siemens gegangen sein, nicht um die Firma der AKPE.

Hans Christoph **Prutscher:** Dann haben Sie mich vielleicht mißverstanden, denn das, was ich gesagt habe, ist völlig richtig. Vor dem Jahr 1976 hatte die Firma ODELGA diesen Planungsauftrag um ein Honorar, das ich nicht kenne. Die OLDEGA hat diesen Planungsauftrag zurückgelegt und hat ein neues Angebot gelegt mit einem Prozentsatz von 4 Prozent oder ähnlicher Größenordnung. Wir sind bei dieser Gelegenheit damals an die damalige Geschäftsführung des AKH-Baus herangetreten und haben unsere Dienste als Planer angeboten zu einem Prozentsatz von 2 Prozent. Man hat uns damals bedeutet, wir glauben schon, daß ihr das könnt, und wir würden es euch auch gerne geben, ihr seid uns aber zu klein, und die Firma Siemens hat bereits bei uns einen Planungsauftrag, wir geben der Firma Siemens diesen Planungsauftrag um 2,5 Prozent, und die Firma Siemens bekommt für die Koordination ein halbes Prozent, und sie soll euch einen Teil, der in euer Leistungsprogramm fällt, weitergeben. Das war auch diese ominöse Notiz *(Abg. Dr. Feurstein: Das weiß ich!)* in Winters Notizbuch: „Prutscher 2 Prozent", und wir haben dann von der Firma Siemens nach schriftlicher Bestätigung durch die inzwischen gegründete AKPE den Planungsauftrag für bestimmte Bereiche um 2 Prozent erhalten. Also wieder ein Beispiel, daß durch unser Einschreiten ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist nicht richtig, das nehme ich Ihnen nicht ab, denn der Auftrag ging an die Firma Siemens. Die Firma Siemens hat die Verantwortung, daß dieser Auftrag um 2,5 Prozent ausgeführt wird, dieser Planungsauftrag. Wie er ausgeführt wird, ist die Sache der Firma Siemens, aber nicht Ihre Sache. Aber das möchte ich nur zur Klarstellung sagen, darüber müssen wir nicht diskutieren, Herr Prutscher.

Hans Christoph **Prutscher:** Aber ich wollte nur klarstellen, daß durch unser Einschreiten es nicht zu einer 4prozentigen Vergabe, was ja auch theoretisch möglich gewesen wäre — und das Offert liegt ja auf im AKH —, an die Firma ODELGA gekommen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat die Firma MED-CONSULT gegenüber der Firma Prutscher aus dieser Medizintechnikplanung eine Forderung von 1,5 Millionen Schilling, die Sie nicht anerkennen?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist nicht richtig, daß wir das nicht anerkennen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie anerkennen es?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann darf ich Ihnen zitieren aus dem Bericht der Firma Consultatio, und zwar über die Auseinandersetzung der MED-CONSULT zum 31. Dezember 1980, der ist also noch gar nicht so alt, wo ausgeführt wird:

Forderungen der Gesellschafter — da scheinen diese 263 000 S auf auf Grund der Reise des Herrn Dr. Witschek *(phonetisch)* nach Manila. Und dann steht: Zum anderen betreffen sie die Teilrechnungen für die Quartale II—IV 1980 für den Auftrag Medizin-Technik, geleistet für die Johann Prutscher OHG. Diese ausstehende Forderung beträgt exakt 1,5 Millionen Schilling. Laut Aussage des Geschäftsführers und unserer Auftraggeberin werden diese Teilrechnungen von der Firma Prutscher OHG nicht anerkannt. Wann haben Sie das anerkannt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich kenne diesen Bericht nicht. Wir haben diese Forderung nie bestritten. Das ist ein Bericht, den hat sich der andere Gesellschafter auf seine Kosten von der Consultatio machen lassen, hat mit uns überhaupt nichts zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hier ist also ein eindeutiger Widerspruch. ich kann mir nicht vorstellen, daß — das war der Herr Enerwitschläger wahrscheinlich — *(Hans Christoph Prutscher: Das weiß ich nicht!),* denn es heißt hier „Geschäftsführer". Wie stehen Sie zu Herrn Enerwitschläger?

Hans Christoph **Prutscher:** Der Herr Enerwitschläger ist der Geschäftsführer der MED-CONSULT.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Werden Sie ihn in Ihre Firma übernehmen?

Hans Christoph **Prutscher:** Wenn er bei der Firma MED-CONSULT ausscheidet, selbstverständlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und er stammt auch aus Ihrer Firma?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Tätigkeit hat er bei Ihnen ausgeführt?

Hans Christoph **Prutscher:** Er war auf dem Sektor des Spitals- und Gesundheitswesens beratend tätig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würden Sie

behaupten, daß Herr Enerwitschläger also hier die Unwahrheit gesagt hat gegenüber dem Herrn Nidetzky von der Firma Consultatio, wenn er gesagt hat, diese Forderung wird von der Firma Prutscher nicht anerkannt?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich weiß nicht, ob der Herr Enerwitschläger das in der Form gesagt hat. Ich habe auch mit ihm darüber nicht gesprochen. Vielleicht ist es aus irgendeinem anderen Mißverständnis entstanden, hat aber sicher mit dem gegenständlichen Untersuchungsfall, den Sie hier behandeln, überhaupt nichts zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das hat sehr viel zu tun, weil es um die Medizintechnik geht beim AKH.

Hans Christoph **Prutscher:** Wenn wir welche Rechnungen anerkennen oder nicht anerkennen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt frage ich Sie, Herr Prutscher: Warum hat die Medizin-Technik schlußendlich zum Teil die Firma MED-CONSULT ausgeführt, wenn Sie schon sagten, Sie wären so günstig für die Durchführung dieses Auftrages gewesen.

Hans Christoph **Prutscher:** Weil die vertragliche Bindung zwischen ODELGA und Prutscher besteht, daß jeder die Planungsaufträge, die bei ihm im Hause sind, an die MED-CONSULT zu übertragen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und jetzt wollen Sie uns klarmachen: ODELGA will den Auftrag um 4 Prozent übernehmen oder noch mehr. Sie übernehmen ihn um 2 Prozent. Die MED-CONSULT, das heißt also, 50 Prozent ODELGA, muß das nachher um 2 Prozent übernehmen beziehungsweise zu einem Betrag, der vermutlich noch niedriger ist, zu einem Prozentsatz, der niedriger ist, weil die Firma Johann Prutscher aus diesem Medizin-Technik-Vertrag ja auch die ganzen Bearbeitungskosten finanziert haben will.

Hans Christoph **Prutscher:** Dem ist auch tatsächlich so, denn dieses Offert der ODELGA aus dem Jahre, ich weiß nicht, aus welchem Jahre es war, 1974, 1975 liegt bei der AKPE vor, und das waren damals die Vorstellungen der Firma ODELGA. Und die MED-CONSULT machte ja diesen Auftrag zum Großteil mit Leuten, die die Firma Prutscher an die MED-CONSULT abgetreten hat und die dort angestellt sind oder waren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie würden also daraus schließen, daß ein allfälliges Defizit, ein Verlust aus diesem Medizin-Technik-Beratungsauftrag die Firma MED-CONSULT, sprich ODELGA, treffen würde.

Hans Christoph **Prutscher:** Es gibt kein Defizit aus diesem Auftrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel werden Sie verdienen aus diesem Auftrag?

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht, da müssen Sie die MED-CONSULT fragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, ich frage jetzt die Firma Prutscher, weil die Firma Prutscher in erster Linie Subauftragnehmer ist.

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie die Genehmigung eingeholt bei der Firma Siemens, diesen Auftrag weiterzugeben an die Firma MED-CONSULT?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist im Einvernehmen durchgeführt worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie das bestätigen?

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, ich habe es nicht selbst gemacht, müßte ich den Herrn Enerwitschläger fragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, ich frage jetzt den Chef der Firma Prutscher. Der Herr Enerwitschläger ist der Chef der MED-CONSULT, die muß nicht die Genehmigung einholen. Sie haben den Auftrag weitergegeben an die Firma MED-CONSULT.

Hans Christoph **Prutscher:** Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie wissen, daß, wenn Sie einen Auftrag weitergeben, die Zustimmung der Firma Siemens gegeben sein muß und die Firma Siemens die Zustimmung der AKPE einholen muß.

Hans Christoph **Prutscher:** Ob in dem Vertrag zwischen Firma Siemens und uns diese Klausel enthalten ist, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn ich Ihnen sage, sie ist enthalten?

Hans Christoph **Prutscher:** Dann sage ich trotzdem, ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen also nicht, ob Sie diese Zustimmung eingeholt haben.

Hans Christoph **Prutscher:** Ich wüßte auch nicht, woher Sie wissen, was in dem Vertrag zwischen Siemens und uns steht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das überlassen Sie

mir. — Ich habe jetzt noch eine Frage. Im Kontrollamtsbericht wird festgestellt, daß Ihnen von der AKPE, und zwar mit diesem Deckenauftrag, mitgeteilt worden ist, daß eine Erhöhung der Auftragssumme möglich ist im Ausmaß von rund 13 Millionen Schilling. Wer hat Ihnen das mitgeteilt von der AKPE?

Hans Christoph **Prutscher:** Das verstehe ich nicht. Ich weiß nicht, was Sie meinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ursprünglich lautete Ihr Auftrag, Ihr Angebot auf 160 Millionen Schilling, 23. Dezember 1977. Das Datum haben Sie bereits genannt. Die Auftragserteilung erfolgte zu 173,7 Millionen Schilling. Wie kam es zu dieser Erhöhung?

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer weiß das?

Hans Christoph **Prutscher:** Unsere Prokuristen, Herr Kröger oder Herr Haiden *(phonetisch)*.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das Kontrollamt stellt fest, daß von der AKPE mitgeteilt worden ist, daß bei einzelnen Positionen — Sie waren Bestbieter, das ist eindeutig festgestellt — die Einheitspreise zu niedrig angesetzt sind.

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, kann ich nicht sagen, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer weiß es bei Ihnen?

Hans Christoph **Prutscher:** Der Herr Haiden oder der Herr Kröger. Herr Kröger ist hauptsächlich mit dem Projekt befaßt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da müßte man diese Personen befragen wegen dieser Sache.

Der Leibschüsselauftrag, Spülmaschinenauftrag, eine letzte Zusatzfrage dazu. Wer hat das betrieben, dieses nichtösterreichische Produkt bei der AKPE?

Hans Christoph **Prutscher:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie Professor Flamm?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Professor Flamm zu tun gehabt?

Hans Christoph **Prutscher:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit dem Hygiene-Institut?

Hans Christoph **Prutscher:** Mag sein, daß ich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Herren des Hygiene-Institutes?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich selbst nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herren Ihrer Firma?

Hans Christoph **Prutscher:** Das könnte sein. Ich weiß gar nicht, ob wir dorthin auch geliefert haben; Labormöbel, das wäre das einzige, was wir dorthin geliefert haben könnten. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Einfluß genommen auf ...

Hans Christoph **Prutscher:** Nein!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war bei der Firma AKPE mit dieser Sache befaßt?

Hans Christoph **Prutscher:** Keine Ahnung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ja ständig interveniert, daß das österreichische Produkt da verwendet wird, haben Sie uns erklärt.

Hans Christoph **Prutscher:** Für die MED-CONSULT. Die MED-CONSULT war ja der Vertreter für das österreichische Produkt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war Gesprächspartner der MED-CONSULT?

Hans Christoph **Prutscher:** Der Herr Enerwitschläger.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und auf der anderen Seite?

Hans Christoph **Prutscher:** Das müssen Sie den Herrn Enerwitschläger fragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hoch war der Auftrag, zu dem Sie dann diese Spülmaschinen bekommen haben?

Hans Christoph **Prutscher:** 17 Millionen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum glauben Sie, daß die Stornierung dieses Auftrages unkorrekt ist?

Hans Christoph **Prutscher:** Von unserer Sicht gibt es überhaupt keinen Grund für das Storno, keinen wie immer gearteten.

Wenn sich die AKPE ein bestimmtes Produkt einbildet und das bestellt wird über drei andere Firmen oder zwei andere Firmen bei uns, haben wir überhaupt keine Veranlassung, einem solchen Storno zuzustimmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Letzte Frage. Von wem haben Sie erfahren, daß das Bad 2 000 der

alleinige Vertreter dieses Fabrikats für die Verfliesung der Container ist?

Hans Christoph **Prutscher:** Das hat sich im Zuge der Abwicklung des Container-Auftrages ergeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Ihnen das mitgeteilt?

Hans Christoph **Prutscher:** Mir selber gar nicht, sondern zwischen unseren Herren ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist es Ihnen bekanntgeworden?

Hans Christoph **Prutscher:** Bitte, ich habe von unseren Herren gehört, daß sie nicht selber verfliesen, sondern das bei Bad 2 000 bestellen, weil ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer waren die Herren bei Ihnen, die Ihnen das mitgeteilt haben?

Hans Christoph **Prutscher:** Der Herr Kröger in erster Linie und dann noch zwei Sachbearbeiter, wo ich nicht weiß, wie die heißen, die mit diesem Auftrag speziell befaßt sind. Aber wer vom AKH denen das mitgeteilt hat, das weiß ich nicht.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Als nächsten darf ich Herrn Abgeordneten Nowotny bitten.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Prutscher, ich hätte nur zwei kurze Zusatzfragen zu dem Bereich, den der Herr Klubobmann Peter hier diskutiert hat.

Zunächst einmal dieser Vorvertrag Odelga — Krebsliga. Wenn ich das richtig erfaßt habe aus dem Gespräch, war das so, daß Sie von Odelga eine Provision von 10 Prozent bekommen haben. Ist das richtig?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Sie haben die Provision dafür bekommen ...

Hans Christoph **Prutscher:** Ich darf eines korrigieren: zu bekommen haben.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ja, aber es ist sozusagen, wie Sie ausgesagt haben, in der Sache bestimmt.

Hans Christoph **Prutscher:** Ja, von unserer Warte aus ja.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Von Ihrer Warte aus ist es bestimmt. Sie haben sie dafür bekommen, daß Sie nicht als Anbieter aufgetreten sind.

Hans Christoph **Prutscher:** Daß wir als weiterer Konkurrent ausgeschieden sind.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ja! Das heißt, Sie haben die 10 Prozent bekommen dafür, daß Sie nichts getan haben. Ihre Leistung bestand ja darin, daß Sie eben nicht angeboten haben.

Hans Christoph **Prutscher:** Nicht weiter uns in dem ruinösen Konkurrenzkampf beteiligt haben und nicht die Odelga als Generalvertreter dort blamiert haben, daß ein Außenseiter sie unterbietet.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Machen Sie eigentlich öfters solche Geschäfte, daß Sie Provisionen dafür bekommen, daß Sie nichts anbieten?

Hans Christoph **Prutscher:** So können Sie die Frage nicht stellen. Wir haben kein zweites Geschäft, das in der Art sich abgewickelt hat, wo uns ein Generalvertreter etwas abgekauft hat, daß wir ihn nicht als Generalvertreter ausscheiden, das haben wir nicht, aber ich möchte nicht sagen, daß das ein Geschäft war. Wir haben auch Geschäfte, wo wir nur Provision bekommen. Zum Beispiel vermitteln wir österreichischen Firmen Aufträge im Ausland, für die wir nur eine Provision erhalten. Das haben wir öfter.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Gibt es auch inländische Bereiche, wo Sie als Provisionsnehmer auftreten? Nicht Auslandsgeschäft, sondern Inlandsgeschäft!

Hans Christoph **Prutscher:** Wüßte ich auswendig keinen Fall.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Würden Sie das ausschließen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich weiß auswendig keinen, ich weiß nicht, was für Geschäftsvarianten es geben könnte, wo uns eine Provision für die Vermittlung eines Geschäftes zufließt. Ich kann es nicht ausschließen, aber wenn, ist es sicher in unserer Buchhaltung enthalten und ersichtlich.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Darf ich einen zweiten Bereich anführen, und zwar den Bereich mit dem Unterauftrag Becken, der dann an Austria Email gegangen ist. Sie haben dem Herrn Klubobmann Peter erklärt, daß Sie Subauftragsnehmer deshalb einschalten, weil es sich hier um keine Unternehmen handelt, die, wie Sie gesagt haben, nicht in der Lage sind, sich an Ausschreibungen zu beteiligen. Nun kann man das doch wohl von Austria Email kaum behaupten, daß das ein kleines Unternehmen ist, das sich nicht an Ausschreibungen beteiligen kann. Wieso konnten Sie sich dann die Konstellation erklären?

Hans Christoph **Prutscher:** Ich habe auch dazugesagt: oder die nicht in der Lage sind, aus technischen oder sonstigen Gründen, selbst so

einen Auftrag abzuwickeln. Und nach meinem derzeitigen Wissensstand halte ich die Austria Email für die Abwicklung eines derart schwierigen Auftrages für nicht in der Lage.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Was sind die Dinge, die Sie können, aber Austria Email nicht kann?

Hans Christoph **Prutscher:** Das würde viel zu weit führen, um das alles hier, ich habe eben gesagt, daß sind Räume voller Akten ...

Abg. **Peter** (FPÖ): Mir wäre es dunkel genug.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Im technischen Bereich sind es offensichtlich keine Dinge ...

Hans Christoph **Prutscher:** Im technischen? Selbstverständlich im technischen. In der Abwicklung, in der technischen Abwicklung eines derartigen Auftrages. Sie glauben gar nicht, was sich an technischen Problemen bei einem derartig großen Projekt alles ergibt. Und das kann ich mit Sicherheit sagen: Ich kenne kein Unternehmen, das in einer derartigen Form einen Auftrag technisch so abwickeln kann wie wir. Wir haben eben Leute, die die einschlägigen Erfahrungen haben über die technische Abwicklung.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Die Frage ist ja die der Abgrenzung des Subauftrages von dem Auftrag, den Sie bekommen haben.

Hans Christoph **Prutscher:** Es ist ein großer Unterschied, ob Sie etwas produzieren oder die technische Voraussetzung schaffen. Wenn heute ein Autohersteller sich den Motor irgendwo zukauft und dem Motorenerzeuger womöglich noch das Know-how dazugibt, dann ist das ja sicher eine wesentliche Leistung, und trotzdem produziert er eben den Motor nicht selber. Und so ist das bei dem Beckenauftrag auch.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Würden Sie sagen, daß Austria Email rein sozusagen Ihre verlängerte Werkbank ist *(Hans Christoph Prutscher: Ja!)*, daß alle Planungen von Ihnen stammen? Das Know-how, das technische stammt alles von Ihnen?

Hans Christoph **Prutscher:** Ja. Die wesentliche technische Planung stammt von uns.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Danke.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke.

Herr Abgeordneter Feurstein noch eine Frage?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine Zusatzfrage. Wie erklären Sie mir, daß das österreichische Produkt für diese Spülmaschinen 17 Millionen Schilling — wie Sie gesagt haben — ausgemacht hätte?

Hans Christoph **Prutscher:** Das ist nicht richtig. Ich habe gesagt, wir haben einen Auftrag über 17 Millionen bekommen für das Schweizer Produkt, das österreichische Produkt hätte wesentlich weniger gekostet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel?

Hans Christoph **Prutscher:** Das kann ich nicht auswendig sagen, jedenfalls das Ergebnis dieser beschränkten Ausschreibung, die vor kurzem durchgeführt wurde und anläßlich der dann dem deutschen Produkt der Vorzug gegeben wurde, hat ungefähr gelautet: 14 Millionen das österreichische Produkt, 19 Millionen das deutsche Produkt und das Schweizer Produkt dann 22 oder 25 Millionen. Und das deutsche Produkt hat den Zuschlag bekommen, obwohl um Millionen billiger das österreichische Produkt zu haben gewesen wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dieser Auftrag lautet aber auf 55 Millionen Schilling.

Hans Christoph **Prutscher:** Unserer nicht. Dann haben Sie falsche Unterlagen.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Gibt es noch Fragen an den Zeugen? Wenn das nicht der Fall ist, dann danke ich dem Herrn Zeugen. Die Einvernahme ist beendet. Danke vielmals.

(Die Sitzung wird um 15 Uhr 30 Minuten unterbrochen und um 16 Uhr wiederaufgenommen.)

Zeugeneinvernahme von Dkfm. Dr. Hannes Androsch

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Vizekanzler, da Sie ja bereits bei uns waren, brauche ich nicht mehr die Vorhalte bezüglich der Strafprozeßordnung machen. Ich darf Sie nur noch fragen, ob sich in der Zwischenzeit bei Ihren Generalien etwas geändert hat. Beruf?

Dr. **Androsch:** Beruf ja: Vorstandsdirektor der Creditanstalt.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Wir kommen nunmehr zur Einvernahme. Wer beginnt mit der Fragestellung? — Herr Kollege Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Um ein paar Dinge vorweg zu präzisieren, damit nicht im Anschluß dann ein paar Mißverständnisse entstehen. Es hat um Ihre letzte Aussage vor dem Richter Weiß hinsichtlich der Einkommensituation dann in der Öffentlichkeit ein paar Mißverständnisse gegeben. Kann ich die Frage von hier aus wiederholen: Was verdienen Sie derzeit?

Dr. **Androsch:** Herr Vorsitzender, darf ich fragen, ob das Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist?

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ich würde den Herrn Abgeordneten Bergmann bitten, den Zusammenhang hier klarzustellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich möchte feststellen, daß aus den Protokollen dieses Untersuchungsausschusses hervorgeht, daß immer wieder Zeugen hinsichtlich ihrer Einkommensituation gefragt worden sind, und das erlaube ich mir jetzt auch zu tun.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Dazu Herr Abgeordneter Dr. Kapaun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber diese Zeugen wurden gefragt, weil sie in einem Zusammenhang stehen mit Finanzierungen beim AKH. Ich glaube, zum derzeitigen Zeugen zumindest ist nach meinem Wissen diesbezüglich noch nie ein Verdacht geäußert worden, daß er über das AKH etwas bezogen hätte oder dazu etwas gegeben hätte.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Abgeordneter, sollten Sie bei der Fragestellung bleiben, würde ich also dann vorschlagen, daß wir ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe gar nicht damit gerechnet, daß schon diese Aussage verweigert wird. Ich stelle sie einmal zurück. Ich erlaube mir, sie vielleicht später noch einmal zu stellen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ob sie zugelassen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ob sie zugelassen ist, Herr Professor Nowotny, entscheidet im Höchstfall — na, unterbrechen wir, bitte.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Im Moment haben Sie ja die Frage zurückgestellt. Wollen Sie also jetzt die Frage stellen, oder wollen Sie sie zurückstellen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich wollte mit dieser Frage keine Eingangsschwierigkeiten machen. Ich sage noch einmal: Ich stelle sie vorläufig zurück. Ich nehme das einmal zur Kenntnis, daß der Zeuge gesagt hat, er will sie nicht beantworten. Die Frage, ob sie zugelassen ist, stellt sich derzeit nicht, weil ich sie vorläufig zurückgezogen habe.

Dr. **Androsch:** Bitte um Klarstellung: Ich habe nicht gesagt, ich will sie nicht beantworten, sondern ich kann mein gegenwärtiges Einkommen in keinem Zusammenhang mit dem Gegenstand des Untersuchungsausschusses sehen und habe an die Adresse des Vorsitzenden gefragt, ob das richtig ist.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Und ich würde sagen: Wenn Sie auf der Frage bestehen, dann würde ich bitten ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe meine Stellungnahme abgegeben.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Am 5. Jänner 1981 ist im „profil" ein eigenartiger Artikel gestanden mit der Überschrift „Bei uns in Bagdad — ein Märchen von Scheherezade", in dem ein Gespräch wiedergegeben wird zwischen einem — wie es da heißt — „Sklaven und dem Vizewesir". Ist es möglich, daß dieses Gespräch die wörtliche Wiedergabe — mit anderen Vorzeichen — eines Gesprächs ist, das Sie im Anschluß an irgendwelche Zeitungsmeldungen mit einem Mitarbeiter von Ihnen geführt haben?

Dr. **Androsch:** Darf ich noch einmal fragen, bitte: Welchen Zusammenhang hat ein Telefongespräch, in dem mein Name nicht vorkommt, mit dem Gegenstand AKH?

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ja, und ich möchte dazu sagen, daß Ihre Frage vielleicht nicht allen verständlich ist, denn mir persönlich sagt das gar nichts, was Sie hier zitiert haben, Herr Kollege Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es muß Ihnen ja die erste Frage noch gar nichts sagen. Zumindest ist einmal festgehalten, daß es sich um ein Telefongespräch offensichtlich gehandelt hat. Meine Fragestellung geht ja in der weiteren Folge, wie sehr dieses Telefongespräch mit dem Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses AKH etwa zu tun hat. Aber da muß ich zuerst einmal die Bestätigung haben, ob dieses Telefongespräch überhaupt stattgefunden hat, ob das ein Märchen von Scheherezade ist oder ob es ein tatsächliches Gespräch ist, das zwischen Ihnen und einem Mitarbeiter stattgefunden hat, das dann nur aus journalistisch-rechtlichen oder ähnlichen Gründen verkleidet dargestellt worden ist.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Kollege Bergmann, kann man vielleicht die Frage konkreter stellen, was Sie wissen wollen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich stelle die konkrete Frage, ob — und der Herr Zeuge weiß, was ich meine, das hat er offensichtlich schon bekundet — das am 5. Jänner 1981 im „profil" unter dem Titel „Bei uns in Bagdad — ein Märchen von Scheherezade", in der Abfolge „Sklave — Vizewesir" wörtlich wiedergegebene Gespräch ein Gespräch ist, das der Herr Zeuge tatsächlich geführt hat.

Dr. **Androsch:** Darf ich fragen, zu meinem Verständnis, weil ich bin vorbereitet auf AKH, welchen Zusammenhang das hat?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das kann ich Ihnen dann sagen, wenn Sie hergehen und sagen, dieses Gespräch hat es gegeben, oder sagen, dieses Gespräch ist erfunden, es hat es nicht gegeben.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Kollege Bergmann! Sie müßten doch schon bei der Frage auf einen der drei Punkte, die unser Verhandlungsgegenstand sind, Bezug nehmen. Ich selbst zum Beispiel und vielleicht andere Mitglieder des Untersuchungsausschusses, wir kennen diesen Artikel nicht, daher können wir auch gar nicht beurteilen, in welchem Zusammenhang zu diesen Punkten Sie die Frage stellen. Daher würde ich Sie doch bitten, diese Frage zu konkretisieren und den Zusammenhang zu unseren drei Themenkreisen auch herzustellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich werde dem gerne nachkommen. Nach den Schlußfolgerungen aus dem Artikel, die ich ziehe, hat dieses Gespräch stattgefunden — als fingiert oder bestätigt, aber offensichtlich stattgefunden — als Folge eines Artikels von Viktor Reimann mit dem Titel „Bis zur Vernichtung" vom 6. 12., wo im Zusammenhang und unter Erwähnung des AKH-Skandals die Feststellung getroffen wurde, „daß die ÖVP den gefährlichsten Pfeil gegen Androsch noch im Köcher hat. Dann wird es nicht nur eine Schlacht zwischen den beiden Großparteien, sondern ein Schlachten geben" usw.

Da der Viktor Reimann von der „Kronen-Zeitung" das im Zusammenhang mit dem AKH gesehen hat, sich das Telefongespräch offensichtlich auf diesen Artikel bezieht, nehme ich an, daß das ganze Gespräch in einem Zusammenhang mit dem AKH gestanden hat, womöglich im Zusammenhang mit dem Auftrag des Untersuchungsausschusses BO, also Vergabe der Betriebsorganisation, möglicherweise dann damit, daß hier der ganze Komplex ÖKODATA eine den Ausschuß ständig beschäftigende Rolle gespielt hat. Bitte das, glaube ich, ist mehr an Hinweisen und Zusammenhängen, als Sie sonst bei einer Fragestellung in diesem Ausschuß serviert bekommen.

Dr. **Androsch:** Der Zusammenhang ist ja schon deswegen nicht möglich mit den Behauptungen, die im Herbst aufgestellt wurden, weil sich die Behauptungen auf Grundlagen und Beziehungen beziehen, die lange vor der Gründung der ÖKODATA liegen und schon aus zeitlichen Gründen mit dieser gar nichts zu tun haben können aus denklogischen Gesetzen heraus.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte, darf ich noch einmal sagen: Wenn die Frage zugelassen ist, dann war meine Frage nicht, ob irgend etwas logisch nicht zusammenhängt, sondern war meine Frage, ob dieses Telefongespräch — wie Sie dann sagten — tatsächlich so stattgefunden hat bzw. ob das, was am 5. Jänner 1981 unter den Pseudonymen „Sklave — Vizewesir" — „Vizewesir" also offensichtlich Vizekanzler, „Sklave" offensichtlich einer Ihrer Mitarbeiter —, tatsächlich stattgefunden hat.

Dr. **Androsch:** Ich kann noch immer nicht erkennen, was dieser Fragenkomplex, den Sie anschneiden und auf den der Herr Reimann Bezug genommen hat, mit dem AKH zu tun hat. Sie haben jetzt die ÖKODATA genannt, aber die scheidet schon aus zeitlichen Gründen aus, weil das, was hier behauptet wurde, sich auf Dinge bezieht, die lang vor Gründung der ÖKODATA schon bestanden haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte, wenn die Zulässigkeitsfrage weiter so im Raum steht, müßten wir wirklich die Sitzung unterbrechen und ohne den Zeugen weiterberaten.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ich unterbreche die Zeugeneinvernahme. Darf ich den Herrn Vizekanzler bitten, draußen kurz zu warten. *(Dr. Androsch verläßt den Saal. — Die Verhandlungen werden auf kurze Zeit unterbrochen.)*

Fortsetzung der Zeugeneinvernahme von Dkfm. Dr. Androsch

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Wir setzen die Zeugeneinvernahme fort. Es wird Sie wieder Herr Abgeordneter Bergmann fragen. Bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich wiederhole also meine Frage von vorhin: In dem mit „Scheherezade" unterzeichneten Artikel im „profil" auf Seite 58 vom 5. 1. 1981 wird mit den Namen Sklave — Vizewesir ein Gespräch — Sie sagten Telephongespräch — wiedergegeben. Hat das so stattgefunden? Ist das eine wörtliche Abschrift? Oder hat das nicht so stattgefunden?

Dr. **Androsch:** Darf ich noch einmal die Frage stellen, ob das eine Frage ist im Zusammenhang mit dem Gegenstand, zu dem ich Wahrnehmungen und Sachverhalte darlegen soll?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Der Herr Abgeordnete Bergmann hat mir mitgeteilt, Herr Zeuge, daß er vermutet, daß dieses Gespräch die Basis sei, daß Geldtransfer von einer stillen ÖKODATA-Beteiligung, die Sie haben

sollen, auf eines Ihrer Konti stattgefunden haben könnte.

Dr. **Androsch:** Zu dem ist nur zu sagen, was ich vorhin schon angedeutet habe, daß Gerüchte halber lang vor einem Termin, zu dem etwa der erwähnte Artikel des Herrn Dr. Reimann erschienen ist, Gerüchte halber so etwas verbreitet wurde im Zusammenhang mit anderen Anzeigen, die inzwischen als unbegründet abgelegt sind, und daß ich schon vorhin gesagt habe, daß schon aus zeitlichen Gründen das nicht möglich ist, weil die Grundlagen und die sich darauf beziehenden Beziehungen lang vor ÖKODATA und AKPE gelegen sind und eine solche Beziehung schon aus zeitlichen Gründen ausscheidet und auch sonst nicht zutrifft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich darf noch einmal meine Frage wiederholen. Im „profil" auf Seite 58 vom 5. 1. 1981 ist unter dem Titel „Bei uns in Bagdad — ein Märchen von Scheherezade" ein Gespräch wiedergegeben, Sie sagten vorhin ein Telephongespräch, eine Wechselrede zwischen einem Sklaven und einem Vizewesir. Und meine Frage zum wiederholten Male: Ist das die authentische Wiedergabe eines Gesprächs, das Sie geführt haben — ja oder nein?

Dr. **Androsch:** Da Sie selbst sagen, daß es ein Märchen ist, kann es schon deswegen keine authentische Wiedergabe dazu geben. Aber es ist richtig, daß mir bekannt wurde, daß mein Telephon abgehört wurde. Die Behauptung war, daß das seitens der ÖVP veranlaßt ist, das kann ich nicht nachprüfen. Und es ist richtig, daß ich zu dem Artikel des Herrn Dr. Reimann ein Gespräch geführt habe, das sich mit dieser Frage beschäftigt, daß angesichts des Umstandes, daß die Dinge lang vor der Gründung der ÖKODATA bestanden haben und auch für diesen Zeitraum geprüft und abgelegt wurden, daß also schon aus zeitlichen Gründen das, war mir Gerüchte halber bekannt wurde, nicht zutreffen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen den Artikel?

Dr. **Androsch:** Sicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist denn Ihr Gesprächspartner gewesen?

Dr. **Androsch:** Das war mein Sekretär Pekarek und das war der Dkfm. Nidetzky.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der „Schreibsklave" ist der Dkfm. Nidetzky.

Dr. **Androsch:** Entschuldigen Sie, Sie brauchen es nicht so kompliziert machen. Der Text dieses Gesprächs ist ja auch ohne Chiffre verwendet worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich weiß nicht, mir liegt das ...

Dr. **Androsch:** Sie kennen sicherlich auch den anderen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... „profil" vor. Heißt das also, daß Sie es als eine wörtliche Wiedergabe, weil Sie sagen, Sie wurden abgehört, eine wörtliche Wiedergabe eines Telephongesprächs von Ihnen mit Ihrem Sekretär Pekarek bezeichnen?

Dr. **Androsch:** Ob sie eine wörtliche ist, kann ich nicht beurteilen, weil ich keine Mitschrift gemacht habe und ich auch kein Spezialist bin in der Technik des Abhörens, sodaß ich gar nicht beurteilen kann, ob das wörtlich ist. Aber die Themen stimmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Vom Inhalt her ist das so abgelaufen?

Dr. **Androsch:** Wörtlich und inhaltlich ist ja nicht deckungsgleich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage Sie ja, ob es inhaltlich so abgelaufen ist, wie es hier steht.

Nun heißt es hier unter der Chiffre „Vizewesir" wörtlich: „Und wir haben gemeint" — offensichtlich der Nidetzky und Sie —, „daß man den Anwalt schreiben läßt, daß das der Doktor, daß sein Mandant sagt, daß das von ihm stammt."

Nun, wenn man die ganze Geschichte rundum sieht, dann handelt es sich bei diesem Gespräch um die Kurswertaufstellung Dkfm. Dr. Hannes Androsch, des Herrn Direktor Dkfm. Wagner von der „Z", wo drei anonyme Wertpapierkonti drauf sind. Und jetzt frage ich mich, was heißt diese Feststellung, „daß man den Anwalt schreiben läßt, daß das der Doktor, daß sein Mandant sagt, daß das von ihm stammt." Wenn ich den Fall richtig kenne, ist der Doktor der Dr. Steiner. Was ist damit gemeint?

Dr. **Androsch:** Daß man sich überlegt, wie man einem Gerücht entgegentritt, und daß das am sinnvollsten durch den — das ist die Überlegung gewesen — geschieht, den es in der Tat betrifft.

Noch einmal zum Zeitlichen. Diese Wertpapiere gehen weit auf den Zeitraum vor Mitte 1975, als sie Verwendung fanden, zur Verfügung gestellt wurden für die Finanzierung einer Liegenschaft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jetzt sagen Sie, das ist für Sie alles ganz klar. Trotzdem geht aus dieser Formulierung, „daß man den Anwalt schreiben läßt", ja nicht gerade hervor, daß das alles so ist, wie Sie es darstellen, sondern daß hier offensichtlich der Anwalt eine Gefälligkeit

erfüllen sollte und sozusagen der Doktor halt dann erklärt, daß dieses anonyme Konto von ihm ist.

Dr. **Androsch:** Selbst bei böswilligster Auslegung, die ich Ihnen gerne attestiere, kann man zu dem Schluß nicht kommen, Herr Abgeordneter, weil die tatsächlichen Sachverhalte diesbezüglich bereits behördenkundig und erledigt waren, aber es eine ganz andere Sache ist, wie man einem Gerücht entgegentritt; im übrigen einem Gerücht, das sich schon aus zeitlicher Unmöglichkeit richtet, geschweige denn, daß es sowieso den Sachverhalt und den Tatsachen nicht entsprochen hat und entspricht, aber ganz sicherlich, daß es aus zeitlichen Gründen gar nicht möglich ist. Denn das Gerücht war, und Sie haben es ja jetzt vorhin wiederholt, zu sagen, diese Wertpapiere seien aus Geldflüssen der ÖKODATA. In der Tat sind die Wertpapiere aber aus einem Zeitraum, der lange vor einer Existenz der ÖKODATA liegt, schon deswegen nicht möglich ist, im übrigen der Sachverhalt, von den Behörden geprüft, ergeben hat, daß auch alle anderen Gründe das widerlegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie tun das also sehr polemisch ab. Soweit habe ich Ihnen die Dinge gar nicht unterstellt, als Sie es insgeheim schon vermuten.

Dr. **Androsch:** Entschuldigen, darf ich sagen: Ich habe Bezug genommen auf Gerüchte, und ich gebe sie wieder, und ich kann mir unschwer vorstellen, daß Sie diese Gerüchte wiederholen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn man wirklich unter dieser ganz „bösartigen Auslegung", die Sie vermuten, dieses ganze Gespräch liest, dann kann man viel härtere Schlüsse, glaube ich, daraus ziehen. Aber ich will das gar nicht tun.

In dem ganzen Gespräch ist keine Rede davon, daß es hier um die Bereinigung von Gerüchten geht, sondern Sie haben sich offensichtlich in der ersten Phase mit dem Dkfm. Nidetzky über den Inhalt und in der zweiten Phase mit dem Herrn Pekarek dann über die Abwicklung der Darstellung unterhalten, „daß man den Anwalt schreiben läßt, daß das der Doktor, daß sein Mandant sagt, daß das von ihm stammt". Das ist ja nicht gerade so, daß man hergeht und sagt, ich kann das alles nicht verstehen, das gehört doch dem Doktor, sondern daß man feststellt, man läßt es von ihm schreiben.

Daher meine nächste Frage. Der Herr Pekarek sagt nun nicht, das ist ohnehin alles logisch und alles klar, sondern er verwendet dreimal hintereinander die Formel, daß daraus nicht unbedingt schlüssig zu entnehmen ist, daß man Ihnen das zuzählen kann. Und jedes Mal, wenn er dieses Ihnen-Zuzählen verwendet, dann sagt er: nicht unbedingt; das heißt, es läßt doch im Zusammenhang mit der vorhergehenden Feststellung die Überlegung zu, daß hier nachgedacht worden ist, wie etwas, das zwar Ihnen zuzuzählen ist, aber nicht unbedingt, weil es vielleicht rechtlich nicht ganz klar hervorgeht, wie man das nun so nach außen hin darstellt, daß es nicht Ihnen zuzurechnen ist.

Dr. **Androsch:** Dieses Gespräch hat ja Vorgespräche gehabt, weil das Gerücht ja schon länger im Umlauf gesetzt war, eine solche Beziehung herzustellen, obwohl sie behörlich a) widerlegt war und b) aus dem Zeitablauf als denkunmöglich sich ergibt. Die Frage ist halt bei jedem Gerücht, wie man diesem am geeignetsten entgegentreten kann. Das ist ja bekanntlich das schwierigste, Gerüchte sind ja sehr schwer zu fassen. Darauf bezog sich das, und das war den beiden auch bewußt aus den Vorgesprächen, die ja den Sachverhalt genau auch vor dem Gespräch gekannt haben, wie man es darstellen kann oder wie man vorgeht, daß das keineswegs den Tatsachen entspricht, ja nicht einmal entsprechen kann, nämlich den Tatsachen, sofern ein Gerücht eine Tatsache ist. Als Gerücht ist es sicherlich eine Tatsache, im Inhalt ist es sicherlich falsch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber kein Gerücht — das ist einmal sicher —, daß die Kurswertaufstellung Dkfm. Hannes Androsch 4½ Millionen Schilling enthält und daß der größere Teil davon Wertpapierkassakonto anonym ist. Das ist einmal kein Gerücht.

Dr. **Androsch:** Und es ist auch kein Gerücht, daß sich das auf einen Zeitpunkt vor 1975 bezieht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß die Kurswertaufstellung immerhin vom 31. 12. 1976 stammt, also schon klare Bereiche, wo man ÖKODATA-Beziehungen herstellen kann.

Dr. **Androsch:** Nein, weil man genau weiß aus den Unterlagen, die auch der Abgeordnete Steinbauer im August verwendet hat, daß genau diese einer Kurswertaufstellung unterworfenen Papiere bereits Mitte 1975 in dieser Form zu einer Besicherung gegeben wurden, also zu diesem Zeitpunkt längst da gewesen sein müssen, lange bevor die ÖKODATA oder die AKPE überhaupt gegründet wurden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, der Herr Reimann schreibt in der „Kronen-Zeitung", daß die ÖVP den gefährlichsten Pfeil gegen Androsch noch im Köcher hat. Daraufhin, und das, glaube ich, läßt das durchaus zu, greifen Sie zum Telefon, rufen den Herrn Nidetzky — das geht nur indirekt daraus hervor — oder den Herrn Pekarek an, und in Sekundenschnelle wissen Sie, um welchen Pfeil im Köcher es sich

handelt, wenn doch überhaupt keine Zusammenhänge damit gegeben sind.

Dr. **Androsch:** Ich sagte Ihnen schon vorher, daß mir diese Gerüchte vor Erscheinen dieses Artikels bekannt waren, offenbar auch dem Herrn Dr. Reimann in irgendeiner Form so etwas bekannt war. Also der Pfeil ist ja nicht aus dem Köcher gekommen so ganz plötzlich nach Erscheinen dieses Artikels, sondern er ist tage-, wenn nicht wochenlang vorher Gerüchte halber schon in Umlauf gesetzt worden, sodaß man sich ausrechnen konnte meinerseits, worin er besteht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun sagt der Herr Pekarek: Ich fahre morgen in die Firma, nehme mir die Unterlagen her und bereite das vor, daß es dann am Dienstag parat ist. Das ist offensichtlich Dienstag, weil Montag ein Feiertag war. Und Sie sagen darauf: Ja, ich werde ja hören morgen mittag, was die schreiben und werde Sie anrufen, okay, danke, Wiederhören.

Das heißt also, in Zusammenhang mit der Feststellung, daß man den Anwalt schreiben läßt, wird der Pekarek tätig und nicht der Anwalt, und dann wissen Sie offensichtlich schon morgen mittag, also Sonntag mittag, Montag mittag, an dem Feiertag, wissen Sie schon, was die schreiben werden. Nun gibt es zwei Möglichkeiten, was die „Kronen-Zeitung" schreibt oder was das „profil" schreibt — haben Sie irgendein Netz, mit dem Sie feststellen, was am nächsten Tag, zu Mittag schon, was am nächsten Tag in den Zeitungen stehen wird?

Dr. **Androsch:** Also nach dem Erscheinen der Zeitungen am Abend weiß man ziemlich um 5 Uhr oder so etwa, was zwei Zeitungen schreiben, was andere schreiben, erst am nächsten Tag, vor allem, wenn man aus Wien wegfährt. Und da hat sich ja immer wieder herausgestellt, daß häufig das, was hier behauptet wird, festgehalten wurde oder weiteres annonciert wurde. Das ist ja unschwer vorauszusehen gewesen. In die Firma ging nicht der Pekarek, weil das Finanzministerium ja nicht als Firma anzusprechen war ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War der Pekarek früher in der Consultatio oder bei einer anderen Firma, daß er das einfach als Wortschlamperei oder ...

Dr. **Androsch:** Nein. Sondern der Nidetzky, und der hat ja die Unterlagen als Steuerberater des Dr. Steiner und wußte genau über den wahren Sachverhalt Bescheid und konnte daher das vorbereiten für eine allfällige Klarstellung in der Öffentlichkeit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Nidetzky ist wieder nicht der Anwalt des Dr. Steiner; nicht der Anwalt, der schreiben lassen soll?

Dr. **Androsch:** Es gibt verschiedene freie Berufe, je nach Funktionen. Ein Steuerberater ist ein Steuerberater, und ein Rechtsanwalt ist ein Rechtsanwalt. Steuerberatliche Funktionen hat Dkfm. Nidetzky und rechtsanwaltliche eben ein Rechtsanwalt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie sagen, welcher Rechtsanwalt hätte schreiben lassen sollen?

Dr. **Androsch:** Rechtsanwalt hat überhaupt keiner etwas schreiben lassen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es heißt ja hier: „Und wir haben gemeint" — Nidetzky und Sie —, „daß man den Anwalt schreiben läßt, daß der Doktor, daß sein Mandant sagt, daß das von ihm stammt."

Dr. **Androsch:** Der Sachverhalt ist behördlich erhoben, daß dies Wertpapiere des Dr. Steiner sind. Und nun war die Frage, wie man einem offenbar öffentlich zu äußernden Gerücht, das schien die Erwartung zu sein, entgegentritt. Am besten durch den Anwalt dessen, auf den sich der tatsächliche Sachverhalt bezieht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): An wen sollte denn der Anwalt schreiben, wenn ohnehin behördlich erhoben war, daß alles in Ordnung ist?

Dr. **Androsch:** Allenfalls an Zeitungen, die das veröffentlichen, das war ja die Erwartung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie oft sind Sie denn in diesen Dingen einvernommen worden von einem Gericht?

Dr. **Androsch:** Von einem Gericht bin ich dazu überhaupt nicht einvernommen worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage Sie nur. Es sind ja viele Leute einvernommen worden im Zusammenhang mit allen diesen Dingen. Ich frage Sie, ob Sie jemals vor Gericht einvernommen worden sind. Ihr Partner im AKH, der Bürgermeister Gratz zum Beispiel, ist einvernommen worden bei Gericht. Also, es ist eine zulässige Frage, ob Sie einvernommen worden sind.

Dr. **Androsch:** Nein, und ich kann also zu den Überlegungen eines unabhängigen Gerichtes auch gar nicht Stellung nehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das habe ich Sie nicht gefragt. Und welche Behörde hat diese Bestätigung erteilt, daß es geklärt ist, um welche Konten und um welchen Eigentümer es sich bei diesen Konten handelt?

Dr. **Androsch:** Nur die Finanzbehörden, die sind ja dafür zuständig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Damals Ihnen weisungsunterstellt, die Finanzverwaltung. Was war das für ein Akt, können Sie das genauer sagen?

Dr. **Androsch:** Das Finanzministerium hat aufsichtsbehördliche Funktion und keine Weisungsfunktionen wie die zuständigen Finanzbehörden oder Zollbehörden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist die Finanzbehörde so rein zufällig bei der „Z" vorbeigekommen, hat die Kurswertaufstellung Dkfm. Dr. Hannes Androsch herausgenommen und untersucht, oder hat das wer veranlaßt?

Dr. **Androsch:** Es sind Anzeigen erfolgt, und denen ist seitens der Behörden nachgegangen worden und diesen auch alles offengelegt worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe einstweilen keine Frage.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Welcher der Herren Abgeordneten möchte Fragen an den Herrn Zeugen stellen? — Bitte, Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich habe eine ganze Reihe von Fragen und möchte zunächst mit dem Block fortsetzen, der schon von Kollegen Bergmann angesprochen wurde.

Laut Mitteilung von Oberstaatsanwalt Pausa sollen im Akt der Staatsanwaltschaft Wien weitere Ermittlungen durchgeführt werden, und zwar soll die Staatsanwaltschaft auf Veranlassung des Oberstaatsanwaltes den Finanzbehörden diesbezügliche Aufträge gegeben haben. Sind Ihnen aus Ihrer Tätigkeit als Minister diesbezügliche Informationen noch bekannt?

Dr. **Androsch:** Mir ist nur bekannt die Aussendung der Finanzlandesdirektion Wien, die klarstellt, daß das vollständig geprüft wurde und sich für die Behauptungen keine Anhaltspunkte ergeben haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ihnen sind weitere Unterlagen diesbezüglich nicht bekannt?

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auch der Akt 20 St 3771 von 1981 der Staatsanwaltschaft Wien ist Ihnen nicht bekannt?

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wäre es möglich, daß wir diesen Akt vielleicht hier anfordern könnten, ich werde diesbezüglich darauf zurückkommen.

Vielleicht können Sie mir, Herr Zeuge, das erläutern, da es im Raume steht, und nehmen wir einmal Ihre These an, daß es sich um Gerüchte handelt, daß es sich hier allenfalls um ÖKO-DATA-Geldflüsse handelt. Wie wurde Ihnen die Selbstanzeige des Dr. Steiner, die ja vier Tage nach der Sondersitzung des Nationalrates im August gekommen ist, wie wurde Ihnen diese bekannt? Wurden Sie vorher informiert, daß er die Absicht hat, oder wie sind Sie von dieser Selbstanzeige informiert worden?

Dr. **Androsch:** Von der Selbstanzeige bin ich so wie von den anderen über das Ministerium informiert worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was für uns sehr schwer zu verstehen ist: Daß Dr. Steiner, dessen Steuerberater die Consultatio ist, wenn ich es richtig verstehe oder Ihre Steuerkanzlei, von wem, wer ist der Steuerberater des Dr. Steiner?

Dr. **Androsch:** Die Consultatio.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Consultatio. Wie kann der Dr. Steiner zu der Meinung kommen, daß es sich bei Millionenbeträgen — und um die hat es sich ja gehandelt — um steuerbegünstigte Wertpapiere handelt, wenn jährlich nur 100 000 S steuerfrei sind? Haben Sie da diesbezügliche Wahrnehmungen aus Gesprächen von Ihnen oder im Rahmen der Consultatioberatung?

Dr. **Androsch:** Ich war in der Geschäftsführung nicht tätig, weil ich gar nicht durfte, daher kann ich dazu keine Aussage machen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie dem Dr. Steiner, der ja im Familienverband Ihnen also näher begegnet ist, diesbezügliche Erläuterungen über Steuer irgendwann einmal gegeben auf einer privaten, familiären Basis?

Dr. **Androsch:** Sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie mit ihm ein Gespräch geführt etwa über die Obsorge, Belege aufzuheben?

Dr. **Androsch:** Sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn nur der Dr. Steiner die Belege über die Wertpapiere weggeworfen hat, wie er behauptet, auch die Juxten, mit denen man anonyme Wertpapierdepots, über die man die Ausfolgung der Wertpapiere von der Bank erhält — wie kommt er nun an die Wertpapiere heran, wenn er alles weggeworfen hat?

Dr. **Androsch:** Ich kann über meine Verhältnisse Auskunft geben, aber ich kann nicht als Zeuge über Verhältnisse Dritter Auskunft geben, weil sie mir nicht bekannt sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat er mit Ihnen nie eine Beratung darüber geführt, was nun zu tun ist, er hätte keine Unterlagen?

Dr. **Androsch:** Sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auch nicht, obwohl es sich ja um Geldflüsse handelt, die zumindest mittelbar Ihnen zugute gekommen sind?

Dr. **Androsch:** Es hat das eine mit dem anderen nichts zu tun. Das eine war klar, und das andere ist offensichtlich etwas gewesen, was er mit seinem Steuerberater ausgetragen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer war der betreuende Mitarbeiter der Consultatio, der sein Steuerberater in dieser Sache war?

Dr. **Androsch:** Das weiß ich auch nicht, ich meine, wer das konkret gemacht hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben sich auch nie erkundigt, oder haben Sie sich erkundigt, wer diese für Sie ja auch in der Öffentlichkeit schwierig zu verkraftende Selbstanzeige verursacht hat? In dem Sinne, daß Belege weggeworfen worden sind, daß keine Unterlagen da sind, und nun, Sie kennen wahrscheinlich die Selbstanzeige des Dr. Steiner, doch eine sehr umfassende Behauptung in den Raum gestellt werden muß von ihm?

Dr. **Androsch:** Also, wenn jemand einen Berater hat, so macht er sich das mit dem aus, und nicht mit einem Dritten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja. Ich gehe aus von der Tatsache: Nach Ihren eigenen Worten ist der Dr. Steiner ein im Familienverband lebender Wahlonkel, nach allem, was man über Sie weiß, sind Sie ein Fachmann in dem Bereich. Daher ginge ich von der Annahme aus, daß sich der Dr. Steiner in dieser schwierigen Situation — hoppla ich finde im August 1980 Millionenbeträge an Wertpapieren, die ich nicht versteuert habe, ich muß zur Steuer gehen—, daß er seinen Wahlneffen, wenn ich den Ausdruck übernehme, den Sie vorgegeben haben, daß er seinen Wahlneffen fragt: Was soll ich tun? Ist dies geschehen?

Dr. **Androsch:** Nein. Weil wenn man einen Berater, einen fachkundigen dazu, hat, wendet man sich an den, so wie man sich an den Hausarzt wendet, auch wenn man im Familienverband vielleicht einen Arzt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also, Herr Zeuge, ich meine, Sie führen mich geradzu auf den Vorhalt, gerade zu den größten Leiden der Ärzte gehört es, daß sie ununterbrochen gefragt werden, wenn man einem Arzt irgendwo begegnet: Ich habe das und das Leiden, was könnte das sein? Schließen Sie, ich wiederhole die Frage, aus, daß Sie mit dem Dr. Steiner über diesen Vorfall gesprochen haben?

Dr. **Androsch:** Da er selbst ein Arzt ist, wußte er sicherlich und weiß er um die Unhöflichkeit eines solchen Vorgehens.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also mit ihm, ich wiederhole meine Frage, weil ich also die Frage doch klar erledigt haben möchte, kein Gespräch über die Zusammenhänge der Selbstanzeige geführt?

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Über den Inhalt, meine ich, also über den Inhalt der Selbstanzeige?

Dr. **Androsch:** Ganz sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie ist Ihre Information, wie erklären Sie nach Ihren Informationsstand, daß die Auflösung des Haushalts des Dr. Steiner in den Jahren 1973 bis 1978 erfolgte — Februar 1978 —, was hat er zunächst mit den erzielten Kaufpreisen getan nach Ihrer Auskunft, denn die Einzahlungen sind ja erst später zustande gekommen. Haben Sie da eine Information oder Wahrnehmung?

Dr. **Androsch:** Ich habe mich nie um private Details, weder des Dr. Steiner noch meiner Mutter, noch anderer Verwandter gekümmert, weil ich dazu gar keine Zeit gehabt hätte und weil es mich gar nicht interessiert hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat der Dr. Steiner Ihnen Geld zwecks Anschaffung von Wertpapieren, oder hat er Ihnen Wertpapiere zur Verfügung gestellt, die er, der Steiner, bereits angeschafft hat?

Dr. **Androsch:** Er hat mir zunächst zur Besicherung und dann für Darlehenszwecke, also zur Finanzierung, Wertpapiere und deren Gegenwert zur Verfügung gestellt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und damit haben Sie in der Zentralsparkasse das Wertpapierdepot errichtet?

Dr. **Androsch:** Nein. Die Wertpapiere haben ja bestanden, zunächst zur Besicherung und später aufgelöst, also eingelöst zur Finanzierung verwendet worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also es war nicht so — nur damit ich kein Mißverständnis habe —, daß Ihnen der Dr. Steiner Geld gegeben hat und Sie dann das bei der „Z" laut Aufstellung, die Ihnen bekannt ist, laut Aufstellung errichtete Wertpapierdepot, daß Sie das Wertpapierdepot errichtet haben?

Dr. **Androsch:** Nein. Das Wertpapierdepot hat ja bestanden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben nun hinsichtlich der Wertpapiere, die Ihnen zur Verfügung gestellt wurden, haben Sie die in Ihrer Vermögenssteuererklärung angegeben in irgendeiner Weise? Als Schuld oder als Darlehen? In welcher Weise haben Sie sie ausgewiesen?

Dr. **Androsch:** Ich habe das jetzt nicht in Erinnerung, jedenfalls hat sich das kompensiert, weil es ja als Darlehen weitergegangen ist. Vermögenssteuerlich hat das bei mir keine Auswirkung gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): *Können Sie mir das* erläutern, warum es bei Ihnen keine Auswirkung gehabt hat? Vielleicht verstehe ich da etwas falsch ...

Dr. **Androsch:** Wenn ich auf der einen Seite ein Darlehen aufnehme und in gleicher Höhe weitergebe, ist der Saldo vermögenssteuerlich null, für die Bemessungsgrundlage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben diese Gelder dem Dr. Schärf zur Verfügung gestellt, wenn ich es richtig verstehe.

Dr. **Androsch:** Richtig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es heißt aber doch insgesamt, nach meinem Verständnis läuft es darauf hinaus, daß Sie dem Dr. Steiner den Betrag von letztlich 4,5 Millionen Schilling schuldig waren, weil er Ihnen ja die Sicherstellung gegeben hat.

Dr. **Androsch:** Wegen der Sicherstellung nicht. Er hat das Geld gegeben, aber Sicherstellung ist ja keine Schuld.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben es aber dem Schärf weitergegeben. — Müßte — Sie sind der bessere Finanzrechtler — nicht ein solcher Vorgang auch in Ihrer Vermögensteuer offengelegt werden, daß Sie einerseits 4,5 Millionen Schilling vom Dr. Steiner bekommen haben und andererseits 4,5 Millionen Schilling an den Dr. Schärf weitergegeben haben? Müßte dieser Vorgang nicht in irgendeiner Ihrer Steuererklärungen aufgeschienen sein?

Dr. **Androsch:** Die selber nicht gemacht, ich könnte jetzt gar nicht sagen, ob es drinnen war oder nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie Ihre Steuererklärungen unterschrieben?

Dr. **Androsch:** Nicht einmal daran kann ich mich erinnern, ob es der Bevollmächtigte oder ich selbst gemacht habe. Das liegt ja schon Jahre zurück.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also ich weiß nicht, von mir will mein Steuerberater immer, daß ich meine Steuererklärungen unterschreibe. Können Sie sich noch vergewissern, indem Sie nachdenken, ob Sie Ihre Steuererklärungen persönlich unterzeichnet haben?

Dr. **Androsch:** Das liegt so viele Jahre zurück. Der Bevollmächtigte ist bevollmächtigt, auch das zu tun. Da können sicherlich Terminknappheiten gewesen sein, sodaß ich weder sagen kann, ob ich es war oder er, der das unterschrieben hat. Beides ist möglich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, aber heißt das, daß sie nun für Ihre Steuererklärung des Jahres — welches Jahr müßte das nun gewesen sein.

Dr. **Androsch:** Erstmals 1975; möglicherweise erstmals 1976, denn bis dahin war es ja eine Besicherung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn wir also an die Steuererklärung 1976 denken, darf ich noch einmal fragen: Heißt das, daß Sie hier sagen wollen, daß es allenfalls eine falsche Steuererklärung durch Versehen Ihres Bevollmächtigten geben könnte?

Dr. **Androsch:** Müßte ich sehen. Ich kann das heute aus dem Gedächtnis nicht sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sehen Sie irgendeine Möglichkeit, wo Sie das wichtige Faktum — bitte, Sie müssen verstehen, daß das ein wichtiges Faktum ist, daß der damalige Finanzminister möglicherweise eine falsche Steuererklärung abgegeben hat —, wie Sie das zweifelsfrei aufklären können, sodaß — nein, ich meine jetzt, in Ihrem Sinne. Der Eindruck, den Sie jetzt erwecken ...

Dr. **Androsch:** Herr Vorsitzender, ich glaube, daß dies höchstpersönliche Dinge sind, die mit der zuständigen Behörde zu klären sind beziehungsweise geklärt wurden, und das scheint mir ja eigentlich hinreichend zu sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir ist nirgends bekannt — aber Sie haben den Akt besser studiert als ich —, mir ist nirgendwo bekannt, daß die Behörde Ihnen auch ausgewiesen hat, öffentlich erklärt hat, daß Ihre Steuererklärung des Jahres 1976 mit den Geldflüssen, die in sich als in Ordnung bezeichnet wurden, zusammenhängt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Darf ich doch bitten, daß eine Erläuterung gegeben wird, inwieweit die Fragen der Steuererklärung mit dem AKH in irgendeinem Bezug sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, ich kann sofort in der Frage aufhören. Ich habe es im Sinne des Zeugen gesagt, denn für mich ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.)* Nein, für mich, ich meine, ich will hier gar nicht geschätzt werden, sondern für mich ist die Aussage, daß ein damaliger Finanzminister hier nicht klipp und klar sagt: Natürlich habe ich mich vergewissert, daß meine Steuererklärungen allen Ansprüchen gerecht werden, sondern daß er hier sagt: Vielleicht hat das ein Bevollmächtigter unterzeichnet, und ich kann im

Moment nicht Bescheid geben!, für mich ist das ein Faktum, das ich so nicht im Raume stehenlassen wollte, weil es Rückschlüsse möglich macht, die man allenfalls zweifelsfrei aus der Welt schaffen kann. Deswegen meine Frage: Sehen Sie einen Weg, wie Sie das zweifelsfrei aus der Welt schaffen? *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Steinbauer, ich würde vorschlagen, daß wir wieder auf den Sachbezug AKH zurückkommen. Die Sorgen, die Sie sich da machen, die, glaube ich, sollte sich der Ausschuß wirklich nicht machen, das lassen wir Angelegenheit des Zeugen sein, wie er und sein Bevollmächtigter sich gegenüber der Finanzverwaltung gezeigt haben mit Unterfertigung von Steuererklärungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Durch welche Zahlungen ist die Forderung des Dr. Steiner vom 31. 12. 1976 von 2,9 Millionen Schilling bis 31. 12. 1977 auf 3,4 Millionen gestiegen?

Dr. **Androsch:** Durch Zahlungen des Dr. Steiner an mich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Durch eine Zahlung, oder — es handelt sich ja um eine Differenz von 1 Million, durch eine Zahlung oder mehrere kleine Zahlungen? Können Sie sich da erinnern? Die Einzahlung von 1 Millionen ist ja etwas, was man nicht im Laufe jedes durchschnittlichen Jahres erlebt.

Dr. **Androsch:** Wenn ich mich richtig erinnere, waren das zwei Zahlungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die etwa wann waren?

Dr. **Androsch:** Die waren 1977.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Beide 1977?

Dr. **Androsch:** Soweit ich mich erinnern ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren etwa halbe — halbe. Aber ich will sie nicht festlegen.

Dr. **Androsch:** An das kann ich mich jetzt in dem Punkt ganz sicher nicht erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum hat sich im Zeitraum 31. 12. 1977 bis zum 31. 12. 1978 der Stand der Forderung nicht mehr geändert, obwohl doch die Haushaltsauflösung erst mit Februar 1978 beendet wurde?

Dr. **Androsch:** Ja weil offenbar in dem Zeitraum keine Zahlungen mehr an mich erfolgt sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wieso kommt es dann im Jahre 1979 wiederum zu einer Erhöhung des Saldos von 3,4 Millionen gerundet auf 4,5 Millionen, obwohl doch der Hausstand des Dr. Steiner schon im Februar 1978 aufgelöst war? Wie läßt sich diese Zahlung erklären, diese Differenz?

Dr. **Androsch:** Ja weil Wertgegenstände eben dann verkauft werden, wenn man einen Käufer findet, und um Ihnen noch ein bissel hinsichtlich des Dr. Steiner zu helfen, kann ich Ihnen sagen, daß ich für den Erbfall auch als Erbe eingesetzt bin für das, was in einem solchen Fall von der Ärztekammer den Hinterbliebenen oder den als Erben Eingesetzten zur Verfügung steht.

Ich muß nur fragen, Herr Vorsitzender, wieso ich eigentlich genötigt bin, hier intimste Familienverhältnisse offenzulegen mit der fehlenden Gewißheit, daß das auch vertraulich bleibt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge, ich möchte darauf hinweisen, daß ich Sie nicht befragt habe, was für den Fall des Erbfalles geschieht, daß Sie jetzt zusätzlich und freiwillig davon erzählt haben, daher können Sie nicht von einer Nötigung reden.

Herr Zeuge, wären Sie allenfalls bereit, das Girokonto 601 093 809 so weit uns zu eröffnen, daß man die Teilzahlungen sehen kann, da ja doch im Raume steht, daß sich zeitmäßig die Dinge mit möglichen Geldflüssen aus der ÖKODATA decken?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Steinbauer, ich habe mir da jetzt geben lassen den Band B/63, die Vermögenserklärungen des Dkfm. Dr. Bauer, und wenn Sie sich da die Aufstellung anschauen, so kann man erkennen, daß Bauer im Jahre 1976 mehr als 831 000 S, 1977 mehr als 482 000 S und 1978 etwas mehr als 1 079 000 S entnommen hat. Die übrige Aufstellung ist erkennbar. Vielleicht erleichtert Ihnen die Einsicht die Fragen an den Zeugen. *(Abg. Bergmann: Selbstanzeige mittlerweile gemacht!)* Die sind da dabei.

Dr. **Androsch:** Diesen Vorwurf hat es gegeben. Mein Konto ist vollständig den Finanzbehörden natürlich offen gestanden. Diese Behauptungen haben keinen wie immer gearteten Anhaltspunkt gefunden. Ich sehe daher keine Veranlassung, umso weniger, als Sie ja von der anderen Seite die entsprechenden Berichte haben müssen, sowohl ÖKODATA wie Bauer, aus denen Sie erkennen müssen wiederum, daß das gar nicht möglich wäre, ein solcher Schluß, und daß ein solcher gar nicht stattgefunden hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie erklären sich also nicht bereit, uns die Einsicht in die Zahlungen zu ermöglichen. Es ist Ihr gutes Recht. Ich will es nur wissen.

Dr. **Androsch:** Ja, und lege Wert auf die Feststellung, daß ich den Finanzbehörden das vollständig offengelegt habe und diese Frage von eben den dafür Zuständigen geprüft wurde und meines Wissens eine Zuständigkeit Ihrerseits zu solchen Dingen gar nicht gegeben ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie selbst Wertpapierdepots in diesem Zusammenhang angelegt?

Dr. **Androsch:** In welchem Zusammenhang?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Im Zusammenhang mit der Besicherung der Villa in Neustift.

Dr. **Androsch:** Nein, es sind Wertpapierdepots zur Besicherung verwendet und später zur Finanzierung verwendet worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben Sie das Losungswort bei der Verpfändung selbst vereinbart? Es ist mit einem Herrn Wachetz *(phonetisch)* von der „Z" vereinbart worden.

Dr. **Androsch:** Ich habe mit dem nie einen Kontakt gehabt.

Herr Vorsitzender! Darf ich die Frage stellen: Das bezieht sich also erst recht wieder auf eine Zeit vor Gründung der AKPE und vor Gründung der ÖKODATA. Bin ich verfplichtet, darüber Auskunft zu geben? Das könnte sich ja dann weiter fortsetzen, also auf meine Familie, wo ist das Ende — 1970, 1965, 1960? Ich bin eigentlich nicht bereit, über einen Zeitraum zurück über Familienverhältnisse, Herr Abgeordneter, Auskunft zu geben, es sei denn, es wird Usus, daß alle Politiker oder ehemaligen Politiker das ihrerseits in aller Öffentlichkeit tun. Aber ich vermag wirklich nicht einzusehen, wie und worauf gestützt und auf welcher Rechtsgrundlage und mit welcher Begründung ich das für einen Zeitraum, der jedenfalls vor der Gründung der AKPE liegt, um das ganz klar zu sagen, meinerseits tun soll.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich in Beantwortung der Frage bitten, daß wir ganz kurz beraten. Ich möchte dazu etwas sagen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge, wenn ich Sie bitten darf, wir wollen zur Beratung des Ausschusses Ihre Einvernahme kurz unterbrechen. *(Dr. Androsch verläßt für kurze Zeit den Saal.)*

Bitte, Herr Zeuge *(nachdem Dr. Androsch wieder in den Saal gerufen wurde)*, wenn Sie wieder Platz nehmen, es wird der Herr Abgeordnete Steinbauer weitere Fragen an Sie richten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge, ich will zu den Kontenproblemen nur noch eine Frage ausdrücklich aus dem Jahre 1976 stellen, also nach Gründung der ÖKODATA.

Die beiden anonymen Wertpapierkassakonten, die wir dauernd erwähnen, machen zusammen aus rund 2 Millionen. Dennoch beträgt am Ende des Jahres 1976 die Forderung des Dr. Steiner an Sie 2,9 Millionen 81 et cetera, also 3 Millionen rund. Die zusätzliche Million ist mir zunächst unverständlich. Wenn Sie das noch aufklären könnten, ob das etwa leihweise als Gelddarlehen oder in Form von Wertpapieren zugeflossen ist, würden Sie mir das Bild erläutern.

Dr. **Androsch:** Dr. Steiner hatte ... Aber: Bin ich genötigt, über Dritte Auskunft zu geben?, muß ich aufmerksam machen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Meiner Meinung nach nicht, Herr Zeuge.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist ein Zugang bei Ihnen. Die Forderung erhöht sich, daher muß es einen Zugang bei Ihnen gegeben haben.

Dr. **Androsch:** Ja aber, lieber Herr Abgeordneter Steinbauer, was Sie von mir verlangen, würde mich dazu führen, Ihnen jetzt zu erzählen, daß der Herr Dr. Steiner mit 8 Tonnen Hausrat im Jahre 1938 unter Bezahlung der Reichsfluchtsteuer nach England emigriert ist, daß er mit dem wieder zurückgekommen ist, daß er das veräußert hat und daß ich von Veräußerungen Nutznießer war und damit heute bin, und zwar von einem Zeitpunkt, der vor 1975 liegt. Ich hoffe, daß diese Intimitäten Ihnen jetzt doch langsam genug sein müßten, weil sie doch Dritte betreffen und Dinge betreffen, über die ich mich nicht näher äußern will. Aber vielleicht wollen Sie dann noch mehr wissen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut. Ich halte nur fest, daß ich Sie jetzt ausdrücklich über 1 Million aus dem Jahre 1976 an Zufluß gefragt habe. Aber bitte, ich bin zufrieden mit Ihrer allgemeinen Erläuterung.

Dr. **Androsch:** Ich bitte um Verständnis: Die beim Dr. Steiner haben aus den Gründen, die ich Ihnen gesagt habe, schon vorher bestanden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich bin zufrieden mit Ihrer allgemeinen Erläuterung.

Ich darf bitte jetzt zu den nach meinem Dafürhalten wesentlich unangenehmeren Fragen kommen.

Als es 1975 zur Gründung der AKPE gekommen ist, wurden laut Aussage von Ihnen und von Bürgermeister Gratz die Kosten für das AKH mit 15 bis 17 Milliarden geschätzt. Wenn man nun die Schritte — und zwar nach Ihrer Aussage zusammen auch mit dem Bürgermeister — der Kostensteigerung ansieht, muß ich doch die Frage an Sie richten: Was haben Sie als zuständiger Minister getan, um nun zu

einer Kosteneindämmerung, die uns alle besorgt macht im Zusammenhang mit dem AKH, möglichst rasch zu kommen? — Erste Frage.

Dr. **Androsch:** Zunächst einmal darf ich in Erinnerung rufen, daß es nicht ein Anliegen des Bundes, des Finanzministers, von mir war, eine Errichtungsgesellschaft zu gründen, obwohl der Bund von der Brenner-Autobahn weg bis über die Tauern-Autobahn und IAKW bis Gleinalm-Autobahn damit gute Erfahrungen gemacht hat. Begründung: In einen schon mehr als zehn Jahre dauernden und damit in die Verantwortung vieler fallenden Bau erschien es mir eben schwer möglich, eine neue Organisationsstruktur hineinzulegen, sodaß vom Wunsch, der, glaube ich, Ende 1974 geäußert wurde, bis zu seiner Realisierung zehn Monate vergingen, um dem Wunsch des Bürgermeisters zu entsprechen. — Erstens.

Das Ergebnis, wenn ich das vorwegnehme ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich unter Zurückstellung meiner Frage bei diesem Punkt noch einen Moment bleiben?

Dr. **Androsch:** Bitte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sagten: Nun war es der Wunsch des Bürgermeisters. Und das kam ja auch schon bei Ihrer letzten Zeugenaussage mit den Worten zum Ausdruck, daß Sie mit großer Skepsis die Gründung der AKPE verfolgt haben. — Wieso konnte sich der Bürgermeister sowohl gegen Sie, wenn ich so sagen darf, durchsetzen als natürlich auch gegen die Konstruktion, die Kreisky im Auge hatte? Der hatte ja 1974 die Idee geäußert, die Durchführung des AKH insgesamt nur der Gemeinde Wien zu übertragen.

Welche Argumente hatte der Bürgermeister?

Dr. **Androsch:** Das Hauptargument des Bürgermeisters war, daß sich diese Organisationsform — ich darf es noch einmal wiederholen — in schon einer ganzen Reihe von Fällen bewährt hatte bis zu diesem Zeitpunkt: Brenner-Autobahn, Baufortschritt Tauern-Autobahn, Gleinalm-Autobahn, IAKW. Zurückhaltung aus den erwähnten Gründen, daß es mir schwierig erschien, eine neue Organisationsform in ein schon zehn Jahre im Gang befindliches Bauvorhaben einzuschieben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann fiel dann die Entscheidung zur Gründung der AKPE, diesem unglücklichen Kind?

Dr. **Androsch:** Zu dieser Wertung möchte ich mich dann auch noch äußern, wenn Sie gestatten.

Die Entscheidung fiel Anfang Sommer. Den Sommer brauchte man dann, um — ich glaube, 9. September 1975 — die Gründung vornehmen zu können, für ein Bauvorhaben, das vornehmlich in den Händen der Stadt lag, was auch dann nachher noch dadurch zum Ausdruck kam, daß bei 50prozentiger Beteiligung des Bundes zwei Drittel des Vorstandes von der Stadt Wien besetzt wurde und besetzt wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber ich sehe noch immer nicht ein, wie es zu der Entscheidung kommt. Denn bitte: Mitte 1974 hat die Frau Minister Firnberg bereits eine Erklärung unterschrieben gehabt, daß die Bauleitung durch die Stadt Wien allein zu führen ist. Also war, wenn Sie so wollen, die Richtung ganz auf volle Verantwortung durch die Gemeinde Wien. Zum Frühjahr 1975 muß es einen Gipfel Kreisky-Androsch in der Frage gegeben haben — nach Ihren Aussagen —, wo ich meine, daß die Entscheidung fiel.

Dr. **Androsch:** Der Bürgermeister hat so lange gedrängt im Bestreben, das weiterzubringen, bis der Bundeskanzler und ich dem Drängen nachgegeben haben, trotz recht skeptischer Einstellung und Skepsis aus den erwähnten Gründen.

Jetzt darf ich vorblenden und sagen: Der AKPE ist es gelungen, zum Unterschied von vorher, wo in zehn Jahren 2,7 Milliarden verbaut wurden, mit sehr angenehmen Jahresraten, zum Teil von 60 Millionen für den Bund auf einen Fertigstellungstermin St. Nimmerleinstag, innerhalb von fünf Jahren 6 Milliarden zu verbauen. Und das entspricht ziemlich genau in der Kubatur einer zweiten UNO-City.

Und gleichzeitig gelang ihr sicherzustellen, daß nicht nur das Tempo beschleunigt wurde, sondern wesentliche Einsparungen beschlossen wurden, ein Kosten- und Zeitlimit fixiert wurde. Und außerdem nach drei Jahren bereits Prüfungen veranlaßt wurden, was bei keinem einzigen anderen Vorhaben dieser Größenordnung der Fall gewesen ist.

Die Tauern-Autobahn ist ja erst nachher geprüft worden. Der Arlberg-Tunnel, glaube ich, ist es noch gar nicht, die IAKW ist nachher vom Rechnungshof geprüft worden. Obwohl vorher, vor 1975, zehn Jahre in der Verantwortung auch von Vertretern Ihrer Partei, sowohl bei der Stadt wie beim Bund, überhaupt keine Prüfung veranlaßt wurde, ist es innerhalb von drei Jahren, seit Existenz der AKPE, zu solchen Prüfungen durch die Entscheidung des Bürgermeisters und von mir gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Kann man das, was Sie sagen, nicht auch genau umgekehrt sehen? — Kann man nicht auch sagen: Um Gottes willen, allerweil, sie hätten noch ein bisserl länger geplant, als mit rasan-

tem Baufortschritt die Milliarden zu verbetonieren, weil man doch heute rückblickend — sicherlich; rückblickend leichter gesagt als im Betrieb — sagen muß, daß um jeden Preis gebaut wurde, daß Planungsunsicherheit wahrscheinlich der Hauptgrund — wenn nicht bis zu weißen Flecken in der Planung — für die Kostensteigerungen, aber auch für die Fehlinvestitionen war.

Dr. **Androsch:** Also Fehlinvestitionen zum Beispiel hat es wieder gegeben vor der AKPE. Es waren zwei Dinge fertiggestellt: Kinderklinik und Psychiatrie. Und die AKPE mußte erst nachplanen und 70 Millionen zusätzlich aufwenden, um die beiden fertiggestellten, von 1965 bis 1975 fertiggestellten Einrichtungen überhaupt betriebsfähig zu machen.

Man muß davon ausgehen, daß das Projekt, so wie es beschleunigt gebaut wurde, irreversibel entschieden war, viele Jahre zuvor, vor 1970, entschieden war. Es ist ja auch diese Frage geprüft worden, ob das Projekt im Grundsatz noch geändert werden könnte. Das Ergebnis war: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann haben Sie das prüfen lassen?

Dr. **Androsch:** Das ist meines Wissens auch in diesem Dreier-Gutachten geprüft worden, wenn ich es recht in Erinnerung habe. Unabhängig davon, daß es die Gemeinde intern geprüft hat. Sodaß die Zielsetzung im Interesse der Sparsamkeit nur sein konnte — denn nichts ist teurer als langsames Bauen —, das Tempo zu beschleunigen. Dazu gehört natürlich auch, die entsprechenden Planungsarbeiten zu beschleunigen, die es offenbar trotz aller Vorentscheidungen davor nicht gegeben hat. Und es war auch unsere Forderung, das nicht eher zu tun, ehe man ein entsprechendes internationales Expertengutachten vorliegen hat, was ja bekanntlich auch geschehen ist.

Bereits bei der ersten Aktionärsbesprechung, derer es in diesen fünf Jahren sechs gegeben hat — das hat es bei keinem anderen Bau in dieser Form, in dieser Häufigkeit gegeben; bei der Tauern-Autobahn in zehn Jahren, immerhin sind 10 Milliarden verbaut worden, hat es das einmal gegeben wegen einer Trassenführung im Liesertal: sonst nicht; beim Arlberg-Tunnel nicht; bei der IAKW nicht; bei der Pyhrn-Autobahn nicht, also Aktionärsbesprechungen in einer Anzahl, wie bei keinem anderen ähnlichen Vorhaben —, war die Zielsetzung, Einsparungen herbeizuführen. Das ist geschehen. Ich will Sie nicht mit der Verlesung langweilen. Ich verweise auf das Protokoll über eine solche Besprechung am 18. 3. 1976.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie meinen den sogenannten Politikergipfel; Aktionärsbesprechung.

Dr. **Androsch:** Jawohl. Tagesordnungspunkt 3. Und in der Folge weitere, die dann 1979 zu dem Kostenlimit von 20 Milliarden, Preisbasis 1976, geführt haben. Ich bitte jetzt, bei allen Preisvergleichen sich auf einen Zeitpunkt zu einigen, weil naturgemäß mit den Baupreissteigerungen — Preisbasis 1976 — sich eine ganz andere absolute Zahl ergeben muß als 1980 — siehe die 24 etliche — oder 1987 mit 36,7. Und wenn man sagt, das wäre nicht zu erreichen — was aber den Beschlüssen widersprechen würde —, dann würde das zu einem späteren Zeitpunkt naturgemäß einen noch höheren Kostenpreis ergeben, weil eben langsames Bauen das Teuerste ist.

Jetzt will ich gar nicht ausschließen, daß dort, wo gehobelt wird, auch Späne fliegen, aber daß diese Späne in diesen fünf Jahren billiger waren als alles andere, was zuvor gewesen ist oder was wäre, wenn man so weitergewurschtelt hätte. Und soweit ich den Bauberícht des Kontrollamtes aus den Zeitungen — anders kenne ich ihn nicht — beurteilen kann, sind ja die Probleme bei nur 2,7 Milliarden Verbauung in zehn Jahren vor 1975 entstanden und nicht in der Zeit der AKPE. Ich glaube, das sollte man zu ihrer Rechtfertigung sagen.

Ähnliches, was ich mit der Preisbasis gesagt habe, gilt ja dann auch für die Betriebskosten: Wenn die Betriebskosten ungefähr 2,2 Milliarden 1978 waren und die Schätzung 40 Prozent mehr für das Neue — mit allen zusätzlichen Kliniken, Laboreinrichtungen, medizintechnischen Einrichtungen — ausmacht, also 3 Milliarden, dann kommt man, je nachdem, wie weit man das extrapoliert, zu entsprechend hohen Zahlen. Aber bitte schön: Zum Vergleich muß man sagen, daß die im alten AKH auch nicht auf der Grundlage 1978 bei 2,2 Milliarden eingefroren wären und sicherlich mit einem stärkeren Ausmaß wachsen und wachsen würden, als das etwa der normalen Indexsteigerung entspricht.

Ich muß also entgegen meiner ursprünglichen Skepsis sagen, daß die Organisationsform ihre Aufgabe in diesem Zeitraum jedenfalls erfüllt hat und 6 Milliarden verbaut hat, das Tempo beschleunigt hat und die politische Verantwortung in einem Maße vergleichsweise wahrgenommen wurde wie bei keinem anderen vergleichbaren Bauwerk, wo es nicht 6 Politikergipfel gegeben hat, erzielbar waren nicht nur die Beschleunigung, sondern die Kostenlimitierung, eine Fülle von Einsparungen.

Was meines Wissens bisher nicht gelungen ist: Auch schon den künftigen Betreiber einzubinden, weil es mir zu spät erscheint und erschien, erst zu warten, bis der Übersieldungs-

zeitpunkt da ist, und dann sozusagen eine Übernahme vorzunehmen, sondern das überlappend erfolgen sollte. *(Obmann-Stellvertreter Mühlbacher übernimmt die Verhandlungsleitung.)*

Sie können ja dem Ihnen vorliegenden Protokoll entnehmen, daß diese Beschlüsse über Einsparungen und Kostenbegrenzung und Zeitbegrenzung 1979 getroffen wurden. Und daß darüber hinaus — wieder zum Unterschied von vorher, wo von 1958, im Grunde, bis 1975 keine Prüfung erfolgt ist — nach drei Jahren bereits Prüfungsaufträge erteilt wurden, die Ihnen ja erst Gelegenheit gegeben haben, sich mit dem Thema in dieser Intensität zu befassen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vizekanzler! Ich wollte Sie jetzt bewußt nicht unterbrechen, weil ich glaube, daß meine umfassende Frage auch zunächst eine umfassende Antwort Ihrerseits verdient hat. Nur bitte ich jetzt — weil es für mich sehr schwierig ist; sie lösen eine Fülle von weiteren Fragen aus —, daß ich Sie ein paar Fragen konkret der Reihe nach fragen kann.

Dr. **Androsch:** Kann ich sie immer gleich beantworten?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, und ich bitte eben darum, weil man, glaube ich, schneller weiterkommt.

Sehe ich das richtig, daß das Gespräch Androsch—Kreisky im Spätfrühjahr 1975 — so haben Sie selbst es terminisiert in Ihrer letzten Zeugenaussage — die Weichenstellung zur Gründung der AKPE war?

Dr. **Androsch:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie das noch ein bißchen näher eingrenzen, wann dieser Gipfel — à la Politikergipfel — stattfand?

Dr. **Androsch:** Ende Mai oder irgendwann im Juni, also sicherlich im sehr späten Frühjahr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Im Spätfrühjahr.

Zweitens: Sie haben nun doch herbe Kritik an dem Bauzustand, den Sie vorgefunden haben im September 1975, geübt im Sinne von: Hier ist viel mehr danebengegangen.

Heißt das, daß Sie doch auch hier jetzt herbe Kritik an dem federführenden Bautenminister der Jahre 1970 bis 1975 — hier ist das ja im wesentlichen gebaut worden — geübt haben, oder habe ich Sie mißverstanden?

Dr. **Androsch:** Wenn die Dinge befriedigend bis zu dem Zeitpunkt verlaufen wären, dann hätte es ja für den Bürgermeister keinen Anlaß gegeben, unmittelbar nach seiner Amtsübernahme Wege zu suchen, um das zu beschleunigen. Siehe: Generalbevollmächtigten einsetzen. Und — nachdem das offenbar auch nicht die gewünschte Wirkung gehabt hat — mit dem Vorschlag zu kommen, eine Bauträgergesellschaft, eine Errichtungsgesellschaft zu gründen, was dann letzten Endes auch geschehen ist.

Ich bin kein Baufachmann. Ich kann nicht beurteilen, wo für den Bau vor 1975 die Hauptverantwortung lag. Ob das bei den bauzuständigen Stellen der Stadt Wien oder in der BGV gelegen hat, das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich war nur insoweit vor 1975 befaßt — und das war recht angenehm —, viel geringere Bauraten im Budget vorsehen zu müssen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber der Zustandsbericht des AKH, erstellt vom Bautenminister am Anfang Dezember 1974, ist Ihnen schon zugegangen.

Dr. **Androsch:** Ich kann mich nicht erinnern, daß ich mit einem Bauzustandsbericht konfrontiert war. Das ist auch nicht in meiner Kompetenz gelegen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Vielleicht habe ich mich bitte schlecht ausgedrückt: Zustandsbericht AKH, weniger ein Baubericht.

Dr. **Androsch:** Ein Baubericht war ja, solange keine Eigentümerkompetenz entstanden war, sicherlich nicht etwas, womit das Finanzministerium oder der Finanzminister befaßt wurde, der dann nur für die Finanzierung zuständig ist. Es gibt eine ganze Fülle von Bauten, deren Beginn auf weit vor 1970 zurückgeht, womit auch der Finanzminister nicht beschäftigt ist. Ich denke etwa an den nicht endenwollenden Bau des Juridikums etwa.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf doch jetzt eine Zeugenaussage von Ihnen selbst zitieren — es ging um die Vorstufen AKPE, ja oder nein; das war der Zusammenhang, in dem Sie das gesagt haben —: Es gibt nur Ende 1974, knapp vor Weihnachten, einen Brief des Bautenministers in Ergänzung zu einem Zustandsbericht vom Anfang Dezember 1974, wo er mitteilt, et cetera, et cetera.

Von da her muß ich doch wohl annehmen, daß Ihnen ein Zustandsbericht des AKH Ende 1974 bekannt geworden ist.

Dr. **Androsch:** Ein Brief?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Einen Brief zu einem Zustandsbericht. Das waren Ihre Worte.

Dr. **Androsch:** Meines Wissens ein Bericht, wo auch der Bautenminister festgestellt hat — was der Bürgermeister zu diesem Zeitpunkt ja auch festgestellt hat —, daß in der damaligen

Organisationsform, wie sie von 1965 bis 1975 eben bestanden hat, das nicht befriedigend voranschreitet. Für den Finanzminister ist das — so gesehen — bis dahin angenehm gewesen, denn er kam mit sehr geringen Jahresquoten aus.

Und dann kam ein zweiter Brief, wo gefragt wurde, was man davon hielte, das zur Gänze der Stadt Wien zu übertragen. Dann hat es im Jänner ein Gespräch gegeben in einer Vorbesprechung — in welcher Form, kann ich mich nicht mehr erinnern —, und bei dem stellte sich heraus, daß das eine rhetorische Frage war, weil im Grunde niemand — Bautenministerium, Wissenschaftsministerium — ein entsprechendes Mitspracherecht angesichts einer 50prozentigen Kostentragung aufgeben wollte.

Das zeigt ja auch eines der Probleme innerhalb der AKPE hinsichtlich des Nutzerkonsenses: Wir hatten bei einem der letzten Politikergipfel das Problem der Flächenaufteilung. Der Betreiber hatte den Wunsch, viel Fläche für die Ärzte, die er beschäftigt, und der Vertreter der Wissenschaft, genügend Laborfläche zu bekommen, um Forschung und Labortätigkeit sicherzustellen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt aber für mich — das ist ein Zustandsbericht; ich habe das bitte hier; ich habe Androsch zitiert; ein Brief in Ergänzung zu einem Zustandsbericht zum AKH vom Anfang Dezember —, daß das Ringen um die Rechtsform oder um die Verantwortungsaufteilung spätestens im Jahr 1974 losgegangen ist. Habe ich das richtig verstanden?

Denn im Jahr 1974 gibt es ja noch die Erklärung Firnberg — etwa Mitte 1974 —, die bereits die Bauleitung der Stadt Wien allein mit ihrer Zustimmung abtreten will. Es sind dann nur das Bautenministerium ausständig und die anderen.

Stimmt es also, daß ich es richtig sehe, daß das Ringen um die Rechtsform, in welcher man das abwickeln will, etwa Mitte 1974 einsetzt? Oder setzte das schon früher ein?

Dr. **Androsch:** Die Rechtsform setzte später an.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Frage der grundsätzlichen Verantwortung.

Dr. **Androsch:** Welche Gebietskörperschaft es federführend oder allein tun soll, ist ja nicht eine Frage der Rechtsform, sondern der Kompetenzaufteilung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Minister! Wenn wir uns einigen auf „Aufteilung der Verantwortung zwischen Bund und Stadt", oder soll es nur die Stadt machen. Diese Problematik meine ich mit Rechtsform. Also nicht im engeren Sinn: Soll es eine Ges. m. b. H. sein?

Dr. **Androsch:** Das war etwas, mit dem meines Wissens wir im Finanzministerium uns nicht beschäftigt haben, weil das in den Kompetenzen der Bauzuständigen war. Das war nicht etwas, was das Finanzministerium tangiert hat. Das Finanzministerium ist erst konfrontiert worden aus der Kompetenz, „Eigentümervertreter von Beteiligungen" zu sein, also in dem Augenblick, wo man den Vorschlag ventilierte, dies in der Rechtsform einer eigenen Gesellschaft zu tun.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Könnte jetzt nicht jemand auch sagen: Sie haben sich, obwohl Sie einer der hauptzuständigen Minister waren, solange die Zahlungsraten ans AKH nicht ins Gewicht fielen oder nicht übermäßig ins Gewicht fielen, eigentlich mit dem AKH vor 1975 kaum befaßt als Finanzminister.

Dr. **Androsch:** Da ich keine Baukompetenz als Finanzminister habe oder hatte oder dieser eine hat, wie dem Ministeriumgesetz zu entnehmen ist, hatten wir gar keinen Grund, aber auch gar keine Möglichkeit, uns damit zu beschäftigen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie haben Sie als Minister nun auf den Zustandsbericht vom Dezember 1974 des Bautenministers, der einen Zustand des AKH unter der Devise „von mir aus soll es die Gemeinde machen, es muß etwas weitergehen" enthält, reagiert? Er wurde Ihnen ja bekannt laut Ihrer eigenen Aussage.

Dr. **Androsch:** Damit ist ja keine Baukompetenz im Finanzministerium entstanden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Minister! Ich meine jetzt nicht Baukompetenz — welcher Ziegel soll wo hinkommen —, sondern ich meine es in dem Sinne, daß etwas sparend und rasch weitergeht. Also in der generellen Verantwortung um den Baufortschritt.

Dr. **Androsch:** Aber es gibt, Herr Abgeordneter, ganz klare Kompetenzen. Für diese Frage ist ein Fachministerium zuständig — und das ist in diesem Fall das Bautenministerium —, und das ändert sich doch nur, wenn eine Gesellschaft gegründet wird, weil dann eine andere Kompetenz, nämlich die der Zuständigkeit für Beteiligungen, relevant wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Sie haben 1970 bis Ende 1974 ...

Dr. **Androsch:** Entschuldigung! Ich darf noch folgendes ausführen: Ich kann doch nicht sagen, was die Wechselautobahn macht oder die Schnellstraße in der Obersteiermark oder

das Juridikum oder irgendwelche andere Bauten. Der Finanzminister hat die Möglichkeit, das Geld in einer bestimmten Höhe zur Verfügung zu stellen oder nicht. Aber wenn es geschehen ist, hat er ja gar keine Kompetenz mehr im einzelnen für die Art der Durchführung und Verwendung. Abgesehen davon, daß ich das gar nicht darf.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich will Sie nicht falsch verstehen. Sie haben also Ihre Mitgliedschaft im Bund—Wien-Komitee bis zum Jänner 1975 in dem Sinn dahin gehend ausgelegt, daß Sie sagten: So lange wir das Geld zur Verfügung stellen, ist von seiten des Bundes der Bautenminister für den Bau federführend und das Wissenschaftsministerium — wenn Sie so wollen — für die innere Ausgestaltung verantwortlich, aber wir brauchen eigentlich nur die Finanzierung zu leisten. Mehr haben Sie sich bis Jänner 1975 um diesen Bau nicht gekümmert. Sehe ich das richtig?

Dr. **Androsch:** Ja. Ich hätte auch gar keine Berechtigung gehabt nach dem Kompetenzgesetz.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und 1975, im Jänner, treten Sie dann ein in Gespräche über die Neuaufteilung der Grundsatzkompetenz zwischen Bund und Gemeinde Wien. Sehe ich das — das vorhin von Ihnen genannte Gespräch — auch richtig?

Dr. **Androsch:** Dieses Gespräch hat diese Frage nicht berührt oder nur insofern berührt, daß das Gespräch ergeben hat, daß man nicht das weglegen kann. Wann zum ersten Mal und in welcher Form und wie oft der Bürgermeister an uns herangetreten ist, doch seinem Vorschlag zuzustimmen, eine Gesellschaft wie die der IAKW oder so zu gründen, dessen erinnere ich mich nicht mehr. Nur insofern, als wir nach langem Zögern und nach Abstimmung mit dem Bundeskanzler irgendwann im spätesten Frühjahr gesagt haben: Trotz Skepsis sind wir dazu bereit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also um den Jahreswechsel 1974/1975 beginnen die diesbezüglichen Gespräche in Ihrer Sicht. Die Entscheidung fällt in einem Kreisky-Androsch-Gespräch — für Sie nämlich die Entscheidung — Mai/Juni 1975. Sehe ich das richtig?

Dr. **Androsch:** Mit größter Wahrscheinlichkeit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und ab September 1975 fühlen Sie sich aber dann voll verantwortlich. Da sind Sie ja dann der Gesellschafter Bund zu 50 Prozent. Dies kommt zumindest aus einer Pressekonferenz und aus Aussagen der „SK" — September 1975 — heraus. Sehe ich das richtig?

Dr. **Androsch:** Da fühle ich mich in dem Maße verantwortlich, wie sich das für Beteiligungen, also für Aktionärs- oder Eigentümervertreter, ergibt und was sozusagen sinnfällig wird in der Zusammensetzung des Aufsichtsrates, wo das Finanzministerium von zehn Mitgliedern zwei stellt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie beginnen dann zu drängen etwa auf Ziele, wie ein Kostenlimit zu schaffen.

Dr. **Androsch:** Richtig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie nun etwa den Gedanken des Kollegen Wiesinger, den er in der Öffentlichkeit geäußert hat auf ein bestimmtes Kostenlimit, durchaus als in Dekkung befindlich mit Ihren Zielsetzungen ansehen?

Dr. **Androsch:** Ich kenne den konkreten Inhalt des Vorschlags des Kollegen Wiesinger nicht. Ich kann nur sagen, Bedingung für die Zustimmung oder die Bereitschaft, in eine solche Gesellschaft seitens des Bundes einzutreten, war ein internationales Expertengutachten, das vorliegt. Und nach Gründung der Gesellschaft waren es die Bemühungen, ein Kostenlimit in Verbindung mit dazu notwendigen Einsparungen zu geben. Da verweise ich auf die Aktionärsbesprechungsprotokolle und auf meine Aussage vom November. Und ein Zeitlimit, was ja auch mit Kostenbegrenzung eine ganze Menge zu tun hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also das internationale Gutachten, es kann sich ja nur um das SSK-Gutachten handeln, schon, das ja erst im Oktober 1975 in Auftrag gegeben wurde, vorab als Bedingung für eine Übernahme der Beteiligung gestellt, also in politischen Gesprächen vorher schon gesagt, der Bund kann hier nur mitmachen, wenn ein internationales Gutachten eingeholt wird.

Dr. **Androsch:** Ich glaube nicht, daß das in einer so junktimierenden Form erfolgt ist, aber daß es verlangt wurde, ist gar keine Frage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und schwebten Ihnen bei den Gutachtern bestimmte Personen schon vor?

Dr. **Androsch:** Mir ganz sicherlich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun kam es in dieser Gründungspressekonferenz zur AKPE zu einem Kommuniqué, Kommuniqué also im Sinne von politischer Festsetzung der Hauptaufgaben, wo schon in den 12 Zeilen der SK zur Gründung der AKPE die Beauftragung von Expertisen eine wesentliche Rolle spielt.

Was hat Sie veranlaßt, mitzutragen die Stoßrichtung, daß Beratungen und Expertisenvergabe eine wesentliche Aufgabenstellung der AKPE ist? So nachzulesen in der „SK" vom 9. 9. 1975.

Dr. **Androsch:** Erstens einmal zu diesem Gutachten zu kommen, das ja von der AKPE in Auftrag gegeben wurde, und die Erfahrung bei der IAKW war ja in der Funktion des dort so benannten Koordinators Dr. Walter mit einer Beratungsgruppe, ich weiß gar nicht mehr, wer das war, die entsprechende Expertise für eine solche Aufgabe zur Hand zu haben, die ja nicht einfach so einzukaufen ist wie ein paar Semmeln, nicht wahr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wer hat Sie jetzt beraten, da Sie ja bitte vor diesem 9. September 1975 ja nicht einschlägig sich gekümmert haben um das AKH, wer waren Ihre Berater zur Formulierung der Inhalte und Aufgabenstellung der AKPE?

Dr. **Androsch:** Die Aufgabenstellung der AKPE war ganz klar, möglichst kostengünstig und rasch das beschlossene Projekt zu verwirklichen. Und wie bei allen anderen diesen Gesellschaften war das Sache der Organe, wobei man festhalten muß, daß es wahrscheinlich keinen Aufsichtsrat gegeben hat bei ähnlichen Gesellschaften, der sich in solcher Intensität um diese Aufgabe gekümmert hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, meine Frage war jetzt: Wer war vor Gründung der AKPE, wer waren Ihre Berater, wer waren Ihre einschlägigen Fachleute, mit denen Sie diesen Vorgang durchbesprochen haben? Vor der Gründung der AKPE? Nachher ist mir schon klar, wer das war.

Dr. **Androsch:** Da war gar nichts, da brauchte ich keinen Berater, daß man wissen will, woran man ist und ein internationales Expertengutachten sich vorstellt, dazu braucht man ebenso wenig einen Berater, wie in Kenntnis der Vorgangsweise bei der IAKW zu sagen, also bitte, da sich das dort bewährt hat beziehungsweise man wußte, daß die Münchner Sommer-Olympiade und ihre Bauten nur durch den Dr. Walter noch rechtzeitig fertig wurden und die Olympiade damit gerettet war, bedurfte es keiner besonderen Beratung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Muß ich also das verstehen, daß Sie sich mit dem Phänomen inhaltlich, nämlich mit dem Phänomen Spitalsgroßbau, inhaltlich vor Gründung der AKPE nicht auseinandergesetzt haben?

Dr. **Androsch:** Ich sagte, da dies eine Baufrage ist, war ich kompetenzmäßig gar nicht zuständig und war vorher kein Spitalsbaufachmann und bin es nachher nicht gewesen, so wenig wie ich ein Hochbaufachmann geworden bin durch die Beteiligungsvertretung bei der IAKW oder ein Tunnelfachmann durch die Errichtung des Arlbergtunnels.

Die Aufgabe des Eigentümervertreters ist doch eine Zielvorgabe und Organe, die diese Zielvorgabe realisieren können. Das war schon technisch nicht möglich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun, Herr Vizekanzler, nun sind aber da doch zwei Sachen auffallend, einerseits, daß gerade Ihre Firma, die Consultatio, im medizinisch-technischen Beratungsbereich, etwa Kostenrechnung, über Jahre tätig war, daß also gewissermaßen Fachleute an der Hand waren, wenn Sie so wollen, und zweitens, daß es doch wenig einsichtig wäre, daß ein so umsichtiger Mann, wie Sie es sicher sind, sich um die Inhalte und die besonderen Probleme eines Spitals, medizinisch-technischen Großbaus, nicht zumindest orientierend gekümmert hat.

Dr. **Androsch:** Selbst wenn man von sich eine sehr hohe Meinung hat, ist es völlig ausgeschlossen, von Flugzeugen über Donaudampfschiffe, über Tunnelbau bis zu Spitalsbauten sich einigermaßen ein Bild zu machen, wenn man Beteiligungen vertritt. Das ist auch gar nicht die Zuständigkeit und gar nicht die Kompetenz. Und in medizinisch-technischen Dingen hat auch die Consultatio nie ein Potential an Expertisen gehabt.

Denn Kostenrechnung, Herr Abgeordneter, das ist also eine Frage des Rechnungswesens. Und das Problem zum Beispiel bei jedem Spital, auch bei diesem, ist eine Frage der Ausstattung. Aber das müssen andere entscheiden, das können nicht Leute entscheiden, die der Kostenrechnung kundig sind.

Sie können ein Organisationsgerüst zur Verfügung stellen, wie man so etwas berechnet, so wie bekannt ist, daß die Firma Plant für Steyr eine Grenzplankostenrechnung aufzieht, aber nicht deswegen ein Spezialist wird in der Herstellung von Nutzkraftfahrzeugen oder Kettenfahrzeugen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja aber, Herr Finanzminister, wieso kommen Sie dann schon etwa zu so Detailentscheidungen, wie am 18. März 1976 zur Entscheidung der Beauftragung der ÖKODATA, eine Konzeption der technischen Betriebsführung, eine Studie, zu entwickeln? Das war ja eine Entscheidung, an der Sie mitgewirkt haben, weil es der Politikergipfel am 18. 3. getroffen hat.

Dr. **Androsch:** Wo hat er das getroffen?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Am 18. 3. fiel die Entscheidung für die ÖKODATA, eine Konzeption

der technischen Betriebsführung, ein zunächst kleiner Auftrag, 280 000 S, auf die Reise zu schicken. Und jetzt muß ich doch wohl annehmen, daß das eine Detailentscheidung ist.

Dr. **Androsch:** Einvernehmlich wird festgelegt, daß die AKPE alle Voraussetzungen für eine technische Betriebsführung zu schaffen und die Planung hiefür durchzuführen hat. Die AKPE soll dazu im Rahmen ihrer internen Organisationen eine eigene Abteilung Betriebsführung bilden. Die Frage, die Form und der Zeitpunkt einer eigenen Betriebsgesellschaft sollen geprüft und entsprechende Vorschläge ausgearbeitet werden. Von nichts anderem war die Rede, von keiner wie immer genannten Firma.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die ÖKODATA hat dann diesen Auftrag bekommen mit einem Auftragsvolumen von 280 000 S. Zwei Sachen sind bemerkenswert ...

Dr. **Androsch:** Ja aber gegen Ihre Behauptung war das nicht Gegenstand eines Aktionärsgipfels, weil nie eine Auftragsvergabe konkreter Gegenstand eines Aktionärsgipfels war und ich selbst auch nie, auch nicht mit Interventionswege, mit einer Auftragsvergabe konfrontiert war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sagen also, wenn ich es richtig verstehe, daß Sie beim Politikergipfel vom 18. März 1976 und auch unmittelbar danach, sagen wir es einmal so, von dieser Beauftragung der ÖKODATA, die bitte aktenkundig ist und die eine Folge dieses Politikergipfels war und die der Einstieg in das große BO-Geschäft ist, etwas wußten.

Dr. **Androsch:** Nein, das geht ja auch klar aus den Unterlagen hervor.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich weiß jetzt nicht, welche Unterlage Sie hier uns vorgelesen haben.

Dr. **Androsch:** Ich habe Ihnen vorgelesen das Protokoll zum Tagesordnungspunkt 6.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und es ist bei diesem Protokoll, das Sie mir hier zitieren, auszuschließen ...

Dr. **Androsch:** Betreffend technische Betriebsführung, Tagesordnungspunkt 6, 18. 3.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und es ist auszuschließen, daß neben dem Protokoll zusätzlich verbal der Firmenname ÖKODATA gefallen ist, und es ist auch auszuschließen, daß andere konkrete Firmen genannt wurden.

Dr. **Androsch:** Beim Tagesordnungspunkt 6 ist überhaupt keine Firma. Es war unter Punkt 5 die Mediplan genannt, aber dieser Auftrag ist nie zustande gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wieso ist dieser Auftrag der Mediplan dann nicht zustande gekommen?

Dr. **Androsch:** Da müssen Sie den Vorstand fragen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben das nicht weiter verfolgt. Jetzt ist aber auch auffällig, jetzt meine Frage: Wann haben Sie erstmals von einer Beauftragung der ÖKODATA im AKH-Zusammenhang gesprächsweise, ich kann es nicht näher eingrenzen, erfahren?

Dr. **Androsch:** Ja die ÖKODATA selbst ist ja nie beauftragt worden. Ich kann mich nur berufen auf meine Aussage vom November. Sie war Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft, die sich beworben hat um einen Planungsauftrag, der ausgeschrieben war, was ja völlig unüblich ist, weil bis zu diesem Zeitpunkt nirgendwo, weder bei Bund noch bei den Ländern noch in den Städten, solche Planungsaufgaben ausgeschrieben waren. Ich wußte, daß eine Ausschreibung erfolgt, und wie Sie nachlesen können, war ich informiert, daß auch die ABO sich beteiligt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja aber bitte nur der Wahrheit eine Gasse. Die ÖKODATA als ÖKODATA ist durchaus auch außerhalb der ABO mit AKH-Aufträgen befaßt worden. Ich wollte jetzt nicht von der ABO reden, sondern von diesem ersten Auftrag, die Entscheidungsgrundlagen erging eindeutig ...

Dr. **Androsch:** Das war mir ebenso wenig bekannt wie die Auftragserteilung an andere, weil ich mit Auftragsvergaben bei keinem der Großprojekte befaßt war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt haben Sie durchaus gesagt, daß Sie sogar entschieden dem entgegengetreten sind, wenn jemand sich auf Sie berufen hat, um einen Auftrag zu bekommen. Sie haben das an irgendeiner Stelle oder sogar häufiger gesagt.

Was haben Sie nun getan, als bekannt wurde, daß es zur Empfehlung der Klinkchefs kam, Empfehlung der Consultatio durch die Klinikchefs? Was haben Sie dagegen unternommen?

Dr. **Androsch:** Ich habe das gelesen, Monate oder Jahre, nachdem folgendes passiert war. Erstens einmal stimmt nicht, daß die Klinikchefs jemand empfohlen haben, sondern auf die Frage der Klinkchefs, so ist es ja auch in presserechtlichen Auseinandersetzungen hervorgekommen, hat der Stadtrat Stacher die Consultatio genannt als eine Steuerberatungsfirma, die jahrelang und zuvor schon als Kanzlei Androsch für den Magistrat tätig war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und was haben Sie dann unternommen, als dies ruchbar wurde, sei es durch Lektüre der Zeitung oder wann immer Sie das erfahren haben?

Dr. **Androsch:** Das „ruchbar" muß ich zurückweisen, denn wenn eine Steuerberatungskanzlei als eine solche genannt wird, ist ja nichts Unerlaubtes, noch dazu, wenn sie dem, der sie benennt, jahrelang als Berater schon zur Verfügung steht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vizekanzler! Das ist aber dann nicht die energische Distanzierung, ich darf das wohl festhalten, wenn ein Stadtrat Ihrer Partei einer Runde von, ich glaube, es waren 50, 60 Universitätsprofessoren, wohl ausgelöst möglicherweise durch die Frage, die Firma des Vizekanzlers und Finanzministers empfiehlt, die Consultatio, dann ist das ein Unterschied.

Dr. **Androsch:** Erstens einmal ist das wieder eine Frage, die mit dem AKH überhaupt nichts zu tun hat. Zweitens ist presserechtlich folgendes herausgekommen: daß der Stadtrat Stacher Wert legt darauf, daß in den Kliniken die Dinge steuerlich in Ordnung sind. Und auf die Frage, was er empfiehlt und wen er empfiehlt, hat er gesagt, der Magistrat beschäftigt die Consultatio, bitte. Also was man dem entgegentreten soll, bitte, die Existenz der Consultatio hat ja niemand zu irgendeinem Zeitpunkt geleugnet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also auch, wie Sie das dann in den Zeitungen gelesen haben, nichts dagegen getan, daß der Name Ihrer Firma von politischen Verantwortungsträgern empfehlend ...

Dr. **Androsch:** Nein, entschuldigen Sie, ich muß das „Empfehlung" ganz entschieden zurückweisen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wollen Sie heute noch sagen, das war nicht einmal eine Empfehlung?

Dr. **Androsch:** Auf die Frage, wen man da benennen kann, sagt er, der Magistrat beschäftigt die Consultatio, also bitte. Erfreulicherweise gibt es aus ganz anderen Ecken, auch Ihrer Partei, oder hat es gegeben, in der Tat Empfehlungen, aber nicht wegen mangelnder Qualität.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun haben Sie sich doch um Details gekümmert im Zusammenhang mit dem AKH etwa, der Vorfall ist bekannt, als Sie zusammen mit dem Stadtrat Mayr die Verlegung des Sarglagers durchgesetzt haben. Stimmt dieser Vorfall?

Dr. **Androsch:** Ja ich habe Ihnen schon vorhin gesagt und verwiesen auf den ersten Aktionärsgipfel bereits, wo es uns von allem Anfang an um eine Kostenlimitierung und dazu erforderliche Einsparungen gegangen ist. Ich wollte Ihnen die Verlesung ersparen, aber ich darf es dann doch tun.

Tagesordnungspunkt 3, Blatt 5, 24. 3. 1976: Die dort aufgezeigten Möglichkeiten zur Kostensenkung (nämlich in dem Gutachten) wie folgt zu prüfen:

1. Reduzierung der Gesamtbettenanzahl.

2. Ob die Zahnklink in den Kern einbezogen werden soll.

3. Zusammenlegung von Doppelkliniken.

4. Bibliothek und Städtische Bestattung, Bereiche der theoretischen Medizin auszugliedern.

5. Die vorhandenen medizintechnischen Einrichtungen weitgehend in den neuen Gebäuden zu verwenden, und so weiter noch einige Punkte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, Sie haben sich also, sagen Sie jetzt, in Zusammenhang oder rund um die Politikergipfel, durchaus um Details gekümmert, sehe ich das richtig? Sie müssen, glaube ich, eine Verantwortungslinie sich zurechtlegen, Herr Vizekanzler. Entweder wollen Sie ...

Dr. **Androsch:** Bitte, was ich muß, Herr Abgeordneter, darf ich selber einteilen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie müssen sich eine konsistente Verantwortungslinie zurechtlegen, entweder Sie haben von nichts etwas gewußt oder Sie haben sich um Details gekümmert. Erklären Sie mir, ich will Sie nicht auf eine der beiden festlegen, was Sie nach Ihrer Sicht nun getan haben im Zusammenhang mit dem AKH seit Gründung der AKPE 1975. Haben Sie sich regelmäßig und ausführlich um Details gekümmert oder haben Sie sich um Details nicht gekümmert, Details, wie Sie sie genannt haben?

Dr. **Androsch:** Was ich muß oder nicht muß, darf ich bitte entscheiden, nicht böse sein. Und zweitens, zwischen weiß und schwarz gibt es eine ganze Farbenpalette. Es hat sechs Aktionärsgipfel gegeben, die dann gewünscht wurden von den Organen, wenn sie selbst mit dem Problem nicht zu Rande gekommen sind. Dort haben sie Vorschläge unterbreitet, und die wurden politisch gutgeheißen oder nicht. Die Vorbereitung dieser Entscheidungsgrundlagen, daß das Kümmern um die Details bei den Organen lag, ist ebenso klar, daß die arbitrierende Entscheidungswirkung eben der Politikergipfel herbeigeführt hat. Also das ist nicht ein entweder — oder, sondern ein sowohl — als auch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut, gehen wir es halt im Detail durch. Sie haben den Herrn Sek-

tionschef Waiz schweren Herzens zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates gemacht. Stimmt das, weil er ohnehin schon als Budgetsektionschef stark belastet war.

Dr. **Androsch:** Ja aus welchen Gründen immer, er war nicht vorgesehen, auch nach oder in dem Zeitpunkt noch neben dem IAKW diese Funktion zu übernehmen. Auf der anderen Seite war es der allgemeine Wunsch, gerade diese bei der IAKW von ihm gemachten Erfahrungen dort einzusetzen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie haben Sie ihn dann entlastet, als doch offenkundig wurde, spätestens nach Vorliegen des SSK-Gutachtens im März 1976, daß das AKH eine sehr schwierige Aufgabe ist? Wie haben Sie ihn dann entlastet?

Dr. **Androsch:** Ja wissen Sie, es gibt Leute, die haben einen Achtstundentag, und es gibt Leute, das habe ich Ihnen im November schon gesagt, die ein Beträchtliches mehr als dieses arbeiten, und zu letzteren gehört ganz sicherlich der Sektionschef Waiz, um nicht von einem vielfachen zu sprechen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist es deswegen, weil er den Tag dehnen mußte, zu den vielen Abendessen mit Winter und Konsorten gekommen?

Dr. **Androsch:** Ich weiß nicht, welche vielen Abendessen Sie meinen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waiz und der Vorstand haben sich regelmäßig, so liegen Aussagen vor, zu Abendessen getroffen. Ich muß daher schließen, daß dies nur möglich war, weil er untertags Sektionschef war. Zu regelmäßigen Arbeitsabendessen.

Dr. **Androsch:** Also, wie jetzt er im Detail seine Aufgabe wahrgenommen hat, bitte, wenn Sie es nicht schon getan haben, den Sektionschef Waiz zu fragen, aber es ist auch möglich, daß er sich mittag mit den Leuten getroffen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, es waren Abendessen, das ist konsistent mit Ihrem Hinweis, daß er ja tagsüber Sektionschef und voll ausgelastet war.

Dr. **Androsch:** Moment, von tagsüber habe ich nicht gesprochen. Ich habe gesagt, wann jemand nämlich eine Funktion und die andere wahrnimmt, ist nicht mit der jeweiligen Tageszeit in Verbindung zu bringen.

Abg. **Steinbauer:** (ÖVP): Würden Sie rückblikkend zu Ihrer Entscheidung stehen, denn rückblickend zeichnet sich ja ab, daß sich offensichtlich der Vorsitzende des Aufsichtsrates nicht genügend kontrollierend eingesetzt hat, anders wären die Meldungen, wie wir sie in diesen Tagen nicht nur aus den Zeitungen, sondern aus Kontrollamtsberichten haben und vorher aus Rechnungshof- und Kontrollamtsbericht, nicht erklärlich. Würden Sie rückblikkend sagen, hier ist doch ein gewisses Maß an culpa eligendo bei Ihnen.

Dr. **Androsch:** Diese Beurteilung kann ich überhaupt nicht teilen, weil ich schon vorhin gemeint habe, das, was moniert wird, soweit das überhaupt den Zeitungsmeldungen zu entnehmen ist, liegt jedenfalls zum weitaus überwiegenden Teil in der Zeit vor Gründung der AKPE. Auch die Schmiergelddinge haben weit vor der Zeit begonnen und sich im übrigen so abgespielt, daß ein Aufsichtsratvorsitzender, wenn nicht durch Zufall, darauf gar nicht kommen kann. Also kann man diesen Rückschluß nicht ziehen. Deswegen habe ich gesagt, daß der Aufsichtsrat weit mehr als irgendein anderer anderswo sich um seine Aufgaben gekümmert hat und daß weitaus früher als bei irgendeinem anderen nur ähnlichen Fall auch von den politischen Instanzen Kontrollen veranlaßt wurden, nämlich schon nach drei Jahren, nachdem zuvor mehr als zehn Jahre überhaupt keine vorgenommen oder verlangt wurden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Könnten Sie mir Beispiele nennen für das, er habe sich weit mehr als andere gekümmert.

Dr. **Androsch:** Ich würde glauben, daß die Liste der Aufsichtsratsitzungen im Vergleich mit Tauern Autobahn und Arlbergtunnel und IAKW das deutlich macht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Vergleichen Sie diese Vorhaben mit dem AKH? Sie sagen das so. Ist das für Sie gleichrangig? Arlbergtunnel, IAKW, AKH? Alles gleichrangig?

Dr. **Androsch:** Ja 11 Milliarden, 6 Milliarden, 1,1 Millionen Kubikmeter, also ungefähr ein Drittel. Der medizintechnische Teil kommt ja erst. Jetzt war ja der bautechnische Teil. Und in dem Punkt ist es ganz sicherlich in hohem Maße vergleichbar.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und würden Sie also auch angesichts der Berichterstattung in den Berichten, ich meine Rechnungshof, Kontrollamt, die von schweren Bauverzögerungen, von schweren Baumängeln, von schweren Versäumnissen reden, nach wie vor dabei bleiben, er hätte sich nicht nur in einem ausreichenden Maße gekümmert, sondern in einem weit darüber liegenden Ausmaß? Sie bleiben also dabei.

Dr. **Androsch:** Ja also, ich möchte präzisieren; für welchen Zeitraum denn die Mängel festgestellt wurden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waiz kann es nur 1975 bis 1980 betreffen.

Dr. **Androsch:** Eben. Und Sie erwähnen den Rechnungshof und Baumängel, und zum Bauen hat der Rechnungshof gar nicht Stellung genommen meines Wissens.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Kontrollamtsbericht, der neueste.

Dr. **Androsch:** Der Kontrollamtsbericht, soweit er mir bekannt ist, hat Mängel festgestellt, die weit vor 1975 liegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die halbe Milliarde Belege, die fehlen?

Dr. **Androsch:** Von welcher Zeit?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht vor 1975.

Dr. **Androsch:** Soweit ich das entnehmen konnte, liegen die Dinge ... *(Zwischenruf des Abgeordneten Bergmann.)*

Bitte, Herr Vorsitzender, das ist mir schon wichtig genug. Da wird also ein Vorwurf erhoben im Zusammenhang mit der Tiefgarage, die längst fertig war, als der Sektionschef Waiz die Funktion eines Aufsichtsratsvorsitzenden übernommen hat. Ich bin sehr dankbar und lege großen Wert auf diese Feststellung.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wollen Sie das Wort, Herr Kollege Kohlmaier?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Kurze Zwischenfeststellung, damit der Herr Zeuge hier nicht das Ganze in eine falsche Richtung bringt.

Was beanstandet wurde vom Kontrollamt, wir kennen den Bericht im Gegensatz zu Ihnen bereits, Herr Zeuge, ist, daß die Unterlagen darüber verschwunden sind.

Dr. **Androsch:** Worüber, darf ich fragen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Über den Bau der Tiefgarage.

Dr. **Androsch:** Aber wir sind einer Meinung, daß die Tiefgarage längst gebaut war ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Richtig. Aber der Hauptpunkt der Beanstandung ist, daß die Unterlagen weg sind. Und das wird wahrscheinlich nach dem Bau passiert sein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Nachdem das Vermutungen sind, meine Herren Abgeordneten, Herr Kollege Dr. Kohlmaier, Sie konnten jetzt überhaupt keinen Beweis, und den Kontrollamtsbericht habe ich versucht, in wesentlichen Teilen auch zu lesen, bringen, daß das Verschwinden von Belegen irgendwie den Aufsichtsratvorsitzenden Dr. Waiz in dem Gegenstand, der jetzt erörtert wurde ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Dann schlage ich Ihnen vor, dann reden wir darüber mit dem Zeugen nicht, weil das gar nicht in seinen Verantwortungsbereich jetzt in diese Richtung hin fällt. Mit dem Untersuchungsauftrag, den wir haben, meine Herren, wenn ich Ihnen in Erinnerung rufen darf: Punkt 1: Zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO ... *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das kennen wir!)* Bitte? Dann ist es gut, dann halten Sie sich daran bitte.

Dr. **Androsch:** Es wurde an mich die Frage gerichtet, ob ich verantworten kann die Berufung des Sektionschefs Dr. Waiz als Vorsitzenden zum Aufsichtsrat, wo sich doch jetzt herausstellt, daß die Belege nicht einmal da sind. Und ich lege Wert auf die Feststellung, daß das Fehlen der Belege sich auf Bauten bezieht, die lange vor der Gründung der AKPE abgeschlossen wurden von einer ganz anderen Instanz und damit auch das Rechnungswesen und Belegwesen von dieser wahrzunehmen war und lange bevor der Sektionschef Waiz für so etwas überhaupt verantwortlich sein konnte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, ich möchte nur festhalten, daß ich das Wort „Belege" nicht einmal in den Mund genommen habe, sondern daß ich von einem Kontrollamtsbericht und einem Rechnungshofbericht sprach. Und bitte, da ich im Ausland war ...

Dr. **Androsch:** Aber im Rechnungshofbericht ist zum ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie mich ausreden lassen und nicht immer so fein unterscheiden zwischen Baugeschehen und sonstigen Geschehen. Meine Frage war generell um den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und bitte, wenn ich Kontrollamtsbericht gemeint habe, dann habe ich den vom vorigen Jahr gemeint, weil ich im Gegensatz zum Herrn Vizekanzler den neuen Kontrollamtsbericht noch gar nicht gesehen habe, er hat ihn offensichtlich schon gelesen; sonst könnte er hier nicht argumentieren. Kommen wir zur Frage.

Dr. **Androsch:** Ich protestiere! Es ist unwahr, daß ich den Bericht gesehen habe, ich habe gesagt, soweit ich aus Zeitungsmeldungen. Bitte mir nichts zu unterschieben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Will ich nicht. Kommen wir zur Frage. Würden Sie auch angesichts der Tatsache, daß etwa der Kontrollamtsbericht, und ich meine jetzt den vom vorigen Jahr, damit kein Zweifel aufkommt, oder die Tatsache, daß der maßgebliche Direktor in Untersuchungshaft sitzt, et cetera, et cetera, nach wie vor meinen, daß Sektionschef Waiz überdurchschnittlich seinen Aufgaben nachgekommen ist? Sind Sie nach wie vor der Meinung?

Dr. **Androsch:** Ja dieser Meinung bin ich, denn wenn sich jemand Verfehlungen schuldig macht, das weiß man nachher. Wenn man es vorher wüßte, so hätte man ihn nicht dazu gemacht, ganz abgesehen davon, daß das eine Syndikatsentscheidung eines Syndikatspartners war und nicht des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also der Gratz ist schuld, daß der Winter Direktor wurde.

Dr. **Androsch:** Das war der Vorschlag der Stadt Wien, zu dem sie kraft Syndikatsvertrages berechtigt war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt, wie oft hat Sie der Sektionschef Waiz informiert? Es kann nicht ausreichend gewesen sein bei so einem Großbau als Bauherr 50 Prozent, als Gesellschafter 50 Prozent, einmal pro Jahr im Zusammenhang mit einem Politikergipfel informiert worden zu sein.

Dr. **Androsch:** Also Bauherr ist die Gesellschaft und nicht der Eigentümervertreter. Und wenn der Bauherr Probleme sah, die er im Vorstand und im über das sonstige Maß hinausgehend tätigen Aufsichtsrat die Notwendigkeit gesehen hat, die Eigentümervertreter zur Entscheidung aufzurufen, weil sie offenbar in den Organen nicht herbeigeführt werden konnten, so ist das geschehen. Nämlich sechsmal, was in anderen Fällen nicht der Fall war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben sich also einmal im Jahr rund um den Politikergipfel vom Sektionschef Waiz informieren lassen.

Dr. **Androsch:** Bei der Budgeterstellung, wenn es darum gegangen ist, und die Budgeterstellung zieht sich ja bekanntlich über einige Zeit hin, wenn die relevanten Posten zur Diskussion stehen, ob das benötigt wird und ob der Baufortschritt ein solcher ist. Und das wurde positiv beantwortet. Und wenn etwas positiv von den Organen beantwortet wird, dann sind andere Dinge nicht notwendig. Ich meine, bei einigen Dutzenden Gesellschaften und bei einigen Bauträgergesellschaften war nicht einmal das in diesem Ausmaß erforderlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber bitte können Sie mir jetzt präziser sagen, wie oft Sie sich als Vertreter Bund, 50%-Gesellschafter bei dem von Ihnen delegierten Sektionschef per anno informiert haben? Damit ich Sie nicht mißverstehe und sage, Sie haben Sie dreimal im Jahr informiert. Einmal zum Politikergipfel, der war im Durchschnitt einmal im Jahr seit 1976 und dann noch einmal oder zweimal rund um die Budgeterstellung. Das kann ja nicht genügend gewesen sein.

Dr. **Androsch:** Ja, welche Funktionen, wenn Organe eingesetzt waren, hat eigentlich der Aktionärsvertreter? — Theoretisch überhaupt nur die in der Gesellschafterversammlung. Das ist die Übung bei all diesen Bauten bisher gewesen.

In diesem Fall, weil es eben ein Bau besonderer Art war, hat es viel häufigere und entscheidungsorientierte Dinge gegeben, Informationen, die dann zu solchen Entscheidungsgipfeln geführt haben, und darüber hinaus, dem mußte ja auch etwas vorangegangen sein, Entscheidungen, Kontrollen herbeizuführen, Prüfungen herbeizuführen, die anderswo zu einem so frühen Zeitpunkt, nämlich nach dreijähriger Existenz einer Gesellschaft, gewiß nie erfolgt waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, aber Sie haben sich ja jetzt relativ, wie soll ich es sagen, auf einen sehr engen Gesellschafterbegriff zurückgezogen. Sie haben sich auf der anderen Seite im Zusammenhang mit den von Ihnen vorhin zitierten Entscheidungen durchaus auch um Details des Baugeschehens oder, als Beispiel von Ihnen selber genannt bei der letzten Vernehmung, um die Situierung des Sarglagers gekümmert.

Wie war nun Ihr Informationsstand im Zusammenhang mit der Betriebsorganisation? Ich frage das so genau, weil die Betriebsorganisation von Anfang an durch alle Sitzungen zu Recht, wie ich meine, als zentrale Frage geistert und weil ihr Nichtvorhandensein, zeitgerechtes Nichtvorhandensein, wahrscheinlich ein wesentlicher Mangel in der ganzen AKH-Entstehung ist, ein politisch zu verantwortender Mangel.

Dr. **Androsch:** Wir haben uns nicht um Details gekümmert, auch nicht um die Situierung des Sarglagers, sondern um Einsparungen, um ein Kostenlimit zu erreichen. Und die diesbezüglichen Vorschläge sind ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vizekanzler, darf ich Sie ausnahmsweise einmal unterbrechen. Bei der Situierung des Sarglagers bin ich auch Ihrer Meinung, da haben Sie selber gesagt, um Gottes willen, wir standen dort, fanden einen Großraum, der Meier und ich, und haben gesagt, um Gottes willen, das Sarglager kann doch nicht im Zentralgebäude untergebracht werden. Dies meinte ich mit: Sie haben sich um die Situierung des Sarglagers gekümmert, und ich bin Ihrer Meinung, daß man das sicher dort nicht richtig situiert hat.

Dr. **Androsch:** Um die Dislozierung, wenn Sie so wollen, im Interesse der Kostenlimitierung haben wir uns bei der Behandlung der Kostenlimitierung gekümmert. Fragen, die die Organe in sich lösen konnten und gelöst haben, haben

den Aktionärsgipfel nie beschäftigt. Die Betriebsorganisation, von der Sie sagen, daß sie angeblich immer auf der Tagesordnung war, war nicht auf der Tagesordnung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vizekanzler, ich habe nicht gesagt, die auf der Tagesordnung der Politikergipfel war, sondern ich habe gesagt, die von Anfang an zu Recht die Organe beschäftigt. Bitte, die Organe sind mehr als nur der Politikergipfel. Und die Frage der Betriebsorganisation kommt zu Recht gleich von Anfang an hoch. Wann haben Sie erstmals von der ...

Dr. **Androsch:** Ich kann das nicht beurteilen, aber da das 1978 erst vergeben wurde, kann das in der Form nicht hoch gekommen sein, da war zunächst ein Tagesordnungspunkt projektbezogene Gutachtertätigkeit, die in der Form gar nicht realisiert wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt hat aber der Winter etwa sich sehr früh schon mit einer Organisationsfrage innerhalb der AKPE beschäftigt. Wie weit waren Ihnen Kontakte zwischen der CONSULTATIO und Winter bekannt?

Dr. **Androsch:** Welche meinen sie?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es gibt eine Projektmanagementsituation im Bereich des Neubaus AKH, einige Gedanken zur Projektmanagementsituation vom 21. 7. 1975, gezeichnet Winter, in der die CONSULTATIO zweimal namentlich erwähnt wird, und sie ist, wenn ich das Papier richtig in Erinnerung habe, auf dem Sektor die einzige Firma, die namentlich aufscheint, und insgesamt bei den Firmen, die namentlich erwähnt werden, eine von drei.

Dr. **Androsch:** Ich glaube, wir können uns darauf einigen, daß 21. 7. ein Datum ist, bei dem die AKPE, die am 9. 9. gegründet war, noch gar nicht existiert hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber wir können uns auch darauf einigen, daß es nach der Weichenstellung war, eine Gesellschaft zu gründen.

Dr. **Androsch:** Darf ich ausführen? Zweitens befaßt sich dieses Papier mit einer Magistratsorganisationsform der MA 17, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Drittens wird die CONSULTATIO, die für den Magistrat tätig war, zum Beispiel genannt, und viertens ist das nie zustande gekommen. Der Vorschlag hätte auch entsprechende politische Entscheidungen im Stadtsenat und im Gemeinderat erforderlich gemacht, wenn man nach diesem Gedankenmodell den Magistrat umgekrempelt hätte, ist ja nicht zustande gekommen.

Und schließlich letztens war mir zu diesem Zeitpunkt der Herr Dipl.-Ing. Winter nicht einmal nach seiner Existenz bekannt, geschweige denn persönlich. Kennengelernt habe ich ihn bei der Gründungssitzung, wo auch der Vorstand etabliert wurde, und danach, glaube ich, bei drei Aktionärsgipfeln, bin ich ihm oder er mir begegnet und wahrscheinlich bei der Gleichenfeier. Aber da waren so viele Leute, da kann ich mich sicherlich nicht erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und welchen Eindruck hat Dipl.-Ing. Winter auf Sie gemacht?

Dr. **Androsch:** Am Aktionärsgipfel, wo eine Diskussion zwischen den Aktionären war, und der Vorstand hat nur das Material geliefert, muß ich sagen, gar keinen solchen und keinen anderen, weil dazu für keines der Vorstandsmitglieder Gelegenheit war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wir sind aber schon einer Meinung, daß eine Notiz vom 21. 7. 1975 einmal zeitlich nach der Weichenstellung von Mai/Juni zwischen Androsch und Kreisky und den Beteiligten liegt?

Dr. **Androsch:** Ja, aber in einer Richtung, die in der entgegengesetzten Richtung von der Gründung einer Gesellschaft war, nämlich Magistratumgestaltung der für den Betrieb zuständigen MA 17. Also wenn man dem Gedankenmodell gefolgt wäre, das da beschrieben wird und das nie realisiert wurde, dann hätte es nicht zwei Monate später die AKPE geben dürfen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Noch einmal, das Ja bestätigt also, daß das Papier nach der grundsätzlichen Weichenstellung entstanden ist, wenn es am 21. 7. 1975 entstanden ist.

Dr. **Androsch:** Sie können sich unschwer vorstellen, daß der Bundeskanzler und ich nicht jemanden darüber informiert haben, den wir persönlich überhaupt nicht gekannt haben, schon gar nicht über eine Lösung, die in diamentralem Gegensatz zu dem Gedankenmodell steht. Das Gedankenmodell hat ja nur einen Sinn gehabt für jemanden, der noch nicht wußte, daß ein ganz anderes Modell realisiert wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bevor ich auf diesen Punkt eingehe, doch noch eines, damit hier kein Mißverständnis entsteht. Ich denke nicht im Schlafe daran, daß Sie oder der Herr Bundeskanzler den Herrn Winter informiert haben oder entriert haben, die CONSULTATIO hier zu verwenden. Ich glaube, daß dies nicht der Fall war. Mir geht es nur vom Zeitpunkt her dahin gehend, daß es nach der Weichenstellung war. Das haben Sie bejaht. Zweitens, Gegenfrage ...

Dr. **Androsch:** Ich kann es nicht ausschließen, Spätfrühjahr ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wir haben, bitte, vorhin Mai/Juni genannt. Dies ist ein Papier von Ende Juli, und Sommer haben Sie auch im November nicht erwähnt. Sie haben im November, am 11. 11., von Spätfrühjahr gesprochen. Jetzt haben wir auch Mai/Juni, bitte ein Papier vom 21. Juli würden Sie auch in der vagesten Erinnerung nicht mehr als Spätfrühjahr bezeichnet haben, sondern da ist schon Sommer gewesen.

Dr. **Androsch:** Aber, Herr Abgeordneter, merken Sie nicht, daß der Mann sich mit einem Gedankenmodell beschäftigte, ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darauf komme ich noch.

Dr. **Androsch:** ... das ganz anderer Art war als die dann realisierte Lösung mit einer Bauerrichtungsgesellschaft?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich darauf später kommen.

Wir sind auch einer Meinung, daß Sie wiederum nicht ausschließen können, daß der Herr Winter sehr wohl Ende Juli von der grundsätzlichen Weichenstellung schon Bescheid wußte, daß eine Gesellschaft angepeilt wird.

Dr. **Androsch:** Sie wollen ja von mir Wahrnehmungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, Sie können es nicht ausschließen. Sie haben aber eine gegenteilige Vermutung gerade ausgesprochen ...

Dr. **Androsch:** Für mich ergibt das jedenfalls keinen logischen Sinn, daß jemand ein Modell verfolgt, das ganz anders ist als eine Lösung, die realisiert ist, wenn er von der weiß. Ich meine, was hat das für einen Sinn?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun bitte ist hier im Gegensatz zu Ihren Ausführungen — vielleicht haben Sie das Papier nur flüchtig jetzt in Erinnerung — von einer Magistratsumorganisation nicht die Rede, sondern es ist ausdrücklich von einem drei- bis vierköpfigen Vorstand die Rede, also von einer auf eine Firma hingehenden Vorstellung, dies ist in meinen Augen weit weg von allen Magistratsüberlegungen, und es ist die Rede von einer Umorganisierung der Bauleitung, und es paßt daher voll in das Bild, das einer ...

Dr. **Androsch:** Ist von der MA 17 die Rede?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nicht von der MA 17 ist die Rede hier, sondern das Papier setzt ein: „Auf Grund des organisatorischen Statuts quo wird für die folgenden Überlegungen einer Reorganisation der Bauleitung gedanklich ein Modell derartig zugrunde gelegt, daß ab einem gewissen Zeitpunkt alle Aufgaben von einem drei- bis vierköpfigen Vorstand wahrgenommen werden."

Also in meinen Augen paßt dieses Papier vom zeitlichen Ablauf — im Juli zeitlich situiert — genau in den Zustand, wo die endgültige Rechtsform der Gesellschaft nicht bekannt ist, wo von Vorstandsdirektoren die Rede ist, ohne daß man sich genau festlegen will.

Und nun beginnt einer nachzudenken und beginnt ein Organisationsmodell zu entwikkeln, mit Blick auf eine ihm noch nicht näher bekannte Gesellschaftsform, ausgehend von der gegenwärtigen Situation einer Bauleitung, die vorhanden war.

Dr. **Androsch:** Aber die Bauleitung, auf die sich das bezieht, war ja im Schoß des Magistrats. Daher bezieht sich alles auf den Magistrat, während die Entscheidung, eine Gesellschaft zu gründen nach Muster, eine so klar andere ist, daß der ganz sicherlich das nicht meinen konnte, nicht gemeint hat, ob er es jetzt gewußt hat oder nicht. Fragt man sich dann nur, warum zerbricht er sich für eine Umorganisation des Magistrats, auf den sich das nur beziehen kann, den Kopf?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, es ist also Ihre Wahrnehmung, Ihre Meinung. Ich kann es nicht ändern.

Dr. **Androsch:** Reorganisation der Bauleitung, und die lag im Magistrat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir ist der Winter hier in den Vernehmungen nicht als ein skurriler weltfremder Typ begegnet, sondern ich kann mir nur vorstellen, wenn jemand Vorstandsdirektoren vorsieht, daß er Bauleitung nun nicht mit MA sowieso umschrieben hat, was ja auch auffällig ist, sondern daß er vom Ausgangszustand Überlegungen in ein Modell hin anlegt.

Nun haben Sie sich mit dem Papier sicherlich befaßt, und die Frage ist: Was haben Ihre Recherchen nun ergeben, als dieses Papier auch in der Öffentlichkeit auftauchte, wieso da die Consultatio in einem so frühen Zeitpunkt — vor der Bestellung Winters — von Winter an so maßgeblicher Stelle erwähnt wird? Denn immerhin bitte will er ja die Consultatio anstelle des Vorstandsbereiches Finanzwesen — wenn Sie den letzten Satz des ersten Absatzes anschauen — einsetzen. Was haben da Ihre Erkundigungen ergeben, oder Sie haben sich gar nicht erkundigt?

Dr. **Androsch:** Für mich — dazu brauchte ich keine Erkundigungen — ist klar, daß das zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, bevor die AKPE

geschaffen wurde, aber wo eine andere Form schon feststeht und beispielhaft die Consultatio genannt wird und daß weder das Modell realisiert wurde noch die Consultatio in einer solchen Form eingeschaltet worden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sehen also auch die Übernahme des Zacek als Leiter des Rechnungswesens nicht als eine, wie soll ich sagen, Spätform dieses Papiers an?

Dr. **Androsch:** Gewiß nicht, denn, wenn ich das Papier richtig verstehe, hätte es sich ja darum gehandelt, allerdings in einem anderen Modell, einen Funktionsbereich auszuklammern, was ja nicht erfolgt ist. Es ist ja in der Person des Dr. Schwaiger jemand dafür im Vorstand benannt worden, im Vorstand der AKPE, und, wenn Sie wollen, der Leiter des Rechnungswesens, der Oberbuchhalter, hat ja bekanntlich eine andere Funktion als die hier beschriebene. Im übrigen hat Dr. Zacek das ja als eigenverantwortlicher Wirtschaftstreuhänder gemacht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun, Herr Vizekanzler, doch eine Frage hinsichtlich des weiteren Entwicklungsganges. Nun fällt auf, daß man rückblickend halt beobachten muß, daß einerseits solche Papiere, wenn auch in einer Taschenbuchform — Zacek wird es dann —, sich durchsetzen, aber vor allem fällt eines auf: Es beginnt die ÖKODATA ab dem Jänner 1976, Wochen bis Tage nach ihrer Gründung, voll in das AKH-Geschäft einzusteigen, und es kommt zu einer Leistungs- und Geldflußverschränkung mit der CONSULTATIO, die man doch wohl heute nicht mehr leugnen kann.

Vorfrage: Was hat Sie veranlaßt, nach Ihren eigenen Worten, die Räumung der CONSULTATIO-Räume durch die ÖKODATA durchzusetzen? Sie haben im November gesagt: Als Sie merkten, daß die in der CONSULTATIO sitzen, haben Sie die Räumung verlangt. Was hat Sie veranlaßt?

Dr. **Androsch:** Ja weil ich beim besten Willen nicht eingesehen habe, daß die Möglichkeiten — schließlich sind ja damit auch Kosten verbunden — von einer anderen Firma, für die ich bestenfalls Verständnis haben konnte, daß Dritte sich hier nach ihren Kenntnissen und Interessen eine Betätigung suchen, daß sie hier sozusagen ihre Kosten abladen und ihren Standort haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War das also nicht auf der Basis von Gegenverrechnung die Benützung der Räumlichkeiten? Das würde allerdings im Widerspruch zu Zeugenaussagen stehen.

Dr. **Androsch:** Das weiß ich nicht. Ich wollte gar nicht in die Situation kommen, daß hier Streitereien über Angemessenheit bestehen und daß über Raumaufteilung, wo dann immer Knappheit herrscht, Streitereien entstehen. Ich würde auch keine andere Firma — auch Shell nicht — aufnehmen als Untermieter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also auch gegen Entgelt, was ja geschehen ist, haben Sie gemeint, müsse aus den von Ihnen genannten Gründen die ÖKODATA ausziehen?

Dr. **Androsch:** Da ergeben sich persönliche Kontakte und so weiter. Also niemand kann da ernsthaft ein Interesse haben, daß so etwas besteht, ganz das Gegenteil.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber, Herr Vizekanzler, jetzt sind Sie doch schon auf der Basis, es würden sich persönliche Kontakte ergeben, penibel gewesen, was die Lokalisierung der ÖKODATA betrifft. Wann ist Ihnen dann aufgefallen, daß es doch zu einer regelmäßigen Leistungsverschränkung und auch zu Geldverschränkung gekommen ist zwischen CONSULTATIO und ÖKODATA?

Dr. **Androsch:** Erst als ich davon gelesen habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Heißt das, daß sie Ihr Geschäftsführer der CONSULTATIO, wenn er mit Ihnen den Jahresabschluß gemacht hat, nicht aufgeklärt hat über entsprechende Geldtransaktionen?

Dr. **Androsch:** Also selbst bei Firmen, für die ich verantwortlich war im Ministerium, hat es keine Bilanzbesprechung gegeben. Wenn ich einen Geschäftsführer habe, erwarte ich, daß er seine Aufgaben pflichtgemäß erfüllt, und der Jahresabschluß ist eine Formsache, notabene bei einem Dienstleistungsbetrieb. Welche Klienten, wen er aufgenommen, wen er entlassen hat, darum habe ich mich nie gekümmert, denn dazu habe ich gar keine Zeit gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun haben Sie aber Sorgen gehabt und diese auch geäußert über den Personalzuwachs in der CONSULTATIO. Wie wurde Ihnen der begründet?

Dr. **Androsch:** Mit den gestiegenen Aufgaben. Mir schien das zu großes quantitatives Wachstum, denn ich habe denen schon im November gesagt, bei einem Dienstleistungsbetrieb ist ja Personalzuwachs nicht unbedingt etwas Erfreuliches.

Beschäftigungstherapeutische Übungen, habe ich gefunden, sind nicht das, was wir brauchen. Mir schien da die Qualitätsbezogenheit, was sich leichter sagt als durchführt, viel wichtiger, was aber oft ungleich schwieriger ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wollen Sie nun dem Ausschuß klarmachen, daß Sie sich einer-

seits um den Personalzuwachs gekümmert haben, aber andererseits nicht die damit zu verkoppelnde Frage nach Klienten oder anderen Kunden gestellt haben?

Dr. **Androsch:** Ganz sicherlich nicht, weil das Augenfälligste ist der Personalstand. Daß da Dutzende und Aber-Dutzende Klienten kommen und gehen — denn bis man einen Umsatz zusammenbringt mit der Buchhaltung und der Lohnverrechnung und so weiter, das wird ja der Herr Präsident Böck bestätigen, ist schwierig. Was die zu einem späteren Zeitpunkt, in dem Fall sogar sehr frühen anlangt, sind alle Klienten von den Treuhändern sozusagen auf sehr strenge Unvereinbarkeiten durchgefuchst worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, aber der Herr Präsident Böck wird auch mir bestätigen, daß es wahrscheinlich in keiner Firma der Welt genügt, wenn der Eigentümer oder Mehrheitseigentümer sagt, die Personalstände sind zu hoch, baut sie ab, und sich dann zurücklehnt, sondern gerade, wenn der Eigentümer ein Fachmann von hohem Rang ist, wie Sie es sicher sind, dann wird er doch in einen Dialog eintreten, wie können wir durch andere Klienten, durch andere Kunden vom Kleingeschäft, nennen wir es einmal so, vom personalintensiven Kleingeschäft zu größerem kommen? Irgendein Gespräch darüber haben Sie nicht geführt?

Dr. **Androsch:** Nein! Und im übrigen, die ÖKODATA und was da alles an Verflechtungen ist, das war also im höchsten Maße Kleingeschäft. *(Ruf: ABO-Auftrag?)*

Den ABO-Auftrag hat ja nicht die CONSULTATIO gekriegt, die hat für Firmenteile der ABO-Firmen Lohnverrechnung und Buchhaltung gemacht. Das sind minimale Umsätze, wie man sich unschwer vorstellen kann, denn woher soll da ein großer Aufwand kommen an Lohnverrechnung oder Buchhaltung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich kann das nicht im einzelnen beurteilen, da mir ja die Jahresabschlüsse der CONSULTATIO im einzelnen nicht bekannt sind, daher kann ich das nicht beurteilen.

Würden Sie die Jahresabschlüsse in diesen fünf kritischen Jahren größenordnungsmäßig sagen oder würden Sie das als Geschäftsgeheimnis betrachten?

Dr. **Androsch:** Ich weiß sie gar nicht!

Bilanzen sind ja erst recht, entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Steinbauer, bei einem Dienstleistungsbetrieb irrelevant, weil die Bilanzsumme erst recht wieder minim ist. Also das einzig Relevante sind Umsatzzahlen und Personalaufwand, alles andere ist nahezu négligeable.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie wollen also dem Ausschuß sagen, daß Sie sich nur um den Personalaufwand gekümmert haben und etwa nicht um den Umsatz, oder verstehe ich Sie falsch?

Dr. **Androsch:** Ja, das kann ich Ihnen sehr einfach sagen, weil ich von meiner Mutter, die die Lohnverrechnung gemacht hat und macht, über den Personalstand informiert war, es aber über die anderen Dinge, die die Geschäftsführung gemacht hat, nicht war, mit der bin ich also kaum zusammengekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und über die Liquiditätsenge, die sich ergeben hat, was ein Darlehen notwendig machte, wurden Sie auch nicht informiert?

Dr. **Androsch:** Ob eine Geschäftsführung eine Liquiditätsenge bei der Bank gegen Zinsen oder bei einem Geschäftsfreund gegen Zinsen überbrückt, also ganz sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also auch in Größenordnungen von 1,5 Millionen, um das hat es sich ja gehandelt, das war unter Ihrer Wahrnehmungsschwelle?

Dr. **Androsch:** Ja, ganz sicher!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben auch nicht nachträglich diese Liquiditätsenge bzw. das 1,5-Millionen-Schilling-Darlehen in irgendeiner Weise diskutiert?

Dr. **Androsch:** Was soll ich ein zurückgezahltes Darlehen diskutieren?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sagen also, daß es Ihnen auch gleichgültig war, daß es zu diesem Darlehen, das ja immerhin zwischen der Firma ÖKODATA und der Firma CONSULTATIO geschehen ist, gekommen ist? Sie würden das also auch rückblickend nicht als eine unzulässige Verflechtung ansehen?

Dr. **Androsch:** Ganz sicherlich nicht, weil es ist ja einer juristischen Person freigestellt, einer anderen juristischen Person ohne Vorteil, nämlich gegen entsprechende Verzinsung, eine Liquiditätshilfe zu geben. Also in keiner Weise etwas Unerlaubtes!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und halten Sie es für nicht unüblich, daß eine Firma statt am Bankmarkt plötzlich ein Darlehen bei einer anderen Firma nimmt?

Dr. **Androsch:** Nein, wirklich nicht, sonst dürfte es keinen Lieferanten-Kredit geben. Das ist eine der wichtigsten Kreditformen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wollen Sie damit

sagen, daß die ÖKODATA gewissermaßen die Funktion eines Lieferantenkreditgebers gehabt hat?

Dr. **Androsch:** Nein, das ist schon vom Wort her unmöglich, weil zwischen diesen beiden Firmen Lieferungen nicht stattgefunden haben. Sie haben mich gefragt, ob zwischen Firmen Liquiditätshilfen möglich sind, und darauf sagte ich, das gehört mit zu den wichtigsten Kreditformen im österreichischen Wirtschaftsleben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber hat die ÖKODATA nicht doch die Rolle eines Lieferanten, eines Lieferanten von Aufträgen indirekter Art für die CONSULTATIO erfüllt? War das nicht in den Jahresumsätzen erkennbar?

Dr. **Androsch:** Ganz sicherlich nicht, denn die ÖKODATA war Leistender durch ihre EDV-Einrichtungen in einem weitaus höheren Maß als etwa die bescheidenen wirtschaftstreuhänderischen Tätigkeiten in der anderen Richtung, sodaß per saldo ein Leistungsfluß zur ÖKODATA und nicht von der ÖKODATA erfolgt ist.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Steinbauer, ich möchte nur aus meiner Kenntnis sagen: Nach allem, was wir aus dem Betriebsprüfungsbericht wissen, war das gar kein Darlehen, sondern war so quasi ein Verrechnungskonto, das dann aufgesaugt wurde durch die Leistungshonorare.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich bitte, diese Belehrung dem Zeugen zu geben, er hat nämlich in seiner Vernehmung vom November konstant und auch mehrfach befragt abgelehnt, dies als Leistungsentgelt zu bezeichnen, sondern hat es als Darlehen bezeichnet. Er wird sich daran erinnern, weil er hat sichtlich die Vernehmung nachgelesen vor dem heutigen Auftritt.

Dr. **Androsch:** Sie werden es nicht glauben, ich habe sie nicht nachgelesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dann haben Sie ein gutes Gedächtnis, das im Widerspruch zu vielen Erinnerungslücken steht, die Sie sonst hatten. Wenn ich das festhalten darf.

Dr. **Androsch:** Wo haben Sie denn eine Lücke festgestellt?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann der Gipfel war Kreisky — Androsch, wann Sie das erste Mal von der ÖKODATA erfahren haben, wann Ihnen der Bauer das Treuhandpapier gezeigt hat oder nicht gezeigt hat, wann er Sie angesprochen hat.

Dr. **Androsch:** Entschuldigen Sie, ich habe zwar ein gutes Gedächtnis. Aber wenn ich Ihnen auf Wochen genau sagen kann, was 1975 passiert ist, halte ich das für ein ganz gutes Gedächtnis. Entschuldigen Sie, daß es nicht so weit geht, daß ich Ihnen Tag, Ort und Stunde auch noch erinnerlich sagen kann. Aber als Lücke würde ich das nicht bezeichnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich empfinde es als Lücke, wenn Sie Unschärfe von der Aussprache über den Treuhandvertrag, sagen wir Aussprache, von zwei Jahren ursprünglich hatten. Wir haben uns dann alle eingependelt auf 1975, aber Sie begannen mit 1973, aber lassen wir das.

Dr. **Androsch:** Moment, Sie unterstellen mir schon wieder etwas. Ich habe gesagt, das erste Mal hat 1973/74 etwa Dr. Bauer gesagt, daß er solche Absichten haben. Können Sie sicherlich nachlesen. Im Frühjahr 1975 ist er an die Konkretisierung, so meinte ich, geschritten und hat gefragt, ob ich mittue. Das habe ich abgelehnt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich will festhalten, daß es hinsichtlich dieses Papiers keine Zeugen gegeben hat und daß Sie sagen, es war so. Ich will das so festhalten, das ist Ihr gutes Recht.

Dr. **Androsch:** Sie haben ja in der Zwischenzeit Zeugenaussagen gehabt, aus denen ja klar hervorgeht, daß der Herr Dipl.-Ing. Rumpold das immer nur so andeutungsweise oder Dritten gesagt hat, nicht wahr?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich glaube, daß das viel handfester war, aber ich will das nicht anschneiden, ich meine, Sie können mich dazu drängen, ich will es nicht.

Die letzte Frage: Die CONSULTATIO war ja ganz gewichtig im medizin-technischen Beratungsgeschäft. Bitte das war im Zusammenhang mit der Gemeinde Wien über Jahre gehend ein Forte der CONSULTATIO. Ihr Hauptmitarbeiter damals hieß Rumpold. Er war zwar nur im Werkvertrag beschäftigt, aber die CONSULTATIO war am Markt durch -zig Besprechungen und Besprechungsunterlagen zu belegen.

Dies ändert sich schlagartig mit der Gründung der ÖKODATA. Frage an Sie: Haben Sie als Eigentümer der CONSULTATIO nicht ein Defizit im Geschäft, ein Verschwinden von einschlägigen Geschäften bei der CONSULTATIO registriert?

Dr. **Androsch:** Also zunächst war — um es noch einmal zu sagen — die CONSULTATIO nach meinem Wissensstand nie im medizintechnischen Bereich tätig und hat dafür auch gar keine Voraussetzung gehabt, weil medizintechnisch etwas anderes ist als Kostenrechnung.

Zum zweiten habe ich nachträglich erfahren, daß gewisse Kostenrechnungsarbeiten oder

Vorarbeiten für die Gemeinde Wien die CONSULTATIO gemacht hat, aber deren Nichtfortsetzung umsatzmäßig kaum eine Bedeutung gehabt hat für die CONSULTATIO.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wir haben ein Faksimile einer Abmeldung — Arbeitsbestätigung —, die einerseits auf die ÖKODATA lautet, andererseits mit dem Stempel der CONSULTATIO versehen ist. Nun kennen Sie die internen Betriebsabläufe und können mir dadurch leichter erläutern, wieso ein Stempel, der eigentlich in der Holzmeistergasse 9 sein müßte, auf eine Urkunde für eine Firma in der Neulerchenfelder Straße kommen kann. Ich zeige Ihnen das nur, weil ich wirklich bitte, mir das zu erläutern. Sie hören es nicht zum ersten Mal, Sie haben es irgendwann von mir schon gehört. Das ist für mich immer noch ein Wunder der Natur, wie man einen Firmenstempel aus dem 21. Bezirk für eine Firma im 16. Bezirk machen kann.

Dr. **Androsch:** Herr Abgeordneter Steinbauer! Ohne die Abläufe im einzelnen zu kennen, ist ganz klar, wenn ein Wirtschaftstreuhänder für einen Dritten die Lohnverrechnung macht — dazu gehört auch die Sozialversicherungsverrechnung —, daß er auf die bezüglichen Formulare seinen Stempel daraufgibt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie halten also Verwechslungsmöglichkeiten für durchaus möglich, oder war das eine Bestätigung der CONSULTATIO für einen ÖKODATA-Vorgang?

Dr. **Androsch:** Wenn jemand beauftragt ist als Wirtschaftstreuhänder die Lohnverrechnung einschließlich der Sozialversicherungsverrechnung zu machen, dann erfolgen alle diese Tätigkeiten und Behördenkontakte von dort, ob das die Steuererklärung gegenüber der Finanz ist oder irgendwelche An- und Abmeldungen oder monatlichen Abrechnungen gegenüber der Krankenkasse sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, der volle Arbeitsvorgang für die ÖKODATA wurde von der CONSULTATIO durchgeführt.

Dr. **Androsch:** Ich weiß nicht, was im einzelnen gemacht worden ist, aber da die Lohnverrechnung gemacht ist und Sie mir ein darauf bezügliches Formular zeigen, das die Firma ÖKODATA und einen Mitarbeiter betrifft, aber die Lohnverrechnung und alles damit Verbundene vom Wirtschaftstreuhänder gemacht wird, ist ganz klar, daß der, der das dorthin schickt in die — wie heißt die Gasse? —, also zur Krankenkasse, ist ja egal ... *(Ruf: Renngasse!)*

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Renngasse. Das heißt also, daß die CONSULTATIO alle Detailvorgänge der Lohnbearbeitung, der Lohn- und Gehaltsbearbeitung für die ÖKODATA gemacht hat. Verstehe ich das richtig?

Dr. **Androsch:** Die Buchhaltung, Bilanz und Lohnverrechnung, wurde in der CONSULTATIO von der ÖKODATA und anderen Firmen gemacht mit minimen Umsätzen, weil bei einem Dienstleistungsbetrieb dieser Beschäftigtenzahl ja mehr gar nicht möglich ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ganze Rechnungswerk und die ganze Abwicklung für die ÖKODATA sind also bei der CONSULTATIO geschehen.

Dr. **Androsch:** Ja, das habe ich schon im November ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja ich höre das nur noch einmal und wollte es mir erläutern lassen. Danke.

Dr. **Androsch:** Habe ich Ihnen das hinreichend aufklären können?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich glaube, daß das Formular uns beiden Aufklärung darüber verschafft, daß der volle Arbeitsvorgang für die ÖKODATA in der CONSULTATIO erledigt wurde. Ja? In dem Sinn?

Dr. **Androsch:** Ja welcher volle Arbeitsvorgang? Der der Lohnverrechnung?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Für die Lohn- und Gehaltsverrechnung. Sie haben hinzugefügt: für die Buchhaltung.

Dr. **Androsch:** Aber nicht die Arbeiten, die Betriebsgegenstand der ÖKODATA waren und wofür sie Aufträge bekommen hat, vom AKH oder von sonstwo. Es sind ja beträchtliche Aufträge von anderswo meines Wissens der ÖKODATA zugegangen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das habe ich auch nicht gesagt, sondern ich habe gesagt: Buchhaltung, die ganze Lohn- und Gehaltsverrechnung, also quasi das ganze Rechnungswesen wurde von der CONSULTATIO für die ÖKODATA gemacht — gegen Verrechnung natürlich.

Dr. **Androsch:** Na ja, hoffentlich.

Abg. **Peter** (FPÖ): Herr Vizekanzler! Ich bitte Sie vorerst, die Grundsätze der Unternehmenspolitik der AKPE kurz zu charakterisieren.

Dr. **Androsch:** Ich kann nicht die Unternehmenspolitik, ich kann nur die auf den Weg mitgegebene Zielsetzung, wie sie von den Aktionären mitgegeben wurde, beschreiben, nämlich, gestützt auf die Erfahrungen mit ähnlichen oder gleichgelagerten oder anderen Bauerrichtungsgesellschaften, wie ich sie vorhin in Form von Brenner Autobahn, Arlbergtunnel, Tauern

Autobahn, Pyhrn Autobahn, IAKW schon genannt habe, sicherzustellen, mit dem kleinstmöglichen Stab, das heißt also Heranziehung höchstqualifizierter Leute von außen, möglichst rasch und schon damit, aber auch durch andere Maßnahmen möglichst kostengünstig die gestellte Aufgabe, nämlich Fertigstellung des beschlossenen Projektes, vorzunehmen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Man steht unter dem Eindruck, daß eine Ursache für das Übel darin besteht, daß die Präzisierung der Zielsetzungen und der Zielvorgaben nicht ausreichend erfolgt ist.

Dr. **Androsch:** Das ist insofern zutreffend, als Detailpräzisierungen ja erst im Zuge der Planung erfolgen konnten und erfolgen mußten. Das heißt, daß im Detail durch die Planung die Gesellschaft sich selbst neben der allgemeinen Zielsetzung die Detailzielsetzung beschaffen mußte, was umso schwieriger war, als zwei nicht kongruente Interessen verschiedener Nutzer mit hineinspielten. Das unterscheidet dieses Projekt sicherlich vom Arlbergtunnel, denn zwischen dem Land Vorarlberg, dem Land Tirol und dem Bund hat es von vornherein einen Nutzerkonsens gegeben, was der Tunnel können soll oder nicht, während hier Spitalsinteressen und da Klinikinteressen zwar über weite Bereiche deckungsgleich waren und sind, aber in nicht unwesentlichen Grenzbereichen eben unterschiedliche Interessen vorliegen und ein wesentliches Problem bestand und, ich fürchte, noch immer besteht, nämlich den künftigen Betreiber MA 17 so rechtzeitig einzubinden, daß er sich auf diesen Betreiberzeitpunkt einstellen, vorbereiten und auch mitgestalten kann. Das beginnt ja bereits bei der Übersiedlung. Einen Tunnel kann man eröffnen, sehr vereinfacht, aber doch nicht übertrieben vereinfacht, wenn Licht und Belüftung stimmen, indem man das feierliche Band durchschneidet. Ein Klinikum — noch dazu dieser Größenordnung, aber sicherlich jedes andere auch — ist natürlich in seiner Vielfalt und in der Vielzahl seiner Abläufe viel komplizierter, auch dann, wenn es bereits fertig ist. Aber anders als sozusagen in einem fortschreitenden Verfahren vorzustoßen, in das dann noch immer neue Interessen, weil der medizinisch-technische Fortschritt halt nicht stillsteht, hineinkommen, ist die besondere Problematik und muß erarbeitet werden. Das ist gar keine Frage, daß 1958 medizin-technisch andere Bedingungen geherrscht haben als 1965, 1970 oder 1980 und wahrscheinlich 1985.

Abg. **Peter** (FPÖ): Worin kann es begründet sein, daß die MA 17 ihre Kompetenzen nicht ausreichend ausgenützt hat?

Dr. **Androsch:** Da kann ich nicht einmal Vermutungen äußern, aber es ist den Protokollen zu entnehmen, daß wir von Bundesseite immer wieder gedrängt haben, auch was für die Bauphase gar nicht so wesentlich war, aber in dem Augenblick, wo der Rohbau fertig ist und mit der Einrichtung begonnen wird und damit mit jenen Bestandteilen, die für die künftigen Abläufe maßgeblich sind, von — ich weiß nicht — Lichtkapazität bis, ich weiß nicht, was alles dazugehört, sicherlich bereits wünschenswert gewesen wäre. Wir haben gedrängt. Ich glaube, bis heute ist es noch nicht zu dieser frühzeitigen und wahrscheinlich, so gesehen, wünschenswerten Einbindung gekommen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Beim Studium des Kontrollamtsberichtes der Gemeinde Wien kommt man einfach zu dem zwingenden Schluß, daß es im Bereich des Nutzerkonsenses nicht nur Unausgewogenheiten, sondern nicht bewältigte Gegensätzlichkeiten gibt.

Dr. **Androsch:** Na ja, es ist an sich eine antagonistische Situation und nur in einem Kompromiß überprüfbar. Es gibt zwei Aktionärsbesprechungen, die sich mit der Flächenaufteilung zwischen besseren Räumlichkeiten für die Ärzte und Schwestern einerseits und entsprechenden Laborflächen andererseits beschäftigen mußten, und zwar deshalb beschäftigen mußten, weil die Organe in sich wegen der widerstreitenden Interessen nicht zu einer Entscheidung kommen konnten. Es war nur im Kompromißwege zu entscheiden und ist auch entschieden worden.

Abg. **Peter** (FPÖ): Der Vorwurf, könnte man sagen, hinsichtlich der nicht präzisierten Zielvorgaben und Zielsetzungen zieht sich ja bis in die jüngsten Aussagen im Untersuchungsausschuß herein. Am 17. 2. 1981 erklärte Dipl.-Ing. Winkler: Es gibt jüngste Aussagen der Eigentümer, die lauten: Termin, Kosten, Nutzerkonsens, wobei es für uns wichtig wäre, für die AKPE, wenn einmal irgendwo verbindlich die Reihenfolge und die Wertigkeit tatsächlich verankert wären. Wo müßte auf Grund Ihrer Erfahrung, Herr Vizekanzler, jetzt angesetzt werden, um diese Mißstände zu beseitigen? Und Mißstände sind es meines Erachtens.

Dr. **Androsch:** Da ist der Eigentümervertreter im Detail ganz sicherlich bei der Komplexität des Projektes überfordert. Er kann ja nur dann arbitrierend eingreifen, wenn ihm sozusagen Entscheidungsalternativen, wie die vorhin erwähnte Fläche für diesen Zweck, Fläche für einen anderen Zweck, vorgelegt werden. Welche medizin-technischen Geräte von den jetzt schon existenten, bis dahin vielleicht angeschafften, zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme weiterverwendet, in geeigneter Form weiterverwendet werden können, welche nicht, wel-

che zusätzlich notwendig sind, welche von den Wünschen im einzelnen nicht erfüllt werden sollen, kann sicherlich nicht Aufgabe der Eigentümervertreter sein. Sie wären auch damit hoffnungslos überfordert oder müßten sich erst recht wieder Einrichtungen schaffen, die das tun, was eigentlich Aufgabe bzw. Auftrag der Errichtungsgesellschaft im weitesten Sinn ist. Es ist ja auch eine Einrichtungsgesellschaft.

Abg. **Peter** (FPÖ): Die AKPE wurde 1975 gegründet. 1979 aber kam es, wenn ich richtig informiert bin, erst zur Festsetzung des Kostenlimits. Warum sind hier vier Jahre verstrichen, ohne daß zeitgerechter eine Entscheidung gefällt worden wäre?

Dr. **Androsch:** Weil zuerst das Gutachten vorliegen mußte, weil zweitens dieses Gutachten ausgearbeitet werden mußte, ehe der Vorstand auf Grund der dann vorliegenden Arbeiten und Detailplanungen überhaupt so konkrete Aussagen machen konnte, daß es möglich war, politisch zu sagen, das ja, das nein und das als Möglichkeit und Begrenzung.

Abg. **Peter** (FPÖ): Und sind nach Ihren nunmehrigen Erfahrungen die Zielsetzungen zum jetzigen Zeitpunkt genug präzisiert oder bedürften sie einer Präzisierung?

Dr. **Androsch:** Ich glaube, daß für jeden Zeitpunkt in dieser Zeitphase gilt, daß für weitere Aufgabenstellungen immer Neupräzisierungen notwendig sind, aber es umgekehrt sicherlich völlig ausgeschlossen gewesen wäre, irgendwelche medizin-technische Haustechnik betreffende Präzisierungen bereits 1976, 1977, 1979 vorzunehmen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Welche Gründe lagen vor, einen Vertragsabschluß zwischen AKPE und APAK herbeizuführen, und was sollte damit erreicht werden?

Dr. **Androsch:** Dasselbe wie bei der IAKW — ich weiß jetzt nicht mehr genau die Namen der Firmen, ich glaube, es war die ALLPLAN oder eine Arbeitsgemeinschaft, bei der auch AUSTROPLAN und so war —, nämlich konkrete Planungs- und Überwachungs- und Koordinierungsaufgaben vorzunehmen, vor allem, glaube ich, Planungs- und Koordinierungs- und Überwachungsaufgaben in der Durchführung. Denn die AKPE selbst ist ja sozusagen Auftraggeber und macht das nicht selber. In dem Maße, wie sie es selber macht, wird nur der Apparat beträchtlich anwachsen.

Abg. **Peter** (FPÖ): Also Kontrollaufgaben konnte die APAK demnach nicht erfüllen? Und es war auch nicht ihre Aufgabe?

Dr. **Androsch:** Schon. Bei der Abwicklung schon. Ich glaube, man muß hier ... Oder ist es richtiger, von Koordinierungs ...? Bei der IAKW war vom Koordinator die Rede. Damit sind natürlich Kontrollaufgaben verbunden, aber anderer Art, als sie etwa in der Funktion einer begleitenden Kontrolle liegen. Die begleitende Kontrolle — das verstehe jedenfalls ich so — besteht darin, Mißstände im weitesten Sinn zu verhindern, und als spezifische Funktion hat der Koordinator, meine ich, natürlich auch diese Aufgabe, aber nicht als Primärfunktion.

Abg. **Peter** (FPÖ): Bitte, das Kontrollamt bezichtigt ja die APAK der Ineffizienz, und ich frage deswegen, weil es hier einen Gegensatz der Aussagen zwischen Dr. Horny einerseits und den APAK-Leuten andererseits gibt. Horny liegt etwa auf Ihrer Linie, daß eine Kontrollfunktion gegeben wäre, während die APAK-Leute selbst die Kontrollfunktion von sich schieben und sagen, das kann nicht ihre Aufgabe sein.

Dr. **Androsch:** Ein Koordinator — jetzt ist es eine Frage der Definition — hat natürlich Kontrollfunktionen. Wenn der Dr. Walter in München bei den Olympiabauten nicht Kontrollfunktionen wahrgenommen hätte, dann hätte er es sicherlich nicht zusammengebracht, es rechtzeitig fertigzustellen. Gleiches gilt für die IAKW. Das heißt andererseits sicherlich nicht, daß eine solche Koordinatorstelle irgendwelche Rechnungsprüfungen oder die Angemessenheit von Rechnungen oder so in bestimmten Bereichen durchzuführen hat. Aber das ist im einzelnen Fall natürlich eine Definitionsfrage.

Abg. **Peter** (FPÖ): Zum Problembereich Gründung MED-CONSULT und ODELGA unter Einschluß der Frage der Einbeziehung in die ABO hat die Aussage des Herrn Dr. Drennig am 2. März 1981 interessante Aspekte ergeben, zu denen ich einige Fragen stellen möchte. Ich kann mich nur auf das beziehen, was zitabel ist aus dem Protokoll. Und da lese ich auf den Seiten 8920 und 8921 folgende Aussage des Herrn Dr. Drennig:

Wir erhofften uns von Prutscher ein günstigeres Entree in Bundesländern, wo die ÖVP vielleicht ein besseres Entree hatte, und bei der ODELGA dort, wo die SPÖ ein besseres Entree hatte.

Das führte dann zur weiteren Frage, ob von Finanzstadtrat Mayr das Einverständnis oder die Zustimmung zu einer solchen Vorgangsweise eingeholt worden wäre, und dazu äußerte sich Herr Dr. Drennig folgendermaßen:

Mit Stadtrat Mayr haben wir als Holding einmal gesprochen. Da ist es darum gegangen, daß wir so grundsätzliche Entscheidungen mit unserem Eigentümervertreter absprechen woll-

ten, und der war einfach der Stadtrat Mayr. Daraus kann und darf man ableiten, daß höchste politische Verantwortliche des Wiener Rathauses mit diesem „Teile und Herrsche" nach dem alten rot-schwarzen Koalitionssystem einverstanden waren.

Diese zitierte Drennig-Aussage spricht von ÖVP-Bundesländern, in denen Prutscher das bessere Entree hatte, und von solchen der SPÖ, in denen die ODELGA das bessere Entree hatte. Die Frage ist, nachdem das Problem weit über das AKH hinausreicht, naheliegend, ob damit auch der seinerzeitige Finanzminister Dr. Androsch befaßt wurde.

Dr. **Androsch:** Mit diesem Fragenkomplex war meines Wissens im Bund überhaupt niemand — also von mir kann ich es dezidiert sagen — je beschäftigt. Im Zuge der Prüfungen und Prüfungsergebnisse ist mir nur bekanntgeworden, daß es Fälle von Aufträgen gegeben hat, die dann vom Auftragnehmer gar nicht selbst durchgeführt, sondern weitergegeben wurden oder zur Weitergabe gegen entsprechende Kompensation — ich drücke mich vorsichtig aus — angeboten worden sind. Aber mit Auftragsvergaben war ich nie befaßt, ich habe nie interveniert. Und als ich von diesen Fällen erfahren habe, habe ich den Sektionschef Waiz gebeten, sich darum zu kümmern, und gewisse strafrechtliche Anzeigen gehen ja auch darauf zurück.

Abg. **Peter** (FPÖ): Zu diesem von Dr. Drennig angeschnittenen Thema hat es also kein konkretes Gespräch zwischen Stadtrat Mayr und Ihnen gegeben?

Dr. **Androsch:** Nie.

Abg. **Peter** (FPÖ): Auch nicht mit dem Wiener Bürgermeister oder anderen Mitgliedern des Stadtrates?

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was könnte Ihrer Meinung nach für die Wiener Holding Anlaß und Ursache gewesen sein, über die ODELGA und Prutscher zu versuchen, in das Bundesländergeschäft einzusteigen?

Dr. **Androsch:** Ich kann dazu nicht einmal eine Vermutung äußern.

Abg. **Peter** (FPÖ): Was kann Ihrer Meinung nach, Herr Dr. Androsch, den Wiener Finanzstadtrat Mayr veranlaßt und bewogen haben, den ihm von der Holding — immer laut Aussage des Dr. Drennig — unterbreiteten Vorschlag gutzuheißen beziehungsweise zu akzeptieren?

Dr. **Androsch:** Ja, dazu kann ich nicht einmal eine Vermutung äußern.

Abg. **Peter** (FPÖ): Danke.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Noch einmal einen klarstellenden Rückgriff: In der ersten Verhandlungsrunde, wo es um die Feststellung der Korrektheit jener Transaktionen ging, die am Beginn zur Sprache kamen, haben Sie gesagt, daß Sie gegenüber den Behörden, die hier zu prüfen hatten, nur Aufsichtsbehörde sind. Ich bezweifle die Richtigkeit dieser Aussage vehementest und möchte Sie fragen — pardon, ich beziehe es jetzt auf die Zeit Ihrer Ministerschaft, das ist ja klar —: Hatten Sie nicht die Ministerverantwortlichkeit etwa gegenüber dem Parlament für die Tätigkeit dieser Behörden, Finanzämter und so weiter?

Dr. **Androsch:** Ja wie in jedem anderen Fall auch.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Natürlich.

Dr. **Androsch:** Ohne auf die Tätigkeit Einfluß zu nehmen oder unter Umständen auch nur zu wissen ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist etwas anderes. Daß Sie keinen Einfluß genommen haben, reduziert aber doch Ihre Stellung als oberstes Organ nicht auf die einer Aufsichtsbehörde, die sich nur auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit der sonst selbständigen Vorgangsweise zu beschränken hat.

Dr. **Androsch:** Die Ministerverantwortlichkeit bezieht sich auch darauf, wie ein Zollorgan jetzt an der Grenze agiert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Natürlich.

Dr. **Androsch:** Ja aber Sie haben von der Weisungsgebundenheit gesprochen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Sie können einem Zollorgan keine Weisung geben?

Dr. **Androsch:** Das ist schon technisch nicht möglich, wenn der jetzt Handlungen setzt, die genau beschrieben sind, und welche, wo Rechte und Pflichten genau festgelegt sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber es soll ja vorkommen, daß diese Handlungen zum Beispiel in einem Erlaß des Finanzministers beschrieben sind.

Dr. **Androsch:** Bitte?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es soll ja vorkommen, daß die Handlungen, die das Organ zu setzen hat, zum Beispiel in einem Erlaß des Finanzministers oder in einer Verordnung des Finanzministers enthalten sind.

Dr. **Androsch:** Nein, entschuldigen Sie, das kann sich ja nie auf einen Einzelfall beziehen,

sondern jeder Erlaß hat so wie die Verordnung und das Gesetz generellen Charakter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nein, aber entschuldigen Sie vielmals, Herr Dr. Androsch, bleiben Sie dabei, daß Sie gegenüber den Finanzbehörden als Minister nur Aufsichtsbehörde waren?

Dr. **Androsch:** Ja, das ist der Behördenaufbau der Finanzverwaltung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das bestreite ich vehement. Eine Aufsichtsbehörde ist man gegenüber einem an sich ...

Dr. **Androsch:** Da bitte ich Sie ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nein, entschuldigen Sie bitte, mit mir machen Sie das Spiel nicht. Wenn ich fertig bin, werde ich Ihnen höflich zuhören, und solange ich spreche, bitte ich Sie, mir zuzuhören.

Der Begriff der Aufsichtsbehörde ist im Verfassungs- und im öffentlichen Recht völlig klargestellt. Er liegt dann vor, wenn eine an sich selbständige Organisation, Körperschaft, Stiftung, Kammer, was immer in eigener Verantwortung agiert, von einer staatlichen Behörde dahin gehend überprüft werden kann, ob die Vorgangsweise dem Gesetz entspricht, und dann nach einem ganz bestimmten einsetzenden Aufsichtsrecht unter Umständen Entscheidungen sistiert oder geändert werden können, aber nie, wenn eine unmittelbare Weisungsberechtigung des Obersten Organs vorhanden ist.

Dr. **Androsch:** Das stimmt bitte nicht. Lesen Sie die Bundesabgabenordnung und erklären Sie mir, welches Recht zum Beispiel der Finanzminister hätte, in der zweiten Instanz bereits einem Senat eine Weisung zu geben, wie er zu entscheiden hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber entschuldigen Sie, betrachten Sie sich als Aufsichtsbehörde einer Finanzbehörde, die die Richtigkeit eines Vorganges prüft?

Dr. **Androsch:** Natürlich. Wenn es für die zweite Instanz gilt, dann gilt das noch mehr für die erste Instanz, weil zwischen der ersten Instanz und der Aufsichtsbehörde die zweite Instanz ist. Bitte die Bundesabgabenordnung sich diesbezüglich anzuschauen. Es ist ein Unterschied, Sie sprechen von einer einstufigen Behörde, und wir haben einen zweistufigen Aufbau plus darüber befindlicher Aufsichtsbehörde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist richtig, aber das ändert doch nichts daran, daß diese Instanzen Ihnen untergeordnete Instanzen sind, die an sich nicht eine selbständige Tätigkeit auszuüben ...

Dr. **Androsch:** Ja, und ob die eine selbständige Tätigkeit ausüben. Im zweistufigen Verfahren bis hin zu einem unabhängigen Senat, wo die Aufsichtsbehörde gar nicht einwirken kann, sondern der Präsident zum Beispiel ein Recht hat, aber nicht an die Aufsichtsbehörde zu gehen, sondern an zum Besipiel den Verwaltungsgerichtshof.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber in den Fällen, die hier zur Sprache kamen, war doch sicher nicht ein Senat tätig?

Dr. **Androsch:** Ich wollte Ihnen ja nur sagen, Sie sprechen von einem Ministerium ohne Unterbehörden, und ich wollte Ihnen gestützt auf die BAO den Aufbau der Finanzverwaltung dartun.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber auch die erste Instanz ist doch dem Minister untergeordnet.

Dr. **Androsch:** Sie haben von einem Weisungsrecht gesprochen. Es ist organisatorisch eingegliedert, aber es ist ein zweistufiger Aufbau, und das Finanzministerium hat in diesem zweistufigen Aufbau eine aufsichtsbehördliche Funktion. Bitte sich die Bundesabgabenordnung anzusehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich fürchte, daß wir jetzt zu sehr vom Thema wegkommen. Ich halte fest: Sie haben sich als Aufsichtsbehörde in dem Fall betrachtet. Ich werde gerne dieser Frage noch nachgehen, aber nicht heute. Ich bezweifle, daß Sie nur Aufsichtsbehörde sind gegenüber etwa finanzbehördlichen Einrichtungen, die zu überprüfen haben, ob ein bestimmter Vorgang steuerlich einwandfrei ist. Das, bitte — hier sind wir verschiedener Meinung —, wird sich klären lassen, ich bin davon überzeugt.

Herr Zeuge! Ich habe bei Ihrer heutigen Einvernahme ein ähnliches Gefühl wie bei Ihrer ersten, daß wir nämlich, durch wessen Schuld oder durch welche Schuld immer, ziemlich aneinander vorbeireden. Ich möchte es daher einmal ganz anders versuchen und Fragen an Sie stellen, die bewußt sehr simpel sind und die in dieser Form auch jemand stellen könnte, der nicht Mitglied dieses Untersuchungsausschusses ist und der nicht befaßt ist mit dieser Materie jetzt schon einige Zeit. Nun, Sie haben mehrmals ausgesagt — Motto: „Wo gehobelt wird, fliegen Späne" —, es ist durch die Einschaltung der AKPE das Ganze effizienter und rascher geworden, und dadurch konnten auch irgendwo Kosten erspart werden. Habe ich Sie richtig verstanden? Das waren ja auch öffentliche Aussagen.

Jetzt frage ich Sie ganz simpel: Herr Zeuge, ist nach Ihrer Auffassung das Bauvorhaben

AKH bis zum heutigen Tag kostensparend und billig durchgeführt worden?

Dr. **Androsch:** Die AKPE hat ein nicht mehr änderbares Projekt rasch vorangetrieben und damit der Fertigstellung einen wichtigen Schritt näher geführt. Und ich glaube, ein solcher Umstand rechtfertigt zu sagen, daß sie ihre Funktion, das rasch und damit möglichst kostengünstig zu tun, erfüllt hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich danke Ihnen dafür, daß Sie meine eigentliche Frage nicht beantwortet haben, denn das sagt auch sehr viel.

Ist Ihrer Auffassung nach die gewählte Rechtskonstruktion der Bildung einer Gesellschaft, deren Kontrollorgane so ausgelegt sind, daß sie Vermögen, Rendite im Sinn der Aktionäre erhalten sollen, hier in diesem konkreten Fall zweckmäßig gewesen?

Dr. **Androsch:** Wenn ich berücksichtige, was zehn Jahre ohne diese Rechtsform genaugenommen nicht geschehen ist und in fünf Jahren in Erfüllung der Aufgabenstellung erreicht werden konnte, dann meine ich, trotz der besonderen Schwierigkeiten, die schon darin lagen, daß das nicht vom Anfang an so organisiert war, dasselbe sagen zu können, nämlich das mit Ja zu beantworten, wie das für die anderen Baugesellschaften zugetroffen hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben selbst geschildert, daß sich Ihre Rolle mit der Bildung der Aktiengesellschaft geändert hat. Sie waren ab diesem Zeitpunkt in der Rolle des Gesellschafters, dessen Rechte und Pflichten im Aktiengesetz, Handelsrecht und so weiter ausführlich, eingehend, klar umschrieben sind.

Es ist aber nicht nur eine Änderung für Sie eingetreten, sondern es ist eine radikale Änderung für alle Agierenden eingetreten. Während vorher Beamte tätig waren, die bei jedem Schritt unterstellt waren dem Gesetz, den dienstlichen Vorschriften, den Pflichten eines Beamten, sind ab Tätigwerden der AKPE Menschen in Aktion getreten, die nur mehr noch unterstellt waren dem Angestelltengesetz, den Weisungen ihrer Vorgesetzten zur Erfüllung eines Betriebszweckes, über dessen Bestimmtheit oder Unbestimmtheit wir schon gesprochen haben.

Glauben Sie, daß diese Änderung — die handelnden Personen sind nicht mehr dem öffentlichen Recht, dem Dienstrecht, dem Gesetz unmittelbar unterstellt — ein Vorteil oder ein Nachteil unter dem Gesichtspunkt: Abwendung von Durchstechereien, war?

Dr. **Androsch:** Die Durchstechereien, nämlich die Schmiergeld ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich meine es allgemein.

Dr. **Androsch:** Nein, nein, es gibt ja ganz konkrete, und die haben lange vor der AKPE eingesetzt, also kann die Organisationsform der AKPE keine Begünstigung, aber auch keine Veränderung gewesen sein, aber sicherlich nicht die beamtenrechtliche Situation, die Sie eben geschildert haben. Denn diese Provisionszahlungen sind ja weit vor der AKPE begonnen worden. Also mit der Organisationsform und dem Status der dort Tätigen hat das offensichtlich keinen Zusammenhang.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich könnte das, was Sie jetzt, Herr Zeuge, gesagt haben, akzeptieren, wenn wir nur auf die Schmiergeldzahlungen Bedacht nehmen, denn das spielt sich immer im kriminellen Bereich ab, ob es ein Beamter macht oder ob es ein Privatangestellter macht.

Aber ich möchte Sie über etwas informieren, was mich bei der Zeugeneinvernahme hier erschüttert hat. Es sind hier Leute — und wenn ich etwas unrichtig zitiere, bitte ich sofort ein anderes Ausschußmitglied, das zu korrigieren; aber ich bin sicher, ich sage es korrekt — aufgetreten, die nach unserem Eindruck sehr hohe Gewinne erzielt haben, zum Beispiel durch die Weitergabe von Aufträgen, Überschrift: Zwischenhandel, und beim Vorhalt dieses Umstandes, daß hier zu Unrecht verdient wurde, reichlich gesagt haben: Es ist ja meine Aufgabe gewesen, für meine Firma viel herauszuholen. Das heißt, die Form Aktiengesellschaft, das Verlagern auf das sogenannte Management, hat offensichtlich dazu geführt, daß nach „kaufmännischen" Gesichtspunkten gearbeitet wurde, aber nicht im Interesse der Gebietskörperschaften, die für die Kosten aufkommen müssen.

Dr. **Androsch:** Ich kann den Unterschied nicht erkennen, ob bestimmte Dienstleistungen, die fast den Charakter des Unikaten haben — ich sage fast, weil nicht sehr viele Möglichkeiten bestehen, so etwas zusammenzustellen —, ob die billiger sind in dem einen oder anderen Fall.

Nehmen wir das Beispiel der Betriebsberatung. Ich will jetzt keinen Firmennamen nennen, aber Mann-Tage, wie mir bekannt ist, in der Größenordnung von 15 000 S. Das verlangen die, ob Sie für eine Behörde arbeiten oder für jemand in der Rechtsform einer juristischen Person.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Noch einmal zur Verdeutlichung, weil es sicher nicht ganz einfach ist ...

Dr. **Androsch:** Entschuldigen, darf ich noch

sagen: Nehmen Sie das Problem Architekten — Zivilingenieure. Die haben einen vorgegebenen Tarif, wir waren diesbezüglich nicht in Übereinstimmung mit dem Rechnungshof, der Zivilingenieure nicht will, weil das zu teuer ist, und wir waren der Meinung, das könnte sehr wohl Sinn haben, nicht unbegrenzt, aber für bestimmte Funktionen Zivilingenieure zu beschäftigen. Aber wenn Sie einen Zivilingenieur beschäftigen, kostet der soviel, ob Sie als Stadt Wien, als Bund oder als juristische Person ihm den Auftrag erteilen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zur Präzisierung. Ad vocem: Verhaltensänderung. Es ist bekannt, und es wird niemand bestreiten, daß der Auftraggeber Bund bei Bauten oder auch Wien, Länder bei allen möglichen Dingen schlechte Zahler sind. Ich sage das jetzt nicht polemisch, sondern das ist ein Faktum. Die Firmen klagen oft, daß spät gezahlt wird, zögernd und so weiter. Hier sind nachweislich in vielen Fällen vertraglich gar nicht vorgesehene Vorauszahlungen geschehen.

Ist das nicht eine Verhaltensänderung, die zu Ihren Lasten — in dem Sinn: Vertreter als Säckelwart der Republik — gegangen ist, wie sie ein Beamter, der eine Bauführung übertragen bekommt, nie machen würde, weil er nicht so aus dem vollen schöpft wie bei einer Aktiengesellschaft, wo eben ganz einfach die ...

Dr. **Androsch:** Im Einzelfall ist eine Tatfrage, ob eine bestimmte Vorgangsweise, Verhaltensweise beigetragen hat, kostengünstig vorzugehen oder nicht. Aber der Umkehrschluß, daß das schlecht, nennen wir es so, schlecht Zahlende, vorsichtig, Hoheitsverwaltliche das Billigere ist, da habe ich meine großen Zweifel und erwähne noch einmal das Juridicum. Da kann mich niemand überzeugen, daß ein Bau, der ein Bruchteil, ein Bruchteil in der Kubatur von IAKW oder Kerngebäude beim AKH ist und nun im 12. oder 13. Jahr gebaut wird, daß das für den Säckelwart ein Vorteil sein konnte. Ich bin fest überzeugt, und ich glaube, man kann es unschwer nachweisen, daß das eine unglaubliche Verteuerung nach sich gezogen hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber sicher kommt es doch nicht vor, daß Bundesbedienstete, die ein Bauvorhaben unmittelbar als Bundesbedienstete abwickeln, Vorauszahlungen tätigen, die vertraglich gar nicht vorgesehen sind.

Dr. **Androsch:** Ich kann jetzt zu dieser konkreten Frage, das ist eine Tatfrage, nicht Stellung nehmen, aber ich meine ganz allgemein, daß es, selbst wenn das passiert ist, und zwar passiert ist ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ist passiert.

Dr. **Androsch:** Nein, nein, passiert ist vermeidbarerweise oder nicht sinnvollerweise, daß es nicht dennoch so ist, daß insgesamt die Sache wesentlich billiger kommt als in der anderen Form.

Wenn die andere Form so effizient wäre und damit kostengünstig und für den Steuerzahler vorteilhaft, dann hätten wir nicht die Brenner Autobahn gebraucht und so weiter, ich will das nicht wieder aufzählen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich bin sehr froh, daß Sie hier das Wort Effizienz verwendet haben, denn Sie konzentrieren sich darauf. Wäre es nicht denkbar gewesen, die Effizienz herbeizuführen eines beweglichen Managements, das nur nach dem Handelsrecht vorgeht, und gleichzeitig abzusichern, daß nicht jene Dinge passieren, die man heute ja nicht mehr aus der Welt schaffen kann, wie zum Beispiel die Dinge, die jetzt da im Kontrollamtsbericht auftauchen, die nicht nur vor 1975 datieren — nur damit das klargestellt ist —, oder Dinge passieren, wie etwas, was wir hier auch festgestellt haben, Herr Zeuge, womit Sie sicher nie befaßt wurden, das würde ich Ihnen gar nicht unterstellen, weil es wirklich eine Detailfrage ist, daß ein Reinigungsauftrag von der Aktiengesellschaft APAK an eine andere Firma gegeben wird, und die gibt es wieder weiter und macht dabei einen Rebbach von rund 100 Prozent; also gibt es um den halben Preis weiter, den sie selbst von der AKPE bezieht. Schließt Effizienz wirklich aus, daß man Leute, die effizient und beweglich arbeiten, beweglicher als Beamte, daß man die so überwacht und kontrolliert, daß so etwas eben nicht passieren kann?

Dr. **Androsch:** Wissen Sie, wieder müßte man den konkreten Fall kennen und die Stellungnahme dazu, und dann könnten wir beurteilen, ob das in dem Einzelfall ein Mißstand ist oder nicht. Aber aus dem einzelnen Mißstand abzuleiten, daß ein System, das sicherlich auch nicht fehlerfrei ist, deswegen — Größenschluß — schlechter ist als eine andere Form, wo von der Tiefgarage bis Klinik und Psychiatrie das passiert ist, was ja Gegenstand der Erörterungen war und wo Psychiatrie und Kinderklinik erst übernommen werden konnten — obwohl schon fertig —, nachdem noch eine Menge Arbeit und Geld hineingesteckt wurden. Und das war ganz sicherlich im anderen System. Sicherlich — ich weiß es nicht — wird es solche Beispiele vielleicht auch bei der IAKW geben, aber dennoch hat sie um 900 Millionen billiger gebaut, und das Juridicum ist noch gar nicht in die Verlegenheit gekommen, eine Reinigung zu brauchen. Ich meine, Sie verstehen, was ich meine, weil es noch immer nicht fertig ist. Vielleicht ist auch so eine Zwischenreinigung erfolgt.

Nur, wenn ich da einen Kosten-Nutzen-Vergleich oder einen Kostenvergleich mache, das scheint mir gar keine Frage zu sein, wohin da die Waagschale sich neigt. Verstehen Sie mich, ohne daß ich eine Weltanschauung daraus machen möchte aus der Ausgliederung und so weiter? Ich habe oft genug den Standpunkt vertreten, daß gewisse Dinge, die, wenn überhaupt, außerhalb der Hoheitsverwaltung erfolgen, sehr rasch in diese zurückzuführen sind, weil sie ureigenste Aufgabe sind. Ich meine zum Beispiel die Verwaltung des Krankenanstaltenfonds, habe auch diesbezüglich Briefe geschrieben, da das Reden nichts genutzt hat. Für mich ist das keine Weltanschauungsfrage. Nur, von vornherein jetzt zu sagen, das ist unzweckmäßiger, und zweckmäßiger ist das Vorangegangene, das würde ich sehr bezweifeln.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wir kommen dem Kern des Problems näher. Sie würden mich mißverstehen, wenn ich sage, es ist jedenfalls besser, hoheitsverwaltlich vorzugehen, weil ich mit Ihnen, wahrscheinlich noch mehr als Sie, davon überzeugt bin, daß man als Firma beweglicher, rascher, unbürokratischer vorgehen kann.

Nur, normalerweise ist eine Aktiengesellschaft, die irgendwo tätig wird, bestimmten Erfolgskriterien unterworfen, vor allem der Durchsetzung auf dem Markt, sie ist Konkurrenz ausgesetzt, ist ihrer eigenen wirtschaftlichen Existenz verpflichtet, und das ergibt einen Zwang zu wirtschaftlichem Handeln, weil alles, was unnötig ausgegeben wird, zu früh gezahlt wird, doppelt gezahlt wird, nicht ausgeschrieben wird, geht auf die Substanz der Firma selbst, ihrer Eigentümer, auch der Arbeitnehmer dort. Aber hier wurde ein Gebilde errichtet, das nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeitet, aber nicht dem marktwirtschaftlichen System immanenter Kontrolle, das heißt, dem Zwang, kostengünstig zu arbeiten, ausgesetzt war, denn hinter dieser Aktiengesellschaft standen zwei „reiche" Gebietskörperschaften, die praktisch eine Ausfallshaftung übernommen haben.

Und ist in einer solchen Situation, wenn die Kontrolle, die systemimmanente, Zwang zum Sparen, entfällt, nicht der Eigentümer dieser Aktiengesellschaft dann aufgerufen, mehr Kontrollmechanismen einzubauen, als das Aktiengesetz vorsieht?

Das ist für mich schon eine weltanschauliche Frage, Herr Zeuge. Ich führe jetzt sehr bewußt mit Ihnen eine weltanschauliche Auseinandersetzung. Wissen Sie, was ich meine? Habe ich mich klar genug ausgedrückt? Sie arbeiten in der Form einer Aktiengesellschaft. Sie arbeiten heute als Dr. Androsch in einer Aktiengesellschaft, die einem Erfolgszwang ausgesetzt ist. Sie muß bestehen. Sie steht als Geld- und Kreditinstitut auf einem heute von sehr harten und sehr schwierigen Bedingungen diktierten Geldmarkt. Und wenn Ihre Mitarbeiter in der Creditanstalt Fehler machen, wird das dem Institut schaden. Aber hier ist eine Aktiengesellschaft errichtet worden, da war praktisch die Ausfallshaftung des Bundes, und wenn es mehr Milliarden kostet, wird zwar dafür geschimpft, aber es wird gezahlt. Ist da nicht für den Dr. Androsch als Eigentümervertreter und als Minister, der immer bezeichnet wurde als wirtschaftlich beschlagener Minister, nicht die Frage drängend aufgetreten: Muß ich nicht hier, wenn ich Leute als Manager werken lasse, vorsorgen im öffentlichen Interesse, im Interesse der Steuerzahler, daß man nicht mit dem Geld dort sorglos umgeht? Daß das passiert ist, wissen wir heute alle, Herr Dr. Androsch.

Dr. **Androsch:** Ihre Prämisse ist, daß die fünf Jahre AKPE ein Flopp sind, und das bestreite ich. Damit will ich nicht behaupten — das habe ich damit gemeint, wo gehobelt wird, daß auch die Späne fliegen können —, daß nicht Mißstände aufgetreten sind, das kann und will ich gar nicht behaupten. Nur meine ich, daß man aus den Spänen nicht jetzt eine Situation machen kann, wo man das Kind mit dem Bad ausgießt. Denn ich bin nach wie vor überzeugt, daß aus Erfahrungen, die schon vor meiner Zeit sind, die Brenner Autobahn habe sicherlich nicht ich erfunden, daß diese Gesellschaften, obwohl ich Ihnen zugeben muß, aber auch gerne zugebe, daß natürlich ein marktwirtschaftliches Konkurrenzkriterium zur Effizienzsicherung da nicht drinnensteckt, daß sie wesentlich effizienter gearbeitet haben, als das Beispiel Juridikum zeigt. Denn sonst hieße doch das, Ihre Philosophie ist Hoheitsverwaltung — Juridicum — und meine ist Arlbergtunnel. Und ung'schauter ist, so vereinfacht, ich will Ihnen das gar nicht jetzt unterstellen, entschuldigen Sie, wenn ich also nur vereinfache, um klarzumachen, was ich meine, ist sicherlich der Arlbergtunnel wesentlich effizienter, auch wenn man darüber streiten kann, daß sich in dem Fall herausgestellt hat, daß man vielleicht dieses eine Stück Tunnel oder was Argumente pro oder kontra vielleicht nicht gebraucht hat und vielleicht, wenn man in 15 Jahren gebaut hätte, das unterblieben wäre. Und da hätte man sich vielleicht x Schillinge erspart, aber insgesamt 50 mal x oder noch mehr aus anderen Gründen Mehrausgaben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hätte die Effizienz, die Sie, was legitim ist von Ihrem Standpunkt, in den Vordergrund stellen, wirklich darunter gelitten, wenn man den Leuten vorgeschrieben hätte: Ihr müßt die Ausschreiberichtlinien, etwa der Gemeinde Wien, beachten.

Wenn man darauf geachtet hätte, daß gewisse wirtschaftliche Grundsätze, die nicht berücksichtigt wurden, sehr wohl berücksichtigt werden, daß man die Spielregeln einhält, die bei der Vergabe von öffentlichen Bauten zum Beispiel vorgeschrieben sind, daß man den Gesellschaftsvertrag, die Beauftragung der AKPE vorgenommen hätte — hätte das die Effizienz beeinträchtigt?

Dr. **Androsch:** Ja aber, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, ich bin in der merkwürdigen Rolle, etwas besonders verteidigen zu müssen, was ich aus anderen Gründen skeptisch beurteilt habe, ehe es überhaupt dazu gekommen ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, ich weiß, ja.

Dr. **Androsch:** Aber, man kann doch, wie gesagt — oder so, das wollte ich sagen: Es hat weder im öffentlichen Hoheitsbereich noch bei den anderen Gesellschaften noch bei Bund noch bei Land noch bei Stadt Ausschreibungen gegeben, die sich hier für Planungsaufgaben, die nach der Önorm gar nicht ausschreibungspflichtig sind, weil sie so schwer vergleichbar und so weiter sind, durchgeführt worden. Also gerade den Vorwurf, glaube ich, kann man nicht erheben. Ich will gar nicht leugnen die besonderen Schwierigkeiten und Probleme, die sich, das war vorauszusehen, ergeben haben, daß man nach zehn Jahren eine neue Organisationsstruktur einschiebt aus der besonderen Komplexität, aus den divergierenden Interessen, aus der Kompliziertheit der Planung und so weiter. Aber gerade daran gemessen müßte man doch, wenn man ein bißchen bereit ist, fair zu sein, zugestehen, daß im Grunde die AKPE ihre Aufgabe grosso modo gut erfüllt hat, was, wenn nicht Fehlverhalten, das schon früher eingesetzt hat, zum Beispiel beim Winter, aber das kann überall vorkommen, das kann einem im Bautenministerium mit einem Sektionschef bekanntlich passieren, das kann einem überall passieren, wie die Praxis schon gezeigt hat, man jetzt nicht generell das Projekt und die Art und Weise kritisieren, womit ich nicht sagen will, alles, was dort passiert ist, ist optimal, und alles, was vorher passiert ist, ist schlecht. Das wäre naiv. Aber nehmt alles in allem, und klammern wir das menschliche Fehlverhalten und Versagen aus, das ja nicht zwingend koreliert ist mit dieser Form, dann, glaube ich, hat er seine Aufgabe erfüllt. Ich will aber gar nicht bestreiten, daß vielleicht der schwierigere Weg vor dem Projekt liegt, nämlich die Haustechnik und die medizinisch-technische Einrichtung, was zugegebenermaßen bei anderen Projekten wie einem Tunnel oder einer Straße sicherlich in der Form sich nicht stellt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Architekten haben hier, ich greife nur ein Detail heraus, aber mehr zum Abschluß dieses Themas, Bürokostenzuschläge verrechnet, wie wir erfahren aus dem neuen Kontrollamtsbericht. Jedermann weiß, daß es in Wien viele Architekten gibt, die unterbeschäftigt sind, die sogar unter dem Tarif zu arbeiten bereit sind, was zwar standeswidrig ist, aber sie tun es sehr gerne. Herr Zeuge, gehört es wirklich zur Effizienz einer Bauführung, daß man mehr gibt, als nach dem Markt, nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten zu zahlen ist?

Dr. **Androsch:** Das ist eine Frage, die man nur mit Nein beantworten kann. Aber wieder und erst recht ein Argument für meinen Standpunkt. Ja dieses Architektenteam war doch vorgegeben, das ist ja nicht von der AKPE erfunden worden. So wie das Projekt determiniert war, war man doch gebunden an die, die dieses Projekt geschaffen hatten. Das war ja der Grund meiner Zurückhaltung und auch Skepsis. Man tut sich leichter, wenn man sozusagen mit so etwas auf die grüne Wiese geht. Aber umso mehr müßte man doch in einem ausgewogenen Urteil sagen: Na bitte schön, umso beachtlicher ist doch unter den Widerwärtigkeiten verschiedenster Art, und ohne jetzt irgend etwas, was nicht in Ordnung ist, beschönigen zu wollen für die AKPE-Zeit, aber ausgeklammert menschliches Fehlverhalten, das, was die zustande gebracht haben. Das hat ja beispielsweise der Rechnungshofpräsident etwa dem für den Bau zuständigen Vorstand im höchsten Maße, glaube ich, bescheinigt. Ich habe jetzt das Gefühl, entschuldigen Sie, wenn ich mir diese wertende Feststellung gestatten darf, daß man wirklich das Kind mit dem Bad in dem Fall ausgießt, einfach weil man Zeit vor AKPE und AKPE, meinetwegen mit allen Fehlern ... Fehlverhalten sozusagen amalgamiert und sagt: Damit ist das Ganze schlecht!, und meint: So etwas brauchen wir nicht, und daher war es auch falsch, die Brenner Autobahn und das IAKW und so weiter so zu bauen. Ich glaube, der Standpunkt ist einfach durch die Fakten nicht aufrechtzuerhalten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Diese Diskussion war jetzt sehr nützlich, denn ich sehe jetzt sehr klar unsere unterschiedlichen Positionen. Sie sagen — ich hoffe, ich gebe es jetzt nicht falsch wider —, bis zur Gründung der AKPE ist überhaupt nichts weitergegangen und dann ist wenigstens etwas weitergegangen.

Dr. **Androsch:** Ich will nicht sagen: Überhaupt nichts!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich passe mich gerne Ihrer Diktion an, aber ich will Ihnen

nichts Falsches in den Mund legen. Und nachher ist es wenigstens effizienter geworden.

Und was dabei an Fehlern passiert ist, ist im Bereich menschliches Verhalten zu situieren. Sehen Sie, und da unterscheiden wir uns. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Effizienz nicht gelitten hätte, wenn man etwa eine genaue begleitende Kontrolle durchgeführt hätte.

Dr. **Androsch:** Da bin ich in gar keinem Widerspruch. Nur müßte man — und das ist schwierig — definieren, wie eine begleitende Kontrolle aussehen müßte, damit sie ihre Aufgabe erfüllt und nicht nur Kosten — unmittelbare und indirekte — verursacht. Das ist ja eine noch nicht entschiedene Frage. Ich will jetzt gar nicht behaupten, daß auf die gegenwärtige zutrifft, daß sich das nicht erfüllt, aber es ist ebensowenig der positive Beweis erbracht.

Bei allen anderen Projekten sind wir mit den Einrichtungen, die in ihrer Koordinierungsfunktion im angelsächsischen Controller-funktion erfüllen soll, sehr wohl ausgekommen. Die begleitende Kontrolle hier hätte ebensowenig verhindert die Schmiergelderaffären wie in der Hoheitsverwaltung die Kontrolleinrichtung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, weil es krimineller Bereich ist. Sicher. Aber es wurde hier ja in vieler Weise, ich brauche jetzt nicht alles auszubreiten, es ist uns allen bekannt, wirklich.

Dr. **Androsch:** Ich kenne den Bericht nicht, aber soweit ich es beurteilen kann, die Bemängelungen sind jedenfalls in einem größeren Ausmaß dem kleineren Teil zuzuordnen als dem größeren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das schauen Sie sich noch an. Es hat jetzt keinen Sinn, zu diskutieren. Ich schließe ab mit einer Spezialfrage, die mich seit einiger Zeit bewegt, Herr Zeuge. Die grunderwerbsteuerpflichtigen Umsätze, die hier getätigt wurden von der AKPE, sind ja nicht umsatzsteuerpflichtig. Ist das richtig? Das heißt, die grunderwerbsteuerpflichtigen Umsätze waren unecht befreit. Ist das richtig?

Dr. **Androsch:** Müßte nachschauen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und nun hat sich, wenn ich richtig informiert bin, es verweist der Rechnungshof in seinem Bericht darauf, dadurch ergeben, daß das ursprüngliche Ziel der AKPE, den Bau im eigenen Namen fertigzustellen und dann der Gemeinde zu übergeben, aus umsatzsteuerrechtlichen Gründen nicht verwirklicht werden konnte; nämlich aus Gründen der Nichtabzugsfähigkeit der Vorsteuer. Weil eben ein nichtsteuerpflichtiger Umsatz vorliegt. Sind Sie mit dieser Frage je befaßt worden?

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen nicht bekannt, daß hier eine schwierige Situation entstand, wo man nachträglich Rechnungen ändern mußte und so weiter?

Dr. **Androsch:** Ich kann mich nur erinnern, daß beim U-Bahn-Bau so eine Problemstellung war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Ihnen der Dr. Waiz darüber nicht berichtet?

Dr. **Androsch:** Ist mir nicht erinnerlich.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Als nächster Herr Abgeordneter Feurstein. Bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dr. Androsch! Wer war vor 1975 denn verantwortlich für das AKH? Politisch? Sie haben ja genau getrennt: 1975 und nach 1975. Genau die gleichen Politiker?

Dr. **Androsch:** Bitte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Politische Verantwortung war bei den gleichen Politikern. Bin ich richtig?

Dr. **Androsch** Ja, die politische Verantwortung, wie schon das Adjektiv sagt, kann ja nur bei Politikern liegen, was nicht ausschließt, daß andere Verantwortungen auch bestanden haben. Natürlich waren jene Politiker, die das Projekt so entschieden haben, dafür verantwortlich, daß sie dieses Projekt entschieden haben. Und natürlich waren jene, die die Bauverantwortung gehabt haben bis 1975, verantwortlich für das Baugeschehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren also genauso verantwortlich für die Zeit vor 1975 wie nach 1975, politisch?

Dr. **Androsch:** Ganz sicherlich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo nicht?

Dr. **Androsch:** Weil ein Nur-Bereitstellen einem anderen Ressort das Geld eine andere Verantwortung darstellt, als eine Beteiligung verantworten zu müssen. Was nicht ausschließt, daß die anderen nicht ebenfalls nach wie vor Verantwortung haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War das damals Minister Moser? Ich frage Sie nur.

Dr. **Androsch:** 1970 bis 1975 Moser, vor 1970 Minister Kotzina zum Beispiel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Frau Wissenschaftsminister?

Dr. **Androsch:** Ja, und davor Mock. Sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Frau Firnberg?

Dr. **Androsch:** Firnberg und davor Mock.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sagen: In der Zeit von 1970 bis 1975 ist nichts weitergegangen?

Dr. **Androsch:** Ich habe gesagt: 1965 bis 1975. Vor 1975 schließt ja alles ein. Die Zeit vor 1975 hört ja nicht bei 1970 auf.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Belege verschwunden sind, dann sind Politiker verantwortlich?

Dr. **Androsch:** Das weiß ich nicht. Entschuldigen Sie. Erstens ist das eine Suggestivfrage, und zweitens einmal: Wieso sind die verschwunden?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das Kontrollamt hat das festgestellt. Und ich frage Sie.

Dr. **Androsch:** Daß die Belege verschwunden sind?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. Haben Sie auch festgestellt heute.

Dr. **Androsch:** Ja, aber ich kenne den Bericht, ich weiß nicht die Gründe. Es kann auch schuld sein, daß im Keller, im Archiv der Rechnungsbeamte das so gelagert hat, daß es die Mäuse gefressen haben. Weiß ich nicht. Aber wieso ist dann ein Politiker dafür verantwortlich? Weil er nicht sichergestellt hat, daß dort keine Mäuse sind? Ich meine, so einfach kann man sich die politische ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber in der politischen Verantwortung ist grundsätzlich kein Unterschied vor 1975 und nach 1975.

Dr. **Androsch:** In der Zuordnung der politischen Verantwortung gewiß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf Personen aber ...

Dr. **Androsch:** Entschuldigung — Herr Abgeordneter Dr. Feurstein, ich habe das Gefühl, Sie stellen jetzt lauter rhetorische Fragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, ich möchte wissen *(Dr. Androsch: Nein, nein, Sie stellen rhetorische Fragen!)*, ob Sie der gleichen Meinung sind wie ich.

Dr. **Androsch:** Das ist ja dann keine Frage, sondern Sie äußern eine Meinung und wollen sie bestätigt oder abgelehnt haben. In der Form bin ich nicht Ihrer Meinung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie glauben also, daß andere Politiker ...?

Dr. **Androsch:** In der Form, wenn das Ihre Meinung ist, bin ich nicht dieser Ihrer Meinung.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Darf ich mich da einschalten, bitte. Es ist nicht Sache eines Zeugen, über Rechts- oder Erfahrungssätze auszusagen oder Mutmaßungen und Meinungen zu äußern. Ein Zeugnis vom Hörensagen ist jedoch nicht ausgeschlossen. Ich bitte, sich danach zu halten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe den Zeugen gefragt, wer die politische Verantwortung vor 1975 getragen hat.

Dr. **Androsch:** Das habe ich beantwortet, und dann haben Sie, in eine Frage gekleidet, eine Meinung geäußert, und darauf habe ich aufmerksam gemacht und präzisiere, daß ich dieser Ihrer Meinung nicht bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihre Meinung ist?

Dr. **Androsch:** Ich bin ein Zeuge, der nicht Meinungen, sondern Wahrnehmungen mitzuteilen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer ist aus Ihrer Sicht politisch verantwortlich, wenn Sie es nicht sind vor 1975? Sie haben sich ausgeschlossen für die Zeit vor 1975.

Dr. **Androsch:** Es gibt ganz klare Kompetenzenregelungen, und daraus ergeben sich Verantwortungen. Ich bin dafür verantwortlich, daß das Geld in diesem Ausmaß zur Verfügung gestellt wurde, und dazu war offensichtlich gar nicht viel notwendig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war verantwortlich, daß der Beauftragungsvertrag, der im Syndikatsvertrag vorgesehen ist, nicht zustande gekommen ist?

Dr. **Androsch:** Der Beauftragungsvertrag hätte ja an der Situation gar nichts geändert. Man kann darin eine formelle Frage sehen, aber an der Zielsetzung und der Aufgabenstellung hätte er nichts geändert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sollen ja nicht beurteilen, Herr Dr. Androsch, sondern Sie sollen nur Fragen beantworten. Ich habe Sie gefragt: Wer ist verantwortlich, daß dieser Beauftragungsvertrag nicht zustande gekommen ist? Der war im Artikel 15 des Syndikatsvertrages eindeutig vorgesehen.

Dr. **Androsch:** Ich kann jetzt gar nicht sagen, wer formell zuständig ist für den Abschluß des Beauftragungsvertrages.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich darum gekümmert?

Dr. **Androsch:** Wir haben uns informiert. Das war ja schon früher Gegenstand der Erörterun-

gen, und das Ergebnis war, daß der Beauftragungsvertrag höchstens formellen Charakter hat und deswegen offenbar nicht realisiert wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sich auf jeden Fall nicht eingesetzt, daß er abgeschlossen wird. *(Dr. Androsch: Nein.)*

Welche Mitglieder des Aufsichtsrates haben Sie persönlich ausgewählt?

Dr. **Androsch:** Ich glaube, das steht schon im Protokoll. Die zwei vom Finanzministerium entsandten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sonst niemanden? — Warum kam es zu einer Verschiebung ab dem 1. Jänner 1977, Budget 1977 das erste Mal, der Mittel, die für das AKH zur Verfügung gestellt wurden? Der Titel ist der klinische Mehraufwand, unter dem waren sie ursprünglich verbucht, ab Budget 1977 sind sie beim Kapitel 54, Beteiligungen, verbucht. Was war der Grund für diese Verschiebung?

Dr. **Androsch:** Sicher haushaltsrechtliche.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum 1. Jänner 1977?

Dr. **Androsch:** Weil wahrscheinlich jemand — Ich weiß nicht, wie die konkreten Zahlungen waren, und weil wahrscheinlich 1975 auf 1976 das überlappt hat, das Budget schon soweit war, daß man das einbudgetiert hatte und 1977 beteiligungsorientiert und damit formal den Haushaltsbestimmungen entsprechend bei Kpitel 54 gemacht hat, aber darum habe ich mich sicherlich nicht gekümmert. Das ist eine Formalsache, die wahrscheinlich der Ministerialrat Mayer disponiert hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben bereits gesagt, daß am 18. März 1976 die Firma Mediplan für eine begleitende Kontrolle vorgeschlagen worden ist. Wer hat damals die Firma Mediplan vorgeschlagen?

Dr. **Androsch:** Für eine projektbezogene Gutachtertätigkeit, die nicht realisiert wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat vorgeschlagen?

Dr. **Androsch:** Also, begleitende Kontrolle ist etwas anderes *(Abg. Dr. Feurstein [ÖVP]: Gut, projektbegleitende)* als projektbezogene Gutachtertätigkeit. Jetzt müßten wir uns einigen. Ich weiß es nicht, wer es vorgeschlagen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen das nicht?

Dr. **Androsch:** Also von den Organen jemand, aber sicherlich nicht ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber für die Beteiligung von Professor Seitz am SSK-Gutachten hat Bundeskanzler Kreisky den Vorschlag gemacht.

Dr. **Androsch:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im anderen Fall wissen Sie es nicht.

Wissen Sie, wer die Mediplan vorgeschlagen hat bei der ARGE-ORP?

Dr. **Androsch:** Wem vorgeschlagen hat?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der AKPE natürlich.

Dr. **Androsch:** Die kann ja das selber entschieden haben, und meines Wissens hat sie es also ohne Vorschlag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Aufsichtsrat?

Dr. **Androsch:** Ich glaube, das ist vom Vorstand gekommen. Aber jedenfalls war das keine Frage, mit denen die Eigentümer befaßt wurden oder ich als Eigentümervertreter. Man kann ja zu Entscheidungen kommen, ohne daß man von jemandem ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ich frage Sie, haben Sie etwas gewußt?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie können es wissen, aber ohne daß sie die Entscheidung zu treffen hatten. Das, glaube ich, war nur die ...

Dr. **Androsch:** Richtig. Okay.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind im Jahre 1979 darauf aufmerksam gemacht worden, daß Winder — das haben Sie vorhin auch gesagt — Geschäftsbeziehungen nicht korrekt abwickelt. Sagen wir das einmal so. Es ist der Verdacht geäußert worden, daß Schmiergeldzahlungen geleistet wurden. Was haben Sie veranlaßt auf Grund dessen?

Dr. **Androsch:** Im Jahr 1979 sind Artikel *(Dr. Feurstein [ÖVP]: Feber 1979!)* erschienen mit dem Verdacht, daß Siemens Provisionszahlungen bezahlt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie getan?

Dr. **Androsch:** Den Abgabensektionschef gebeten, Prüfungshandlungen zu setzen, Nachschau zu halten. Das ist geschehen, und die haben kein Ergebnis gebracht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie persönlich haben nichts unternommen?

Dr. **Androsch:** Ich persönlich habe den Abgabensektionschef beauftragt, diese Prüfungshandlungen vorzunehmen. Ich bin — ich wäre

dazu auch gar nicht berechtigt gewesen nach dem Stufenbau — nicht selbst zu Siemens gegangen und habe Belege geprüft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben auch nicht angefragt bei der Firma Siemens? — Ich frage Sie nur.

Dr. **Androsch:** Sie haben keine Vorstellung, wie ein Ministerium und eine Verwaltung funktioniert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es geht um einen Milliardenauftrag.

Dr. **Androsch:** Ich bin gar nicht berechtigt, dafür sind zuständige Organe. Ich habe den dafür Zuständigen beauftragt, mit den ihm unterstellten zuständigen Organen das vorzunehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also bei der Firma Siemens nicht rückgefragt? — Ich frage Sie nur, Sie können ja sagen, nein. Es steht im Protokoll.

Dr. **Androsch:** Ich habe prüfen lassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei der Firma Siemens?

Dr. **Androsch:** Na ja, von was anderem reden wir nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist geprüft worden bei der Firma Siemens? Wer hat geprüft bei der Firma Siemens?

Dr. **Androsch:** Prüfungsorgane der Finanzverwaltung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Jahre 1979?

Dr. **Androsch:** Im Jahre 1979.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben sie festgestellt?

Dr. **Androsch:** Sie haben keine Hinweise auf diese Provisionszahlungen gefunden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben die Anweisung gegeben zu dieser Prüfung?

Dr. **Androsch:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie getan im Mai 1980, als der Verdacht von Provisionszahlungen sich konkretisiert hat?

Dr. **Androsch:** Mit dem Sektionschef Waiz besprochen, daß alle dafür brauchbaren Sachverhaltskenntnisse den Justizbehörden anzuzeigen sind, was auch geschehen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie zu dem Zeitpunkt mit den Vertretern der Firma Siemens Gespräche geführt? *(Dr. Androsch: Nie!)* Sind Personen, sind Direktoren der Firma Siemens zu Ihnen gekommen?

Dr. **Androsch:** Nein. Es hat sich einmal bei einem Ausländertreffen jemand beschwert aus München, daß ich nicht bereit bin, Siemens-Vertreter zu empfangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Anweisung haben Sie erteilt, daß Aufträge storniert werden müssen beziehungsweise die Firma Siemens keine weiteren Aufträge erhalten darf zu dieser Zeit, Mai, Ende April/Anfang Mai 1980?

Dr. **Androsch:** Keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Presseerklärungen haben Sie in dem Zusammenhang abgegeben?

Dr. **Androsch:** Mit der Erteilung von Aufträgen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An die Firma Siemens beziehungsweise keine weiteren Aufträge an die Firma Siemens zu erteilen.

Dr. **Androsch:** Meines Wissen keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie getan, als bekannt geworden ist, daß die Firma Prutscher Aufträge bekommen hat, die das Leistungsvolumen weit übersteigen?

Dr. **Androsch:** Ich habe schon vorhin gesagt, als solche Fälle bekannt waren, habe ich dem Sektionschef Waiz gesagt, die Organe sollen das prüfen und allenfalls, wenn dazu Begründung besteht, entsprechende Schritte unternehmen. Das ist ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es schriftliche Berichte von Sektionschef Waiz an Sie in diesen Sachen, in einem dieser Fälle?

Dr. **Androsch:** Ich glaube, ich habe in zwei Fällen einen Brief des Vorstandes dazu bekommen, daß er das festgestellt hat und die Justizbehörden davon in Kenntnis gesetzt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie getan, als Ihnen bekannt geworden ist, daß es im Zusammenhang mit der BO-Beauftragung Unregelmäßigkeiten gegeben hat? Im Zusammenhang mit der Ausschreibung, Auftragsvergabe.

Dr. **Androsch:** Gegeben hat?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann ist Ihnen das bekannt geworden das erste Mal?

Dr. **Androsch:** „Gegeben hat" ist eine Feststellung, die durch kein Verfahren oder keine Untersuchung dazu gedeckt ist. Es wurden alle Gesellschaften geprüft. Die Prüfungsberichte liegen Ihnen vor, und im übrigen waren das

Entscheidungen von Vorstand und Aufsichtsrat, der hat dazu Stellung genommen beziehungsweise sich gutachtlich geäußert. Und im übrigen haben wir ja — der Bürgermeister und ich — diese Komplexe prüfen lassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bin ich richtig, wenn die Betriebsprüfung in erster Linie zu prüfen hat, ob die Steuern ordnungsgemäß bezahlt worden sind oder Finanzvergehen begangen worden sind, allfällige?

Dr. **Androsch:** Natürlich. Aber im Zusammenhang mit den Vorwürfen der Parteienfinanzierung war auch der Auftrag mit zu prüfen, ob es dafür Hinweise gibt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann haben Sie Aufträge gegeben, Parteienfinanzierungen zu prüfen? Wann waren die ersten Aufträge in dieser Richtung?

Dr. **Androsch:** Mai, Juni vergangenen Jahres.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es da schriftliche Anweisungen aus Ihrer Sicht? — Gibt es keine. Ist alles mündlich gemacht? — Sie können uns also keine Beweise dazu liefern?

Dr. **Androsch:** Wozu? — Ich kann Ihnen Beweisanzeichen liefern, daß es diese Prüfungen gibt, und ihre Ergebnisse liegen Ihnen vor, und Sie können ja den Sektionschef Bauer befragen, ob er einen solchen Auftrag bekommen hat oder nicht. Also biete ich Ihnen den Herrn Sektionschef Bauer als Zeugen dafür an, als Beweis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist es dazu gekommen, daß die Firma Ökodata für eine Entgegnung in der „Wirtschaftswoche" im Zusammenhang mit der Consultatio eine Honorarnote in der Größenordnung von über 1 000 DM bezahlen mußte?

Dr. **Androsch:** Wenn eine Firma einen Anwalt beauftragt, werden ja damit Kosten verursacht. Ich weiß nicht —

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn die Firma von der Consultatio beauftragt worden ist, warum muß die Ökodata dann bezahlen?

Dr. **Androsch:** Ja weil die Behauptung sich ja auf die Ökodata bezogen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Consultatio hat ja das Interesse zur Berichtigung.

Dr. **Androsch:** Ja das weiß ich nicht. An der Wahrheit muß ja jeder Interesse haben, würde ich glauben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Frage ist, wer legitimiert ist, um eine Entgegnung einzureichen.

Dr. **Androsch:** Jeder dem gegenüber, was Unrichtiges behauptet wurde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber entweder ist die Consultatio legitimiert oder die Ökodata.

Dr. **Androsch:** Es gibt auch Fälle, wo zu ein und demselben mehrere legitimiert sein können. — Ich verstehe die Frage im Grunde nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Ökodata hat eine Rechnung bezahlt, wo es um eine Entgegnung gegangen ist im Zusammenhang mit der Consultatio in der „Wirtschaftswoche", im Jahre 1978, Honorarnote 1 100 DM, und es gab ...

Dr. **Androsch:** Na gut, es hat sich ja auf die Ökodata bezogen, also die Behauptung. Hat sich ja nicht auf die Consultatio bezogen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Consultatio war involviert in dieser Sache.

Dr. **Androsch:** Ja, aber die Behauptung hat sich ja — ich meine, auf wen hat sich die Behauptung bezogen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf die Consultatio in erster Linie.

Dr. **Androsch:** Das habe ich nicht so in Erinnerung. Aber da müssen Sie die Geschäftsführer fragen. Ich habe ja das nicht ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gab ja die eidesstattliche Erklärung, die sogenannte eidesstattliche Erklärung vom Rumpold mit der Beteiligung.

Dr. **Androsch:** „Sogenannte" nicht. Die gibt es ja meines Wissens, nicht? Entweder gibt es eine oder gibt es keine. Eine „sogenannte" ist ja nicht möglich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Frage ist, ob das widerlegt wird. Rumpold behauptet das durch diese eidesstattliche Erklärung. Aber das ist eine andere Frage, das haben wir nicht zu diskutieren hier.

Meine Frage wäre dann: Wann haben Sie erfahren, daß die Ökodata nicht im ausreichenden Maße geeignet ist, die Leistungen im Zusammenhang mit der ABO zu erbringen? Wurde Ihnen das überhaupt zur Kenntnis gebracht?

Dr. **Androsch:** Mir ist bis heute nicht bekannt, daß eine solche Behauptung den Tatsachen entspricht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es ist Ihnen zur Kenntnis gebracht worden?

Dr. **Androsch:** Nein. Ich sage ja — ich drücke mich ja nicht so unklar aus —: Es ist mir bis heute nicht diese Information zugegangen, daher

kann ich nur sagen, das ist Ihre Behauptung, aber für mich durch nichts erwiesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß die Ausschreibungsrichtlinien nicht beachtet worden sind, die Önorm 2050?

Dr. **Androsch:** Ich habe schon vorhin ausgeführt, daß es zum ersten Mal überhaupt der Fall war, daß eine Ausschreibung erfolgt ist, denn die Önormen sehen ausdrücklich vor, daß für Planungsaufträge diese nicht gelten und daher Ausschreibungen gar nicht vorzunehmen sind. Aber das haben Sie ja hier durch Zeugenaussagen von vielen aus den Bundesländern auch bereits zur Kenntnis bekommen. ... was in Feldkirch oder beim Landeshaus in ... ausgeschrieben wurde. — Nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie gar nicht. Ich frage Sie jetzt: Was haben Sie unternommen, als Ihnen bekannt geworden ist, daß die Ökodata an den Ausschreibungsunterlagen mitgewirkt hat? Für die BO-Beauftragung? — Nichts.

Dr. **Androsch:** Sie sagen mir das — ich weiß nicht, was Sie —

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, daß die Ökodata an den Ausschreibungsunterlagen für die BO-Beauftragung mitgewirkt hat?

Dr. **Androsch:** Das hör ich zum erstenmal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, daß die Eröffnung der Angebote im Zusammenhang mit der BO-Beauftragung unkorrekt erfolgt ist?

Dr. **Androsch:** Ist mir nicht bekannt, und es müßte ja Konsequenzen gehabt haben. Mir sind auch solche Konsequenzen nicht bekannt. Daher kann ich nur wiederum sagen: Das ist Ihre Behauptung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist eine Behauptung, die im Rechnungshofbericht festgestellt worden ist.

Dr. **Androsch:** Ob das so drinnen steht, das — steht das so drinnen? Weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie es nicht wissen, wissen Sie es nicht.

Dr. **Androsch:** Ja, ja. Wenn Sie es behaupten, muß es auch noch nicht ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Ihnen bekannt, daß der Ing. Schwaiger auch gleichzeitig bei der Odelga Aufsichtsratsmitglied war?

Dr. **Androsch:** Ich kenne keinen Ing. Schwaiger.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Vorstandsdirektor.

Dr. **Androsch:** Ich kenne einen Dr. Schwaiger, aber einen Ing. Schwaiger kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gut, dann Dr. Schwaiger.

Dr. **Androsch:** Schwaiger ist so ein häufiger Name.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, Dr. Schwaiger. Vorstandsdirektor *(Dr. Androsch: Ja.)* Dr. Schwaiger, der bei der Odelga Aufsichtsratmitglied war? Ist Ihnen das bekannt?

Dr. **Androsch:** Ist mir später bekannt geworden, aber ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie getan, als Ihnen das bekannt geworden ist?

Dr. **Androsch:** Sie, das ist ja einer von der Gemeinde Wien Entsandter, und die Odelga ist ein gemeindeeigener Betrieb, und wie hier disponiert wurde, habe ich auch von Ihnen gehört beziehungsweise gelesen, mit der Medconsult, nicht? Also —

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nichts unternommen?

Dr. **Androsch:** Ich habe nachträglich gehört, daß er dort auch im Aufsichtsrat war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie nichts unternommen haben, ist ja alles in Ordnung.

Dr. **Androsch:** Ja vielleicht nicht? Weiß ich's?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wußten Sie, daß Professor Wojda sowohl in der APAK tätig war als auch an der ABO mitgewirkt hat?

Dr. **Androsch:** ... Professor ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Ihnen nicht bekannt. Was haben Sie unternommen, als auch bei anderen Firmen — ITT und so weiter — bekannt geworden ist, daß Schmiergeldzahlungen in Richtung Liechtenstein bezahlt worden sein sollen?

Dr. **Androsch:** ... Sektionschef Bauer besprochen, daß nach Maßgabe der Kapazität auch diese entsprechenden Prüfungen unterzogen werden, was sich aber an sich automatisch schon einstellen wird, wenn sowas bekannt wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war bei der ITT auch im Jahre 1979?

Dr. **Androsch:** Das war 1980. — Ich habe es eh gesagt: Das war 1980.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat die APAK für eine Funktion gehabt nach Ihrer Ansicht?

Dr. **Androsch:** Was bei der IAKW der Koordinator war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine Art Projekt-Management?

Dr. **Androsch:** Ich will mich jetzt nicht auf irgendwelche Begriffe festlegen, am besten, man nimmt die Verträge her, und dort ist das definiert. Nur, ich kenne die Verträge nicht, und ich würde es auch auswendig nicht wissen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen aufgefallen, daß von den Firmen, die im Papier von Winter erwähnt sind, eine ganze Reihe von Firmen tatsächlich in der APAK vertreten sind?

Ist das zufällig, oder?

Dr. **Androsch:** Sie wollen von mir eine Vermutung hören, aber da müssen Sie den Herrn Winter fragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist es zufällig?

Dr. **Androsch:** Entschuldigen Sie, worauf gestützt soll ich eine Wahrnenmung dazu sagen?

Jetzt kann ich Ihnen nur sagen: Vielleicht sind das solche Firmen, bei denen Sie bei solchen Bauten in Österreich nie vorbeikommen. Das ist wie bei bestimmten Großvorhaben, es wird Ihnen auffallen, daß es immer dieselben, nur in der Reihenfolge verschieden sind. Sie werden immer auf fünf oder drei oder vier derselben Baufirmen stoßen, und wenn Sie sich ein Telefon beschaffen, werden Sie immer auf drei, vier — weil andere gibt es bei uns nicht — Firmen stoßen. Das kann da auch zutreffen. Aber Sie wollen ja von mir keine Vermutungen hören!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können nichts damit anfangen? — Was haben Sie getan, als bekannt geworden ist — das ist Kontrollamtsbericht —, daß die Mediplan an einem Auftrag ARGE-ORP teilgenommen hat und die Leistung nicht annähernd dem Honorar entsprochen hat? Honorar war 46,5 Millionen Schilling. — Mediplan Riethmüller.

Dr. **Androsch:** Das ist überprüft worden, und das ist durchaus bestritten, daß das nicht angemessen sein soll.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nichts unternommen in der Sache?

Dr. **Androsch:** Ich war informiert, daß solche Vorwürfe überprüft wurden. Da sind ja laufend Presseaussendungen erfolgt von den zuständigen Organen, Gutachten eingeholt worden, und wenn die Organe tätig sind, braucht man Ihnen ja nicht zum Tätigwerden noch zusätzlich einen Auftrag geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie einen konkreten Fall sagen, wo Ihnen über, seien es Presseberichte, sei es Kontrollamtsbericht, sei es Rechnungshofbericht der Verdacht auf Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Tätigkeit von Organen der AKPE oder von Mitgliedern des Aufsichtsrates mitgeteilt worden ist oder zur Kenntnis gelangt ist: Können Sie uns hier konkrete Beispiele sagen, wo Sie aktiv geworden sind?

Dr. **Androsch:** Ich darf mich wiederholen. Es ist der Verdacht geäußert worden 1979, daß Schmiergelder geflossen sind. Prüfung — kein Ergebnis. 1980 wieder Verdacht. Anhaltspunkte und entsprechende Anzeigen. Und andere sind nicht bekannt geworden. Es ist kein einziger bekannt geworden gegen irgendein Mitglied — mir jedenfalls nicht — des Aufsichtsrates und auch nicht gegen die beiden anderen Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Zeugen heute vormittag sind gefragt worden, ob sie den Dr. Batliner kennen, den ehemaligen Honorarkonsul von Österreich. Kennen Sie ihn?

Dr. **Androsch:** Den habe ich einmal kennengelernt — bei einem offiziellen Besuch naheliegenderweise —, kennengelernt in Vaduz im Dezember 1979.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Batliner jemals für Sie oder im Auftrag von Personen, die Ihnen nahestehen — ich meine jetzt Ihre Familie —, irgendwelche Geschäfte durchgeführt?

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Erledigt. — Haben Sie sonst seine Dienste in Anspruch genommen?

Dr. **Androsch:** Als Honorarkonsul. Er hat einen Empfang für mich gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie mit dem Herrn Konsul Fendi in der Sache Rabelbauer besprochen?

Dr. **Androsch:** Nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, war dieser sogenannte Nutzerkonsens, wenn man das jetzt im Lichte aller Kritiken betrachtet, der Stellenwert, der diesem Nutzerkonsens zugeordnet worden ist, nicht vielleicht ein Ansatz dafür, daß dieses Bauwerk so explodiert ist?

Dr. **Androsch:** Das Projekt ist ja 1965 festgestanden, ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na in dem Kubaturausmaß und ähnlichen Dingen sicher nicht.

Dr. **Androsch:** Na ja, also ich meine, die

Größe eines Bauwerks ist ja einmal dadurch determiniert. Und da Detailplanungen ja nicht vorlagen, wüßte ich eigentlich gar nicht, was man womit vergleichen soll, um sagen zu können, es ist etwas von einer ursprünglichen Konzeption gegenüber einer späteren explodiert. Die war ja viel zuwenig determiniert, um das sagen zu können.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber wenn Sie jetzt aus der Erfahrung, die Sie bisher gemacht haben, einem ähnlichen Bauvorhaben auf dem Spitalsektor eine Empfehlung geben würden, würden Sie dann der Kritik des Kontrollamtes, die jetzt da ist, folgen, die heißt: Na vielleicht haben wir die Klinikchefs zuviel mitreden lassen!

Dr. **Androsch:** Ja — das würde ich aber dann generell für alle Spitäler in Österreich behaupten: Da die Klinikchefs und dort die Primarii mit dem Ergebnis, daß Leute, die sich auskennen, sagen: Wir haben um zehn Prozent Betten zuviel in Österreich!, daß wir in Spitälern Einrichtungen haben, wie sie Kliniken heute noch nicht haben, und nicht ausgenützt; ich meine Intensivstationen. Ich denke an eine konkrete, aber eine in Amstetten. Die ist ein Vielfaches moderner als die auf der Internen im Allgemeinen Krankenhaus.

Also nehmen Sie das Problem in Feldkirch mit zwei Spitälern an wirklich einem und demselben Ort, mit doppelten Funktionen und so weiter ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt ein Spital in Feldkirch, das sollten Sie wissen.

Dr. **Androsch:** Ah so. — Eben. Ich weiß nicht, wieso es dann zwei sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt eines.

Dr. **Androsch:** Jetzt. Inzwischen. Also machen wir uns da nichts vor ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe ja auch nicht gefragt, wieviel Spitäler sind in Feldkirch. *(Abg. Dr. Kapaun: Nichts gegen das heilige Land Vorarlberg!)*

Dr. **Androsch:** ... sogar ein generelles Problem. Nicht spezifisch AKH.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube nämlich folgendes: Ich weiß nicht, ob Sie — ich glaube es auch gar nicht aufs AKH hin, sondern Sie haben ja mehrere Vergleiche gezogen, auch mit anderen Bauvorhaben, also, glaube ich, kann man auch innerhalb dieser Bauwerke oder innerhalb ähnlicher Bauwerke vergleichen.

Meine Frage zielt in etwa eben auf Grund Ihrer Wahrnehmungen und Erfahrungen dahin, gar nicht beabsichtigt vielleicht im Jahr 1975/76, daß man hier eine Gesellschaft gründet, bei der man sagt: beim IAKW und so schon funktioniert, daß man eine Gesellschaft gründet, die einem als politische Instanz eines erspart: die permanente Auseinandersetzung mit den Klinikchefs, die ständigen Interventionen, ob das eine Stück noch angebaut werden muß, soll oder nicht, und das in die Gesellschaft verlagert. Und ich habe ein bissel das Gefühl, daß das der große Vorteil vor allem für die Gemeinde Wien war, hier die ständigen Interventionen der Klinikchefs im Zusammenhang mit dem Bauwerk zu einer bestimmten Stelle hinzuleiten und das Ganze zu delegieren.

Dr. **Androsch:** Ja aber ich glaube, daß in der Phase sich das Problem in der Form nicht gestellt hat. Das Projekt in seiner Größenordnung — Kubatur stand fest. Man kann natürlich streiten, wer was kriegt da drinnen, aber die Größe und damit die Kosten waren im wesentlichen determiniert. Das Problem, fürchte ich, kommt jetzt erst beim Einrichten, denn jeder will alles haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja natürlich.

Dr. **Androsch:** Aber ich meine, die Problemstellung, was wer bekommt innerhalb des Projektes, das determiniert war und das fertiggestellt wurde, ich glaube, das kommt erst.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber das Kontrollamt kritisiert ja in seinem neuesten Bericht die ungeheure Zunahme der Kubaturen von ursprünglich — ich sage es jetzt wirklich aus dem Gedächtnis und weiß nicht, ob es genauso stimmt, aber die Relation stimmt — etwa 800 000, 900 000 m³ auf 2,4 oder 2,3 oder 2 Millionen Kubikmeter, und das wird in Verbindung gebracht mit dem offensichtlich ständigen Bemühen der Klinikchefs, möglichst viel an Raum für die Institute herauszuholen.

Dr. **Androsch:** Daß es dieses Bestreben gegeben hat, ist ziemlich wahrscheinlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist ja ein natürliches Bestreben von einem Klinikchef.

Dr. **Androsch:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist nur die Frage: Was steht dem entgegen?

Dr. **Androsch:** Zur Größenordnung — ich hoffe, ich habe einigermaßen die Größenordnung richtig im Kopf —: Am Beginn des Projektes in seiner damals bescheidensten Ausprägung hat es 20 Kliniken gegeben oder so. Jetzt gibt es, glaube ich, fast 70 über den Planungs- und Errichtungszeitraum bis jetzt.

Die Kubatur war, glaube ich, weitgehend determiniert, wenn man von Dingen wie Zahnklinik und so weiter absieht. Hier ist wieder die Problemstellung: Wieviel der verfügbaren

Kubaturfläche ist wie verwendbar? Wofür? — Mehr wird es ja nicht. Also ich fürchte: Dieses Spannungsfeld liegt eigentlich noch vor dem Projekt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber die Konstruktion — auch schon bei der IAKW und bei anderen Dingen — hat natürlich für den Politiker den Vorteil, daß er Verantwortung delegiert. — Weil Sie sich vorher mit dem Kollegen Kohlmaier so lange über Verantwortung unterhalten haben.

Dr. **Androsch:** Herr Kollege! Delegieren muß er auf jeden Fall. Sie kennen die Verhältnisse: Der Finanzminister unterschreibt den Monatsvoranschlag. Das ist natürlich eine Delegation. Die ganze Verwaltung ist eine delegierte. Das wollte ich dem Abgeordneten Kohlmaier klarmachen und auch klarmachen, daß ich gar nicht Siemens prüfen könnte und so weiter. Also das Delegationsproblem ist ja auf jeden Fall da. Da kommen Sie ja nicht herum.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es ist doch so — und das kennen Sie sicher leidvoll aus den zehn Jahren Ihrer Regierungstätigkeit —, daß Sie zwar unter Umständen für Ihren Sekretär den Dienstreiseantrag mit 2 000 S abzeichnen müssen — umsonst ist gar nichts — und daß man bei einem solchen Projekt mit 26, 30, 40 Milliarden, das delegiert an eine Gesellschaft, bei der man nur einmal im Jahr — und dann auch nur, wenn der Vorstand dieser Gesellschaft tätig wird — einen Politikergipfel veranstaltet.

Dr. **Androsch:** Aber das gilt ja auch für Bahn und Post und für AUA und DDSG und für Tauern-Autobahn und Radio Austria. Das gilt für Tausende solche Dinge.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zum hundersten Mal.

Dr. **Androsch:** Zum hundersten Mal. Jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich darf also festhalten: Ihre Meinung wäre, daß man an der derzeitigen Struktur oder an der Konstruktion nichts ändern kann, sie hat sich ausreichend bewährt.

Dr. **Androsch:** Sie können immer etwas ändern. Das Hauptproblem zeigt sich ja jetzt beim Vorstand: Es geht ja darum, geeignete Leute zu bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Natürlich, weil sie ja auch zum Teil verscheucht worden sind.

Dr. **Androsch:** Das halte ich für das Hauptproblem.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ) *(zur ÖVP-Fraktion):* Sie haben fest gescheucht!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gescheucht hat einmal das Kontrollamt, und der Bürgermeister Gratz ist so stolz darauf, daß er das Kontrollamt eingeschaltet hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): So geeignet war der Winter auch wieder nicht.

Dr. **Androsch:** Aus einem Grund ganz sicherlich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber nur: Für diesen Grund macht Sie niemand verantwortlich.

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Frage ist nur: Müßte man das alles neu konstruieren? Es gehört ja auch zu dem Ausschuß dazu, daß er unter Umständen eine Empfehlung auch für die Zukunft abgibt auf Grund der Aussagen, die hier stattgefunden haben. Würden Sie es wieder so machen?

Dr. **Androsch:** Aus meiner Erfahrung kann ich nur sagen: Die Skepsis war insoweit berechtigt, als es wahnsinnig schwierig ist, nach zehn Jahren mit einer anderen Struktur hineinzufahren. Wir können leider nicht empirisch den Vergleich herbeischaffen, daß wir sagen: Parallel dazu etwas Gleichartiges von vornherein auch so organisieren.

Wir können nur vermuten — aber da kann man einwenden, daß das halt viel schwieriger und komplizierter ist —, daß es dort, wo es von vornherein so feststand, mehr als ausreichend — „ausreichend" genügt schon — funktioniert hat. Und daß im Vergleich zu früher — das ist jetzt mehr eine wertende, eine vermutende Feststellung — trotz der Schwierigkeiten das hier auch funktioniert hat, was nicht ausschließt, daß man Verbesserungen vornehmen soll, also daß man sich manches jetzt überlegen muß bei der Einrichtung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Halten Sie die Konstruktion AKPE-APAK für eine ideale zum Beispiel?

Dr. **Androsch:** Ich bin in den Details, in den technischen, überfragt. Aber dieselbe Form hat sehr gut funktioniert bei der IAKW.

Aber ich meine: Das heißt nicht, daß es ein Patentrezept ist. Mit den richtigen Leuten zum richtigen Projekt mag so etwas sehr gut funktionieren, und nicht ganz zur richtigen Zeit, zu einem anders gelagerten Projekt, ist es anders.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber nur glaube ich, daß bei der IAKW — berichtigen Sie mich jetzt durchaus — halt die Vorgabe viel klarer war und die ganze Frage „Nutzer und wie entwikkelt sich das Bauwerk im Laufen" nicht so schwimmend und schwankend war, wie das beim AKH der Fall ist.

Dr. **Androsch:** Ja, das ist nicht zu bestreiten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daher habe ich Sie vorher schon einmal gefragt, ob Sie es wirklich vergleichen. Ich glaube nämlich, daß die ganze Klinikfrage das einfach nicht vergleichbar macht.

Dr. **Androsch:** Ich will ja gar nicht bestreiten, daß das viel komplizierter, viel komplexer ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Funktionen hat denn Sektionschef Waiz noch gehabt in den letzten fünf Jahren?

Dr. **Androsch:** Budgetsektionschef, und er war noch — aber das war mit keinen besonderen Problemen mehr behaftet — bei der IAKW.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weil es vorhin ein kleines Geplänkel um diesen Garagenbau gegeben hat: Dieser Garagenbau-Auftrag ist am 28. Oktober 1968 erteilt worden und ist im Mai 1974 fertiggestellt worden. Wenn man jetzt sagt, was vor der AKPE war und was nach der AKPE war; nach meinem Gefühl hat die AKPE die 300-Millionen-Abrechnung dieses Garagenbaues übernommen, weil da wahrscheinlich Haftungen und alles mögliche — Garantien — noch gelaufen sind.

Nur zur Klarstellung: Die Rechnungen sind offensichtlich später verkommen. Denn ich kann mir schwer vorstellen, daß die AKPE bei einem Brocken von 300 Millionen — zu dem Zeitpunkt in Relation ziemlich groß — damals schon keine Rechnungen mehr über dieses Projekt vorgefunden hat. Aber die Grenzen sind halt immer so ein bisserl fließend.

Dr. **Androsch:** Aber für eine Tiefgarage sechs Jahre und für den Kernbau fünf Jahre, das ist, meine ich, auch eine Relation. Die Kubatur von der Tiefgarage: Sechs Jahre!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube, es wäre ein Mißverständnis zu sagen, daß es hier irgend etwas zu verteidigen gilt, sondern ich könnte ja genauso sagen: Der 28. Oktober 1968 war ziemlich knapp vor dem Ende der ÖVP-Alleinregierung, und von dort an hat sich der Bau verzögert oder ähnliches. Aber das ist ja nicht der Sinn dieses Gespräches. Es war eben so, daß es im Mai 1974 fertiggestellt worden ist und daß ich mir nicht vorstellen kann, daß bei der Übernahme die AKPE nicht die Rechnungen besessen hat, sondern daß die Rechnungen dann offensichtlich später verkommen sind.

Dr. **Androsch:** Gut, das müßte sich ja klären lassen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist auch keine Frage an Sie, sondern war eine Klarstellung wegen des Geplänkels vorhin.

Als die AKPE gegründet worden ist: Sind da klare Plafonds hinsichtlich Zeit und Kostenlimits eingezogen worden?

Dr. **Androsch:** Nein. Das war zu dem Zeitpunkt vom Planungsstand her gar nicht möglich. Da hätten wir das Gutachten nicht gebraucht, das Gutachten wurde erst in Auftrag gegeben, erst geliefert und so weiter, und das hat bis 1979 gedauert, bis wir das politisch haben fixieren können.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und jetzt sagt Obersenatsrat Horny, der jetzt Präsident des AKPE-Aufsichtsrates ist, daß er bereits 1977 — er hat hier auch ein Schriftstück vorgelegt — diese Kostenlimitierung verlangt hat. Wieso hat das eigentlich dann noch zwei Jahre gedauert? 1979 ist exakt richtig. Wieso hat das dann zwei Jahre gedauert, bis es zu so einer Kostenlimitierung gekommen ist.

Dr. **Androsch:** Weil die Ausarbeitung des Gutachtens und die Erarbeitung der Einsparungen, die das möglich machen, eben einen solchen Zeitraum benötigt haben. Umso mehr bin ich der Meinung, daß dieses Kostenlimit daher jetzt auch — immer bezogen auf dieselbe Preisbasis, versteht sich — gehalten werden kann und muß, oder müßte zumindest.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Generaldirektor Kraus hat allerdings hier gemeint, daß Kostenlimits in der Form für ihn nicht vorstellbar sind.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Hat der nicht den Vorschlag Wiesinger gemeint?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kostenlimits insgesamt.

Dr. **Androsch:** Ich wurde vorhin gefragt, Herr Abgeordneter Bergmann — ich weiß jetzt nicht von wem —: Sind Sie für Kostenlimits? — Das heißt: Welche Kostenlimits? — Ich meine — nicht böse sein —, ein Kostenlimit kann — bezogen auf das Projekt — soweit danebenliegen, daß es einer Hausnummer gleicht, oder es kann ein Kostenlimit sein, das eine vielleicht nicht leicht erreichbare — oder nur schwer erreichbare, aber immerhin erreichbare — Zielvorgabe ist. Und diese 20 Milliarden — Preisbasis 1976 — würde ich so einschätzen: 1980 — 24 Komma etliches, 1987 — 36,7 Milliarden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin gemeint, vor 1974 wäre Ihre Kompetenz in Sachen AKH eine relativ bescheidene gewesen, die sich nur darauf bezogen hat, daß man gelegentlich eine Budgetsumme in das Budget einsetzt. Habe ich das so richtig verstanden?

Dr. **Androsch:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hat schon im Jahr 1955, glaube ich, das Finanzministerium — ich weiß nicht, in welcher Form — der Gemeinde Wien die Garantieerklärung abgegeben, 50 Prozent der Kosten zu tragen. War das nicht ein bißchen mehr an Mitgestaltung und Mitverantwortung, wo man eigentlich hat rechnen müssen, daß von Jahr zu Jahr der Kostenteil im Budget größer werden wird? War das nicht auch ein vorausschauendes Mitdenken und Mitwirken an dem Projekt?

Dr. **Androsch:** Völlig ausgeschlossen mangels Kompetenz in formellem Sinn, aber im praktischen. Wir hätten ja nicht eine eigene Bauabteilung deswegen im Finanzministerium einrichten können. Woher hätte die Kompetenz kommen sollen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Frage der Information, des Interesses, der Vorwarnung oder Frühwarnung. Meine Meinung vom Finanzministerium ist eben eine so positive.

Dr. **Androsch:** Herr Abgeordneter Bergmann! Sie kennen das Finanzministerium gut. Es gibt Grenzen. Man kann nicht in andere Ressorts hineinregieren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihnen der legendäre grüne Volvo bekannt, der von der AKPE immer die Buchhaltung in die Consultatio gefahren hat?

Dr. **Androsch:** War mir nicht bekannt. Es geht um den Prokurist Kozlik *(phonetisch)*, der selbständig ist; fallweise Holzmeistergasse und fallweise seine eigene Kanzlei in Ottakring.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie weit ist Ihnen denn die deutsche Firma „Neue Heimat" persönlich bekannt? — Ich meine: Daß Sie wissen, daß es ein so großes Unternehmen gibt, setze ich voraus.

Dr. **Androsch:** Daß ich zwei Mitarbeiter von denen kenne, den Herrn Vietor und den Herrn Ministerpräsidenten Lothar Spät *(phonetisch)*.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und den Herrn Vietor kennen Sie auch von seinen Tätigkeiten in Österreich?

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht im Zusammenhang mit Infrabau?

Dr. **Androsch:** Den habe ich ein- oder zweimal an SPD-Parteitagen getroffen, und den Herrn Lothar Spät habe ich in Stainach getroffen. *(Vorsitzender-Stellvertreter Ing. Hobl übernimmt wieder die Verhandlungsleitung.)*

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie irgendeine Wahrnehmung, daß der Herr Vietor in einem sehr nahen Verhältnis zum Bundeskanzler steht? Wörishof-Besuche und so.

Dr. **Androsch:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Im Jahr 1980, im Sommer, hat es die Hauptversammlung bei der AKPE gegeben: Entlastung für das Geschäftsjahr 1979. Und da wurde in einer Sitzung des Wiener Gemeinderates der Stadtrat Mayr gefragt, warum dort dem Ing. Parzer und dem Dr. Schwaiger — ich zitierte die Titel jetzt korrekt — die Entlastung erteilt worden ist. Dann wurde ihm vorgehalten, daß es doch dem Finanzminister Androsch bekannt sein müßte als Fachmann — ich zitiere das hier nur; ich verstehe es nicht; aber es wird schon so sein —, daß man nur den gesamten Vorstand — den Vorstand, der die Gesamtverantwortung trägt — entlasten kann, und daß es daher nicht möglich gewesen wäre, die zwei allein und den Winter nicht. In der Antwort hat es dann geheißen, daß weder der Finanzminister noch der Finanzstadtrat Mayr bei dieser Hauptversammlung dabei waren. — Ich habe das auch schon den Finanzstadtrat Mayr gefragt, warum eigentlich bei einer so wichtigen im Schatten dieser ganzen AKH-Affäre stehenden Hauptversammlung keiner der beiden Herren anwesend war. Ich darf die Frage auch an Sie richten.

Dr. **Androsch:** Sie wissen, daß der Finanzminister das nie selbst in Gesellschafterversammlungen wahrgenommen hat, sondern immer durch einen Beamten des Hauses.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es wäre doch möglich, daß er bei so einem Riesending, das da entstanden ist, selbst hingeht.

Dr. **Androsch:** Aber ich bin gesellschaftsrechtlich gar nicht so sicher, daß der Einwand zutreffend ist, daß wegen des möglichen oder offenbaren Fehlverhaltens eines Vorstandsmitgliedes der Rest nicht entlastet werden dürfte. Das glaube ich nicht. Aber bitte. Da müßte man sich einen Kommentar anschauen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es ist jedenfalls der Winter nicht entlastet worden.

Dr. **Androsch:** Da lagen ja ganz konkrete Gründe vor. Aber aus einem mehrköpfigen Vorstand, wo in einem Fall Fehlverhalten vorliegt — oder möglicherweise vorliegt —, die anderen, auf die das nicht zutrifft, nicht zu entlasten, kann ich mir nicht vorstellen, daß das gesellschaftsrechtlich gedeckt ist. — Aber das ist eine Vermutung, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie vom Kontrollamtsdirektor oder seitens der Gemeinde Wien, solange Sie noch für das AKH auch verantwortlich waren, eine Vorwarnung hinsichtlich der Prüfungen bekommen, die da seit

12 Monaten nunmehr beim AKH in Sachen Bau, Hochbau vorgenommen worden sind?

Dr. **Androsch:** Die Prüfungen sind auf Auftrag oder Zustimmung erfolgt. Und für eigene Aufträge oder Zustimmung kann ja keine Vorwarnung kommen. Sie meinen vom Prüfungsergebnis?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von Hinweisen auf den einen oder anderen Vorfall. So habe ich das gemeint.

Dr. **Androsch:** Erste Hinweise habe ich jeweils aus den Zeitungen gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben zweimal Dr. Walter heute genannt als ein Beispiel für die Rettung der Olympischen Spiele in München. Haben Sie mit Dr. Walter eine persönliche Bekanntschaft auch?

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie können sich daher auch nicht erklären, warum er in dem Projekt Managementpapier des Herrn Winter auch genannt ist?

Dr. **Androsch:** Erklären kann ich es mir schon. Der Mann war zu Lebzeiten eine europäische Kapazität. Ich meine: Ich habe ihn nie persönlich kennengelernt. Aber daß er das war, war mir als Laien, wie gesagt, bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine Ahnung, wie innig die Beziehungen zwischen Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Winter waren?

Dr. **Androsch:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich halte Ihnen ein Schreiben des Dipl.-Ing. Winter an den Dkfm. Franz Bauer, Consultatio, Revisions- und Treuhand-Ges. m. b. H., vor, das in Ihre Firma geschickt wurde. In diesem steht drinnen:

Im Sinne unserer letzten Unterredung übersende ich Ihnen ein Gedankenmodell für die Neuorganisationen des Teilbereichs des Magistrats.

Und dann: In den nächsten Tagen werde ich noch einige Ideen in dieser Richtung darlegen und Ihnen nachreichen.

Das deutet für mich auf einen relativ starken Kontakt und regelmäßigen Schrift- und Treffverkehr hin. Ist Ihnen das nicht bekannt?

Dr. **Androsch:** Das ist mir insofern bekannt — ich habe ja die Unterlagen nicht mit —, als jetzt eindeutig klar ist, daß dieses Papier sich auf die MA 17 bezieht. Wenn es auch im Text selbst nur schlüssig hervorgeht, ist dieses Begleitschreiben auch ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein. Das ist kein Begleitschreiben, sondern das ist fast über ein Jahr später als dieses Projektmanagement-Papier. Das ist kein Begleitschreiben zum Projektmanagement.

Dr. **Androsch:** Von wann ist das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist vom 15. 9. 1976. Also da war das alles schon vorbei, wo man das Gefühl haben kann: Jetzt probiert er vielleicht — ich sage noch einmal: vielleicht — von einer anderen Seite noch einmal, diese Überlegungen ins Gespräch zu bringen.

Aber das nur als eine Illustration, daß ich glaube, daß der Herr Dipl.-Ing. Winter und der Dkfm. Bauer einen intensiveren Gedankenaustausch, Schriftverkehr und so weiter hatten. Daher wollte ich Sie fragen.

Dr. **Androsch:** Das können Sie die beiden ja fragen. — Die Consultatio war und ist für die Gemeinde Wien tätig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gerade in diesem Zusammenhang — weil Sie sagen Consultatio; nur zur Erläuterung einer Bemerkung auf die Frage des Kollegen Feurstein —: Es geht aus dem ganzen Begleitschreiben dann schon hervor, daß es beide Firmen betrifft. Aber es geht auch gleichzeitig hervor, daß auf Consultatio-Kopfpapier und mit Consultatio-Stempel der Bauer dem Rumpold schreibt, daß er in seiner Eigenschaft als ÖKODATA-Gesellschafter ihm das mitteilt. Also hier ist durchaus diese Vermantschung, von der oft die Rede ist, gegeben.

Dr. **Androsch:** Für einen Gesellschafter wäre es ja ungewöhnlich, wenn man das Papier der Gesellschaft, das man verfügbar hat, nicht verwendet!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es tut mir leid. Er hat als Consultatio-Mann — mit Stempel und so — dann gesagt: teile ich Ihnen als Gesellschafter der ÖKODATA mit.

Es geht nur um diese Verwischung.

Dr. **Androsch:** Der Vertreter ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das beweist jetzt — was Sie jetzt sagen —, daß er ein Vertreter der Consultatio ist.

Dr. **Androsch:** Und die Consultatio war Mandatar der ÖKODATA.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War involviert hier.

Dr. **Androsch:** Wenn ich Rechtsanwalt bin einer Sozietät und gleichzeitig aber Anteile halte — nehmen wir an, das ist möglich —, dann schreibe ich auf einem solchen Papier irgend wohin. Das ist ganz logisch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur wird es um eine

Stufe gleich noch komplizierter, wenn Sie dieses Papier, das Ihnen der Kollege Steinbauer vorhin vorgehalten hat, nehmen und wenn ich Ihnen dazusage, daß dieses Papier aus der Anzeige des Ministers Salcher stammt, der wieder feststellt, daß dieser Mann offensichtlich für die ARGE Kostenrechnung gearbeitet hat, und man sich nicht ganz auskennt, und sich offensichtlich herausgestellt hat, daß der verrechnet wird bei der ARGE Kostenrechnung oder geleast ist bei der ÖKODATA, und wie immer das alles zusammenhängt.

Dr. **Androsch:** Herr Abgeordneter Bergmann! Was jemand, der lohnverrechnet wird in der Firma, tut, hat doch damit überhaupt nichts zu tun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur zeigt sich da wieder einmal, daß diese Grenzen zwischen der ARGE Kostenrechnung, der ÖKODATA und der Consultatio sehr verschwommen sind.

Dr. **Androsch:** Überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dieses Papier ist immerhin Inhalt einer Strafanzeige.

Dr. **Androsch:** Ja gut. Aus welchen Gründen immer. Aber wenn jemand für einen Dritten Lohnverrechnungen macht und bei Behörden An- und Abmeldungen macht, hat das überhaupt nichts damit zu tun, wie er den Mann einsetzt und wie er ihn berechtigt oder nicht berechtigt verrechnet. Das sind gewiß zwei völlig verschiedene Paar Schuhe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie die Behauptung, daß der AKH-Bau die menschlichen Fähigkeiten überstiegen hat, teilen?

Dr. **Androsch:** Sicher nicht. Ich meine: Wenn es in Manhattan möglich ist, innerhalb von Monaten Riesenbauten mit allen technischen Einrichtungen hochzuziehen, dann kann ich also das ganz gewiß nicht erkennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist nämlich interessant, daß der Bundeskanzler — ich zitiere jetzt aus der morgigen „Kronen-Zeitung" — feststellt:

Es stellt sich heraus, daß dieser Monsterbau die menschlichen Fähigkeiten genauso überstiegen hat wie ihre Anständigkeit.

Aus der Sicht dessen, der sich auskennt beim AKH, würden Sie es nur auf die Anständigkeit beziehen.

Dr. **Androsch:** Für Einzelpersonen ganz gewiß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist klar.

Dr. **Androsch:** Aber für viele — diese Unterscheidung möchte ich schon treffen —, die unmittelbar mit dem AKH, aber auch mittelbar überhaupt nichts zu tun haben. Hier wird wirklich sozusagen auf Ewigkeit dem AKH ein Image angehängt, und der AKPE, mit dem beide wirklich nichts zu tun haben. Wenn nämlich irgendwelche Firmen wegen irgendwelcher Bauten Provisionen überweisen, die mit AKPE und AKH nichts zu tun haben, ausgenommen, daß eine dort tätige Person mit involviert ist, kann man das wirklich nicht sozusagen zurechnen dem AKH und der AKPE.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube, das ist ja auch da sehr getrennt. Aber meine Frage betraf die menschlichen Fähigkeiten. Ich sage dann noch einmal. Sie waren in den Vergleichen ja sehr bescheiden und haben gesagt, das kann man vergleichen mit der IAKW und mit dem Tauern-Tunnel. Der Bundeskanzler vergleicht das morgen mit den Projekten des Suezkanals und des Panamakanals, daß auch dort planerische Fehler vorgekommen sind. Aber er sagt dann etwas, wo ich auch gerne hätte, daß Sie mir dazu Ihre Meinung sagen:

Das wurde einfach nicht bewältigt, dieses riesige Bauwerk AKH. Jetzt müssen wir schauen, wie wir damit fertigwerden.

Und weiter heißt es dann — allerdings redaktionell —: So meinte Kreisky, er habe schon 1975 erklärt, daß man prüfen müsse, auf was man sich beim AKH einlasse, ob das ein Sauhaufen sei.

Würden Sie diese Feststellung, man hat dieses riesige Bauwerk einfach nicht bewältigt, gelten lassen?

Dr. **Androsch:** Das kann ich schwer erkennen, denn das Bauwerk ist fertig, und ob man die Einrichtung bewältigen wird, das ist die Frage. Das ist die Aufgabenstellung. Und daß man für den Ist-Zustand 1975 sich Gutachten geholt hat, liegt am Tisch. Ich habe schon im vorigen Jahr im Juni im Interesse des Projekts und der weiteren Aufgaben gemeint, das sei durch eine neuerliche Expertise festzustellen und festzulegen. Aber daraufhin haben sich die beiden Parteiobleute inzwischen auch schon geeinigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die internationale Kommission ist ja vor einem Jahr noch abgelehnt worden. Das wurde als frivol zurückgewiesen.

Dr. **Androsch:** Ich habe gesagt, es soll, wie ursprünglich, eine internationale Expertise erfolgen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Fühlen Sie sich als der einzige, der politische Konsequenz aus dem AKH gezogen hat, als der einzig politisch Verantwortliche?

Dr. **Androsch:** Ich bin weder der einzig politisch Verantwortliche, noch habe ich wegen des AKH Konsequenzen gezogen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie würden Sie jetzt die politische Verantwortung sehen: Politische Verantwortung 50 Prozent Bund — sind Sie allein —, politische Verantwortung 50 Prozent Stadt Wien.

Dr. **Androsch:** Schon das geht nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Lassen Sie mich die Frage stellen. Sie können mir ja dann widersprechen. — Gratz, Mayr, Stacher. So kann man es zumindest heute in der Öffentlichkeit darstellen.

Dr. **Androsch:** Man tut es ja auch aus ganz anderen Gründen, oder hat es getan. Aber wenn irgend etwas die aktuelle politische Verantwortung widerspiegelt, dann ist es einmal der Aufsichtsrat und seine Zusammensetzung oder diejenigen, die entsenden. Wenn jemand keine Zuständigkeit hat, kann er niemanden entsenden, und wenn er eine Zuständigkeit hat, hat er auch eine Verantwortung. Das ergibt sich — dieses Spektrum — ganz klar aus der Zusammensetzung des Aufsichtsrates. Aber das läßt sich ja nicht nur statisch betrachten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Aufsichtsrat hat ja keine politische Verantwortung.

Dr. **Androsch:** Nein. Aber er dokumentiert die politische. Wenn jemand keine Zuständigkeit hat, hat er keine Verantwortung. Wenn er aber eine Zuständigkeit hat, muß er eine Verantwortung haben. Wofür hätte er sonst die Zuständigkeit?

Aber im Zeitablauf. Entschuldigen Sie, da müßte man fragen für eine bestimmte Zeit: Worin besteht eben die politische Verantwortung, um von einer aktiven zu sprechen? — Ihr Parteiobmann — auch gar nicht unwesentlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da könnte ich theoretisieren und sagen: Die ÖVP ist ja abgewählt worden.

Dr. **Androsch:** Aber das ändert ja nichts daran, daß er für den Zeitraum politisch verantwortlich ist, und wo sind die Damen und Herren — oder nur die Herren —, die die Entscheidung, die grundsätzliche, getroffen haben, und wo ist der langjährige Gesundheitsstadtrat der Stadt Wien aus Ihrer Partei? Für diese Zeit haben die natürlich auch ihre Verantwortung. Also daß man just jenen, die geschaut haben, daß etwas weitergeht, nachdem so wenig so viele Jahre weitergegangen war, nur weil es halt aktuell geworden ist, die politische Verantwortung zuordnet, das scheint mir zu einfach zu sein.

Ich nehme gerne für den Zeitraum und für den Teil die Verantwortung, aber nicht ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie würden sagen: Ihre politische Verantwortung beginnt am Tag der Gründung der AKPE und endet am Tag Ihres Ausscheidens, und das für 50 Prozent.

Dr. **Androsch:** Nein, nicht für 50 Prozent. Ich habe nicht das Wissenschaftsministerium, ich habe nicht das Bautenministerium, ich habe nicht das Gesundheitsministerium.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also weniger als 50 Prozent.

Dr. **Androsch:** Sicherlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also weniger als 50 Prozent.

Dann zitiere ich Ihnen einen Satz — auch aus der morgigen Zeitung —, Kreisky dazu wörtlich zitiert:

Die politische Verantwortung trug eindeutig Androsch als Finanzminister; der hat ja seinen Sektionschef im Aufsichtsrat sitzen gehabt.

Also zumindest von seiten des Bundeskanzlers ist die politische Verantwortung klargestellt in diesem Land.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wenn das nicht ein Kindermann-Telephonat ist!

Dr. **Androsch:** Ja. Ich kenne die Äußerung nicht. Aber da sich das auf den Aufsichtsrat bezieht, ist klar erwiesen, daß nicht nur ich jemanden im Aufsichtsrat sitzen gehabt habe, sondern andere auch vertreten waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Androsch habe das Ganze übernommen mit allen Konsequenzen. Kreisky dazu wörtlich: Die politische Verantwortung trug eindeutig Androsch als Finanzminister.

Dr. **Androsch:** Ja, für 20 Prozent des Aufsichtsrats.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie würden sagen, Sie fühlen sich zu 20 Prozent fürs AKH verantwortlich.

Dr. **Androsch:** Sonst hätte ich fünf Aufsichtsräte entsenden müssen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn wir dieses Theoriespiel fortsetzen. Sie sind 20 Prozent politisch verantwortlich für den Zeitraum AKPE-Gründung bis Ende Ihrer Ministerschaft. Die Frau Minister Firnberg hat wieviel Prozent?

Dr. **Androsch:** 10 Prozent.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Über den Zeitraum 1970 bis 1980/81.

Dr. **Androsch:** Richtig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, aber die Frau Minister Firnberg hat ja Mitverantwortung.

Dr. **Androsch:** Vorher hat es den Aufsichtsrat gegeben, da kann ich eine Zurechnung nicht vornehmen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber hat Mitverantwortung einmal gehabt. Also sagen wir ab AKPE-Gründung 10 Prozent und vorher auch ein bissel etwas. Sie vorher nichts.

Der Bautenminister vorher wahrscheinlich etwas mehr, jetzt weniger.

Dr. **Androsch:** 10 Prozent.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch 10 Prozent.

Der Bürgermeister Gratz. Jetzt fehlen mir auf Bundesebene immer noch 10 Prozent.

Dr. **Androsch:** Gesundheit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Minister Leodolter ein Stückerl, der Minister Salcher.

Dr. **Androsch:** Welchen Sinn hat ein Entsendungsrecht in einen Aufsichtsrat, wenn damit keine Verantwortung verbunden ist?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Tun wir es quantifizieren. Der Bürgermeister Gratz.

Dr. **Androsch:** Wie sich das in Wien aufteilt, weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Bürgermeister Gratz, würden Sie ihn als — er war ja immerhin Ihr Gesprächspartner — völlig aus der Verantwortung entlassen betrachten.

Dr. **Androsch:** Diese Zuordnung kann ich nicht machen. Beim Bund ist sie klar. Es ist aber ein ganz anderer Aufbau.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist denn für den Sektionschef Horny verantwortlich?

Dr. **Androsch:** Bitte, ich bin nicht ein Vertreter der Stadt Wien und war es nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben nie mit Politikern der Stadt Wien in Sachen AKH zu tun gehabt?

Dr. **Androsch:** Das ist ja nicht die Frage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie müssen ja, wenn Sie zu tun gehabt haben, ungefähr abschätzen können, wenn Sie so präzise auf Bundesebene quantifizieren können, wie groß die politische Verantwortung war.

Dr. **Androsch:** Die Organisation, die verfassungsrechtliche Situation ist in der Stadt eine ganz andere.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Natürlich, wir haben beim Bund vier Verantwortliche und in Wien wahrscheinlich nur drei.

Dr. **Androsch:** Ich weiß nicht, wie sie das zurechnen nach der Stadtverfassung. Aber das ist nicht mein Bier.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Stadtrat Mayr war zumindest ein Gesprächspartner von Ihnen in Finanzdingen. Daß der also etwas damit zu tun gehabt hat, ist klar.

Dr. **Androsch:** Natürlich, Herr Abgeordneter Bergmann! Das ist eine Frage der Stadt Wien, da bin ich nicht zuständig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es geht nicht um Ihre Zuständigkeit.

Dr. **Androsch:** Etwas anderes kann ich nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es geht um Ihre Wahrnehmung, wer im Land Wien Ihnen gegenüber als der aufgetreten ist, der als Politiker für das AKH mitverantwortlich und verantwortlich ist.

Dr. **Androsch:** Schauen Sie, nach der ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder es hat sich nie einer deklariert als Verantwortlicher.

Dr. **Androsch:** Schauen Sie sich bitte die Stadtverfassung an, die ist eine ganz andere als die Bundesverfassung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich stelle Ihnen eine ganz klare Frage: Welcher Wiener Politiker hat Ihnen gegenüber jemals zu erkennen gegeben, daß er für das AKH politisch verantwortlich beziehungsweise mitverantwortlich ist?

Dr. **Androsch:** Es ist niemand mit einem Taferl herumgelaufen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ja extra Gespräche beispielsweise auch mit dem Bürgermeister Gratz allein ...

Dr. **Androsch:** Über die Verantwortung nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, allein in AKH-Fragen geführt.

Dr. **Androsch:** Nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In AKH-Fragen unter vier Augen, Sie und der Bürgermeister Gratz. Haben Sie da immer das Gefühl gehabt, der hat keine Verantwortung?

Dr. **Androsch:** Ja, ich habe auch unter vier Augen mit dem Bundeskanzler über das AKH geredet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie können ja jetzt sagen, daß er auch mitverantwortlich war.

Dr. **Androsch:** Das Gremium, das Gutachtergremium ist ja so entstanden mit sogar konkreten Vorschlägen dazu.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bin ja bereit, in unsere Prozentrechnung auch den Bundeskanzler als mitverantwortlich einzuordnen, wenn Sie darauf bestehen.

Dr. **Androsch:** Das wird zu kompliziert. Es wird Ihnen dann so gehen wie mit den Althäusern, die so viele Eigentümer haben, daß man überhaupt nichts mehr disponieren kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann ich realisieren, daß Sie aus den Gesprächen, die Sie auf Wiener Ebene geführt haben, eine politische Verantwortung nicht orten konnten?

Dr. **Androsch:** Daß in Wien und bei Verantwortlichen von Wien 50 Prozent der Verantwortung liegen, ist gar keine Frage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben nie einen getroffen, der diese Verantwortung zu tragen hat?

Dr. **Androsch:** Da leuchtet kein Lamperl auf. Beim Bund, da kenne ich die Verhältnisse klar, und da spielt sich das in der Bundeshälfte des Aufsichtsrates wider.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie glauben, daß der Bürgermeister Gratz, wenn er an Ihrer Stelle säße, jetzt auch sagt: Bei Wien weiß ich es, aber wie sich beim Bund die Verantwortung aufteilt, weiß ich leider nicht.

Dr. **Androsch:** Sie stellen Glaubensfragen jetzt an mich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eine darf ich ja auch einmal stellen. Sie haben ja auch mehrere Bemerkungen gemacht.

Auf jeden Fall ist es so, daß Sie nicht bereit sind, die politische Verantwortung in dem extensiven Ausmaß auf sich zu nehmen, wie sie hier vom Bundeskanzler Ihnen zugeordnet worden ist.

Dr. **Androsch:** Die ist genau nach dem Ministeriengesetz umschrieben und spiegelt sich im Aufsichtsrat wider.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, der Bundeskanzler kennt die Kompetenzgesetze und die Kompetenzlage an sich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie ist es bei der Verantwortungsstruktur dann zur Doppelpräsentation der AKPE gekommen: Androsch — Gratz? Wie kam es zu dieser Auswahl, daß nur die zwei das präsentiert haben?

Dr. **Androsch:** Weil es da nur um die Organisationsform gegangen ist, aber nicht dann um ihre Ausführung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und auch die Zielsetzung, die Sie dort bei dieser Pressekonferenz im September 1975 vorgetragen haben, die war mit den anderen Ministern so abgestimmt?

Dr. **Androsch:** Die war unbestritten, ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Hat noch einer der Herren Abgeordneten Fragen an den Herrn Zeugen? — Das ist nicht der Fall.

Herr Zeuge! Ihre Einvernahme ist damit abgeschlossen. Ich danke dafür, daß Sie uns zur Verfügung gestanden sind. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 10 Minuten

34. Sitzung: 24. März 1981
Beginn: 10 Uhr 5 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung.

Zeugeneinvernahme von Ing. Horst Georg Haslauer

Obmann Dr. **Steger:** Herr Ing. Haslauer! Ich begrüße Sie als Zeugen im Untersuchungsausschuß und bitte Sie, vor den Mikrophonen Platz zu nehmen. Sie sind als Zeuge in diesen Untersuchungsausschuß geladen, wobei dieser Ausschuß auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates drei Punkte zu untersuchen hat. Die drei Punkte heißen:

Im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wird

erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang — das ist der Hauptpunkt für Sie — mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen

ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Wir haben die Geschäftsordnung des Nationalrates zu handhaben, in der enthalten ist, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist bei der Einvernahme von Zeugen. Auf Grund der Strafprozeßordnung haben Sie alle an Sie gerichteten Fragen offen und wahrheitsgemäß zu beantworten. Es ist in der Strafprozeßordnung enthalten, unter welchen Voraussetzungen Sie allenfalls ein Entschlagungsrecht haben. *(Der Obmann bringt dem Zeugen § 153 StPO zur Kenntnis.)*

Am Beginn darf ich Sie um Ihre Generalien bitten. Das sind Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Ing. **Haslauer:** Horst Georg Haslauer, von Beruf technischer Angestellter.

Obmann Dr. **Steger:** Bei?

Ing. **Haslauer:** Derzeit noch Firma Knoblich.

Obmann Dr. **Steger:** Geburtsdatum, Anschrift?

Ing. **Haslauer:** 2. 7. 1943. Wohnadresse: Wien 10, Franz Koci-Straße 4, Stiege 12.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Abgeordneter Mühlbacher.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bitte, Herr Ingenieur, Sie gaben bei Ihrem Beruf an: technischer Angestellter noch bei Firma Knoblich. Seit wann sind Sie bei der Firma Knoblich, und ist das Dienstverhältnis schon in Auflösung?

Ing. **Haslauer:** Jawohl. Ich bin seit 1. 3. 1978 bei der Firma Knoblich, und das Dienstverhältnis endet mit 30. 6. 1981.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wo waren Sie vorher tätig, Herr Ingenieur?

Ing. **Haslauer:** Vorher war ich von 1. 7. 1963 bis 31. Jänner 1978 bei der Firma Österreichische AEG-Telefunken.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Stellung hatten Sie bei der AEG in den letzten Jahren?

Ing. **Haslauer:** In den letzten Jahren, also ab 1. Januar 1976, glaube ich, war ich Hauptabteilungsleiter der Abteilung Industrie.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Hatten Sie da Prokura?

Ing. **Haslauer:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Gab es eine sonstige Unterschriftenregelung?

Ing. **Haslauer:** Ja, selbstverständlich.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und wie war die, Herr Ingenieur?

Ing. **Haslauer:** Die Unterschriftenregelung, bitte, kann ich jetzt nicht mehr auswendig sagen, aber da gibt es also ... Das liegt bei der AEG sicher auf, es gab also ein Limit, daß ich sowohl Angebote als auch Auftragsbestätigung nur in einer bestimmten Größenordnung abzeichnen darf und dies gemeinsam entweder mit einem Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen der kaufmännischen Abteilung.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das Limit ist Ihnen nicht mehr bekannt?

Ing. **Haslauer:** Bitte?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Limit, also die Begrenzung.

Ing. **Haslauer:** Ich glaube, es war — bitte mich hier nicht festzunageln — rund 1 Million.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, bis zu 1 Million, aber doch gemeinsam?

Ing. **Haslauer:** Ja, ja, immer gemeinsam.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Immer gemeinsam. Im eigenen Bereich, mit eigener Unterschrift allein hatten Sie keine ...

Ing. **Haslauer:** Das war rein intern, wenn also Spesenabrechnungen meiner Mitarbeiter waren, die eine gewisse Höhe nicht überschritten haben, die durfte ich allein — nein, nein, auch da war die Unterschrift eines Kaufmannes mit.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Also die eines kaufmännischen ...

Ing. **Haslauer:** Richtig.

Abg. Mühlbacher (SPÖ): Herr Ingenieur! Wie hoch war denn Ihr Bezug bei der AEG?

Ing. **Haslauer:** Bei der AEG hatte ich zuletzt um die 32 000 S brutto.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das war ein Fixbetrag?

Ing. **Haslauer:** Jawohl, der allerdings 15mal zur Auszahlung kam. Dazu kam noch ein Tantiemevertrag, der aber limitiert war mit 70 000 S pro Jahr.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Tantiemevertrag: Das heißt, auch ein fixer Betrag war das, oder war der vorher abgestellt?

Ing. **Haslauer:** Nein, der war abhängig vom Auftragseingang, Umsatz und Ergebnis.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt also, vom Umsatz, den Sie in Ihrem Wirkungsbereich erbracht haben?

Ing. **Haslauer:** Richtig.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Davon war eine Art Beteiligung vorgesehen?

Ing. **Haslauer:** Richtig.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wie hoch war denn die?

Ing. **Haslauer:** Das war also sicher in Promille. Ich kann es jetzt nicht mehr genau sagen, das ist von Jahr zu Jahr festgelegt worden.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wieviel sagten Sie?

Ing. **Haslauer:** Das war ein Promilleanteil, sicher nicht mehr.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ein Promilleanteil.

Wurde eine Umsatzausweitung über Bezahlung von Schmiergeldern herbeigeführt, Herr Ingenieur?

Ing. **Haslauer:** Na ja, das ist ja das Thema hier schlechthin. Es war so, daß ich das erstemal mit diesen Dingen konfrontiert wurde, als der neue Vorstand — das war eben Herr Direktor Dr. Fürnsinn — hier eigentlich uns allen, die wir irgendwo Verantwortung für Geschäfte und Mitarbeiterschaft zu tragen hatten, vorgeschlagen hat, daß wir uns der Zeit anpassen müssen und eben auch hier in diese Richtung agieren sollten und müßten.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, es wurden also — das kann ich jetzt entnehmen — Schmiergelder bezahlt?

Ing. **Haslauer:** Schmiergelder ist vielleicht ein harter Ausdruck, ich würde es Provisionen nennen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Gut, einigen wir uns auf Provisionen.

Welcher Prozentsatz war denn das beiläufig, Herr Ingenieur?

Ing. **Haslauer:** Das war verschieden, je nach Größe des Auftrages, sprich des Projektes, zwischen 1 und 3 Prozent, würde ich sagen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Während Ihrer Zeit?

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, während Ihrer gehobenen Dienststellung bei der AEG. Können Sie uns sagen, wie hoch Sie den Betrag einschätzen, der da als Provisionen ausbezahlt wurde?

Ing. **Haslauer:** Ja, ich kann es jetzt natürlich nur von meinem unmittelbaren Bereich sagen, da würde ich ... Der Hauptbrocken war also die Firma Inter-Spar um die 3 Millionen und dann eben dieser Fall AKH mit rund 5 Millionen, also rund 8 Millionen Schilling.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und jetzt, Herr Ingenieur: Waren diese Provisionen mit in der Kalkulation enthalten?

Ing. **Haslauer:** Grundsätzlich ja. Das hat sich so abgespielt, daß wir über diese Kontaktleute Einblick erhielten in die Konkurrenzofferte und uns damit auf diesen Preis einrichten konnten. Das heißt, wir mußten letztlich die erforderlichen Provisionen von unserem Gewinn, den wir eben dann entsprechend geringer hatten, bestreiten.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Ingenieur! Sie sagten: Grundsätzlich ja. Das heißt also, bei der grundsätzlichen Kalkulation waren die Provisionen einkalkuliert. Und bin ich jetzt richtig in der Annahme, daß Sie sagen, war die Notwendigkeit, noch mehr zu geben, dann ging es zu Lasten des Gewinnes der Firma?

Ing. **Haslauer:** Nein. Darf ich das vielleicht so

interpretieren? Wir wußten also von Haus aus, daß wir auf Grund von Informationen hier möglichst zielführend den Auftrag betreffend vorgehen konnten. Wir haben aber das Preislimit, das sich auf Grund des Marktes oder der Vielzahl der Anbieter ergeben hat, eben erfahren und mußten dann mit dem Restbetrag, der uns verblieb, wo sicher eine Verkaufsspanne ursprünglich auch einkalkuliert war, auch diesen Obolus bestreiten, eben die Provisionen für diese Unterstützung in der Akquisition.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wer waren denn die von Ihnen da jetzt angeführten Kontaktleute, durch die Sie Einblick hatten in die anderen Anbote?

Ing. **Haslauer:** Das war im wesentlichen, jetzt bitte meinen Aufgabenbereich betreffend, ein Herr Baumeister Martin, der damals bei der Inter-Spar die Abteilung Bau über hatte und der uns ... Nachdem schon andere Herren hier die Vorarbeiten in der Akquisition geleistet hatten, bin ich dann dazugestoßen und habe die Dinge erledigen müssen. Sämtliche Unterlagen, also sämtliche Angebote sind bei ihm ja eingelaufen, und darüber hat er uns Informationen gegeben, und wir haben dann entsprechende Nachlässe gegeben, um eben auf diesen Preis zu kommen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Aber im großen und ganzen kann man sagen, daß die Provisionen in der Kalkulation dann enthalten waren?

Ing. **Haslauer:** Ja das ist jetzt natürlich eine Frage der Betrachtung. Ja? Grundsätzlich waren wir uns bewußt, daß wir Provisionen zu zahlen hatten, waren aber vom Marktpreis her an bestimmte Auftragssummen gebunden und mußten dann die Dinge so abwickeln, daß für die Firma noch ein relativ vernünftiges oder ausreichendes Ergebnis übrigblieb. Darf ich vielleicht...?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Meine Frage vielleicht nochmals.

Ing. **Haslauer:** Es war sicher nicht so, daß wir gesagt haben: Okay, das, was der Informant bekommt, haben wir dann zusätzlich noch auf den Verkaufspreis daraufschlagen können, weil das gar nicht möglich war, weil uns ja vom Markt her der Level vorgegeben wurde.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ja aber umgekehrt gefragt vielleicht: Bei Ihren Vorstellungen zum Preis wurde von Ihnen bereits ein Prozentsatz berücksichtigt, der anfallen kann als unerlaubte Provisionszahlung?

Ing. **Haslauer:** Grundsätzlich ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Ingenieur! Wie wurden denn diese unerlaubten Provisionszahlungen finanziert? Wie geschah das bei der AEG?

Ing. **Haslauer:** Bitte, das war noch vor meiner Zeit oder dann auch in der Zeit, wo ich zuerst mit der Installationstechnik betraut wurde. Ich habe dann zu einem späteren Zeitpunkt erfahren, daß sich die AEG der Firma Pulp and Paper bediente, die ich an sich bis dahin nicht kannte. Mir wurde bei irgendeiner Gelegenheit später einmal dann so en passent dieser Herr Dr. Ragossnig (*phonetisch*), der sich damals bei Herrn Dr. Fürnsinn befand, kurz vorgestellt. Mehr kann ich eigentlich zur Pulp and Paper nicht sagen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wissen Sie, wem die Firma Pulp and Paper gehört?

Ing. **Haslauer:** Ja ob das mehrere ... Ich wußte dann zu einem späteren Zeitpunkt nur, daß der Herr Dr. Ragossnig (*phonetisch*) damit in irgendeiner Form zu tun hatte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): In welcher Form wurde das jetzt über diese Firma abgewickelt, daß man also zu dieser Finanzierung der unerlaubten Provisionen kam?

Ing. **Haslauer:** Das war so, daß Fürnsinn, der ja Geschäftsführer war, an seine Bereichsleiter herangetreten ist und wir die Vorkalkulationen praktisch durchgesehen haben, wo wir mit einer relativ vernünftigen Verkaufsspanne rechnen konnten, und diese Aufträge wurden dann belastet mit einer Bestellung, die eben an diese Pulp and Paper oder in späterer Folge dann an die PFG gegangen ist in Form einer Planungsbestellung und dergleichen, wo dann eine Rechnung gekommen ist.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und diese Bestellung kann man als Scheinbestellung bezeichnen?

Ing. **Haslauer:** Kann man so bezeichnen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wissen Sie, wie die Geldtransaktionen mit der Firma Pulp and Paper abgewickelt wurden?

Ing. **Haslauer:** Pulp and Paper: da weiß ich an sich nichts. Ich nehme nur an, daß sie genauso wie mit der PFG dann in späterer Folge abgewickelt wurden.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wissen Sie über die Eigentumsverhältnisse der PFG Bescheid?

Ing. **Haslauer:** Bei PFG weiß ich Bescheid.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wem gehören die?

Ing. **Haslauer:** Die Firma PFG wurde im Auftrag der Geschäftsleitung von Herrn Dr. Fürnsinn, Herrn Schmidthuber und mir gegründet.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Gegründet. Und wer waren die Gesellschafter?

Ing. **Haslauer:** Das waren die Gesellschafter.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Fürnsinn ...

Ing. **Haslauer:** Fürnsinn, Schmidthuber, Haslauer.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Geschäftsführer Dr. Fürnsinn? Oder alle drei?

Ing. **Haslauer:** Ja, Fürnsinn war sicher der Mittelpunkt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Rechtsform hatte diese PFG? Welchen Anteil hatten Sie an GmbH.-Anteilen, an Kommanditistenanteilen oder ...?

Ing. **Haslauer:** Ich müßte jetzt lügen, aber ich nehme an, eine GmbH., also limited, müßte eine GmbH. gewesen sein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Das heißt, Sie haben ja sicherlich den Gesellschaftsvertrag mit unterschrieben, nicht?

Ing. **Haslauer:** Richtig.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und Sie wissen nicht, welche Gesellschaft? Hat man Sie da nicht genau informiert darüber?

Ing. **Haslauer:** Mein Gott, schauen Sie, das hat sich so abgespielt, daß hier die Grundsatzentscheidung bei der AEG gefallen ist. Dann war die erste Phase so: Ich sollte das mit einem Herrn Schmidthuber, der mir bis dahin völlig unbekannt war, gründen. Ich habe mich dann geweigert, das alleine zu machen, worauf sich Herr Dr. Fürnsinn bereiterklärt hat, hier mitzutun als mein Vorstandschef.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bei Firmengründung ist es ja notwendig, daß man auch eine Kapitaleinlage einbringt. Was haben Sie dort eingebracht?

Ing. **Haslauer:** Ich glaube mich zu erinnern, es waren insgesamt 10 000 Franken, die etwa gedrittelt wurden.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und die haben Sie effektiv aus Ihrem Privatvermögen eingebracht?

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und welche Gewinne haben Sie dort bezogen?

Ing. **Haslauer:** Ich habe insgesamt ... Man hat mir seitens der AEG Provisionen für große Aufträge ... Ich habe dort speziell in meinem Bereich einen sehr großen Aufschwung in diesen Jahren genommen. Es war immer eine Diskussion mit meinem Chef, einmal Gehalt oder eben Provisionen und dergleichen, und man hat mir gesagt, ich könnte über diese Beteiligung eben entsprechende Provisionen bekommen und müßte aber dafür auch gewisse Leistungen erbringen, die eben notwendig sind, zum Beispiel das Erhalten der Firma und so weiter und so fort.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Die Umsatzbeteiligung haben Sie ja begrenzt angegeben bis zu 70 000 S per anno.

Ing. **Haslauer:** Ich habe aus diesen Titeln nie eine Provision bekommen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sondern in welcher Form?

Ing. **Haslauer:** Eben über Vaduz.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Über Vaduz? Das heißt über PFG?

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und wie hoch war das?

Ing. **Haslauer:** Das waren in Summe 302 000 S über die Jahre 1975 bis 1977.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Also in den Jahren 1975 bis 1977 insgesamt 302 000 S.

Herr Ingenieur! Welche Aufträge erhielt die Firma AEG beim Bau des AKH?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Bitte sehr, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! In welcher Weise haben Sie die Weisung der Geschäftsführung bekommen? Schriftlich oder mündlich? Wie ist diese Beauftragung, Sie sollen diese Firma gründen, gekommen?

Ing. **Haslauer:** Das ist mündlich von meinem damaligen Chef, Herrn Dr. Fürnsinn, gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zunächst. Und dann haben Sie sich geweigert, das allein zu machen?

Ing. **Haslauer:** Fürnsinn hat mich dem Herrn Schmidthuber vorgestellt und hat dann gesagt, das ist jener Mann, den er ausfindig gemacht hat, der uns so eine Möglichkeit, wie sie die Firma braucht, geben könnte, und ich sollte also hier mit Herrn Schmidthuber zusammen diese Firma für die AEG führen. Da wollte ich mich schon versichern, daß mein Chef hier unmittelbar, der das entriert hat, wobei ich überzeugt bin, daß er das wieder von der Generaldirektion her über Weisung gemacht hat,

schon mit dabei sein sollte, damit es auch für mich eine gewisse Rückendeckung gibt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gibt es irgendeine schriftliche Unterlage, die diesen Vorgang bestätigt, daß es eine Weisung der Geschäftsleitung war?

Ing. **Haslauer:** Also Fürnsinn mir gegenüber gibt es keine. Und darum habe ich ... Das war ja letztlich auch der Grund, warum ich mich darauf versteift habe, daß Fürnsinn ad personam hier Mitgesellschafter sein müßte, damit ich in irgendeiner Form eine Deckung habe. Ob Fürnsinn von Dr. Eich eine hatte, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können also keinerlei Belege dafür vorlegen, daß es eine Geschäftsführungsentscheidung war, es sei denn, Fürnsinn sagt uns aus, daß er Belege hat?

Ing. **Haslauer:** Richtig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber Sie selbst haben nichts in Händen?

Ing. **Haslauer:** Ich selbst habe nichts in Händen. Es ist vielleicht ein Punkt, der mir hier wesentlich erscheint: Nach diesem ersten Gespräch, wo mich Herr Dr. Fürnsinn mit Herrn Schmidthuber zusammengebracht hat, sind die beiden Herren — und ich glaube, das müßte beleg- und beweisbar sein — eben wegen diesem Thema zu Herrn Dr. Eich, der damals der Hauptgeschäftsführer der AEG war, gegangen und haben die ganze Geschichte dann noch einmal besprochen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie waren aber da nicht dabei?

Ing. **Haslauer:** Da war ich nicht dabei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Mühlbacher, bitte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Darf ich meine letzte Frage nochmals wiederholen, und zwar lautete sie: Welche Aufträge erhielt die Firma AEG beim Bau des AKH?

Ing. **Haslauer:** Den Bau des AKH betreffend hat die AEG bereits im Jahre 1975 von der Firma Siemens eine Absichtserklärung oder Option, oder wie man das nennen soll, über eine Beteiligung über 45 Millionen Schilling am Bau des AKH erhalten.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): In welcher Größenordnung?

Ing. **Haslauer:** 45 Millionen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): 45 Millionen.

Ing. **Haslauer:** 45 Millionen. Und im Dezember 1976 waren es weitere 100 Millionen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Für AEG?

Ing. **Haslauer:** Für AEG von Siemens.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und jetzt, Herr Ingenieur, bitte: Welche Scheinaufträge zu diesen Aufträgen wurden also jetzt abgewickelt?

Ing. **Haslauer:** Soweit mir bekannt ist ... Bei den ersten 45 Millionen aus 1975 ist mir nichts bekannt, während für 1976 Scheinaufträge in der Größenordnung von 5 Millionen getätigt wurden.

Abg. **Mühlbacher:** (SPÖ): Und über welche Firma ist das gemacht worden?

Ing. **Haslauer:** Über die PFG.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): PFG. Das schließt nicht aus, wenn Sie sagen, es ist Ihnen nicht bekannt, daß nicht doch auch zum ersten Auftrag derartige Scheingeschäfte abgeführt wurden?

Ing. **Haslauer:** Bitte, ich weiß es nicht, ich glaube es aber nicht. Ja?

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Welche Personen erhielten diese unerlaubten Provisionen?

Ing. **Haslauer:** Also ich kann hier nur diesen zweiten AKH-Auftrag nennen, von dem ich Bescheid weiß, weil er über die PFG gelaufen ist. Dieser Betrag wurde Herrn Sefcsik von der Firma Knoblich ausgehändigt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herrn Sefcsik. War Herr Ing. Schweitzer auch beteiligt?

Ing. **Haslauer:** Nein, also mit mir nicht. Wir haben ausschließlich mit Herrn Sefcsik gesprochen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Haben Sie Kontakte mit Ing. Schweitzer gehabt?

Ing. **Haslauer:** Herr Schweitzer war eigentlich mein großer Gegner, wenn Sie so wollen, weil ich im Lager der AEG und er im Lager der Siemens war. Also ich habe mit Schweitzer ... Sicher, wir haben uns dort und da vielleicht einmal auf einer lichttechnischen Tagung gesehen. Aber mit Herrn Schweitzer hatte ich an sich überhaupt nichts zu tun.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Also bezüglich Provisionszahlungen *(Ing. Haslauer: Nein, nein. Nie.)* wurde mit Herrn Ing. Schweitzer Ihrerseits nicht gesprochen?

Ing. **Haslauer:** Nie. Nie.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Noch eine Frage Herr Ingenieur: Was wissen Sie in diesem

Zusammenhang dieser unerlaubten Provisionszahlungen über Parteienfinanzierungen?

Ing. **Haslauer:** Gar nichts.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Dann etwas weiteres noch: Sie haben bei Ihrer Aussage vor Gericht gesagt, Siemens hätte gute Beziehungen zur steirischen Landesregierung. Wie kommen Sie dazu, und was können Sie uns da noch Näheres ausführen?

Ing. **Haslauer:** Das resultiert aus einem Geschäftsfall, wo ich mit Siemens ganz arg im Clinch lag, und zwar war das die AUA-Werft 1, die, glaube ich, in der ersten Hälfte 1973 oder Mitte 1973 ins Endstadium der Verhandlungen ging. Damals wurde ein Zivilingenieur Rotter mit der Planung beauftragt, und wir haben uns natürlich bemüht, diesem Herrn Zivilingenieur mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, um unsere Auftragschance etwas zu verbessern. Ich habe in weiterer Folge gemerkt, daß Herr Ing. Rotter dasselbe mit der Firma Siemens macht oder sich zuarbeiten oder unterstützen läßt, und habe dann auf Grund von Rückfragen des Kunden gemerkt, daß eigentlich all diejenigen Dinge, die ich entrieren wollte über dieses Zivilingenieurbüro, genau in Richtung Siemens laufen. Ich habe dann jeweils nach Rücksprache mit meinem Chef, Herrn Dr. Fürnsinn, eben Herrn Rotter echt mit Falschinformationen gefüttert. Und prompt ist mir die Angelegenheit dann aufgegangen, und wir konnten also den Auftrag realisieren.

Rotter war in weiterer Folge auch mit der Bauabwicklung befaßt, und das war der Punkt, wo es natürlich mit Rotter ein bereinigendes Gespräch geben mußte, denn ich meine, so ein großes Projekt, wenn da jeder gegen jeden arbeitet, dann wird es eine Katastrophe. Und wir haben versucht, mit Rotter wieder ein Einvernehmen herzustellen, und bei der Gelegenheit oder bei einer dieser Gelegenheiten hat mir Herr Ing. Rotter erzählt, daß man ihm von der Firma Siemens aus in Aussicht gestellt hätte, wenn er die Firma Siemens in die Richtung AUA-Werft 1 unterstützen würde, dann könnte man ihm auf Grund guter Beziehungen oder eines guten Entrees die Planungsarbeiten für die steirischen Pack-Tunnels über die steirische Landesregierung zukommen lassen.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Namen von der steirischen Landesregierung wurden nicht genannt?

Ing. **Haslauer:** Die wurden nicht genannt, und Rotter hat, soviel ich weiß, eben aus dem Grund, weil wir dann den Auftrag erstanden haben, auch hier keinen Planungsauftrag erhalten.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Heißt das, wenn Sie sagen, Rat und Tat dem Zivilingenieur Rotter zukommen zu lassen, Anbot von Provisionszahlungen?

Ing. **Haslauer:** Nein, nein. Schauen Sie, es ist so: Jeder Zivilingenieur ist ja mit einer ganzen Fülle von Fabrikaten befaßt. Also wenn man jetzt von der Energieversorgung hergeht, da gibt es ein Fabrikat AEG, es gibt ein Fabrikat Siemens, es gibt ein Fabrikat Sprecher & Schuh und so weiter und so fort. Und da versucht man natürlich, die eigenen Produkte bei so einem Zivilingenieur zu interpretieren und ihn zu veranlassen, daß er möglichst die Vorzüge des eigenen Produktes herausstreicht und beim Kunden vertritt.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Ein weiterer Punkt aus Ihrer Aussage bei Gericht, und zwar hinsichtlich des Projektes Brigl & Bergmeister: Wer hat da Dr. Wultsch, den Sachverständigen, eingeschaltet?

Ing. **Haslauer:** Bitte, das kenne ich nur vom Hörensagen. Das kenne ich nur vom Hörensagen, und zwar hat mir Herr Dr. Fürnsinn — ich kann jetzt nicht mehr sagen, zu welchem Anlaß — erzählt, daß er über irgendeinen ... Irgend jemand hat ihm die Brücke zu Professor Wultsch hier geschlagen, und er hätte Professor Wultsch gebeten, eine Art Gutachten bei Brigl & Bergmeister abzugeben, was dann von Fürnsinn entsprechend honoriert wurde.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Und dieses Honorar war sicherlich nicht im Einklang zu der Arbeit des Gutachtens?

Ing. **Haslauer:** Das kann ich nicht beurteilen. Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß sich offenbar auf Grund dieser Stellungnahme oder dieses Gutachtens von Professor Wultsch die Firma Brigl & Bergmeister dann für unser Produkt entschieden hat. Es ging damals um eine Dampflokomotive.

Abg. **Mühlbacher:** Danke, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Feurstein, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Ing. Haslauer, würden Sie uns zunächst noch einmal sagen, wie Sie zu Herrn Schmidthuber gekommen sind als Partner? Warum wurde gerade Herr Schmidthuber als Partner neben Ihnen von Herrn Fürnsinn ausgewählt?

Ing. **Haslauer:** Soweit ich von Fürnsinn informiert wurde, kannte Herr Dr. Fürnsinn Herrn Schmidthuber — ich glaube, er war ein Rotary-Kollege — und hat sogar geschäftlich mit ihm zu tun gehabt. Da gab es eine Firma Desco, die

Monteure vermietet hat und dergleichen. Also die beiden kannten sich.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie reden immer wieder am Mikrophon vorbei. Bitte, von vornherein etwas lauter.

Ing. **Haslauer:** Ja. Soll ich das wiederholen, oder ist das . . .?

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte darum.

Ing. **Haslauer:** Ja. Herr Dr. Fürnsinn kannte Herrn Schmidthuber. Einmal war er, soweit ich informiert bin, Rotary-Kollege von ihm, und zum zweiten hat Herr Schmidthuber in Österreich die Firma Desco — das ist eine ungarische Monteurverleihfirma — betrieben, mit der die AEG also offenbar schon Kontakte hatte. Also die beiden kannten sich. Und als Fürnsinn den Auftrag von Dr. Eich erhielt, sich hier für die AEG umzusehen nach so einer Möglichkeit in Vaduz, ist Fürnsinn mit Schmidthuber ins Gespräch gekommen, und ich wurde dann, als die beiden offenbar schon ein Vorgespräch miteinander geführt hatten, mit eingeladen, und zwar war dieses Gespräch im Palais Schwarzenberg, und da hat mir Herr Dr. Fürnsinn den Herrn Schmidthuber vorgestellt als jenen Mann, der eben wüßte, wie man für die Firma AEG eine derartige Firma installieren könnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und diese frühere Firma, die Pulp and Paper, hat die nicht auch die gleiche Funktion für die AEG wie die spätere PFG? Warum war man nicht zufrieden mit Pulp and Paper?

Ing. **Haslauer:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben keine Ahnung, welche Gründe für die Auflösung der Pulp and Paper sprachen?

Ing. **Haslauer:** Nein, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War es einfach deshalb, daß man etwas verschleiern wollte, daß man gesagt hat: Die Pulp and Paper kennt man nun schon, und es könnte nun deshalb sein . . .

Ing. **Haslauer:** Bitte, ich kann hier nur mutmaßen, daß vielleicht auf Grund schon des Namens Pulp and Paper, der irgendwo in die Papierindustrie tendiert — aber bitte, das ist eine reine Mutmaßung. Die tatsächlichen Gründe sind mir echt unbekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren ja dann auch überrascht, daß Sefcsik von der PFG Bescheid wußte.

Ing. **Haslauer:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wußten andere Leute noch über die PFG Bescheid außer Sefcsik?

Ing. **Haslauer:** Wie meinen Sie jetzt, bei uns intern oder . . .?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Intern und außerhalb der AEG, sowohl als auch.

Ing. **Haslauer:** Ja, ich würde sagen, sowohl als auch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns Namen nennen? In welche Richtung gehen die Namen, also die Personen, die Bescheid wußten . . .?

Ing. **Haslauer:** Intern waren es alle Stellen, die mit der Abwicklung eines Pulp and Paper-Auftrages zu tun hatten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und PFG genauso?

Ing. **Haslauer:** Entschuldigen — ich meine PFG. Gilt sowohl für Pulp and Paper als auch für PFG.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also alle Personen, die mit der Abwicklung von Aufträgen bei der AEG zu tun haben, waren informiert über die Pulp and Paper und über die PFG?

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und außerhalb Ihrer Firma?

Ing. **Haslauer:** Außerhalb unserer Firma war es der Herr Sefcsik, dann die Firma Klug, dann waren einige Baufirmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche?

Ing. **Haslauer:** Ich glaube, die STUAG ist da einmal herangetreten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat die STUAG also auch Zahlungen abgewickelt in ähnlicher Weise wie die Firma Klug?

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über die PFG?

Ing. **Haslauer:** Ja. Wobei ich die Leute nicht kenne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ausgegeben . . . Baufirmen? Baufirmen, ja, mehrere?

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind also mehrere, STUAG . . .

Ing. **Haslauer:** Ja, und ich glaube, auch noch die Firma Dykhoff & Wittmann, eine deutsche Firma.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die in Österreich Aufträge bekommen hat offensichtlich?

Ing. **Haslauer:** Die haben in Österreich ... Ich kann jetzt nicht mehr mit Bestimmtheit sagen, ob das von Deutschland ausgegangen ist oder von Österreich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben diese Firmen mit dem AKH zu tun, wissen Sie ...?

Ing. **Haslauer:** Nein! Meiner Meinung nach nicht oder meines Wissens nach nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit der UNO-City?

Ing. **Haslauer:** Auch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): IAKW?

Ing. **Haslauer:** Auch nicht, bis auf ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wissen wir. Wie war die Abwicklung im konkreten Fall bei diesem 100-Millionen-Schilling-Auftrag, den Sie zugesichert bekommen haben? Wer hat das zugesichert: Schweitzer oder Mück? Oder waren es andere Herren der Firma Siemens?

Ing. **Haslauer:** Wir hatten mit der Firma Siemens überhaupt nichts zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie haben doch eine schriftliche Erklärung von der Firma Siemens bekommen?

Ing. **Haslauer:** Nein. Ach so, so eine Absichtserklärung, das ist richtig! Abgespielt hat sich das Ganze so: Es war Ende 1976, da ist mir ein großer Auftrag, mit dem ich ziemlich sicher gerechnet hatte, in der Größenordnung von 85, 90 Millionen leider nicht gelungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo?

Ing. **Haslauer:** Das war das Modezentrum in St. Marx. Das wollte ich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer ist da beteiligt?

Ing. **Haslauer:** Das Modezentrum in St. Marx, das ist also Schöps, der Herr Böhm. Und dem sind wir also nachgegangen, und es ist aber leider nicht gelungen. Wir wollten dort die gesamte Haustechnik offerieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit dem Abgeordneten Heindl auch Kontakte gehabt?

Ing. **Haslauer:** Nein, nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit wem?

Ing. **Haslauer:** Mit dem Herrn Schöps beziehungsweise mit dem Herrn Prokuristen — jetzt ist er — wie hat er geheißen? —, jetzt ist er Trainer, helfen Sie mir, bei der Austria — Stotz.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum haben Sie dieses Geschäft nicht bekommen? Können Sie im nachhinein feststellen, warum Sie es nicht bekommen haben?

Ing. **Haslauer:** Ja, ganz einfach, weil uns in dem Fall die Konkurrenz ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war Siemens?

Ing. **Haslauer:** Nein, das war für die Elektrotechnik BBC, für die anderen Bereiche kann ich es also gar nicht mehr sagen — ich glaube, Sotter, oder so irgendwie. Das weiß ich nicht mehr. Auf alle Fälle haben uns die ganz fürchterlich unterschossen. Ich glaube, es wurde da gesprochen von 20 Prozent, wie unser Preis unterfahren wurde. Kurzum also, dieses Projekt, mit dem ich eigentlich sehr, sehr gerechnet habe, ist also nicht gelungen, und wir hatten ja seit jeher mit der Firma Knoblich Kontakte und gemeinsame Projektbesprechung. Das rührt noch aus einer Zeit, wo die AEG Anfang der siebziger Jahre, 1973/1974/1975, die Firma Knoblich kaufen wollte oder sich beteiligen wollte an der Firma Knoblich. Und bei einer dieser Besprechungen, an der nicht nur ich, sondern auch andere Bereiche der AEG teilgenommen haben, habe ich von meinem Mißgeschick berichtet, weil ich gerade von der entscheidenden Sitzung gekommen bin, und war am Boden zerstört. Daraufhin oder unmittelbar danach erhielt ich einen Anruf von Herrn Sefcsik, der mir sagte, er könnte unter Umständen sich verwenden, daß wir einen 100-Millionen-Auftrag zusätzlich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu den 45?

Ing. **Haslauer:** ... zu den 45 über Siemens bekommen könnten. Ich bin daraufhin zu meinem Chef gegangen, eben Herrn Dr. Fürnsinn, habe ihm davon berichtet. Dieser wiederum hat den Herrn Generaldirektor Eich und den Herrn Finanzchef, das war damals Herr Direktor Weis *(phonetisch)*, zugezogen, und wir haben beraten in diese Richtung. Und nun muß man wissen, daß Herr Dr. Erich mit Ende 1976 in Pension ging. Als Bemessungsgrundlage der Firmenpension waren für ihn entscheidend wiederum der getätigte Umsatz, das Ergebnis und die Auftragsvorlage. Und bei dieser Besprechung wurde eben dann von der Geschäftsleitung entschieden: Jawohl, wir möchten diesen Auftrag zusätzlich, aber er muß unbedingt noch im Dezember 1976 bei der AEG eintreffen, damit er verbucht werden kann!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war am 28. 12.

Ing. **Haslauer:** Am 28. 12. 1976 ist der Auftrag gekommen. Das Gespräch war unmittelbar vor Weihnachten, ich kann mich sicher erinnern, es war der 22. 12. 1976.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das hat uns, ja auch, glaube ich, ein anderer Zeuge bestätigt.

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nun, damals war bereits klar, daß Sefcsik diese 5 Prozent verlangt?

Ing. **Haslauer:** Ja. Das ist bei dieser Besprechung ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Beim ersten Gespräch hat Ihnen der Sefcsik bereits mitgeteilt: Sie bekommen 100-Millionen-Auftrag von der Siemens, aber ich bekomme 5 Prozent.

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wann war dieses erste Gespräch mit Sefcsik?

Ing. **Haslauer:** Das war, bitte, ich kann es jetzt nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Monat?

Ing. **Haslauer:** Das war sicher im Dezember.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch schon ...?

Ing. **Haslauer:** Es war unmittelbar. Ich kann jetzt nicht sagen, war ein Tag dazwischen, oder sind wir noch am selben Tag dann innerhalb der AEG zusammengesessen, um darüber zu beraten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und dann hat Sefcsik/Knoblich Ihnen eine Anzahl weitergegeben in der Größenordnung von 5 Millionen Schilling an die Firma AEG.

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war der Titel dieser Anzahlung?

Ing. **Haslauer:** Das war ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ja die Anzahlung, wenn ich richtig informiert bin, von der Firma Knoblich bekommen, nicht von der Firma Siemens?

Ing. **Haslauer:** Richtig! Richtig! Darf ich vorher noch einflechten? Da hat sich noch ein Zwischenspiel ereignet. Wir waren natürlich nicht in der Lage — ich glaube, ich habe schon gesagt, daß die Herren der AEG oder der Vorstand der AEG, die Geschäftsleitung der AEG, diesen Auftrag unbedingt noch in 1976 in die Bücher bekommen wollten. Nun waren wir sicher nicht in der Lage, den geforderten Betrag in diesem Zeitraum zu bewerkstelligen. Daraufhin wurde beschlossen, daß wir von der Firma Knoblich zwei Rechnungen, glaube ich, waren das, die in Summe diese zirka 5 Millionen ergeben haben, die an die AEG gelegt wurden, akzeptieren, sofort bezahlen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was stand in den Rechnungen drinnen?

Ing. **Haslauer:** Das waren Rechnungen für irgendwelche Leuchtenlieferungen und dergleichen. Also ich kann es nicht mehr mit Bestimmtheit sagen, aber ich glaube, so in der Größenordnung war das. So. Und die wurden dann vom Herrn Direktor Weis, der unser Finanzchef war, sofort beglichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im sechsundsiebziger Jahr.

Ing. **Haslauer:** Im sechsundsiebziger Jahr noch. Und als das Geld bei Knoblich eintraf, haben wir als Gegenleistung dafür diesen 100-Millionen-Auftrag erhalten; eben am 28. 12.

In weiterer Folge hat uns die Firma Knoblich eine Anzahlung gegeben in der Größenordnung eben auch um 5,3 Millionen — ich weiß nicht genau —, damit wir offiziell für diesen Auftrag eine Anzahlung haben. Und zwar haben wir von der Firma Knoblich namens der Firma Siemens diese Anzahlung erhalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie eine Bürgschaft dafür gegeben?

Ing. **Haslauer:** Ja, ja. Dafür wurde eine Bankgarantie gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An wen?

Ing. **Haslauer:** An die Firma Knoblich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht an die Firma Siemens?

Ing. **Haslauer:** Nein, an die Firma Knoblich. — Also soweit ich, bitte, das haben dann natürlich die Kaufleute abgewickelt, aber ich glaube mich zu erinnern, an die Firma Knoblich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und dann kamen die Rechnungen aus der Schweiz? Aus Liechtenstein?

Ing. **Haslauer:** Und dann kam die Rechnung aus Liechtenstein. Die wurde aus diesem Anzahlungspott, den wir von Knoblich im Namen der Firma Siemens bekommen haben, nach Liechtenstein, eben an die PFG, überwiesen, kam dann zurück.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigung! „Zurück": Die Überweisung erfolgte nach Liechtenstein, und dann waren Sie und der Herr Dr. Fürnsinn in Vaduz und haben das Geld abgehoben?

Ing. **Haslauer:** Ja, ist richtig. Wir haben das dort bei dem Treuhänder behoben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war das, welche Firma?

Ing. **Haslauer:** Das war ein Herr Hilti.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei ihm oder bei der Bank?

Ing. **Haslauer:** Nein. Das war bei ihm, weil wir sehr spät am Abend hinausgekommen sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In Schweizer Franken?

Ing. **Haslauer:** Firma Hilti war, glaube ich, Treuhänder ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war jetzt nicht die Firma Martin Hilti?

Ing. **Haslauer:** Ob der Martin heißt, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben das Geld übernommen in Schweizer Fanken?

Ing. **Haslauer:** Nein, das war in Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben es einer Dame und einem Herrn übergeben.

Ing. **Haslauer:** Wie mir Fürnsinn sagte, dürfte das ein Ehepaar gewesen sein, er kannte die schon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer?

Ing. **Haslauer:** Keine Ahnung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War das immer so, daß man das Geld von Ihnen abgehoben hat und daß Sie das dann ...?

Ing. **Haslauer:** Also ich war insgesamt dreimal dort. Einmal bei der Gründung, da war noch nichts. Das zweitemal war es so, da habe ich diese Familie auch gesehen, dieselben Leute, und das drittemal hat mich Fürnsinn mitgenommen, als es um den großen Betrag ging für das AKH.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie haben diese Leute gesprochen, was haben sie für einen Akzent gehabt?

Ing. **Haslauer:** Ich würde sagen, die haben deutsch gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Um den Akzent habe ich Sie gefragt. Waren es Schweizer? Schweizer kennt man, ob es Schweizer sind oder Liechtensteiner.

Ing. **Haslauer:** Ein ausgesprochenes Schwyzerdütsch, wenn Sie so meinen, ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren es Österreicher? Waren es Deutsche? Sie haben ja mit ihnen gesprochen.

Ing. **Haslauer:** Erstens einmal ist da nicht sehr viel gesprochen worden, soweit ich mich erinnern kann, haben die nur gesagt: AEG und Dr. Eich oder so etwas ist da gefallen. Worauf Fürnsinn vorgegangen ist, diese Tasche übergeben hat — und aus. Und ich war überhaupt ein bisserl im Hintergrund, vielleicht zwei, drei Schritte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War das immer so, daß auf diese Art und Weise das abgewickelt wurde?

Ing. **Haslauer:** Also ich kann es nur von zweimal sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war der zweite Betrag oder der erste Betrag in dem Fall?

Ing. **Haslauer:** Der erste Betrag — das weiß ich nicht. Aber sicher nicht so groß wie diese 5 Millionen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Größenordnung?

Ing. **Haslauer:** Da hat mich Fürnsinn nur mitgenommen, ich weiß jetzt gar nicht, warum eigentlich. 200 000 S, würde ich sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben das Geld, den vollen Betrag dem Herrn Sefcsik wieder übergeben?

Ing. **Haslauer:** Jawohl! Fürnsinn hat sich dann bei mir gemeldet und hat gesagt: Der Betrag ist jetzt da!, und daraufhin habe ich Sefcsik angerufen und gesagt: Also, der Betrag ist jetzt da!, und dann wurde, glaube ich, für 23. Februar 1977 ein Termin bei Sefcsik vereinbart, wo Fürnsinn und ich dort waren und ihm diesen Betrag ausgehändigt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann hat eigentlich die Firma AEG zweimal bezahlt, also einmal bezahlt an die Firma Knoblich und einmal bezahlt an die Liechtenstein'sche Firma.

Ing. **Haslauer:** Stimmt. Das ist aber zurückgekommen zu Knoblich. Wir haben ja den Herrn Sefcsik diesen Betrag dann ausgehändigt. Und der letzte Schritt dieser Aktion war dann, daß die AEG wieder Rechnungen an die Firma Knoblich gestellt hat, wo 5 Millionen, die zuerst von der Firma Knoblich an AEG fakturiert wurden, wieder zurückfakturiert wurden. Und damit war die Rechnung wieder ausgeglichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und es gibt keine Schwierigkeiten für die Buchhaltung, wenn Dinge fakturiert werden, die nicht geliefert werden, zum Beispiel Leuchten?

Ing. **Haslauer:** Das entzieht sich meiner Kenntnis. Schauen Sie, es wurde damals Herr

Dr. Baronik — er war damals unser Kaufmann — von Fürnsinn beauftragt, Transaktionen zu machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war jetzt der Grund, daß schlußendlich nicht ein Auftrag von 145 Millionen — es gibt eine Option und zwei Erklärungen —, sondern nur ein 100-Millionen-Schilling-Auftrag erteilt worden ist an die AEG. Der Herr Dr. Fürnsinn — das kennen Sie — behauptet, daß Sie das wissen müßten, warum diese Reduktion auf 100 Millionen ...

Ing. **Haslauer:** Nein, das kann ich nicht wissen, denn das ist geschehen, soweit ich ... Ich wurde darüber von Frau Dr. Partik-Pablé bereits befragt, sie hat mir das vorgelegt, nur glaube ich mich erinnern zu können, das war aus Februar 1980. Und damals war ich schon fast zwei Jahre nicht mehr bei der AEG. Es entzieht sich also echt meiner Kenntnis. Tatsache ist: Als ich die AEG verlassen habe, da waren einmal ein Auftrag von 45 Millionen und einmal ein Auftrag von 100 Millionen da.

Wie die AEG das dann weiter gehandhabt hat, entzieht sich meiner Kenntnis, weil ich ja zwei Jahre praktisch schon weg war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die AEG hat jetzt nach wie vor eine Anzahlung von der Firma Siemens in Höhe von 5 Millionen Schilling.

Ing. **Haslauer:** Ja, möglich. Ich weiß es nicht. Also damals hatten sie es. Ich kann jetzt nur ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dieser Auftrag von 100 Millionen Schilling wird storniert, wie wir gehört haben, von Direktor Vogl oder ist schon storniert worden. Kommt also nicht zum Tragen?

Ing. **Haslauer:** Das höre ich hier auch das erstemal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nun müßte die Firma AEG diese 5 Millionen Schilling wieder zurückbezahlen. Wer ist über diese Abwicklung bei der Firma AEG informiert? Heute?

Ing. **Haslauer:** Der jetzige Vertriebschef ist der Herr Direktor Fischbacher, der also die vertrieblichen Agenden hier praktisch übernommen hat, und der Kaufmann ist der Herr Direktor Steibel. Ich möchte meinen, bei einem 100-Millionen-Auftrag ist also sicher auch die Hauptgeschäftsleitung, der Herr Generaldirektor Fürböck, eingeschaltet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat sich die Firma AEG unmittelbar um Aufträge beim AKH beworben?

Ing. **Haslauer:** Es gab eine Ausschreibung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und hat sich die AEG beworben?

Ing. **Haslauer:** Da haben wir uns beworben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über welchen Teil?

Ing. **Haslauer:** Über die Elektrotechnik gesamt. Also Starkstromtechnik.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. Und waren Sie hier beteiligt?

Ing. **Haslauer:** Das ist unter meinen Aufgabenbereich gefallen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War das noch beim Bautenministerium oder mit der AKPE? Haben Sie Ihre Verhandlungen mit dem Bautenministerium geführt oder mit der AKPE?

Ing. **Haslauer:** Ich habe überhaupt keine Verhandlungen geführt, wir haben die Ausschreibung bekommen als Industrie und waren dann echt überfordert und gar nicht in der Lage, die im Detail durchzuarbeiten, und haben die nach bestem Wissen und Gewissen offeriert und sind also, soweit ich es weiß, unter „ferner liefen" gelegen, wo es also dann weiterhin, zumindest von mir, keinerlei Kontakte mehr in die Richtung gegeben hat. Ich weiß jetzt nicht, AKPE, oder was das ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat es überhaupt keine Kontakte gegeben von Ihrer Warte zum AKH?

Ing. **Haslauer:** Meine Person betreffend sicher nicht. Ob Dr. Fürnsinn mit Winter gesprochen hat, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sonst mit Personen des AKH, die beim AKH beteiligt sind, irgendeinen Kontakt gehabt?

Ing. **Haslauer:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der APAK?

Ing. **Haslauer:** Kenne ich nur aus den Massenmedien jetzt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie kennen die Personen, die dort eine Rolle spielen?

Ing. **Haslauer:** Echt nur aus den Massenmedien.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Beziehungen hatten Sie zum ORF? Es gibt auch eine Frage, daß Schmiergeldzahlungen Richtung ORF ... Sie bestreiten es zwar ...

Ing. **Haslauer:** Nein, nein. Mir hat Frau Dr. Partik-Pablé eine Überweisung vorgelegt unter dem Betreff „ORF". Nun, der ORF war zu dem Zeitpunkt, als man mir ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch an die PFG?

Ing. **Haslauer:** Auch an die PFG! Als man mir die Aufgabe der Installationstechnik übertra-

gen hat, bereits im Hause. Also, die Dinge waren alle schon gelaufen. Ich kann mir nur vorstellen ... Ich habe sicher beim ORF an niemanden irgendwelche Gelder oder Provisionen ausgehändigt. Ich kann mir daher nur vorstellen, daß ORF, der, wie ich mich erinnere, eine relativ gute Order für uns war, wenn ich diesen Ausdruck noch einmal hier gebrauchen darf, genauso wie so manche andere Order eben belastet wurden mit solchen Überweisungen an die PFG. Sie müssen bedenken, daß die AEG ein sehr großes Exportvolumen auch hatte, und Fürnsinn ist also mehrmals gekommen und hat gesagt: Wir brauchen wieder Geld flüssig und so weiter und so fort, welche Aufträge könnte man denn belasten damit? Und so ist sicher, kann ich mir nur vorstellen, daß der ORF hier belastet wurde oder die Order ORF.

Obmann Dr. **Steger:** Zusatzfrage, bitte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Frage ist, können Sie ausschließen, daß beim ORF, oder andersherum, ist beim ORF nicht auch ein Konsulent, wurden da nicht auch immer Konsulenten eingeschaltet, die Begutachtungen machen mußten, und kann es sein, daß an einen solchen Konsulenten im Zusammenhang mit einem ORF-Auftrag das überwiesen wurde?

Ing. **Haslauer:** Soweit ich mich erinnere, war beim ORF auch dieser Zivilingenieur Rotter als Konsulent tätig, nur, ich kann mich jetzt nur wiederholen, ich habe diese Aufträge ORF bereits fix und fertig, da waren sie bereits in Arbeit, also sie waren bereits ausgehandelt. Ich habe rein die Abwicklung und Überwachung der Abwicklung über, und in dem Zusammenhang kann ich Ihnen versichern, daß also keine wie immer gearteten Provisionen oder dergleichen gelaufen sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also, weder an Angehörige des ORF selbst noch an — in Ihrer Zeit, wir reden jetzt von Ihrer Zeit —, weder an Angehörige des ORF noch an mit ORF-Abwicklung befaßte Personen? Und während Ihrer Zeit ist auch an den Rotter nichts gegangen?

Ing. **Haslauer:** Nein! Im Zusammenhang mit ORF nicht!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber in anderem Zusammenhang dann schon?

Ing. **Haslauer:** Ja, es gab da einen Fall, das war eben diese schon erwähnte AUA-Werft 1. Da hat mir Fürnsinn, allerdings auch zu einem späteren Zeitpunkt, gesagt, daß Rotter bei ihm erschienen wäre und um ein Darlehen in der Höhe von 50 000 S gebeten hat, daß er sich aber bereit erklärt hätte, in einem bestimmten Zeitraum zu retournieren. Diese Retournierung ist also nie erfolgt, und ich weiß dann von einem späteren Zeitpunkt, wo mir Fürnsinn sagte: Den können wir vergessen, wir werden den Herrn Rotter also nicht deswegen belangen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf noch einen Moment beim ORF weiter. Jetzt gibt es also diese Zuweisungslisten, in denen die Zuzählung zu Aufträgen ... also die Listen, die die PFG-Überweisungen zugeordnet haben zu irgendwelchen Aufträgen unterschiedlicher Art. Können Sie mir jetzt erläutern, wieweit Sie informiert waren über die jeweilige Zuordnung?

Ing. **Haslauer:** Grundsätzlich hat es für jeden dieser Aufträge einen Sachbearbeiter gegeben, also das waren Mitarbeiter dann von mir. Und die hatten neben den kaufmännischen Stellen natürlich die Aufgabe, zu sehen, wieweit sind die Leistungen gediehen bei der Abwicklung dieses Auftrages, und wie hoch sind meine Kosten? Wenn hier ein exorbitantes Mißverhältnis aufgetreten ist, dann sind die natürlich gekommen und haben gesagt: Hallo, irgend etwas stimmt da nicht, entweder haben wir zuviel Motageanteil oder zuviel Materialanteil, also ich bin dort zu 50 Prozent mit meinem Baufortschritt und habe bereits 70 Prozent Kosten drauf! So wurde das, im Detail wurde das von den Kaufleuten kontrolliert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich begreife das nicht. Wenn Sie mir das erläutern! Also, nehmen wir irgendeinen fiktiven Fall an, es sollte eine Million an die PFG untergebracht werden. Wer hat nun entschieden, daß davon 200 000 an die Schule in Groß-Weikersdorf und 300 000 an ORF und, und verteilt wurden?

Ing. **Haslauer:** Ich verstehe jetzt Ihre Frage. Also abgespielt hat sich das so, daß Fürnsinn gekommen ist und gesagt hat: Wir brauchen wieder Geld für Export!, oder was immer das war!, in vielen Fällen hat er sich gar nicht deklariert, und dann hat er von mir verlangt, daß ich ihm die Vorkalkulationen, also die Auftragskalkulationen ... Wenn wir den Auftrag im Hause hatten, ist noch einmal eine Kakulation erstellt worden, weil sich ja in den Angebotsverhandlungen dieses und jenes geändert haben kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Auftragskalkulation des Exportauftrages, von dem wir gesprochen haben?

Ing. **Haslauer:** Irgendwelche Aufträge, laufende Aufträge. Und da habe ich dann Herrn Dr. Fürnsinn gesagt: Also hier erwarten wir eine Verkaufsspanne von soviel, die scheint also sehr gut, und das scheint also tatsächlich eingehalten werden zu können, und hier und hier und hier ... Und dann hat der Fürnsinn gesagt: O.K., dann würde ich Sie bitten ... weiß

ich, nehmen wir jetzt den ORF her, hier einen Betrag von, da einen Betrag von, und diese Belastung ist dann über die kaufmännische Abteilung auch auf diesen Auftrag aufgebucht worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, Ihnen waren diese Listen durchaus verständlich aus dem vorangegangenen Gespräch mit Fürnsinn, nur im konkreten Fall des ORF war das vor Ihrer Zeit, daher ist Ihnen diese Zuteilung dann nicht in Erinnerung, oder war die Zuteilung . . .?

Ing. **Haslauer:** Nein. Das möchte ich jetzt nicht sagen. Der Auftrag ORF oder die Aufträge — es waren ja mehrere — waren bereits im Haus. Ich schließe nicht aus — ich weiß es also auch nicht mehr ganz auswendig —, daß dann eine Belastung seitens PFG hinterher gekommen ist, zu meiner Zeit, das mag durchaus sein, ich möchte das nicht in Abrede stellen, ich weiß es nicht mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Letzte Frage, weil ich das auch nicht überdehnen möchte, letzte Frage: Jetzt nehmen wir an, der Schule X wurden zugeteilt 200 000. War das nun eine rein buchhalterische, nachher in der Innenabwicklung der AEG, oder kann man nicht ausschließen, daß allenfalls als Kostenfaktor dies auch für die Schule eine Rolle spielte?

Ing. **Haslauer:** Es gibt jetzt sowohl als auch. Es gab Fälle und Aufträge, wo tatsächlich die an die PFG oder Pulp and Paper gegangene Bestellung ident ist mit dem im Betreff angeführten Projekt. Und es gab ebenso Fälle, wo also das im Betreff angeführte Projekt mit der tatsächlichen Geld- oder Provisionzahlung nichts zu tun hatte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, es konnten Pulp and Paper- oder PFG-Zahlungen durchaus von Dritten oder wurden durchaus von Dritten, etwa der Schule X oder der Raiffeisenorganisation sowieso, als Kosten an die AEG bezahlt, obwohl eigentlich die Sachleistung ja nicht gegeben war für diese Schule.

Ing. **Haslauer:** Richtig!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es kam durchaus zu Fällen, wenn nicht alle, durchaus zu Fällen, wo bei der Abrechnung der Schule X an die AEG ein Betrag überwiesen wurde, für den keine mit der Schule X zusammenhängende Sachleistung erbracht wurde?

Ing. **Haslauer:** Richtig!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber beim ORF muß man, glaube ich, doch feststellen — ich weiß nicht, ob ich das richtig sehe —, wenn Zahlungen geleistet worden sind, werden sie zu einem Zeitpunkt geleistet, als die Aufträge hereingekommen sind?

Ing. **Haslauer:** Das möchte ich meinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und aus diesem Grund können Sie eigentlich gar nicht Bescheid wissen, ob an den ORF Zahlungen geleistet worden sind oder ob keine geleistet worden sind, weil die Aufträge früher hereingekommen sind?

Ing. **Haslauer:** Das ist richtig!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und es kann also ohneweiters ein Zusammenhang bestehen. Wer könnte das wissen? Bei der AEG natürlich!

Ing. **Haslauer:** Die Auftragsverhandlungen ORF hat damals geführt Herr Dir. Herfort!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es diesen Herrn Dir. Herfort noch?

Ing. **Haslauer:** Er ist mittlerweile in Pension!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist mittlerweile in Pension!

Ich hätte noch eine Frage, Sefcsik soll ja nicht nur diese 5 Millionen bekommen haben, sondern auch noch 600 000 S. Wissen Sie etwas davon?

Ing. **Haslauer:** Über die PFG?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja!

Ing. **Haslauer:** Ja. Sefcsik hat eine Überweisung an die PFG bewerkstelligt. Ich glaube, es waren zweimal 300 000 S.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von der Firma Knoblich aus?

Ing. **Haslauer:** Von der Firma Knoblich aus an PFG.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Um Schmiergeld zu beschaffen?

Ing. **Haslauer:** Zu welchem Zweck, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Bezahlung ist auf jeden Fall nicht von der Firma AEG erfolgt, sondern von der Firma Knoblich.

Ing. **Haslauer:** Von der Firma Knoblich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Direkt?

Ing. **Haslauer:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Aushändigung erfolgte genau gleich.

Ing. **Haslauer:** Richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Abhebung drüben beim Herrn Hilti, und Verwaltung ...

Ing. **Haslauer:** Fürnsinn ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Fürnsinn oder Sie ...

Ing. **Haslauer:** Fürnsinn in Wien und dann ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... und dann irgend jemand, der das über die Grenze gebracht hat.

Ing. **Haslauer:** Richtig. Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Firma UHA?

Ing. **Haslauer:** Ja, die kenne ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, ...?

Ing. **Haslauer:** Die Firma UHA wurde — ich darf hier vielleicht etwas weiter ausholen:

Die Firma AEG hat relativ spät begonnen, sich auf dem Installationsanlagensektor, und zwar auf dem Flächeninstallationssektor, schwerpunktmäßig in Österreich zu bewegen. Das ist erst zu einem Zeitpuntk geschehen, als von Konzernspitze her in Frankfurt ein eigener Geschäftsbereich Installationsanlagentechnik gegründet wurde, und damit war es auch die Aufgabe für Österreich, hier ein entsprechenes Geschäft schwerpunktmäßig aufzubauen. Das heißt, alle unsere Mitbewerber waren auf diesem Sektor ja schon Jahrzehnte tätig und waren natürlich, wenn Sie so wollen, schon Markt-Insider.

Nun war es unsere Aufgabe, mit eben Mittel und Wege zu suchen, für die AEG einen entsprechenden Marktanteil zu erobern, und dazu gehörte auch, daß man Elektroplaner eben für AEG-Produkte und AEG-Technik überzeugt.

Da gab es einen Fall, das war ein gewisser Herr Antjel *(phonetisch)*, der von der Firma Siemens kam und im Begriff war, sich zu verselbständigen. Er hat sich aber den richtigen Sprung zur echten Verselbständigung — ich weiß es nicht — entweder nicht getraut oder — auf alle Fälle war er noch nicht so richtig im Sich-wirklich-Verselbständigen.

Wir haben davon Kenntnis erhalten, und hier war wiederum Herr Sefcsik eigentlich derjenige, der uns diesen Tip gegeben hat, und so haben wir genauso wie eben eine PFG, haben wir im — oder im Auftrag der Geschäftsleitung, das wurde ja alles diskutiert, ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): AEG?

Ing. **Haslauer:** AEG — ... dem Herrn Antjel der Vorschlag gemacht, daß wir ihn hier unterstützen, diese Selbständigkeitsfindung eben zu bewerkstelligen.

Wir haben ihm einen Rahmen gebaut, das heißt, wir haben diese UHA, wie sie heißt, gegründet, wo Herr Sefcsik, Herr Dr. Fürnsinn und ich — und darauf war ich wieder sehr bedacht, daß mein Chef auch mit dabei ist, denn sonst heißt es, der Haslauer macht sich da ein Privatgeschäft ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie drei waren die Gesellschafter der UHA?

Ing. **Haslauer:** Wir drei waren die Gesellschafter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und gegründet worden ist sie?

Ing. **Haslauer:** Gegründet worden ist sie — 1975?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1975 schon.

Ing. **Haslauer:** Ich kann es jetzt nicht genau sagen. Ende 1975, Anfang 1976.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Antjel war nicht Gesellschafter? Er war Geschäftsführer.

Ing. **Haslauer:** Der Antjel war zu dem Zeitpunkt Geschäftsführer praktisch mit einem Werksvertrag, ist dann aber, als er das Vertrauen gefunden hat, daß dieses Blümchen zu leben beginnt, eingestiegen zusammen mit seiner Frau, und ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat dann Anteile abgegeben?

Ing. **Haslauer:** Die drei, Sefcsik, Fürnsinn, Haslauer, haben dann die Anteile für ihn abgetreten — es war dann nur ein kleiner Anteil, ich glaube, 10 Prozent oder so etwas, damit wir einen gewissen Einfluß noch ausüben können —, und das Ganze sollte dann aufgelöst werden, ich glaube, 1977/78.

Leider Gottes hat sich damals aber Herr Antjel mit seiner Frau überworfen, es kam zu einer Scheidung, und das hat sich dann so lange gezogen, bis die zwei sich auseinanderdividiert hatten, denn sie hatte ja, glaube ich, um die 40 Prozent, also insgesamt Anteil plus Gattin 60, das hat das Ganze dann so verzögert, daß das erst jetzt stattfindet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum — welche Geschäfte hat nun diese UHA abgewikkelt? Wo ist sie tätig geworden?

Ing. **Haslauer:** Die UHA war für uns interessant einmal von der Sefcsik-Seite her, daß UHA, soweit es möglich war, Knoblich-Leuchten eingeplant hat in seine Projekte, und eben von seiten der AEG war es so, daß die UHA

oder sprich Antjel eben AEG-Produkte eingeplant haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo haben Sie nun Aufträge bekommen? Wo haben Sie ...?

Ing. **Haslauer:** Wir haben Aufträge bekommen, das war einmal die SVA in Baden, das war ein Rehabilitationszentrum, da haben wir den Stark- und Schwachstromanteil in Auftrag bekommen, und dann die Reumannplatz-Garage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sonst nichts?

Ing. **Haslauer:** Ja das war ein Volumen von rund ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von AKH gab es gar nichts.

Ing. **Haslauer:** AKH nichts. Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dieser Auftrag, der 100-Millionen-Auftrag, wann hätten da die ersten Leistungen, oder wann sollen — ich nehme an, der Vertrag würde noch bestehen — die ersten Leistungen erbracht werden?

Ing. **Haslauer:** Als wir den Auftrag erhielten, also Ende 1976, hat es geheißen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... 1980, korrekt 1980. Der Auftrag ist ja 1980 erteilt worden.

Ing. **Haslauer:** Ja, also darüber kann ich dann nichts mehr sagen. Ich kann jetzt nur von der Zeit ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. Aber 1976 ...

Ing. **Haslauer:** 1976, da hat es ursprünglich geheißen, daß bereits Ende 1977 die ersten Montagekontingente zum Einsatz kommen könnten. Dann kam die Meldung, es wird umgeplant, man kann noch nichts sagen. Das hat sich dann — nur war ich dann von der Firma draußen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es in dieser Phase der Umplanung irgendwelche ...

Obmann Dr. **Steger:** Unterbrechen wir jetzt.

Herr Zeuge, ich bitte, daß Sie um 13.30 Uhr wieder pünktlich hier sind.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 40 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 35 Minuten wiederaufgenommen.)

Fortsetzung der Zeugeneinvernahme von Ing. Horst Georg Haslauer

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zur Firma UHA hätte ich nur noch eine kurze Frage: Hat die Firma UHA in genau der gleichen Weise Geschäfte für die Firma Knoblich abgewickelt wie für die Firma AEG?

Ing. **Haslauer:** Grundsätzlich ja, wenn Sie das bitte aber so verstehen, daß wir über die Firma UHA versucht haben, in Planungen unsere Produkte hineinzubringen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und einen Zusammenhang zum AKH gibt es keinen.

Ing. **Haslauer:** Nein, meines Wissens nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sonst zur Stadt Wien? Aufträge, die von der Stadt Wien, vom Bund gekommen sind?

Ing. **Haslauer:** Nein. Das ist mir nicht bekannt, das glaube ich auch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie, wenn sie Aufträge von der Stadt Wien bekommen haben — AEG — auch für solche Aufträge Schmiergeldzahlungen in der gleichen Weise leisten müssen?

Ing. **Haslauer:** Ich sicher nicht ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber andere Herren Ihrer Firma?

Ing. **Haslauer:** ..., weil das Gott sei Dank nicht in meinen Bereich gefallen ist. Von den anderen Herren weiß ich es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, wie groß das Volumen der Geschäfte ist, die mit der PFG in Vaduz abgewickelt worden sind?

Ing. **Haslauer:** Wenn ich ganz kurz rekapitulieren darf: Rund 5 Millionen war einmal dieser AKH-Brocken, dann 2,5 Millionen — etwa in dieser Größenordnung — Spar — das wären 7 Millionen —, von den restlichen Überweisungen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Firma Klug und so weiter.

Ing. **Haslauer:** Bei der Firma Klug waren 100 000 S oder 120 000 S. Jetzt ins Unreine bitte gesprochen, würde ich sagen: An die 8 oder 9 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie bei anderen Firmen als Berater tätig? Haben Sie irgendwelche Werkverträge, Beratungsverträge gehabt?

Ing. **Haslauer:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Bindungen waren dann zu Spar?

Ing. **Haslauer:** Zu Spar? — Da waren wir Auf-

www.parlament.gv.at

tragnehmer. Ich habe bei Spar akquiriert in einer weiteren Phase, wobei die Vorarbeit Herr Dir. Herforth *(phonetisch)* geleistet hat. Ich habe das dann als Abwickler übernommen, und daraus hat sich eigentlich alles weitere ergeben. Wir versuchten dann Pakete zu schnüren, sodaß wir bei einem Auftrag gleich mehrere weitere Projekte anhängen konnten und so weiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie für keine Firma irgendwelche Beratungen, Projekte entworfen, Angebote vorbereitet?

Ing. **Haslauer:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ausschreibungen vorbereitet?

Ing. **Haslauer:** Also Konsulententätigkeit?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Konsulententätigkeit im weitesten Sinne.

Ing. **Haslauer:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie keine geleistet?

Ing. **Haslauer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie haben heute gesagt, daß sie über Kontaktleute Einblick hatten — „Sie" heißt jetzt Ihre Firma — in die Konkurrenzofferte.

Ing. **Haslauer:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Welche derartige Kontaktpersonen sind Ihnen bekannt, die Einblick gegeben haben?

Ing. **Haslauer:** Erstens war das im speziellen der Herr Martin *(phonetisch)* von der Firma Spar, der die Bauabteilung geleitet hat, und in einem anderen Fall der Herr Ing. Schaffer *(phonetisch.)*

Obmann Dr. **Steger:** Was hat dieser Ing. Schaffer zu tun gehabt?

Ing. **Haslauer:** Der Herr Ing. Schaffer betreibt ebenfalls ein Planungsbüro, und damals ging es um das Mur-Center in Leoben, das wir als Generalunternehmer in Auftrag haben wollten. Er hat als Planer Einsicht in den sogenannten Preisspiegel, der bei solchen Vergaben erstellt wird. Man hat uns dann Hinweise gegeben, wieviel wir über den Mitbewerbern liegen.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie je beim AKH in Konkurrenzofferte Einsicht gehabt?

Ing. **Haslauer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Es war also nur bei anderen Projekten, daß diese Methode funktioniert hat.

Ing. **Haslauer:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wie gut war Ihnen bereits zu einem früheren Zeitpunkt bekannt, welcher Personenkreis die für das AKH vorgesehenen Millionenbeträge — 5 Millionen haben Sie gesagt — bekommt?

Ing. **Haslauer:** Überhaupt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Wann ist Ihnen das bekannt geworden?

Ing. **Haslauer:** Überhaupt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Bis heute nicht?

Ing. **Haslauer:** Bis heute nicht. Wir haben das mit Herrn Sefcsik abgehandelt, und mehr weiß ich davon nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Aus Ihrer Sicht war also der einzige Name, der Ihnen bekannt war, der Herr Sefcsik.

Ing. **Haslauer:** Richtig!

Obmann Dr. **Steger:** Wie der es weiterverteilte, an wen er es weiterverteilt hat, können Sie nicht sagen.

Ing. **Haslauer:** Echt keine Ahnung. Wir haben auch nie danach gefragt.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso, Herr Zeuge, können Sie dann sagen auf eine Frage, die ein Abgeordneter an Sie heute gerichtet hat, daß jedenfalls keine Rede davon sein kann, daß Parteien etwas bekommen haben?

Ing. **Haslauer:** Ich habe, glaube ich, so formuliert, daß mir nicht bewußt ist, daß irgendwelche Parteien irgendwelche Gelder von uns bekommen hätten. Ich glaube, das war meine Aussage.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wollen damit sagen, Sie haben nicht umgekehrt aussagen wollen, daß es nicht so ist, sondern Sie wissen nur nicht, was geschehen ist.

Ing. **Haslauer:** Ich weiß, um es noch einmal zu formulieren, von Parteienfinanzierungen überhaupt nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wissen doch auch nicht, wer sonst das Geld bekommen hat.

Ing. **Haslauer:** Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie können aus Ihrer Sicht nur sagen, der Herr Sefcsik hat das als Kontaktmann bekommen. Ob der etwas weiterverteilt hat, an wen er etwas weiterverteilt hat, das wissen Sie nicht.

Ing. **Haslauer:** Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso war der Herr Sefcsik ad personam so interessant, daß man sicher sein konnte, daß damit auch etwas bewirkt wird, wenn man dort die Millionen hinzahlt?

Ing. **Haslauer:** Herr Vorsitzender! Die Frage dürfen Sie mir nicht stellen. Ich kannte Sefcsik, wie ich schon erwähnt habe, von diesen diversen Projektbesprechungen, die wir durch geraume Zeit hindurch geführt haben, aus der Zeit resultierend, wo die AEG bei Knoblich einsteigen wollte. Ich habe heute schon erläutert, wie es dazu gekommen ist, daß Sefcsik sich erbötig gemacht hat, uns hier behilflich zu sein. Ich habe das an meine Chefs herangetragen. Wieweit die über irgendwelche Zusammenhänge Kenntnis hatten, weiß ich nicht. Für mich war ausschlaggebend die Entscheidung der AEG-Geschäftsleitung: Jawohl, das machen wir, und dann wurde das auch so abgewickelt.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie jetzt irgendwelche Wahrnehmungen, wo Sie in einem direkten Zusammenhang auch die Funktion überprüfen konnten? Also hie Zahlung und hie kommt in irgendeiner Form eine Gegenleistung. Haben Sie irgend so eine Wahrnehmung gemacht?

Ing. **Haslauer:** Die einzige Wahrnehmung, die ich persönlich gemacht habe, war die Tatsache, daß nach diesem ersten Transfer im Dezember 1976 prompt dann der Auftrag an die AEG erteilt wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Da haben Sie doch dann auch durch Ihre Wahrnehmung, durch Ihre Informationen gesehen, daß es offensichtlich irgend einen Zusammenhang — Sefcsik — gibt und daß es dann auch tatsächlich zu einem Auftrag im Gefolge einer Zahlung kommt.

Ing. **Haslauer:** Wenn ich nochmals wiederholen darf: Wir haben ja die Auflage der Geschäftsleitung gehabt, noch im Jahre 1976 diesen Auftragseingang für die AEG zu verbuchen. Es war nicht möglich, diese besagte Provision in der Zeit zu bewerkstelligen. Daher wurden als Interimslösung zuerst zwei Rechnungen von der Firma Knoblich an die AEG von der AEG prompt bezahlt. Als die Firma Knoblich den Zahlungseingang verbucht hatte, haben wir vom Herrn Sefcsik diesen 100-Millionen-Auftrag ausgehändigt bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Gut. Haben Sie je Erkundigungen einzuziehen gehabt, welche Kontakte der Herr Sefcsik hat?

Ing. **Haslauer:** Das war nicht meine Aufgabe.

Obmann Dr. **Steger:** Ist nie an Sie die Frage gestellt worden?

Ing. **Haslauer:** Nein. Ich darf vielleicht der Vollständigkeit halber erwähnen, daß damals die Firma Knoblich einen Beirat — ich glaube, so nennt man das — hatte, wo AEG-Herren drinnen waren.

Obmann Dr. **Steger:** Es fällt nur auf, daß relativ leichtfertig große Beträge bezahlt werden. Theoretisch ist es ja denkbar, daß jemand überhaupt keinen Einfluß hat auf die Auftragsvergabe, ein Auftrag kommt ordnungsgemäß, weil man ein günstiges Angebot gemacht hat, und einer kassiert trotzdem da auch mit, obwohl die Schlüsselfunktion gar nicht gegeben ist.

Ing. **Haslauer:** Nein. Wenn der Auftrag zu diesem Zeitpunkt nicht gekommen wäre, dann hätte man sofort die Gegenfakturen seitens der AEG wieder an Knoblich ausgestellt. Das Geld wäre wieder bei der AEG gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, das ist schon richtig. Aber meine Frage ging in eine andere Richtung: Es ist auch denkbar, daß so ein Auftrag kommt, und es wird trotzdem ständig an jemanden eine Provision bezahlt, der dafür gar nicht wirklich verantwortlich ist, daß dieser Auftrag kommt. Es braucht ja nur sein, daß der Auftrag ordnungsgemäß einfach an den Bestbieter gegeben wird. Und dann werden trotzdem solche Provisionen bezahlt?

Ing. **Haslauer:** Herr Vorsitzender! Ich glaube, da muß ich jetzt etwas wiederholen: Wir haben an Siemens nicht angeboten, wir konnten auch nicht Bestbieter oder dergleichen werden, sondern Siemens hatte ja den Gesamtauftrag — soviel wir seitens der AEG wußten — mit der Auflage, die übrige Elektroindustrie mit gewissen mehr oder weniger großen Anteilen mit hinzuzuziehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, Sie haben mit der Stadt Wien keine Verträge abgeschlossen. Ich habe jetzt noch einmal nachgeschaut im Protokoll von Dr. Fürnsinn. Er sagt, daß bei der Feuerwache Am Hof auch der Verdacht bestanden hat von Schmiergeldzahlungen und daß Sie darüber Bescheid wüßten. Ist das richtig? Da gab es auch eine Faktura.

Ing. **Haslauer:** Das stimmt. Das war seine ursprüngliche Aussage. Wenn Sie aber weiterblättern, so gab es dann Anfang August eine Gegenüberstellung, und da hat Herr Dr. Fürnsinn seine Aussage revidiert, daß ich damit nichts zu tun hatte.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. — Die Zeugeneinvernahme ist beendet.

Ing. **Haslauer:** Herr Vorsitzender! Eine Frage möchte ich noch stellen — die bewegt mich schon die ganze Zeit —, warum man mich im Juni dingfest gemacht hat. Das will in mein Hirnkastel nicht ganz hinein. Warum wurde ich am 17. April mittels Haftbefehl verhaftet, wobei die erste Aussage in dem ganzen Zusammenhang erst am 18. April begonnen hat?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Diese Frage müssen Sie anläßlich Ihrer Gerichtsverhandlung aufwerfen. Keiner der Haftbefehle trägt unsere Unterschrift. Wir haben nicht einmal Beugemittel gegen Sie verhängt, weil Sie ordnungsgemäß gekommen sind. Ich kann Ihnen weiter keine Antwort geben. *(Der Zeuge Ing. Haslauer verläßt den Sitzungssaal.)*

Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Dr. Günter Fürnsinn

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dipl.-Ing. Fürnsinn! Ich darf Sie bitten vorzutreten und vor den Mikrophonen Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie als Zeugen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß ist eingesetzt auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates, und zwar

erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens — hier ist ein Schwerpunkt für Ihre Einvernahme — zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Ich bitte Sie, alle an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Wir haben die Geschäftsordnung des Nationalrates als Grundlage unserer Verfahrensabwicklung, und dort ist enthalten, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. In dieser Strafprozeßordnung sind Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge festgelegt. Es sind unter anderem auch Bestimmungen enthalten, unter welcher Voraussetzung Sie allenfalls ein Entschlagungsrecht hätten. *(Obmann Dr. Steger verliest § 153 Strafprozeßordnung.)*

Das heißt: Bei einer Frage, wo Sie allenfalls glauben, daß einer dieser Punkte gegeben ist, müßten Sie unter Verweis darauf ein Entschlagungsrecht geltend machen, und wir hätten dann zu entscheiden, ob Sie tatsächlich ein Recht haben, sich bei dieser Frage einer Aussage zu entschlagen oder nicht, ob es also wegen der besonderen Bedeutung Ihrer Aussage unerläßlich ist, daß Sie trotzdem antworten oder nicht.

Ich bitte Sie, alle an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Reden Sie deutlich und immer möglichst gerade ins Mikrophon hinein, damit wir das auch richtig im Protokoll haben, was Sie auf die Fragen antworten.

Ich darf Sie am Beginn noch ersuchen, daß Sie uns Ihre Generalien nennen: Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Diplomingenieur Doktor der Technik Günter Fürnsinn, geboren am 24. 12. 1934 in Wien, derzeit beschäftigt bei Wabco Westinghouse als Prokurist für Technik und Vertrieb, Anschrift 1010 Wien, Wollzeile 9.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Dr. Fürnsinn! Ich darf Sie zunächst einmal fragen: Sie haben gesagt, Sie sind jetzt bei Westinghouse beschäftigt.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Bei Wabco Westinghouse.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Schildern Sie uns kurz Ihren beruflichen Werdegang.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** 1953 Matura, 1959 Diplom an der TU Wien, 1963 Doktorat. Bis Ende 1964 — von 1960 bis 1964 — Assistent an der TU Wien am Institut für elektrische Maschinen bei Professor Stix. Dann eben in diesem Zusammenhang 1963 das Doktorat. Anfang 1964 dann Übertritt in die AEG. Knapp drei Jahre oder zweieinhalb Jahre Tätigkeit bei der AEG im Konzern Deutschland, primär als Techniker, als Projektant an verschiedenen Stellen. Ende 1966 — also von Anfang 1964 bis Ende 1966 war diese Tätigkeit — wieder Rückkehr nach Wien zur Österreichischen AEG Telefunken, damals AEG-Austria, Tätigkeit als Projektingenieur, dann als Abteilungsleiter für Projektierung, für die Projektierungsabteilung, dann ab 1. April 1969, glaube ich, Geschäftsführender Direktor mit Prokura und ab 1. Jänner 1971 in die Geschäftsführung direkt aufgenommen, also als handelsrechtlich eingetragener Geschäftsführer für den Breich des technischen Anlagengeschäfts zuständig. Mein Vorgänger ist damals in Pension gegangen.

In dieser Funktion war ich dann tätig bei der Österreichischen AEG Telefunken bis Ende Juni 1977. Dann erfolgte eben die Trennung von der Österreichischen AEG. Ich war dann anschließend ab September tätig als Konsulent bei der CA für die Maschinenfabrik Haid. Und ab 1. November 1978 bin ich wieder in die Tätig-

keit bei einem, sagen wir, Industriekonzern internationalen Formats zurückgekehrt, eben zu Wabco Westinghouse mit Produktionsstätte hier in Wien, habe dann ein Jahr darauf die Prokura erhalten — das war schon vorgesehen eben mit der Funktion Technik und Vertrieb — für die österreichische Tätigkeit und für die Tätigkeit auf den Ostmärkten.

Wabco Westinghouse ist im Gegensatz zu Westinghouse Electric — das wird sehr gerne verwechselt — das Unternehmen, das den Namen Westinghouse trägt, das mit der Druckluftechnik zu tun hat, heute auch mit der Elektronik, aber nicht die Westinghouse Electric, die in Wien ja keine Produktionsstätte hat, während die Wabco Westinghouse die Fertigung am Höchstädtplatz hat; das ist das ehemalige Hardy-Werk *(phonetisch.)*

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ich darf Sie fragen: Können Sie Ihren Tätigkeitsbereich bei der AEG näher umschreiben?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ich war dort Geschäftsführer dann eben ab 1. Jänner 1979. Das heißt, das Ressort war das Anlagengeschäft, das heißt die Tätigkeit, die zum Schluß sogar dann die Fertigung mitumfaßt hat. Aber die Tätigkeit bestand im wesentlichen wieder in den vier geschäftsführenden Bereichen, und das war eben die Abteilung EVU, Elektrizitätswirtschaft — mein Mitarbeiter Herr Fischbacher *(phonetisch)* —, die Abteilung Industrie und Installationstechnik — jedenfalls in der späteren Organisationsform dann ab 1974 ungefähr: das war der Herr Haslauer —, dann der Bereich Export — wir haben im Rahmen des Konzerns auch verschiedene Anlagenexporte durchgeführt; Griechenland, Ägypten, Abu Dhabi im wesentlichen; das war der Herr Matzl *(phonetisch)* —, und dann war es noch der Bereich Verkehr, Herr Zimmer *(phonetisch.)*

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Waren Sie insofern auch am Umsatz interessiert, als Sie eine Umsatzbeteiligung hatten?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Wir hatten keine Umsatzbeteiligung, wir hatten eine gewinnabhängige Sonderzahlung zu Ende des Jahres.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Als Tantieme sozusagen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Als Tantieme. Ja. Wir hatten kein umsatzabhängiges Entgelt. Bitte nicht im Anlagenbereich. Da war das, glaube ich, ein bißchen anders.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es interessiert uns nur dieser Bereich.

Nun interessiert uns natürlich speziell der Bereich der — wenn Sie wollen — Schmiergeldzahlungen, Provisionen, wie immer Sie es nennen wollen. Es wurde hier gesagt, daß quasi ein Beschluß der Geschäftsführung vorlag, eine Umsatzausweitung nun durch Schmiergeldzahlungen zu erreichen, und zwar in dem Sinn, daß man sagt, wir müssen das jetzt auch machen. Könnten Sie uns darüber Näheres sagen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ein Beschluß in diesem Sinn quasi als Zäsur einer vorangegangenen andersartigen Tätigkeit hin zu einer aktiven Schmiergeldzahlungsentwicklung, um die Umsatzausweitung zu erreichen, besteht nicht und hat nie bestanden, sondern es war so: Das Anlagengeschäft der österreichischen AEG war dadurch, daß die AEG-Union einstens mit der Elin 1959/60 fusioniert worden war und die Elin die Anlagenaktivität zu sich übernommen hatte, stark geschrumpft. Das Anlagengeschäft war zum Zeitpunkt meines Eintrittes und der Übernahme meiner Geschäfte praktisch nur 80 Millionen Schilling Auftragsbestand — Auftragsvorlage haben wir das bei der AEG bezeichnet.

Da waren die Schmiergelderfordernisse — wenn Sie das so bezeichnen wollen — oder Provisionszahlungserfordernisse, jedenfalls ein gewisser Bargeldbedarf, um eben eine gewisse Unterstützung für Leute zu haben, die Geschäfte irgendwo entrieren können, relativ niedrig. Damals war meiner Kenntnis nach die Frage der Provisionszahlungen im Hausgerätesektor zum Beispiel wesentlich ausgeprägter, weil der Bereich ja wesentlich größer und umfangreicher war, das Konsumgütergeschäft.

Aber im Anlagengeschäft ist dann mit der Initiative, diesen Sektor zu entwickeln, einfach das Erfordernis speziell über die Mitarbeiter eigentlich aufgetreten, daß da und dort die Erfordernisse einer Provisionszahlung oder bitte im primitivsten Fall auch eines Schmiergeldes notwendig wurden, und zwar nicht nur im Inland — im Ausland ist das wieder ein ganz anderes Metier, da gibt es zum Teil Leute, die von Österreich dorthin gehen, die auch für andere Konzerne oder Firmen zum Beispiel hier in Österreich tätig waren, die einen gewissen Bargeldbedarf hatten, die man halt in dieser Form unterstützt hat. Oder es waren echte Provisionszahlungen über Bankanweisungen bei dem Erhalt von Großaufträgen als Entlohnung für den entsprechenden Mittelsmann.

Im Inlandsgeschäft war es so, daß Provisionszahlungen oder Schmiergeldzahlungen an verschiedene Empfänger notwendig wurden, insbesondere auf dem Installationssektor, also auf dem Sektor, der der Bauwirtschaft sehr nahestand. Und deswegen war auch der Haslauer sehr stark davon berührt. Eigentlich durch die Tätigkeit der Mitarbeiter und deren Interesse, das Geschäft zu entwickeln — aller-

dings war der Ausbau des Anlagengeschäfts eine erklärte Zielsetzung der AEG —, ist dieses Erfordernis an uns herangetreten, und es mußte eine gewisse Lösung dafür gefunden werden. Dieses Problem habe ich auch mit Dr. Aich besprochen, der leider nicht mehr lebt. Es wurde auch — sagen wir, bitte nicht bei Vorstandssitzungen — offiziell besprochen. Es waren eigentlich Gespräche, die ich im wesentlichen mit Dr. Aich hatte. Und Dr. Aich hat am Anfang geholfen, aus dem — wie wir das bei der AEG bezeichnet haben — Konto Meier heraus, um gewisse Beträge eben flüssig zu machen. Dann sind die Beträge größer geworden, es sind ja auch die Anlagenaufträge wesentlich größer geworden. Es ist letztlich die Generalunternehmerschaft dazugekommen, bei den Intersparmärkten zum Beispiel oder Deltamarkt — ich weiß nicht, was wir damals noch für Aufträge hatten in generalunternehmerschaftlicher Weise —, aber das sind einmal die spektakulärsten. Dann sind Beträge zustandegekommen, die eben offensichtlich den normalen Rahmen dieses Kontos Meier überschritten haben, da hat man nach Lösungen gesucht.

Ich habe damals Kontakte gehabt — es ist ja alles protokolliert —, unter anderem auch mit Dr. Ragossnik, der die Gesellschaft in Liechtenstein hatte. Ich habe Herrn Dr. Ragossnik mit Herrn Dr. Aich bekanntgemacht, die Sache wurde besprochen, und wir haben uns dann eben über diesen Weg einmal Geld beschafft. Wobei ich nicht genau weiß — Dr. Aich haben Sie ja nicht gekannt; Dr. Aich war immer etwas zurückhaltend und in seiner Art sehr nobel —, ob er wirklich Dr. Ragossnik über die Hintergründe dieser Geschäftsart im Detail aufgeklärt hat.

Ich bin dazu auch mehrfach befragt worden. Ich meine, aus der Art der Abwicklung konnte man das wohl erkennen, aber konkret darüber gesprochen? Ein bisserl heikel war das Ganze, nicht.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Gab es gewisse Richtlinien für die Bemessung solcher Provisionszahlungen, ein gewisser fixer Prozentsatz vom Auftragwert oder so?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Die Anforderungen waren verschieden. Sie waren eigentlich von Fall zu Fall anders. Und es waren auch die Wege anders, wie sich der jeweilige Empfänger das vorgestellt hat. Wir haben uns ja sozusagen dem Wunsch oder der Vorstellung unseres Auftraggebers entsprechend zu richten versucht. Bei Knoblich war das eben anders als bei Interspar beispielsweise oder bei den kleinen Fällen, die ich selbst hatte, wie zum Beispiel die Salzburger Parkgaragen oder auch dieses Boregat *(phonetisch)*. Da waren jeweils verschiedene Dinge, manchmal war es einfach ein Betrag, den wir sogar nennen sollten, was wir eben für den Fall zur Verfügung hätten, um hier ein bißchen eine freundliche Atmosphäre zu schaffen.

Ich meine, die Frau Dr. Partik-Pablé hat mich da immer sehr, sehr streng und ernst dazu befragt. Im Stil des damaligen Geschäfts war zum Beispiel die Angelegenheit Dr. Vogel eine Geste, nicht mehr in diesen Kreisen. Also ich habe das nicht als eine Angelegenheit dieser Dramatik — damals jedenfalls nicht — empfunden.

Bei Interspar waren die Vorstellungen konkreter, das weiß Herr Haslauer, er hat mich angesprochen, eben die entsprechenden Geldbeträge dann freizumachen. Ich mußte das auch wieder mit Dr. Aich besprechen. Da war es in der Größenordnung, glaube ich, zwischen 1, 2, maximal 2,5 Prozent, in diesem Rahmen, so jedenfalls weiß ich es von Herrn Haslauer. Und ungefähr in der Größenordnung haben wir wohl auch Beträge freigemacht.

Der größte Fall war Knoblich. Das war weitaus der größte Prozentsatz eines Auftragsvolumens, der angesprochen worden war, 5 Prozent waren im Inlandsbereich absolut unüblich. Ich sage, von Bruchteilen zu Prozenten bis höchstens 2 oder zweieinhalb. Im Exportgeschäft waren Provisionszahlungen üblich bis in die Größenordnung von 7 Prozent und vielleicht sogar mehr. Dort sind die Beträge wesentlich größer gewesen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wenn Sie Ihre Tätigkeit bei AEG Revue passieren lassen, können Sie ungefähr eine Abschätzung über die Gesamtsumme an Provisionszahlungen versuchen, die aus Ihrem Bereich her relevant wurden?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Wenn ich das Abwicklungsvolumen nehme, das über die beiden Gesellschaften, die wir eingerichtet haben, von der AEG aus realisiert wurde, so sind das eben zwischen 12 und 15 Millionen Schilling. Das auf diesem Weg abgewickelt wurde! Zusätzlich die Provisionen für das Exportgeschäft.

Da muß man berücksichtigen, daß wir das Geschäft dann entwickeln konnten bis auf etwa 1,3 Milliarden Schilling Umsatz zum Zeitpunkt meines Ausscheidens. Wissen Sie, wir haben uns das Leben auch nicht beliebig schwer gemacht, das muß man bitte auch verstehen. Ich meine, es waren eine Menge Erfordernisse durch die relativ rasch wachsende Mannschaft, auch die Montagetätigkeit. Wir hatten zum Schluß, glaube ich, über 300 Außenmonteure im Stand, zusätzlich noch die Fertigung.

Jetzt war die Beschäftigungsproblematik einmal natürlich da und zum zweiten aber auch,

eine Abwicklung zuwege zu bringen, die möglichst homogen noch war und uns möglichst wenig Verluste eingewirtschaftet hat, sodaß wir versucht haben, natürlich mit den Kunden ein gutes Einvernehmen zu finden, damit nicht weiß Gott die allerhärtesten Spitzen uns auch noch treffen. Ich meine, die Provisionszahlungen ins Ausland waren auch zum Teil da, um dort wieder auf der Kundenseite ein besseres Wetter zu machen, um nicht alle Pönalezahlungen und ähnliches zahlen zu müssen. Welche Dramatik sich da ergibt, sehen Sie ja bei der Klimatechnik heute. Das Anlagengeschäft ist manchmal ein Monstrum.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Hatten Sie das Gefühl, daß Sie sozusagen hier quasi im Durchschnitt der Branche lagen, daß alle in dem Sinn Provisionen gezahlt haben und daß Sie halt sozusagen mitziehen mußten?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Wir waren Anfänger auf dem Gebiet. Wir haben das im Laufe der Jahre lernen müssen. Wir sind sicherlich — bitte, ich kann das schwer im einzelnen wirklich nachweisen — knapp gewesen mit diesen Dingen. Wie gesagt, das einzige — und das wissen meine Mitarbeiter, es hat damals auch zu heftigeren Diskussionen geführt — war eben unausweichlich: der Provisionsbetrag Inland, der damals für den Siemens-Subauftrag fällig wurde, für das AKH.

Ich meine, es wurden ja auch eine ganze Menge Aufträge ohne dieses Erfordernis realsiert und abgewickelt, nicht? Nur sind wir den Dingen nicht ausgewichen, wenn ich so sagen darf. Forciert in dem Sinn eines, wie Sie am Anfang gesagt haben, konkreten Beschlusses ist die Sache nicht worden.

Bitte noch eines vielleicht, warum wir nicht als AEG sozusagen eine eigene Gesellschaft in Liechtenstein hatten. Es hätte ja die AEG selbst eine machen können, um diese Dinge zu realisieren. Wir haben eigentlich immer jemanden gesucht, der mit uns involviert ist in die Dinge, um auch da wieder ein wenig Akquisition zu betreiben, einen Mann zu haben, der uns wieder hilft im Kundenkreis, um dort wieder ein bisserl eine Position für die AEG aufzubauen, weil wir im Anlagengeschäft Nachzügler waren gegenüber der Elin, Siemens vor allem und dann auch der BBC. Und die AEG hatte aber einmal einen kräftigen Stand auf dem Gebiet.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wenn man sozusagen Ihre Auftrags- oder Zahlungsliste durchsieht, so sieht man, es sind sowohl private Auftraggeber, wo dann Schmiergeldzahlungen gewesen sind — z. B. Interspar —, als auch öffentliche, AKH. Hat es da irgendwelche Unterschiede gegeben?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das AKH war für uns ein Privatmann.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Richtig.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das war Knoblich. Also Sefcsik. Das war für uns kein Beamter oder ein in einer öffentlichen Stelle Befindlicher. Die Beamtenzahlungen — das war uns natürlich bekannt, daß das, sagen wir einmal, wenn man das so sagen darf, der kritischere Fall ist. Denn bei uns im AEG-Konzern, nachdem wir einem deutschen Konzern angehört hatten, waren eigentlich Provisionszahlungen an leitende Angestellte nicht gesetzwidrig. Ich muß ehrlich sagen, vor diese Tatsache bin ich auch erst im Zusammenhang hier mit dieser Untersuchung gestellt worden. Ich habe noch einmal Gespräche dann mit deutschen Herren auch gehabt, die mir noch einmal bestätigt haben, daß nach deutschem Recht die Zahlungen an leitende Angestellte für den Geber jedenfalls nicht strafbar sind.

Und die Beamtengelder, die wir gezahlt haben, sind so minimal, wenn Sie die zwei Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem EVU-Sektor angesprochen sind, betrachten, und Frei ... war meines Erachtens auch durch die Gesellschaft, die zwar von der öffentlichen Hand eine Beteiligung hatte, aber ein, sagen wir, leitender Angestellter dieses Unternehmens.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das ist nämlich für die prinzipielle Frage der Organisation von solchen Vorhaben gar nicht uninteressant. Sie würden also meinen, daß die Organisation im Beamtenbereich eine größere quasi Sicherheit oder Resistenz gegen Provisionszahlungen gegeben hat als die Organisation in der Privatwirtschaft. Kann man das so sehen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Es ist so. Bei uns war es ja so. Wir sind an die Beamtenbereiche kaum ernsthaft herangekommen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Aber die haben doch sicherlich auch vergeben.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Die Aufträge, die wir von der öffentlichen Hand hatten, waren relativ gering bis auf den Leitungsbau. Da gibt es irgendeinen Vorgang, den ich nicht näher kenne, den der Herr Haslinger einmal genannt hat da Richtung Burgenland. Aber sonst ist der Leitungsbau der einzige Sektor gewesen seitens der öffentlichen Hand, der also, sagen wir, durch elektrizitätswirtschaftliche Auftraggeber, also damit, sagen wir, durch die öffentliche Hand bedingt war.

Dann die U-Bahnaufträge, da ist nichts von uns aus gelaufen in dieser Richtung, die waren absolut sauber, also ich wüßte nicht. Die Auf-

träge Interspar sind in dem Privatbereich. Die Aufträge, die wir von der Bahn, eben sagen wir U-Bahn und diese Dinge, erhalten haben, also aus dem TV-Bereich, wie wir ihn genannt haben, Verkehrssektor waren keine Zahlungen zu verzeichnen, und im E-wirtschaftlichen Bereich waren die relativ kleinen Vorgänge.

Wir hatten eine Order belastet, die einen Auftrag der Salzburger Landesregierung betroffen hat, und ich muß sagen, ich habe mich sehr heftig versucht zu erinnern, wohin das gegangen ist. Ich konnte es nicht, und es hat mir auch niemand bestätigen können, ich habe noch Kontakte zu AEG-Herren, mit denen ich sprechen konnte, um vielleicht herauszukriegen, was da wirklich dahinter steckt. Es war bei uns bitte leider oder Gott sei Dank heute so, daß die Orderbelastungen eigentlich so gewählt wurden wie sie wirtschaftlich vertretbar waren, nicht unbedingt der Sache nach.

Mein ehemaliger Kaufmann, der heute auch nicht mehr bei der AEG ist, der Dr. Baroni, hat sich da sehr gut erinnert und in seiner Aussage das eigentlich auch klar bestätigt. Also aus dem Titel der Order, die belastet wurde mit einem derartigen Vorgang, ist nicht entnehmbar, ob dahinter tatsächlich der Empfänger steht. Und daher kann ich also zur Salzburger Landesregierung nicht sagen, ob da wirklich jemand der öffentlichen Hand dahinter stand.

Aber was ich sagen wollte, ist vielleicht das: Wir als Newcomer auf dem Anlagensektor hatten kaum eine Chance, in großem Stil in den Beamtenbereich Eingang zu finden, wie das zum Beispiel Siemens immer schon hatte. Siemens hat auf dem Sektor der Aufträge der öffentlichen Hand ein wesentlich größeres Auftragsvolumen, als es die AEG je hatte. Wir mußten uns daher im Installationssektor bei privaten Auftraggebern primär schadlos halten, wenn ich das so ausdrücken darf, also dort die Aufträge akquirieren beziehungsweise im Export unser Glück versuchen, weil wir nicht die Etablierung hatten, weil wir gar nicht zum Beispiel — beim AKH, das ist ja der typische Fall, wo wir also auf einem ganz anderen Weg dann eben durch die Kontakte, die Haslauer hatte damals, bitte, Gott sei Dank hatte, dann dort einen gewissen Eingang gefunden hatten, nicht über die direkte Akquisition, und ich hatte das lange versucht und schon bei den Vorläufern von Herrn Winter Gespräche geführt. Es war uns unmöglich, da Eigang zu finden.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Und wenn Sie sagen, Sie haben das versucht, lag da nicht auch der Gedanke nahe, daß man eben auch Provisionen und so weiter zahlt? Haben Sie es auch in dieser Richtung versucht und Erfahrungen gesammelt?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Also ich habe es nicht selbst angeboten. Ich glaube nicht, daß zum Beispiel Herr Fischbauer, der ja primär mit den Auftraggebern der öffentlichen Hand Kontakt hatte, das aktiv versucht hätte. Bei Herrn Haslauer waren die Dinge, bitte der hat ja mit Magistratsabteilungen zu tun, mit der BGV zu tun, der müßte darüber sagen, was er da für Erfahrungen hatte. Hier kann ich es mir schon eher vorstellen, muß ich persönlich sagen. Da waren auch Dinge, zumindest nach dem, was mir Haslauer erzählt hat.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): War sozusagen die Atmosphäre so, daß man es eigentlich einem nahelegte, es dort auch mit Schmiergeldzahlungen zu versuchen, wenn man das so formulieren kann?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Soweit unsere Erfahrungen reichen, die Atmosphäre war darnach. Leider Gottes.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das heißt, Sie würden davon ausgehen, daß Ihre erfolgreichen Konkurrenten unter anderem auch auf diese Weise zum Erfolg gekommen sind.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das muß man sicher annehmen. Es war für uns kaum mehr möglich, in diesen Kreis Eingang zu finden, wenn nicht der Sefcsik existiert hätte und diese AKH-Konstruktion so eigenartig gewesen wäre, ich glaube, wir hätten im AKH-Bereich keinen Eingang gefunden. Aber ich darf auf der Gegenseite sagen, daß zum Beispiel im U-Bahnsektor die Erfordernisse, obwohl die AEG jetzt schon durch zwei Jahrzehnte im U-Bahnsektor etabliert ist mit den Installationen, nicht aufgetreten sind. Man kann das nicht generalisieren offensichtlich.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Der U-Bahnbau war ja anders organisiert als der AKH-Bau. Der U-Bahnbau ist ja von der Hoheitsverwaltung durchgeführt worden, der AKH-Bau in einer eigenen Organisation. Würden Sie meinen, daß das einen Unterschied gemacht hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ich glaube, es hängt an den Personen, nicht an der Konstruktion. Es hängt an den Personen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ja, das ist ja einer der Punkte, der uns hier interessiert.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nach meiner Erfahrung hängt das sicher ganz primär an den Personen, nicht an der rechtlichen Konstruktion der Gesellschaft. Ja bitte, ich meine, man kann durch eine solche Konstruktion die Kontrolle verstärken und kann natürlich auf diese Weise, sagen wir, einen Schranken errichten und Riegel vorschieben, daß auch Leute mit Hang dazu nicht ohne weiteres es dann tun.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wie wurden eigentlich diese Provisionszahlungen kalkuliert? Wurde das in den Preis hinein überwälzt?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Wir hatten ja sogar später im Kalkulationsformular die Rubrik NA vorgesehen gehabt, die nützlichen Abgaben, wie es beim Konzern heißt, und zwar wurden die im Inlandsgeschäft — ich meine, ich habe diese Kalkulationen damals zwar gesehen, wir mußten sie ja abzeichnen, wenn die Auftragssummen entsprechend hoch waren. Ich weiß nicht, ob sie in jedem Fall auch ausgewiesen wurden. Manchmal war es ja doch eine heikle Sache, im Exportgeschäft wurden sie natürlich berücksichtigt, weil sie in der Größenordnung schon ein echter Kalkulationsfaktor waren, während sie im Inland ja oft durch Teilbeträge also nicht der Rede wert waren, wenn ich es ein bißl extrem sagen darf, jedenfalls im Vergleich zum Effekt, nicht, zur Bereitung, daß die Dinge vernünftig akquiriert und dann abgewickelt werden können, war der Aufwand ja geringfügig.

Es war, konkret gesagt, natürlich kalkuliert. Auf der anderen Seite, ein Auftrag wird ja dann in der Verhandlung erst realisiert, das heißt, man muß sich ja doch danach richten, wie sieht die Situation aus, und ich meine, auch bei Auftraggebern, die, sagen wir, weich sind, wenn ich das ein bißchen so bezeichnen darf, ist doch zum Teil der Stand in der Verhandlung auch wieder sehr hart. Also die Salzburger Parkgaragen waren ein deutlicher Fall in die Richtung, ... hat uns in keiner Weise aus irgendwelchen Verpflichtungen ausgeklammert — im Gegenteil, er hat uns echt schikaniert.

Aber die Dinge waren kalkuliert, sie mußten dann letztlich natürlich auch bei dem realisierten Auftragspreis irgendwie untergebracht werden. Wobei es gute Aufträge gab, es gab schlechte Aufträge; im Schnitt haben wir versucht ...

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es wirkte preiserhöhend?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Im Grunde auf jeden Fall, ja. Ich meine, eine scharfe Konkurrenz, die ohne jede Unterstützung auf diesem Weg läuft, ist sicher ruinöser, was den Preiskampf anbelangt. Aber ich darf dazu sagen, daß die Preise normalerweise im Installationsbereich ... Also wir hatten echte Verlustarbeiten darunter, trotz aller Bemühungen, es waren bedeutende Verluste bei gewissen Abwicklungen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wo Sie Provisionen gezahlt haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Wo wir auch Provisionen gezahlt haben, waren auch Verluste darunter. In manchem Geschäft hängt es auch davon ab, wie ist der Bauleiter, wie kann die Montage durchgeführt werden, wie straff wird die abgewickelt, und da ist ja jede Baustelle anders, von der Umgebung, von den ganzen Bedingungen, die der Bauherr vorgibt, dann letztlich der Bauausführer, wir sind ja nur Innenausstatter im Normalfall gewesen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Darf ich Sie jetzt noch ein bißchen nach der Technik der Sache fragen: Wie wurden nun diese Schmiergeldzahlungen im einzelnen finanziert?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Konkret war das so — bitte, ich nehme jetzt den generellen Fall heraus —, daß ein Mitarbeiter, ein leitender Mitarbeiter zu mir kam und mir erklärt hat, daß der oder jener oder er mit ihm gesprochen hat in dieser Weise und sich dieses Erfordernis ergeben hat. Wir haben dann den Betrag überlegt, wir haben ihn für gut empfunden oder nicht. Ich habe dann, wenn er größer war, mit Dr. Aich gesprochen oder, wenn er kleiner war, es mit dem Mitarbeiter abgefertigt. Wir haben dann eine Rechnung erstellt an die Gesellschaft, die uns zur Verfügung stand jeweils entweder die Pulp and Paper oder die PFG. Wir haben einen Auftrag erstellt an diese Gesellschaft. Diese Gesellschaft hat uns dann eine Rechnung gelegt, und der entsprechende Betrag wurde unter dem Titel einer Projektierung im allgemeinen irgendeiner bestimmten Zuarbeit an diese Gesellschaft überwiesen. Dort wurde der Betrag dann eben flüssiggemacht und abzüglich eines Einschlusses für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): War das sozusagen eine Technik, die von Ihnen entwickelt wurde, oder von wo kam die?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Die war absolut üblich. Ich habe sie kennengelernt eigentlich durch die Tatsache, daß ich eben über die Pulp and Paper die ersten Dinge dieser Art abgewikkelt habe. Aber ich habe den Eindruck, daß das bekannt ist, daß das ...

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Sie haben das im Konzern schon übernommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Im Konzern nicht, nein. Im Konzern der AEG ist diese Art der Abwicklung neu gewesen. Aber für eine österreichische Firma ist diese Art der Abwicklung sicherlich nichts Außergewöhnliches. Ich bin Österreicher, ich habe halt in den Kreisen, in denen ich verkehre, gehört, daß das so geht, und ich habe diese Dinge eben, nachdem mir Dr. Aich immer wieder sagte, es ist sehr schwierig, wenn wir jetzt immer größere Aufträge machen werden und dieses Erfordernis größer wird, dann werde ich das auf diesem

Weg nimmermehr aus dem Konzern besorgen können. Gut, dann habe ich eben gesucht — man muß ja gar nicht suchen, das wird einem ja angeboten gewissermaßen, wenn die Umgebung weiß, daß man mit dieser Tätigkeit befaßt ist. Und dann war eben der erste Anknüpfungspunkt Dr. Ragosnik, der uns sehr unterstützt hat in diesem Zusammenhang.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Er hat Ihnen das angeboten?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das war so ja. Ich meine, ich weiß gar nicht mehr, aus welchem Gespräch das entstanden ist. Dr. Aich war ja unser Hauptgeschäftsführer und sozusagen der deutsche Herr, der einzige deutsche Herr ja im Vorstand, also in der Geschäftsführung, noch dazu eben der Generaldirektor. Also er war für uns der Angelpunkt, ohne ihn hätten wir ja gar nichts machen können. Durch seine Kontrolle ist ja letztlich auch alles gelaufen, über den Finanzvorstand wieder in der Rückmeldung.

Dann hat er gesagt, ja bitte, das ist ein Weg, richten Sie das ein, und dann ist es zuerst eben gelaufen über die fremde Gesellschaft. Aus dieser Abwicklung war sozusagen die Routine dann klar. Dann ist leider Herr Dr. Ragosnik aus seiner Funktion ausgeschieden, die uns damals, sagen wir, bis dahin jedenfalls sehr hilfreich war. Und dann haben wir eben einen neuen Weg gesucht, und da entstand dann die Frage überhaupt, das vielleicht bei uns direkt in der Hand zu haben, dadurch ist die PFG gegründet worden.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wie waren denn die Eigentumsverhältnisse in der PFG?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Je ein Drittel der Herr Dipl.-Ing. Schmidhuber, der Herr Haslauer und ich. Das war die Beteiligung.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Haben Sie dem Herrn Haslauer eine Weisung gegeben, sich an der PFG zu beteiligen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Der Herr Haslauer war dadurch, daß er der Hauptproblemträger für diese Provisionszahlungen war, der meist Involvierte. Es war für ihn selbstverständlich, daß Herr Haslauer mit in diese Gesellschaft kommt, weil er direkt befaßt war mit den Dingen und weil es eigentlich mit ihm besprochen werden sollte. Noch dazu war es ja so, also ich, bitte, wollte es auf keinen Fall allein machen, nicht, das war klar. Ich hatte ohnedies mit der Zeichnungsberechtigung dann einen wesentlichen Teil der Geldbeträge flüssigzumachen. Aber Schmidhuber hat sich damals angeboten aus seinen Kontakten auch zu Siemens heraus. Er hat persönliche gute Kontakte, er hat aber auch die Tesco *(phonetisch)* gehabt, er hat uns auch montagemäßig geholfen, auch in Ungarn Kontakte aufgebaut zur damaligen Zeit, es schien etwas attraktiver zu sein, als es dann geworden ist.

Aber diese Schaltung hat sich eigentlich auch aus der Selbstverständlichkeit der Problematik heraus ergeben. Wir wollten erstens sehen, daß wir mit dieser Aktivität jemanden haben, der außenstehend ist, damit er uns auch wieder unterstützt in dem Bereich, in dem er wirksam ist. Wir haben hier jeden Anknüpfungspunkt für die Akquisition gesucht. Der Haslauer war wegen der Hauptanforderung von seiner Sparte her mit involviert, und ich mußte als Geschäftsführer sowieso dabei sein. Dr. Aich hat uns ja dann auch zu Beginn diese Nummernkontoüberweisungen akzeptiert so quasi. Ich meine, wir haben ja diese Gesellschaft draußen gegründet, wir haben sie quasi auf eigenes Risiko gegründet, und es war eine Art pauschale Abgeltung bis zu einem gewissen Zeitpunkt. In der Berichterstattung war er ja verpflichtet, das in etwa auch zu deklarieren, in seinem Sinn.

Dann hieß es, so kann das nicht weitergehen, weil es werden auch diese Beträge relativ sehr hoch. Also eigentlich, muß ich sagen, da war keine große weder formale noch, sagen wir, besondere Entscheidung dahinter, das ist mitgelaufen. Diese Tätigkeit war, ich habe das schon bei der Frau Dr. Partik-Pablé einmal gesagt, der Mistkübel des Anlagengeschäftes, den man in einer Ecke stehen gehabt hat, und da hat man halt den Abfall hineingeschmissen, und heute steht der also hier im Zentrum auf dem Tisch. Man vergißt die ganze Umgebung und sagt, das ist also jetzt das. Zeigt mir, wie ist der Zettel und der Zettel da hineingekommen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wenn wir gleich bei diesem Bereich bleiben und jetzt speziell den AKH-Bereich noch versuchen, ein bißchen auszuleuchten. Können Sie uns diesen Geschäftsfall ein bißchen näher schildern, wo eben die Firma AEG als Subbeauftragter der Firma Siemens beschäftigt wurde mit einem Auftragsvolumen von 100 Millionen Schilling. Welche Rolle hat hier der Herr Sefcsik gespielt, welche Rolle hat der Ing. Schweitzer in diesem Zusammenhang gespielt?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Die Dinge haben, sagen wir, begonnen, als mir klar wurde, welche Bedeutung der AKH-Bau für uns, für die spätere Montagebeschäftigung haben wird. In meinen Augen — und wenn man sich heute die Dinge anschaut, sind die ja eine Bestätigung dafür — war das AKH ein Projekt, das sozusagen unsere Tätigkeit von der U-Bahn her ergänzen konnte und auch fortsetzen konnte, weil anzunehmen war, daß der AKH-Bau ja auch Jahrzehnte hindurch gehen wird, die U-Bahn eher einmal auslaufen wird. Das war

eigentlich der Aspekt, weswegen wir uns darum bemüht haben.

Ich hatte dann, nachdem klar war, daß Siemens durch seine, kann man auch sagen, jahrzehntelange Projektierung dort die Nummer eins war und auch so viele Vorleistungen erbracht hatte, daß es gar nicht mehr zu umgehen war, daß Siemens dort der Hauptauftragnehmer sein wird, nachdem sich abgezeichnet hat, daß Siemens dort den Gesamtauftrag sogar entgegennehmen wird, aber man gemunkelt hat, daß sie verpflichtet war, irgendwelche Subauftragnehmer zu beschäftigen, zuerst einmal ein Gespräch mit Herrn Zeleny gehabt, dem Vorgänger von Herrn Vogel. Und aus dem Gespräch heraus hat sich dann ergeben, daß er gesagt hat, in Ordnung, ich habe damals 15 Prozent, das war mein berühmter Marktanteil, angesprochen, Siemens, Herr Zeleny, hat gesagt, Sie spinnen ja, das bilden Sie sich immer ein und machen Sie sich keine Hoffnungen. Er hat mir sieben zugesagt und er hat mir letztlich eine Absichtserklärung über ungefähr 5 Prozent, so was, gegeben, es waren 45 Millionen. Eine erste Absichtserklärung stand ganz reell und konkret, veranlaßt vom Vorstand Siemens auf Grund meiner Gespräche, über 45 Millionen Schilling. Ich weiß jetzt den Zeitpunkt nicht genau, aber das ist auch in den Protokollen schon fixiert.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Darf ich nur gleich fragen: Aus welchem Grund wurde diese Absichtserklärung gegeben, war da irgendein politischer Druck dahinter, daß man sagt, wir müssen auch beschäftigt werden, oder war das sozusagen innerhalb einer ...

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Bei 1,8 Milliarden Auftragsvolumen kann Siemens allein den Brocken auch nicht schlucken.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ich meine, sie hätten das gar nicht durchführen können, Siemens.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Irgendwie hätten sie es durchgeführt, denn Siemens hätte es mit Klug gemacht, mit allen möglichen, vor allem auch mit der Elin, die auch beteiligt ist, und natürlich auch die BBC. Sie dürfen nicht vergessen, diese drei alten Firmen, Siemens, BBC und Elin, sind ja zum Beispiel bei der Bahn in einer Arbeitsgemeinschaft verbunden. Also sie haben laufend Gespräche miteinander. Diese drei Firmen sind auch dadurch, daß sie im Anlagenbau immer wieder in Konkurrenz treten, auch sonst ständig in einer Art Kontakt.

Wir sind zum Teil Außenseiter gewesen. Aber wir konnten zum damaligen Zeitpunkt auf Grund doch immerhin einer Montagemannschaft von über 300 Beschäftigten in diesem Bereich sie auch sehr, sehr stören und ihnen sehr unangenehm werden.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Was soll der Vorteil für Siemens sein, Ihnen einen Subauftrag zu geben?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Uns etwas vom Leibe zu halten, uns einen Auftragsanteil zu geben, damit die AEG ... Schauen Sie, ich war auch lästig. Ich habe dem Herrn Zeleny klipp und klar gesagt, wenn Sie uns nicht hier eine Beteiligung ermöglichen, und meine Vorstellung geht in die und die Richtung, dann muß ich mir etwas anderes einfallen lassen, dann muß ich unter Umständen am Lokomotivsektor oder irgendwo den Markt an mich reißen, was nur über einen extremen Preiskampf geht, was natürlich uns nicht recht war, aber schon gar nicht den etablierten drei anderen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Sozusagen man hat sich Ihr Wohlverhalten, Ihr ökonomisches Wohlverhalten erkauft!

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Wenn Sie so wollen, so ist es. Also unser Markt-Wohlverhalten ja, aber immerhin, man hat uns in einem Sektor beruhigt. Daß die drei allein das AKH abgewikkelt hätten zum damaligen Zeitpunkt, das wäre, glaube ich, schon ein Affront gegenüber der AEG gewesen bei diesem Auftragsvolumen, das da zur Diskussion stand.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Aber es waren ökonomische Überlegungen dahintergestanden?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja.

Abg. Dr. **Nowotny:** (SPÖ): Wissen Sie etwas von politischen Einflüssen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein. Absolut nichts. Und ich glaube, daß bei der Größenordnung auch ... Ich meine, bitte, wenn Sie so wollen, ich habe natürlich darauf gebaut, daß die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien beteiligt ist an der AEG, mit einer garantierten Dividende auch für diese Beteiligung ja Jahr für Jahr entlohnt wird sozusagen. Also ein langfristiger Kredit, der von der Zentralsparkasse eingebracht wird in die österreichische AEG-Telefunken. Natürlich hatten wir da also auch einen Stand auf diesem Gebiet in der Gemeinde Wien. Das war ja auch damals der Ausgangspunkt, daß uns ursprünglich einmal die U-Bahn-Aufträge zukamen oder mit uns so verhandelt wurde, daß eine Möglichkeit bestand, daß wir in die U-Bahn-Aufträge Eingang gefunden hatten.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Also unmittelbar waren das ökonomische Marktüberlegungen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Unmittelbar waren das ökonomische Überlegungen bei Siemens, ich kann mir das nicht anders vorstellen.

Natürlich hat man das respektiert, daß wir in der Gemeinde Wien über die Beteiligung der Zentralsparkasse echt verankert sind. Arbeitsplätze, Konten bei der Zentralsparkasse, Geschäftsbank und so weiter. Und die Zentralsparkasse hat uns auch sicherlich in diesem Sinne unterstützt, weil sie interessiert war an ihren Industriebeteiligungen, wo wir die einzig große waren. Bis auf Nixdorf dann, aber das ist ja unbedeutend im Vergleich zur AEG, auch in Österreich.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Und jetzt in diesem Gesamtbereich: AKH. Inwieweit gab es hier sozusagen jetzt, wenn Sie das gesamt sehen von Ihrem Bereich, Schmiergeldzahlungen, Scheinaufträge in dieser Kategorie?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Darf ich hiezu fortsetzen, wie sich die Dinge dann weiterentwikkelt haben. Mir waren die 45 Millionen, das muß ich offen sagen, zuwenig. Aber bei Zeleny hatte ich keine weitere Zusage zu erwarten, und das haben wir eben in unserem Kreis besprochen. Und der Herr Haslauer, der ja immer irgendwo einen vifen Weg gewußt hat und Kontakte hatte eine Menge schon durch seine Tätigkeit im Installationsbereich, hat mich dann eines Tages angesprochen und nur gesagt, er wüßte einen Weg, wo wir noch einmal 100 Millionen Absichtserklärung erwarten können. Das waren ja beides nur Absichtserklärungen zum damaligen Zeitpunkt, als Aufstockung auf die 45 Millionen. Na gut, habe ich gesagt, prima. Wie soll das funktionieren? Und er hat mir dann rein geschäftlich diesen Vorgang vorgetragen. Er hat gesagt, das ist der Aufwand, das hat etwas meine Entrüstung hervorgerufen aufs erste, ich habe ein bisserl versucht, mich zu wehren, aber da gibt es das entweder so oder nicht, und dann ist es eben dieser Betrag gewesen.

Abg. Dr. **Nowotny:** Sie meinen diese 5 Prozent.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Diese 5 Prozent. Ja. Oder das war sogar dann konkret eben der Betrag. Es waren nicht ganz 5, es waren 4,8 tatsächlich.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Wie hat sich denn das im Detail abgewickelt?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Also, ich habe es mir auch erst wieder rekonstruieren müssen. Es war eine recht komplizierte Angelegenheit, das Ganze. Aber im Grunde ist es so gelaufen, daß aus einem Anzahlungsbetrag, den Knoblich, ich glaube, damals von Siemens, für die Subauftragstätigkeit gegenüber Siemens erhalten hat — aber es war ja noch keine Arbeit in Sicht —, im Auftrag Siemens eben die 5 Millionen etwa als runde Summe jetzt, als Anzahlung an die Österreichische AEG-Telefunken gegangen sind, im Hinblick darauf, daß wir die Absichtserklärung für die Abwicklung eines 100-Millionen-Auftrages bekommen sollen. Die AEG mußte dafür eine Bankgarantie aufstellen. Die wurde später nach meinem Ausscheiden erneuert, wurde ja auch die Absichtserklärung neu formuliert oder der Anspruch auf die Absichtserklärung seitens der AEG neu formuliert. Also es standen sich einmal die Anzahlung von Knoblich im Auftrag Siemens bei der Österreichischen AEG-Telefunken und die Bankgarantie der Österreichischen AEG über die Zentralsparkasse gegenüber Knoblich gegenüber.

Wir haben die Anzahlung, wenn ich so sagen darf, widmungsgemäß verwendet, entschuldigen Sie mir ein bisserl die sehr drastische Bemerkung, das heißt, wir haben daraus einen Vorgang wie geschildert zu unserer Gesellschaft eingeleitet und haben dann diesen Betrag flüssiggemacht. Das war damals ein großer Betrag, das ging über Mittelsmänner, über Aich.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Über die PFG ist das gegangen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Über die PFG ist es gegangen. Das war der spätere Zeitpunkt, das war eben schon die Planungsgesellschaft für Gebäudetechnik, die PFG.

Diesen Betrag hatten wir dann zur Verfügung, der Betrag wurde dann von Herrn Haslauer dem Herrn Sefcsik überbracht, und ich bin damals zu der Besprechung leider zu spät oder bitte, Gott sei Dank, zu spät gekommen, der Vorgang war an sich schon abgewickelt. Ich erhielt die Bestätigung, daß das alles erledigt wäre, und wir erhielten die Absichtserklärung für den 100-Millionen-Schilling-Auftrag. Das ist der Kern dieses Vorganges gewesen, wenn ich so sagen darf.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Hatten Sie das Gefühl, daß diese 5 Millionen an den Herrn Sefcsik für ihn persönlich bestimmt waren oder daß das wieder irgendwohin ...

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das hat mich die Frau Doktor Partik-Pablé ein paarmal gefragt: Haben Sie den Eindruck gehabt, daß diese Gelder, die Sie da gezahlt haben oder die von Ihren Mitarbeitern gezahlt wurden, daß die zum persönlichen Nutzen des Betreffenden waren oder an seine Firma zurückgegeben wurden in irgendeiner Weise. Und Sie fragen mich jetzt, hat Sefcsik Hintermänner oder ähnliches gehabt. Haslauer hat diesen Vorgang in seinem Kontakt mit Sefcsik und mit Schweitzer sicherlich eingeleitet. Das war mir klar. Auf der anderen Seite hat mich der Hintergrund, wohin dieses Geld sich bewegen wird, nicht interessiert, im

Grunde. Mich hat der 100-Millionen-Schilling-Auftrag, die Beteiligung an dem AKH-Projekt interessiert. Ich bin diesen Dingen auch nie nachgegangen, weil ja ohnedies man Sorgen genug hat als dieses Privatinteresse meinerseits sozusagen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Zur Sache könnten Sie nichts angeben?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein. Ich sage nur, der Hintergrund ist mir klar in irgendeiner Form, es waren Mück und Schweitzer, die natürlich damals auch schon mit Sefcsik den Kontakt hatten und die ja, das war einem klar, in diesem Projekt bestimmend sind. Aber wie das mit dem Geld vereinbart war, hat mich nicht interessiert im Grunde.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Was war die Rolle vom Ing. Schweitzer in dieser Situation?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das war der Macher bei Siemens im Installationsgeschäft, wenn Sie so wollen. Und bitte, irgendwie hatte er auch — aber das war mir nicht bekannt, muß ich sagen, das ist mir erst jetzt durch die ganzen Presseveröffentlichungen irgendwie bewußt geworden — diesen Kontakt mit Winter. Das ist mir nicht bekannt gewesen, damals. Das muß ich ehrlich sagen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das war Ihnen zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nicht bekannt. Da war ich selber überrascht, daß das Schulkollegen waren und das mit gemeinsamen Dingen, das war mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Und daß Sie sozusagen von Ihnen aus Zahlungen an Schweitzer ...

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein. Überhaupt nicht. Ich meine, das wäre ja eine Sache gewesen. Sefcsik erschien uns als Geschäftspartner, als Vermittler für dieses Geschäft absolut in Ordnung im Grunde. Sie werden jetzt sagen das ist, ich weiß nicht. Ich muß auch heute noch sagen, wenn ich mich zurückversetze in den damaligen Zeitpunkt, ist es für mich nicht ein Fall: Also wenn ich heute wieder vor die Situation gestellt würde unter denselben Voraussetzungen, ich wüßte nicht, was ich täte, Herr Abgeordneter. Wirklich. Ich würde gern vermeiden, wieder einer solchen Befragung ausgesetzt zu sein. Es ist meine zehnte in dem Zusammenhang; es ist mir immer unangenehm, vor allem, wo ich heute in einer ganz anderen Materie tätig bin und mich ja da nur zwangsläufig zurückerinnere.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Eine letzte Frage, Herr Doktor. Was wissen Sie über Parteienfinanzierung in dem Zusammenhang? Gibt es irgendwelche Anhaltspunkte, wo Sie sagen können, es hat hier irgendeine Parteienfinanzierung stattgefunden.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Wir haben bei der AEG öfter Erfordernisse gehabt über zum Beispiel Vereinsbeiträge oder Zeitungsinserate, die ein bisserl höher dotiert waren und ähnliches, sagen wir Dinge, die vielleicht in diese Richtung gehen können, zu tun. Ich meine, es hat Zeitschriften gegeben, wo man den Eindruck hatte, wenn man da mitfinanziert, macht man Leuten eine Freude, die man eigentlich gar nicht kennt. Aber es waren prachtvolle Zeitschriften, zum Teil habe ich selber dann darin geschrieben. Es war mir nur ein Mann bekannt, der da aufgetaucht ist, und damit war die Sache für mich auch erledigt. Daß das eine Parteienfinanzierung dann gewesen ist oder vielleicht nur sagen wir also einer bestimmten politischen Richtung zugehörige, aber in einer Funktion irgendeiner Gesellschaft tätige maßgebliche Herren waren, ...

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Jetzt von Inseraten abgesehen. Irgendwelche direktere Formen von Parteifinanzierungen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein. Wüßte ich nicht. Auch nicht im Rahmen der AEG selbst. Bitte, ich kann für das Konsumgütergeschäft jetzt sprechen in dem Sinne, aber im anderen Geschäft wüßte ich nicht, daß direkte Parteienfinzierungen irgendwo ... Ich meine, wir haben einen Beitrag natürlich auch an den Industriellenverband gezahlt. Was der mit dem Geld gemacht hat, ob er selber verwendet hat oder sonst irgendwie, das weiß ich nicht, aber das war selbstverständlich.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das würden wir zwar auch gerne wissen, aber dürfen wir nicht wissen.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das waren die Dinge, die wir als Firma gemacht haben. Eine direkte Finanzierung hinsichtlich einer Parteistelle oder sowas ist mir nicht bekannt, und habe ich auch selber keine Verpflichtung gehabt, da irgend etwas zu tun.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Gut, vielen Dank, Herr Dr. Fürnsinn!

Obmann Dr. **Steger:** Eine Zusatzfrage vom Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben von Ihrem Beitrag an die Industriellenvereinigung gesprochen. Ist das ein satzungsgemäßer Beitrag gewesen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, absolut!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nicht darüber hinausgehend?

Dipl.-Ing. **Fürnsinn:** Nein, das war ein Beitrag, den hat übrigens noch mein Onkel damals festgelegt gehabt, der ja auch einmal Geschäftsführer bei der AEG war. Damals war auch meine Bekanntschaft mit Herrn Dr. Igler da, und es war selbstverständlich und es war im Rahmen — ich weiß jetzt nicht — da war, wir hatten einen relativ höheren Beitrag als Unternehmen uns bereiterklärt zu zahlen, das war absolut freiwillig von unserer Seite aus und im Rahmen der Statuten, die der Industriellenverband hat. Ich sage ja, ich wüßte nicht, was da irgendwie an der Sache zu bezweifeln oder zu kritisieren wäre.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und zu der Passage mit der Zentralsparkasse: Habe ich Sie richtig verstanden: Sie haben sich von dem wirtschaftlichen Engagement der „Z" bei Ihnen davon erwartet, daß eine gewisse Unterstützung bei Aufträgen der Gemeinde Wien erfolgt.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Natürlich, das ist richtig! Ja! Es war ja auch eine Imagefrage, nicht! Ich meine, die Hausbank, Herr Abgeordneter, ist immer eine Basis, von der man ausgeht in der Akquisition. Natürlich hatte ich auch mit Herrn Dr. Mantler Gespräche, und auch mit Herrn Haiden *(phonetisch)* und habe natürlich versucht; auf der anderen Seite haben mir die Herren natürlich auch entgegengehalten, lieber Herr Dr. Fürnsinn, viel können wir für Sie nicht machen, die anderen haben bei uns auch ihre Geschäftskonten, nicht! Aber in Gesellschaft werden wir schon einmal darauf hinweisen, daß wir auch gerne hätten, daß man die AEG nicht ganz auf der Seite läßt, sondern daß man ihr einmal auch eben im Rahmen des Möglichen einen Auftrag gibt. Aber eine deutliche, echte Unterstützung in dem Sinn, die hat man eigentlich auch da nicht bekommen können! Wie gesagt, eine Hintergrund-Erhellung, um einen Akquisitionsvorsprung zu haben!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, daß ab 1975, so Mitte der siebziger Jahre, es begonnen hat, mit diesen Provisionszahlungen, Schmiergeldzahlungen!

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Es war schon früher!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann hat es begonnen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Am Anfang war meine Tätigkeit relativ in kleinem Rahmen; da waren es kleine Beträge, die aus dem Konto Meier-Fundus bei uns herbeigeschafft wurden; ich möchte sagen ab 1973, glaube ich, habe ich aber dann schon diese Kontakte, das war schon die Pulp und Paper mit Dr. Ragossnig, 1974 war der Haslauer Installationsabteilungsleiter, da war das dann, sagen wir, ernster, die Größenordnungen auch etwas umfangreicher, weil ja das dem Baugewerbe sehr nahestehende Arbeitsgebiete sind, und ich glaube 1976 — ja, der große Vorgang war dann 1976 —, das kann ich nicht sagen!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann man dazu sagen, daß im Laufe der siebziger Jahre hier eine Veränderung in die Geschäftspraktik hineingetreten ist, indem man im Laufe der siebziger Jahre beginnen mußte, im zunehmenden Maße solche Zahlungen zu leisten?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Es ist so, daß ich das wenig vergleichen kann. Die Jahre vorher sind mir kein Begriff. Ich bin hineingewachsen in dieses Geschäft, noch dazu als Techniker, also in den Wust hineingeraten. Für mich war das eine der Akquisitionswaffen sozusagen, um hier eben erfolgreich sein zu können! Aber es hat sich für uns auch deshalb immer eskaliert, weil, da die Aufträge als Einzelaufträge wesentlich umfangreicher wurden, wir damit natürlich viel mehr ins Zentrum des Interesses der größeren Auftraggeber gerückt sind, und ich glaube, es liegt einfach darin, daß wir mehr, sozusagen, in den Kern der relevanten Gesellschaften vorgestoßen sind, und damit die Dinge für uns größer und umfangreicher geworden sind. Ich weiß nicht, ob sich der Stil verändert hat, denn aus Erzählungen weiß ich, daß in den sechziger Jahren die Dinge — ich kenne es nicht aus dem Anlagengeschäft, aber aus anderen Bereichen — auch gelaufen sind. Bitte, vielleicht waren die Beträge damals kleiner, aber man hat es relativ mit leichter Hand gemacht!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem wissen Sie das?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Mein Herr Papa war damals tätig, und ich habe mit ihm ja auch viel diskutiert über diese Dinge!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von Ihrem Vater haben Sie also diese Geschäftspraktiken erfahren?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, die Praktiken, die damals für den Konsumgütersektor gültig waren!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und am Anlagensektor?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, den Anlagensektor kenne ich nur in dieser Hinsicht — das erzählt ja niemand von der Konkurrenz oder von anderen Bereichen, das sind ja zumindest Firmengeheimnisse, nicht wahr, die man nach außen nicht ausplaudert — durch meine Tätigkeit bei der AEG. Da kann ich keinen Vergleich mit jemand anderem ziehen, das ist eine Gefühlssache, aber da kann ich nichts Konkretes sagen!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Ihr Vater hat das sicher nicht über Liechtenstein abgewikkelt?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein, nein!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem haben Sie dann erfahren die Geschichten mit Liechtenstein. Sie haben gesagt, das ist üblich, alle Firmen haben sich damit beschäftigt. Ich kenne Firmen, die sagen, wir beschäftigen uns nicht mit dieser Sache.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das wird es auch geben, sicher!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von welchen Firmen wissen Sie dann. Vor allem von Firmen, die am AKH beteiligt sind?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein, nein, ich sagte ja, meine Kenntnis dieser Dinge stammt eigentlich durch den persönlichen Kontakt mit dem Herrn Dr. Ragossnig! Von daher ist es ausgegangen. Nur habe ich den Eindruck, auch aus seinen Erzählungen, es sind ja an seiner Gesellschaft eine Menge Leute beteiligt offensichtlich, nicht nur er, zumindest hat er mir das immer so dargestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer ist an dieser „Pulp and Paper" beteiligt?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, das weiß ich nicht, wer es im konkreten, im einzelnen ist, nur sagte mir damals der Herr Dr. Ragossnig, daß es also aus derselben Branche, aus demselben Bereich, also aus der Papier- und Zellstoffindustrie Bekannte von ihm wären, eben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war Verwaltungsrat bei „Pulp and Paper"?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Der Herr Dr. Kaicher *(phonetisch)* soviel ich weiß! Der Dr. Kaicher. Jedenfalls war der der Mann, mit dem mich Herr Dr. Ragossnig bekannt gemacht hat!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und in Liechtenstein Verwaltungsrat?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, das meinte ich, der liechtensteinische Verwaltungsrat!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also, Sie sind nach Liechtenstein gegangen, haben sich dort eine Firma gesucht, und haben den Dr. Ragossnig gefunden!

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das war in Wien, das war in Österreich!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie an Dr. Kaicher gekommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Durch die Bekanntschaft mit Herrn Dr. Ragossnig, er hat mich dort vorgestellt!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie sind Sie zu Dr. Ragossnig gekommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Also, das war ursprünglich eine Bekanntschaft, die aus der geschäftlichen Situation, daß wir Turbinen verhandelt haben mit der Frantschacher Papierfabrik, entstanden ist. Das heißt, eigentlich hat er mich kennengelernt, muß ich sagen, durch die Verhandlungen, die wir mit ihm geführt haben wegen Aufträgen in Frantschach, und man kommt dann eben auch privat zusammen und man lernt sich etwas näher kennen. Ich meine, da spricht man eben über die Probleme, die man hat, und da ist dieses Angebot dann entstanden, das war sehr selbstverständlich, möchte ich sagen!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie von anderen Seiten auch solche Angebote bekommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das war dann eben Schmidhuber zum Beispiel! Im Nachhang, nach Dr. Ragossnig!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und weitere Angebote?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das wüßte ich jetzt nicht konkret zu sagen. Ich meine, Angebote in dem Sinn, daß es mir jemand angetragen hätte, das könnte ich nicht sagen!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Irgendwie empfohlen, wenn es nicht angeboten ist? In Aussicht gestellt? Solche Geschäfte zu machen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein! Nein!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wollen das nicht sagen!

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein, Sie fragen mich jetzt. Ich überlege, ob ich irgend jemand im Bekanntenkreis wirklich habe, von dem ich das ernstlich sagen könnte. Man spricht leicht über Dinge manchmal im gesellschaftlichen Rahmen. Bei diesen beiden Kontakten hat es sich konkretisiert, da war es eben ein echtes Angebot, sozusagen die Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, eigentlich in beiden Fällen zur Verfügung zu stellen!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben vorhin nämlich so eine Äußerung gemacht, daß es üblich war, daß es bekannt war, daß es überall erzählt worden ist, daß solche Geschäftspraktiken ... jetzt sind Sie sehr zögernd und sehr zurückhaltend!

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Herr Abgeordneter, ich darf da vielleicht folgendes dazu sagen. Ich wußte damals nicht, daß es eine Geproma und, ich weiß nicht, wie die andere Gesellschaft geheißen hat, die Plantech und ähnliche gegeben hat, aber die Tatsache, daß die Gesellschaf-

ten existieren, die zeigt doch, daß hier das keine Ausnahme ist!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt sicherlich doch andere Firmen, vielleicht könnten Sie uns eine oder andere ...

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein, also ganz ehrlich. Ich wüßte jetzt nicht konkret den Namen einer dieser Firmen. Vielleicht habe ich es auch vergessen in der Zwischenzeit! Damals, glaube ich, ich weiß nicht, wird mir in Liechtenstein vielleicht die eine oder andere bekanntgewesen sein, aber ich habe ja die Gesellschaft seit praktisch — wann war das, wie wir sie liquidiert haben?, ich glaube Ende 1978 oder sowas, das dauert dann immer ein Jahr lang, nach meinem Ausscheiden aus der AEG — nicht mehr gebraucht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Beziehungen hatten Sie zu Dr. Marxer?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Dr. Marxer war Verwaltungsrat der PFG. Dr. Marxer war Verwaltungsrat zumindest des ersten Teilabschnitts der PFG!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum ist er ausgeschieden?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Warten Sie, was war damals der Grund? Irgendwie war es dann im Interesse, glaube ich, beider Seiten sogar, daß Marxer uns das Büro Hilti angeboten hat, um die Gesellschaft dorthin zu übertragen!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit welcher Begründung?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Er hat damals, ich meine, der Herr Dr. Marxer hat uns damals angedeutet, daß es ihm recht wäre, ich weiß nicht, war das auch eine Klärung oder Bereinigung seiner eigenen Aktivitäten, daß er uns einen ehemaligen Mitarbeiter, der in seinem Büro bekannt war, eigentlich zur Führung dieser Gesellschaft anvertraut hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann es sein, daß er mit den Geschäftspraktiken nicht einverstanden war?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ich weiß es nicht! Das weiß ich nicht, muß ich ehrlich sagen, Herr Abgeordneter! Die Gespräche mit den Liechtensteiner Herren waren meistens relativ kurz, und ich meine, natürlich, als dann die Diskussion war, wie sollte man die Dinge weiterführen, weil er mir gesagt hat, es wäre ihm recht, wenn der das machen würde, nun, mit dem Angebot war die Sache für mich eigentlich auch erledigt!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als es um diese 5-Millionen-Schilling-Transferierung ging, haben Sie das einer Dame und einem Herrn übergeben, in Liechtenstein?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja! Mittelsleuten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen diese Personen nicht? Herr Haslauer meint, daß sie Ihnen bekanntgewesen seien?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein, das waren ja Leute, die mir ganz fremd waren. Woher sollte ich die kennen. Das müssen Schweizer oder sowas gewesen sein. Also ich wußte nur, daß Dr. Aich sie bereitgestellt hatte, damals beim Hotel Real haben wir die getroffen und haben ihnen das übergeben, diesen Betrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können nicht sagen, aus welcher Richtung die gekommen sind?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Dr. Aich hat die irgendwie zur Verfügung gestellt!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat die Gelder in Wien immer übernommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Die kleinen Beträge habe ich ja selber mitgebracht und dann weitergegeben, und die größeren Beträge hat Herr Dr. Aich offensichtlich übernommen, denn er hat sie mir übergeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, daß Sie sich immer bemüht haben um AKH-Aufträge. Sie sind nie zum Zuge gekommen, Sie hatten keine Chancen. Bei wem haben Sie sich vor allem bemüht?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Es ist schwer gewesen herauszukriegen, wo man wirklich anknüpfen kann. Bevor die AKPE bestanden hat, haben wir es mit diesen verschiedenen Gremien versucht — ich weiß die Namen heute nicht mehr. Im alten AKH war da irgendein Pavillon und da bin ich hingegangen. Da war ein Büro, da war jemand, mit dem man darüber sprechen konnte. Und so, ich meine, man hat es an verschiedenen Stellen versucht, eine einzig und allein entscheidungsberechtigte Stelle war ja nicht vorhanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum hatten Sie den Eindruck, daß man hier keine Chancen hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** ... Wenn Sie einen Auftrag verfolgen und man merkt, daß auf der Gegenseite Interesse besteht, zumindest von der AEG im konkreten Fall ein Angebot zu bekommen, das man ernsthaft prüfen will, dann spürt man ja, daß man von dieser Stelle, die man zuerst einmal anspricht, eben zu einer anderen kommt, die vielleicht schon eine größere Entscheidungsgewalt oder Befugnis hat, und man sieht dann zum Schluß, daß man mit

jemand verhandelt, bei dem man merkt, das ist der Auftraggeber voraussichtlich oder mit dem kann man über den Auftrag konkret sprechen. Soweit bin ich beim AKH vor der Gründung der AKPE überhaupt nicht gekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und nach Gründung der AKPE?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Habe ich dann Gespräche versucht mit Herrn Winter, weil der der Jahrgang meines Bruders wieder war und da ein gewisser persönlicher Kontakt bestanden hat. Wir haben uns dann einmal zu dritt getroffen, da habe ich Herrn Winter angesprochen, und er hat mich auch nie konkret — sagen wir — mit ihm darüber ein Gespräch führen lassen, also daß wir konkret von ihm zu einer Angebotslegung oder ähnliches aufgefordert worden wären. Vielleicht war von ihm eine Reaktion, daß er eben diese Subaufträge — das weiß ich aber nicht — dann angeregt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat man den Eindruck gehabt, daß die Auftragsvergaben jetzt nicht vorbestimmt, aber daß man schon sehr genau wußte im Bereich des AKH — vorher oder nachher, ganz gleichgültig —, wer Aufträge bekommen sollte?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Bitte, ich kann es nur aus der Installationstechnik her konkret sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, nur.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Bitte, da möchte ich ganz klar sagen, wir hatten zuerst gedacht, daß BBC mit Siemens eine Arbeitsgemeinschaft bilden wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war ja auch der Fall.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja. Daß die den Auftrag gemeinsam bekommen würden. Wir waren dann etwas überrascht, daß Siemens allein Auftragnehmer war, mit den beiden in einer etwas niedrigeren Rangstufe sozusagen, denn die BBC und die Elin waren ja dann nicht gleichberechtigte Mitglieder einer ARGE, sondern Siemens hat den gesamten Auftrag entgegengenommen. Ich glaube, das ist ja so richtig.

Abg. Dr. **Feurstein:** Ja, das ist richtig.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Und es war uns klar, daß Siemens dort die dominierende Rolle spielt, denn Siemens hat ja die ganze Planung — ich glaube mit vier Leuten — über ein Jahrzehnt hindurch für den Installationssektor betrieben, und es war uns auch klar, daß wir nie in diesem Rahmen dort Aufträge bekommen könnten als AEG, nachdem wir diese Vorleistung nicht erbracht hatten. Ja, das ist dazu zu sagen. Es war uns klar, daß entweder diese Arbeitsgemeinschaft oder Siemens dort den Auftrag bekommen werden. Daß das so geschaltet ist oder so geordnet ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann müßte man eigentlich sagen, daß keine normale Ausschreibungs- und Angebotsbedingungen herrschten, wie sie auf einem freien Markt üblich sind.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Wissen Sie, wir haben ja auch eine Ausschreibung bekommen. Aber wie wollen Sie, wenn Sie zum Beispiel — ich weiß nicht, wie lange der Zeitraum damals war, aber jedenfalls war er relativ so kurz für ein Paket Ausschreibung dieser Dicke, als daß wir in der Lage gewesen wären, als Newcomer sozusagen für dieses Projekt auch nur annähernd korrekt anzubieten. Und diese Methode übrigens, dieses Heraushalten, jetzt speziell geliebter Auftragnehmer, ist ja kein Ausnahmefall.

Also daß man eine Ausschreibung bekommt, die unter Umständen auch undurchsichtig ein bisserl ist, in manchen Posten zumindest, oder eben so umfangreich ist, daß man sie einfach nicht behandeln kann in der Kürze der Zeit, die Ausschreibungsfrist zu kurz gesetzt ist, das ist uns ja nicht einmal passiert. Das war beim AKH auch so, soweit ich mich zurückerinnern kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Versucht man also auf diese Art und Weise durch die Gestaltung der Ausschreibungsbedingungen unliebsame Angebotsleger auszuschalten?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann man das sagen beim AKH?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das, glaube ich, kann man sagen. Das hat ... Bitte, wie gesagt, ich kenne nur den sicherlich nicht so umfangreichen Teil aus der Installationstechnik.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Beim AKH?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Soweit ich mich erinnern kann, war das dort auch so. Aber wie gesagt, das war kein Ausnahmefall, das war nicht nur beim AKH so.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo war das noch mehr?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja. Haben Sie Herrn Haslauer dazu befragt, der müßte ja aus seiner Erfahrung wesentlich mehr in dem Zusammenhang wissen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, Sie fragen mich, ich weiß schon. Ich meine, ich kann mich nicht

mehr konkret erinnern, wo uns das noch passiert ist, bei welchen Ausschreibungen speziell. Aber ich weiß, daß es mehrfach passiert ist in der damaligen Zeit. Ich habe die Ausschreibungen gerade über den Tisch gekriegt und weitergegeben und war meistens recht bedrückt, wenn mir mein Mitarbeiter gesagt hat, wie stellen Sie sich denn das vor, Herr Dr. Fürnsinn, da sollen wir jetzt in zwei Wochen die Ausschreibung machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie werden mir jetzt die Frage nicht beantworten ...

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Übrigens auch im Exportgeschäft war das nicht unüblich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie werden mir jetzt die Frage nicht beantworten, aber bei der Stadt Wien könnte man sagen, im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau war für die AEG eine umgekehrte Situation?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Bitte, wir haben uns bei der U-Bahn sicherlich leichter getan. Wesentlich leichter als beim AKH. Wir haben dort auch Aufträge bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da waren die Kontakte der „Z" maßgebend.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Sie waren ein Hintergrund sicherlich, daß wir in diesem Bereich der Gemeinde Wien Aufträge realisieren konnten, sicherlich. Aber bitte, ich möchte eines dazu vielleicht sagen. Ich meine, die Herrschaften von der Vergabeseite bei der U-Bahn haben uns ja auch kennengelernt. Warum sollte man einem Auftragnehmer, der seine Sache immerhin so nicht schlecht hat in der Abwicklung, nicht wieder primär heranziehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war es beim Bund? Bautenministerium?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, wir haben verschiedene ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sicherlich Hochbauten ...

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Vom Bund her — Moment —, wir haben also für die BGV gearbeitet, da hat Herr Haslauer dann sehr gute Kontakte entwickelt gehabt, und wir haben Aufträge dort bekommen, nach langen Anstrengungen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War dort ein anderes System?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Bitte, wenn Sie mich heute so fragen, ich habe schon den Eindruck, daß dort irgend etwas war, aber wie gesagt ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß es korrekter war?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Bei der BGV?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Glaube ich nicht, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht korrekter?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welche Richtung ging es dort? Wer wurde dort bevorzugt, bei der BGV?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, auch die anderen großen Firmen, speziell die, die ja schon länger da waren als wir. Denen hat man sicherlich mehr Vertrauen in jeglicher Richtung entgegengebracht als uns, die wir uns eben als Neulinge bemüht haben auf dem Gebiet.

Das war die BGV. Aber für mich ist es deswegen schwer, Herr Abgeordneter. Ich bin schon zweimal jetzt hineingerauscht. Ich habe Namen genannt, wo mir dann sogar ein Mitarbeiter gesagt hat, Herr Dr. Fürnsinn, Sie haben damals gesprochen über den, das ist schon richtig, aber glauben Sie mir, der hat nichts bekommen.

Zum Beispiel war dieses Büro Jakubec im Gespräch. Da hat Herr Haslauer noch einmal mich so angesprochen, daß ich glauben mußte, daß das stimmt, was er mir jetzt ..., daß der Herr Gerold nichts bekommen hat zum Beispiel. Und das ist so schwer, wissen Sie. Wir haben damals gesprochen, wir haben ja auch gesprochen über die Sachbearbeitung, über die Bauleitung, wir mußten ja alle Stufen durchgehen. Und heute höre ich Namen und höre dann womöglich in der Gesellschaft hinten herum, wie kommen Sie denn dazu, den zu nennen, nicht?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es geht ja nur darum festzustellen, wer bevorzugt worden ist, warum sie bevorzugt worden sind.

Wir stellen jetzt fest, die Firma Siemens hatte eindeutig einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Anbietern beim AKH.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, das steht außer Zweifel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Außer Zweifel. ... Es wurde das letzte Mal diskutiert, daß nun bei den Subaufträgen bei der Firma Siemens der Sefcsik eine Schlüsselposition hatte, so ähnlich wie der Dr. Wilfling in einem anderen Bereich und wie Dr. Bauer auch wieder in einem anderen Bereich.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist der Herr Sefcsik zu dieser Position gekommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, Sefcsik. Kennen Sie ihn? Sie kennen ihn persönlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, wir haben ihn persönlich hier gehabt.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Sefcsik ist ein — bitte, darf ich das etwas extrem ausdrücken — vitales Urvieh. Sefcsik ist ein Mann, der alles zusammenzureißen versteht, unter Umständen. Sie sind mir nicht böse, daß ich das sage. Sie kennen ihn vielleicht auch unterdessen. Sefcsik ist ein Mann, das halten Sie nicht für möglich, der den ganzen Tag, ab 10 Uhr vormittag und die ganze Nacht hindurch, ununterbrochen saufen kann. Und am nächsten Tag geht er Tennis spielen in der Früh. Der bringt das zusammen. Das müssen Sie einmal können. Und der Sefcsik hat in der Weise Kontakte gehabt, bis hinauf zum Generaldirektor Kienzl letztlich. Ich meine, mit allen hat er gesprochen, mit allen hat er sich zusammengesoffen, mit dem einfachsten Installateur und mit dem prominentesten Politiker.

Ich habe ihn einmal bei Tagungen miterlebt. Der war der Prototyp des österreichischen Unternehmers in seiner Art, sich bemerkbar zu machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Prototyp nicht.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Dort, bei der Tagung zumindest. Sie würden ja ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie meinen ein Auswuchs einer Sumpfblüte.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, aber er hat es damals verstanden, sagen wir, auch so aufzutreten, daß durchaus die Vitalität sich mit einer gewissen intellektuellen Verhaltensweise gepaart hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und kann man sagen, daß er sich diese Stellung, ganz gleichgültig, wie er sich diese erworben hat, durch welche Mittel, auch im Hinblick, im Zusammenhang gegenüber den Politikern erworben hat, das heißt, bei einzelnen Politikern diesen starken Einfluß hatte, nicht nur bei Kienzl und bei anderen Herren, sondern auch bei Politikern?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja, ich kenne natürlich ... Ja, bei Politikern. Sicher hat er das auch. Ich habe ihn einmal bei einer Tagung erlebt, ich weiß nicht mehr ... Aber auch bei Landespolitikern. Er war überall „in". Der Sefcsik war ein Mann, der ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt fragen: Zu welchen Politikern, die im AKH eine Rolle gespielt haben, hat er ein besonderes ... Darf ich ganz konkret fragen: Stadtrat Mayr?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein, das wüßte ich nicht. Also ich nehme schon an, das muß ich annehmen, aus all dem, wie Knoblich gewachsen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie meinen, wie Sefcsik gewachsen ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Wie Knoblich gewachsen ist. Es ist ja auch seine Vitalität gewesen, das Unternehmen so weit zu bringen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß er zu Mayr diese Kontakte hatte.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Da hat er sicherlich sehr gute Kontakte gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu Bürgermeister Gratz?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das kann ich nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu Stadtrat Stacher?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Das kann ich auch nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu Finanzminister Androsch?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein, diese Kontakte sind mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen also nur Stadtrat Mayr?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Mayr weiß ich, der war ja wohl auch draußen, er kennt die Firma. Stadtrat Mayr war auch bei uns zum Beispiel in Floridsdorf damals bei der AEG.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie haben auf jeden Fall nicht diesen Einfluß auf Stadtrat Mayr?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Nein, um Gottes willen, ich krieg das nicht so zusammen. Nein, das ist also wirklich ein anderes Phänomen. Ich meine, Sefcsik hat eben alle diese Ansatzpunkte, die da waren — heute muß man das ja so sehen —, genützt, und er hat sie also mit entsprechender Vehemenz genützt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die letzte Frage: Was wissen Sie über diese angeblichen Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit dem Auftrag ORF, den Sie erhalten haben? Es gibt ja diese Rechnung, die dem ORF angelastet wird.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ich bin da mit dem Haslauer schon konfrontiert worden, um zu erkennen, was das damals für ein Vorgang war. Ich meine, die Vorgänge sind bei uns also nicht so absolut top-secret gelaufen. Ich glaube, das

geht ja auch aus den bisherigen Einvernahmen überall hervor. Es ist so, daß eigentlich in der kaufmännischen Abwicklung die Leute ja im wesentlichen Bescheid wußten; daß man also auch verfolgt hat, ob das Geld, das hier freigemacht wurde, dann für das entsprechende Projekt, für das es dem Sinn nach gedacht war, nicht unbedingt auf das es belastet war, auch zum Einsatz gebracht worden ist.

Beim ORF weiß ich es nicht. Herr Haslauer erwähnt da die Firma Wirl, glaube ich, in dem Zusammenhang, nicht wahr, und da waren Kontakte zu dieser Firma, zu der SAE, glaube ich, heißt sie in Abkürzung.

Ich habe Herrn Fischbacher neulich einmal getroffen bei einem Flug von Frankfurt herein, und er hat mir auch gesagt, daß da irgendwelche Kontakte bestanden haben. Aber ich muß jetzt sagen, ganz konkret: Ich weiß es nicht, wie das wirklich gegangen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Herr Haslauer sagt, er wisse es deshalb nicht, weil dieser Auftrag bereits vor seinem Eintritt in die AEG, das heißt, vor seiner Bestellung in diese Funktion bei der AEG, eingegangen ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Also ORF ist über Pulp and Paper gelaufen. Das ist richtig. Sie haben recht: Das ist eine Sache, die vor seiner eigentlichen Funktion ... Das ist möglich. Ich weiß es jetzt nicht. 1974. Es müßte gerade die überschneidende Zeit gewesen sein, wenn er das sagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, und deshalb weiß er nichts. Und Sie müßten es ja wissen.

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Im Grunde ja. Das ist richtig. Ich weiß es aber nicht.

Ich darf bitte noch einmal sagen — das habe ich auch versucht, der Frau Dr. Partik-Pablé klarzumachen —, daß das einer vieler Vorgänge war, die 1974 gelaufen sind. Selbst wenn ich heute noch im Anlagengeschäft der AEG tätig wäre, aber bitte vielleicht dann, wüßte ich manche inneren Zusammenhänge noch besser und könnte mir das vielleicht wieder vergegenwärtigen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber wenn man abschließend jetzt formuliert: Sefcsik hatte eine Schlüsselrolle inne bei der Vergabe von Subaufträgen im Elektrobereich, so bin ich richtig?

Dipl.-Ing. Dr. **Fürnsinn:** Ja. Jedenfalls, was uns betrifft, ja. Wobei die AEG ja nicht nur in meinem Bereich den Kontakt mit Sefcsik hatte, sondern auch im Leuchtensektor. Da waren ja Gegengeschäfte, Außenleuchten, Innenleuchten. Sefcsik hatte ja vor allem ... Wir haben ja sogar dem Knoblich ein 8-Millionen-Darlehen gegeben. Knoblich hatte ja von der AEG ein 8 Millionen Schilling hohes Darlehen in der Zeit, als sie Probleme hatten finanzieller Art. Und eigentlich, das war vor meiner Zeit, als ich mit Sefcsik überhaupt Kontakt hatte. Meiner war ja relativ dünn. Ich habe nur ein paarmal mit ihm zu tun gehabt. Aber Sefcsik war im Bereich der Elektroinstallationen, zuerst natürlich von der Leuchtenseite her, er war ja an dem Ausbau seines Geschäftes interessiert, an Subaufträgen für die Leuchtenlieferungen, er hatte mit Zumtobel ja vor allem zu kämpfen. Und dadurch hat er eine Unzahl von Kontakten aufgebaut, die sicherlich sehr nutzbringend waren für den, der sie nützen konnte.

Vor allem, möchte ich sagen, im Osten Österreichs. Aber es tut mir leid, Herr Abgeordneter, ich weiß wirklich nicht, was ich sagen könnte.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wir sind damit am Ende Ihrer Einvernahme angelangt. Ich danke Ihnen. Auf Wiedersehen! *(Dipl.-Ing. Dr. Fürnsinn verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Andreas Nikolaus Lauda

Obmann Dr. **Steger:** Herr Lauda! Ich bitte Sie vorzutreten und begrüße Sie als Zeuge im Untersuchungsausschuß. Nehmen Sie bitte dort bei den Mikrophonen Platz.

Dieser Untersuchungsausschuß ist eingesetzt worden auf Grund eines Beschlusses des Nationalratsplenums, und zwar zu drei Untersuchungspunkten. Ich lese Ihnen das zunächst vor, obwohl Sie es wahrscheinlich sinngemäß aus den Medien bereits kennen.

Im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wird

erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen

ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Sie sind hierher als Zeuge geladen, weil auf Grund von ganz bestimmten Behauptungen in den Medien und auf Grund gewisser Aussagen

ein möglicher Zusammenhang im Raum steht; ob er wirklich gegeben ist, werden Sie gefragt werden und wird es Antworten darauf geben.

Wir haben hier die Geschäftsordnung des Nationalrates anzuwenden. In der ist enthalten, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. In dieser Strafprozeßordnung sind Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge festgehalten. Unter anderem ergibt sich daraus, daß Sie verpflichtet sind, wahrheitsgemäß alle an Sie gerichteten Fragen zu beantworten. *(Vorhalt des § 153 StPO.)*

Ich darf Sie am Beginn ersuchen, daß Sie uns Ihre Generalien bekanntgeben, das ist Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift. Bitte.

Lauda: Andreas Nikolaus Lauda, 22. 2. 1949, Anschrift: Hof bei Salzburg, Beruf: Pilot.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Der erste Fragende ist der Herr Abg. Dr. Kapaun. Bitte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Es geht um den dritten Punkt unserer Untersuchung, nämlich um die Parteienfinanzierung.

Sie hatten Geschäftsbeziehungen zur Firma Prutscher, die beim AKH mehrere Aufträge hatte. Nun ist dem Ausschuß eine Information zugegangen, wonach das Ihnen gewährte Honorar von 5 Millionen Schilling, das in zwei Raten ausbezahlt wurde, nicht Ihnen zugute gekommen wäre, sondern für Parteifinanzierungszwecke verwendet wurde. Ich bitte um Ihre Stellungnahme.

Lauda: Das Honorar ist zugekommen der Niki Lauda Hongkong Limited, die meine internationalen Werberechte ... Ich habe mich vertraglich an diese Firma gebunden.

Und die Finanzierung, diese 5 Millionen Schilling des Herrn Prutscher, waren für eine Werbung, die ich für diese Firma gemacht habe. Das hat mit einer Parteienfinanzierung oder sonst irgend etwas nichts zu tun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Können Sie eine konkrete Aussage über diese Werbemaßnahmen machen?

Lauda: Das ist ganz einfach: Wie ich Weltmeister war, waren von verschiedenen Ländern Projekte von Rennbahnbauten im arabischen Raum zu machen und besonders in Persien. Die Firma Prutscher hat davon erfahren. Ich war davon von der Firma mit Herrn Metternich beauftragt, gewisse Strecken anzuschauen und zu sagen, ob man dort eine Rennstrecke bauen kann oder nicht. Daraufhin trat die Firma Prutscher an mich heran, ob es möglich ist, einen Vertrag zu machen, wo im Rahmen der Infrastruktur der Rennstrecke, also mit der Rennstrecke hat sie nichts zu tun, sondern mit der Infrastruktur von Hotels und sonstigen Dingen, Public Relations für diese Firma gemacht werden konnte. Das Ganze war in Persien ein relativ interessanter Auftrag, der leider durch das Absetzen des Schah und des dortigen Regimes in Brüche gegangen ist. Das war der Auftrag oder der Vertrag, den ich mit der Firma Prutscher hatte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Hatten Sie andere geschäftliche Beziehungen mit der Firma Prutscher?

Lauda: Überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abg. Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Lauda! Sie sind als Zeuge der FPÖ aufgerufen in diesem Ausschuß. Ich habe fast alle Ihre Rennen gesehen. Ich habe mir immer gedacht, es könnte eine lustigere Phase ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Zeuge ist er schon des Untersuchungsausschusses. Bitte, wenn Sie das in der Frage so richtigstellen. Wir haben nur Zeugen des Untersuchungsausschusses.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind ein von der FPÖ beantragter Zeuge des Untersuchungsausschusses. Ich wollte lediglich nur sagen: Ich hätte mir gewünscht, daß ich Ihnen einmal bei besserer Gelegenheit begegne als bei dieser, wobei ich nicht weiß, ob das eine unangenehme, aber sicher nicht so eine lustige ist, wie sie vorstellbar wäre.

Ich muß Ihnen aber, weil Ihr Name und diese Firma Niki Lauda Hongkong Limited sehr häufig aufgetaucht ist in diesem Ausschuß, noch ein paar ergänzende Fragen stellen, auch aus dem Grund, weil es bisher unterschiedliche oder einander widersprechende Unterlagen gibt. Diese Niki Lauda Hongkong Limited, bei der sind Sie offensichtlich eine Zeitlang Geschäftsführer gewesen und dann wieder nicht. Dann ist die Rede von zwei Geschäftsführern, die Hong und Wong heißen. Wahrscheinlich ist das wieder nur einer mit dem schönen Vornamen Ronald und ähnliches.

Können Sie uns irgendwas Konkreteres über diese Firma sagen?

Lauda: Ich muß Ihnen ehrlich sagen: An und für sich habe ich nicht vor, über die Firma zu reden. Aber ich kann Ihnen ganz konkret sagen: Der Sitz der Firma ist in Hongkong, verwaltet wird sie in der Schweiz. Da gibt es Direktoren in der Schweiz, die die Firma verwalten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie jetzt der Eigentümer der Firma?

Lauda: Ich bin nicht der Eigentümer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie waren eine Zeitlang der Geschäftsführer der Firma?

Lauda: Dazu möchte ich nichts sagen, muß ich ehrlich sagen, weil ich glaube, wir sind hier nicht beim Finanzamt, wo man das Ganze untersucht hat. Wenn Sie Unterlagen wollen über die Niki Lauda Hongkong Limited, würde ich Ihnen raten, sich an das Finanzamt zu wenden, denn die haben alle Sachen dort liegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich würde nur den Spielregeln entsprechend sagen: Ob Sie eine Antwort geben sollen oder müssen, das liegt immer in der Entscheidungsvollmacht des Vorsitzenden. Sie können ihn auch immer fragen, ob Sie die Frage beantworten müssen oder nicht. Ich möchte das jetzt vorläufig gar nicht in diese Richtung gehen lassen.

Ist der Schluß zulässig — und der wäre aus den bisherigen Unterlagen durchaus zu ziehen —, daß Sie für diese 5 Millionen bis zur Stunde keine Gegenleistung erbracht haben?

Lauda: Ich weiß nicht, was Sie unter Werbe- und Gegenleistung verstehen. Wenn ich heute das Parmalat-Kappel aufhabe, sage ich, das ist so viel wert, Sie sagen, das ist überhaupt nichts wert, weil es sieht Sie eh keiner.

Wenn die Firma Prutscher mir den Auftrag gibt, Kontakte herzustellen, um sich in Persien zu etablieren, und ich tu mein Bestes und dann wird nichts draus, ist es das Risiko des Herrn Prutscher und nicht meines. Ich hatte einen Auftrag.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie das Gefühl oder haben Sie Wahrnehmungen, damit das ganz korrekt nach den Spielregeln geht, daß diese 5 Millionen zur Gänze Ihnen zugeflossen sind?

Lauda: Die sind nicht mir zugeflossen, sondern die sind der Niki Lauda Limited Hongkong zugeflossen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber die hat Ihnen ja dann 20 000 Schweizer Franken im Monat bezahlt. Also haben Sie diese 5 Millionen kassiert? Oder ist daran die Niki Lauda Limited in Hongkong reich geworden? Oder hat die was gemacht, wovon Sie keine Ahnung haben?

Lauda: Die Niki Lauda Limited Hongkong hat genauso einen Werbevertrag mit der Ersten Österreichischen Spar-Casse, mit der Raiffeisenkasse, mit der Römerquelle, wenn Sie so wollen. Und aus diesem Topf, wo das ganze Geld hineinkommt, bekomme ich meine Pension heraus. Das ist eine Lebensversicherung, wenn Sie so wollen. Genauso sind wahrscheinlich die 5 Millionen Schilling des Herrn Prutscher da hineingegangen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das eigentlich aus den Verträgen ableitbar gewesen, daß Sie, wenn Sie aufhören mit dem aktiven Rennsport, dann weniger kriegen?

Lauda: Sicher, weil ja nichts mehr hineingeht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe das nämlich nicht herauslesen können. Mich hat das ein bissel überrascht.

Lauda: Das ist insofern logisch, weil meine Einnahmen oder meine Werbetätigkeiten, wenn Sie so wollen, nicht mehr in dem Maße gegeben sind, wie wenn ich aktiv bin.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie einen vollen Überblick gehabt über die Geschäfte dieser Hongkong-Firma, die mit Ihrem Namen hausieren gegangen ist?

Lauda: Die ist nicht hausieren gegangen, sondern die haben gute Verträge mit meinem Namen gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hausieren: Ich meine das ohnehin im positiven Sinn.

Lauda: Ich habe Vertrauen zu dieser Firma, habe mein Vertrauen da hineingelegt und bin bis heute nicht enttäuscht worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie kommt auf einmal der Herr Kirchhofer als Vertreter dieser Firma? Wie tritt der auf einmal auf?

Lauda: Der Herr Kirchhofer wurde bevollmächtigt, diesen Vertrag abzuschließen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von Ihnen?

Lauda: Von der Limited.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das haben Sie gar nicht gewußt?

Lauda: Der Kirchhofer kennt mich und kennt den Herrn Prutscher, also warum soll er nicht . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie gut kennen Sie den Herrn Kirchhofer?

Lauda: Relativ gut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie sich heute sehr lange mit ihm unterhalten?

Lauda: Ich unterhalte mich fast täglich mit ihm.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie waren heute vormittag mit ihm beisammen oder jetzt um die Mittagszeit herum. Haben Sie auch über den Inhalt dieser . . .

Lauda: Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe ein Huhnnudelbries in seinem Demel-Lokal gegessen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte?

Lauda: Ein Huhnnudelbries im Demel-Lokal habe ich gegessen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber da kann man ja reden dabei. Also haben Sie auch über den Inhalt Ihrer Zeugenaussage oder seiner Zeugenaussage hier geredet?

Lauda: Ich kann nicht über den Inhalt meiner Zeugenaussage reden, wenn ich nicht da bin. Ich kann höchstens nachher mit ihm reden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hören Sie, Sie können sich ja mit ihm ein bissel besprochen haben, Erinnerungslücken geschlossen haben.

Lauda: Ich brauche mit Herrn Proksch oder Herrn Kirchhofer in keinster Weise Erinnerungslücken schließen oder mich besprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie haben mit dem Herrn Proksch, um es konkret zu sagen, beim Was-Nudelessen, beim Irgendwas-Nudelessen ...

Lauda: Huhnnudelbries.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie sich jedenfalls nicht über die Niki Lauda Hongkong Limited unterhalten heute?

Lauda: Der Herr Proksch hat mit der Niki Lauda Hongkong Limited nichts zu tun. Warum soll ich mich mit ihm unterhalten?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er ist ja immerhin als Ihr Bevollmächtigter aufgetreten und hat 5-Millionen-Schilling-Verträge abgeschlossen.

Lauda: Der wurde zu dem Vertrag damals bevollmächtigt und hat ihn abgeschlossen. Warum darf er das nicht? Ich kann bevollmächtigen, wen ich will. Ich kann Sie auch bevollmächtigen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Proksch also bevollmächtigt?

Lauda: Ich nicht. Die Hongkong-Firma hat ihn bevollmächtigt. Entschuldigen Sie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber nun kommt der Herr Ronald Hong-Wong — oder wie immer er heißt — daher und sucht sich aus dem Wiener Telephonbuch einen Bevollmächtigten heraus, sticht mit der Nadel hinein und Hatschi-Bratschi hat er den Serge Kirchhofer erwischt.

Lauda: Nein, der hat nicht Hatschi-Bratschi den Herrn Kirchhofer erwischt, sondern der Niki-Lauda-Limited-Vertreter in Österreich ist der Dr. Aigner in Salzburg. Und der kann, wenn er will, für jeden Verträge abschließen, jeden bevollmächtigen, den er will.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der hat aus reinem Zufall den Serge Kirchhofer erwischt?

Lauda: Das geschah sicher nicht aus reinem Zufall, sondern der Herr Kirchhofer kennt den Herrn Prutscher und kennt den Herrn Lauda. Wenn ein Werbevertrag zwischen zwei Partnern gemacht werden muß und einer kennt beide Parteien ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und da hätte der Anwalt nicht genügt?

Lauda: Nein, einer kennt beide Parteien. Warum soll man ihn dann nicht bevollmächtigen, das zu machen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie oft haben Sie denn mit dem Herrn Prutscher verhandelt in dieser Frage?

Lauda: Ich kann mich nicht mehr erinnern. Vielleicht zwei-, dreimal. Ich weiß es nicht auswendig. Aber ich kenne den Prutscher auch, genauso wie den Proksch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie mit dem Herrn Prutscher oder mit dem Herrn Proksch des öfteren beinander, auch im „Club 45"?

Lauda: Nein, da muß ich Sie enttäuschen. Den Herrn Prutscher habe ich im „Club 45" überhaupt noch nie gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum enttäuschen müssen? Ich frage Sie etwas, das ist ganz einfach.

Lauda: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum hat der Herr Dr. Aigner einen Bevollmächtigten gebraucht, um diesen Vertrag mit dem ...

Lauda: Bitte, da müssen Sie den Dr. Aigner fragen, das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es könnte ja sein, daß er es Ihnen erzählt hat.

Lauda: Das tut mir leid, das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Aigner ist doch der Anwalt der Hongkonger Firma Niki Lauda Limited, die ein Konto in der Schweiz hat. Der Anwalt sitzt in Salzburg, und Sie haben keine Ahnung über diese Firma. Ist das so?

Lauda: Das ist richtig. Das heißt, ich habe keine Ahnung über die Firma: Ich kenne die Firma, ich kenne die Direktoren. Wenn man

jahrelang mit jemandem zusammenarbeitet, dann weiß man, was los ist. Oder nicht?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es jetzt den Herrn Hong und den Herrn Wong als die siamesischen Hongkong-Zwillinge, oder ist das eine Person?

Lauda: Ob das siamesische Zwillinge sind, das kann ich nicht beurteilen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind es zwei oder ist es einer?

Lauda: Den Herrn Wong, den gibt es sicher. Ob es den Herrn Hong gibt, das weiß ich nicht. Der steht nur in der Zeitung, und da werden Sie ihn wahrscheinlich her haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber ich habe sie ja durchaus auch aus Zeitungen, die mit viel Eifer immer das zitiert haben, was Sie ihnen erzählt haben, und da steht drin, daß es drei Direktoren gegeben hat, davon war einer der Hong, der andere der Wong und der dritte waren Sie.

Lauda: Wo haben Sie das gelesen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Im „Playboy". Und in den angeschlossenen Gazetten bis zur „Kronen-Zeitung", also durchaus Zeitungen, die Sie immer wohlwollend, zu Recht wohlwollend, behandeln.

Lauda: Ich bin der Meinung, daß keine Zeitung einen wohlwollend behandelt. *(Abg. Dr. Kohlmaier, ÖVP: Wem sagen Sie das!)*

Aber wenn Sie sich auf das „Playboy"-Interview beziehen, das ist im Jahre ... Ich weiß nicht: Wann ist das gemacht worden?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das kann ich Ihnen gleich sagen: 1974, also um die Zeit, wo die ... Ich meine, die Formulierungen sind so lässig, daß sie durchaus von Ihnen sein können. Und ich habe sie zumindest ernstgenommen. Es heißt hier: „Mein Finanzamt steht in Hongkong, dort habe ich eine Firma, die Niki Lauda Limited" — „habe ich eine Firma", aber das kann durchaus eine lässige Formulierung sein —, „die Firma hat drei Direktoren, einer davon bin ich, der zweite heißt Hong und der dritte Wong."

Das kann auch ein Gspaß sein, das ist gar keine Frage.

Lauda: Wenn Sie wissen wollen, ob die Hong-Wong-siamesischen-Zwillinge noch da sind, werde ich mich erkundigen. Aber das ist jetzt sechs, sieben Jahre her. Vielleicht ist jetzt alles anders.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zumindest müßten Sie als Geschäftsführer ...

Lauda: Ich bin nicht Geschäftsführer dort.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind Geschäftsführer.

Lauda: Ich bin nicht Geschäftsführer dort. Ich bin Werbeträger.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich bekomme langsam den Eindruck, daß es Ihnen elegant vorkommt, wenn man sich jetzt wechselseitig möglichst schmissig behandelt.

Uns interessiert hier nicht das, was allenfalls Ihr Steuerverfahren betrifft. Sie müssen aber trotzdem verstehen, daß Fragen nach Kontakten zu Personen natürlich wichtig sind, denn wenn wir aus unseren Unterlagen gesichert sagen können, daß der Herr Prutscher mit seinem Firmenimperium zum Zentralbereich der AKH-Untersuchungen gehört, ist es natürlich wichtig, wieweit hier durch Zwischenglieder und Verbindungen andere Dinge mitgelaufen sind. Sie helfen sich selber mit Sicherheit gar nicht, wenn Sie aus einer gewissen Verärgerung vielleicht heraus, daß Sie plötzlich bei dem Themenkreis mit dabei sind, dann ...

Lauda: Ich bin nicht verärgert.

Obmann Dr. **Steger:** ... Antworten geben, die vielleicht lustig wirken, wenn sie im Fernsehen so gesagt werden, aber niemandem helfen, wenn es im Ausschuß so vor sich geht. Sie verkürzen es eher, wenn Sie kurz und sachlich das Ganze weiter vor sich gehen lassen. Und bitte, bringen wir nicht den Ton herein, der ist nicht notwendig. Sie werden hier mit Sicherheit auch nicht so behandelt. Es ist sicher auch unzulässig, wenn allenfalls Ihnen gegenüber jemand mit Unterstellungen etwas macht, das nicht gedeckt ist. Ich möchte Ihnen das nur zwischendurch sagen. Sie erleichtern es sich und uns mit Sicherheit nicht, wenn wir es so machen.

Der Herr Abgeordnete Bergmann ist wieder am Wort.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich darf mich da Ihren Worten anschließen. Mir ging es eher auch darum, daß ein paar Dinge klargestellt sind, und habe am Anfang eher geglaubt, wir haben beide ein Gemeinsames, daß also Sie zumindest auch das Interesse haben, daß diese Geistermären nicht durch die Landschaft gehen. Ich darf es noch einmal probieren: Am 7. 7. 1975, offensichtlich, haben die Rechtsanwälte Aigner und Feichtinger eine Vereinbarung abgeschlossen zwischen der Österreichring-GesmbH und der Niki Lauda Hongkong Limited, wo Sie als Geschäftsführer der Niki Lauda Hongkong Limited dezidiert genannt sind. Daher meine Frage vorher. Sie werden es halt irgendwann einmal gewesen sein. Muß ja

nicht sein, daß das heute der Fall ist. War das so?

Lauda: Das kann sein, ja, daß in der Gründungsphase der Limited ich Geschäftsführer war. Aber da muß ich Ihnen ehrlich sagen: Da muß ich mir die Papiere herausheben, mir das anschauen, weil auswendig kann ich es Ihnen jetzt nicht mehr sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie schließen es einmal nicht aus?

Lauda: Ich schließe es nicht aus.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und daß heute die drei Direktoren, eben auch wieder drei, der Herr Ronald Wan Hei Wong, der Dr. Franz Schmidt — offensichtlich ein Schweizer — und der Hansjörg Furrer sind. Kennen Sie die drei?

Lauda: Sicher kenne ich die. Den Herrn Furrer kenne ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Furrer: Ist das ein Anwalt, oder was ist der?

Lauda: Ich glaube nicht, daß er ein Anwalt ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was ist der von Beruf? Wie kommt der da dazu?

Lauda: Der verwaltet die Niki Lauda Hongkong Limited. Er ist einer der Direktoren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist sein einziger Job, den er hat?

Lauda: Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und den Herrn Dr. Franz Schmidt?

Lauda: Kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie nicht.

Wäre es möglich, daß diese Niki Lauda Hongkong Limited Geschäfte gemacht hat, von denen Sie keine Ahnung haben?

Lauda: Da die Firma die Werberechte von mir vertritt und ein Werberecht immer die Folge hat, daß ich Werbung machen muß, weiß ich also immer genau, welchen Vertragspartner die haben, weil ich unmittelbar eingesetzt werde, um dafür Werbung zu machen. Also deswegen glaube ich nicht, daß da irgendwelche Geschäfte getätigt werden, weil das hätte ja gar keinen Sinn, wenn ich nichts wüßte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie operieren ja hier — durchaus zu Recht — mit einem sehr breiten Werbungsbegriff. Werbung heißt für Sie, wenn ich das richtig interpretiere: Wenn ich wo hingehe und sage „Guten Tag, Niki Lauda, ich tät gern mit Ihnen über dieses oder jenes Projekt reden", gehen die Türen auf, weil Sie eine international bekannte Person sind, dann fällt das schon in den Begriff Werbung.

Lauda: Also bei mir nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Andere sagen Vermittlung oder so etwas. Darüber will ich wirklich nicht streiten. Aber beim Prutscher-Vertrag ist eine solche Definition für Werbung sicher von Ihnen gedacht. Ist das richtig?

Lauda: Nein. Der Prutscher-Vertrag ist ein ganz speziell auf die Rennbahnprojekte abgestimmter Vertrag gewesen und sonst nichts anderes.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es ist nicht so, daß die Rennbahn der Niki-Lauda-Kurs genannt worden wäre, sondern Sie sind, wenn man so will, ein Vertreter der Firma Prutscher gewesen.

Lauda: Vertreter, würde ich nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist ja ein Unterschied, ob Sie am Kappel das „Parmalat" draufhaben oder ob Sie ohne ein öffentliches Taferl herumrennen, zwar den Namen nützen, ganz logisch, aber doch Geschäftsverbindungen herstellen. Das ist etwas anderes, als wenn man den Namen jemandem verkauft, der dann die Erlaubnis hat, aufs Coca-Cola-Flascherl unten noch den Schriftzug „Niki Lauda" draufzugeben.

Lauda: Ja, gut, aber auf dem Kappel, das ich am Kopf trage, steht auch nicht „Lauda" oben, da mache ich Werbung für ein Milchprodukt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da machen Sie es direkt, ja.

Lauda: Na gut, es gibt verschiedene Werbung, wie Sie vorher gesagt haben. Man kann eine direkte machen, wo man sich ein Kappel aufsetzt, oder man kann jemand sagen: Das ist eine gute Firma. Das ist das gleiche. Genauso wie ich hier zum Ausdruck bringe: Die Milch ist gut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur, worauf ich hinauswill. Wenn ich mit Ihnen einen Werbevertrag abschließe und sage, Sie sind, was weiß ich, in Saudi-Arabien sehr bekannt, können Sie mir dort nicht irgend etwas vermitteln, dann wissen Sie davon, wenn ich an Sie das Ansinnen stelle. Aber wenn ich mit der Niki Lauda Limited einen Vertrag abschließe, daß Sie in Manila für mich tätig werden, und diese drei Direktoren ...

Lauda: Wo?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich sage eine Hausnummer: In Manila, oder auf den Seychellen, damit wir etwas Neutraleres nehmen, und die drei Direktoren teilen Ihnen das nie mit ...

Lauda: Wer teilt mir das nie mit?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die drei Direktoren der Niki Lauda Limited teilen Ihnen nie mit, daß ich einen Vertrag mit Ihnen abgeschlossen habe, daß ich bereit bin, 2 Millionen zu zahlen, daß Sie auf den Seychellen für mich Werbung machen, wenn wir uns auf den Begriff einigen. Dann erfahren Sie doch davon nie.

Lauda: Das ist richtig. Wenn Sie mir nichts mitteilen, erfahre ich nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es gibt also keine Pflicht von denen, daß sie Ihnen das mitteilen müssen, daß Sie Einblick nehmen in die Akten oder in die Geschäftspapiere dieser Firma?

Lauda: Da muß ich leider dagegensprechen, denn es ist so, daß der Vertrag mit der Limited beinhaltet, daß ich zu jedem Werbevertrag, der abgeschlossen wird, sagen kann, ob ich ihn machen will oder nicht. Das heißt, ich muß einmal gefragt werden. Wenn die Limited — nehmen wir an — für Unterhosen Werbung machen will, und ich will nicht für Unterhosen Werbung machen, kann ich das ablehnen. Das heißt, bevor die Limited einen Vertrag macht, darf ich sagen: Das gefällt mir, das gefällt mir nicht, das machen wir, das machen wir nicht. Das heißt, ich werde immer vorher informiert, was die Limited macht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und daß der Zweck des 5-Millionen-Vertrages die Rennbahn in Teheran oder in Persien ist, das war vorher klar fixiert?

Lauda: Das war die Grundidee der ganzen Sache.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und es hat keinen zweiten und keinen dritten Aspekt gegeben?

Lauda: Es war auch das gleiche geplant in Saudi-Arabien. Was parallel dazu ging, das waren zwei Rennbahnprojekte, die damals aktuell waren, und aus. Das waren die beiden Dinge, für die der ganze Vertrag gemacht wurde. Und noch einmal, ausgehend davon: Die Gespräche werden immer so verlaufen, daß Ihnen Leute sagen, wieviel Sie da verdienen können an Provisionen und sonstigen Dingen. Nur interessiert keinen Menschen eine Provision. Deswegen war damals der Entschluß der Limited, zu sagen: Paß auf, Provisionen kann man nie überprüfen, wieviel da unten gebaut wird. Entweder es wird eine Fixsumme gezahlt, so wie ich es mit allen Werbeverträgen gemacht habe mein Leben lang, dann wird es gemacht. Wenn keine Fixsumme gezahlt wird, wird es nicht gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun war in Saudi-Arabien kein Putsch bis zur Stunde. Im Iran kann man sagen: Okay, da ist der Herrscher abgesetzt worden, da sind die Kanäle alle zugegangen. Und in Saudi-Arabien gibt es auch kein Projekt, zumindest ist mir keines bekannt, eines Rennbahnbaues. Worin hat denn Ihre Leistung dann bestanden in Saudi-Arabien?

Lauda: Sie, das ist das Risiko der Firma Prutscher gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich verstehe schon.

Lauda: 5 Millionen Schilling zu zahlen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie schimpfen immer gleich mit mir.

Lauda: Nein, ich schimpfe gar nicht mit Ihnen. Ich sage Ihnen ganz ruhig ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie sagen, ich habe keine Leistung erbracht, dann bin ich mit dieser Antwort auch zufrieden.

Lauda: Das Problem in Arabien war, wenn es Sie interessiert: Die waren nicht in der Lage, den Sand wegzubringen. Das war das Hauptproblem, warum da unten nie eine Rennstrecke entstehen kann. Weil man nicht so viel Grünland rundherum anlegen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie mir jetzt den zynischen Einwand gestatten, den Ihr Freund Podgorski sicher machen tät: Also daß es dort unten einen Sand gibt und daß der schwer wegzubringen ist, das weiß man schon länger, als der Vertrag mit dem Prutscher alt ist.

Lauda: Ja. Das muß sich alles der Herr Prutscher überlegen, nicht ich. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Das war der beste Werbevertrag, den ich in meinem Leben gehabt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich gönne Ihnen den ja. Mich interessiert ja nur, ob Sie über alle Facetten dieses Vertrags oder des Sinns dieses Vertrags Bescheid gewußt haben, denn nach dem System kann es durchaus möglich sein, daß von den Mitteln der Niki Lauda Hongkong Limited Gelder auch für etwas anderes als zur Bezahlung Ihrer Pension verwendet wurden.

Lauda: Haben Sie meinen Vertrag mit der Limited auch hier?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube, ich habe ihn irgendwo da.

Lauda: Da steht genau drinnen, daß ich den Einwand immer habe, wenn eine Firma oder eine Werbung mir nicht recht ist, die nicht zu machen. Das heißt, ich muß über jeden Vertrag, den die Limited macht, informiert werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist schon richtig. Nur, wiederum hypothetisch: Die Firma ist ver-

pflichtet, Ihnen die 20 000 Schweizer Franken monatlich — zumindest war das so, solange Sie gefahren sind — zu zahlen. Aber sie ist nicht verpflichtet, Ihnen Rechnung zu legen, in welchem Zeitraum und wie und wann sie Ihnen die 5 Millionen aus dem Prutscher-Geschäft zufließen läßt. Sie müssen nur das zahlen. Ob sie das aus dieser Quelle machen oder ob der Herr Franz Schmidt das aus seinem Privatvermögen letztlich zahlt, wenn er in Zahlungsschwierigkeiten kommt, kann Ihnen Wurscht sein und ist Ihnen Wurscht. Das heißt, es kann durchaus auch sein, daß von diesen 5 Millionen ein Teil — nicht das Ganze, aber ein Teil — beispielsweise zur Finanzierung einer Inseratenkampagne in einem österreichischen Wahlkampf verwendet worden ist. Und das ist ein Problem, das Sie nie berührt, das an Sie nie anstreift, von dem Sie nie etwas erfahren.

Lauda: Ich werde mich sofort erkundigen, wenn Sie wollen, um das festzustellen. Aber ich bin sicher, daß das nicht der Fall ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das weiß ich auch nicht, ob es der Fall ist. Aber es wäre jedenfalls möglich, daß das abläuft, ohne daß man unbedingt Ihnen darüber erzählen muß. Denn Sie kommen nicht vor, auch in der Werbung nicht. Das heißt, mit Ihrem Namen wird nicht gehandelt. Es wird nur mit dem Geld gehandelt, das die Niki Lauda Limited halt dann mit Ihrem Namen beim Vertragsabschluß irgendwo geerntet hat. Und wenn sich die sagen, soviel nehmen wir immer ein, damit wir unsere Pensionsverpflichtungen erfüllen können, dann können wir irgendwo auch noch einen Rebbach abfließen lassen, dann muß das gar nicht sein, daß Sie etwas damit zu tun haben. Und insofern verstehe ich Ihren, glaube ich, „Sport am Montag"- oder „Zeit im Bild"-Ausspruch „Scheiß-AKH" so, daß Sie offensichtlich damit nichts zu tun gehabt haben. Oder sehe ich das anders?

Lauda: Ich habe sicher nichts damit zu tun gehabt. Nur, weil der Herr Vorsitzende vorhin gesagt hat: Aus den Medien liest man. Ich meine, das Interessante ist immer, daß man selber nie etwas sagt zum Beispiel, und heute beim Herfahren hört man in den Nachrichten, daß man zum AKH-Ausschuß geladen wird. Das sind natürlich schon Dinge, worüber ich mich selber wundere. Denn wenn ich irgendwohin geladen werde — außer, es ist alles öffentlich —, dann kann ich natürlich auch alles öffentlich sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie sind ja — sonst würde es solche Verträge nicht geben — eine interessante Person. Wenn Sie da auftreten, dann wird es eben ...

Lauda: Warum weiß das vorher schon jeder?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Dafür haben Sie das „Parmalat"-Kappel mit, damit Sie auch rechtzeitig gewappnet sind, daß allenfalls auch ein Medienauftritt daraus wird. Sie können selbstverständlich nachher Ihre Medienerklärungen abgeben, die warten sogar alle darauf. Die freuen sich, wenn Sie da draußen dann erklären, was Sie uns alles nicht gesagt haben oder was Sie jedenfalls nicht sagen konnten, weil Sie damit nichts zu tun gehabt haben.

Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Lauda! Der Hans Christoph Prutscher hat hier ausgesagt, daß Sie mit vier bis fünf Personen eben diese Werbegespräche oder Werbekontakte im Ausland aufgenommen haben. Können Sie das ein bissel präzisieren?

Lauda: Kann ich nicht. Ich habe nur mit dem Christoph Prutscher gesprochen und mit dem Proksch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine nicht in Österreich, sondern eben 5-Millionen-Vertrag. Bei wem haben Sie die Kontaktaufnahme versucht? In Saudi-Arabien? Bei wem in Teheran?

Lauda: Das ganze Teheran-Projekt kam auf mich zu. Das habe nicht ich angeleiert. Das kam über die oberste Sportbehörde, die waren interessiert — genau das gleiche waren die Araber —, da unten eine Rennstrecke zu bauen. Das heißt, ich bin nicht hinuntergegangen und habe geschaut, wer eine Rennstrecke bauen will. Das waren Projekte, die wurden an die oberste Sportbehörde herangetragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat jetzt der Herr Prutscher davon gehabt, daß er Sie wohlwollend stimmt? Was hätten Sie für ihn erledigen sollen?

Lauda: Wenn eine Infrastruktur um diese Rennstrecke gebaut wird, daß er derjenige ist, der da unten seine Produkte verkauft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es hat noch keine Gespräche im Detail über so etwas gegeben?

Lauda: Mit dem Prutscher?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, mit Leuten, die dort eine Rennstrecke bauen wollten.

Lauda: Diese ganzen Projekte sind im Sand verwaschen worden, wie Sie vorher richtig gesagt haben. Die Perser kamen nie dazu. Wir waren fertig, hinunterzufliegen, da kam der Umsturz da unten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, ehe es zu einem Werbegespräch kam, war in Persien einmal der Umsturz.

Lauda: Richtig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP) Und in Saudi-Arabien ist es gar nicht so weit gekommen, daß ein Hinfahren überhaupt notwendig war?

Lauda: Da haben es sich die Araber wieder überlegt, daß sie es nicht machen wollen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie mußten sozusagen gar nicht den Koffer packen und hinfahren.

Lauda: Richtig. Aber ich war damals — wenn ich Sie unterbrechen darf — von der FIA, das ist die oberste Sportbehörde, die mit dem Sport zu tun hat, ausgesucht gewesen als der Grand Prix-Pilot, der da hinunterfährt, zum Beispiel, mit dem Herrn Metternich damals.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, die Prutscher-Überlegung war: Wenn es etwas wird ...

Lauda: Der Prutscher hat sich gedacht: Wenn der jetzt hinunterfährt — er war schon in Persien, soweit er mir erklärt hat, er hat da unten schon einige Geschäfte gemacht —, hänge ich mich da an und mache wieder welche.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie mit den Philippinen-Geschäften des Prutscher zu tun gehabt?

Lauda: Überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Manila-Geschäfte? Frau Markus?

Lauda: Überhaupt nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat überhaupt keine Rolle gespielt? — Das ist eigentlich Ihr *(zum Vorsitzenden)* Zeuge, Herr Kollege.

Obmann Dr. **Steger:** Unser Zeuge, Herr Kollege!

Herr Zeuge! Genau um das, wo der Herr Abgeordnete Bergmann jetzt ein bissel herumgebohrt hat, geht es eben. Es geht für uns — ich sage das noch einmal als Einleitung — überhaupt nicht darum, wie Ihr Steuerverfahren steht und wie es ausgeht. Das mag vielleicht den einen oder anderen interessieren, weil er hofft, um irgendwelche Zehntel Promillepunkte weniger in einem Jahrhundert an Steuer zahlen zu müssen, wenn Sie mehr Steuern zahlen, aber es macht sonst nichts aus.

Uns geht es daher nicht um die Fragen, wie wir im Steuerverfahren allenfalls Antworten von Ihnen bekommen, sondern ausschließlich um Unklarheiten, weil es verschiedenste Angaben darüber gibt, welche Verpflichtungen für diese Millionenverträge es auf Ihrer Seite gegeben hat. Es hat — und da hat der Herr Abgeordnete Bergmann jetzt aufgehört — eben der Herr Prutscher ausdrücklich gesagt, daß Sie es übernommen haben, Kontakte herzustellen für das Manila-Geschäft. Und zwar sagt er das dort, wo er davon spricht, daß er mit dem Herrn Proksch gemeinsam gereist ist. Dann kommt die Frage: „Ist der Herr Lauda bei diesem Kontakt eingeschaltet gewesen?" Antwort Hans Christoph Prutscher: „Am Rande ja." „Was verstehen Sie bitte unter ‚am Rande'?", ist die nächste Frage. Antwort: „Teilweise." Nächste Frage: „Was verstehen Sie unter ‚teilweise'?" Prutscher: „Daß er manche Kontakte mit herzustellen geholfen hat."

Aus dieser Zeugenaussage daher die Frage: Wie weit hatten Sie Verpflichtungen übernommen beim sogenannten Manila-Geschäft?

Lauda: Die einzige Verpflichtung, die ich da übernommen habe, die leider schiefgegangen ist, war die, den Herrn Prutscher und den Herrn Proksch nach Manila zu fliegen. Die ganze Reise hat in Bangkok geendet, weil unsere Flugerlaubnis nur bis Bangkok war, und ich bin mit ihm nie nach Manila gekommen. Die zwei Herren sind dann weiter nach Manila geflogen und ich wieder nach Hause zurück.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Das heißt aber, daß aus Ihrer Sicht diese Aussage falsch ist.

Lauda: Warum?

Obmann Dr. **Steger:** Sie sagen jetzt gerade, Sie haben keine Verpflichtungen übernommen, Kontakte herzustellen.

Lauda: Noch einmal: Ich war Pilot auf einem Flugzeug.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, gut, der Pilot stellt nicht Kontakte her, der Pilot fliegt.

Lauda: Eben. Ich habe ja gesagt: Keine Kontakte hergestellt. Vielleicht hat der Prutscher das insofern gemeint, daß er sagt, teilweise oder ganz, weil er nie mit mir nach Manila gekommen ist, sondern nur bis Bangkok.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt kommt — wieder zurück zur Frage Prutscher — der uns ja bekannte Vertrag. Da gibt es jetzt in zwei Richtungen etwas, was halt auch widersprüchlich ausschaut. Das war jetzt ein Widerspruch, den ich Ihnen bereits gezeigt habe, nämlich daß der Herr Prutscher sagt, Sie hatten dort die Verpflichtung, Kontakte herzustellen. Ein weiterer Widerspruch — das ist noch nicht die Frage, sondern der Vorhalt am Beginn der Frage —: Abgeschlossen wurde dieser Vertrag mit der Prutscher OHG. Das ist eine Tischlerei und Laboratoriums-Einrichtungs-Firma, -Gesellschaft. Von Rennstreckenbau steht da nichts.

Lauda: Noch einmal, darf ich Sie unterbrechen: Die Rennstrecke ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich halte jetzt das Zweite vor. Sie können dann ruhig länger antworten.

Und der zweite Widerspruch besteht darin, daß Sie bei dieser Niki Lauda Hongkong Limited auftreten als Dienstnehmer, als einer, der dort Geld bezieht, und — wie Sie heute auch gesagt haben — nicht als Gesellschafter und nicht als Geschäftsführer, daß es aber einen weiteren Vertrag vom 14. Jänner 1977 gibt mit Römerquelle, dort unterschreiben Sie selbst für die Niki Lauda Limited Hongkong, mit Maschine unter Ihre Unterschrift druntergeschrieben: Vertrag abgeschlossen zwischen der Firma Lauda Ltd. Hongkong, vertreten durch Herrn Niki Lauda, und Römerquelle. Also dieser zweite Widerspruch geht jetzt in die Richtung, daß man doch den Eindruck bekommt, daß Sie die Firma ja direkt vertreten, unterschriftsberechtigt.

Ich frage daher aus Ihrer Sicht: Können Sie ausschließen, daß es hier doch andere kommerzielle Interessen gegeben hat für diesen Geldfluß als die bisher — uns etwas widersprüchlich — zwischen Prutscher und Ihnen genannten? Können Sie das ausschließen? Bitte, Herr Lauda.

Lauda: Erstens: die Geschäftsführung. Ich müßte mir das alles zu Hause anschauen, bis wann ich da Geschäftsführer war und wann nicht mehr. Aber ich kann das nur insofern sagen, daß die Flugspesen zum Beispiel, die ich persönlich gemacht habe, um den Herrn Bris *(phonetisch)* zu besuchen, und diese ganzen Dinge, denn ich weiß ja ungefähr immer, um was für Verträge es da ging, bin ich also ganz sicher, daß diese ganzen Gelder verbraucht wurden, rein gefühlmäßig, um Ihre Frage zu beantworten, ob jetzt andere, Parteienfinanzierungen oder sonstige Sachen, gemacht wurden. Aber ich bin sicher, daß man das voll und ganz ausheben kann und feststellen kann.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Kennen Sie die Firma Lylac in Zug?

Lauda: Die Firma?

Obmann Dr. **Steger:** Lylac AG.

Lauda: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie waren doch auch beteiligt an dieser Aktion im Zusammenhang mit der letzten Nationalratswahl — wie hat es geheißen? —, „Geschichten vom Dr. K." Da hat es so verschiedenste Inserate überwiegend zu Recht prominenter Österreicher gegeben, die halt ihre Meinung kundgetan haben. Können Sie sich an diese Aktion erinnern?

Lauda: Ich wollte Sie nur kurz fragen, wie ich da dabei war.

Obmann Dr. **Steger** *(zum Abg. Bergmann, ÖVP):* Haben Sie eines da?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, mehrere.

Lauda: Wenn Sie es mir zeigen, weiß ich es. Sie haben gesagt, ich war dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage Sie, ob Sie da dabei waren.

Lauda: Ich war in keinster Weise dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Ob Sie da etwas wissen über diese Aktion, so heißt die formelle Frage.

Lauda: Ich weiß überhaupt nichts über die Aktion, noch war ich in irgendeiner Weise daran beteiligt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte eine Zusatzfrage.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Sie Ihr Freund Proksch nicht eingeladen, mitzumachen?

Lauda: Ich habe in meinem Leben noch nie Wahlwerbung gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das weiß ich schon.

Lauda: Und das fällt drunter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, er hätte Sie ja einladen können.

Lauda: Die war von der ÖVP. Von der SPÖ war ich schon öfter eingeladen, Wahlwerbung zu machen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch das weiß ich. Aber es hätte im konkreten Fall ...

Lauda: Von der FPÖ leider nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Wir hätten Sie auch eingeladen, wenn Sie Wert darauf gelegt hätten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darum ist er ja Ihr Zeuge!

Der Proksch war nachweislich der — das klingt jetzt so abwertend, so meine ich es gar nicht — Aufreißer für die Damen und Herren, die dabei mitgewirkt haben. Und nachdem Sie ihn sehr gut kennen, wäre es für mich zumindest logisch, daß er gesagt hat: Willst du nicht mitmachen?, und daß Sie dann gesagt haben: Nein. Und daß er Ihnen bei diesem Gespräch unter Umständen mehr erzählt hat als nur die Frage: Willst du nicht mitmachen?, sondern auch, wer das finanziert und wer es gestaltet und wer es macht.

Lauda: Das ging über verschiedene Leute. Da war der Podgorski dabei und solche Leute. Von mehreren Seiten wurde ich gefragt, es zu machen. Ich habe das immer abgelehnt mit der prinzipiellen Aussage, daß ich finde, ein Sportler soll nicht Wahlwerbung machen, sondern soll für andere Produkte werben, aber nicht Wahlwerbung machen. Daran war ich nie beteiligt und habe nie etwas damit zu tun gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Der Vertrag, der in der Schweiz unterschrieben wurde, den der Herr Proksch unterschrieben hat als Vertreter der Niki Lauda Hongkong Limited, also dieser Vertrag wurde in der Schweiz unterschrieben nach Ihren Angaben. Ist beim Vertragsverfassen schon klargestellt worden, wer letzten Endes diese 5 Millionen bekommt?

Lauda: Ich nehme an, weil sonst könnten wir keinen Vertrag abschließen. Das steht ja im Vertrag drin.

Obmann Dr. **Steger:** Dort steht drin, daß es die Niki Lauda Hongkong Limited bekommt. Ist bei Vertragsabschluß gesprochen worden oder klargestellt worden, wer von der Niki Lauda Hongkong Limited dann aus diesen 5 Millionen Geld bekommt?

Lauda: Ich war nicht beim Vertragsabschluß dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen gegenüber darüber je etwas gesagt worden, haben Sie darüber Informationen bekommen?

Lauda: Ich habe keine bekommen. Aber ich muß Ihnen noch einmal dazu sagen: Die Niki Lauda Limited Honkong ist mit mir in regem Geschäftsverkehr, und zwar, wenn ich Werbung machen muß, müssen die mir immer erklären, worum es da geht. Und ich weiß im großen und ganzen immer, was da geschieht um die Firma und was da gemacht wird.

Obmann Dr. **Steger:** Entschuldigen Sie, ich habe Sie jetzt nicht verstanden: Sie wissen im großen und ganzen immer ...

Lauda: Ich muß immer gefragt werden, ob ich Werbung mache oder wie ich das mache und ob ich das machen will oder nicht. Ich bin in einem engen Geschäftskontakt mit der Firma. Also ich bin sicher, wenn irgendwelche Dinge in die Richtung gegangen wären, hätte ich das erfahren.

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist denn an Sie herangetreten, daß Sie mit dieser Niki Lauda Hongkong Limited einen Vertrag machen können, daß die überhaupt Ihren Namen verwenden dürfen? Welche Person jetzt konkret.

Lauda: Wann, im Jahre ...

Obmann Dr. **Steger:** Na, wie Sie das gegründet haben. Im Jahre Schnee.

Lauda: Die Firma wurde gegründet aus meiner Initiative heraus, mit Experten, um so wenig wie möglich Steuern zu zahlen für internationale Werbung.

Obmann Dr. **Steger:** Klar. Nur die Fragestellung, die ich jetzt gehabt habe: Welche konkrete Person? — Wenn so etwas gegründet wird, muß ja eine konkrete Person mit Ihnen den Kontakt aufnehmen und sagen: Jetzt gründen wir das. Auch wenn sie eine Initiative haben. Da war ja wer anderer noch beteiligt. Da muß es ja eine konkrete Person geben. Die Frage ist: Wer ist die konkrete Person?

Lauda: Das war der Dr. Hock, ein österreichischer Steuerberater.

Obmann Dr. **Steger:** Sonst ist Ihnen noch wer im Gedächtnis? Außer diesem Herrn Steuerberater?

Lauda: Der hat das damals gemacht. Weil die Problematik auftritt: Wie vermarktet man internationale Werbung? Die kann man nicht nur in Österreich vermarkten.

Obmann Dr. **Steger:** Ich fasse zusammen, Herr Lauda: Aus Ihrer Sicht ist es so, daß hier Werbeverträge gemacht wurden mit einer Firma. Dort wurde einbezahlt. Und Sie selbst haben monatliche Beträge erhalten, wobei Sie sich nicht darum gekümmert haben, ob das Werkvertrags- oder Angestelltentätigkeit ist. Das war für Sie sekundär. Wichtig war für Sie, daß, wenn Werbung mit Ihrem Namen gemacht wird, Sie dafür eine Geldleistung empfangen. Und Sie haben kein Wissen darüber, daß allenfalls Parteien direkt oder indirekt davon Geld bekommen haben.

Lauda: Schauen Sie, darf ich das noch einmal ... Vielleicht soll ich ein größeres Bild machen, warum die Niki Lauda Limited überhaupt existiert.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte. Sie haben jetzt die Chance, noch alles zu sagen.

Lauda: Die Niki Lauda Limited wurde deswegen gegründet, weil, wenn ich nur in Österreich ein Geld empfange und in Österreich dafür Werbung mache, es ganz klar ist, daß ich Steuern zahle dafür. Wenn ich aber heute für Ferrari oder für eine italienische Milchfirma in Italien herumfahre und da unten meine Werbung mache, werde ich nicht in Österreich voll dafür Steuern zahlen, weil ich im Ausland tätig bin. Deswegen wurde die Limited gegründet. Und alle Verträge sind über die Limited gegangen. Natürlich kann ich mir an fünf Fingern ausrechnen: Wenn ich im Monat soundsoviel Geld

bekomme, und ich weiß ja, was für Verträge abgeschlossen werden, wieviel da hineingeht, wieviel da noch da ist ungefähr, das kann man sich ja überlegen, und wenn dann plötzlich 5 Millionen Schilling fehlen würden, rein theoretisch, dann fehlen mir die in meiner Pension. Der Grund war der, daß man in sechs Jahren Grand Prix fahren sich das Geld verdienen muß. Mit 31 oder 32 Jahren muß ich aufhören zu fahren, muß aber weiterleben können. Das heißt, in kurzer Zeit viel Geld verdienen. Ich kann nicht in kurzer Zeit dieselben Steuern zahlen wie ein anderer in 50 Jahren. Deswegen wurde die Limited gegründet. Und deswegen ist auch der Pensionsvertrag, daß das ganze Geld, das in die Limited hineingeht, über den Pensionsvertrag nach Österreich zurückkommt und hier voll versteuert wird.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt dann ein Schreiben vom 5. November 1979 der Niki Lauda Limited Hongkong an Sie, wo die Rede ist von einem Darlehen über 500 000 Schweizer Franken und von einem Vorschuß von 304 000 etliches Schweizer Franken. Was können Sie darüber sagen?

Lauda: Kann sein, daß das mein Haus war in Hof.

Obmann Dr. **Steger:** Wollen Sie noch etwas ergänzen?

Lauda: Im Jahr 1979?

Obmann Dr. **Steger:** Vom 5. November 1979 ist dieser Brief.

Lauda: Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder ist das die Polsterer-Beteiligung an einem Flugzeug gewesen oder mein Haus. Das sind die einzigen großen . . .

Obmann Dr. **Steger:** Sie kommen schon dorthin, wo ich eben noch etwas fragen will. Dann kommt die Flugzeugfirmengründung, es kommt die Beteiligung.

Lauda: Das war aber nicht die Lauda-Air.

Obmann Dr. **Steger:** Sondern?

Lauda: Das war damals eine Beteiligung an einem Lear-Jet, der dem Herrn Dr. Polsterer gehört hat.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt gibt es, wie wir mittlerweile alle hier in diesem Ausschuß wissen, selbst dort, wo es zulässige Verschachtelungen und Beteiligungen gibt, oft die Schwierigkeit, nachzuweisen, wieweit steht das in einem Konnex mit einer anderen, an sich zulässigen Wirtschaftstransaktion. Ich brauche nur erinnern an die Fragen des Herrn Abgeordneten Feurstein mit den Firmenverflechtungen.

Ich habe jetzt an Sie die Frage: Sie fliegen mit Ihrer Firma die verschiedensten Angehörigen von Parteien. Das können Regierungsmitglieder zum Beispiel sein. Sind die alle offiziell fakturiert worden nach Ihren Preislisten?

Lauda: Sie müssen ganz wichtig unterscheiden: Es gibt die Firma Dr. Polsterer, die jetzt der Frau Polsterer gehört; die haben heute zwei Lear-Jets, drei haben sie gehabt. Mit der Firma habe ich nichts zu tun. In den Jahren 1978 und 1979 war ich beteiligt an einem Lear-Jet, der dem Polsterer gehörte. Dort fliege ich als Pilot. Die Lauda-Air mit den zwei F 27, das ist meine Firma, und da habe ich einen einzigen Regierungsflug gemacht, das war ein Staatsbesuch nach Belgrad, wo die Treppe nicht da war, ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern können.

Obmann Dr. **Steger:** Deswegen kennt ja jeder diesen Flug. Sie müssen immer die Treppen vergessen.

Lauda: Genau. Und was diesen Flug angeht zum Beispiel, das ist meiner gewesen oder einer meiner Firma, ich war leider nicht dabei. Das sind ganz normal verkaufte Flüge. Genauso, wenn Sie einen Flug buchen, bekommen Sie eine Rechnung dafür und müssen Sie zahlen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage, die ich an Sie habe: Gibt es da fixe Preislisten, nach denen Sie fakturiert haben, oder gibt es da Super-Superpreise für Regierungsmitglieder?

Lauda: Leider geht das bei mir nicht so, weil ich ein Privatunternehmen bin. Da ist es im allgemeinen so, daß eine Anfrage kommt: Was kostet so ein Flug? Jetzt zum Beispiel, der letzte war nach Kairo. Dann rechne ich mir das aus, dann kostet das, ich weiß es nicht auswendig, 200 000 S.

Nachdem den Belgrader Staatsbesuch ich gemacht habe und nicht die AUA, kommt die AUA her und sagt: Das kostet bei uns nur 100 000 S. Und dann fliegt die Regierung natürlich selbstverständlich mit dem billigeren Flugzeug. Also im allgemeinen ist es jetzt so, daß ich mit meinen normalen Preisen eigentlich gar nicht mehr fliegen kann, weil die AUA das immer unterbietet.

Obmann Dr. **Steger:** Also man kann jedenfalls ausschließen, daß Sie irgendwann einmal unter irgendeinem Titel Geld bekommen haben in irgendeiner anderen Firma, und deswegen dann fliegen mit der Lauda-Air, das könnten Sie sich gar nicht leisten. Habe ich das richtig zusammengefaßt?

Lauda: Das kann ich mir nicht leisten, und das ist ein normal kommerzielles Unterneh-

men, wo also auf Leistung geflogen wird, und die Leistung muß bezahlt werden.

Obmann Dr. **Steger:** Jedenfalls, ein derartiger Zusammenhang ist auszuschließen.

Lauda: Absolut auszuschließen.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich fragen, welche weiteren Zusatzfragen sonst bestehen? — Herr Abgeordneter Dr. Feurstein bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Lauda! Wenn Herr Prutscher erklärt, daß Sie tatsächlich Kontakte zu potentiellen Abnehmern hergestellt haben, so entnehme ich Ihrer bisherigen Aussage, daß diese Aussage des Herrn Prutscher falsch ist. Bin ich da richtig?

Lauda: Ich habe Kontakte herzustellen versucht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er sagt ausdrücklich: Er hat Kontakte zu potentiellen Abnehmern hergestellt. Damit hat er seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllt.

Lauda: Ob er dann das Geschäft macht oder tut oder dorthingeht und kontaktiert. Vielleicht hätte er in Persien allein seine Infrastruktur machen können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im weiteren sagt Herr Prutscher dann auf die Frage, wieviel Personen Herr Lauda ihm bekannt gemacht hat, als Antwort: „So vielleicht vier bis fünf Personen." Können Sie uns die Namen jetzt nennen, zu denen Sie diese Kontakte für den Herrn Prutscher hergestellt haben?

Lauda: Die einzigen Kontakte, die ich überhaupt herzustellen in der Lage war, waren die, die über dieses Rennbahnprojekt an mich herankamen, aber über die oberste Sportbehörde. Und zwar ist das nicht so, daß ich hinuntergehe zu den Persern und sage: Wollt ihr da eine Rennstrecke bauen? Die Perser kamen nach Paris und sagten: Wir wollen etwas machen. Was sollen wir jetzt tun? So kam das zustande. Das habe ich dem Prutscher gesagt: Du, paß auf, die wollen da unten etwas machen, was ist? Wir fahren jetzt hinunter und müßten da etwas tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es geht mir nur darum, ob diese Aussage des Herrn Prutscher richtig ist. Ich habe sie Ihnen vorgelesen.

Lauda: Ich weiß nicht. Ich habe ihm da genannt, der Sohn vom Schah will seine Rennstrecke bauen. Kümmere dich du darum, daß du da unten deine Sachen machen kannst. Ich habe ihm verschiedene Leute gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ihm also Namen genannt?

Lauda: Aber über die Pariser Fiakan *(phonetisch)*, und das kam natürlich immer wieder über den Automobilklub, der da unten im Land zuständig war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ihm also Namen genannt?

Lauda: Namen nicht. Wahrscheinlich Automobilklubs.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht einmal Namen?

Lauda: Ich weiß es nicht. Interessensgruppen, die da unten waren. Ich kann mich aber jetzt nicht mehr erinnern, wie die heißen oder was die gemacht haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, es könnte die Möglichkeit bestehen, da unten ein Geschäft zu machen, kümmern Sie sich darum.

Lauda: Nein. Das Ganze war so, daß er erfahren hat, daß ich derjenige Fahrer war, der delegiert wurde, sich darum zu kümmern. Und das war für ihn anscheinend damals genug, diesen Vertrag abzuschließen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wollten ja nicht fahren.

Lauda: Und der Grund, warum 5 Millionen Schilling sind und nicht Provisionen, war der, daß ich ihm gesagt habe: Du, ich kann nie mehr überprüfen, wieviel Geschäft du jetzt machst oder nicht. Deswegen interessiert mich nicht eine einprozentige Beteiligung oder was immer. Wenn du dir so viel Geschäft erhoffst, dann zahle gleich einmal aus, und fertig. Das, was ich mit jedem Vertrag mache.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat der Herr Kirchhofer oder der Herr Udo Proksch über diese ganzen Dinge bis ins Detail informiert?

Lauda: Ich nehme an, daß er von Herrn Prutscher informiert war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von Ihnen? Er war ja Ihr Bevollmächtigter, er war nicht der Bevollmächtigte des ...

Lauda: Ja, sicher. Er wußte genau: Der Vertrag kann nur so zustande kommen, sonst wird er nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Rechtsanwalt Dr. Damian?

Lauda: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In was für einem Zusammenhang?

Lauda: Er vertritt die Lauda-Air im Verkehrsministerium.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Dr. Damian auch in anderen Fragen Kontakt gehabt?

Lauda: Nie. Das einzige, wofür er als Anwalt für mich kämpfen muß, sind die Verkehrsrechte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie kennen die Kontakte des Dr. Damian in Blickrichtung AKH?

Lauda: In keinster Weise. Ich kenne den Dr. Damian nur in den Angelegenheiten, die ich von ihm als Anwalt brauche.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): „Neue Heimat", Infrabau?

Lauda: Nichts, keine Ahnung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Größenordnung bewegen sich überhaupt diese Aufträge, die von österreichischer Seite an die Niki Lauda Hongkong gehen im Jahr?

Lauda: Welche Aufträge meinen Sie?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben einige genannt. Sie haben genannt Römerquelle.

Lauda: Der Römerquelle-Vertrag war, glaube ich, eineinhalb Millionen Schilling. Das wird eh drinstehen, ich weiß es nicht genau. Können Sie nachschauen, dann haben wir es ganz genau?

Obmann Dr. **Steger:** Ich kann es Ihnen gleich sagen. *(Sieht in den Unterlagen nach.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, ungefähr.

Lauda: Das war immer zwischen einer Million und eineinhalb Millionen Schilling, je nach Bank oder Mineralwasser.

Obmann Dr. **Steger:** Eine Million, Herr Lauda.

Lauda: Eine Million.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Sie eigentlich mit dem Dr. Damian bekannt gemacht? Und wie groß ist das gesamte Volumen, das hier abgewickelt wird über die Niki Lauda Hongkong, das gesamte Volumen, das Jahresvolumen an Aufträgen. Sie müssen es nicht sagen, aber ...

Lauda: Das weiß ich nicht. Die österreichischen Sachen sind in der Höhe, wie ich Ihnen gesagt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1 Million? Eines war jetzt einmal 5 Millionen.

Lauda: Es war immer nur eine Firma in Österreich. Es war entweder die Raiffeisenkasse, die Erste Österreichische Spar-Casse oder die Römerquelle oder im letzten Fall der Prutscher. Der Prutscher war der höchste.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der war 1977?

Lauda: 1977.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie mit dem Herrn Dr. Damian bekannt geworden?

Lauda: Ich wußte, daß seine Frau lange Jahre im Verkehrsministerium gearbeitet hat und das Verkehrsministerium ein sehr schwieriges Projekt ist. Wenn man da falsch hineinruft, kriegt man überhaupt nichts. Ich habe mir gedacht, ich nehme mir lieber den, der mit dem Verkehrsministerium in guter Verbindung ist, das war der Dr. Damian.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Sie jemand darauf aufmerksam gemacht, daß der Dr. Damian gute Beziehungen hat? Udo Proksch zum Beispiel? Sonst jemand aus dem Kreis?

Lauda: Nein. Ich muß ehrlich sagen, ich weiß es nicht mehr. Vielleicht durch den Vogl, den Mann im Verkehrsministerium, der immer gut von ihm gesprochen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer ist der Vogl?

Lauda: Ministerialrat Vogl, der ist zuständig für die ganzen Verkehrsrechte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es könnte sein, daß er Ihnen empfohlen hat, wenden sie sich an den Dr. Damian.

Lauda: Als Vertreter. Weil ich, wenn ich allein hinginge, nichts erreiche.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, Sie haben Wert gelegt auf die Feststellung, daß Sie den Herrn Prutscher nicht getroffen haben im Club 45. Nämlich der Herr Abgeordnete Bergmann hat gefragt: Haben Sie den Herrn Prutscher öfters getroffen im Club 45, und Sie haben gesagt: Nein, den habe ich dort nicht getroffen. Es ergibt sich die Folgefrage: Sind Sie Mitglied im Club 45 oder öfters Gast dort?

Lauda: Nein. Das einzige, wo ich manchmal hingehe, ist, würde ich sagen, alle 3 Wochen auf ein Huhn-Nudel-Bries, weil das echt gut dort ist. Ich bin aber weder Mitglied im Club noch sonst irgendwo.

Obmann Dr. **Steger:** Also Sie gehen zum Herrn Proksch essen, ab und zu, wenn Sie in Wien sind, heißt das?

Lauda: Richtig. Und da bin ich meistens nicht im Club 45, sondern irgendwo oben oder unten, wo ich mit ihm sitze und spreche. Das hat mit dem ganzen Club nichts zu tun.

Obmann Dr. **Steger:** Und Sie sind auch nicht Mitglied?

Lauda: Nicht Mitglied und nicht dabei, gar nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Und dieser Klub CUM, kennen Sie diesen Verein?

Lauda: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Da sind Sie auch nicht dabei, wenn Sie ihn nicht kennen.

Ich habe sonst keine Frage mehr. Auf Wiedersehen. *(Zeuge Lauda verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Dr. Heinz Damian

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Damian, bitte wenn Sie vortreten und hier Platz nehmen vor dem Mikrophon.

Herr Dr. Heinz Damian, ich darf Sie als Zeugen begrüßen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der eingesetzt wurde auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates zu drei Punkten, und zwar im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien zur Untersuchung

erstens der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Ich kann sicher die Rechtsbelehrung bei einem Berufskollegen wesentlich kürzer gestalten als in anderen Fällen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß wir nach der Geschäftsordnung des Nationalrates vorzugehen haben und dort enthalten ist, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. Dort sind alle Rechte und Pflichten eines Zeugen drinnen. Insbesondere verweise ich Sie auf § 153 mit den allfälligen Entschlagungsmöglichkeiten.

Darüber hinausgehend ist bei Ihnen natürlich immer darauf Bedacht zu nehmen, was Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Rechtsanwalt anvertraut wurde, wo Sie also im Rahmen Ihrer Berufsrechte und Ihrer Standespflichten einer Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Ich bitte Sie, in einem derartigen Fall uns selbst darauf aufmerksam zu machen.

Wie Sie aber wissen, ist das nicht generell so, daß daher überhaupt keine Befragung möglich ist, sondern dann haben Sie eben bei einem allfälligen Themenkreis darauf zu verweisen, daß hier Sie nur Antwort geben könnten unter Verwendung dessen, was Ihnen im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit an Informationen zugekommen ist.

Am Beginn erbitte ich Ihre Generalien: Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift. Bitte, Herr Zeuge.

Dr. **Damian:** 56 Jahre alt, verheiratet, Rechtsanwalt, Kanzleianschrift 1060 Wien, Linke Wienzeile 4; da bin ich am sichersten erreichbar.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abg. Ing. Hobl, bitte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich möchte für meine Fraktion sagen: Wir werden den Herrn Zeugen jetzt nicht Fragen stellen, aber eventuell ersuchen, daß wir Zusatzfragen stellen dürfen im Rahmen der Befragung.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, bitte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, waren Sie in irgendeiner Weise für die AKPE tätig?

Dr. **Damian:** Als Rechtsanwalt?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Überhaupt.

Dr. **Damian:** Als Parteienvertreter, als Rechtsanwalt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In welchen Angelegenheiten?

Dr. **Damian:** Ich möchte eines dazu sagen. Es ist leider auf der Ladung kein Beweisthema angegeben. Daher ist natürlich die Vorbereitung etwas schwierig. Ich bitte daher um Verständnis dafür, daß ich natürlich das nur aus der Erinnerung machen muß.

Wenn Sie mich jetzt fragen, Herr Abgeordneter, welchen Zeitraum, so fällt mir das schon schwer. Seit einigen Jahren als Anwalt mit diversen Gutachten, mit diversen Erledigungen und was so die anwaltliche Tätigkeit mit sich bringt. Prozeßführung keine.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie waren einige Zeit — kann man es so sagen — Anwalt der AKPE. *(Dr. Damian: Anwalt der AKPE, ja!)* Welcher Zeitraum war das ungefähr?

Dr. **Damian:** Das wird etwa der Zeitraum der letzten drei, vier Jahre sein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren neben Ihnen noch andere Anwälte regelmäßig tätig, oder waren Sie sozusagen der Stammanwalt?

Dr. **Damian:** Die Konkurrenz ist hart in unserem Beruf, wir wissen nicht immer, wer

noch daneben werkt. Es hat in der Endphase dann der Aufsichtsrat noch einen Anwalt zugezogen, den Herrn Dr. Schachter. Aber auf der Vorstandsebene, glaube ich, war ich lange Zeit der einzige.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie auch Vorstandsmitglieder persönlich vertreten?

Dr. **Damian:** Wir sind eine Doppelkanzlei: Dr. Amhof — Dr. Damian. Eine zwar nicht registrierte Sozietät, aber faktisch eine Sozietät. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Also eine Kanzleigemeinschaft!)* Das heißt also, was der eine nicht tut, tut der andere.

In Pressesachen haben wir vertreten die Vorstandsmitglieder — ich nehme an, daß sich das auf den Herrn Dr. Winter beziehen wird —, den Herrn Dr. Winter bis zu der Veröffentlichung, die letztlich die ganze Sache ausgelöst hat, bis zu der „profil"-Veröffentlichung etwa.

Jetzt möchte ich eines sagen; ich weiß nicht, wie die Fragestellung geht. Ich habe mir gestern im Hinblick auf die Ladung die Entbindung vom Herrn Generaldirektor Kraus verschafft. Natürlich, in dem persönlichen Bereich habe ich sie mir nicht verschafft, aber ich nehme an, daß da ja keine sehr wesentlichen Fragen ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich möchte nur den Ausschuß darauf aufmerksam machen, daß an sich bereits die Nennung von Vollmachtsverhältnissen nur mit Entbindung geht. Ich sage es wertfrei.

Dr. **Damian:** Es ist schon in den Zeitungen gestanden, in den Zeitungen, die ja alles bekanntlich immer früher und besser wissen als alle anderen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich sage das vollkommen wertfrei. Ich möchte das nur festhalten. In dem Bereich, wo Sie entbunden sind — da bin ich dankbar, daß Sie gesagt haben, daß Herr Dr. Kraus Sie entbunden hat für die AKPE —, dort kann daher auch alles nachgefragt werden. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, ich bitte die Mühe der Beobachtung dieser Verschwiegenheitspflicht nicht mir zu überlassen, sondern, wenn Sie glauben, daß Sie in Kollision damit kommen, rühren Sie sich. Ich gehe bewußt das Risiko ein, daß ich Ihnen Fragen stelle, wo Sie dann sagen: Das kann ich aus dem und jenem Grund nicht beantworten. Aber ich ziehe es vorläufig einmal nicht in Betracht, das werden Sie bitte verstehen.

Haben Sie auch Aufsichtsratsmitglieder der AKPE persönlich beraten oder vertreten?

Dr. **Damian:** Ich weiß nicht, wer im Aufsichtsrat der AKPE war, bitte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also in dieser Eigenschaft.

Dr. **Damian:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie uns etwas sagen darüber, wer hier Sie sozusagen geholt hat — also wie dieses Vertrauensverhältnis, das ja Voraussetzung einer solchen ständigen Mandantschaft ist —, wer Sie hier geholt hat?

Dr. **Damian:** Dr. Schwaiger.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Dr. Schwaiger also, Vorstandsmitglied der AKPE. Winter war da nicht eingeschaltet, Wilfling oder ...

Dr. **Damian:** In der Urzeit meiner Anwaltschaft habe ich mir eine Statistik gemacht, wer wen empfohlen hat. Das geht natürlich, wenn die Kanzlei klein ist. Bei meinem Umfang geht das nicht mehr, ich weiß also nicht, wer so freundlich war, mich der AKPE zu empfehlen; das weiß ich nicht. Wir haben alle möglichen Firmen und Körperschaften, Organisationen vertreten, ich bin außerstande das festzustellen. Aber der echte Kontakt, der Direktkontakt war mit Dr. Schwaiger.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie auch die Stadt Wien oder Betriebe der Stadt Wien vertreten?

Dr. **Damian:** Ja, mein Gott ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Holding, Firmen, die in der Holding sind.

Dr. **Damian:** Bitte noch einmal: Ich will in keiner Weise nicht kooperativ sein. Aber an sich ist natürlich die freundliche Erinnerung von meinem Berufskollegen und Vorsitzenden Dr. Steger richtig. Normalerweise darf man natürlich die Klienten nicht nennen. Ich bin überzeugt, daß meinen Klienten in diesem Bereich das sicherlich gleichgültig wäre. Aber ich bin gerne bereit, das zu tun, und ich bin gerne bereit, noch einmal, wenn der Hohe Ausschuß es wünscht, zu erscheinen und es dann bekanntzugeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Konkret würde mich interessieren, ob Sie für die ODELGA tätig waren.

Dr. **Damian:** Ich muß darauf dasselbe sagen, bitte. In Pressesachen ist in der Zeitung gestanden, daß wir die ODELGA vertreten.

Obmann Dr. **Steger:** Wobei es deutlich genug ist, wenn Sie sagen: Ich kann erst etwas sagen, bis ich entbunden bin. Man kann daraus ja etwas schließen.

Dr. **Damian:** Ich habe mit Herrn Dr. Steger noch nie Prozeß geführt, muß ich sagen. Ich bin ihm auch noch nie begegnet im Gerichtssaal.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Kann ja noch werden!

Sie dürfen es jetzt nicht übelnehmen, Herr Zeuge, es gehört leider zu unserer Neugierde, die wir hier als Mitglieder des Untersuchungsausschusses entwickeln, daß wir bei den Agierenden versuchen, sie irgendwo zuzuordnen bestimmten Bereichen oder Interessenkonstellationen. Daher schicke ich voraus, daß Sie meine Frage verstehen. Sind Sie mit dem Bürgermeister Gratz in einem näheren Bekanntschafts- oder Vertrauensverhältnis?

Dr. **Damian:** Auch das ist sicher bekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist bekannt. Bezieht sich das auch auf den Dkfm. Dr. Franz Bauer?

Dr. **Damian:** Herr Abgeordneter, ich zähle den Herrn Dkfm. Bauer zu meinem Bekanntenkreis, den Herrn Bürgermeister Gratz, zähle auch einige der hier anwesenden Herren zu meinem Bekanntenkreis; ob sie sich als meine Freunde betrachten, muß ich ihnen überlassen zu beurteilen. Es sind auch viele Herren Ihrer Partei, die ich zu meinen Bekannten und Freunden zählen kann, aber leider keiner davon ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es geht mir nur darum, irgendwelche personellen Verbindungen, die an sich nichts Anrüchiges sind ...

Dr. **Damian:** Nein, nein, ich bitte, es ist in meinem Beruf so, daß man natürlich sicherlich nicht unabhängig ist und sicherlich auf Grund von persönlichen Verbindungen auch Geschäft macht; das ist leider nicht zu vermeiden. Aber im großen und ganzen glaube ich, ohne überheblich zu sein, daß es doch meine Leistung war, die mich meistens berufen hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Daran zweifle ich überhaupt nicht, Herr Doktor, aber ich glaube, daß schon ein gewisses Naheverhältnis zur Mehrheitspartei im Rathaus bei Ihnen vorhanden ist.

Dr. **Damian:** Ich bin Mitglied der Mehrheitspartei.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Auch beim Club 45?

Dr. **Damian:** Die Frage wird immer gestellt, von jedem. Ich halte diese Frage an sich für unzulässig, aus prinzipiellen Erwägungen. Ich weiß nicht, ob man hier nach allen Vereinen fragt. Ich möchte nicht unhöflich sein und jetzt alle Vereine aufzählen, wo ich dabei bin, es ist an sich auch ein Kleingartenverein. Aber es ist sicherlich in Wien bekannt, daß ich dem Club 45 angehöre.

Obmann Dr. **Steger:** Sie werden an sich nicht nach allen Vereinen gefragt. Es wäre aber genauso denkbar, daß natürlich jemand dann fragt: Sind Sie Mitglied der Mafia? Sind Sie Freimaurer? Aber in dem Fall hat die Frage nur geheißen: Sind Sie Mitglied im Club 45? Wir haben diese Frage bisher immer für zulässig erklärt. Bitte, Herr Zeuge.

Dr. **Damian:** Ich finde, sie geht in die Privatsphäre hinein. Ebenso die Frage nach Freunden. Die Frage nach Freundinnen wäre zum Beispiel auch unzulässig.

Ich will nicht polemisieren, aber es ist ja bekannt, daß ich dem Club 45 angehöre. Der Herr Dr. Kohlmaier weiß es ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, Sie haben es uns schon erleichtert mit dieser Antwort. Was haben Sie jetzt gesagt: daß Sie Mitglied sind, oder wie war das?

Dr. **Damian:** Ja, sicherlich.

Obmann Dr. **Steger:** Eben! Brauche ich daher auch nicht mehr zu begründen, warum die Frage doch wichtig ist.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nur damit jetzt kein falscher Ton hereinkommt, Herr Zeuge. Ich sage Ihnen ganz simpel: Wir haben einfach den Eindruck, daß der Club 45 eine gewisse Drehscheibe für Kontakte bestimmter Art war, die über das Private hinausgehen. Das ist einfach der Grund. Vielleicht stimmt es nicht, es ist eine Vermutung.

Ich versuche hier, über eine Vermutung oder über eine Meinung mir ein Urteil zu bilden. Wenn Sie glauben, daß eine Frage unzulässig ist, dann sagen Sie es bitte, aber ich habe sie gestellt, und Sie haben sie beantwortet.

Jetzt bitte, da Sie vom Generaldirektor Kraus der Verschwiegenheit entbunden wurden: Wie war Ihre Einschaltung, welcher Art, bei der Vergabe des ABO-Auftrages?

Dr. **Damian:** Überhaupt nicht. Überhaupt nicht! Ich habe damit überhaupt nichts zu tun.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie scheinen im Kontrollamtsbericht auf Seite 355 auf.

Dr. **Damian:** Ich kenne den Kontrollamtsbericht nicht. Darf ich bitte wissen, was dort steht im Kontrollamtsbericht auf Seite 355?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wir werden das in der Zwischenzeit beschaffen.

Dr. **Damian:** Also mit der Vergabe irgendeines Auftrages habe ich überhaupt nichts zu tun. Bitte, überhaupt nichts. Kann man das einmal feststellen, daß das ein Irrtum ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich eine Zusatzfrage stellen? Ohne den Kontrollamtsbericht vor mir liegen zu haben, aber Sie kommen nach meinem Dafürhalten nur einmal vor, nämlich dort, wo der Kontrollamtsbericht festhält, daß Sie sowohl als Anwalt der ABO als auch als Anwalt der ÖKODATA aufgetreten sind bei der Vertragsschließung rund um den ABO-Vertrag, daß Sie also den Vertrag begutachtet haben. — Dort kommt der Kontrollamtsbericht, gleich kann ich es Ihnen vorlesen.

Dr. **Damian:** Wenn der überall so richtig ist wie da, dann ist das traurig. Denn ich muß sagen, ich habe überhaupt nichts damit zu tun! Das ist eine völlige Verwirrung. Mit diesem Komplex ist unsere Kanzlei ja überhaupt erst befaßt worden zur Zeit der Presseangriffe, also zu einer Zeit, wo doch längst die Aufträge alle erledigt waren. Die ist doch erst viel später befaßt worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich die Stelle vorlesen: „Am 18. Mai 1978 erstattete das Anwaltsbüro Amhof — Damian, das sowohl die Firma O." — das ist ODELGA; insofern war meine ÖKODATA aus der Erinnerung falsch — „als auch die AKPE vertrat, ein Gutachten zu den von den beiden Vertragsparteien ARGE AKH, vertreten durch die AKPE einerseits und ABO andererseits, jeweils erstellten Vertragsentwürfen."

Dr. **Damian:** Es ist furchtbar schwer, ohne Vorbereitung solche Sachen zu beantworten. Dadurch, daß wir eine Doppelkanzlei sind, welche Gutachten da jemals über irgend etwas geschrieben worden sind, jetzt aus dem Stegreif zu sagen, ist furchtbar schwer. Aber ich halte das für unmöglich.

Ich habe mit einer Auftragsvergabe nichts zu tun gehabt. Ob irgendwann einmal etwas begutachtet worden ist, das ist durchaus möglich.

Das kann ohneweiters sein, daß irgendwas einmal begutachtet worden ist in unserer Kanzlei. Wir sind eine Kanzlei, in der einige Juristen tätig sind. Also es ist durchaus möglich. Aber mit einer Auftragsvergabe haben wir wirklich nichts zu tun.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es wird am besten sein, ich halte Ihnen jetzt einmal diese Stelle aus dem Kontrollamtsbericht vor, und Sie sagen: Kann stimmen, stimmt nicht oder stimmt.

Wie der Kollege Steinbauer schon gesagt hat: „18. Mai 1978 erstattete das Anwaltsbüro Dr. A. Dr. D" — das ist offenbar Amhof und Damian —, „ das sowohl die Firma ODELGA als auch die AKPE vertrat, ein Gutachten zu den von den beiden Vertragsparteien ARGE AKH, vertreten durch die AKPE einerseits und ABO andererseits, jeweils erstellten Vertragsentwürfen."

Dr. **Damian:** Da muß ich nachschauen. Schauen Sie, ich habe so ein Paket AKPE-Akten. Also, ob da irgendwann einmal ein Gutachten erstellt wurde . . .Vielleicht habe ich die Frage falsch verstanden, weil Sie gesagt haben: bei der Auftragsvergabe. Also mit Auftragsvergabe haben wir sicher nichts zu tun, weil die Auftragsvergabe erfolgt ja bei der AKPE durch den Vorstand im Zusammenwirken mit dem Aufsichtsrat nach bestimmten Richtlinien. Also da ist der Anwalt sicherlich nicht damit befaßt. Die Anwälte haben viel zu tun, aber Aufträge, glaube ich, können wir wirklich nicht vergeben.

Aber ob irgendwann einmal ein Gutachten hinausgegangen ist, das kann ich nicht ausschließen. Aber, wie gesagt, ich müßte nachschauen. Ich verfüge über ein ordentliches Aktenlager, ich kann das in relativ kurzer Zeit feststellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich gratuliere Ihnen dazu, daß Sie so viel beschäftigt sind, daß Sie das nicht mehr in Erinnerung haben *(Dr. D a m i a n: Das ist sicher drei Jahre her!)*, aber es geht hier um eine prinzipielle Frage. Denn wie Sie wissen, war die Firma ODELGA am Auftrag beteiligt, also als Auftragnehmer beim ABO-Vertrag, AKPE war Auftraggeber. Und darum werden Sie sich als Anwalt nicht wundern, wenn ich die Frage nach einer Interessenkollision ebenso aufwerfe, wie sie das Kontrollamt hier hat anklingen lassen.

Dr. **Damian:** Da kann irgendwann einmal ein Gutachten gewesen sein. Ich müßte es feststellen. Es ist furchtbar schwer zu sagen. Wissen Sie, auch als Anwalt ist man in der Gedächtnisfähigkeit nicht besser als andere Menschen. Ich muß mir das anschauen. Es ist möglich.

Ich bitte, meine negative Beurteilung des Kontrollamtes nicht mißzuverstehen. Ich war der Meinung, es wird gefragt, ob wir bei einer Auftragsvergabe mitgewirkt haben. Also das sicherlich nicht. Ich glaube, darüber besteht Klarheit. Damit haben wir wirklich nichts zu tun.

Aber daß ein Gutachten einmal gemacht wurde, das ist denkbar.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also es wäre denkbar, daß Sie dieses Gutachten für die AKPE gemacht haben?

Dr. **Damian:** Es kann auch mein Kollege gemacht haben, ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Oder Ihr Kollege.

Dr. **Damian:** Das ist denkbar. Ob das Gutachten gemacht wurde für die AKPE oder für die

ODELGA ... Ich glaube aber, eher das, was Sie meinen, ist für die ODELGA geschehen.

Obmann Dr. **Steger:** Wir brauchen uns damit nicht sehr lange aufzuhalten. In wenigen Minuten bringe ich Ihnen das Gutachten.

Dr. **Damian:** Ich glaube, es war folgendes — aber bitte, das ist jetzt mit Vorsicht, unter allen Vorbehalten der Erinnerung, ich glaube, daß die Sache so war: daß ein Gutachten irgendwann einmal für die ODELGA gemacht wurde und die AKPE dann ersucht hat, ob sie das Gutachten bekommen kann oder so etwas. Ich kann mich aber nicht daran erinnern.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wenn Sie das Gutachten aber sehen, könnten Sie dann unter Umständen das noch präzisieren?

Dr. **Damian:** Sicher. Ich werde auch, wenn es notwendig ist, mir gerne den Akt anschauen, werde mir von der ODELGA auch die notwendige Entbindung verschaffen, damit da auch keine Probleme sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Sind Sie einverstanden, wenn dazu noch eine ergänzende Frage der Kollege Steinbauer stellt?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, Herr Zeuge! Nun ist offenkundig ja das Gutachten auch in Ihrer Erinnerung langsam sichtbar, und es wird wohl schwerlich hier ein Gutachten erwähnt sein mit Datumsangabe, das voll erfunden ist.

Meine Frage richtet sich aber dahin gehend: Mußten Sie nicht eine solche Gutachtenerstellung auf Grund der Interessenkollision zurückweisen, mußten Sie nicht als ODELGA-Anwalt einerseits in der ABO steckend und als AKPE-Anwalt andererseits eine Begutachtung von zwei einander gegenüberstehenden Vertragspartnern, die Sie beide vertreten, zurückweisen?

Dr. **Damian:** Erstens einmal ist darauf schwer zu antworten, wenn ich das Gutachten nicht kenne im Moment. Ich weiß es jetzt nicht. Aber grundsätzlich ist bei der Interessenkollision folgendes: Die Interessenkollision ist ja nur dann gegeben, wenn sie von den Partnern als solche angesehen wird. Wenn die Partner des Vertrages der Meinung sind, daß sie Vertrauen zu einem Anwalt haben, so hat der Anwalt meines Erachtens diesem Umstand Rechnung zu tragen und kann ohne weiteres beide Teile beraten, es sei denn, es ergibt sich aus der Tätigkeit irgendein Umstand, der das unmöglich macht. Aber solange ich das Gutachten nicht kenne, ist schwer darauf zu antworten.

Ich diskutiere mit Ihnen im luftleeren Raum, Herr Abgeordneter, weil ich das Gutachten nicht kenne, weil ich nur eine ganz dunkle Erinnerung an die Geschichte habe, und ich bitte, das zu verstehen. Die Herren sind hier mit der Sache jetzt primär befaßt, und für sie ist das natürlich sozusagen das tägliche Brot. Für mich ist das ein zurückliegender Fall von vielen, noch dazu Jahre zurückliegend. Und ich danke, daß Sie meinen, ich habe so viel zu tun. Aber das ist tatsächlich so. Man kann in dem Beruf nur dann existieren, wenn man Sachen, die erledigt sind, irgendwo wegsteckt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich möchte Sie nur auf etwas aufmerksam machen, ohne daß mir dann vorgehalten wird, daß ich Ihnen damit helfe. Nur zu sagen: Wenn ich den Fall nicht kenne, kann ich nicht beantworten, ob es nicht eine Interessenkollision war; das ist eigentlich eine sehr gefährliche Antwort für einen Rechtsanwalt.

Dr. **Damian:** Na ja, ich müßte mir das anschauen, Herr Vorsitzender. Ich bin außerstande, dazu etwas zu sagen, wenn ich nicht weiß, um was es geht. Ich bin gerne bereit, das zu tun, dann werde ich sichlerlich entsprechend Aufschluß geben können. Auch bei Gericht, wenn ein Anwalt als Zeuge vernommen wird und er hat keinen Akt zur Verfügung, ist das sinnlos.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Nur es gibt eine ganze Reihe von Gründen zu glauben, daß die ABO in diesem Vertrag gegenüber der AKPE eine extrem günstige Stellung vertraglich abgesichert hat. Gewisse Gleitklauseln, Bindung an den Metallarbeiterindex, et cetera, et cetera, Sonderkonditionen für die deutschen Partner und dergleichen mehr.

Ich bitte Sie daher schon, nachzudenken und sich zu erinnern, wer Sie zu diesem Gutachten aufgefordert hat, noch dazu, wo ja offenkundig Ihre Tätigkeit wieder nicht so im Zusammenhang mit der AKPE und ODELGA war, daß Sie laufend Gutachten zu so großen Verträgen — es gab nur diesen einen — zu erstellen hatten in dem Zusammenhang.

Daher meine Frage: Wer hat Sie damals zu dem Gutachten aufgefordert? Welche Seite war das? Und haben Sie in der Rückerinnerung den Eindruck, daß einer der beiden Partner hier eine günstigere Vertragssituation erzielen konnte?

Dr. **Damian:** Herr Abgeordneter! Ich weiß es nicht. Ich muß den Akt haben. Ohne Akt bin ich nicht imstande, darüber Auskunft zu geben. Ich muß den Akt sehen. Den werde ich mir gerne beschaffen, ich bin gerne bereit, das dann zu tun. Aber ohne den Akt kann ich darüber keine Auskunft geben, weil ich es nicht weiß. Das ist unmöglich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Bei allen unseren Recherchen spielt der Herr Dr. Wilfling eine ziemlich bedeutende Rolle. Hat sich Dr. Wilfling eingeschaltet in der Frage Vertretung ODELGA? Wissen Sie das noch?

Dr. **Damian:** Ich muß wieder darauf zurückgehen, daß ich in dieser Richtung keine Entbindung habe, bitte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, sagen Sie es einfach. Es ist in Ordnung. Sie brauchen es nicht zu begründen. Ich nehme es zur Kenntnis.

Dr. **Damian:** Wenn man nämlich das auf die Ladung draufschreiben würde, dann würde das für alle Beteiligten leichter sein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Völlig klar. Aber noch einmal: Ich gebe mich damit zufrieden, wenn Sie sagen: Ich bin hier nicht entbunden. Sie brauchen es nicht zu begründen. Ich achte und respektiere Ihr Berufsgeheimnis. Das ist überhaupt keine Frage.

Bitte bei der AKPE: War das eine Konsulententätigkeit, die Sie hier entfaltet haben, also eine beratende Tätigkeit?

Dr. **Damian:** Es war kein Vertrag, sondern eine fallweise Heranziehung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Könnten man es so bezeichnen: für spezielle Rechtsfragen von besonderer Bedeutung, wie es einmal erwähnt wurde?

Dr. **Damian:** Ich weiß nicht, ob es besondere Bedeutung hat. Die Heranziehung, vielleicht wird Sie der Umfang interessieren.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja.

Dr. **Damian:** Der Umfang war etwa ... Da waren Besprechungen 14tägig etwa, ein Gespräch mit dem Vorstand, eigentlich nur mit den Herren Schwaiger und Parzer. Ich habe den Dipl.-Ing. Winter eigentlich erst fast am Ende meiner Tätigkeit kennengelernt. Erst viel später.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ergibt sich ja aus der Natur der Sache, weil er ja für die technischen Belange zuständig war.

Dr. **Damian:** Mit der kaufmännischen Leitung. Und wenn Fachfragen waren, war der Ing. Parzer *meistens* dabei.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sind Sie nach Leistung honoriert worden oder war das eine vereinbarte Pauschalierung, etwa im Sinne eines Konsulenten?

Dr. **Damian:** Nein, keine Pauschalierung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Sie sind nach jeweils abzurechnender ...

Dr. **Damian:** Immer nach Leistung. Von Zeit zu Zeit wurde halt Note gelegt über die jeweilige Tätigkeit.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich muß jetzt auf einen anderen Bereich übergehen, der uns auch in diesem Zusammenhang berührt hat.

Haben Sie im Bereich des Vorwärts-Verlages oder angeschlossener Firmen eine Tätigkeit entfaltet?

Dr. **Damian:** Auf dieses Problem war ich nicht gefaßt, nicht vorbereitet und habe daher um keine Entbindung angesucht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gilt das auch für die Firmen Merkur, Tractus?

Dr. **Damian:** Die Firmennamen kenne ich aus der Zeitung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mediplan, Infrabau, Neue Heimat?

Dr. **Damian:** Das ist dasselbe Problem mit der Entbindung. Schauen Sie, unsere Kanzlei ist in diesem Bereich und in dieser sogenannten Reichshälfte relativ stark verankert, wie Sie ja wissen. Bei einer Kanzlei, die hier stärker verankert ist, stoßt man immer irgendwo an. Da müßte man eine Entbindung haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also, wenn ich Sie richtig verstehe, Sie verfügen ausschließlich über eine Entbindung von der AKPE?

Dr. **Damian:** Ausschießlich von der AKPE.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und sind daher nicht in der Lage, andere Mandanten betreffend irgendwelche Auskünfte zu geben?

Dr. **Damian:** Heute nicht. Ich würde bitten, wenn ich noch einmal drankomme, mir genau zu sagen, wo ich mir Entbindungen — das ist ein blödes Wort — verschaffen muß.

Obmann Dr. **Steger:** Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Könnte ich mich ganz kurz mit meinen Kollegen besprechen?

Obmann Dr. **Steger:** Wollen Sie eine Unterbrechung?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wenige Minuten.

Obmann Dr. **Steger:** Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

Obmann Dr. **Steger:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es wäre nur festzustellen: Wir haben das selbstverständlich zu respektieren. Wir behalten uns vor, daß wir unter Umständen um eine neuerliche Einvernahme bitten und den Herrn Doktor ersuchen, in der Zwischenzeit bestimmte Entbindungen von der Vertraulichkeit anzustreben. Das würden wir aber dann noch präzisieren.

Ich möchte jetzt noch einmal zum Club 45 kommen. Herr Zeuge, bitte, damit nicht eine überflüssige Debatte stattfindet: Der Club 45 spielt insofern eine Rolle, als eine Reihe von Agierenden dort ihre Kontakte hin hatten und dort in Erscheinung treten.

Ich würde sie also ersuchen, hier nicht mit Gegenfragen zu antworten, sondern das, was mich interessiert, zu beantworten, es sei denn, daß ein Entschlagungsgrund vorliegt.

Darf ich Sie zunächst fragen: Welche Funktion haben Sie im Club 45 derzeit, und welche haben Sie gehabt?

Dr. **Damian:** Ich habe von dem Club ja auch eine Anwaltsvollmacht. Aber bitte, ich werde mich gewissermaßen selber entbinden. Ich bin dort im Club Schriftführer.

Obmann Dr. **Steger:** Damit ist die Frage nach der Entbindung schon beantwortet. Wenn Sie sich selbst entbinden, müssen Sie dort sehr dominierend sein.

Dr. **Damian:** Das werde ich mir genehmigen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber hier würde ich doch unterscheiden zwischen Dingen, die Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Anwalt bekanntgeworden sind, und . . .

Dr. **Damian:** Es wird jede Frage beantwortet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist erfreulich.

Sie sind Schriftführer. Haben Sie auch eine andere Funktion dort innegehabt?

Dr. **Damian:** Nein. Nur Schriftführer.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also immer nur Schriftführer, nicht irgendwie sonst mit der Besorgung der Agenden?

Dr. **Damian:** Schriftführer. Das ist im Vereinsstatut. *(Obmann Dr. Steger: Und Rechtsvertreter?)* Anwalt auch. Statuten einreichen immer. *(Obmann Dr. Steger: Hausjurist?)* Hausjurist, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aus den bisherigen Erhebungen ergibt sich, daß der Herr Zelniczek von der Firma ITT bereits nach seiner Involvierung in die ganze AKH-Angelegenheit im Club 45 aufgenommen wurde. Ist Ihnen davon etwas bekannt?

Dr. **Damian:** Die Mitgliedschaft von den Personen, die in Untersuchungshaft genommen sind, wurde ausgesetzt. Wann die einzelnen Personen als Mitglieder aufgenommen worden sind, bin ich überfragt. Ich bitte um Verständnis. Die Daten der Mitgliedsaufnahme habe ich wirklich nicht alle im Kopf.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nein, nein, das verstehe ich. Es könnte ja sein, daß Sie es wissen.

Dr. **Damian:** Ich weiß nicht, wann der Herr Ing. Zelniczek in der AKH-Sache involviert wurde. Unter involviert kann man verschiedenes verstehen. Erstens versteht man unter involviert, wann die angeblich strafbare Handlung gesetzt wurde. Zweitens kann man darunter verstehen, wann sie aufgekommen ist. Ich kenne beide Daten nicht.

Ich kenne auch nicht das Datum der Aufnahme unter die Mitgliederschaft. Jedenfalls ist es den Grundsätzen des Club 45 widersprechend, daß jemand aufgenommen wird, der in eine Strafuntersuchung verwickelt ist oder der nicht über ein untadeliges Vorleben verfügt. Wenn, wie Sie sagen, der Herr Ing. Zelniczek vorher in die Sache involviert gewesen wäre, dann ist das sicherlich nicht mit Kenntnis des aufnehmenden Vorstandes geschehen.

Derzeit ist die Mitgliedschaft sistiert. Sie ist deshalb nur sistiert und nicht beendet worden, weil ich und auch die anderen Vorstandsmitglieder auf dem Standpunkt stehen, daß in dem Land niemand als verurteilt zu gelten hat, solange das Gericht nicht rechtskräftig verurteilt hat. Die Verurteilung durch Medien ist für meine Einstellung nicht maßgebend.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich glaube, daß hier ein gewisses Mißverständnis über Ihre Rolle vorliegt. Ich würde Sie bitten, weder Rechtsausführungen zu machen noch ein Plädoyer für den Club oder irgendwelche Mitglieder abzugeben. *(Dr. Damian: Sie haben mich gefragt, Herr Abgeordneter.)* Ich habe Sie nur gefragt, ob Sie etwas wissen. Ich zweifle an all dem nicht, was Sie gesagt haben. Ich möchte Sie nochmals ersuchen, Wissensfragen zu beantworten oder zu sagen, ich weiß es nicht.

Also: Sie sind über die näheren Modalitäten und den Zeitpunkt der Aufnahme des Herrn Ing. Zelniczek informiert oder nicht informiert?

Dr. **Damian:** Wie ich bereits ausgeführt habe, ist der Herr Ing. Zelniczek in den Club aufgenommen worden und seine Mitgliedschaft ist derzeit sistiert. Wann er aufgenommen wurde,

weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß seine Mitgliedschaft derzeit sistiert ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wissen Sie, wer ihn geworben hat für den Club 45?

Dr. **Damian:** Nein, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darüber können Sie nichts sagen. — Herr Zeuge, sind Sie mit Ausnahme der Presseberichterstattungen in irgendeine Kenntnis von der Existenz der Firmen PLANTECH und GEPROMA gelangt?

Dr. **Damian:** Das sind die Firmen, die in der Zeitung genannt wurden. Also Liechtensteinische Firmen?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Richtig. Von denen haben Sie außer aus den Berichten der Medien keine Kenntnis oder Kenntnisse darüber?

Dr. **Damian:** Keine, überhaupt keine.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist in Ihrer Gegenwart im Club 45 über diese Firmen etwas gesprochen worden?

Dr. **Damian:** Es ist möglich, nachdem es in den Zeitungen gestanden ist, daß Leute im Club 45 darüber gesprochen haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich sagte, in Ihrer Gegenwart. Ist Ihnen nichts derartiges in Erinnerung?

Dr. **Damian:** Sicher nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Ing. Winter im Club 45 über die Abwicklung von AKH-Aufträgen gesprochen in Ihrer Gegenwart, mit Ihrem Wissen?

Dr. **Damian:** Überhaupt nie. Der Ing. Winter hat den Club, wenn es oft ist, vielleicht drei- oder viermal besucht. Der Ing. Winter war also mehr oder weniger ein Papiermitglied eigentlich. Auch seine Mitgliedschaft ist sistiert.

Herr Abgeordneter, bitte nicht böse zu sein, aber ich glaube, hier existieren Fehlvorstellungen. Ob die gewollt sind oder ob das einfach nicht verstanden wird, das ist eine zweite Sache.

Der Club 45 ist ein Gesellschaftsklub, der sich aus alten Freunden zusammensetzt, die alle einmal beim Verband Sozialistischer Studenten waren — viele davon — und die sich dort halt treffen zu Mittag und dort miteinander tratschen, die aber sicher nicht der Angelpunkt der österreichischen Innenpolitik sind.

Wir werden laufend überbewertet. Es gibt eine Reihe anderer Klubs in Wien auch, die nicht diese Wertung erfahren. — Das ist sicherlich falsch.

Herr Abgeordneter, ich will nicht hier meine Rolle verkennen, ich will Sie auch wirklich nicht anagitieren, denn ich werde Sie sicherlich nicht überzeugen können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Den Eindruck habe ich allerdings.

Dr. **Damian:** Ich kann Sie nicht überzeugen. Aber ich glaube, hier liegen Sie mit Ihren Ansichten vollkommen fehl.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist möglich.

Herr Zeuge! Was wissen Sie über die Inseratenserie „Geschichten vom Dr. Kreisky"?

Dr. **Damian:** Das ist eine Aktion für die Wiederwahl des Herrn Bundeskanzlers im Zuge der letzten Parlamentswahl, die durch ein Komitee auf der einen Seite und durch eine Werbe- und Verlagsfirma auf der anderen Seite betrieben wurde. Das Komitee und die Werbe- und Verlagsfirma sind von mir anwaltlich vertreten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Stoße ich hier wiederum auf die Nichtentbindung?

Dr. **Damian:** Sie stoßen wiederum darauf, aber ich stehe nicht an zu sagen, daß ich an diesem Komitee mitgearbeitet habe, daß ich neben meiner anwaltlichen Tätigkeit hier auch — politischer Auftrag klingt zu hochtrabend — eine politische Tätigkeit gesehen habe. Ich habe mich für die Wiederwahl des Bundeskanzlers eingesetzt und habe hier versucht, auch Persönlichkeiten dafür zu werben. Das habe ich getan. Ich glaube, daß das etwas ist, was sicherlich im Rahmen der Tagespolitik üblich ist. Solche Komitees gibt es ja dutzendweise, die das betreiben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie sagen, Sie haben das Komitee anwaltlich vertreten. Hat dieses Komitee in irgendeiner Form den Status einer juristischen Person erlangt?

Dr. **Damian:** Nein, keine juristische Person.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat dann die Vollmacht unterschrieben bei Ihnen, anwaltlich.

Dr. **Damian:** Bitte, Herr Kollege, Sie wissen genauso wie ich, daß Vollmachten auch mündlich erteilt werden können. Ich glaube aber, es existieren sogar auch schriftliche Vollmachten.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kollege! Sie wissen aber genauso wie ich, daß nur physische oder juristische Personen Vollmachtsverhältnisse begründen können.

Dr. **Damian:** Sicherlich. Und wenn ein Komitee keine juristische Person ist, dann zerfällt es in physische Personen, die Vollmacht erteilen können.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, jede dieser Personen hat Ihnen persönlich Vollmachtsverhältnis erteilt? Juristische Person ist das Komitee nicht geworden?

Dr. **Damian:** Nein, es ist keine juristische Person, sondern es ist so: Dieses Komitee besteht aus Leuten, die bereit waren, Statements abzugeben; die sind in den Tageszeitungen erschienen und sind auch bekannt. Ich habe sie in einer Mappe einmal gesammelt. Wenn ich gewußt hätte, daß das Gegenstand der heutigen Einvernahme ist, hätte ich die Mappe mitgenommen.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben sie da.

Dr. **Damian:** So schön haben Sie es nicht, ich habe das viel schöner. Ich hätte die Mappe mitgebracht. Wir haben auch die gegnerischen Kommentare, alles gesammelt. Wir bilden uns ein, daß das eine erfolgreiche Aktion war, daher haben wir uns das zur Erinnerung aufgehoben.

Obmann Dr. **Steger:** Die Wahlen haben Sie gewonnen. Aber das war nicht die Frage jetzt.

Dr. **Damian:** Das ist in der Politik immer das Entscheidende letztlich.

Diese Personen, die hier aufscheinen, da besteht kein Einwand, sie zu nennen, weil sie ja sowieso bekannt sind.

Es ist aber eine Reihe von anderen Personen dabei, die natürlich diese Aktion gefördert haben, die bei den Besprechungen dabei waren. Diese Personen wollen zum Teil nicht genannt werden, aus dem einfachen Grund, weil sie größtenteils nicht meiner Partei angehören und weil sie halt der Meinung waren, daß sie unabhängig davon interessiert sind, daß der Dr. Kreisky Bundeskanzler wird und nicht der Dr. Taus.

Hier liegt natürlich eine entsprechende Diskretion vor. Unter was man das subsumiert, weiß ich nicht. Ich weiß aber gar nicht, ob der Herr Dr. Kohlmaier die Personen wissen will. Ich nehme an, das wollen Sie sowieso nicht wissen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie eilen immer meinen Absichten weit voraus, wobei Sie manchmal in eine falsche Richtung eilen. Mir geht es hier weniger um Leute, die unter Umständen nicht öffentlich in Erscheinung treten wollen. Das zu dekuvrieren ist nicht meine Absicht, das wäre taktlos. Mir geht es um die Frage der Finanzierung.

Können Sie uns etwas — hier nehme ich ja sicher nicht ein Anwaltsverhältnis an — über die Finanzierung dieser Aktion erzählen?

Dr. **Damian:** Da ist folgendes: Über die Finanzierung kann ich nur sehr beschränkt etwas sagen. Die Finanzierung der Aktion ist ... ich bin ja befugt, hier die Firma zu nennen, das ist die Firma Holliger & Partner in Zürich, das ist ein Verlagshaus, eine bekannte Verlagsfirma und Werbefirma. Diese Firma hat eine Reihe von militärischer Literatur, katholischer Literatur — verschiedene Leser — verlegt.

Diese Firma hat die gesamte finanzielle Abwicklung gehabt. Über diese finanzielle Abwicklung kann ich deshalb nichts sagen, nicht nur, weil ich nicht vom Anwaltsgeheimnis entbunden bin, sondern weil ich nichts weiß davon. Also es ist ganz einfach so: Wenn ich heute hier um eine Entbindung ansuchen würde, kann ich auch nichts sagen, weil ich es nicht weiß. Hier müßte man sich mit diesen Herren in Verbindung setzen.

Die zweite Sache ist, daß für diese Aktion, als sie im Laufen war, neben Kleinbeträgen, die gegeben worden sind von Spendern — also das sind Kleinbeträge —, auch ein Betrag von der SPÖ gegeben wurde. Als die Aktion gelaufen ist, gut angekommen ist und auch das Interesse der Partei gefunden hat, obwohl ja letzten Endes die Aktion nicht auf die Wahl der SPÖ, sondern auf die Person des Dr. Kreisky abgestellt war, aber letztlich doch dadurch, daß Dr. Kreisky der Spitzenkandidat war, hat sie hier eben auch Unterstützung erreicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte, die Tatsache, daß Sie das gemanagt haben, ergibt sich aus einer Zeugenaussage. Hier heißt es, ausgeführt vom Zeugen Marsch: „Ich habe eine Frage bekommen wegen der Wahlunterstützung von Dr. Kreisky. Das war ein Personenkomitee, das wollte diese Wahlunterstützung nicht für die Partei, also für die SPÖ geben, sondern für den Dr. Kreisky." — Das deckt sich mit dem, was Sie jetzt gesagt haben.

„Wir haben das zur Kenntnis genommen, und diese Gruppe hat den Herrn Rechtsanwalt Dr. Damian genannt, und er sagte, er brauche dafür 1 Million Schilling, die auch in unserer Abrechnung drinnen steht." — Bedeutet das, daß die SPÖ 1 Million Schilling gegeben hat?

Dr. **Damian:** Die SPÖ hat dieser Aktion 1 Million Schilling gegeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): „Wir haben dann auf eine Endabrechnung nicht mehr Wert gelegt, weil wir ja wußten, daß die Inserate — das konnten wir berechnen — die eingeschaltet wurden, mehr als diesen Betrag ausgemacht haben."

Dr. **Damian:** Das stimmt sicher.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Kann ich Ihre Aussage jetzt so verstehen, daß der Rest des

Geldes, soweit es nicht Kleinspenden waren, von dieser von Ihnen genannten Verlagsanstalt aufgebracht wurde?

Dr. **Damian:** Ja, das ist sicherlich so. Sicher.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie werden verstehen ...

Dr. **Damian:** Bitte, ich weiß nicht, wie hoch die Kosten waren, aber ich meine, Sie sind ja alle, wenn ich so sagen darf, Politprofis, Sie können ja besser beurteilen, was Inserate in dem Umfang kosten. Sie werden sehen, daß diese Million hier sicherlich nicht ausreicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die hat sicher nicht gereicht, ja. Aber sie werden verstehen, daß sich für mich dann die Frage erhebt: Was hat ein Schweizer Verlag für eine Veranlassung, so etwas zu finanzieren?

Dr. **Damian:** Das kann ich Ihnen auch kurz sagen. Diese Aktion hat zwei Gruppen gehabt. Die eine ist das inländische Komitee, das im wesentlichen repräsentiert wird durch die Personen, die hier bereit waren, in die Öffentlichkeit mit Ihrer Meinung zu gehen.

Das zweite waren Auslandsösterreicher, das heißt also Personen, die im Ausland leben. Es gibt da sehr viele kapitalkräftige Österreicher im Ausland, sei es in der Schweiz, sei es in den Staaten, sei es irgendwo, und diese Auslandsösterreicher haben im Wege über das Verlagshaus Holliger & Partner ihre Beiträge aufgebracht. So habe ich das gehört, wobei ich außerstande bin zu sagen, wieviel, was, wie, wann das war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer hat Ihnen das mitgeteilt, daß hier Auslandsösterreicher ...

Dr. **Damian:** Der Herr Holliger.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Herr Holliger. Ist das der Firmeninhaber?

Dr. **Damian:** Das ist eine Aktiengesellschaft, aber ich nehme an, er ist auch im Vorstand.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie das buchstabieren, wie sich der schreibt?

Dr. **Damian:** Holliger. Hol — fragen Sie mich nicht, ob sich der mit zwei oder mit einem l schreibt, das bin ich bitte außerstande zu sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es wird nicht sehr wesentlich sein.

Dr. **Damian:** Holliger. Ich weiß nicht einmal, wie er mit dem Vornamen heißt. Holliger & Partner heißt die Firma. Das ist eine Schweizer Firma. Bitte, die Adresse ist in Zürich in der Weinbergstraße. Aber die Hausnummer, bitte, weiß ich auch nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Irgendwie muß ja dieser Herr Holliger aufgetaucht sein. Wie ist das geschehen?

Dr. **Damian:** Der hat mich in Wien besucht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also die Initiative ging von ihm aus?

Dr. **Damian:** Ja, bitte, wissen Sie, das ist immer schwer zu sagen, was zuerst war, das Ei oder die Henne.

Es haben sich hier Ideenkreise eigentlich getroffen. Die Idee, so etwas zu machen, ist eigentlich älter. Es hat sich auch dann — Moment, lassen Sie mich nachdenken einen Augenblick —, es hat mich auch angerufen, soviel ich weiß, jemand aus São Paulo, ein Auslandsösterreicher, der auch interessiert war, etwas zu machen. Aber wie der Mann aus São Paulo zu mir gekommen ist, das weiß ich jetzt nicht mehr.

Es hat sich das Ganze dann gebildet, und der Holliger ist dann zu mir gekommen. Ich habe den Holliger gekannt von früher schon, allerdings aus einer flüchtigen Begegnung. Er ist mir einmal vorgestellt worden oder ich bin ihm bei irgendeinem Empfang einmal vorgestellt worden, und ich habe mich an den Herrn Holliger auch gar nicht mehr erinnern können, wie er dann gekommen ist. Der Holliger ist dann zu mir nach Wien gekommen, und wir haben die näheren Details abgesprochen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hatten Sie den Eindruck, daß der Holliger in dieser Angelegenheit rein als Geschäftsmann oder auch als politisch Mitagierender sich betätigt hat?

Dr. **Damian:** Der Holliger ist ein politisch interessierter Mensch. Das habe ich daran gemerkt, daß er zum Beispiel erklärte, in der sehr glücklichen Lage zu sein, in seinem Wohnort alle Fernsehprogramme der Umgebung zu bekommen, das deutsche so wie in Vorarlberg — das sind auch glückliche Menschen. Und er hat gesagt, sein großes Problem ist immer, daß er die Nachrichten alle recht einteilt, und er ist so froh, daß er jetzt ein Videogerät hat, weil er das jetzt alles der Reihe nach sehen kann. Das also zur Kennzeichnung seiner politischen Einstellung. Ich würde es nicht über mich bringen, das stundenlang alles anzuschauen.

Ansonsten glaube ich aber, daß das für Holliger im wesentlichen eine interessante geschäftliche Aufgabe war, eine sicherlich auch interessante Aufgabe. Für einen politisch interessierten Mann ist es sicherlich interessant, bei einer Wahl irgendwo mitzumischen, aber ansonsten ist der Holliger ein Geschäftsmann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also verstehe ich Sie richtig: Es war einerseits ein gewisses politisches Interesse ...

Dr. **Damian:** Er ist sicher kein Sozialist, der Holliger.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es war einerseits ein gewisses politisches Interesse vorhanden, auf der anderen Seite hat er das als Geschäftsmann abgewickelt?

Dr. **Damian:** Ich glaube eher als Geschäftsmann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also eher, überwiegend ein geschäftliches Interesse vorhanden.

Und hat Ihnen der Herr Holliger, wie hat er Ihnen das dargestellt mit den Auslandsösterreichern?

Dr. **Damian:** So, wie ich es Ihnen zuerst gesagt habe. Er hat gesagt, es seien an ihn verschiedene Auslandsösterreicher herangetreten, die daran interessiert wären, daß die Wiederwahl des Dr. Kreisky gesichert ist. Er hat davon Kenntnis gehabt, daß hier bereits ein solches Komitee besteht, und er würde das gerne akkordieren, diese Tätigkeit.

Nachdem dann der Herr Holliger die finanzielle Basis als von seiner Seite aus gesichert bezeichnet hat, war er sicherlich für meine Bestrebungen ein interessanter Gesprächspartner. Weil natürlich mit der Million von der Partei hätte man ja diese Aktion nie machen können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das heißt, der Herr Holliger ist erst in Erscheinung getreten, als das Komitee schon existiert hat?

Dr. **Damian:** Ja, das Komitee ist immer wieder nach und nach gewachsen. Das Komitee hat natürlich mit weniger Leuten begonnen, hat sich dann vergrößert, jemand ist wieder ausgesprungen.

Abg. Dr. **Kohlmaier:** Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Ich kenne das vice versa. War das Bestehen des Komitees damals schon öffentlich bekannt, oder mußte der Herr Holliger hier eine Spezialinformation haben?

Dr. **Damian:** Na ja, es war nicht öffentlich bekannt, aber er hat irgendwoher erfahren, daß das besteht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und ist zu Ihnen gekommen und hat gesagt, er möchte das unterstützen und managen.

Dr. **Damian:** Er ist zu mir gekommen und hat gesagt, daß er das machen will. Vor allem ist eines: Wir haben an sich die gute Idee gehabt, aber die Durchführung ist ja noch furchtbar schwer. Da muß man einen Apparat haben und alles. Das ist nicht so einfach. Die Leute im Komitee, da waren echte Amateure dabei.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Verstehe ich Sie richtig: Die technische Durchführung oblag also dem Herrn Holliger auf Grund seiner Presse- und sonstigen Kontakte.

Dr. **Damian:** Er ist ein echter Fachmann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat er also von der Schweiz aus agiert in dieser Angelegenheit?

Dr. **Damian:** Von der Schweiz aus. Ist aber des öfteren in Wien gewesen, hat das mit den Zeitungen geregelt und so. Aber bitte, hier weiß ich wirklich keine Details. Ich bin außerstande, hier etwas zu sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das heißt, die Million der SPÖ ist dem Herrn Holliger zur Verfügung gestellt worden und von ihm dann ...

Dr. **Damian:** Nein, nicht dem Holliger zur Verfügung gestellt worden, sondern die ist hier für die diversen Notwendigkeiten aufgelaufen. Der Holliger hat bitte seine Aktion selbst finanziert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also soweit er Aufträge selbst an die Zeitungen usw. gegeben hat, hat er selbst finanziert.

Dr. **Damian:** Ich kann nicht im einzelnen sagen, wie die Verrechnung war, das bin ich außerstande. Aber jedenfalls, der Holliger hat seine Sachen finanziert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mit Mitteln, die nicht aus Österreich kamen?

Dr. **Damian:** Der Holliger hat seine Finanzierung selbst aufgebracht oder wurde sie ihm aufgebracht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen, Herr Zeuge, ... Waren Sie der einzige Kontaktmann zu Holliger in dieser Angelegenheit oder haben noch andere ...

Dr. **Damian:** Da hat mitgearbeitet der Proksch an dieser Aktion. Nur war der Udo Proksch den größten Teil der Zeit nicht in Wien, er war irgendwo im Ausland.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben sich die Kleinspenden rekrutiert — ich möchte wirklich nicht, daß Sie Namen nennen — aus dem Bereich des „Club 45"?

Dr. **Damian:** Nein, überhaupt nicht. Vom „Club 45" war in diesem Komitee — bitte, ich habe jetzt nicht alle im Kopf —, ich glaube,

außer mir niemand dabei. Der Proksch war dabei.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie die Gespräche mit Holliger in der Anwaltskanzlei . . .

Dr. **Damian:** Bitte um Entschuldigung. Die Leute sind sicherlich nicht in dieses Komitee gekommen, weil sie beim „Club 45" waren, sondern weil sie einfach prominent waren, zum Beispiel ein Sokol war dabei.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie die Gespräche mit Herrn Holliger in Ihrer Kanzlei abgewickelt oder im „Club 45" beim Herrn Proksch?

Dr. **Damian:** Der Holliger war bei mir in der Kanzlei, den Holliger habe ich im Cafe Museum einmal getroffen, den Holliger habe ich im Demel — nicht im Club 45" — getroffen. Der „45er" war aus der Sache — wie soll man sagen? — herausgehalten, aus dem einfachen Grund, weil ja eine solche Aktion nur dann interessant ist, wenn sie nicht vorzeitig bekannt wird. Und ich weiß, Sie waren noch nicht bei uns, Herr Abgeordneter, im „Club 45" ist die Sache so, daß ein Restaurantraum ist und dann Klubräume, und man kann sich ja nicht absentieren. Alles, was man spricht, hört ja wer anderer. Und diese Aktion mußte natürlich sicherlich nicht vorzeitig bekannt werden, weil ja sonst der politische Gegner darauf reagiert hätte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist klar. — Ist Ihnen, Herr Zeuge, eine Firma Lylac in der Schweiz bekannt?

Dr. **Damian:** Lylac? Moment, ist das nicht die Firma, die Demel-Eigentümer ist oder was? Ich weiß nicht, keine Ahnung. Ich weiß es nicht, da gibt es eine Firma, ich glaube. Der Herr Dr. Steger weiß das besser. Ich kenne die Firma, wie gesagt, diese ganzen Firmen kenne ich nur aus den Pressemeldungen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen der Verein CUN ein Begriff?

Dr. **Damian:** Ja, habe ich auch schon davon gehört. Da gibt es noch einen Verein von den senkrecht Begrabenen, glaube ich, das ist so ein Verein. Nein, nein, wirklich nicht. Das ist keine schlechte Idee, weil das wenig Platz einnimmt, das ist der Gedankengang, weil man senkrecht begräbt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Sind Sie mit der geschäftlichen Transaktion zwischen dem Herrn Niki Lauda, dem Herrn Proksch und dem Herrn Prutscher irgendwie in Berührung gekommen?

Dr. **Damian:** Ich habe immer nur in der Zeitung gehört, daß da irgend etwas gewesen sein soll. Aber mehr weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie waren damit in keiner Weise befaßt? Sie haben — auch nicht indirekt — davon Kenntnis erlangt?

Dr. **Damian:** Nur aus der Zeitung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie persönliche Kontakte mit dem Herrn Lauda?

Dr. **Damian:** Ich kenne den Herrn Lauda.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber nicht irgendwie geschäftlicher Art?

Dr. **Damian:** Sicher nicht mit dieser Geschichte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie den Herrn Lauda auch vertreten? — Hier gilt auch das Anwaltsgeheimnis?

Dr. **Damian:** Gilt auch. Hat aber damit nichts zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was für eine Beziehung haben Sie zum Verkehrsministerium?

Dr. **Damian:** Staatsbürgerliche. Was soll ich für Beziehungen haben?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie einen Ministerialrat Dr. Vogel?

Dr. **Damian:** Das ist der zuständige Abteilungsleiter für die Vergabe von Verkehrsrechten usw.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum empfiehlt Sie Ministerialrat Vogel einem Klienten?

Dr. **Damian:** Da müssen Sie den Ministerialrat Vogel fragen, das weiß ich nicht. Ich höre zum erstenmal, daß ich vom Ministerialrat Vogel wem empfohlen worden wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Ministerialrat Vogel sehr gut?

Dr. **Damian:** Sicher, ich kenne ihn auch. Bitte, ich muß sagen, wenn der Ministerialrat Vogel mich Klienten empfiehlt, dann muß ich mich gleich bei ihm bedanken.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Ihre Gattin für Beziehungen zum Verkehrsministerium?

Dr. **Damian:** Meine Frau war im Bundesamt für Zivilluftfahrt beschäftigt und dann im Verkehrsministerium als Juristin, bis sie ein Kind bekommen und die Gelegenheit benutzt hat, dem Staatsdienst ade zu sagen.

Abg. Dr. **Feurstein;** (ÖVP): Können daher

Ihre guten Beziehungen zum Ministerium bestehen?

Dr. **Damian:** Ich werde Ihnen etwas sagen, Herr Abgeordneter, ich bilde mir ein, wenn ich zu jemandem gute Beziehungen habe, so hoffe ich, daß das meinem persönlichen Charme zuzuschreiben ist und nicht unbedingt der Tatsache, daß meine Frau einmal dort beschäftigt war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie würden es also ausschließen, daß ...

Dr. **Damian:** Ich kann gar nichts ausschließen. Wie man zu guten Beziehungen und wie man zu guten Kontakten kommt, das ist eine Sache, die, glaube ich, nur Psychologen beantworten können, das ist, glaube ich, keine Sachfrage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, nein, aber es ist entscheidend, warum gerade Sie Klienten, die mit dem Verkehrsministerium bzw. mit der Zivilluftfahrtbehörde zu tun haben, konkret, daß Sie empfohlen werden.

Dr. **Damian:** Wer hat mich wem empfohlen? Wer? Wen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ministerialrat Vogel hat Sie empfohlen.

Dr. **Damian:** Wem?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das lassen wir dahingestellt.

Dr. **Damian:** Wenn Sie mir nicht sagen, wen, kann ich mich nicht äußern, wieso. Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Hat es einen AKH-Zusammenhang?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das hat sehr wohl einen AKH-Zusammenhang.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Zeuge! Bitte, Herr Abgeordneter! Auf Grund des Einwandes bitte ich Sie, den Bezug herzustellen. Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich kann Ihnen jetzt sagen, daß der Herr Lauda uns erklärt hat, daß er über Empfehlung des Ministerialrats Vogel, als er mit der Zivilluftfahrtbehörde Probleme hatte, erfahren hat, daß Sie hier die Vertretung in sehr wertvoller Weise übernehmen könnten.

Dr. **Damian:** Ist nett vom Ministerialrat Vogel. Ich höre das zum erstenmal, daß der Lauda durch den Ministerialrat Vogel zu mir empfohlen wurde. Möglich. Ich weiß es nicht, nett von ihm.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es ist ja interessant, daß Beamte der Zivilluftfahrtsbehörde Sie empfehlen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Im Interesse der Zeitökonomie, die uns allen am Herzen liegen sollte, würde ich bitten, doch den AKH-Zusammenhang zu beachten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für mich ist es klar, Sie können es nicht in Abrede stellen, daß Sie solche ...

Dr. **Damian:** Ist durchaus möglich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß solche Beziehungen bestehen.

Dr. **Damian:** Zum Beispiel einer meiner Klienten ist mir vom vergangenen Obmann der ÖVP Wien empfohlen worden. Der ist mir 100 000 S schuldig geblieben. Nicht der Obmann, sondern der Klient. Ein Danaergeschenk war das.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Damian ist ein wichtiger Vertreter der AKPE. Bei Niki Lauda ist nicht klar, was mit 5 Millionen Schilling passiert ist. Auf Grund dessen ist ein unmittelbarer Zusammenhang gegeben. Sie könnten auch unter Umständen Bescheid wissen, was mit den 5 Millionen Schilling passiert ist.

Dr. **Damian:** Das weiß ich wirklich nicht, außer den Zeitungen. In letzter Zeit lese ich auch keine Zeitungen mehr, weil ich mich nicht ärgern will. Daher weiß ich das auch nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier:** Bitte um das abzurunden. Lassen Sie sich bitte nicht vom Gemurmel der linken Reichshälfte irritieren. Wir haben uns heute befaßt mit dem Umstand, daß der Herr Prutscher, der ziemlich groß im Geschäft war beim Bau des AKH, eine für uns nicht ganz geklärte Transaktion mit dem Herrn Lauda getätigt hat, wozu wir heute den Herrn Lauda befragt haben.

Dr. **Damian:** Von der weiß ich bitte wirklich nichts.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie sagen, Sie waren für den Herrn Prutscher tätig.

Dr. **Damian:** Für den Herrn Prutscher nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Für den Herrn Lauda?

Dr. **Damian:** Das wissen Sie ja aus dem Verkehrsministerium, wie meine Tätigkeit dort bestanden hat. Das ist eine reine Konzessionsangelegenheit.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also in einer Luftfahrt?

Dr. **Damian:** Konzessionsangelegenheit, Verkehrsrecht und solche Sachen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schauen Sie, wir wollen es ja nur wissen.

Dr. **Damian:** Das hat ja gar nichts mit den Dingen zu tun. Überhaupt nichts.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es wäre alles viel einfacher und leichter, wenn Sie sagen, das hat diesen Bereich betroffen. Dann ist das für uns klar.

Also mit dieser Transaktion Prutscher—Lauda sind Sie nicht irgendwie in Berührung gekommen? Das ist das, was ich wissen will.

Dr. **Damian:** Überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das hätten wir viel einfacher haben können.

Dr. **Damian:** Überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Danke vorläufig.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Noch einmal bei diesen Vollmachtsverhältnissen. Es interessiert mich natürlich sehr, damit ich allenfalls weiß, wo ich da ein bißchen weiter nachfragen kann. Sie haben uns klargelegt, juristische Person war dieses Komitee keines. Aber die Mitglieder des Komitees haben Ihnen mündlich und schriftlich oder mündlich, und/oder schriftlich Vollmacht erteilt. Ist das richtig?

Dr. **Damian:** Ich habe das aus folgendem Grund gesagt: Ich war der Meinung, daß der Herr Dr. Kohlmaier jetzt von mir wissen will, wer sind die Leute bei diesem Komitee? Bitte, das war ein Mißverständnis von mir. Die Namen der Leute kann ich natürlich nicht preisgeben. Aber ansonsten besteht überhaupt kein Einwand.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso nicht?

Dr. **Damian:** Nein, die kann ich nicht preisgeben.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso nicht? Begründung.

Dr. **Damian:** Aus dem einfachen Grund, weil die Leute zum Teil gesagt haben, sie sind nur bereit, hier teilzunehmen, wenn die Diskretion absolut gewahrt wird. Es ist ja auch Entschlagungsmöglichkeit in diesem Fall gegeben. Und darüber hinaus das so begründet haben, sie sind bereit mitzumachen, weil ein Anwalt dabei ist und damit die Verschwiegenheit gewährleistet ist.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, Sprecher des Komitees sind Sie geworden, weil Sie rechtsanwaltlich tätig sind.

Dr. **Damian:** So ähnlich.

Obmann Dr. **Steger:** Und daraus leiten Sie ab, daß mündlich und schriftlich und/oder schriftlich Vollmachtsverhältnisse bestanden haben. Jetzt kann aber das doch nicht zu jenen Mitgliedern des Komitees bestanden haben, die Auslandsösterreicher sind und mit denen Sie gar keine Kontakte hatten.

Dr. **Damian:** Habe ich keinen Kontakt gehabt, gar keinen.

Obmann Dr. **Steger:** Zum Teil ist aber die Aktion — nach Ihren heutigen Ausführungen finanziert worden — durch jene Auslandsösterreicher, . . .

Dr. **Damian:** Fast ausschließlich.

Obmann Dr. **Steger:** Fast ausschließlich, also überwiegend, nehmen wir das Wort „überwiegend", oder fast ausschließlich finanziert worden ist es durch wen?

Dr. **Damian:** Durch, wie mir gesagt wurde, Auslandsösterreicher über Holliger.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Haben Sie je in irgendeiner Form überprüft, welche Gelder der Herr Holliger verwendet?

Dr. **Damian:** Nein. Überhaupt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen sonst bekannt, wer das überprüft hat?

Dr. **Damian:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt kommt die Frage. Was können Sie uns dann eigentlich erzählen, was das für Gelder sind?

Dr. **Damian:** Überhaupt nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Aus direkter Wahrnehmung gar nichts.

Dr. **Damian:** Überhaupt nichts, überhaupt nichts. Ich kann nur das erzählen, was der Holliger mir gesagt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es im Rahmen des Komitees jemanden anderen, der beauftragt war nachzuprüfen, welche Gelder da verwendet werden?

Dr. **Damian:** Nein. Wir haben zwei Kreise hier. Wir haben einen, den österreichischen, der, glaube ich, nicht so sehr interessant ist für Sie, nicht?

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, aber eingeschränkt.

Dr. **Damian:** Dann haben wir den Kreis der Auslandsösterreicher, die konzentriert waren bei Holliger und Partner.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Das heißt doch dann, Sie können es nicht einmal demen-

tieren, wenn jetzt wer kommt und sagt, da war Geld vom Rabelbauer dabei. Da können Sie nicht einmal sagen nein.

Dr. **Damian:** Da müßte man den Rabelbauer fragen.

Obmann Dr. **Steger:** Aber Sie könnten überhaupt nichts sagen?

Dr. **Damian:** Sicher nicht. Herr Vorsitzender! Ich wußte auch nicht, daß man mich heute über das fragt, ich hätte ja ansonsten gern den Holliger angerufen und den gefragt, was er mir zu den Sachen sagen kann. Dann könnte ich Ihnen vielleicht was berichten.

Obmann Dr. **Steger:** Aber auch dann, Herr Zeuge, hätten Sie nie direkte Wahrnehmungen, sondern immer nur die Auskunft des Herrn Holliger.

Dr. **Damian:** Immer nur indirekte.

Obmann Dr. **Steger:** Also daher sind Sie ein denkbar ungeeigneter Zeuge für diesen Themenkreis.

Dr. **Damian:** Bitte vielmals, Sie sagen es.

Obmann Dr. **Steger:** Mit Ausnahme wieder jener Million, die Sie vom Herrn Marsch übernommen haben.

Dr. **Damian:** Ja, das wird ja nie bestritten.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, wir haben das bei vielen Zeugen schon nachgebohrt, wechselseitig, in alle Parteirichtungen. Aber da sind halt auch schon Zeugen gefragt worden, na ja, ist das so üblich, daß praktisch für politische Zwecke Gelder übernommen werden, wo man gar nicht weiß, ob das nicht kriminelles Geld ist?

Dr. **Damian:** Na hier hat ja die Partei ein Geld gegeben und keines übernommen, nicht?

Obmann Dr. **Steger:** Ja aber bei der Aktion des Herrn Holliger da, das, was der Herr Holliger verwendet hat, das Geld, das ist ja nicht gegeben worden von der Partei, sondern das ist ja für einen Wahlkampf verwendet worden.

Dr. **Damian:** Das ist, wie nur immer gesagt wurde, von Auslandsösterreichern Herrn Holliger gegeben worden zum Zwecke der Finanzierung dieser von ihm geführten Aktion.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, und für diese Gelder jetzt, hat da der Herr Marsch mit Ihnen einmal Gespräche geführt, wie das überprüft wird?

Dr. **Damian:** Nein, überhaupt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Hat sich da irgendwer Gedanken hier gemacht?

Dr. **Damian:** Nein. Überhaupt nicht. Schauen sie, wenn das also bitte unterstellt wird, das stimmt nicht — ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, er macht einen durchaus seriösen und ernsten Eindruck, wenn das also so ist, wie er sagt, dann haben sich Auslandsösterreicher zusammengetan, haben irgendwie Holliger diesen Auftrag gegeben und der hat das durchgeführt. Ich bin überzeugt, daß der Herr Holliger es sich sicher verbeten hätte, daß ich oder der Herr Abgeordnete Marsch oder irgendeiner sich da eine Kontrollfunktion angemaßt hätte. Der hätte gesagt: Was geht denn Sie das an, ich mache das und es ist erledigt. Die Schweizer sind da sehr eigenartige Leute, die haben einen sehr festen Ehrbegriff und dulden hier keine Einmischungen und Unterstellungen, welcher Art immer.

Obmann Dr. **Steger** (FPÖ): Und wenn dieser Auslandsösterreicher plötzlich heißt „Niki Lauda Hongkong Ltd." oder „Prutscher Manila GesmbH. und Co KG", das ist euch auch wurscht?

Dr. **Damian:** Herr Abgeordneter, Sie haben ja die Möglichkeit, den Herrn Lauda und den Herrn Prutscher zu fragen, ob er was gegeben hat dort. Es steht jeder Zeuge unter Wahrheitspflicht.

Obmann Dr. **Steger** (FPÖ): Nein, Herr Zeuge. Ich mache mir nur ein bißchen Sorgen darüber, daß eigentlich niemand überprüft, was für Gelder das sind.

Dr. **Damian:** Die Aktion hat nicht die Partei gemacht, daher kann sie es auch nicht überprüfen, und ich habe sie auch nicht gemacht, daher kann ich sie auch nicht überprüfen. Die Aktion hat der Holliger in Zürich gemacht und den Holliger kann man sicher darüber fragen.

Obmann Dr. **Steger** (FPÖ): Sie müssen schon ein bißchen verstehen, daß wir da weiter insistieren, denn nach allen Aussagen, die wir bisher haben, sind die wichtigste Kontaktperson in Österreich, die Zentralfigur in Österreich, „Figur" nicht abwertend gemeint, Sie.

Dr. **Damian:** Nein, nein, ich weiß schon. Aber da bin ich wirklich der Falsche dafür, weil ich also damit nichts zu tun habe. Ich komme da, um einen banalen Vergleich zu verwenden, wie der Pontius ins Credo.

Obmann Dr. **Steger** (FPÖ): Also bleiben wir beim Credo, Herr Abgeordneter Steinbauer, bitte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich wollte jetzt aber nicht unterbrechen, sondern ordnungsgemäß, sind Sie fertig, Herr Vorsitzender? Ich wollte jetzt keine Zusatzfrage.

O. K., zu dem Themenkreis, bitte sehr. Herr Zeuge, Sie haben ganz richtig gesagt, und ich

möchte Sie daran erinnern, daß Sie unter Wahrheitspflicht sind, aber das braucht man ja wohl bei einem Rechtsanwalt nicht zu tun, aber nur, weil Sie es selbst gerade erwähnt haben.

Können Sie mir noch einmal die Abwicklung hier darstellen, wie der Herr Holliger zu den etwa 20 Anzeigentexten gekommen ist, die er ja dann publiziert hat, erste Frage.

Dr. **Damian:** Na ja, das läßt sich, soweit ich das weiß — der Holliger hat mit den Zeitungen die entsprechenden Gespräche geführt; für die Texte waren eine Reihe von Textern tätig von ihm aus, und die Texte hat er plaziert und auch die Texter sicherlich bezahlt. Aber das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich meine, schauen sie, das ist immer so schwer: Man bekommt eine Ladung, da steht darauf „AKH" ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, bitte, ich will jetzt keine Erläuterung, Herr Zeuge. Ich will jetzt keine Erläuterung, sondern Ihre ansonsten sehr präzise Erinnerungsgabe. Nun ist mir klar: Der Herr Holliger hat nach Ihrer Aussage die Buchung des Zeitungsplatzes von der Schweiz aus gemacht.

Dr. **Damian:** Nein, er war öfter in Wien.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Von Wien aus gemacht.

Dr. **Damian:** Der Holliger war öfter in Wien. Er war während der ganzen Aktion, nehme ich an, ich habe ihn nur einige Male gesehen, aber er war auch sicherlich da, wenn ich ihn nicht gesehen habe und hat das hier gemacht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und er hat hier über ein Anzeigen/Inseratenbüro die Zeitungsreservierungen für die Anzeigen vorgenommen, ich meine ...

Dr. **Damian:** Ob er es direkt über ein Büro gemacht hat, weiß ich nicht, kann ich nicht sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das können Sie nicht sagen. Zweitens: Die Texte ...

Dr. **Damian:** Schauen Sie, ich habe die Kontakte hergestellt zum Teil, ich habe zum Teil mit Persönlichkeiten gesprochen. Schauen Sie, ich meine, eine der „G'schichten" ist von mir, ich weiß nicht, welche, ich glaube, die vom Walter Schachner.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie ist es jetzt zu diesen Texten gekommen. Sie haben einmal die Kontakte hergestellt zu den Prominenten, wenn man so sagen darf.

Dr. **Damian:** Schauen Sie, Sie wissen doch ohnehin, wie man das macht, das brauche ich Ihnen doch nicht zu sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Na wie haben Sie es gemacht?

Dr. **Damian:** Na wie habe ich es gemacht. Ich habe mich mit den Leuten zusammengesetzt und habe über das Problem gesprochen und habe dann versucht, einen Text zu machen, oder wenn jemand einen Text gebracht hat, war das ja von Vorteil, denn man kann ja nicht alle Texte verwenden, die man bekommt. Dann hat man das besprochen und dann hat man eine der Geschichten ausgesucht. Da sind eine Reihe von Geschichten schon vorgelegen, die „G'schichten von Dr. Kreisky", und die wurden dann zugeordnet. Aber das hat alles der Holliger gemacht. Schauen Sie, der ist ja der Fachmann, der ist ja der Journalist oder was immer er ist, der Verlagsmensch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe verstanden, daß der Herr Hollinger gar nicht Journalist, sondern Verlagsmensch ist.

Dr. **Damian:** Na ja, der ist jemand, der auch gut schreiben kann und alles mögliche.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sagen Sie damit, daß die Texte, die schon vorgelegen sind, vom Herrn Holliger gebracht wurden?

Dr. **Damian:** Die Texte waren zum Teil vom Herrn Holliger gebracht, zum Teil waren sie hier, zum Teil sind sie von den Komiteemitgliedern gebracht worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Herr Holliger hat diese Texte in Ihre Kanzlei gebracht.

Dr. **Damian:** Zum Teil wurden sie telefonisch durchgegeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist alles in Ihre Kanzlei gebracht worden.

Dr. **Damian:** Ja, in die Kanzlei oder wir haben uns einmal getroffen beim Demel im zweiten Stock.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben dann mit diesen Texten die Prominentengespräche geführt.

Dr. **Damian:** Die Prominentengespräche waren vorher auch zum Teil.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bevor der Herr Holliger aufgetreten ist.

Dr. **Damian:** Teilweise, teilweise.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie haben Sie sich, als sie die Prominentengespräche geführt haben, die Finanzierung vorgestellt.

Dr. **Damian:** Die Finanzierung zuerst ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bevor der Herr Holliger aufgetreten ist.

Dr. **Damian:** Bevor der Holliger aufgetreten ist, eine Aktion in einem viel kleineren Ausmaß, in wesentlich kleinerem Ausmaß.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wieso sind eigentlich keine Auslandsösterreicher unter den Prominenten? Soweit ich es überblicke, ist da nicht ein prominenter Auslandsösterreicher Träger einer solche Geschichte.

Dr. **Damian:** Es sind allein in der Liste, glaube ich, zwei Personen, die nicht mehr österreichische Staatsbürger sind, allein in der Liste.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie mir da ein Beispiel sagen, wen sie da im Kopf haben.

Dr. **Damian:** Senta Berger zum Beispiel.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): A ja, die ist keine österreichische Staatsbürgerin. Haben Sie mit der Frau Senta Berger gesprochen.

Dr. **Damian:** Mit Senta Berger habe ich gesprochen, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War Ihnen da wahrscheinlich gar nicht klar, daß sie im Augenblick nicht österreichische Staatsbürgerin ist.

Dr. **Damian:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War Ihnen wahrscheinlich nicht klar, ich meine, ich sage das nur so.

Dr. **Damian:** Ich habe das erst nachher eigentlich erfahren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun hat es also diese Texte und diese Aktion gegeben vor dem Auftreten des Herrn Holliger.

Dr. **Damian:** Teils vorher. Aber die Aktion war ja in viel kleinerem Ausmaß geplant. Sie ist dann natürlich entsprechend größer geworden, wie der Holliger sie übernommen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt bitte ich Sie doch, sehr deutlich sich zu erinnern, weil ja die Frage der Parteienfinanzierung doch auftaucht. Wie kam dieser Kontakt mit dem Herrn Holliger zusammen? Es kann ja wohl nicht so sein, daß bei Ihnen das Telefon läutet und anmelden tut sich der Herr Holliger und sagt, ich habe hier größere Beträge, weil ich Kreisky so liebe, weil ich viel Fernsehen tue in Zürich.

Dr. **Damian:** Na ja, ganz so nicht, aber schon so ähnlich, nicht. Ich habe den Holliger von früher gekannt, allerdings nur flüchtig gekannt. Er hat sich dann berufen. Zuerst gab es ein Telefongespräch, berufen auf diese Bekanntschaft, und ich habe gesagt, daß ich diese Aktion mache. Ich war zuerst ein bißchen reserviert, weil man natürlich doch bei einem Gespräch ja nicht gleich die Karten auf den Tisch legt, weil man nicht weiß, ob es nicht Gegenspionage ist, die sich einschaltet, man muß sich alles ein bißchen überlegen. Und wir haben aber dann die Möglichkeit der Akkordierung gefunden, und ich habe also kein Problem darin gesehen, wenn jemand sagt, der einen durchaus seriösen Eindruck macht, daß er von Auslandsösterreichern dafür Mittel zur Verfügung hat, ihm das zu übergeben. Dazu kommt ja noch etwas. Schauen sie, es ist so. In einem Beruf, der stark auslastend ist, ist man ja für solche nebenberufliche Aktionen irgendwie fehl am Platz, weil man ja doch das nur amateurhaft betreiben kann. Und wenn sich jetzt ein Profi findet, der das macht und man ihm das abtreten kann und praktisch nur als Ideenträger überbleibt, ist man eigentlich dankbar.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es irgendeine Referenz für den Herrn Holliger, außer die Erinnerung an Ihre Bekanntschaft gegeben, ist ja wohl nicht glaubhaft, daß Sie ...

Dr. **Damian:** Nun ja, ich habe schon gewußt, daß er ein ordentliches Verlagsunternehmen hat. Er steht in irgendeiner Verbindung, glaube ich, zum Orel-Füßli-Verlag, aber ob der renommiert ist, gibt eine ganz interessante Wehrzeitung heraus.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und woher stammt Ihre Bekanntschaft mit dem Holliger, auf die er sich berufen hat?

Dr. **Damian:** Ich habe ihn in Wien bei irgendeinem Empfang getroffen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In einem politischen Zusammenhang?

Dr. **Damian:** Nein, in einer Gesellschaft.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie konnten Sie dann aber wissen, daß er eben nicht Gegenspionage oder gar Verhinderer dieser Aktion ist, indem er hier auftritt und sagt, er wird finanzieren und es dann nicht tut.

Dr. **Damian:** Ich habe den Herrn Holliger dann um einen Besuch gebeten und in einem persönlichen Gespräch hat sich eigentlich schon der Gleichklang der Interessen ergeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hatten Sie aber das Problem, daß natürlich die Reichweite seiner Finanzierung nicht erkennbar war, denn auch wenn er sagt, Auslandsösterreicher werden nur — welche Größenordnungen hat er da genannt?

Dr. **Damian:** Schauen sie, das ist so. Ich wußte ja nicht genau, welche Kosten hier auflaufen. Für die Kleinaktion, die wir uns vorgestellt haben, wären wir mit dem, was die Partei

gegeben hat und was ein bißerl dazu getröpfelt ist, sicherlich ausgekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Doktor, Sie haben nur vorhin gesagt, daß die Partei es erst nachher gegeben hat, also nach Auftreten des Holliger, daß Sie sich jetzt in keinen Widerspruch hineinreden.

Dr. **Damian:** Es ist nett, daß sie mich aufmerksam machen darauf, aber es ist furchtbar schwer, das jetzt zeitlich zuzuordnen. Am Anfang war also eine Gruppe zusammen, die gesagt hat, man muß was tun, man muß das machen. Dann hat man versucht, das aus Eigenmitteln zu finanzieren. Das hat sich nicht entsprechend ergeben. Dann hat man den Kontakt mit der Partei hergestellt, den habe ich hergestellt, und habe dann die Unterstützung der Partei bekommen, nachdem ich in der Lage war zu deklarieren, um welche Persönlichkeiten es sich handelt. Ob der Holliger jetzt ein bisserl früher oder ein bisserl später dran war, das also jetzt zu sagen, ist sehr schwer, eher später.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, aber es ist doch eine ziemliche Zäsur in dieser Aktion, denn bitte, die Aktion ist ja sehr viel Geld wert, wenn man addiert, was hier an Inseraten erschienen ist. Also ich bitte Sie doch auch — in Erinnerung an die Wahrheitspflicht — nachzudenken, wann das Phänomen Holliger in diese Aktion hineinkam.

Dr. **Damian:** Die Grundzüge des Komitees, die ersten Mitglieder waren sicherlich vorher schon da.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das waren Proksch und Sie und ein paar Freunde.

Dr. **Damian:** Die Frau Pluhar war, glaube ich, damals schon dabei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Idee, gut. Aber es fehlt ja der finanzielle Atem.

Dr. **Damian:** Mein Gott, man hat sich damals auch Gedanken gemacht, wird man das finanzieren. Dann war die Partei. Der Holliger war sicher später.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nach der Partei. Und nun haben Sie vorhin etwas Interessantes gesagt, daß der Holliger die ganzen Kosten dann auch abgedeckt und getragen hat und Sie haben sich gar nicht mehr kümmern müssen. Sie haben also, verstehe ich das richtig, dann keinerlei Rechnungen von Zeitungen für diese Anzeigen bekommen, es wurde alles von Zeitungen direkt mit Holliger abgeklärt. Und Sie haben auch keine Kostenschätzung über die Aktion von Holliger oder aus der Umgebung des Holliger bekommen.

Dr. **Damian:** Nein, aber bitte, wir haben das nachher versucht zu rekonstruieren. Ich glaube also, daß die Kosten etwa liegen werden bei 5 Millionen Schilling.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich würde das auch so schätzen, bei 5 Millionen Schilling.

Dr. **Damian:** Etwa, vielleicht waren es 6 Millionen Schilling. Wie gesagt, ich bin kein Fachmann. Es ist ja so, daß die Zeitungen offenbar das Geschäft ihres Lebens gemacht haben mit einem erhöhten Tarif, den sie verlangt haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich würde das nicht so sagen, aber bleiben wir dabei, die Aktion hat etwa 5—6 Millionen gekostet.

Dr. **Damian:** Das habe ich nur gehört.

Ich glaube, das kann man ungefähr schätzen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie rundweg ausschließen, daß die 5 Millionen der Hongkong Limited und die 1 Million der Partei dann diese 6 Millionen ausmachen?

Dr. **Damian:** Das schließe ich sicher aus, aber daß 5 und 1 6 ist, das kann ich sicher nicht ausschließen, aber das ist das einzige, was ich nicht ausschließen kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt haben Sie aber vorhin etwas für mich ganz Erstaunliches gesagt. Sie sagten, der Holliger hat die ganzen Anzeigen bezahlt. Stimmt das?

Dr. **Damian:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben die eine Million von der Partei dann für andere laufende Kosten verwendet.

Dr. **Damian:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt interessiert mich, was diese Gruppe von Prominenten an Kosten neben den Anzeigen hatte, daß eine Million verausgabt werden konnte.

Dr. **Damian:** Erstens einmal muß die Million nicht unbedingt verausgabt sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die gibt es noch, die Million? Jetzt wird es interessant. Das werden wir nämlich dem Marsch sagen.

Dr. **Damian:** Das Komitee ist mehr oder minder eine Dauereinrichtung. Da in dem Land ja durchschnittlich alle 2 Jahre einmal irgendwo einmal eine Wahl ist, muß man, wenn man politisch tätig sein will, fast Dauereinrichtungen schaffen, um immer präsent zu sein.

Aber die Partei hat eben diese Gruppierung für politisch interessant angesehen und hat eben dafür Geld ausgegeben. Schauen Sie, das wissen Sie ja besser als ich, daß man hier unter Umständen etwas fehlinvestieren kann oder

etwas richtig investieren kann. Das ist einmal so. Aber die Finanzierung, die nicht im Inland erfolgt ist, die, glaube ich, hier zur Diskussion steht . . . Ich bin gerne bereit, über alles selbstverständlich — das ist auch meine Pflicht —, über alles zu reden, aber ich nehme an, daß das Kernthema ja dort liegt.

Woher der Holliger das finanziert hat, weiß ich nicht, aber die Kombinationen, die hier angestellt werden, dazu bin ich außerstande, etwas zu sagen, weil ich es nicht weiß.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben sich also nicht vergewissert, ob der Holliger das Geld ordnungsgemäß versteuert hat, das er nach Österreich gebracht hat?

Dr. **Damian:** Der Holliger hat das Geld wahrscheinlich überwiesen. Ich weiß es nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie rundweg ausschließen, daß der Holliger das Geld über die Grenze gebracht hat ohne ordnungsgemäße Nationalbank?

Dr. **Damian:** Das weiß ich nicht. Ich glaube, der hat überwiesen. Der hat das überwiesen, soviel ich weiß. Über seine Bank, nehme ich an. Über das bitte nicht. Das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie wissen das nicht. Jetzt wie war das mit der Million, die Sie vom Zentralsekretär Marsch oder von der Partei bekommen haben. Haben Sie das überwiesen bekommen auf ein Konto?

Dr. **Damian:** Nein, das habe ich auf einem Sparbuch gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben das auf ein Sparbuch gelegt?

Dr. **Damian:** Das war auf einem Sparbuch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es wurde Ihnen also von der Partei ein Sparbuch übergeben.

Dr. **Damian:** Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Marsch das so bestätigt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Herr Abgeordnete Marsch hat von der Million an Sie gesprochen. Wie war diese Transaktion? Ich meine, Sie sind . . .

Dr. **Damian:** Es ist auf ein Sparbuch gegeben worden, und das Sparbuch wurde dann nach Verwendung abgehoben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben als Überbringer das Sparbuch übernommen und verwalten seither die Million?

Dr. **Damian:** Ich verwalte im Namen des Komitees die Geldmittel, die vorhanden sind oder vorhanden waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja nun bitte: die Geldmittel oder die Million? Der Zentralsekreätr Marsch hat dezidiert und ausdrücklich von der Million gesprochen.

Dr. **Damian:** . . . auch da, aber nicht von der Partei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würde ich das richtig verstehen, daß zur Million dann noch ein geringfügiger sonstiger Betrag, der mit ein paar Tausend in Ihren Worten . . .

Dr. **Damian:** Ja, da ist noch etwas dazugekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In welcher Größenordnung? Nur damit wir nicht glauben, eine zweite Million kam.

Dr. **Damian:** Eine zweite Million sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 50 000 S ?

Dr. **Damian:** Möglich. Ich hatte keine Ahnung, daß ich über das da aussagen muß heute. Das ist alles so schwer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist aber interessant, weil es ein Phänomen der Parteienfinanzierung ist und damit ein Untersuchungsauftrag.

Dr. **Damian:** Da muß ich halt eines sagen. Ich weiß nicht, ob die Finanzierung einer österreichischen Partei, eines österreichischen Komitees der Untersuchung unterliegt. Das kann ich nicht beurteilen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Doktor, damit kein Mißverständnis ist, um Ihnen auch gleich einen AKH-Bezug aufzuweisen. Es gehört zum Beispiel zu den regelmäßigen Vorgängen zwischen den Herren Rumpold und Bauer, zwischen ÖKODATA und Consultatio, daß Sparbücher hin- und hergegeben werden. Also die Methode als solche ist schon eine, die uns bekannt ist aus dem unmittelbaren AKH-Zusammenhang.

Dr. **Damian:** Die Methode beruht darauf, daß angesichts des Umstandes, daß die österreichische Währung als größte Note einen Tausender hat, der Transport von einer Million halt ein bisserl schwierig ist, das ist der ganze Grund. Man kann es mit einem Scheck auch machen. Ihre Partei hat mehr Erfahrung in den Transportproblemen als ich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Doktor, jetzt interessiert mich aber: Die Frage, die ich doch jetzt stellen möchte: Eine Million. Jetzt muß ich doch annehmen, daß weder die Frau Pluhar noch die anderen Prominenten Spesen verrechnet haben und daß auch niemand Honorar genommen hat, dieses Inserat aufzutragen. Ich

muß auch annehmen, daß der legendäre Parteianwalt der SPÖ Damian und sein ebenso legendärer Kollege Amhof kein Geld genommen haben für die Rechtsvertretung. Und der Herr Holliger hat die Inserate bezahlt.

Dr. **Damian:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt muß ich doch die Frage stellen: Was tun Sie mit einer Million? Eine Million ist ja auch nicht so etwas, was man bei einem Essen zufällig ausgegeben hat.

Dr. **Damian:** Also bitte, das doch nicht. Ich muß Ihnen eines sagen dazu: Die Partei, die diese Million gegeben hat, die hat sicherlich das Recht, sich mit mir darüber zu unterhalten. Die Partei hat, soweit das für notwendig befunden wurde, getan, und weitere Unterhaltungen darüber haben nicht stattgefunden.

Ich sehe mich außerstande, hier, erstens einmal, weil ich es nicht da habe, Abrechnungen — ich wußte nicht, über was ich heute befragt werde. Ich bin also außerstande, das hier abzugeben.

Zweitens, glaube ich, bin ich dazu auch nicht verpflichtet. Ich bin nicht verpflichtet, abzurechnen einen Betrag, den ich von der SPÖ für ein Komitee übernommen habe. Den ich bin sicher nicht verpflichtet, hier abzurechnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge, ich bitte mir meine Fragen doch nicht umzuformulieren. *(Dr. Damian: Nein, dazu bin ich nicht imstande!)* Ich habe sicherlich von Ihnen keine Abrechnung erbeten, sondern ich habe die Frage gestellt, nachdem Sie alle anderen Ausgabemöglichkeiten abgeschnitten haben beziehungsweise mir durch Kopfnicken bestätigt haben, daß Sie kein Anwaltshonorar, daß die Prominenten keine Honorare bezogen haben, die Frage gestellt: Wofür gibt man eine Million aus? Ohne jetzt bitte den subtilen Begriff der Abrechnung zu verwenden, sondern eine Million verliert man ja nicht. Was ist der Zweck, was wurde damit finanziert?

Dr. **Damian:** Erstens einmal ist folgendes; bitte das kann ich jetzt nicht genau sagen. Ich glaube mich zu erinnern, daß wir ein Inserat sogar direkt finanziert haben. Aber ich weiß es jetzt nicht. Das ist ein Betrag. Ein grösserer Betrag.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf Sie aber schon an die Wahrheitspflicht erinnern.

Dr. **Damian:** Schauen Sie, das ist alles so schwer. Ich werde hier mit Problemen konfrontiert, die ich vorher nicht weiß. Also ich bin außerstande, hier jetzt darüber ... Schauen Sie, jeder Zeuge, auch unter Wahrheitspflicht, sagt nur im Rahmen seiner Erinnerung aus. Wenn einer eine Erinnerung nicht hat, kann er nicht aussagen. Es ist also schwer hier, jetzt, ohne daß ich ein Beweisthema angegeben habe, mich mit diesem Problem zu befassen.

Aber bitte, ich habe nicht Lust, daß ich da in irgendwelche Probleme komme, indem ich jetzt etwas sage, was ich nicht weiß und nicht ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist auch besser, wenn Sie nichts erfinden.

Dr. **Damian:** ... wissen kann, und daher bin ich außerstande, diese Frage zu beantworten.

Ganz abgesehen davon bin ich hier auch letztlich zur Verschwiegenheit verpflichtet gegenüber den Mitgliedern des Komitees. Es ist nicht meine Aufgabe, das zu sagen, aber was hat das eigentlich alles mit dem AKH zu tun, wenn die Partei einem Wahlkomitee für den Dr. Kreisky Geld gibt?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, nur damit es da kein Mißverständnis gibt: Das Geld, das Ihnen die Partei gegeben hat, steht hier überhaupt nicht zur Debatte.

Dr. **Damian:** Aber ich werde da eine halbe Stunde schon gefragt deswegen.

Obmann Dr. **Steger:** Wirklich zur Debatte stehen jene Millionenbeträge, wo bis heute Sie uns eigentlich keinen in Österreich vorhandenen Vertreter nennen können, der von irgendwo her sagen kann, was das für Geld ist. Wir haben uns auch tagelang in einer ähnlichen Art und Weise zum Beispiel mit dem Herrn Rabelbauer beschäftigt, weil Ihre Fraktion gesagt hat, solange nicht klargestellt ist, daß das nicht AKH-Geld ist, hat sie den Verdacht, das sind AKH-Gelder. Und jetzt sind Sie mitten in einem Fettnäpfchen drinnen, wo ähnlich die Vermutung in die andere Richtung jetzt geäußert wird. Sie sind sozusagen jetzt der SPÖ-Rabelbauer geworden für diese momentane Einvernahme. Ich wollte das nur klarlegen.

Dr. **Damian:** Bitte, da ist ein sehr fundamentaler Unterschied. Der Rabelbauer hat das Geld der Partei gebracht, in dem Fall hat die Partei das Geld dem Komitee gebracht.

Wenn wir über das nicht mehr sprechen, sondern sprechen über den Betrag, der vom Holliger aufgebracht wurde, dann stimmen wir überein, daß man darüber sicherlich reden kann.

Obmann Dr. **Steger:** Richtig. Um was es eigentlich geht, ist die Vermutung, die offensichtlich von allen Abgeordneten, die hier immer wieder nachfragen, geäußert wird, daß sich hier eigentlich im Interesse der SPÖ doch Zeugen finden müßten, die nachweisen, daß das keine AKH-Gelder sind, die da drinnen

sind beim Herrn Holliger. So habe ich es, glaube ich, richtig verstanden.

Dr. **Damian:** Ich bin gerne bereit, den Herrn Holliger zu fragen, aber was soll ich jetzt machen im Moment?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich komme jetzt zu den letzten Fragen in dem Zusammenhang, damit auch wirklich in die Stoßrichtung Holliger. Kann es möglich sein, daß der Herr Holliger Geld nicht von Einzelpersonen, sondern auch von Firmen hier in diese Aktion hineingeworfen hat?

Dr. **Damian:** Das weiß ich nicht. Ich weiß überhaupt nicht, woher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen ein Zusammenhang zwischen Holliger und etwa der Rinter AG bekannt?

Dr. **Damian:** Schauen Sie, ich weiß nicht, mit wem der Holliger Kontakt gehabt hat. Der Holliger — ich muß das nochmals wiederholen — hat immer gesprochen von Auslandsösterreichern, die die Beträge ihm zur Verfügung gestellt haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Letzte Frage, Herr Doktor, und ich erinnere Sie jetzt doch an die Wahrheitspflicht: Sie haben für den Herrn Holliger, der bei Ihnen telefonisch sich anmeldete, der hereinkam, keine Referenz aus der Parteizentrale oder von hochrangigen Parteifunktionären über seine politische Bonität eingeholt?

Dr. **Damian:** Die ganze Aktion hat mit der Partei nur sehr mittelbar zu tun gehabt. Mittelbar insofern, als der Herr Dr. Kreisky Spitzenkandidat der SPÖ war. Das ganze war eine Aktion, die für die Wiederwahl des Herrn Dr. Kreisky gemacht wurde. Die Partei hat mit der Geschichte überhaupt, außer daß sie sich am österreichischen Komitee durch eine Zuwendung beteiligt hat, nichts zu tun. Eine Information über den Herrn Holliger in der Partei wäre sinnlos gewesen, weil ihn dort wahrscheinlich niemand kennt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also auch keinen hochrangigen Funktionär über den Herrn Holliger befragt, als dieser bei Ihnen auftauchte?

Dr. **Damian:** Nein, ich habe das auch nicht für notwendig gehalten. Das ist etwas, man kann natürlich, wenn man sich auf seine Menschenkenntnis allein verläßt, Schiffbruch erleiden, das ist durchaus möglich. Aber irgendwie hat der Herr Holliger einen durchaus vertrauenserweckenden und ernsten Eindruck gemacht, und ganz abgesehen davon hat er in dieser Aktion auch nach meiner bescheidenen Beurteilung, klaglos und vorzüglich gearbeitet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wurden Ihnen irgendwo eine Gegenleistung österreichischerseits an den Herrn Holliger durch irgendeine Geschäftsverbindung, die er erwähnt hat, etc., bekannt?

Dr. **Damian:** Nein. Soviel ich aber weiß, ist diese Aktion vom Herrn Holliger als Geschäftsmann gemacht worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie rundwegs ausschließen, daß der Herr Holliger in Österreich Geschäfte mit Stellen der Republik abwickelte?

Dr. **Damian:** Mir ist nichts derartiges bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Oder mit sonstigen Stellen?

Dr. **Damian:** Nichts derartiges bekannt. Mir ist überhaupt nichts derartiges bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mein Kollege Bergmann wollte da weiterfragen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eine ganz kurze Zwischenfrage. Ist im Bereich des Komitees oder seiner Restbestände einmal darüber diskutiert worden, ob man dieses Geld wegen ungeklärter Herkunft zurückgeben sollte?

Dr. **Damian:** Also bitte, die Herkunft ist nicht ungeklärt. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Danke!)* Meinen Sie das Schweizer Geld? *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das Schweizer Geld!)* Bitte um Entschuldigung, da entstehen immer Mißverständnisse. Nein, darüber ist nicht diskutiert worden, überhaupt nicht. Da ist überhaupt nie darüber gesprochen worden. Bitte, das habe ich echt mißverstanden! Hier ist die Herkunft geklärt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, es hat ja bis heute auch keiner gefragt, woher das Geld ist. Daher ist ja die Herkunft weder ungeklärt noch geklärt.

Dr. **Damian:** Das sind Schauspieler und Künstler, der gibt sein Statement ab, das Statement erscheint dann, und damit ist doch für den das erledigt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es geht um die Summe, die der Herr Holliger nach Österreich transferiert hat.

Dr. **Damian:** Darüber ist im Komitee nie gesprochen worden, überhaupt nie.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, ich muß

trotzdem, auch wenn der Vorsitzende der Meinung war, es geht um die eine Million nicht so sehr, auf diese eine Million zurückkommen, weil hier eine andere Aussage vorliegt. Es liegt hier die Aussage vor, daß sie die Million bekommen haben und daß man auf eine Abrechnung verzichtet hat, weil ohnehin die Inserate erschienen sind.

Wenn das richtig ist und wenn ich meinem Kollegen Kapaun von der SPÖ folgen kann, der mit dem Generaldirektor Klauhs ein längeres Gespräch gehabt hat, dann hieße das, daß diese Million, die in der Abrechnung der SPÖ als Wahlkampfausgabe in der öffentlichen Abrechnung aufscheint, tatsächlich nicht als Wahlkampfausgabe stattgefunden hat, das heißt also, nicht sinngemäß nach dem Paragraphen des Parteiengesetzes, nicht sinngemäß oder nicht zweckmäßig verwendet worden ist, sondern für einen möglichen nächsten Wahlkampf auf eine hohe Kante gelegt worden ist.

Dr. **Damian:** Da bin ich außerstande, dazu Stellung zu nehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sagen jedenfalls, daß ein Großteil dieses Geldes ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, ich glaube wirklich, daß das alles sehr interessant ist. Aber das hat — deswegen habe ich vorher die Unterscheidung gemacht —, diese feststehende Million, daß sie nämlich direkt aus Parteienfinanzierungsquellen oder aus offiziellen Geldern der SPÖ kommt, hat bitte keinen AKH-Bezug.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist eine Frage, wie man es interpretiert. Einen AKH-Bezug hat es allein schon von der Vorstellung her, daß unter Umständen eine Finanzierungsaktion anderer Art mit dieser von der Partei gegebenen Million getarnt werden sollte oder ähnliches.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, dann reden Sie wieder von Geldern, die allenfalls zusätzlich aufgebracht wurden, aber nicht von dieser Million.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich weiß ja auch nicht, wo die Mediplan herkommt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich verstehe das schon, aber bitte dann differenzieren Sie zwischen dieser Million und sonstigen Geldern. Bei den sonstigen Geldern ist es natürlich möglich, daß hier weitere Fragen gestellt werden, soferne der Herr Zeuge darüber etwas sagen kann. *(Dr. Damian: Ich muß Ihnen halt eines sagen ...)*

Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann ist zunächst am Wort, und dann erst die Antwort. Ich wollte nur klarstellen, daß diese Million jedenfalls keinen AKH-Bezug hat, und nach der Vereinbarung, die wir hier haben, hier zwar aufgedeckt wurde, wie das Ganze läuft, aber nicht direkt weiter zu untersuchen ist.

Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, ich war nicht die ganze Zeit da, daher ist es vielleicht eine Doppelfrage.

Ist der Name Wolfgang Maier im Zuge Ihrer Einvernahme schon gefallen?

Dr. **Damian:** Nein, ist noch nicht gefallen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name etwas?

Dr. **Damian:** Der Wolfgang Maier war einer der Texter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Einer der Texter. Er hat sich ein bißchen ausgegeben, als der Texter.

Dr. **Damian:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie kam der dazu? War das eine Auflage des Herrn Holliger? Oder ist das ein Club 45-Mitglied?

Dr. **Damian:** Nein, der Maier ist ein junger Journalist, der bei verschiedenen Zeitungen tätig war. Ich glaube, auch beim „profil" einmal, ich kann es aber nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie intensiveren Kontakt mit dem Herrn Maier gehabt?

Dr. **Damian:** Ich habe Texte von Maier gesehen, ich habe mit ihm Texte gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War er über die ganze Aktion informiert?

Dr. **Damian:** Nein, nur von der Textseite her.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber daß das über die Schweiz abgewickelt werden soll?

Dr. **Damian:** Möglich, bitte, kann sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit ihm nie irgendwelche Gespräche darüber geführt?

Dr. **Damian:** Ich habe mit dem Maier über Texte gesprochen, ich habe mit dem Maier Texte gemacht, er war dabei bei Gesprächen mit Prominenten der Aktion. Textverarbeiter klingt so blöd, aber irgendwo trifft das am ehesten seine Funktion. Er hat etwas gemacht, der Maier ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie hoch war denn sein Honorar?

Dr. **Damian:** Das weiß ich nicht, das hat der Holliger mit ihm geregelt.

Schauen Sie, soviel ich weiß ... es ist alles so

schwer jetzt zu sagen, wie das war. Der Maier ist vom Holliger bezahlt worden, nehme ich an.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und jetzt noch einmal: Wie kommt Damian zu Holliger?

Dr. **Damian:** Holliger zu mir, besser gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich weiß nicht, ob das andere ehrenrührig ist.

Dr. **Damian:** Nein, nein, aber so entspricht es den Tatsachen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie kommt der Holliger zu Ihnen? Fährt nach Wien, klopft beim ersten Rechtsanwalt beim Vorbeigehen an ...

Dr. **Damian:** Nein, Sie waren nicht da, Herr Direktor Bergmann. Es war so, darf ich es Ihnen kurz wiederholen. Er hat sich telefonisch avisiert, und dann wurde ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie kommt er auf Sie, wie kann er annehmen, daß ...

Dr. **Damian:** Ich habe ihn schon vorher einmal gekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie kommt er auf Sie, sozusagen mit einem ganzen Paket zahlungsfreudiger Auslandsösterreicher, wie kommt er ausgerechnet auf Sie?

Dr. **Damian:** Ich habe ihn schon vorher gekannt, und irgendwo ging es um die Akkordierung. Er hat die Gruppe gehabt, ich habe die Gruppe gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Gruppe haben Sie gehabt?

Dr. **Damian:** Ich habe das Komitee in Wien gehabt, und er hat die Gruppe gehabt, seine Auslandsösterreicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber das Komitee in Wien ist ja erst entstanden, nachdem das Geld ...

Dr. **Damian:** Nein, nein, das Komitee war schon viel früher da.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Gruppe der Leute, die dann in den Inseraten aufgetreten sind, sind gekeilt worden, nachdem das Geld gesichert worden ist.

Dr. **Damian:** Schauen Sie, ich muß Ihnen eines sagen. Ich weiß nicht, wie Sie das in Ihrer Partei betreiben, wenn Sie Prominente für solche Aktionen „keilen", dann ist das Ihre Sache. Die Textierung für die Leute, die hier dabei sind, möchte ich bitte vorschlagen zu vermeiden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich kann es deswegen nicht tun, weil der Herr Proksch diese und ähnliche Ausdrucksweisen in Interviews verwendet.

Dr. **Damian:** Das ist Sache des Herrn Proksch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich streite auch mit Ihnen gar nicht, ich hätte gerne, daß sie meine Fragen beantworten. Meine Frage hat gelautet, wie im konkreten kommt der Herr Holliger mit Ihnen zusammen, um eine für österreichische Medienverhältnisse bedeutende Werbekampagne aufzuziehen.

Dr. **Damian:** Sie haben den Namen Proksch genannt. Der Holliger kennt auch den Proksch. Wahrscheinlich ist er auf die Weise irgendwo empfohlen worden. Es kommen viele Leute zu mir. Der ruft an und ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum erzählen Sie uns das nicht in aller Ruhe? Ich weiß nicht, warum Sie sich aufregen.

Dr. **Damian:** Ich rege mich überhaupt nicht auf. Aber wenn Sie sagen, wir haben hier Prominente „gekeilt", so ist das, finde ich, eine Ausdrucksweise, die unpassend ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann müssen Sie sich mit dem Herrn Proksch auseinandersetzen, der führt diese Sprache.

Dr. **Damian:** Der hat es nicht gesagt, Sie haben es gesagt, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich sage Ihnen, daß er es in Zeitungsinterviews genauso gesagt hat.

Dr. **Damian:** Da müssen Sie ihn fragen, Sie haben ihn ja auch vorgeladen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bitte Sie noch einmal, streiten Sie mit mir nicht, beantworten Sie meine Fragen.

Dr. **Damian:** Da müssen Sie Fragen stellen, die ich beantworten kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Ihnen die Frage gestellt, wie der Herr Holliger mit Ihnen zusammengekommen ist, um eine der größten privaten Medienkampagnen zu finanzieren, die es in Österreich je gegeben hat. Sie erzählen mir jetzt nach zweimaligem Nachfragen, daß der Herr Proksch Sie vermittelt hat offensichtlich.

Dr. **Damian:** Nicht der Proksch vermittelt hat, sondern der Holliger hat sich an mich gewandt. Aber ich halte es für möglich, daß der Proksch ihm gesagt hat: Wir machen das da in Wien, und er soll sich der Sache annehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben nie einem österreichischen Politiker erzählt, daß sie jetzt 5 Millionen Schilling im Ausland flüs-

sig machen können zur Unterstützung des Wahlkampfes in Österreich?

Dr. **Damian:** Da ich erst im nachhinein auf Grund von Schätzungen erfahren habe, daß das ungefähr 5 Millionen Schilling kosten soll, konnte ich das vorher keinem österreichischen Politiker erzählen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte, wenn Sie zum Herrn Marsch gehen und bei einem für einen Wahlkampf Verantwortlichen 1 Million Schilling Zuschuß für eine Aktion kriegen, dann, glauben Sie mir, gibt der das nicht à fonds perdu, sondern auf Grund einer ganz klaren Konzeption und auch auf Grund einer ganz klaren Berechnung: Was wird das kosten, und was kommt zu dieser Kampagne noch von woanders dazu? Der Herr Marsch ist ein prominenter österreichischer Politiker, und Sie erklären mir jetzt, Sie haben vorher mit niemandem darüber geredet.

Er hat Ihnen also die Million gegeben und hat gesagt, mir ist das Wurscht?

Dr. **Damian:** Herr Abgeordneter Bergmann! Sie waren bei diesem Gespräch mit Ihren beiden Herren Fraktionskollegen nicht herinnen. Das haben wir ausführlich erörtert, wie sich das abgespielt hat.

Es war ursprünglich eine kleinere Aktion geplant *(Abg. Bergmann: Das habe ich schon gehört!)*, kleinere Inserate, und diese kleineren Inserate wären sozusagen in Eigenfinanzierung zu lösen gewesen.

Wenn Sie es sich ansehen: Das Teure sind die langen Geschichten. Wenn man nur ein Photo bringt oder nur ein kurzes Statement: „Ich bin für Kreisky aus den und den Gründen", so ist das sicherlich auch mit einem geringeren Betrag zu finanzieren. Das brauche ich Ihnen sicherlich nicht zu sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das weiß jeder, daß ein größeres Inserat teurer ist als ein kleineres.

Dr. **Damian:** Daher war ursprünglich das in dieser Form gedacht, und in dieser Form hat sich der Herr Abgeordnete Marsch eben die Sache vorgestellt. Daß sich das dann anders und weiter entwickelt hat, das ist eine zweite Sache.

Wissen Sie, es ist das furchbar schwer. Ich werde hier immer wieder auf die Wahrheitspflicht aufmerksam gemacht, zu der ich mich auch bekenne. Aber auf der anderen Seite ist es furchbar schwer, einen Vorgang, der Jahre zurückliegt, im Detail jetzt zu schildern, hier genau zu sagen: Wann war zuerst wer da? Wann war das?, noch dazu, wenn man darauf nicht vorbereitet ist.

Wenn ich eine Ladung bekomme, wo drinnensteht, ich soll darüber reden, dann werde ich mir die Unterlagen nehmen, und dann werde ich mich bemühen, Ihnen das genauer zu sagen. Aber so ist meine ganze Aussage unter der Maßgabe der Erinnerung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie mir gestatten, Ihnen ein paar Fragen zu stellen, und wenn Sie es beantworten, ist es recht, und wenn Sie es nicht beantworten, ist es mir auch recht. Sie brauchen mir wirklich nicht zum 27. Mal zu sagen, daß sie nicht gewußt haben, worüber Sie einvernommen werden. *(Dr. Damian: Nein, tut mir leid!)* Es steht seit Monaten in den Zeitungen, womit sich der Ausschuß befaßt, und es stand auch in den Zeitungen, daß sich der Ausschuß mit dem Club 45, mit den „Geschichten von Dr. Kreisky" und ähnlichem befaßt.

Dr. **Damian:** Also bitte, in welcher Zeitung steht, daß ich hier vernommen werde über die Aktion Dr. Kreisky, wo steht das?

Bitte, was hat der Club 45 mit dem zu tun? Was?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bitte Sie noch einmal: Beantworten Sie meine Fragen, warten Sie, bis ich eine gestellt habe, und wir sind viel schneller fertig miteinander, als wenn sie dieses Streitgespräch suchen, zu dem ich durchaus bereit bin, wenn Sie es haben wollen.

Dr. **Damian:** Können wir auch einmal machen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal — und wenn ich Sie penetrieren muß, und je öfter Sie ablenken, desto präziser werde ich Sie noch einmal nachfragen.

Der Herr Holliger macht mit Ihnen eine der größten Medienkampagnen, die von privater Seite im politischen Bereich finanziert worden sind. Und kein einziger Politiker, auch nicht der Herr Marsch, der das mit Ihnen zuerst als Kleinkampagne anlegt, kommt je auf die Idee, zu sagen: Das nimmt ja ungeheure Ausmaße an. 65 Einschaltungen in österreichischen Tages- und Wochenzeitungen! Woher habt ihr denn eigentlich das Geld? — Dieses Gespräch findet nie statt?

Dr. **Damian:** Hat nie stattgefunden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das wollen Sie uns einreden?

Dr. **Damian:** Das ist Tatsache. Es hat nie stattgefunden. Sie können den Herrn Marsch ja fragen, ob es stattgefunden hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat nie stattgefunden. Auch der Herr Marsch hat im nachhinein nie gefragt, wie das alles vor sich gegangen ist?

Dr. **Damian:** Das weiß ich nicht, ob der im nachhinein gefragt hat. Mich hat er nicht gefragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat auch im Club 45 mit dem Herrn Proksch nie ein Gespräch darüber gegeben?

Dr. **Damian:** Es haben — da waren Sie auch nicht da, Herr Abgeordneter — Gespräche mit Proksch und Holliger stattgefunden im Hause Demel, aber nicht im Club 45.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie sagen, daß Sie genau Bescheid wissen, wer die Spender dieser 5 Millionen Schilling sind?

Dr. **Damian:** Ich kenne überhaupt keinen Spender.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ja vorhin gesagt, Sie können diese Schweizer Leute, die beim Herrn Holliger mitfinanziert haben, nicht bekanntgeben.

Dr. **Damian:** Nein, das ist ein Mißverständnis. Ich habe gesagt, ich kann nicht bekanntgeben ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, da muß ich nur klarstellen noch vor der Antwort; der Vorhalt soll ja richtig sein. Er hat immer gesagt, er kann nicht bekanntgeben die österreichischen Mitglieder des Komitees, aber die haben wieder nichts zu tun mit denen, die im Ausland über den Herrn Holliger das finanziert haben, und die kennt er gar nicht.

Dr. **Damian:** Ich bin außerstande, ich kenne sie wirklich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ich sage das nur noch einmal, wie es vorher erklärt worden ist, damit wir nicht hier einen Vorhalt machen, der falsch ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann ich daraus schließen, daß dem österreichischen Komitee Personen angehören, die nicht in der Inseratenwelle aufgeschienen sind?

Dr. **Damian:** Auch, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und daß die etwas gespendet haben?

Dr. **Damian:** Das halte ich für ausgeschlossen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum sollte jemand, der beim Komitee dabei ist ...

Dr. **Damian:** Jedenfalls nicht ... Reden wir wieder über Holliger, nicht? Jedenfalls nicht an Holliger. Sicher nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Aber, Herr Zeuge, da haben Sie uns vorher gesagt, daß sehr wohl in Österreich bei dem Komitee Leute dabei waren, die haben zwar gespendet, aber sie wollten nicht aufscheinen.

Dr. **Damian:** Ja, auch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und diese Gruppe sind Sie nicht bereit, bekanntzugeben? Warum eigentlich?

Dr. **Damian:** Weil es Leute gibt, die eben kein Interesse daran haben, daß ihr Eintreten für Dr. Kreisky ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als was ist denn dieses Komitee konstituiert, als Verein oder?

Dr. **Damian:** Nein, als freie Personengemeinschaft. Nichtjuristische Person.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was sagt Ihnen denn der Name Lylac Limited?

Dr. **Damian:** Wurde ich schon gefragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abg. Dr. Feurstein, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage das nur, weil es auch die anderen Herren gefragt worden sind. Mit welchen liechtensteinischen Anwälten haben Sie Kontakt? Dr. Güggi?

Dr. **Damian:** Mit überhaupt keinem.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Batliner?

Dr. **Damian:** Mit keinem liechtensteinischen Anwalt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Überhaupt nicht?

Dr. **Damian:** Überhaupt keinem.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Darf ich Sie ein bisserl um Präzisierung Ihrer Kontakte zu Udo Proksch bitten? Ist das eine alte Freundschaft, oder ist das im Zusammenhang mit Ihrer anwaltlichen Tätigkeit, daß Sie ihn kennengelernt haben?

Dr. **Damian:** Es ist alles. Der Udo Proksch zählt zu meinem Freundeskreis, und ich bin auch sein Anwalt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich wollte jetzt gar nicht so indiskret werden, ob Sie sein Anwalt sind. Ich habe nur die Frage gestellt gehabt, ob Sie ihn anwaltlich kennengelernt haben.

Dr. **Damian:** Udo Proksch ist damit einverstanden, daß ich das sage.

Obmann Dr. **Steger:** Hier gibt es einen Verein CUM. Sagt Ihnen das etwas?

Dr. **Damian:** Ja, das ist ein Verein, mit dem der Proksch irgendetwas zu tun hat.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben damit nichts zu tun?

Dr. **Damian:** Nichts, nein.

Obmann Dr. **Steger:** Diese Firma LYLAC AG — da gibt es übrigens vier verschiedene LYLAC-Firmen —: eine LYLAC AG, eine LYLAC SA, eine LYLAC Inc. und eine LYLAC Ltd.

Dr. **Damian:** Kenne ich nur aus der Presse.

Obmann Dr. **Steger:** Alle Zuggartenstraße 2. Wie Sie richtig gesagt haben, ist diese Firma unter anderem Eigentümer ...

Dr. **Damian:** Ich glaube Demel-Eigentümer.

Obmann Dr. **Steger:** ... Demel, und zwar 90 Prozent, 10 Prozent ist der Herr ...

Dr. **Damian:** 10 Prozent soll der Proksch haben.

Obmann Dr. **Steger:** ... Kirchhofer-Proksch Eigentümer.

Hier fällt nur immer wieder auf jetzt bei verschiedensten Einvernahmen, die wir durchgeführt haben, daß am Rande sehr oft der Herr Proksch wieder herausschaut, ohne daß man, wenn man richtig hineingreift, weiß, wieso eigentlich.

Aus Ihrer Sicht, wenn Sie jetzt Ihre Informationen, Ihre Wahrnehmungen sich überlegen: Was hat mit allfälligen AKH-Firmen der Herr Proksch zu tun? Hat er auf der Kontaktebene das hergestellt, hat er hier Kontakte vermittelt, hat er hier Geschäftsfälle mit zustande gebracht? Ist Ihnen da irgend etwas bekannt?

Dr. **Damian:** Ich bin darüber völlig uninformiert. Schauen Sie, ich weiß aus meiner Tätigkeit bei der AKPE, die eine rein anwaltliche Tätigkeit war ... Also bitte, es ist möglich, daß da irgendwann einmal ein Gutachten erstattet wurde, das muß ich also feststellen. Aber ansonsten ist es eine rein anwaltliche Tätigkeit, die keineswegs mit Auftragsvergabe oder wirtschaftlichen Dingen etwas zu tun gehabt hat.

Wer dort Aufträge vermittelt, gebracht hat, das ist mir völlig unbekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Eine Gutachtertätigkeit ist ja auch eine anwaltliche Tätigkeit.

Dr. **Damian:** Ich sage, es war eine rein anwaltliche Tätigkeit, aber mit der Auftragsvergabe oder irgend etwas, damit werden die Anwälte eigentlich nicht befaßt.

Obmann Dr. **Steger:** Dann buchen wir den Herrn Proksch jetzt einmal nach Ihrem Wissensstand ab bei den AKH-Firmen. Dort haben Sie keinen Wissensstand darüber. *(Dr. D a m i a n: Keinen!)*

Was für eine Rolle hat er jetzt gespielt bei diesen Finanzierungsaktionen? Da ist er ja auch irgendwo offensichtlich als Vermittler aufgetreten.

Dr. **Damian:** Bei welcher Finanzierungsaktion?

Obmann Dr. **Steger:** Finanzierungsaktion Österreicher für „Geschichten von Dr. K."

Dr. **Damian:** Ja, er ist mit dem Holliger bekannt. Das habe ich dem Herrn Abgeordneten Bergmann ja gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Was hat er Ihnen da direkt darüber erzählt?

Dr. **Damian:** Nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Was hat Ihnen der Herr Holliger darüber erzählt?

Dr. **Damian:** Bitte nicht böse zu sein, ich muß es wiederholen, das ist eine Gruppe von Auslandsösterreichern, die ...

Obmann Dr. **Steger:** Nein, über seine Bekanntschaft mit Proksch. Ich versuche jetzt herauszudestillieren, woher haben sie da Informationen?

Dr. **Damian:** Gar nichts. Die sind bekannt miteinander.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, sie erzählen es uns ja bisher so vage, daß wir ja nicht wissen, was da jetzt konkret ist.

Dr. **Damian:** Ich kann es nicht besser erzählen, weil ich es nicht besser weiß.

Herr Vorsitzender, folgendes: Holliger ist jemand, der sich in wehrpolitischen Fragen irgendwie einen Namen gemacht hat. Und der Proksch ist jemand, der sich auch für Wehrpolitik interessiert.

Obmann Dr. **Steger:** Für Waffenhandel?

Dr. **Damian:** Für Waffenhandel sicher nicht. Es ist furchbar schwierig, weil man immer wieder assoziiert in dieser Richtung. Aber Wehrpolitik sollte eigentlich in Österreich nichts Schimpfliches sein, finde ich eigentlich. Wehrpolitik ist sicherlich etwas Ehrenwertes.

Obmann Dr. **Steger:** Schimpflich ist es in keinem Fall. Es wird nur dann unangenehm — das hat mit dem Untersuchungsausschuß allerdings nichts mehr zu tun —, wenn es im Zusammenhang mit ständigen Spionagevorwürfen stattfindet. Da wird es unangenehm.

Dr. **Damian:** Ja bitte, es kommt darauf an.

Obmann Dr. **Steger:** Es soll mehrfach passiert sein bei dem Namen, vielleicht haben Sie davon gehört.

Dr. **Damian:** Das gehört ja auch wieder nicht dazu. Ich könnte Ihnen sagen, warum solche Vorwürfe erhoben werden.

Obmann Dr. **Steger:** Sagen Sie es uns ruhig, Sie haben die Chance, das ins Protokoll zu bringen.

Dr. **Damian:** Wenn man halt eben jemanden totmachen will, so ist es recht einfach, wenn man bestimmte Vorwürfe erhebt. Das ist ja sehr häufig die Taktik von Zeitungen. Aber bitte, ich gehe wieder ein bißerl in die Emotion, die man in meinem Beruf nicht verlieren soll. Mir hat einmal ein sehr weiser Richter gesagt, das ist ...

Obmann Dr. **Steger:** Gut, das können wir ihn dann selber noch fragen über alle diese Zusammenhänge. Sie wissen jedenfalls nichts aus direkter Wahrnehmung.

Dr. **Damian:** Nein. Schauen Sie, ich weiß nur, die beiden haben eine gemeinsame Wellenlänge in bezug auf die Wehrpolitik. Und da her, glaube ich, datiert die Bekanntschaft. Aber nachdem Sie Proksch geladen haben, wird Ihnen der Proksch sagen, wieso er den Holliger kennt. Wie, was, wann, wo, das wird der sicherlich wissen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Feurstein bitte hat eine Zusatzfrage. Dann wieder Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben zwar gesagt, daß Sie keinen dieser Auslandsösterreicher kennen mit Ausnahme dieses Mannes aus Brasilien.

Dr. **Damian:** Den kenne ich auch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber darf ich Sie fragen: Könnte der Dr. Batliner hier eine Rolle spielen?

Dr. **Damian:** Ich kenne ihn nicht. Aber ich halte diese einfache Assoziation hier für völlig unpassend. Das sind zwei ganz verschiedene Kreise.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Bauer hatte Konten und Firmen in der Schweiz.

Dr. **Damian:** Mit der ganzen Aktion Dr. Kreisky hat der Bauer überhaupt nichts zu tun. Die Personen, die dabei gehandelt haben, habe ich hier alle genannt. Das ist also der Herr Holliger, das ist der Herr Proksch, das bin ich, das ist der Mayr und das sind die Mitglieder des Komitees und ein paar andere, die auch dort irgendwie mitgewirkt haben und vorgeschlagen haben, mit dem könnte man reden, und so weiter. Das ist alles. Aber von diesen Personen, die irgendwie im Rahmen dieser Untersuchung interessant sind, ist keine wie immer geartete mir jemals bekannt geworden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Doktor! Sie sind auch erst durch konkretes Fragen durch Herrn Bergmann draufgekommen, daß der Mayr der Texter war. Ich frage Sie jetzt ...

Dr. **Damian:** Das habe ich ja nie bestritten, daß der Mayr der Texter war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei mir haben Sie es noch nicht gewußt.

Dr. **Damian:** Mich hat ja kein Mensch gefragt, wer der Texter war. Der Holliger hat Texte gemacht. Ich zum Beispiel habe auch einen Text gemacht, ich weiß aber nicht mehr welchen. Ich glaube den von Walter Schachner.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich dazu fragen: Batliner schließen Sie aus?

Dr. **Damian:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bauer schließen Sie aus?

Dr. **Damian:** Ich kann überhaupt nicht sagen, wer diese Auslandsösterreicher waren oder wer damit irgendwie zusammenhängt, weil ich es nicht weiß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können es also nicht ausschließen?

Dr. **Damian:** Bitte schauen Sie, das ist eine Fragestellung, die meinem Erachten nach unzulässig ist. Herr Vorsitzender, darf ich um Ihre Hilfe bitten. Hier werden Fragestellungen vorgenommen, die meines Erachtens mit der Strafprozeßordnung im Widerspruch stehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eine haben Sie gemeint.

Dr. **Damian:** Hier wird folgendes gefragt: Hier wird gefragt, ob ich ausschließen kann, daß der Dr. Bauer mit der Geschichte irgend etwas zu tun hat und der Herr Bathliner. Darauf sage ich, ich kann dazu überhaupt nichts sagen, weil ich nicht weiß, wer mit der Sache irgend etwas zu tun hat. Daraufhin haben Sie gesagt, Sie können also nicht ausschließen, daß Dr. Bauer damit etwas zu tun hat. Morgen steht dann groß in der Zeitung, der Dr. Damian kann nicht ausschließen, daß der Dr. Bauer ein Geld hergegeben hat. Ich meine, so etwas ist doch keine Methode!

Obmann Dr. **Steger:** Ihre Intervention zielt in die Richtung, daß es nicht Suggestivfragen werden sollen, sondern Fragen über Wahrnehmungen und über Informationen.

Dr. **Damian:** Sie haben mich ideal verstanden.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf das aufgreifen und dem Ausschuß sagen, daß wir das ja schon mehrfach getan haben. Selbstverständlich ist der Zeuge über Wahrnehmungen zu befragen, und die Tatsache, daß er über etwas keine Wahrnehmungen hat, heißt selbstverständlich nicht, daß es daher in einer ganz bestimmten Art und Weise abgelaufen ist. Das ist in Ihrem Sinne klargestellt.

Dr. **Damian:** Ich kann weder den Dr. Bauer noch den Herrn Rablbauer noch den Herrn Kardinal König noch irgendwen ausschließen.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt haben Sie den Kardinal König in die Zeitung gebracht. *(Heiterkeit.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den Dipl.-Ing. Winter?

Dr. **Damian:** Ich kann überhaupt niemanden, keinen Menschen ausschließen. Das ist meine Antwort. Ich kann niemanden ausschließen, weil ich es nicht weiß.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Abgeordneter, machen wir es etwas kürzer. Der Herr Dr. Damian hat deutlich gesagt, daß er keine Informationen hat. Daher ist es sinnlos, jetzt alle Namen auch noch abzufragen. Er sagt, über die im Ausland hat er keine Informationen. Mehr und deutlicher kann man es nicht sagen, als daß keine Informationen vorhanden sind.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt habe ich nur noch eine Frage: Haben Sie sich mit dem Herrn Proksch vor dieser Einvernahme besprochen?

Dr. **Damian:** Ich habe gewußt, daß der Herr Proksch heute einvernommen wird. Ich habe aus der Zeitung entnommen, daß der Herr Proksch einvernommen wird zur Frage dieser Hongkong-Limited von Lauda. Ich habe gewußt, daß ich über das AKH einvernommen werde. Ich hatte aber keine Ahnung, daß ich über diese Sache einvernommen werde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, ob Sie mit dem Herrn Proksch gesprochen haben über diese Zeugeneinvernahme, über die Ihre und seine.

Dr. **Damian:** Ich habe mit Herrn Proksch gesprochen, daß er heute vernommen wird und ich heute vernommen werde. Das habe ich gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben ihn beraten?

Dr. **Damian:** Nein, ich habe ihn nicht beraten. Warum soll ich ihn beraten?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich möchte Sie noch fragen: Haben Sie mit dem Herrn Christoph Prutscher in dieser Sache gesprochen?

Dr. **Damian:** Überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Kollegen der SP-Fraktion?

Dr. **Damian:** Überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War dieses Proksch-Gespräch gemeinsam mit dem Niki Lauda? Heute mittag?

Dr. **Damian:** Ich habe heute mittag dem Herrn Proksch gesagt ... das heißt, gestern habe ich ihm gesagt: ich habe eine Ladung, er hat gesagt, er hat auch eine. Für mich war das aus folgendem Grund, daß er eine Ladung hat ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, ob Sie heute mittag mit dem Herrn Proksch eine ...

Dr. **Damian:** Darf ich das einmal beantworten! Das war für mich deshalb wichtig, weil ich gesehen habe, daß der Herr Proksch um 17.30 Uhr geladen ist und daher ich ein Abendessen nicht habe absagen müssen, weil ich mir ausrechnen kann, wie lange es dauert. Heute mittag habe ich den Herrn Proksch auch gesehen, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In seinem Lokal, mit dem Herrn Lauda zusammen.

Dr. **Damian:** Ja, den Herrn Lauda habe ich auch gesehen. Mit dem Lauda habe ich gesprochen, aber nicht über das AKH, sondern über das Problem, über das man zuerst redet, über die Verkehrsrechte. Über das haben wir geredet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Herr Wein auch Kontakte zum Herrn Holliger?

Dr. **Damian:** Wein? Wer ist der Wein?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Rudi Wein, Klub Gutruf.

Dr. **Damian:** Das ist der Gutruf-Mann?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dr. **Damian:** Das weiß ich nicht, habe keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da haben Sie keine Ahnung, ob er mit Proksch gut ist und daß er sehr viele militärische Angelegenheiten ...

Dr. **Damian:** Herr Abgeordneter! Ob er mit wem gut ist, das bin ich außerstande zu beurtei-

len. Ich würde empfehlen, die Leute direkt zu fragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage Sie ja nur. Gehört zu dem Texterkreis dieser Inseratenserie der Herr Mader dazu?

Dr. **Damian:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Pusch?

Dr. **Damian:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Dorn?

Dr. **Damian:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren nur Sie und der Herr Maier die Texter?

Dr. **Damian:** Nein, es waren andere Texter auch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer war das?

Dr. **Damian:** Nun Herr Professor Prawy zum Beispiel, der hat auch einen Text gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann kommt noch der Herr Heller, weil der hat auch den Text von der Frau Pluhar gemacht, nicht?

Dr. **Damian:** Wer den Pluhar-Text gemacht hat, weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber das liegt so auf der Hand.

Dr. **Damian:** Nein, ich glaube nicht. Aber das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind vorhin gefragt worden über diesen Verein CUM. Ist das wirklich ein ernstzunehmender Verein gewesen oder war das eher eine Juxangelegenheit?

Dr. **Damian:** Das weiß ich nicht. Aber ich bin an sich, glaube ich, über Wahrnehmungen und nicht über Meinungen zu befragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie hätten ja Wahrnehmungen haben können, daß das ein Juxverein ist.

Dr. **Damian:** Ich habe überhaupt keine Wahrnehmungen über Vereine.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was sagt Ihnen der Name Kibolac?

Dr. **Damian:** Kibolac — was ist Kibolac?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Peter Daimler.

Dr. **Damian:** Kibolac, wer ist der Kibolac? Ist das ein Name?

Abg. **Bergmann:** Ein Firmenname.

Dr. **Damian:** Ein Firmenname.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kibolac.

Dr. **Damian:** Im Moment gar nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Peter Daimler, wieweit war denn der befaßt mit diesen Inseraten?

Dr. **Damian:** Peter Daimler ist auch eines der Komitee-Mitglieder.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ist einer derer, die mit dem Herrn Holliger in einem engeren Kontakt stehen?

Dr. **Damian:** Daimler dürfte den Holliger kennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Über den Herrn Proksch?

Dr. **Damian:** Wahrscheinlich auch über Proksch. Der kennt sicher den Holliger. Ja, der Daimler kennt sicher den Holliger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Karl-Heinz Pfneudl etwas zu tun gehabt mit den ...

Dr. **Damian:** Der Pfneudl, ist das der vom Extrablatt?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dr. **Damian:** Nein, nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Rudolf Sacher?

Dr. **Damian:** Auch nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die CAPATA-AG war nicht verbunden damit?

Dr. **Damian:** Die CAPATA ist eine Schweizer Firma, die aber damit nichts zu tun hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Drasche-Wartinberg?

Dr. **Damian:** Meines Wissens nicht. Schauen Sie, wer von der Prominenz oder Halbprominenz was gemacht hat, das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es einen Rechtsanwaltkollegen von Ihnen gegeben, der auch mit befaßt war in dieser ganzen Sache. Zum Beispiel der Dr. Zanger?

Dr. **Damian:** Nein, überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe nur gesagt, ein Kollege. Also Anwalt, glaube ich, ist er auch. Oder irre ich mich da? Aber er taucht immerhin im Bannkreis Udo Proksch gelegentlich auf so wie der Dr. Erich Hofbauer.

Dr. **Damian:** Der Udo Proksch hat, soviel ich weiß, recht gute Kontakte zu anderen politischen Gruppierungen auch in dem Land. Ich glaube, es ist das nicht einseitig hier zu sehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also links der Mitte.

Dr. **Damian:** Ja, soweit Ihre Partei auch „links der Mitte" ist, hat er auch dort Kontakt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mir ist keiner bekannt. Aber Sie können vielleicht ein paar lustige Details erzählen. Vielleicht kommt uns das Lachen auch noch bei Ihrer Einvernahme.

Dr. **Damian:** Ich muß Ihnen eines sagen: Mir hat ein sehr Prominenter ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie eigentlich nichts gefragt, Herr Doktor.

Dr. **Damian:** Ich habe erfahren, daß ein sehr prominenter Funktionär Ihrer Partei gesagt hat: Wenn wir das noch einmal machen, so soll man so eine Aktion für Ihre Partei machen, weil sie sehr erfolgreich war. Das ist das größte Kompliment, daß mir je über ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist ja außer Streit.

Dr. **Damian:** Daher möchte ich nicht unbedingt, daß man jetzt nach zwei Jahren nach den Wahlen gewisse Ressentiments führt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie, glaube ich, sind Anwalt genug, daß die Qualitätsfrage unter Umständen nicht die rechtliche Frage außer Streit stellt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich habe inzwischen das Gutachten da. Und zwar ist es geschrieben von der Kanzlei Dr. Amhof — Dr. Damian, ein Brief, in dem es heißt —, ich lese vor:

„18. 5. 1978. Die Firma Odelga hat mich mit der Abgabe einer gutächtlichen Stellungnahme zum Vertragsentwurf zwischen AKPE und ARGE Betriebsorganisationsplanung ersucht. Ich habe im Hinblick darauf, daß ich auch Sie vertrete, die Odelga gebeten, zu genehmigen, daß meine Stellungnahme auch Ihnen zugängig gemacht wird. Die Odelga hat dem zugestimmt, und übermittle ich anbei Exemplar dieser Stellungnahme zur Verfügung."

Dr. **Damian:** Da war meine Erinnerung doch richtig. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Daher bitte ich jetzt zu beantworten die am Beginn Ihrer Einvernahme an Sie gerichtete Frage, ob sich hier eine Interessenskollision ergeben hat.

Dr. **Damian:** Ja, sicher. Um eine Interessenskollision zu vermeiden, wurde das Gutachten der AKPE zugänglich gemacht. Das war die Voraussetzung dafür. Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Kohlmaier diesen Brief kennt. Aus dem Brief geht es ja eindeutig hervor. Es war nicht so wie ich gefragt wurde, ob ein Gutachten für die AKPE gemacht wurde, sondern es war ein Gutachten für die Odelga. Das ist jetzt auch aufgeklärt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Liegt hier nicht doch eine Interessenskollision vor. Denn Sie schreiben ja der AKPE nur, daß Sie ihr freundlicherweise das Gutachten auch übermitteln. Aber in der gutächterlichen Tätigkeit, in der Begutachtung stehen Sie ja vor dem Problem, daß Sie im Namen des A einen Vertrag, den A mit B abschließt, zu begutachten haben und daß Sie damit vielleicht die Interessen von A stärker berücksichtigen als die von B.

Nach wie vor daher die Frage, würden Sie nicht rückblickend sagen, Sie hätten eine solche Beurteilung des Vertragsentwurfes besser nicht machen sollen, weil eine Interessenskollision zweifelsfrei vorliegt.

Dr. **Damian:** Nein. Ich habe vorher auch mit Dr. Schwaiger darüber gesprochen und Herrn Dr. Schwaiger auch gesagt, daß ich ihn begutachte. Es waren die Beteiligten damit einverstanden. Ich habe auch Vertrauensstellung bei beiden Gesellschaften gehabt. Dazu kommt noch, daß die Eigentümerstruktur zumindest überwiegend ident war. Ich habe mit Herrn Dr. Schwaiger gesprochen — ich kann mich jetzt schon erinnern —, und er hat gesagt, ja, er ist damit einverstanden, aber er möchte gerne dann das Gutachten haben. Es ist also keine Kollisionssituation. Es ist eine Vertrauensbasis bei beiden Struktionen vorhanden gewesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weitere Frage: Die Vertrauensbasis war bei beiden Seiten vorhanden. Wie beurteilen Sie rückblickend aus der Erinnerung diesen Vertrag, den Sie damals begutachtet haben?

Dr. **Damian:** Überhaupt nicht, weil er mir jetzt im Moment nicht parat ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können sich nicht erinnern?

Dr. **Damian:** Ich kann mich nicht erinnern daran. Ich kenne ihn wahrscheinlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie es nicht als eine unglückliche Struktion empfinden, daß die Gemeinde auf der einen Seite in der AKPE drinnen war eigentümerlich und auf der anderen Seite in dem Beratungsvertrag neuerdings aufscheint.

Dr. **Damian:** Das ist eine Frage, die — glaube ich — jenseits der rechtlichen Beurteilung liegt, das ist eine politische Beurteilung, die ich nicht geben kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich halte also fest, daß ich für meinen Teil, wenn ich das vorwegnehmend festhalten darf, das als Interessens-

kollision im Sinne des Kontrollamtsberichtes, der das ja auch als solche bezeichnet hat, ansehe.

Nächste Frage: Waren Sie in einem Konsulentenverhältnis zur AKPE oder sind Sie noch in einem Konsulentenverhältnis?

Dr. **Damian:** Nein. Ich wurde jeweils nach Honorarnotenlegung honoriert, ohne Pauschale, ohne fixes Verhältnis. Mein Vertretungsverhältnis kann jederzeit aufgelöst werden. Einmal ist es mehr, einmal ist es weniger.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Verstehe ich das richtig, daß dieses Konsulentenverhältnis mit Ihnen ...

Dr. **Damian:** Ich habe kein Konsulentenverhältnis, Herr Abgeordneter. Ich habe eine anwaltliche Vertretung und eine anwaltliche Aufgabe. Ich war aber nie Konsulent der AKPE.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie würden Sie dann eine Auskunft des Direktors Schwaiger, die uns hier vorliegt, an den Ministerialrat Dr. Schneider, wo er ausführt, welche Konsulenten die AKPE beschäftigt, beurteilen? Da hält er nämlich fest: Darf ich Ihnen mitteilen, daß von der AKPE folgende Konsulenten beschäftigt werden: Zacek, und dann kommt die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Amhof—Dr. Damian für spezielle Rechtsfragen von besonderer Bedeutung. Würden Sie dies bestreiten wollen, wenn Sie sagen, Sie sind nicht ...

Dr. **Damian:** Konsulent ist in dem Fall eine Beurteilung des Herrn Dr. Schwaiger, die aber mit meiner Beurteilung nicht übereinstimmt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie würden es als eine unglückliche Formulierung betrachten.

Dr. **Damian:** Ich verstehe unter Konsulent jemanden, der in einem ständigen Verhältnis steht zur Mandantschaft und ständig im wesentlichen gleichartig entlohnt wird. Das war aber hier nicht der Fall.

Obmann Dr. **Steger:** Vielleicht darf ich kurz aufklären: Es gibt die formelle Seite eines Konsulentenverhältnisses und die materielle Seite eines Konsulentenverhältnisses. Anwälte sind gewohnt, daß sie das unterscheiden. Wenn formell ein Konsulentenverhältnis besteht, dann wird das pauschal honoriert, wie eben ein Konsulentenhonorar abgerechnet wird. Das hat aber nichts damit zu tun, daß jede rechtsanwaltliche Tätigkeit eine konsiliarische Tätigkeit ist, also eine beratende, die materiell durchaus ident einem Konsulentenverhältnis ist. Aber formell war es nach dieser Aussage kein Konsulentenverhältnis.

Dr. **Damian:** Sie müssen übereinstimmen.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist, glaube ich, eine Differenzierung, der Sie sich anschließen können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich bin voll Ihrer Meinung und auch der Meinung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Damian. Ich wollte nur dieses Schreiben Schwaigers richtigstellen, und da ist — und ich kann es ja nicht falsch zitieren — von Konsulententätigkeit die Rede.

Nun führt dieses Schreiben Schwaigers ferner aus, daß Sie etwa im Jahre 1976 insgesamt exklusive Umsatzsteuer 110 000 S bekommen haben. Kann dies der Richtigkeit etwa als Jahresbetrag entsprechen, oder ist das so falsch wie der Konsulenttitel?

Dr. **Damian:** Der Betrag scheint mir eher nieder gegriffen. Aber es wird stimmen, wenn es der Schwaiger sagt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welche Tätigkeit hat da die Kanzlei für die AKPE gemacht?

Dr. **Damian:** Es war eine sehr umfangreiche Tätigkeit. Es war viel zu tun. Es waren sehr viele Begutachtungen. Es sind ja bei der AKPE dadurch, daß die Gesellschaft erst neu gegründet war, dadurch, daß noch die Überschneidung mit der ARGE bestanden hat, eine Reihe von Rechtsproblemen zu klären. Es sind sehr viele Gutachten gemacht worden, es sind sehr viele Besprechungen gewesen. Aber das Honorar ist tarifmäßig errechnet. Wir haben für alles einen Tarif, wobei die Berechnung eher in der Untergrenze erfolgt ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Direktor Dr. Schwaiger hat Sie in die AKPE gebracht, haben Sie vorher gesagt. Oder habe ich das falsch verstanden?

Dr. **Damian:** Schwaiger hat ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich wollte Sie nicht unterbrechen. Man ist immer dankbar, wenn ein Zeuge viel spricht.

Bitte, einige Fragen noch. Stimmt es, daß Sie Aufsichtsrat sind oder waren bei der Mediplan?

Dr. **Damian:** Das stimmt nicht. Ich war nie bei der Mediplan Aufsichtsrat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie waren es auch nicht?

Dr. **Damian:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Stimmt es, daß Sie Aufsichtsrat waren oder sind bei Pilgram-Zentrum?

Dr. **Damian:** Beim Pilgramzentrum war ich Aufsichtsrat und habe die Funktion zurückgelegt, aber schon vor Jahren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie ungefähr aus der Erinnerung sagen, wann Sie ....

Dr. **Damian:** Vor Jahren. Also das müßte meines Erachtens her sein drei Jahre mindestens. Oder vier Jahre.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und damit ich jetzt das Wort Aufsichtsrat ständig erwähne ...

Dr. **Damian:** Unhonorierter Aufsichtsrat, Gratisaufsichtsrat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat Sie da hineingebracht?

Dr. **Damian:** Der Kommerzialrat Eder.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Kommerzialrat Eder hat Sie eingeladen, dort Aufsichtsrat zu sein.

Dr. **Damian:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Glauben Sie, daß das mit Wissen des Zentralsekretärs Marsch war oder ohne.

Dr. **Damian:** Sicher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie glauben, daß es sicher mit Wissen ...

Dr. **Damian:** Zumindest nicht gegen seinen Willen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie meinen, daß der Kommerzialrat Eder die wichtigen Entscheidungen mit dem Zentralsekretär Marsch in dem Zusammenhang besprechen mußte?

Dr. **Damian:** Nein. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß der Kommerzialrat jemanden als Aufsichtsrat vorgeschlagen hätte, den der Abgeordnete Marsch nicht gewollt hätte.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte keine Glaubens- und Wollensfragen, sondern Wissensfragen.

Dr. **Damian:** Ich glaube, mich beim Herrn Abgeordneten Marsch doch eines entsprechenden Wohlwollens zu erfreuen, so meine ich, daß kein Einwand wäre. Aber ich habe diese Funktion vor vier Jahren zurückgelegt, und zwar einfach aus Gründen der Arbeitsüberlastung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Von Anfang an, von 1973 bis vor vier Jahren waren Sie Aufsichtsrat.

Dr. **Damian:** Ich glaube, meine Aufsichtsrats ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, er sagt immer, er glaubt. Ich frage konkret.

Obmann Dr. **Steger:** Nein, Herr Abgeordneter, ich habe gerügt, weil Sie gesagt haben: Glauben Sie, daß Sie mit Wissen des Abgeordneten Marsch hineingekommen sind.

Dr. **Damian:** Wenn jemand fragt, was er vor vier Jahren gemacht hat, kann er ja mit gutem Gewissen immer noch sagen, er glaubt. Ich meine, das weiß ich ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich halte fest, daß jetzt zwei Rechtsanwälte auf mich eingeredet haben. Ich werde mich aber bessern.

Sie waren Aufsichtsrat von Gründung ...

Dr. **Damian:** Zwei oder drei Jahre. Von der Gründung an zwei oder drei Jahre.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie uns kurz hier den Gründungszweck dieses Pilgramzentrums noch erläutern.

Dr. **Damian:** Das kann ich bitte nicht, weil ich nicht von der Verschwiegenheitsverpflichtung entbunden bin.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aha. — Sind oder waren Sie in irgendeiner Funktion in der Infra Wohnungseigentumsgesmbh tätig?

Dr. **Damian:** In keiner Funktion, aber es war ein zeitweiliges anwaltliches Vertretungsverhältnis, und daher, bitte, derselbe Einwand.

Ich möchte Sie nur auf eines aufmerksam machen, damit man das nicht kompliziert. Meine Tätigkeit dort war also so eine Randtätigkeit, daß auch, wenn ich mich heute um Entbindung bemühe, sicherlich nichts Sachliches herauskommt. Ich will nur die Arbeit erleichtern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind oder waren Sie in einer Funktion tätig in der Invest Vermögensverwaltungs GesmbH?

Dr. **Damian:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind oder waren Sie tätig in der Infracenter Einkaufszentren Betriebs GesmbH?

Dr. **Damian:** Ist das eine Tochtergesellschaft von der Infrabau?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist eine Tochter, eine Hundert-Prozent-Tochter der Infrabau.

Dr. **Damian:** Herr Abgeordneter! Es ist möglich, daß ich irgendwann einmal für diese Gesellschaft eine Mahnklage oder sonst etwas gemacht habe; das ist theoretisch möglich. Aber bitte schön, das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wobei ich, wenn ich frage Funktion, auch meine Aufsichtsräte ...

Dr. **Damian:** Nein, aber keine irgendwie entscheidende oder wesentliche.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie war das bei der Infrabau GesmbH?

Dr. **Damian:** Eine Zeitlang anwaltliche Vertretung am Rande, also Kleinigkeiten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also auch hier nichts Erhebliches und auch hier Anwaltsverschwiegenheit und so weiter.

Dr. **Damian:** Nein, nein, die haben dann auch jemand anderen ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei der MEDIPLAN Krankenhausplanungs GesmbH?

Dr. **Damian:** Nichts, nichts.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei der Traktus Betriebsbeteiligung GesmbH?

Dr. **Damian:** Nichts, nichts, gar nichts.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei der Merkur Unternehmensbeteiligung Vermögensverwaltung und Finanzierungsvermittlung?

Dr. **Damian:** Nichts, nichts.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nichts. — Bei der Druck- und Verlagsanstalt Vorwärts AG?

Dr. **Damian:** Eine Zeitlang bitte anwaltliche Vertretung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei der Wiener Volksbuchhandlung GmbH?

Dr. **Damian:** Volksbuchhandlung? Wer ist denn Eigentümer von der Volksbuchhandlung?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Wiener Volksbuchhandlung GesmbH — hier reißt meine Aufstellung ab — hat mit der Vorwärts AG zusammen die Merkur gegründet, müßte eine später ausgegliederte ...

Dr. **Damian:** Nein, auch nicht. Habe nichts zu tun damit. Aber diese Firmen heißen alle ähnlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Verein „Eisenbahnerheim"?

Dr. **Damian:** Eisenbahnerheim? Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei der Neuen Heimat, sind Sie da in irgendeiner Funktion tätig?

Dr. **Damian:** Gibt es die in Österreich, die gibt es ja nur in Deutschland, nicht?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es könnte ja sein, daß Sie in Deutschland ein gesuchter Anwalt sind, ein Anwalt wie Sie.

Dr. **Damian:** Aber in Deutschland darf ich leider nicht praktizieren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die „Neue Heimat" International, Wohnungs- und Siedlungs GesmbH. Sie könnten ja im Aufsichtsrat sitzen.

Dr. **Damian:** Nein, bin ich wirklich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei der MEDIPLAN Hamburg?

Dr. **Damian:** Auch nicht.

Herr Abgeordneter, Sie können hundert Firmen zitieren, die ich ja nur vom Hörensagen kenne, ich habe nichts damit zu tun.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, bei der Hälfte der „hundert Firmen" waren Sie dauerhaft oder vorübergehend anwaltlich tätig, wenn ich Sie erinnern darf an Ihre Antworten.

Bitte, nächste Frage: Kennen Sie den Herrn Prutscher?

Dr. **Damian:** Ja, aber nur Junior, gesellschaftlich, aber ohne nähere Beziehung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Seit wann kennen Sie den Herrn Prutscher?

Dr. **Damian:** Den Herrn Prutscher habe ich gesehen in den letzten fünf Jahren, wo ich ihn ungefähr kenne, etwa fünfmal oder sechsmal.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Sie würden sagen tangentiale Bekanntschaft auf rein gesellschaftlicher Ebene.

Dr. **Damian:** Ich grüße ihn, wenn ich ihn sehe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können ausschließen, daß Sie mit ihm Geschäfte in irgendeiner Weise gemacht haben.

Dr. **Damian:** Überhaupt nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kennen Sie oder kannten Sie den Herrn Wilfling?

Dr. **Damian:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Seit wann kennen Sie den Herrn Wilfling?

Dr. **Damian:** Ach, den Herrn Wilfling kenne ich sehr lange. Den Herrn Dr. Wilfling kenne ich seit etwa 15 Jahren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und das müßte zur Hochschulzeit noch gewesen sein.

Dr. **Damian:** Ja, seit etwa 15 Jahren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wo haben Sie ihn kennengelernt oder in welcher Umgebung?

Dr. **Damian:** Dr. Wilfling war damals ein junger Mann und ist mir von seinem Onkel, dem Herrn Senator Wilfling, vorgestellt worden. Und daher die Berührung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt ist für uns alle immer verwunderlich, daß dieser doch sehr brillant wirkende Mann hier in eine ganze Reihe von Schwierigkeiten verwickelt war. Wie

ist sein Charakterbild aus Ihrer Sicht und aus Ihrer Erfahrung?

Dr. **Damian:** Ja bitte, Herr Vorsitzender, ich soll über das Charakterbild von Dr. Wilfling etwas aussagen. Was soll ich über das Charakterbild von Dr. Wilfling sagen?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie können Sie uns erläutern, daß dieser brillant und erfolgreich agierende Mann in solche Schwierigkeiten kommt?

Obmann Dr. **Steger:** Charakterbilder sind keine Wahrnehmungen. Aber zum Beispiel die Frage so zu stellen, daß man sagt: Haben Sie in Ihrer Bekanntschaft mit Dr. Wilfling gesehen, daß er sich an kriminellen Handlungen beteiligt? Dann sind es wieder Wahrnehmungsfragen.

Dr. **Damian:** Das ist eine schöne klare Frage.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn ich also sagen darf, daß das die Unterschiede sind, was zulässig ist und was nicht. Wir haben hier Grenzfragen schon zugelassen in der Vergangenheit. Aber immer dann, wenn sich ein Zeuge selbst darauf beruft, muß ich natürlich schon darauf aufmerksam machen, daß es ausdrücklich heißt, ich darf vielleicht das lesen:

„Es ist nicht Sache eines Zeugen, über Rechts- oder Erfahrungssätze auszusagen oder Mutmaßungen und Meinungen zu äußern."

Er soll also über eigene Wahrnehmungen, über die für das Beweisverfahren erheblichen, der Vergangenheit angehörenden Tatsachen Aussagen machen, aber nicht über Rechts- und Erfahrungssätze aussagen oder mutmaßliche Meinungen äußern. Bitte, diesen Unterschied zu beachten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich nehme ja nicht an, daß Sie den Herrn Wilfling bei krimineller Tätigkeit beobachtet haben; das hätten Sie ja verhindert.

Dr. **Damian:** Gemeldet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Oder gemeldet oder angezeigt. Die Frage: Ist Ihnen etwa ein überdurchschnittlich aufwendiger Lebenslauf des Herrn Direktor Wilfling aufgefallen?

Dr. **Damian:** Sie meinen einen Lebensstandard.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Lebenswandel!

Dr. **Damian:** Nein, ist mir nicht aufgefallen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie mit ihm nicht so näher bekannt, daß Sie seinen Lebenswandel ...

Dr. **Damian:** Mir ist kein übertrieben aufwendiger Lebensstandard aufgefallen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie sagen, daß Sie mit dem Herrn Direktor Wilfling enger bekannt waren?

Dr. **Damian:** Das ist nicht zu bestreiten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sodaß Sie seinen Lebenswandel hätten durchaus einschätzen können.

Dr. **Damian:** Den Lebenswandel weiß ich nicht. Den Lebensstandard hätte ich einschätzen können, den der Einkommenslage entsprechenden Lebensstandard. Dazu kommt noch, daß bei Dr. Wilfling eine sehr wesentliche Stütze der Senator Wilfling war, der ja ein meines Erachtens sehr reicher Mann ist. Er hat also seinem Neffen persönlich, glaube ich, finanziell sehr geholfen. Das ist so mein Eindruck.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, ich möchte jetzt beide Rechtsanwälte darauf aufmerksam machen, daß er von „meines Erachtens" und „glaube ich" dauernd redet, während ich keusche Fragen stelle.

Dr. **Damian:** Ich weiß es nicht. Ich war nicht dabei, als ihm der Senator das Geld gegeben hat. Da war ich sicher nicht dabei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich bin schon am Ende und habe nur eine letzte Frage: Wie ist das mit dem Direktor Winter? Wann haben Sie den Direktor Winter kennengelernt?

Dr. **Damian:** Den Direktor Winter habe ich kennengelernt irgendwann einmal in der AKPE, als Vorstandsmitglied der AKPE.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie habenWinter also vorher nicht gekannt.

Dr. **Damian:** Nein. Irgendwann in der AKPE, wobei aber meine Kontakte zur AKPE immer auf der Ebene des kaufmännischen Leiters vorwiegend waren; mit der Haustechnik hat man nicht viel zu tun gehabt. Irgendwann habe ich ihn halt kennengelernt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Ihnen aus Ihren Erfahrungen, aus Gesprächen mit Schwaiger irgendwelche Bemerkungen Schwaigers über Winter erinnerlich?

Dr. **Damian:** Überhaupt nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat Direktor Schwaiger, mit dem Sie ja offenkundig ein engeres Verhältnis haben, sich je über allfällige Gerüchte, wie sie über Winter liefen, mit Ihnen ausgesprochen?

Dr. **Damian:** Also, das Ganze ist ja aktenkun-

dig. Daher sehe ich keinen Grund, mich hier auf Verschwiegenheit zu berufen, daß wir den Vorstand der AKPE bei der ersten „profil"-Veröffentlichung vertreten haben, die etwa ein Jahr vor der dann ausschlaggebenden erschienen ist. Und im Zuge dieser Tätigkeit hat man natürlich sicherlich die Situation besprochen, dann eine Presseklage, die mein Kollege Amhof verfaßt hat, eingebracht und diesen Presseprozeß geführt. Diese Prozesse sind aber alle beendet. Zum Teil wurde dann die Vollmacht von Winter gewechselt. Und bezüglich der übrigen Beteiligten ist es mit dem „profil" zu einem Vergleich gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann sind Sie mit Sektionschef Waiz bekannt geworden?

Dr. **Damian:** Erst im Zuge der ersten Untersuchungen über das AKH.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und mit Senatsrat Horny waren Sie schon länger bekannt?

Dr. **Damian:** Senatsrat Horny kenne ich schon länger, aber mehr oder weniger in einer persönlichen Beziehung. Wie soll man sagen: Ich habe erst viel später gewußt, daß er im Aufsichtsrat der AKPE ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur noch nachstoßend zu meinem Kollegen Feurstein die letzte Frage: Sie können hier rundwegs bestätigen, daß Sie keinen Kontakt vor der heutigen Zeugenaussage mit einem Mitglied des Ausschusses der SPÖ oder einem Experten der SPÖ über die heutige Zeugenaussage hatten?

Dr. **Damian:** Keine Kontakte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist an und für sich verwunderlich, weil die Herren haben sich vorher immer abgesprochen mit den Zeugen. Ich danke schön.

Dr. **Damian:** Keinen Kontakt, bitte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da hat einer nach dem andern hier ausgesagt, daß er in der Fraktion ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf den Hohen Ausschuß bitten, diese Kontroversen dann auszutragen, wenn wir wieder unter uns sind, und jetzt die Einvernahme fortzusetzen. Wir sind bei dieser Zeugeneinvernahme fast am Ende. Die sonstigen Parteigeplänkel — bitte, damit haben Sie als Zeuge nichts zu tun, Herr Kollege.

Der Herr Abgeordnete Bergmann ist der nächste, der am Wort ist. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich noch ganz kurz Wahrnehmungsfragen stellen. Herr Zeuge, ich nenne Ihnen drei Namen, und Sie sagen mir, ob Sie mit denen schon etwas zu tun gehabt haben: ein gewisser Hans Jörg Furrer, ein Schweizer.

Dr. **Damian:** Nicht, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dr. Franz Schmid.

Dr. **Damian:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und ein Chinese mit dem schönen Vornamen Ronald und dann Wan Hay Wong.

Dr. **Damian:** Nein, nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kollege! Wir sind damit am Ende Ihrer Einvernahme angelangt. Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Ihre Einvernahme ist beendet. *(Dr. Damian verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Udo Rudolf Proksch

Obmann Dr. **Steger:** Herr Proksch, ich darf Sie bitten, hier als Zeuge vorzutreten. Ich begrüße Sie im parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Wenn Sie bitte in der Mitte bei den Mikrophonen Platz nehmen.

Sie sind als Zeuge vor den Untersuchungsausschuß geladen. Der Untersuchungsausschuß hat zu drei Themenkreisen auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates die Einvernahme durchzuführen, und zwar heißt der Beschluß, daß dieser Ausschuß eingesetzt wurde im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses

erstens: zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO bzw. von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens: zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens bzw. von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens: zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Wir haben hier die Geschäftsordnung des Nationalrates zu handhaben, in der es heißt, daß die Strafprozeßordnung bei Einvernahmen sinngemäß anzuwenden ist. In der Strafprozeßordnung sind alle Rechte und Pflichten eines Zeugen vor dem Untersuchungsausschuß enthalten. Unter anderem ist dort auch enthalten, daß Sie alle an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten haben. Weiters sind darin Bestimmungen, unter welchen Voraussetzungen Sie die Beantwortung einer

Frage verweigern können. Ich zitiere Ihnen hier wörtlich den § 153 StPO, der für Sie relevant sein könnte. *(Der Ausschußobmann verliest hierauf den Gesetzestext.)*

Es ist also deutlich, drei Gründe gibt es für eine allfällige Entschlagung bei einer Frage. Sie haben das gegebenenfalls geltend zu machen, dann entscheidet der Ausschuß darüber, ob die Beantwortung so wichtig ist, daß Sie trotzdem antworten müssen.

Ich bitte Sie im Interesse von Ihnen persönlich, aber auch von uns allen alle Fragen rasch zu beantworten.

(Der Zeuge überreicht sodann Obmann Dr. Steger einen Brief.)

Sie übergeben mir da ein Brieferl. Zu welchem Bereich wollen Sie damit etwas sagen?

Aber bevor wir beginnen, darf ich Sie am Beginn bitten, daß Sie uns Ihre Generalien bekanntgeben.

Proksch: Udo Rudolf Proksch, geboren 29. Mai 1934 in Rostock, Ostsee, heutige DDR; Beruf Designer und Kaufmann, je nachdem, sogar schon Schweinezüchter, Anschrift: Wien 1., Walfischgasse 12.

Obmann Dr. **Steger:** Diesen Brief haben Sie jetzt übergeben. Wir werden ihn kopieren lassen, damit ihn alle Fraktionen zur Verfügung haben.

Wollen Sie dazu etwas sagen?

Proksch: Es ist nur ein Protest, meine persönliche Meinung.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wollen vor dem Untersuchungsausschuß einen Protest zu Protokoll geben. Ich verlese ihn sehr schnell, dann haben wir das gleich.

Proksch: Ich bin erst gestern über das Ganze informiert worden, daß ich da herkommen soll. Das ist doch ein bisserl kurz. Und man hat mir auch nicht gesagt, wegen was.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben den Brief an den Präsidenten gerichtet, daher wird er jetzt nicht verlesen. Der Präsident wird dann entscheiden, wem er diesen Brief zukommen läßt. Ich bitte, das an den Herrn Präsidenten Benya weiterzugeben.

Damit können wir direkt mit Ihrer Einvernahme beginnen.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich am Beginn fragen, Herr Zeuge — ich muß Sie so ansprechen, weil das Ihre augenblickliche Rolle ist; ich betone das deswegen: Sie sind sicher nicht hier, weil Sie irgend jemand verdächtigt, sondern weil wir sehr neugierige Menschen sind, die Wissen sammeln, Wissen, mit dem wir zum Teil nichts anfangen können, Wissen, mit dem wir zum Teil aber sehr wohl etwas anfangen können, Sie können uns helfen, über das eine oder andere mehr Bescheid zu wissen —, ich gehe gleich in medias res: Herr Zeuge! Bitte können Sie uns erzählen, was Sie wissen über das Zustandekommen und die Finanzierung der Inseratenserie im letzten Nationalratswahlkampf „Geschichten von Dr. Kreisky"?

Proksch: Über das Zustandekommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das Zustandekommen und die Finanzierung dieser Kampagne.

Proksch: Das Zustandekommen der Kampagne: Ich glaube, das war einfach eine Art von Interesse verschiedener Menschen, wie gesagt, eine Art von Interesse oder Liebesbetonung gegenüber dem Herrn Bundeskanzler, daß man halt wahscheinlich einfach wollte — so stelle ich mir das vor; ich habe da nur ein paar Ideen dazu geliefert und ein paar Leute —, daß man oder ich halt wollte, daß er wieder Bundeskanzler wird. Oder? Und da gibt es ja mehrere Mittel: Plakate und Fernsehen und die verschiedensten Medien und das Parlament hier und, ich weiß nicht, wie man halt die Leute anspricht. Hier war die Idee, daß man einfach verschiedene Leute, die eigentlich noch nicht parteigebunden waren, mal befragt, was sie so sagen und was sie für Geschichten zu erzählen haben über den Herrn Dr. Kreisky, denn die Geschichten haben geheißen „Geschichten" über den Herrn — warten Sie, ich habe sie ohnedies hier — „von Dr. Kreisky". Das ist dann so eine größere Mappe geworden. Da steht „Geschichten von Dr. Kreisky, Geschichten eines Erfolges, Dokumentation".

Da wurden einige dieser Leute von mir angesprochen — ich gehöre auch keiner Partei an, aber ich bin ein, sagen wir einmal, Fan von Dr. Kreisky —, und da habe ich zum Beispiel den Wayd von Cincinnati, den Herrn Kurt Kalb, Benning nicht, Torberg nicht, Curd Jürgens ja, den hab ich in der Schweiz einmal angesprochen, Marcel Prawy nicht, Apfalter nicht, Peter Daimler sehr wohl, Hundertwasser ja, Gessner — Lothar nicht, Zeller-Zellenberg nicht, Badi Frieberger von mir — Sie haben ja sicher diese Unterlagen, oder — Podgorski von mir und der Sokol auch, Berger nicht, die Frau Pluhar von mir, Heller von mir, und da ist noch einmal Podgorski, Proksch bin ich selber, Hans Hubner von mir, Christiane Hörbiger nicht von mir, Werner Krause nicht von mir, Christa Stadler nicht von mir, Schachner nicht von mir. Es sind nicht viel mehr gewesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 68.

Proksch: 68 Leute?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Einschaltungen.

Proksch: Ach so, möglich, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Danke, das ist sehr ausführlich.

Proksch: Diese Leute habe ich halt angesprochen oder haben es mir gesagt. Zur Geschichte über die Finanzierung kann ich Ihnen überhaupt nichts sagen. Ich kann Ihnen nur einen Schweizer namens Holliger nennen, so eine Art Verlagsbüro, mit dem ich schon zu tun habe, ich habe mit ihm auch ein Buch gemacht. Dieser Verlag macht verschiedene Bücher, hat auch das Buch gemacht „Die Reichen und die Superreichen in der Schweiz". Ein ähnliches Buch wurde in Österreich von Herrn Wailand gemacht, Dr. Wailand, zurzeit, glaube ich, noch „Kronen-Zeitung". Und es wurden Ideen geschrieben. Wir haben im Demel oben ein bissel gekritzelt, und man hat halt, ich meine, wie jede Interessengemeinschaft so eine Art Design, ich möchte es so nennen, es wurde vielleicht ein bissel Design gemacht. Und ich bekenne mich dazu, daß ich da mitdesigned habe, ja. — Fragen Sie, was Sie noch wissen wollen!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wir alle sind Demokraten. Es geht mir nicht um die politische Aktivität, die achten wir in jedem Fall, das gehört zur Demokratie. Es geht hier mehr um die ...

Proksch: Vielleicht ist einmal auf Ihrer Seite ein Erstklassiger, dann machen wir das genauso, weil wir freie Menschen sind. Ich glaube, es ist auch eine Persönlichkeitsfrage gewesen, besonders von mir aus, daß ich das unterstütze. Das möchte ich noch einmal betonen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nein, noch einmal, ich betone, das ist durchaus achtenswert, ist auch nicht der eigentliche Gegenstand unseres Interesses ...

Proksch: Ja, ja ich verstehe das schon langsam.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): ..., weil davon gehen wir aus. Es geht mir mehr darum: die Initiative zu dieser Aktion, die ja nicht nur eine politische, sondern auch eine technische, eine organisatorische und eine finanzielle Dimension hat. Wo ist die Idee ausgegangen?

Proksch: Ich glaube, die Idee ist nicht von mir ausgegangen, ich habe sie nur ein bissel gestaltet. Ich tät ja gern sagen, daß sie von mir wäre, weil ich würde mich da sehr wohl darin sonnen, denn ich glaube doch, zumindest habe ich das von der Seite der ÖVP des öfteren gehört, daß diese Aktion angeblich sehr mitgeholfen hat. Ob es wahr ist, weiß ich nicht. Ich hoffe auf die Bestätigung, es würde mir sehr gefallen.

Aber die Initiative kam aus dem Ausland, so sehe ich das, kam über diesen Holliger und kam, was ich verstanden habe, von Leuten, die im Ausland leben, die Auslandsösterreicher sind, die wahrscheinlich zum größten Teil in der Schweiz leben.

Ich glaube, wenn man sagen kann, daß das sozialistische Milieu nicht gefestigt ist, dann kommen diese Leute eher aus einem bürgerlich-gefestigten Milieu, bilde ich mir ein, weil dieser Mann, der das macht, ist an und für sich einer, der sicher in der Mitte oder, sagen wir einmal, eher auf der rechten Seite steht, so habe ich das gesehen. Und auch die Leute, die dort aus- und eingehen, sind die Reichen und die Superreichen der Schweiz, wenn man das so bezeichnen kann. Ich glaube, da kennt sich der Mann am besten aus, aber da müßte man den einmal befragen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das werden wir vielleicht tun.

Proksch: Das wäre vielleicht auch gut.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mich beschäftigt die Frage, warum so jemand wie der Herr Holliger hier aktiv wird. Dazu bitte ich Sie jetzt, nicht eine Meinung zu sagen, sondern was hatten Sie für einen Eindruck: Ist das eine geschäftliche oder eine idealistische oder eine politische Angelegenheit?

Proksch: Ich glaube, es ist von Holligers Seite aus eine rein geschäftliche, eine organisatorische, wie wenn Sie irgendein Public-Relations-Büro oder irgend etwas beauftragen. Ich weiß nicht, was Sie beauftragen. Sie beauftragen wahrscheinlich Amerikaner oder was. Und die Sozialistische Partei wird auch irgend jemanden beauftragen. Und die Freiheitliche Partei. Jeder wird sich eines Arztes bedienen; so sehe ich das. Ich glaube, daß dieser Holliger sicher ein sehr guter Mann ist und daß er — wie Sie hören, heißt es ja auch „Holliger und Partner" — Partner hat, die wahrscheinlich auch nicht schlecht sind. Da ich zum Beispiel ein anderes Buch — ein Buch! — mit ihm durchgemacht habe, das ich auch zufällig da habe: also, er kennt die Materie sehr gut und ist ein Spezialist in internationalen Public Relations.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Er ist also hier als Spezialist aufgetreten.

Proksch: In meinen Augen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat sich für Sie irgendwann einmal dargestellt: Wenn so ein Spezialist tätig ist, gibt ihm ja jemand einen Auftrag, einen Anstoß. Und das ist meist nicht irgendeine Gruppe, auch eine Gruppe tritt ja durch jemanden in Erscheinung. Wissen Sie etwas darüber?

Proksch: Nein. Ich glaube, der hat seine Auftraggeber oder Geber oder den Geber oder wer immer das war, deswegen ist er wahrscheinlich verwendet worden, weil er weiß, was er zu tun hat. Also mit mir hat er nie darüber geredet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Er hat also mit Ihnen über seine Auftraggeber nicht gesprochen.

Proksch: Nein. Ich muß auch dazu sagen, daß ich einen großen Teil der ganzen Ablaufzeit dieser Aktion damals auf den Philippinen war. Ich war ungefähr sechs Wochen lang gar nicht da. Ich war auf den Philippinen und in Bhutan.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Welche Rolle hat dabei Dr. Damian gespielt?

Proksch: Damian dürfte eher die rechtliche Rolle gespielt haben — wie sagt man denn —, eine rechtsberatende Rolle auch natürlich. Ich glaube, daß er mit einigen dieser Leute, die ich nicht gekannt habe, sicher gesprochen hat. Dr. Damian ist — das wissen Sie ja alle sicher — Sozialist und hat eigentlich für einen Rechtsanwalt eine gehörige Portion Idealismus dafür aufgewendet, was ja in dieser Art von Beruf sehr selten ist, das muß ich selbst leider feststellen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, nur daß Sie nicht glauben, Sie sind jetzt in der Rolle dessen, der da Kommentierungen abgibt, wer die eigentlichen Idealisten Österreichs sind. Sie sind in der Rolle eines Zeugen *(Proksch: Ja!)*, der Wahrnehmungen zu berichten hat *(Proksch: Sie fragen mich ja!)* und nicht Bewertungen. Lassen Sie mich wenigstens ausreden. *(Proksch: Ja!)* Sie können immer ausreden bei mir *(Proksch: Ja, sehr gerne!)*, aber umgekehrt rede ich auch aus. *(Proksch: Bitte!)* Und Happening wird hier keines veranstaltet, wo Sie sich gesellschaftspolitisch lustig machen. *(Proksch: Sie haben von mir eine falsche Meinung!)* — Gesellschaftspolitische Kommentare werden hier unter meinem Vorsitz nicht abgegeben, sondern es werden Fragen beantwortet. *(Proksch: Ja!)*

Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Dr. Damian ist also hier als, kann ich so sagen, Vertrauensanwalt der SPÖ aktiv geworden.

Proksch: Ob er als Vertrauensanwalt der SPÖ aktiv geworden ist, kann ich nicht sagen. Er ist für mich als Dr. Damian aktiv geworden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber es ist ja nicht normal bei einem Anwalt, daß er hier eine Werbeaktivität, die doch recht beachtlich ist, entwickelt. Das Ganze ist eine ziemlich groß angelegte und nicht billige Sache. Hat er je gesagt, warum er das tut, oder ist er einfach in Erscheinung getreten?

Proksch: Ich kann dazu nichts sagen, weil ich müßte da wieder mit dem Herrn Vorsitzenden.

Aber eben, daß das der Grund war, warum er mithilft bei so einer Sache: es muß doch in jeder Partei Idealisten geben. Das ist meine Meinung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also, er hat das als Idealist in der SPÖ getan, Ihrer Meinung nach.

Proksch: Ich glaube nicht einmal, daß ihn der Kanzler oder irgendwer dazu beauftragt hat, weil er hat ja das am Anfang überhaupt nicht einmal genau gewußt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hatte es Gespräche Holliger mit Ihnen gegeben über diese Sache?

Proksch: Ja, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mehrere?

Proksch: Ja, es hat gegeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Über die Durchführung?

Proksch: Über die Durchführung und wie kann man so etwas machen und seine Vorschläge, und er ist ja ziemlich genau dann dahergekommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Ihnen Dr. Damian gesagt, wieviel Mittel da zur Verfügung stehen?

Proksch: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber hat er schon gesagt: Da können wir viele Inserate machen oder weniger!?

Proksch: Nein, nein, die Mittel, ich glaube nicht, daß der Dr. Damian. Dr. Damian hat später, glaube ich, von seiner Partei, wieviel, weiß ich nicht genau, aber von seiner Partei, glaube ich, dann auf Grund, weil es angeblich ein Erfolg war und so weiter, wollten die noch mehr haben. Aber diese Aktion scheint ja noch nicht aus zu sein. Ich glaube, das geht ja noch weiter. Die haben da noch etwas in Planung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und haben Sie

mit Damian über die Finanzierung selbst, haben Sie darüber Gespräche gehabt?

Proksch: Nicht daß ich wüßte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie wußten beide, das Geld kommt von Holliger und ein Teil kommt von der Sozialistischen Partei.

Proksch: Nachher hat er wahrscheinlich einen Anteil von seiner Partei, irgend etwas davon gekriegt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wissen Sie, wer da von der SPÖ sich eingeschaltet hat?

Proksch: Ich war in meinem Leben noch nie in dieser Zentrale.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die kommen ja zu Ihnen.

Proksch: Die kommen zu mir.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben sich also die Gespräche bei Ihnen abgespielt, die Gespräche mit Holliger oder?

Proksch: Nein. Die Gespräche mit Holliger waren auch einmal in Wien, aber ich habe zweimal — ich kann es gar nicht genau sagen —, aber zweimal sicher in Zürich — ich bin öfters in Zürich — mit ihm verhandelt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wissen Sie, wie die Bezahlung vor sich gegangen ist: Hat das Holliger selbst gemacht oder hat er Dr. Damian das Geld gegeben, daß der es zahlt, oder wie ist das?

Proksch: Meines Erachtens ist das direkt gegangen aus der Schweiz.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also, daß die Zeitungsinserate zum Beispiel von Holliger gezahlt wurden. Irgendwelche Fragen Ihrerseits: Nun, wer ist da jetzt wirklich dahinter?, oder so ähnlich, haben Sie nicht gestellt an den Herrn Holliger?

Proksch: Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben gesagt, die Leute, die dort ein- und ausgehen, sind die Reichen. Aber Sie wissen andererseits nicht, wer das war. Woher haben Sie den Eindruck gehabt, was das für eine Art von Leuten ist?

Proksch: Wissen Sie, so ein Mensch, der sich halt in dieser Gegend, in der Schweiz bewegt, der Jäger ist in der Schweiz, er ist ein Jäger auch ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Holliger!

Proksch: ... ja, und der eben eingeladen wird und der ein Flugzeug hat. Ich meine, das sind alles so Leute, ich erkenne es an seinem Lebensstandard, er macht für mich einen äußerst seriösen, guten Eindruck, und diese Bücher, er hat mit dem Pressehaus Ringier sehr viel zu tun. Das war mein Eindruck.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wissen Sie zufällig, ob der Holliger selbst in dem Buch „Die Reichen und die Superreichen" vorkommt, als Schweizer Reicher.

Proksch: Er ist der Verfasser des Buches.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also, da wird er sich selbst wahrscheinlich ...

Proksch: Aber ich habe dieses Buch nur so oberflächlich gelesen, weil mir das Wurscht ist, wer superreich ist und reich ist. Mich freut es, wenn einer etwas hat. Darf ich das sagen?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wenn es Ihnen der Vorsitzende erlaubt, habe ich nichts dagegen.

Jetzt komme ich ein bißchen ins Spekulieren, das werden Sie mir nicht übelnehmen. *(Proksch: Nein!)* Schauen Sie, die Leute, die da in der Schweiz sitzen und reich sind, was können die eigentlich als Schweizer für ein Interesse daran haben, wie eine österreichische Wahl ausgeht? Haben Sie sich die Frage nicht gestellt, oder ist die nicht irgendwo diskutiert worden im Zuge der ganzen Sache?

Proksch: Persönlich kann ich mir einiges vorstellen, aber ich glaube, das würde wieder eine emotionelle Sache sein, die da nicht hereinpaßt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Na ja, es kommt darauf an, ob diese Vorstellungen nur reine Spekulationen von Ihnen sind oder ob diese Vorstellungen durch bestimmte Wahrnehmungen hervorgerufen sind, denn dann könnte man schon darüber im Zuge eines Beweisverfahrens sprechen.

Proksch: Wenn Sie das hören wollen, darf ich das sagen?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, bitte.

Proksch: Ich nehme an, daß die Schweiz und gewisse Kräfte in der Schweiz eine starke Angst haben vor einem schwachen Österreich, das nicht imstande ist, sich, sagen wir, gegen den Einfluß der Kräfte hinter dem Eisernen Vorhang zu wehren.

Obmann Dr. **Steger:** Die brauchen den Herrn Proksch dafür.

Proksch: Nein, ich glaube, das haben Sie, Herr Vorsitzender, falsch verstanden. Man hat mich ja anders gefragt, man hat mich gefragt, warum die Reichen hier — bitte schön, ich rede also gar nichts mehr, wenn das so ist.

Ich glaube nur, wenn ich das ausreden darf, daß eine Angst gewisser Kreise dort herrscht, daß es eventuell zu einem sehr starken Bolschewismus kommen könnte, wenn hier nicht eine bedeutende internationale Persönlichkeit wie Kreisky an der Spitze ist oder wie aus Ihrem Lager. Ich meine, jede, die von diesen Leuten akzeptiert ist, wird wahrscheinlich, so kann ich es mir vorstellen, von diesen Leuten unterstützt werden. Diese Leute sind sicher, das möchte ich fast denken, nicht von dieser Seite, wenn das die linke Seite ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, das ist sie, von Ihnen aus gesehen zwar die rechte, aber vom Vorsitzenden aus wird sie immer beurteilt.

Proksch: Ich stelle mir das so vor, aber es gibt vielleicht andere Gründe.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das war eine Vorstellung, die Sie sich einfach zurechtgelegt haben oder auf die Sie gekommen sind. Das ist also so eine Meinung, die Sie sich gebildet haben, um einen Grund für sich zu finden. Denn ich glaube, wir verstehen uns richtig: Wenn man etwas macht, das sehr teuer ist und das ein Außenstehender zahlt, stellt man sich doch die Frage, was kann der Grund dafür sein. Ich nehme an, daß Sie sich diese Frage auch gestellt haben.

Proksch: Vielleicht sind es Heimatgefühle dieser Leute, das gibt es ja auch. Es gibt Leute, die gehen hier weg und werden irgendwo reich. Das ist alles möglich. Aber ich glaube eher, daß es eine reine Angst ist vor einer allzu schwachen Regierung hier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt gibt es Leute, die auch in Österreich sich für diese Sache engagiert haben und nicht hier aufscheinen. Glauben Sie, daß Sie irgendeine Vertraulichkeit verletzen, wenn Sie da Namen nennen? Wenn Sie glauben, sie wollen es nicht, dann ...

Proksch: Ich kann nur über diese Leute reden. Ich kenne niemanden, die hier drinnen sind. Und da kenne ich eben nur den Teil, den ich genannt habe. Ich kenne die anderen auch, aber ich habe die nicht geworben dafür oder nicht beredet. Ich meine, es war ja nicht allzu schwierig.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was war das für ein Milieu, die hier auf der österreichischen Seite die Sache gefördert oder mit unterstützt haben?

Proksch: Ich weiß von keiner Förderung. Wie meinen Sie, Förderung?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es sind ja auch kleinere Beträge gespendet worden von da und dort.

Proksch: Ich habe nie davon gehört. Ich sage Ihnen ja: Ich kenne die Finanzierung nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie wissen nur vom Holliger und daß dann die SPÖ selbst Mittel zugeschossen hat. Sind da noch Mittel vorhanden, wissen Sie das?

Proksch: Es könnte gut sein, weil die Aktion scheinbar weitergehen soll für eine ähnlich gelagerte Geschichte, den gleichen Mann betreffend.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat bei der ganzen Sache der Niki Lauda irgendeine Rolle gespielt?

Proksch: Ich habe ihn — es ist eh peinlich — nämlich auch angeredet.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wann, darf ich fragen.

Proksch: Wann? Wann das halt war, also diese Aktion da. Ich habe gesagt: Niki, ich meine, du hast doch nichts gegen den Herrn und so weiter. Wir sagen immer den „alten Herrn". Und er hat gesagt, er macht es nicht, weil er will keine wie immer geartete Ouistesse. Ich glaube, er hat einem Ihrer Herren schon versprochen oder abgesagt gehabt das gleiche. Er hat gesagt, er macht es nicht. So habe ich das verstanden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also daß er sich prinzipiell ...

Proksch: Er will keine politische oder parteipolitische ... mit seinen Namen machen, denn ich glaube, damals ist er ja noch gefahren. Er wollte das nicht machen. Er hat also strikte abgelehnt. Er hat gesagt, er kann das auch nicht machen, weil er es schon seinem Vater zuliebe nicht machen kann, oder irgendeinem Verwandten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie wissen also nichts von einer österreichischen Finanzierung außerhalb der SPÖ dieser Angelegenheit?

Proksch: Ich habe nur gehört vom Damian, daß die SPÖ irgendwie begeistert war, auch teilweise nur, weil da waren ja auch wieder wahrscheinlich Leute, die gesagt haben: Was soll denn der Blödsinn? Aber das ist ja immer so.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer vom „Club 45" wußte von dieser ganzen Angelegenheit?

Proksch: Na ja, wer wird gewußt haben? Es ist nicht in den Räumen des Clubs so aufgezeichnet worden von mir, sondern oben drüber in dem sogenannten Lütgendorf-Salon, der aber nur deswegen so heißt, weil der Lütgendorf ein bekannter Freund von mir ist. Er heißt

eigentlich Lü-Salon. Dort habe ich einen großen Tisch, so ähnlich wie hier, und da habe ich mir das noch so zusammengebastelt, mit dem, wenn der gekommen ist, oder mit dem Damian halt. Da sind ja auch irgendwelche Rechtsprobleme dabei. Aber im Club selber: Es könnte gewußt haben der Innenminister, der damalige; der war noch, glaube ich, Verkehrsminister, ich kann es jetzt nicht genau sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Lanc?

Proksch: Ja. Aber er ist Club-Mitglied.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie meinen er könnte gewußt haben, daß die Sache gestartet wird.

Proksch: Er hat einwandfrei das einmal gesehen und hat sich wahrscheinlich gefreut.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wußte der Bürgermeister Gratz von der Sache?

Proksch: Der Bürgermeister Gratz? Dem habe ich es sicher einmal erzählt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck, daß der Herr Holliger diesen Exponenten Lanc, Gratz und so weiter ein Begriff war?

Proksch: Das glaube ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die haben ihrerseits mit dem Damian, nehmen Sie an, eher ...

Proksch: Was der Damian mit denen, mit diesen ganzen Leuten spricht und so. Ich bin wohl in dem Club, wissen Sie, ich vermiete als Geschäftsführer der Firma Demel an den „Club 45", der so eine Vereinigung ist mit eingetragenem Verein halt, die Räume.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie gegenüber dem „Club 45" nur Vermieter, oder nehmen Sie selbst am Klubleben teil?

Proksch: Ich nehme selbst am Clubleben teil, ich kann in den Club gehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sind Mitglied?

Proksch: Ich bin Mitglied und bin sogar unlängst in den Vorstand gekommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Uns ist aufgefallen, daß relativ viele, die rund um den AKH-Bau so oder so in Erscheinung getreten sind, Mitglied des Clubs sind. Glauben Sie, ist das ein Zufall, oder liegt es in der Art des Clubs, daß er Geschäftsleute anzieht?

Proksch: Für viele in dem Club ist es sicher ein Zufall. Aber daß sowas passiert, ich meine, das muß, glaube ich, verstanden werden, denn es gibt ja auch andere Clubs, und alle diese Herrschaften in den anderen Clubs, darf ich da Namen nennen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Natürlich! Wenn Sie glauben. Sie können sie nennen!

Proksch: Wie die Clubs der Freimauerei, die ich als Clubs bezeichne. Da sind ebenso viele wahrscheinlich genauso involviert.

Und es kann doch passieren, wenn soundso viele Leute zusammen sind. Es ist sicher nicht schön. Wenn diese Leute einmal verurteilt werden sollten, ist es sicher nicht lustig für den Club. Aber wie wollen Sie hineinschauen in einen Menschen, wenn Sie so einen Club haben? Ich glaube, da müssen Sie mich auch nicht befragen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat von dieser Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky" ... Sie meinen es könnte also der Minister Lanc davon gewußt haben, was ja keine Schande ist. Es ist ja klar, er ist ein hoher Funktionär der Partei, und es geschieht auch im Interesse des Kandidaten dieser Partei.

Proksch: Ich stelle mir aber vor, daß auch der Herr Blecha davon gewußt hat, weil ja der mit dem Damian doch des öfteren verhandelt hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Glauben Sie, daß Salcher oder Stacher mit der Frage irgendwie in Berührung kamen?

Proksch: Das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Oder Wilfling oder Winter?

Proksch: Das kann ich mir auch nicht vorstellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zelniczek oder Bauer? Sind Ihnen solche Gespräche ...

Proksch: Ich persönlich habe den Winter nie gesehen, auch nicht in dem Club. Ich habe sehr wohl den Wilfling gesehen einmal. Ich kenne auch den Bauer, denn der Bauer macht die Steuer vom Demel als Steuerberater.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die Consultatio oder der Bauer als Person?

Proksch: Nein, der Bauer als Person. Ich habe ihn einmal gebeten, unser alter Steuerberater ist vor vielen Jahren quasi in Pension gegangen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie je wahrgenommen, daß über AKH-Geschäfte im Club gesprochen wurde?

Proksch: Nein. Wissen Sie, warum ich im Club ... Sicher bin ich ... Ich bekenne mich zu der Freundschaft zu Leopold Gratz. Er ist damals gekommen und hat quasi gefragt: Wo

kann man es machen? Es war sogar mein Vorschlag, ich habe da nichts Schlechtes dran gefunden. Aber ich kann mir nicht vorstellen, wenn so etwas passiert, man kann sich ja nicht zu jeden Tisch hinsetzen. Das müssen Sie sicher so sehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt habe ich nach all dem, was Sie uns gesagt haben, den Eindruck, daß Sie hier in dieser ganzen Angelegenheit in erster Linie als Gastgeber in Erscheinung getreten sind, als jemand, der sich um die Angelegenheit zu kümmern hat, daß Sie das Ganze mehr von der gesellschaftlichen Seite ...

Proksch: Darf ich dazu etwas sagen, wie ich das sehe. Ich glaube, da ja so viel gestritten wird in letzter Zeit überall: Mein Gedanken war schon, daß man doch, wenn man eine neue Partei ist, also neu in einer Regierungsfunktion, daß es doch sicher noch, ich meine, wenn die Herrschaften glauben, Sie müssen nichts mehr lernen, das, glaube ich, ist eine Täuschung, aber ich glaube, daß es sehr wertvoll ist, wenn man wenigstens, das ist meine ureigenste Meinung jetzt, daß es doch wichtig ist, daß man irgendwo ist, wo ein bißchen, wo nicht nur, wo es ein bißchen ordentlich, wo ein gutes Design ist, wo ein bißchen eine Umwelt ist, wo man was lernt, wo man Bilder sieht, wo man sich ausspricht. Die Menschen haben ja das früher gar nicht gehabt. Ich glaube, das ist eine ... Ich sehe in dem Club eine gewisse erzieherische Wirkung. Wenn so Sachen herauskommen, wie hier eben behauptet wird, dann ist das sicher ein Pech, aber es ist ja wie in jeder Schule: Es gibt halt überall zwei böse Buben und ein paar gute. So muß ich das sagen. Aber es ist ein Instrument, wo jeder in dieser Demokratie eigentlich hingehen kann, auch seine Freunde der anderen Parteien einladen kann und ein bißchen das Gefühl hat, er hat etwas erreicht, er ist langsam irgendwie im Gesamten. Er muß ja nicht ... Sind wir doch froh, daß diese Seite nicht hergeht und sagt: Wir tragen alle graue Anzüge oder blaue, und wir grüßen Mao! — So sehe ich das.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Da paßt aber irgendwie jetzt nicht ganz hinein in das Bild, daß Sie auftreten als Vertreter bei Abschluß eines Rechtsgeschäftes, also eines Vertrages, der vom Herrn Prutscher mit dem Herrn Lauda in Sachen ...

Proksch: Ja, aber was hat das jetzt wieder mit dem zu tun? Sie fragen jetzt was Neues.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich frage jetzt was Neues, ja. Weil Sie gesagt haben, was ich sehr verstehe und akzeptiere, Ihre, sagen wir eine gesellschaftliche Komponente ...

Proksch: Ich muß da, glaube ich, sagen: Erstens einmal ist der Niki Lauda überhaupt nicht Clubmitglied. Er ist sehr wohl gern gesehen, wenn er hinkommt. Zweitens einmal ist der Niki Lauda ein Freund von mir, und ich meine, ich verstehe, wie es in dem zugeht. Drittens einmal, wenn man also da sagt, ist sicher dieser Vertrag, von dem Sie sicher sprechen, sind das diese 5 Millionen, was in der Zeitung steht. Er hatte mit dem Club nichts zu tun, denn dieser Vertrag ist ja in der Schweiz unterschrieben worden von mir, und ich habe — wenn Sie das wissen wollen — eine Vollmacht bekommen von dem Vollmachtgeber, das ist ein gewisser Dr. Aigner. Er lebt in Salzburg. Der ist der Vertreter der Niki oder der Lauda, ich weiß nicht, heißt sie ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Limited im Hongkong.

Proksch: Ja. Ich kenne auch den Christoph Prutscher. Der ist erstens einmal nicht nur ein Kunde, sondern ist auch eine Art Freund von mir. Ich meine, beide sind so. Ich halte diesen Christoph Prutscher für einen ausgesprochen tüchtigen Burschen, wenn ich das sagen darf.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Den Eindruck haben wir sicher auch, ja.

Proksch: Ich glaube, daß er mit dem Niki des öfteren geredet hat. Ich habe sicher auch meinen Senf dazugegeben, indem ich gesagt habe: Wenn du, Christoph, internationale Geschäfte mit den Persern und so weiter machen willst, ist es sicher gut, man bedient sich des Nikis! Aber nicht in Form, daß man auf seinen Rennwagen draufschreibt, weiß ich, Prutscher, Prutscher-Möbel oder Prutscher-Spitäler oder was, sondern daß man ihn verwendet, daß er einfach eine Türe aufmacht, also eine Public-Relations-Sache. Ein bißchen vielleicht in einer höheren Linie.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und das sollte der Lauda für den Prutscher tun?

Proksch: Ja, das hat er auch, das hat er auch gemacht, so sehe ich es dann. Ich habe mich dann nicht mehr um diese Sache gekümmert in Persien und vielleicht auch noch in anderen Ländern. Aber er hat sicher, weil man immer sagt: Wieso kann der so viel Geld kriegen für sowas? Ich meine, ich glaube, das ist zu verstehen, wenn man denkt, daß man Rennfahrer ist und daß man jeden Tag draufgeht. Ich meine, wenn Sie ihn anschauen, haben Sie ja das gesehen. Und es war vielleicht auch irgendwie, daß man ihm vielleicht sogar ein bißchen helfen wollte, ich meine, daß er mit seinen Kenntnis-

sen noch einen anderen Marktanteil erschließt. Er hat ja erschlossen den Marktanteil Parmalad, er hat erschlossen, ich weiß nicht, was er alles für komische Firmen da vertreten hat, und er hat da sicher nicht schlecht verdient, sicher besser als 5 Millionen. Und diese 5 Millionen sind über die Limited . . .Und warum er das und wieso die Limited ist, das ist, glaube ich, ein steuerrechtliches Problem, wovon ich nichts verstehe.

Aber, auf jeden Fall, was ich dazu beigetragen habe, war, daß ich diesen Aigner, daß ich eine Vollmacht damals gekriegt habe, ich soll für diese Niki Lauda Limited unterschreiben, und ich habe in Zürich, das weiß ich sogar noch, wo das war, das war in dem Hotel da am See, habe ich das unterschrieben, und damit war das für mich getan, weil ich eben da war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Warum hat das nicht der Aigner direkt gemacht?

Proksch: Ja, wer ist Aigner?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Anwalt, der die . . .

Proksch: Der war nicht dort. Der Niki hat gesagt: Der Udo fahrt eh hin und so weiter . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also weil Sie in die Schweiz gekommen sind . . .

Proksch: Ich muß dazu sagen: Ich bin öfters beruflich in der Schweiz, und es ist halt so.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich hätte es vorläufig, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Mit wem haben Sie sich denn vor dieser heutigen Einvernahme hier beraten?

Proksch: Ich habe mich nicht beraten, sondern ich habe zu Mittag kurz den Niki getroffen, aber der kommt eh ununterbrochen hin, und ich habe getroffen . . . Der hat dort oben was zu gehabt im Club. Im Club sieht man alle, die halt dort sind, die dort herumlaufen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ja jetzt einen Namen angekündigt.

Proksch: Den Niki. Ich meine: Beratung. Ich brauche keine Beratung. Für was denn?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben den Dr. Damian nicht getroffen?

Proksch: Doch, doch, der Dr. Damian war auch im Club heute!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind nicht zu dritt beisammengewesen?

Proksch: Ich weiß das nicht. Wir waren zu fünft oder zu sechst, sicher, an meinem Tisch!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben auch über die heutige Einvernahme hier geredet?

Proksch: Ist sicher geredet worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben sich dabei abgeklärt, in welchem Fragenbereich man da unter Umständen welche Antwort geben kann?

Proksch: Nein, das glaube ich nicht ganz so. Aber ich habe sicher meine Meinung kundgetan und habe gesagt: Also ich gebe da einen Brief hin, weil ich sehe das nicht ein, daß man mich einen Tag vorher einfach da einlädt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben noch zwei Briefe mit. Dienen die der Dramatisierung dieser Einvernahme?

Proksch: Nein, nein, das sind die gleichen!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ah so, Sie haben das für alle Fraktionen mitgebracht?

Proksch: Nein, nein, die habe ich nicht für die Fraktionen, die Briefe, die sind schon für unsere Freunde da draußen, die mich da so glänzend empfangen haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat denn die Cincinnati Milacron mit der Aktion „Geschichten vom Dr. Kreisky" zu tun gehabt?

Proksch: Das ist der Herr White, der ein alter Freund von mir ist, und den habe ich überredet, es war aber nicht ganz günstig für ihn, denn er mußte dann, so sehe ich das, unter anderem die Firma verlassen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der hat sich zum Beispiel so ein Inserat nicht selber zahlen können?

Proksch: Nein, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Soviel Geld würde er nicht besitzen?

Proksch: Der White ist ein Generaldirektor, kein Besitzer, er ist nur der Chefmanager von Cincinnati und ist ein — wie soll man sagen — Mann, der Österreicher ist, der sehr lange im Ausland gelebt hat, aber . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was schätzen Sie denn, was diese ganze Kampagne gekostet hat?

Proksch: Ich kann es Ihnen sagen . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das wissen Sie schon.

Proksch: Ich weiß es wirklich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na ungefähr schon.

Proksch: Nein, ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß sie sicher mehr gekostet hat, als die erwartet haben, weil in der Wahlzeit plötzlich alle Zeitungen angeblich den doppelten oder gar dreifachen Tarif verlangt haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun wird uns hier immer der Herr Holliger verkauft als der große Spezialist, und Sie sind nicht der erste, der völlig verwundert ist, daß es politische Zeitungsinseratentarife gibt, die überhaupt kein Geheimnis sind und keine Spezialität.

Proksch: Ja, ich habe das nie gewußt. ich habe noch nie bei so einer Sache mitgeholfen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, der Herr Mayer hat die Texte gemacht?

Proksch: Ja, der hat mitgetextet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der wenigstens etwas bezahlt gekriegt dafür?

Proksch: Der wird hoffentlich ein Honorar gekriegt haben. Das muß aber der Damian gemacht haben, oder der Holliger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War er der einzige Texter dieser Art?

Proksch: Es hat sicher der Damian auch getextet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie auch?

Proksch: Ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat den „Proksch" geschrieben?

Proksch: Na, den „Proksch" habe ich selber geschrieben. Er ist eh langweilig. Deswegen war er so langweilig, weil ich den telefonisch durchgeben haben müssen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Peter Deimler?

Proksch: Ja, ich wollte einen Fremdenverkehrsminister, aber leider will den keiner.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Peter Deimler mit der Kampagne etwas zu tun gehabt, außer daß er drinnen aufgeschienen ist?

Proksch: Nein ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Herr Pusch als Texter mitgewirkt?

Proksch: Welchen Pusch meinen Sie?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Hans Pusch.

Proksch: Der vom Sinowatz? Der in Teheran jetzt ist?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, jetzt schon wieder zurück ist. *(Abg. Dr. Kapaun SPÖ): Schon wieder dort!)*

Proksch: Ja, aber der ist ... Da müßten Sie ... Wenn das wäre ... Davon weiß ich nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Hans Mahr?

Proksch: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Erich Dorn?

Proksch: Nein. Niemand. Wenn das sein soll: Wer ist der Dorn, muß ich dazu fragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, wenn Sie nicht wissen, wer er ist.

Proksch: Den Mahr kenne ich. Ich glaube auch, daß diese Aktion einfach eigentlich nicht allzuviel Leuten in dieser Partei — laut Dr. Damian — am Anfang gefallen hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Holliger vermittelt an den Damian?

Proksch: Ich kenne den Holliger auch schon lange. Vermittelt — ich habe ihn nicht vermitteln können, weil der Holliger ist ja mit einem Auftrag scheinbar gekommen, oder?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe vorhin — vielleicht habe ich einen falschen Schluß daraus gezogen — den Eindruck gehabt, Sie könnten eigentlich auch der Initiator der Aktion sein. Der geistige Vater sozusagen.

Proksch: Nein. Ich habe nur mitgeholfen, mitzudenken, wie so eine Hilfe um Meinungsbildung in der Wählerschicht ... Wie man das macht. — Sie können mich auch fragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie ist das jetzt technisch abgelaufen? Ich meine, das ist ein von der Grundüberlegung ein Sujet, das man halt jeweils an die Gegebenheiten des einzelnen Mannes oder der einzelnen Frau anpaßt.

Sind die Texte jetzt immer in die Schweiz gegangen, und die haben das dort graphisch hergerichtet? *(Abg. Mühlbacher, SPÖ: Das ist ein bißchen weit weg vom AKH!)*

Proksch: Das kann ich Ihnen gar nicht sagen. Ich war ungefähr die ganzen sechs Wochen nicht da.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weil Sie gesagt haben, Sie haben auch designed.

Proksch: Na, ich habe designed: Schauen Sie, ich habe zum Beispiel gesagt: Was? Geschichten? Das? Bis man so ein Wort findet. Wie kann man das hineinstellen, oder wen kann man dort hineinstellen? Designed meine ich auch: Was kann man zum Beispiel einem Fremdenverkehrsminister sagen? Ich will das wirklich, also

wenn es nach mir ginge. Und so hat man halt Gedanken gesucht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann man sagen, daß Sie ...

Proksch: Oder glauben Sie, daß jeder diese Gedanken hat? Die hat ja auch nicht ein jeder. Oder?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein. Aber das politische Design hat im „Club 45" stattgefunden.

Proksch: Nein. Es ist, wie ich Ihnen gesagt habe: Oben drüber habe ich den Lü-Salon. Den kann ich Ihnen gerne einmal zeigen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich war sogar schon einmal dort.

Proksch: Na ja, dann. Es ist oben drüber — wenn Sie sich erinnern —, unten ist der Club, und oben drüber eine Etage, die war einmal die sogenannte Beletage von dem Haus, und dort drinnen war das.

Obmann Dr. **Steger:** Zusatzfrage Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Proksch, Sie haben gesagt, Sie haben Ihren Text durchtelefoniert. Habe ich das richtig verstanden?

Proksch: Ja, leider.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und deswegen ist er so fad, haben Sie gesagt.

Proksch: Ja, das stimmt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wo haben Sie da angerufen?

Proksch: Ich habe beim Dr. Damian angerufen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ah, Sie mußten den Text an den Damian geben?

Proksch: Ich mußte irgendeinen erreichen. Und ich habe, glaube ich in der Früh um vier Uhr angerufen, soviel ich mich noch erinnere.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In der Kanzlei oder privat?

Proksch: Nein, zu Hause. Da war er gerade einmal daheim.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Danke.

Proksch: Aber es ist gut möglich, daß es vielleicht auch schon eine andere Uhrzeit war. Aber es war sicher ganz früh, weil er sich heute noch aufregt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Texter Mayer müßte eigentlich schon wissen, wie das technisch abgelaufen ist?

Proksch: Ja, sicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ob das alles in die Schweiz geschickt worden ist oder ob das hier eingerichtet worden ist, wer den Streuplan gemacht hat?

Proksch: Sicher, sicher. Das müßte eigentlich auch der Dr. Damian wissen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß es an die 65 Einschaltungen gegeben hat, war Ihnen das bewußt?

Proksch: Das weiß ich nicht mehr. Aber ich weiß nur, wieviel Leute ungefähr da waren, die ich dafür überredet habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das die Mappe *(auf eine beim Zeugen liegende Mappe weisend)* vom Damian?

Proksch: Nein, nein, das ist eine Mappe ... Wir haben dann am Schluß jeder so eine Mappe gekriegt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat die hergestellt?

Proksch: Die Mappe? Das weiß ich nicht. Wahrscheinlich der Holliger oder wer. Oder das Büro Damian. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Qualität des Holliger-Büros spricht die Mappe nicht.

Proksch: Ja, schaut so aus. Vor allem spricht nicht dafür „Geschichten eines Erfolgs", weil ich glaube, das würde man doch normalerweise nicht draufschreiben auf so etwas. Das wäre eher doch angetan für einen Schweizer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann das der Damian gemacht haben?

Proksch: Vielleicht hat es der Damian gemacht, vielleicht hat es der Mayer gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben nun eine ganze Reihe von Leuten angesprochen und auch bewegen können, dabei mitzutun. Es muß doch irgendeinen Richtwert gegeben haben: Wieviel Leute kann man überhaupt ansprechen, damit das noch finanzierbar ist?

Proksch: Nein, ich glaube, wir haben nicht mehr gekriegt. Ich glaube, das war die Zeit. Es war an und für sich eine kurze Zeit. Sechs Wochen habe ich sicher niemand ansprechen können, und man hätte das noch ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es hat ja noch zwei Ansprechkreise gegeben außer dem Ihren. Die Frau Hörbiger ist wahrscheinlich ...

Proksch: Es wurden sicher viele angesprochen. Aber vergessen Sie nicht: Für viele Leute ist das ja auch ein Festlegen. Die sehen ja nicht

nur einen Dr. Kreisky, sondern die einen sehen voller Angst eine Sozialistische Partei oder die anderen sehen Machtpolitik oder Parteipolitik. Ich meine, das kann man ja keinem verübeln, daß er nein sagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie in irgendeiner Form in der Lage, von einem Konto der Niki Lauda Hongkong Limited etwas abzuheben?

Proksch: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was mir noch nicht ganz klar ist aus den bisherigen Darstellungen ist folgndes: Es sitzen der Herr Furrer und der Dr. Schmidt, von denen ich annehme, daß Sie sie beiden kennen ...

Proksch: Nein, nein, ich kenne nur den Furrer glaube ich. Ich bilde mir ein, daß der ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Furrer als Geschäftsführer oder Direktor?

Proksch: Weil der hat ja den Vertrag.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als Direktor der Hongkong Limited? Als ein Direktor der Hongkong Limited?

Proksch: Ja, das ist möglich. Ich bin nicht informiert über die Hongkong Limited.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den zweiten Direktor kennen Sie nicht?

Proksch: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Herrn Schmidt?

Proksch: Kenne ich nicht, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dr. Franz Schmidt aus Zug in der Schweiz.

Proksch: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und den Herrn Ronald Wan Hei Wong?

Proksch: Klingt chinesisch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, klingt chinesisch, lebt in Hongkong, ist natürlich britischer Staatsbürger. Sie sind manchmal in den Gegenden. Es könnte also sein, daß Sie ihn schon einmal begegnet haben.

Proksch: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Beim Abschluß dieses Vertrages der Firma Prutscher passiert jetzt folgendes: Der Niki Lauda ist der Meinung, daß Sie eine Vollmacht kriegen sollen, weil Sie eh in die Schweiz fahren aus anderen beruflichen Gründen. Oder wie haben Sie ...

Proksch: Wahrscheinlich ist das einer seiner Gründe. Und weil er mir vielleicht auch irgendwo ein bissel vertraut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daraufhin sagt er zu seinem Salzburger Anwalt: Brauchst nicht in die Schweiz fahren.

Proksch: Das weiß ich nicht, ob er das gesagt hat. Ich habe keine Ahnung. Ich bin gefahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie kommt der Aigner zu Ihnen? Kennen Sie den Anwalt?

Proksch: Der Aigner ist durch den Niki, oder?, höchstwahrscheinlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ja den Aigner vorher nicht gekannt?

Proksch: Na, ich kenne den Aigner, denn meine Eltern leben in Salzburg. Den Aigner kennt in Salzburg jeder. Mein Vater ist ein Salzburger. Er lebt halt in Salzburg.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie fahren in die Schweiz, um einen Vertrag abzuschließen, obwohl in der Schweiz zwei Direktoren dieser Gesellschaft wohnen.

Proksch: Ich habe das nicht gewußt, daß dort zwei von der ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber von der Edura haben Sie es gewußt.

Proksch: Ja, ja, freilich. Aber ich habe eben den Auftrag gehabt vom Aigner: Unterschreiben, aus, basta. Das kann ja jedem passieren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja schon, aber das ist ja eher eigenartig, daß von der Gesellschaft niemand diesen Vertrag unterzeichnet.

Proksch: Das glaube ich nicht. Ich weiß es nicht.

Auf jeden Fall war ich beauftragt, den Vertrag zu unterschreiben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie haben Sie dann den Herrn Lauda informiert über den Abschluß dieses Vertrages?

Proksch: Der ist sicher informiert worden. Ich meine, ich habe ihn angerufen. Das ist möglich. Ich habe ihn gebeten ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie bei diesem Schweizer Aufenthalt noch irgendeine Tätigkeit ausgeübt im Zusammenhang mit dem Vertrag und mit dem Niki Lauda?

Proksch: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der Hongkong Limited außer bei diesem Akt, wo Sie dann unterschrieben haben — was ist das? 16. November 1977 —, haben Sie nie mehr

etwas mit der Niki Lauda Limited zu tun gehabt?

Proksch: Nein. Nie mehr.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war auch kein Gesprächsgegenstand heute mittag?

Proksch: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch in keiner Phase, wenn ich das richtig verstanden habe, mit der Finanzierung der „Geschichten des Dr. Kreisky" etwas zu tun gehabt?

Proksch: Ich habe es Ihnen vorhin schon erzählt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich sage das noch einmal: Es könnte ja sein, daß Sie via Hongkong Limited noch einmal etwas zu tun gehabt haben mit der Finanzierung.

Proksch: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer gehört denn zu diesem unmittelbaren Kreis des Herrn Holliger, der da Interesse haben könnte?

Proksch: Ich habe das vorhin beantwortet, was ich weiß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na ja, Sie könnten uns ja ein paar Namen nennen.

Proksch: Ich weiß keine Namen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind mit dem Herrn Holliger sehr gut.

Proksch: Ich bin nicht so sehr gut, ich halte ihn geschäftlich für einen ordentlichen Mann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber zumindest so, daß Sie auch seinen unmittelbaren Freundeskreis und die Gesellschaft kennen, in der er verkehrt.

Proksch: Nein, ich nehme nur an. Sicher kenne ich einige aus dieser Gesellschaft, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es wäre daher möglich, daß Sie einmal auch mit ihm darüber geredet haben, wer nun diese Gnadenspender sind, die diese fünf Millionen Schilling aufbringen.

Proksch: Ich weiß gar nicht einmal, daß das 5 Millionen Schilling kostet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was würden Sie denn sagen, wenn amtlicherseits der Vertrag, den Sie da am 11. November unterschrieben haben, mehr oder minder als ein Scheingeschäft dargestellt wird? Haben Sie sich mit dem Inhalt dieses Vertrages beschäftigt?

Proksch: Ich habe ihn sicher damals gelesen. Ich sehe es als eine Art von public relation, die die Firma Prutscher durch den Lauda, indirekt durch die Lauda Limited oder direkt durch die Lauda Limited, also Geschäfte, erreichen will. Und zwar war das Persien? Soviel ich mich erinnere, waren in Persien Rennbahngeschäfte. Da müßten Sie eigentlich den Prutscher und den Lauda darüber fragen, was die dann darauf ...

Abg. Bergmann (ÖVP): Nein, ich frage Sie *(Proksch: Ja gerne!)*, was Sie davon wissen.

Proksch: Wenn das, wie Sie sagen, ein baloney business ist, dann, bitte, ist es mir eigentlich auch egal. *(Abg. Bergmann: Sie haben nicht den Eindruck ...)* Ich wundere mich nur, welche Behörde, der Krakora *(phonetisch)*, der militärische Abwehrdienst, oder wer soll so etwas ... Ich frage Sie nur: Wer soll so etwas ...?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Finanzamt. Die Finanzbehörde, zum Beispiel.

Proksch: Tut mir leid. Welche: die schweizerische oder die österreichische?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die österreichische zum Beispiel.

Aber es hätte ja sein können, daß auch darüber gesprochen worden ist, daß das ein Geschäft ist, das nur stattfindet, nicht zur Parteienfinanzierung, sondern um irgendeinen Steuertrick oder so etwas Ähnliches anzuwenden.

Proksch: Ich weiß nicht, ob sich der Lauda für so etwas hergibt. Ich glaube nicht. Ich meine, ich halte ihn für einen sehr offenen und harten Burschen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, dieser Verein, den Sie da gegründet haben, CUM, Verein zur Förderung ziviler und militärischer Pflichtübungen und so weiter: Ist das eine ernst zu nehmende Gründung gewesen, oder haben Sie sich da irgendwo bei einer lustigen Gelegenheit ...

Proksch: Nein, eigentlich war es schon eine ernst zu nehmende Gründung, weil wir wollten eigentlich ein ... Ich weiß nicht, ob Sie die Statuten des Vereins haben, ich habe sie nicht mit, aber ich kann sie Ihnen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich kenne nur den Titel und die Mitglieder.

Proksch: CUM heißt ziviler und militärischer Umweltschutz — Zivil und Militär —, hat aber eigentlich auch vielleicht ein bisserl einen Hintergrund. Weil man immer auf das Militär hingehaut hat und so weiter, haben wir uns gedacht, versuchen wir doch auch einmal, nicht von der Seite des Parlaments — eben so ein Mann wie der Teddy Podgorski und ich, den

Lütgendorf haben wir auch dazu gewonnen und ein paar andere Leute —, eine Art von Podium, oder weiß ich was, zu schaffen, wo eben das Militär langsam anerkannt wird sowie die zivile Seite auch, deswegen CUM. CUM hat aber auch noch einen anderen Sinn, es heißt auch „mit", wie Sie aus dem Latein ja wissen. Es heißt einfach, mit dem Verein ein Museum zu machen, auch ein Freilichtmuseum. In Aspern wollten wir das machen. Es ist uns aber leider nicht gelungen, weil ja jetzt dort andere Sachen sind. Und da haben wir zum Beispiel, weiß ich, ... Wir wollten, daß es ein Flugmuseum wird. Der Podgorski ist ein faszinierter Flugmensch und hätte gerne diese ganzen alten Flugzeuge gesammelt. Unser Hauptziel war eigentlich, Flugzeuge zu sammeln, die Vampire, nur mußten wir sie dann zusammenhauen, weil die unten uns alles zerstört haben. Der Verein ist jetzt eigentlich — wie soll ich das nennen? — eher mehr oder weniger lahmgelegt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Kommerzialrat Eder firmiert dabei als ein Vorsitzender des Forschungsbeirates. *(Proksch: Ja, da kann man nicht viel ...)* Ich sage es noch einmal, seien Sie mir nicht böse. Ich habe zuerst gedacht, Sie haben sich eine Hetz gemacht mit dem Hansi Busch und mit dem Roman Schliesser zusammen. *(Proksch: Das war auch eher beim Eder ...)* Der Titel ist ja auch nicht gerade einer, den man unbedingt ernst nehmen muß.

Proksch: Der arme Eder kann wirklich nicht viel dafür, daß er da drinnen ist. Die wichtigsten waren der Podgorski und eigentlich ich, weil wir dieses Museum machen wollten, und es wäre heute noch schön, wenn man das von allen Seiten unterstützen würde. Aber wir haben nicht den Platz gekriegt, und uns haben sie das ... Zwei oder drei Jahre haben wir die Flugzeuge unten in Aspern stehen gehabt, und dann wurde der Flughafen aufgelassen. Wir sind dort früher ein bisserl Fallschirm gesprungen in der Gegend, und so hat man das ein bisserl unter Kontrolle gehabt. Aber in dem Augenblick, sonst sind halt die Kinder, und wir haben laufend Schwierigkeiten mit der Polizei gekriegt, und die haben dann was weiß ich was alles aus den Flugzeugen herausgerissen und zerstört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Niki Lauda war bei diesem Verein nicht mit dabei?

Proksch: Nein, eigentlich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Obwohl er auch Flugfan ist?

Proksch: Ja, aber damals war er noch Rennfan. Das Fliegen hat er langsam erst entwikkelt. Der Verein ist ja schon sehr lange da, und ich glaube, wir haben sogar vergessen, ihn zur Zeit weiter anzumelden. Ich bin mir jetzt gar nicht bewußt, was da ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma Kibolac, was hat die für einen ...?

Proksch: Kibolac ist eine Firma. Das heißt in Wirklichkeit Kibbuz Napola. Es war so, daß der Herr Wein, der ein Jude und Teilhaber dieser Firma ist, in einem Kibbuz war und vorher in einem KZ, und zwar in Mauthausen. Und dem gehört die Firma heute mehrheitlich, und mir gehören 10 Prozent. Und ich war nicht in einem Kibbuz und ich war auch nicht in Mauthausen. Das zeigt der Name Napola. Wir haben das abgekürzt und Kibbuz und Napola zusammengegeben, und das heißt Kibolac, wenn Sie es genau durchschauen. Sie hat aber auch die Anwendung für Kunststofftechnik und was weiß ich was alles, Lizenzbüro, gehört zu 90 Prozent heute dem Herrn Wein. Was die Firma macht? Sie macht Lizenz- und Industrieanlagengeschäfte, hauptsächlich mit der DDR.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die Firma PROWIGA-Informationen? Das ist auch Proksch — Wein. Habe ich das richtig geschlossen?

Proksch: Die gehört hundertprozentig mir.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber war zuerst mit Wein, oder?

Proksch: Noch nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): „WI" kommt nicht von Wein?

Proksch: Nein.

Die PROWIGA war ein Informationsdient IE, Informationen exklusiv, und eigentlich nur für Kultur, Kunst und so weiter. Da hat ursprünglich mein Vater in Salzburg mitgemacht, also mitgeholfen. Und PROWIGA heißt abgekürzt Proksch, Wimmer, Gattinger. Da ist der Gino Wimmer von der „Kronen-Zeitung", der Journalist ist und den Sie sicher noch kennen. Er schreibt heute Filme, er ist schon ein älterer Herr. Das ist der Wimmer. Dann ist der Gattinger, der ein europäischer Journalist ist und zur gleichen Zeit auch der Generaldirektor der United Artist geworden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum hat dieser Informationsdienst eigentlich nicht die Sache mit den „Geschichten vom Kreisky" selber abgewickelt?

Proksch: ... Dieser Dienst ruht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Arbeitet derzeit nicht?

Proksch: Der macht nichts mehr. Ich habe

nicht die Zeit, und da kann ich mir die ... Ich habe nur noch diese — wie sagt man? — GesmbH., die eigentlich wahrscheinlich liquidiert werden muß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Heinz Pfneudl etwas zu tun gehabt mit dieser Inseratenserie?

Proksch: Sie haben jetzt da diesen Akt, den hätte ich mitnehmen sollen, habe ich nämlich auch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eine sehr interessante Nebenbemerkung.

Proksch: Der Heinz Pfneudl, wissen Sie, ist ein Partner gewesen einer Elektronikfirma und auch sicher ein ... Diese Elektronikfirma war wieder vertreten durch den Herrn Wein in der DDR.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat aber mit der Inseratenserie und dieser Kampagne nichts zu tun gehabt?

Proksch: Niemand. Nein. Der ist ja unter Spionageverdacht, oder? Sie haben auch den Herrn Wein genannt, der auch unter Spionageverdacht ist. Aber es wäre ja hier wieder ein bissel anders.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja nur, das ist wirklich ein Punkt, der nicht ...

Proksch: Nein, nein, ich will es Ihnen nur sagen, weil Sie daraus erlesen können ... Es steht auch drinnen, daß ich den Aldo Moro liquidiert hätte. Aber das ist ein Fehler.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann haben Sie ein Papier, das spannender ist als das, das ich habe. Das steht in meinem jedenfalls nicht drinnen.

Wie intensiv waren denn Ihre Kontakte mit Kommerzialrat Eder?

Proksch: Eder ist ein Klubmitglied. Ob er noch im Vorstand ist oder nicht mehr, kann ich jetzt gar nicht sagen. Aber er hat sicher früher die Kasse gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist ein Gründungsmitglied?

Proksch: Ja, er ist ein Gründungsmitglied; damals mit Gratz, Marsch und Eder und so weiter. Ich habe die Statuten nicht da, aber die haben Sie sicher gekriegt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit den Firmen, die der Kommerzialrat Eder als Generaldirektor, Geschäftsführer oder Aufsichtsrat betreut hat, Kontakt gehabt, von „Vorwärts AG" über Infrabau, Pilgram-Zentrum?

Proksch: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie je befaßt mit dem Projekt Pilgram-Zentrum?

Proksch: Wenn Sie mich fragen: Falls Sie aber den Namen Proksch gehört haben, dann ist es mein Bruder Roderich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das weiß ich schon, das ist der Architekt.

Proksch: Der ist Architekt, und er hat an dem Renner-Institut als Architekt die Umbauten vorgenommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber zum Beispiel das Projekt Pilgram-Zentrum, das könnte ja auch seine Überlegung gewesen sein.

Proksch: Nichts. Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie nichts zu tun gehabt mit MEDIPLAN?

Proksch: Das letzte, was ich in Architektur designet habe, war das „Kronen-Zeitungs"-Haus, aber das wurde leider nicht gebaut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma MEDIPLAN sagt Ihnen etwas?

Proksch: Nichts, sagt mir nichts, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die deutsche „Neue Heimat"?

Proksch: Na ja, ich meine ... Ich glaube, daß ich dazu nichts zu sagen habe. Also ich meine, fragen Sie bitte nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin von Ihrer Freundschaft zu Bürgermeister Gratz gesprochen. Wie intensiv würden Sie denn diese Freundschaft beurteilen?

Proksch: Ich meine, ich schätze ihn sehr und ich mag ihn gern. Es ist so, daß man in der Jugend sicher ähnliche Schulen gehabt hat, und die Vergangenheit spielt ja immer eine Rolle. Oder? Ich kann nicht viel mehr sagen. Ich halte ihn für einen ordentlichen Freund. Ich weiß nicht, was Sie damit sagen wollen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich frage nur. Das war ja die erste Frage.

Proksch: Ja ich kann nur sagen, daß er ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie am 18. März zufällig im Rathaus?

Proksch: Das kann ich Ihnen nicht sagen, aber ich bin sehr wenig im Rathaus.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie in den letzten Tagen, innerhalb der letzten fünf, sechs Tage einmal im Rathaus?

Proksch: Innerhalb der letzten fünf, sechs Tage? Samstag, heute haben wir Mittwoch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war der 18., der Donnerstag oder ...? Heute ist Dienstag. Was war der 18.?

Proksch: Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mittwoch oder Donnerstag. Waren Sie in der vorigen Woche einmal beim Bürgermeister?

Proksch: Gut möglich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit ihm auch über die Fragen, die den Ausschuß betreffen, gesprochen?

Proksch: Nein, ganz sicher nicht. Ich rede mit ihm über Politik überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat Ihnen nicht gesagt, was Ihnen bevorsteht, daß Sie hier ...

Proksch: Nichts. Nein. Ich bin eben sehr verwundert, was man mich alles fragt. Ja? Ich verstehe, wenn man mich fragt über den Herrn, weil das ja in den Zeitungen steht, aber ich wundere mich sehr, daß man mich hier befragt über den Herrn Pfneudl oder über solche Konsorten oder Typen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, es geht ja ... Ich habe Sie nur gefragt, ob er damit etwas zu tun hat *(Proksch: Ja, ja, ich verstehe das.)*, habe sonst keine Vermutung und gar nichts — das möchte ich schon bitten — daran geknüpft.

Wie oft waren Sie denn mit dem Prutscher zusammen mit dem Bürgermeister Gratz im Ausland?

Proksch: Mit dem Bürgermeister Gratz und mit dem Prutscher im Ausland?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, ich frage Sie.

Proksch: Ich war im Ausland lediglich zusammen mit dem Staatschef, also mit Herrn Dr. Kreisky, und da war der Prutscher auch dabei, und das war *(Abg. Bergmann: Das war in Manila!)* auf den Philippinen; ja. In Manila. Ansonsten habe ich Bürgermeister Gratz und Herrn Prutscher nie so gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe vorläufig einmal keine weitere Frage.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wir wissen aus Ihren eigenen Aussagen und auch aus dem, was uns vorher der Herr Dr. Damian hier erzählt hat, daß im wesentlichen der Ideenbringer für diese Aktion „Geschichten von Dr. K." Sie gewesen sind. *(Proksch: Ich habe sicher ...)* Sie haben uns heute hier auch erklärt, daß im wesentlichen in der Beletage Ihres Hauses — Sie sind dort Geschäftsführer — erste Gespräche darüber stattgefunden haben, um ein paar Leute zu motivieren, daß sie das machen. Sie haben uns hier die Namen aufgezählt. Sie haben gesagt, Sie haben mit Dr. Damian geredet, Sie haben mit Minister Lanc und Bürgermeister Gratz darüber geredet. Dann haben Sie gesagt, ohne zu sagen, daß Sie mit ihm geredet haben: Und der Herr Zentralsekretär Blecha war informiert.

Proksch: Ich habe nicht mit Blecha geredet. Das hat sicher der Herr Dr. Damian.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt sind Sie Initiator einer derartigen Aktion; ein Mann, der sonst in allen möglichen Dingen immer wieder — das ist gar nicht abwertend gesagt — seine Finger drinnen hat, Geschäfte macht, Firmentransaktionen hat. Solche Leute machen doch solche Aktionen nicht, ohne irgendwann die Frage aufzuwerfen, was das eigentlich kostet und wer das eigentlich zahlt. Wann ist erstmals in diesen Gesprächen diese Frage von Ihnen, mit Ihnen und von diesen anderen genannten Personen diskutiert und erörtert worden?

Proksch: Die Frage ist nie diskutiert worden vor mir, weil anscheinend — so sehe ich das — nur einmal diskutiert worden ist, wo Dr. Damian gesagt hat, seine Partei gedenkt, da etwas dazuzutun. Wie gesagt, das ist doch eigentlich ein Zeichen, daß sie zufrieden sind. Oder? Es hat uns eigentlich dann auch Dr. Kreisky seinen Dank ausgesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage nicht, was nachher passiert ist. *(Proksch: Nein, nein, das hat er schon ...)* Wir sind am Anfang, bevor die Aktion anläuft. *(Proksch: Ich weiß schon.)* Über diesen Zeitraum, bitte ich Sie, das etwas exakter jetzt zu erzählen.

Proksch: Das habe ich schon erzählt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte Sie gerade, es exakter zu erzählen. Sie haben die Idee, Sie reden mit dem genannten Personenkreis, und ich frage Sie jetzt *(Proksch: Ja ich habe nicht nur die Idee, wissen Sie!)*, wann ist da darüber gesprochen worden, wer diese Aktion zahlen wird.

Proksch: Das war ganz klar. Wir haben ja gar keinen Groschen Geld für so etwas. Das war ganz klar. Erstens einmal ...

Obmann Dr. **Steger:** Was war klar?

Proksch: Es war doch klar. Holliger ist ja herangetreten mit der Möglichkeit.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Holliger schon an Sie herangetreten, bevor Sie die Idee gehabt haben?

Proksch: Ja, sowieso, natürlich. Wir haben ja nur nachgedacht: Wie kann man unterstützen?

Obmann Dr. **Steger:** Also das heißt, die Idee stammt dann nicht von Ihnen, nicht von Damian, sondern von Holliger.

Proksch: Na, daß es dann in diese Form geraten ist, wenn Sie das so bezeichnen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt noch einmal, Herr Zeuge — bleiben wir dabei, vermischen wir es nicht, sonst wird es unklar —: Nach Ihren Informationen hat die Idee, etwas zu machen, Holliger als erster geäußert, und er hat mit Ihnen darüber gesprochen?

Proksch: Holliger ...

Obmann Dr. **Steger:** Hat mit Ihnen gesprochen?

Proksch: Dr. Damian.

Obmann Dr. **Steger:** Dr. Damian hat uns heute hier als Zeuge erzählt, daß Sie ihn vermittelt haben an den Herrn Holliger.

Proksch: Ja, aber gesprochen haben wir miteinander.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie den Herrn Holliger an den Dr. Damian vermittelt oder nicht?

Proksch: Ja das kann ich nicht genau sagen, weil es war bei mir oben im Lütgendorf-Salon.

Obmann Dr. **Steger:** War der Herr Holliger in Wien?

Proksch: Der Herr Holliger war in Wien.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er zu Ihnen etwas gesagt? Das werden Sie doch noch wissen: ja oder nein?

Proksch: Ja sicher, er ist sicher zu mir gekommen und hat gesagt: Wie kann man das machen?

Obmann Dr. Steger: Was hat er da gesagt? Hat er gesagt, er hat Geldgeber dafür?

Proksch: Ja, ja. Er ist gekommen, er hat eine ganze Aktion zu tun, wie stellt ihr euch das vor?

Obmann Dr. **Steger:** Was heißt der Begriff: Er hat eine Transaktion zu tun?

Proksch: Eine ganze Aktion zu machen oder eine public-relation-Aktion.

Obmann Dr. **Steger:** Er hat eine Aktion zu machen, hat er gesagt?

Proksch: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er gesagt, er ist bereits von jemandem beauftragt, das zu machen?

Proksch: Ja, ich glaube nicht, daß er aus eigenem hergeht. Das ist ja auch ...

Obmann Dr. **Steger:** Nicht was Sie glauben, Herr Zeuge, sondern: Was hat er zu Ihnen gesagt? Er hat gesagt, er hat eine Aktion zu machen.

Proksch: Für mich, ich habe es so verstanden, daß er einen Auftrag gehabt hat, denn ich glaube nicht, daß es sein eigenes Geld war; einen Auftrag von Leuten, eine Aktion zu machen zur Unterstützung der Wahl des Herrn Dr. Kreisky zum Bundeskanzler.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal, Herr Zeuge: Ich möchte nicht, daß wir da etwas Falsches ins Protokoll bekommen. Vielleicht stimmt es auch, aber überlegen Sie sich exakt, was Sie da sagen. Er kommt zu Ihnen, er ist Gast im Hause, in einem Gespräch sagt er zu Ihnen — das haben wir jetzt sinngemäß festgehalten —, er hat eine Aktion zu machen.

Proksch: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Aus diesem Gespräch ist für Sie bereits hervorgegangen, daß er Leute hinter sich hat, die diese Aktion bezahlen. Ist das richtig?

Proksch: In meinen Augen, ich glaube nicht, daß ein Phantast daherkommt. Oder?

Obmann Dr. **Steger:** War aus diesem Gespräch zu entnehmen, daß für ihn die Aktion materiell bereits feststeht?

Proksch: Für mich war das ganz klar. Ich meine, ich rede ja nicht mit Menschen, die nicht wissen, was sie zu tun haben.

Obmann Dr. **Steger:** Und jetzt haben Sie daher den Herrn Holliger und den Herrn Dr. Damian in Ihren Räumen bekannt gemacht?

Proksch: Ja, es ist sicher so zugegangen.

Obmann Dr. **Steger:** Wobei Sie und der Herr Dr. Damian Österreicher einbringen wollten im Rahmen dieser Aktion in das Ganze, also Sie wollten Österreicher zusätzlich dazubringen.

Proksch: Na ja, es war ja so, es mußte erst ... Das waren meine Gedanken: Wie setzt man so etwas um?

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, der Schritt eins war für Sie, daß da ein gewichtiger Mann kommt, der aus dem Verlagswesen, dem Werbewesen ist, der bereits Geld hat und der jetzt die Frage äußert ...

Proksch: Der das hat und der einen Auftrag anscheinend ...

Obmann Dr. **Steger:** Bitte reden Sie nicht

gleichzeitig, wir kriegen es sonst nicht ins Protokoll.

... und der jetzt kommt und dann mit Ihnen als Fachmann und mit Dr. Damian als politisch gebundenen Menschen spricht, wie man das umsetzen kann. Ist das richtig?

Proksch: Ja, so kann man es sehen.

Obmann Dr. **Steger:** Ist zu diesem Zeitpunkt von irgend jemandem je die Frage gestellt worden — für mich wäre sie logisch —: Ja wieviel darf denn die Aktion kosten? Wie stark kann man da etwas umsetzen? In der Dimension, nicht auf den Schilling genau.

Proksch: Man mußte erst einmal herausfinden: Wie macht man die Aktion? Sie können ja nicht etwas über die Kosten reden, wenn ... Anscheinend ist genug Geld vorhanden, sonst würde diese Aktion ja nicht, so nehme ich an, weitergehen in einer gewissen Form.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Es war also für Sie klar, daß es eigentlich nicht eine Frage des Geldes ist, sondern der Idee, die man hat, und daß man allenfalls auch mehr ausgeben könnte. Das schließe ich jetzt aus Ihren Worten.

Proksch: Für mich war klar, daß man sicher mehr ausgeben konnte oder könnte, und für mich war es nicht ein finanzielles Problem von dieser Seite. Für mich — für mich! — war es ein Ideenproblem, weil er mich gefragt hat, wie kann man es — und ich kenne ja Österreich auch ein bissel — und was kann man hier machen. Und da ist vielleicht, wenn man das so macht ... Die Aktion selbst ist nicht meine Idee. Meine Idee ist die Form der Aktion, denn es hätte ja auch sein können, weiß ich, Werbefilme, Einschaltungen der Television oder so. Ich dachte, daß das eigentlich gut wäre. Es waren Vorschläge, daß er gedacht hat, man macht Werbespots oder so Sachen. Aber da braucht man mich nicht dazu.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben kein Honorar dafür bezogen?

Proksch: Ich habe kein Honorar dafür bezogen, weil ich meine ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Jetzt kommt also jemand, der Ihnen expressis verbis oder sinngemäß zu erkennen gibt, daß eigentlich noch mehr Geld vorhanden wäre. Das haben Sie uns jetzt erklärt. Wann ist dann die Idee zwischen Ihnen und Dr. Damian aufgetaucht, daß man trotzdem der SPÖ etwas verrechnet? Wenn da eh jemand da ist, der noch mehr ausgeben würde, wozu verrechnet man dann der SPÖ eine Million Schilling?

Proksch: Diese Idee ist sicher nicht von mir aufgetaucht. Ich habe diese Idee nie gehabt. Ich glaube, daß das eher der Dr. Damian mit seiner Partei ausgemacht hat. Was immer da passiert ist, darüber kann ich keine Auskunft geben. Ich weiß es nicht. Das habe ich aber vorhin schon dem Herrn Doktor gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Ist in diesen Gesprächen je von einer dieser genannten Person, die Sie da jetzt genannt haben und die wir auch kennen — das heißt also: Minister Lanc, Dr. Damian, von Ihnen selbst, Bürgermeister Gratz, Zentralsekretär Blecha —, die Frage aufgeworfen worden, was das für Geld ist, das da von Herrn Holliger zur Verfügung gestellt werden kann?

Proksch: Ja, die sind ja nicht so intensiv über die Aktion informiert worden, sondern nur darüber, daß man etwas macht. Da muß man auch den Dr. Damian befragen, was er mit denen fachlich ...

Obmann Dr. **Steger:** Was sonst ... Ich frage Sie, ob Sie je etwas gehört haben, daß die Frage aufgetaucht ist: Was ist das eigentlich für Geld?

Proksch: Nein, ich habe nichts gehört. Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist auch nie die Frage aufgetaucht; Stehen da jetzt Österreicher oder Ausländer hinter dem Herrn Holliger?

Proksch: Er hat immer geheißen: Österreicher, die Auslandsösterreicher und so weiter.

Obmann Dr. **Steger:** Das hat der Herr Holliger gesagt? *(Proksch: Ja, ich habe das immer so ...)* Er hat gesagt: Auslandsösterreicher?

Proksch: Er sagt: Auslandsösterreicher und Schweizer vermögenderer Art. Aus.

Obmann Dr. **Steger:** Derselbe Vorhalt, den wir heute Herrn Dr. Damian gemacht haben: Es ist eigentlich gar nicht auszuschließen, daß da zum Beispiel der Herr Rabelbauer dahintersteht, um jetzt ein Synonym zu verwenden. Es hat ja niemand überprüft, ob das so ist.

Proksch: Ja, ich habe es nicht überprüft.

Obmann Dr. **Steger:** Es war eigentlich allen egal, was das für Geld ist?

Proksch: Ob es egal war? Für mich hat einfach ... Ich halte den, wie ich schon gesagt habe, für einen sehr seriösen Mann und kann mir nicht vorstellen ... Ich kenne den Herrn Rabelbauer nicht und ich kann nichts Schlechtes über den Mann sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt aber, jedenfalls ist dieser Herr Holliger eine Zentralfigur, bei der Millionen abrufbereit für Aktionen zur

Verfügung stehen, wo Sie uns keine Informationen bekanntgeben können, daß überprüft worden wäre, was für Geld das eigentlich ist?

Proksch: Ja, das könnte ich wirklich nicht sagen; ja.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Dr. Damian konnte uns heute nichts sagen und hat gemeint, daß das vielleicht eher Sie wissen, wenn ich das zusammenfasse, weil Sie ihm ja den Herrn Holliger vermittelt haben. Wenn ich Ihnen das vorhalte und Sie noch einmal nachdenken, fällt Ihnen da nichts ein?

Proksch: Nichts. Nein. Ich kann nur sagen: Da müßte man Herrn Holliger befragen können. Aber der kommt sicher her, wenn Sie ihn fragen.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt von einem anderen Ast her versucht. Sie haben da mehrfach den Satz gebracht: Für den alten Herrn muß man etwas tun, und wollen wir etwas tun. So ungefähr. *(Proksch: Das habe ich sicher nicht gesagt.)* Für den alten Herrn, haben Sie heute expressis verbis gesagt. Es ist nicht gesagt worden, für den Bundeskanzler, sondern für den alten Herrn wollen wir etwas tun. War da je der Herr Prutscher beteiligt an solchen Gesprächen, daß man für den alten Herrn etwas tun sollte?

Proksch: Wer? Der Herr Prutscher ist ein alter Herr?

Obmann Dr. **Steger:** Na, für den Sie etwas getan haben. Das war eine Formulierung von Ihnen. Nicht ich sage jetzt, der Herr Bundeskanzler ist ein alter Herr. Sie haben gesagt, daß gesagt worden ist: Für den alten Herrn wollen wir etwas tun.

Proksch: Nein, nein. Ich habe nicht gesagt: Für den alten Herrn. Ich hoffe, daß das alles aufgeschrieben wird oder ein Band läuft, denn ich habe sicherlich nicht gesagt, für den alten Herrn wollen wir etwas tun, sondern ich habe sicher vielleicht gesagt, für den alten Herrn Bundeskanzler oder irgendwie.

Obmann Dr. **Steger:** Das haben Sie nicht gesagt. Aber wir werden es feststellen.

Proksch: Na gut. Wir müssen das feststellen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können es sowieso auch während Ihrer Aussage immer korrigieren, es gilt immer das Letzte, was Sie sagen.

Hat es Gespräche mit dem Herrn Prutscher über diese Aktion gegeben?

Proksch: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Es fällt schon auf, daß Sie persönlich nämlich auch beim Herrn Prutscher ja doch eher enger auf der Kontaktebene mit vorhanden sind.

Proksch: Ich schätze den Herrn Prutscher, ich mag ihn gern. Ich war mit ihm auf den Philippinen und halte ihn für einen sehr, sehr tüchtigen Mann.

Obmann Dr. **Steger:** Und an ihn haben Sie nie gedacht, daß er da vielleicht auch mitwirken könnte in dem Komitee?

Proksch: Nein, ich denke überhaupt nicht an einen Österreicher, weil die im allgemeinen eh so, na ja, sagen wir einmal, minderbemittelt sind, finanziell natürlich.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso? Sie haben ja an mehrere Österreicher gedacht, die Sie uns da aufgezählt haben.

Proksch: Ja, aber nicht an die, die hier leben.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Dr. Damian hat uns heute auch gesagt, daß in dem Komitee Leute drinnen waren, die dann in den Inseraten aufgeschienen sind, und andere, die das halt sonst unterstützen wollten, zum Beispiel mit Geld.

Proksch: Das glaube ich nicht, aber das muß er wissen, wenn er Geldzuwendungen gekriegt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben darüber keine Gespräche geführt?

Proksch: Ich habe keine Gespräche geführt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben uns heute auch erzählt, daß das im wesentlichen Kreise sind, die die Abwehr des Kommunismus wollen bei uns, und die halt eine stabile Regierung haben wollen, die hinter dem Herrn Holliger stehen. Woher wissen Sie das?

Proksch: Ich nehme es an. Ich lese ja Zeitungen, ich kann auch englisch lesen, und ich ...

Obmann Dr. **Steger:** Ist das in einer Zeitung gestanden, in einer englisch sprechenden?

Proksch: Nein, nein. Ich wollte nur sagen, jeder Mensch hat ja das Recht, besonders in einer Demokratie, daß er sich hier ein eigenes Bild macht. Oder? Und Sie haben mich ja um mein Bild gefragt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe Sie um Ihre Wahrnehmungen gefragt.

Proksch: Na, dann ist das ja sowieso auf diesem Band drauf, wenn das läuft. Dann bitte hören Sie das Band ab. Sie haben mein Bild gefragt, weil Sie meine Wahrnehmungen befragt haben, was ich dazu denke.

Obmann Dr. **Steger:** Sie müssen sich jetzt

überhaupt täuschen, vorher habe ich Sie gar nicht gefragt, haben Sie andere genannt.

Proksch: Also gut, ist ja dann alles eine Einheit. Oder?

Obmann Dr. **Steger:** Nein, nicht, wie Sie jetzt sofort feststellen werden, unter anderem dadurch, daß ich exakte Antworten von Ihnen haben will und nicht feuilletonistische Antworten.

Die Frage, die ich an Sie gestellt habe: Aus welchen Informationen beziehen Sie, daß hinter dieser Aktion Leute stehen, die den Kommunismus in Österreich verhindern wollen? Aus welchen Wahrnehmungen und Informationen haben Sie das?

Proksch: Na ja, weil ich denke, daß der Herr Holliger sicher kein Kommunist ist und auch, ich möchte sagen, kein Sozialist ist, auch kein ...

Obmann Dr. **Steger:** Hat er es Ihnen gesagt je?

Proksch: Ja, ich sehe das aus seinem Leben, aus seiner Anschauung.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie Gespräche mit ihm darüber geführt?

Proksch: Ja, sicher, ich führe oft Gespräche.

Obmann Dr. **Steger:** Gespräche darüber, warum er das macht, warum die Leute das machen mit ihm? Warum die Leute, die hinter ihm stehen, das machen?

Proksch: Das habe ich nicht, nein. Man hat mich gefragt, was ich dazu denke. Und das ist mein Gedanke, wie man mich gefragt hat: Warum glauben Sie? Ich kann mir ... das ist eine Variante, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben heute gesagt, daß Sie ...

Proksch: Das kann auch die Variante sein, daß man den Schilling stützen will. Oder? Und dafür hier nicht einen ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage Sie nicht nach weiteren Vermutungen, was es sonst noch alles sein kann. Ich frage Sie danach, was Sie wissen, daß Ihnen wer gesagt hat. Wenn Sie sagen, es hat Ihnen niemand etwas gesagt, dann, bitte, erzählen Sie das andere im Klub beim nächsten Parlieren, aber nicht hier.

Ich frage Sie jetzt: Sie haben zweimal in Zürich verhandelt — haben Sie heute gesagt —, zweimal in Zürich verhandelt. Ich frage Sie: Wer hat Sie beauftragt, Verhandlungen zu führen?

Proksch: Mit dem Holliger, wenn ich dort war, habe ich geredet über die Aktion, über die Gestaltung, und dann bin ich eh schon wieder weggefahren. Oder? Wenn ich nach Asien fahre, fahre ich über Zürich.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! In Wien ist der Herr Holliger gekommen, hat Ihnen seine Idee erzählt, und Sie haben Überlegungen angestellt und das anderen Personen gesagt?

Proksch: Sicher, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Später verhandeln Sie zweimal in Zürich mit dem Herrn Holliger.

Proksch: Unter Verhandlungen verstehe ich Überlegungen ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie führen dort Gespräche zweimal, mißverstehen Sie mich nicht bewußt. Sie fahren also dorthin. Was für ein Akt hat dazwischen stattgefunden, daß Sie beauftragt waren, dort Gespräche zu führen? Oder haben Sie das als Privatperson gemacht?

Proksch: Privat, so wie ich jetzt da sitze.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt sitzen Sie nicht als Privatperson da, jetzt sind Sie beauftragt, weil Sie eine Ladung zugestellt bekommen haben.

Proksch: Jedenfalls Privatperson, nicht als Firma.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe Sie gefragt, ob Sie beauftragt waren mittlerweile von jemandem oder nicht?

Proksch: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie zu irgendeinem Zeitpunkt beauftragt worden?

Proksch: Nein. Ich habe das aus eigenem gemacht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben heute gesagt, daß Dr. Damian nicht vom Herrn Bundeskanzler beauftragt war, das zu machen. Wieso wissen Sie das?

Proksch: Ich nehme es an.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie darüber Gespräche geführt mit Dr. Damian oder mit dem Herrn Bundeskanzler?

Proksch: Der Herr Bundeskanzler, meines Wissens, war nicht informiert am Beginn unserer ganzen Gespräche, daß überhaupt etwas dieser Art ihn unterstützen soll.

Obmann Dr. **Steger:** Wann ist er informiert worden?

Proksch: Das muß der Dr. Damian wissen. Dr. Damian führt die Gespräche mit dem Bundeskanzler.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen etwas darüber berichtet worden?

Proksch: Ja, nur das Wohlwollen des Bundeskanzlers für die Aktion.

Obmann Dr. **Steger:** Zu welchem Zeitpunkt ungefähr? Vor den Wahlen, nach den Wahlen?

Proksch: Schon vor den Wahlen.

Obmann Dr. **Steger:** Aus welcher Information können Sie dann sagen, daß er nicht beauftragt war vom Herrn Bundeskanzler. Ein Satz von Ihnen, den Sie heute gesagt haben.

Proksch: Es war so, daß am Anfang ja, wo diese Aktion gestartet wurde — da war ich noch da —, daß da der Herr Bundeskanzler nicht die Beauftragung, nicht die Information gehabt hat. Man hat gar nicht gewußt, was man eigentlich über ihn oder für ihn macht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben heute weiters gesagt, Sie haben die Vollmacht gehabt, den Vertrag zu unterschreiben in der Schweiz, weil der Herr Lauda Ihnen vertraut hat.

Proksch: Ja, er vertraut mir, glaube ich, heute noch.

Obmann Dr. **Steger:** Nach der Einvernahme des Herrn Lauda heute, habe ich aber laut meinem Informationsstand das Bewußtsein, daß Sie dort nicht für den Herrn Lauda aufgetreten sind, sondern für die Niki Lauda Hongkong Limited.

Proksch: Das habe ich ja gerade gesagt. Niki Lauda Limited.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso brauchen Sie das Vertrauen des Dr. Lauda, wenn Sie für die Niki Lauda Hongkong Limited auftreten?

Proksch: Ich glaube, daß der Lauda ja trotz allem in dem Vertrag eine Rolle spielt. Oder?

Obmann Dr. **Steger:** Da ist die Frage: Vertrete ich den A oder den B. Wenn ich den A vertrete, brauche ich nicht das Vertrauen des B, sondern das Vertrauen des A.

Proksch: Ich verstehe ...

Obmann Dr. **Steger:** Oder war der Herr Niki Lauda gleichzeitig ident mit der Niki Lauda Hongkong Limited?

Proksch: Ja, ja. Ich habe die Niki Lauda Hongkong Limited ja nicht gekannt, lediglich habe ich die Vollmacht von dem Herrn Dr. Aigner, und ich kannte den Herrn Niki Lauda. Und da ist ja doch immerhin die Firma, die ähnlich klingt wie er, und es auch von ihm ausgeht. Er ist ja auch verwendet worden dafür. Oder? Er mußte ja eine Leistung dafür erbringen.

Obmann Dr. **Steger:** Sind der Herr Winter und der Herr Wilfling noch Mitglieder im „Club 45" derzeit?

Proksch: Ich habe keine Ahnung.

Es ist sicher so eine ... Da müßte man den Damian befragen, weil der diese ganzen Rechtssachen macht.

Obmann Dr. **Steger:** Wie erfolgt das, wenn eine Stillegung der Mitgliedschaft passiert? Sind Sie Vorstandsmitglied oder einfaches Mitglied?

Proksch: Ich bin im Vorstand, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es da Vorstandssitzungen regelmäßige?

Proksch: Es gibt Vorstandssitzungen.

Obmann Dr. **Steger:** Wie erfolgt das dann? Ist beschlußmäßig der Vorstand zuständig für so etwas? Oder wer macht das?

Proksch: Der Vorstand würde beschließen oder beschließt.

Obmann Dr. **Steger:** Waren Sie bei derartigen Beschlüssen dabei?

Proksch: Diese Leute würden sicher ausgeschieden werden in dem Augenblick, wo sie verurteilt sind. Jetzt ist eine vorübergehende, nachdem das rechtskräftig entschieden ist, was sie ...

Obmann Dr. **Steger:** Wer beschließt diese vorübergehende Maßnahme?

Proksch: Das, glaube ich, beschließt — das kann ich Ihnen wirklich nicht genau sagen — aber das, glaube ich, beschließt Damian, weil der ja die rechtlichen Sachen macht mit Leuten, die sich da besser auskennen als ich. Ich beschließe die Preiserhöhungen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben erklärt, daß der Herr Minister Lanc frühzeitig über diese Aktion, von der wir noch immer nicht wissen, nach Ihren Worten auch nicht wissen können, weil sich keiner darum gekümmert hat, wie sie finanziert worden ist, daß also er frühzeitig hier informiert worden ist. Inwiefern haben Sie persönlich mit ihm darüber gesprochen?

Proksch: Ich habe ihn heraufgeholt vom Club, weil er dort öfters ist und habe ihm gesagt: Herr Minister! Was hältst du von so einer Sache? — Das hat ihm gefallen. Sonst war er nicht mehr informiert. Er hat halt einfach wahrscheinlich seine Freude darüber geäußert oder auch vielleicht seine Skepsis, ob so eine Aktion geht, ob sie einschlägt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe heute schon einmal zu Ihnen den Satz gesagt: Ausgerechnet

Sie? — fragend — werden verwendet von einer Gruppe von Auslandsösterreichern, die verhindern will, daß der Kommunismus in Österreich zum Zug kommt?

Proksch: Das war nur meine Meinung, wissen Sie, man hat mich hier befragt. Und die Meinung, warum könnte es sein. Das war eine der Meinungen, die ich geäußert habe, daß ich, ich kann mir das gut vorstellen, daß die Leute einfach in der Schweiz eine gewisse Angst haben, wir sind doch viel näher am Eisernen Vorhang, und daß man hier eine gewisse Stabilität haben will. Ich kann mir vorstellen, daß man vielleicht gewisse andere nicht so gern sehen würde hier.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt, daß zusätzlich zu diesen Vorwürfen, daß der „Club 45" zentraler Umschlagplatz für diverse geschäftliche Transaktionen legal, manchmal vielleicht nicht ganz im Rahmen der Gesetze oder unter großer Ausdehnung des Gesetzesrahmens — so wollen wir es formulieren — stattfinden, daß hier der „Club 45" eine zentrale Funktion gehabt hat, weil er die erstrangige Kontaktadresse gewesen ist, wo zum Beispiel beim AKH eben sehr viele dieser Kontakte vermittelt wurden. Was haben Sie über diese Verdachtsmomente, die ich vorhalte, gehört?

Proksch: Ich verstehe Sie. Ich habe das in der Zeitung gelesen, im „profil", im „Kurier", in der „Wochenpresse" und in dieser Gruppe von Zeitungen. Aber Sie verstehen, daß die natürlich das leider sehr einseitig sehen. Ich kenne eine ganze Reihe sehr aufrechter Leute dort, und ich kann mir nicht vorstellen . . .

Obmann Dr. **Steger:** Wann ist Ihnen zum erstenmal bekannt geworden, daß beim selben Klub mit teilweise denselben Personen auch behauptet wird, daß dort Spionage betrieben wird?

Proksch: Da gibt es einen Journalisten, der dürfte etwas krank sein, und der arbeitet leider in einer ehemals sehr guten Zeitung, in der „Wochenpresse", und dieser Mann hat laufend Prozesse deswegen, weil er — aber das geht nur gegen mich persönlich, den Klub verwendet er nur unter anderem, weil das geht in einem Aufwaschen.

Obmann Dr. **Steger:** Dieser Journalist war verantwortlich dafür, daß Sie am 8. Oktober 1980 einvernommen worden sind?

Proksch: Am 8. Oktober 1980?

Obmann Dr. **Steger:** Ja.

Proksch: Wo bin ich da einvernommen worden?

Obmann Dr. **Steger:** Bei der Staatspolizei.

Proksch: Wegen Cum *(phonetisch)* — möglich? Nein, ich weiß schon. Wegen dieser Spionage. Das, glaube ich, ist nicht dieser Journalist, der dafür verantwortlich war, sondern da war eine ganze Aktion, wo man mich als Spion eben auch hingestellt hat mit einer Gruppe von diversen Leuten, die alle angeblich Hausdurchsuchungen gehabt haben und ganz sicher. Ich kenne einige davon, wie ich vorhin erwähnt habe, den Herrn Wein, den Dr. Sacher, auch den Herrn Pfneudl *(phonetisch)*. Aber ich bin auch unlängst einvernommen worden als Zeuge in eigener Sache, und da wurde diese ganze Spionagegeschichte, weil wir geglaubt haben, also weil ich geglaubt habe, und da wurde diese ganze Spionagegeschichte wieder aufgerollt, und ich konnte nur das sagen, was ich da auch sage: Ich bin kein Spion . . .

Obmann Dr. **Steger:** Das habe ich Sie gar nicht gefragt, Herr Zeuge.

Proksch: Ja, Sie haben doch angefangen. Ich weiß auch nicht, ob irgendwer von diesen Leuten, ich weiß auch nicht — es könnt ja auch da herinnen ein Spion sitzen. Also ich bin sicher kein Spion. Ich muß auch betonen, ich bin kein Kommunist, und ich bin auch kein Bolschewist, und ich will, daß Österreich ruhig so weitergeht, wie es jetzt geht, mit allen Mitteln. Dafür kämpfe ich. Das habe ich dort genau so gesagt. Ich möchte nur noch einmal bitten, daß man das an höchster Stelle auch hier sieht. Ich bin keiner gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben hier keinen Spionageuntersuchungsausschuß. Ich habe die Frage nur deswegen gestellt, weil Sie so rasch und von sich aus geantwortet haben, zu wissen, welche Motive die Geldgeber, die nach Ihrer eigenen Aussage aber niemand kennt, hinter dem Herrn — wie heißt er? — Holliger wirklich haben.

Proksch: Ja, es ist sehr schwer, die Motive . . . das war meine Vermutung, ich kann nicht mehr dazu sagen; ich könnte jetzt noch nachdenken und könnte vielleicht noch sagen, vielleicht wollen Sie eine Stabilisierung der Währung hier haben oder was. bitte. Aber Sie kenne sicher Schweizer, und ich kenne auch Schweizer, eine ewige Angst vor dem Osten ist da.

Obmann Dr. **Steger:** Ist je, vielleicht im nachhinein, nachdem man gehört hat: Na ja, es gibt sogar Behauptungen, daß hier AKH-Gelder nöglicherweise je für Parteienzwecke verwendet wurden, ist da je im Nachhinein in diesem Personenkreis diskutiert worden, ob so etwas gewesen sein könnte?

Proksch: In welchem Personenkreis?

Obmann Dr. **Steger:** Die Personen, die Sie so genannt haben, daß sie sich seinerzeit über diese Aktion Gedanken gemacht haben.

Proksch: Ich habe hier den Herrn Wein genannt.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht den Herrn Wein. Ich kann sie Ihnen wieder aufzählen, damit es keine Mißverständnisse gibt. Sie haben genannt: — daß Sie über die Aktion gesprochen haben — mit dem Herrn Minister Lanc, mit dem Herrn Dr. Damian, mit dem Herrn Bürgermeister Gratz und daß dann der Dr. Damian mit dem Herrn Zentralsekretär Blecha gesprochen hat. Das ist der Personenkreis, wo ich jetzt Sie frage, ob je ...

Proksch: Nein, sicher nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Nach dem Auffliegen ...

Nicht gleichzeitig, Herr Zeuge! Lassen Sie mich das fertig sagen, damit ein klarer Satz drinnen ist, und sagen Sie dann wieder einen klaren Satz. Ist da je darüber diskutiert worden, daß möglicherweise der Verdacht geäußert wird, das sind solche Gelder. Haben Sie eine derartige Diskussion erlebt?

Proksch: Ich habe das noch nie gehört.

Obmann Dr. **Steger** (FPÖ): Daher auch nie ein Gespräch, daß man allenfalls dieses Geld zurückzahlen sollte?

Proksch: Nein, noch nie.

Obmann Dr. **Steger** (FPÖ): Danke. Gibt es in der FPÖ jemanden, der Fragen stellen will? — Nein, Herr Abgeordneter Dr. Feurstein, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich hätte nur einige Zusatzfragen. Bei der Reise nach Manila — hat Sie der Herr Christoph Prutscher begleitet?

Proksch: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben dann auf den Philippinen den Herrn Bundeskanzler getroffen.

Proksch: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hat sich das abgespielt?

Proksch: Na ja. Ich habe dort gewartet am Flughafen mit ungefähr 1 000 kleinen Kindern mit dem Herrn Präsidenten Marcos und seiner Frau, dem österreichischen diplomatischen Korps, die dort aus Djakarta — damals war ja noch keine, na jetzt ist sie schon dort, Handelsdelegation —, alle Leute halt, österreichische Betriebs- und Firmenleute. Und dann ist er eben da reingelandet. Da waren die offiziellen Zeremonien. Er hat uns alle begrüßt, dort ist auch Prutscher gestanden, und so war das eigentlich ein sehr großartiger, wunderbarer Empfang für den Bundeskanzler.

Drei Tage drauf ist noch der Mc Mullan *(phonetisch)* von Neuseeland noch dazugekommen, und das war eigentlich so. Da sind natürlich gegenseitige Austauschangelegenheiten, es sind Antrittsreden, man wird eingeladen, aber das weiß ja jeder der Herren da herinnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben eigentlich Sie den Herrn Prutscher mit dem Herrn Bundeskanzler bekannt gemacht?

Proksch: Ich glaube, daß der Herr Bundeskanzler ... Na ja, dort vielleicht noch nicht so, aber der Herr Bundeskanzler ist ja dann weitergeflogen auf Einladung des Königs Khalid von Saudi-Arabien, über Neu-Delhi, runter in einem Flugzeug, das, glaube ich, von dem König von Saudi-Arabien, von Khalid, zur Verfügung gestellt wurde für die gesamte Delegation.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da waren Sie auch dabei?

Proksch: Nein, da war ich nicht dabei. Ich mußte auf den Philippinen bleiben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Prutscher war dabei.

Proksch: Da war der Prutscher dabei, und da hat er, glaube ich, einmal ein Gespräch während der Reise mit dem Bundeskanzler gehabt, und dann — weiß ich aus Erzählungen, weil ich nicht dabei war — wurde dann unten verhandelt, unter andern auch mit verschiedenen österreichischen Firmen, VOEST etc. wegen Spitalbauten in Riad oder Dschidda, und da hat sich der Bundeskanzler auch für die österreichische Industrie halt eingesetzt. Und da war ein Gespräch. Da wurde der Prutscher sicher dazugeholt und noch einige andere, wie der Schmied von der CA, oder die Leute, die unten waren. Aber über diese Zeit kann ich nicht reden, ich weiß nur, daß man sicher öfter sich gesehen hat, wenn Leute ... eine Woche ungefähr war dieser Antrittsbesuch, und der Prutscher hat eigentlich durch unsere Lobby oder wie immer einen ganz guten Eindruck hinterlassen, einen sogar sehr guten Eindruck bei dem Marcos und auch bei der Madame Marcos, dazu haben wir alle auch beigetragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich das präzisieren: „unsere Lobby" bedeutet Sie?

Proksch: „Unsere Lobby" bedeutet, daß der Bundeskanzler ... Ich meine, schauen Sie, die Geschäfte im Ausland werden doch heute nur mehr gemacht mit der österreichischen Bun-

desregierung. Ein Mann allein kann niemals ein Projekt heute, ganz schwer ein Projekt verkaufen, und er braucht die österreichische Bundesregierung, er braucht alle die Herren, alle Seiten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hätte eigentlich der Bundeskanzler nicht nur in Saudi-Arabien mithelfen sollen, sondern schon auf den Philippinen?

Proksch: Der Herr Bundeskanzler ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Geschäftsabschlüsse für den Herrn Prutscher zu vermitteln.

Proksch: Nein, das glaube ich nicht. Das ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben das jetzt ...

Proksch: Nein, nicht so zu sehen, denn ich habe allgemein gesprochen, lobbymäßig österreichisch ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war die Lobby, „unsere Lobby"?

Proksch: Und ich meine, wie der Herr Prutscher seine Geschäfte dort macht, usw., er wird sicher ausnützen jede Chance, die er kriegt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das bezweifle ich nicht.

Proksch: ... daß er zu einem Abschluß des Vertrages oder ... Es ist allerdings nichts daraus geworden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Wieviele österreichische Geschäftsleute waren an dieser Reise auf die Philippinen und nach Saudi-Arabien beteiligt, grob geschätzt?

Proksch: Auf den Philippinen waren sicher 20, es waren die VOEST, es war Steyr-Daimler-Puch, es war die Simmering-Graz-Pauker, es waren sicher so viel. Ich glaube aber, auf der Reise von Neu-Delhi weg waren wesentlich mehr, denn da war ein ganzes Flugzeug. Es waren natürlich alle unsere Journalisten mit, nicht meine Journalisten, sondern die Journalisten der österreichischen Presse.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Proksch, bin ich ganz falsch, wenn ich doch annehme, daß Sie zu dieser Kontaktvermittlung Prutscher — Kreisky irgendwo beigetragen haben?

Proksch: Ich glaube, da sind Sie falsch, weil ich es so sehe: Ich habe sicher mitgeholfen auf den Philippinen, daß durch Kenntnisse einiger Leute, über die ich jetzt nicht reden will, aber die können Sie mir glauben, wenn man mich, dann kann ich darüber Auskunft geben, aber Leute, die dort in diesem asiatischen Gebiet leben, daß ich vielleicht eine kleine Chance habe, dort mehr zu tun als andere Leute. Aber das ist eigentlich nur, weil ich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das meine ich unter Lobby. Aber da bin ich doch nicht falsch, wenn ich annehme, daß sie Ihnen geholfen haben, sagen wir das so?

Proksch: Sie meinen, dem Prutscher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dem Prutscher, ja.

Proksch: No ja, wenn er sich an mich anlehnt, half ich automatisch, wenn ich kann.

Wenn er mich fragt um Rat und Tat.

Ich habe damals ja ein bisserl ... ich meine, ich bin immer noch ... aus unseren Geschäften ist zur Zeit außer, aus meinen Geschäften, meine ich, ist leider sehr wenig geworden, und ich glaube auch, daß aus den gesamtösterreichischen Geschäften sehr wenig geworden ist, denn es wurden keine Kontrollbankkredite gegeben, und die gegeben wurden, sind nur an die VOEST gegeben worden, was ich für sehr ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist nicht besprochen. Das gehört nicht dazu. Das ist kein Thema ...

Proksch: Ich weiß ja nicht, was er abgeschlossen hat auf den Philippinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, ob er für die MED-CONSULT auch Geschäfte vermitteln wollte oder ...

Proksch: Das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist das Thema Med-Consult besprochen worden?

Proksch: Ich weiß gar nicht, daß er für die MED-CONSULT Geschäfte macht. Für mich ist er ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Dkfm. Stadler?

Proksch: Den Stadler von der Länderbank?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, von der Holding.

Proksch: Nein, kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie nicht. Sie waren nie mit Prutscher in Saudi-Arabien.

Proksch: Ich war nie mit Prutscher in Saudi-Arabien.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur auf den Philippinen.

Proksch: Nur auf den Philippinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Reise haben Sie mit dem Dr. Bauer gemacht ins Ausland?

Proksch: Mit welchem Bauer?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Dkfm. Dr. Bauer, Steuerberater ... Partner von Dr. ...

Proksch: Nie eine Reise gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren mit dem Dr. Bauer in Zürich?

Proksch: Ich war mit Dr. Bauer in Zürich?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Proksch: Ich war noch nie mit dem Dr. Bauer in Zürich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie bestreiten das, daß Sie dem Bürgermeister Gratz in der Schweiz besucht haben?

Proksch: Ich habe den Bürgermeister Gratz gemeinsam mit Dr. Bauer?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gemeinsam mit dem Dr. Bauer.

Proksch: Nein, nie!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das bestreiten Sie.

Proksch: Ich bestreite das. Ich habe lediglich, wenn Sie sagen den Bürgermeister Gratz, in Vögelinsegg *(phonetisch)* in der Kuranstalt, aber nicht mit dem Dr. Bauer, sondern ich war auch in dieser Kuranstalt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Dr. Bauer ist nie aufgetaucht?

Darf ich Sie zum Schluß fragen: Warum ist dieser Vertrag mit der „Niki Lauda Hongkong" in Zürich abgeschlossen worden? Prutscher ...

Proksch: Ich kann es Ihnen sagen, er hat mich gebeten, ihn dort zu unterzeichnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Prutscher auch extra nach Zürich gefahren?

Proksch: Kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Prutscher auch unterzeichnet?

Proksch: Wahrscheinlich. Aber nicht neben mir. Ich habe das unterschrieben in dem Hotel dort, also wie heißt denn das Hotel am See?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann hätte ich noch eine letzte Frage. Waren Sie in Hamburg bei „Neue Heimat" bei Mediplan?

Proksch: Nein. Ich war noch nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei der Infrabau?

Proksch: Nie mit der Infrabau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie nie Kontakte gehabt zur Infrabau?

Proksch: Ich hatte nie Kontakte gehabt. Ich baue nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als Designer?

Proksch: Nein. Ich habe in der gleichen Familie einen Architekten namens Roderich Proksch, aber ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen auch nichts von den Geschäften, die der Herr Prutscher für die MED-CONSULT in Saudi-Arabien abschließen hätte sollen?

Proksch: Nein, keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dkfm. Stadler kennen Sie also nicht?

Proksch: Kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Geschäftsführer der ODELGA interimistisch war?

Proksch: Nein, niemals mit ihm geredet, nichts zu tun gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Die Damen der derzeit einsitzenden „Club 45"-Mitglieder sind ständig Gast im „Club 45". Ist das eine Sozialaktion?

Proksch: Nein, das muß ich sagen, ich habe noch nie eine Dame dort gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gelegentlich zu Mittag, muß ich Ihnen etwas Neues erzählen über Ihren Klub. Ich war der Meinung, es handelt sich um eine wirtschaftliche Unterstützung ...

Proksch: Wenn das wäre, dann würde sicher niemand etwas dagegen haben. Aber ich habe noch nie ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist denn der Kassier jetzt im „Club 45"?

Proksch: Im „Club 45" ist ein Mann namens Höllwagner oder Hellwagner, Hellwagner, Kassier, ein Dr. Hellwagner.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kein Nationalratsabgeordneter?

Proksch: Nein, kein Nationalratsabgeordneter, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es ein Richter?

Proksch: Weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War bei diesem Phi-

lippinen-Aufenthalt der Dr. Stadler von der Holding auch mit dabei?

Proksch: Nie gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen nichts? Mit Prutscher zusammen?

Proksch: Nichts gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie jemals eine Wahrnehmung gemacht, wie das Geld des Herrn Holliger nach Österreich gekommen ist?

Proksch: Ja, ich glaube, der mußte das bezahlen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat er Ihnen das mitgegeben und hat gesagt: Geben Sie das in Österreich auf.

Proksch: Nein, ich habe nie von dem überhaupt einen Groschen Geld gekriegt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht für Sie, nicht für Sie, ich meine, Sie sind ja oft hin und her.

Proksch: Nein, nein, ich habe nichts mit ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, das war 1978, die ganze Aktion Holliger ist eingefädelt worden Ende 1978.

Proksch: Ich kann das da eigentlich sogar ... Das ist aber lustig, es steht nur immer April, April, Mai.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, die Inserate sind im April 1979 ...

Proksch: Die Nummern der Inserate kann ich Ihnen sagen, da hier steht. Das muß gewesen sein, hier steht nämlich schon eine Auswirkung: „Neue Kronen-Zeitung", Sonntag, den 15. April, aber das sind bereits ... Wann war die Wahl?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die war am 6. Mai. Die Frage ist: Wann hat sich die österreichische Gruppe konstituiert oder wann ist die zusammengekommen und in welchem Zeitraum? Sie waren sechs Wochen nicht da, vorher haben Sie schon ...

Proksch: Ja eine österreichische Gruppe — Ich kann Ihnen über die Zeit überhaupt nichts mehr sagen, weil ich kein Zeitgefühl habe. Aber ich kann Ihnen nur sagen, daß erst einmal via Holliger überhaupt der Gedanke gekommen ist, dann der Gedanke ein bissel designet worden ist, das war sicher ich nicht, auch Damian hat gefragt (?), und dann mußten dazwischen, überschneidend wahrscheinlich, wie man gemerkt hat, in welche Richtung man überhaupt so geht, die verschiedenen Menschen, und man nimmt automatisch doch Menschen, die man halt ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja natürlich, denn das dauert alles seine Zeit.

Proksch: Sicher, ich arbeite manchmal schnell, ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): .... im Jahreswechsel so eine Zäsur sehen, würden Sie glauben, daß das im Jahr der Wahl war, als die Dinge begonnen haben, oder daß das noch vorher war?

Proksch: Nein, ich glaube, ich kann mich — da ist doch in diesem Jahr der Herr Präsident Probst gestorben am Anfang. Stimmt's? Können Sie sich erinnern? Oder?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja. Ja.

Proksch: Ich erinnere mich an jenes Begräbnis. Und da war sicher noch nichts. Das ist ziemlich schnell um. Wann war die Wahl, sagen Sie? Im Mai?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 6. Mai.

Proksch: Ja, ja. Hier kann ich sehen 12. April, im März vielleicht, als die Vorbereitungsarbeiten sind. März, April. März vielleicht. Das könnte ich Ihnen aber genau sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es noch sonstige Zusatzfragen? — Das ist nicht der Fall.

Danke Ihnen, Ihre Einvernahme ist beendet. Auf Wiedersehen.

Proksch: Danke schön, Herr Vorsitzender, danke.

(Nach einer Aufforderung durch Obmann Dr. Steger, daß die Buchbesichtigung nicht im Ausschuß erfolgen soll, verläßt der Zeuge Proksch den Saal.)

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 35 Minuten